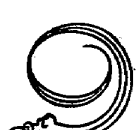
Sozialdemokratischer Parteitag 1927 in Kiel

*

Protokoll

mit dem Bericht der

Frauenkonferenz



J. H. W. Dietz Nachfolger, Berlin
1927

Der Parteitag tagte
vom 22. bis 27. Mai 1927
im
Gewerkschaftshaus zu Kiel

Die Frauenkonferenz
vom 27. bis 29. Mai 1927
ebendort

Bureau des Parteitages

Vorsitzende:

Otto Wels, Berlin. — Otto Eggerstedt, Kiel

Schriftführer:

Wilhelm Winzer, Breslau
Marie Arning, Magdeburg
G. Steinbrecher, Brandenburg
Wunibald Lutz, Worms
Otto Saupe, Wurzen
Thomas Wimmer, München
Aug. Bartelt, Wilhelmsburg
Erich Mäder, Altenburg
Heinz Lehnemann, Bergkamen

Mandatprüfungs- und Beschwerdekommission:

Hans Vogel, Nürnberg
Otto Grotewohl, Braunschweig
Georg Setzer, Ludwigshafen
Otto Steinmayer, Stuttgart
Hermann Harnisch, Berlin
Johanna Reitze, Hamburg
Hauschild, Elberfeld
Elise Thümmel, Dresden
Wilhelm Knothe, Wetzlar

Anwesende Gäste:

Andersen und Stauning, Dänemark; Eisler und Renner, Deutsch-Oesterreich; Bracke, Frankreich; Modigliani, Italien; Klara Kalnin, Lettland; Czapinski, Polen; Kowoll, Polen O. O. S.; Möller und Wollin, Schweden; Abramowitsch, Rußland; Tomaschek (Tschechische Sozialdemokratie); Nießner (Deutsche Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei), und Gellert, Kreuzburg und Schubert, Leipzig, Arbeiter-Turn- und Sportbund.

Tagesordnung

Sonntag, den 22. Mai 1927, nachm. 5 Uhr

Vorversammlung

Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung, Konstituierung des Parteitages, Wahl der Mandatprüfungs-Kommission

Montag, den 23. Mai 1927, und folgende Tage:

1. Bericht des Parteivorstandes
   a) Allgemeines — Berichterstatter: Otto Wels
   b) Agitation, Organisation und Kasse — Berichterstatter: Fr. Bartels und K. Ludwig
2. Bericht der Kontrollkommission — Berichterstatter: Friedrich Brühne
3. Das Agrarprogramm — Berichterstatter: Dr. Baade, Berlin, und Krüger, Lüneburg
4. Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion — Berichterstatter: Robert Schmidt
5. Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik — Referent: Dr. Hilferding
6. Bericht über die sozialistische Arbeiter-Internationale — Berichterstatter: Artur Crispien
7. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll
8. Erledigung der Anträge, soweit sie durch die vorstehende Tagesordnung noch nicht erledigt sind

Protokoll

Eröffnungssitzung

Sonntag, den 22. Mai 1927, nachmittags 5 Uhr

In dem mit Tannenreisig geschmückten großen Saale der Nord-Ostsee-Halle zu Kiel wurde am Sonntag, den 22. Mai 1927, nachmittags 5 Uhr, der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands eröffnet. Nach schwungvoll vorgetragenen musikalischen Darbietungen des städtischen Orchesters und der Vereinigten Arbeitersänger ergriff

Eggerstedt, Kiel, das Wort zu folgender Begrüßungsansprache:

Parteigenossinnen! Parteigenossen! Gesinnungsfreunde! Wir Schleswig-Holsteiner, wir Kieler freuen uns, die erwählten Vertreter unserer Partei, die Gäste aus allen Gauen Deutschlands, die Abgesandten unserer Bruderparteien aus vielen Ländern, heute in unserer Mitte begrüßen zu können. Daß jetzt zum ersten Male, seit wir in Deutschland eine sozialistische Bewegung kennen, die Gesamtpartei in Kiel tagt, ist wohl auf die geographische Lage unserer Stadt zurückzuführen. Organisatorisch waren wir seit langem gerüstet, den Parteitag zu empfangen. Dafür bürgt das Wirken des Mannes, dessen Name unlöslich mit Kiel verbunden ist, Carl Legien. (Bravo!) Carl Legien ist nicht mehr; aber unter uns sind viele, die Jahrzehnte gemeinsam mit ihm für den Sozialismus gekämpft haben, und mit ihnen lebt der Geist, der getragen wird von dem Willen zur Macht, und in nüchterner Realpolitik, in ruhiger Selbstsicherheit danach trachtet, Schritt für Schritt das Gemeinwesen für die Arbeiterklasse zu erobern.

In diesem Sinne haben wir uns immer bemüht, die Politik zu gestalten, und unsere Bewegung beweist, daß Politik in diesem Sinne keine Entfremdung der breiten Massen zu bedeuten braucht. Trotz des agrarischen Einschlags zählen wir in Schleswig-Holstein bei 1½ Millionen Einwohnern 47 000 organisierte Parteimitglieder. (Bravo!) Trotz großer Erwerbslosigkeit haben wir in Kiel bei rund 200 000 Einwohnern 11 000 organisierte Parteigenossen. (Erneutes Bravo!)

Parteigenossinnen und Parteigenossen! Durch gemeinsame Arbeit in gegenseitigem Vertrauen und Verstehen, durch selbstlose und opferwillige Arbeit von vielen Ungenannten sind wir die stärkste Partei geworden. Wir freuen uns deshalb, gerade heute an dem Ehrentage der Kieler Organisation, viele der alten Kämpfer in unserer Mitte begrüßen zu können, die Jahrzehnte für unsere Fahne gestritten haben. Wir haben in der Nachkriegszeit viele Parteien werden sehen; es war nicht schwer, in den Wirrnissen der Zeit Entwurzelte und Verzweifelte um eine neue Fahne zu scharen. Wo aber ist die Partei, die durch Jahrzehnte über Krieg und über Revolution hinweg die Massen so bei der alten Fahne gehalten hat, wie die unsrige? Das Ver-

trauen zu unserer Sache, der Glaube an unseren Sieg hat uns geholfen, die Wirrnisse zu überwinden. Das Fundament unserer Partei ruht fest im Volke.

Wir grüßen auf den Plätzen unserer Ehrengäste der Partei Jubilare, Männer und Frauen. Unsere Bewegung, die die Gleichberechtigung aller Menschen erstrebt, ist nie einseitig eine Bewegung der Männer gewesen; sie hat immer im gleichen Maße auch die Frauen erfaßt. Gerade bei uns wird die Bewegung getragen von der ganzen Familie. Die Frauen sind erfaßt, und durch die Frauen die Kinder. In den Frauen haben wir erfaßt die Mütter, die Bildner der Jugend; deshalb fehlt auch bei uns die Jugend nicht, die wir auch heute in diesem Rahmen begrüßen können, die Jugend, die bereit ist, wenn Zeit und Stunde es erfordert, an unsere Stelle zu treten. Wir grüßen unsere Jüngsten, die Roten Falken, und wir grüßen vor allem die Jugend, die heute in die Organisation der Gesamtpartei eintritt. Wir haben mit Freuden vernommen, daß allein in diesem Jahr Tausende von Jugendlichen den Uebertritt zur Gesamtpartei vollzogen haben. (Bravo!) Das ist die Jugend, die berufen ist, einmal unser Ziel zu verwirklichen und unser Erbe anzutreten.

Der Rahmen, in dem heute die Begrüßung des Parteitages stattfindet, legt Zeugnis ab von der Stärke unserer Partei. Er zeigt, wie fest wir mit allen Generationen, mit allen Schichten des Volkes verwachsen sind. Wir möchten durch diesen Auftakt erreichen, daß die Delegierten, wenn sie nun zu ernster Arbeit zusammentreten, getragen werden von dem Gefühl dieser Stärke. Immer, wenn die Partei rief, und war es zu den schwersten Kämpfen, hat die Parteimitgliedschaft Gefolgschaft geleistet. Die Partei rief während des Zusammenbruchs 1918, als es galt, die Einheit des Vaterlandes zu retten und die deutsche Republik zu schaffen. Die Partei rief, als es galt, während der Kapptage die Reaktion zu werfen, die geschaffene Republik zu schützen. Alle kamen, und jeder war bereit, das Höchste für die Partei einzusetzen. Dafür zeugen gerade in Kiel die Gräber, an denen wir morgen gedenkend weilen werden. Wie es in Kiel war, so war es überall, wo unsere Mitgliedschaft zum Kampfe aufgerufen wurde, und so wird es auch in Zukunft bleiben. Eine solche kampferprobte Gefolgschaft kann als Machtfaktor in allen Kämpfen in Rechnung gestellt werden; eine solche Gefolgschaft verdient aber auch Vertrauen. Wir haben Vertrauen zu unseren gewählten Führern. Aber wir möchten in dieser Stunde unseren Führern sagen: habt auch Ihr Vertrauen zu uns; Ihr könnt auf die Parteimitgliedschaft in allen Situationen zählen! Aus dem gegenseitigen Vertrauen wird dann der Wille zur Macht wachsen, der bestimmend sein muß für die künftigen Kämpfe, die wir um die Eroberung des Staates führen müssen. Unser Wunsch ist, daß der Parteitag in diesem Geiste seine Arbeit beginnen und vollenden möge. Daher Glück auf zur Arbeit! (Lebh. Beifall.)

Hierauf ergreift Hermann **Müller-Franken** das Wort zur Eröffnungsrede.

Müller-Franken: Genossinnen und Genossen! Wir danken den Kieler Genossinnen und Genossen für den herzlichen Empfang, den sie uns von der ersten Stunde unseres Hierseins ab bereitet haben. Der Gen. Eggerstedt hat in seinen Begrüßungsworten bereits darauf hingewiesen, daß Kiel mit der gesamten deutschen Arbeiterbewegung durch den Namen Carl Legien verbunden ist. Wir tagen heute hier unter seinem Bild. Er war einer jener Männer, die aus der Tiefe kamen, die unabläßig an sich selbst arbeiten, die das Höchste erreichen, was einem Parteiführer beschieden sein kann: geliebt zu sein von den Massen und geachtet von den Gegnern. Wenn heute draußen

im Meer ein Dampfer schwimmt, den Stinnes auf den Namen „Carl Legien" getauft hat, so war das kein Höflichkeitsakt; denn wer Stinnes kannte, wußte, daß er kein Komplimenteschneider war. Es war die Achtung vor dem Gegner, die ihn veranlaßte, das Schiff so taufen zu lassen.

Als Carl Legien hier in Kiel tätig war, war Kiel eine aufstrebende Stadt. Es kam dann die Zeit des Niederganges, und wir wollen keine Stunde vergessen, daß wir diesen Niedergang unseres Vaterlandes den Verbrechern am Wiener Ballplatz sowie ihren Berliner Helfershelfern verdanken, die Deutschland in diesen Weltkrieg hineingerissen haben. (Bravo!) Auch die in Berlin waren mitverantwortlich, und für diejenigen, die an dem Alten hängen, ist Kiel geradezu das Schreckwort geworden, weil von Kiel das Signal zur deutschen Revolution ausging, weil hier zuerst im November 1918 Deutsche die Geduld verloren haben, nachdem sie jahrelang angelogen und mit einem Siegfrieden getäuscht worden waren, der dieser Welt von Feinden gegenüber niemals zu erreichen war.

Die Kieler Revolution war der Schritt Verzweifelter in eine dunkle Zukunft. Damals haben sich nicht nur im In-, sondern auch im Auslande Freunde Deutschlands oft ängstlich die Frage vorgelegt, ob Deutschland dem Chaos verfallen würde, ob im chaotischen Zustand das Reich auseinandergerissen werden könnte. Ich war am 7. und 8. November 1918, am vierten und fünften Tage der Kieler Revolution, mit Hugo Haase zusammen, hier. Wer damals sah, wie die Kieler Sozialdemokratie bereit war, das Chaos zu vermeiden, der hat den Glauben an die deutsche Zukunft mit in die Revolution des 9. November hinübergenommen. Es ist uns in schwerer Zeit gelungen, Neuland für den deutschen Wiederaufbau zu schaffen; aber wir könnne heute zugeben, daß an manchen Tagen nicht viel gefehlt hätte, und es wäre dem siegreichen Ententemilitarismus gelungen, Deutschland doch noch zu zerreißen.

Die Kämpfe um die Erhaltung des im Kriege gebliebenen Restdeutschlands gingen bis in das Jahr des Ruhreinbruchs, bis in das Jahr 1923 hinein, und es ist den deutschen Arbeitern und Angestellten in erster Linie zu danken, wenn das Restreich, das uns im Weltkrieg geblieben ist, für die Freizügigkeit der gesamten deutschen Arbeiterklasse erhalten worden ist. Das haben wir erreicht.

Noch nicht erreicht haben wir den Anschluß unserer österreichischen Brüder, die unter der Führung der österreichischen Sozialdemokratie zu uns wollen, und die zunächst noch durch die politischen Machtverhältnisse daran gehindert werden. Aber wir haben den Sieg der österreichischen Sozialdemokratie vor kurzem gefeiert wie einen deutschen Sieg. (Lebh. Bravo!) Der Sieg der österreichischen Sozialdemokratie über die Einheitsliste Seipels soll der Vorläufer werden zu dem Sieg, den wir 1928 über den deutschen Besitzbürgerblock feiern werden. (Lebh. Zustimmung.) Denn es wird vor 1928 zu einer Wahlschlacht nicht kommen. Eine der Ursachen, die schließlich zur Bildung des Bürgerblocks geführt haben, war ja die Angst sämtlicher bürgerlichen Parteien vor einem Wahlsieg der deutschen Sozialdemokratie. (Sehr richtig!) Doch aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Der Tag der Abrechnung wird kommen. In den wenigen Monaten, seitdem die politischen Geschicke Deutschlands von dem Bürgerblock abhängen, hat sich ja schon deutlich gezeigt, wohin die Reise geht, besonders auf außenpolitischem Gebiet, seitdem Herr Hergt von Oberschlesien aus mitregiert. Die Politik von Thoiry gehört schon der Geschichte an, ehe sie überhaupt wirksam geworden ist. War es nicht blamabel, wie unser Reichsaußenminister Stresemann vor dem neugewonnenen polnischen „Erbfeind" Herrn Hergt wegen seiner Beuthener Rede förmlich herauslügen mußte?

Und dies trotz der famosen Richtlinien, unter denen dieser Bürgerblock gegründet worden ist, und die für die Deutschnationalen nur die Bedeutung von Lippenbekenntnissen haben. In der Tat suchen sie bei jeder Gelegenheit gegen die Richtlinien zu arbeiten. Infolgedessen ist die deutsche Außenpolitik heute fast schon so in den Ruf der Zweideutigkeit gekommen, wie es unter Wilhelm dem Letzten der Fall war. Gewiß, als neulich der Stahlhelm in Berlin exerzierte, haben die deutschnationalen Minister die Tarnkappe aufgesetzt. Aber eine Außenpolitik, die vorgibt, eine Außenpolitik der Befreiung zu sein, ist doch bei Förderung solcher Abenteuer etwas ganz Unmögliches. Ich will keine Pariser Chauvinistenblätter zitieren; wir haben in Berlin solche auch. Aber es ist doch schon bedenklicher, wenn jetzt die Zusammenkunft des französischen Präsidenten und des englischen Königs gezeigt hat, wie dieser Stahlhelmtag sich auswirkt. Ein Mann wie Lord Derby, der immer für die englisch-französische Verständigung gearbeitet hat, hat am 7. Mai bei dem Essen der französischen Handelskammer in London ausdrücklich unter Hinweis auf den Berliner Stahlhelmtag gesagt: dieser Stahlhelmtag beweise, daß die Frage des Krieges noch nicht der Vergangenheit angehöre; er hat gerade deswegen eine stärkere Bindung Englands an Frankreich verlangt. Ich glaube, gerade Deutschland hat das größte Interesse daran, die internationale Abrüstung zu fördern, nachdem uns eine einseitige Abrüstung auferlegt ist. Alle solche Soldatenspielereien geben den Feinden der Abrüstung doch nur den willkommenen Vorwand, die Abrüstung zu verschleppen. Wir haben erlebt, daß bisher im Völkerbund nur ganz unfruchtbares Gerede über die Abrüstung geführt worden ist, und jegliche Taten zu vermissen sind.

Es scheint Regierungen zu geben, die aus dem Weltkrieg und seinen Folgen nichts lernen wollen. Dabei haben doch eigentlich nur die Staaten Amerikas von diesem Weltkrieg Vorteil gehabt. Europa ist, abgesehen von seinen eigenen Verlusten, sonst in der ganzen Welt ins Hintertreffen gekommen. Wir erleben das Erwachen der asiatischen Völker, das durch den Weltkrieg aufs stärkste gefördert worden ist. Die chinesische Revolution hat unsere Sympathie. Wir wissen, daß sie eine demokratisch-nationale Revolution ist; aber wir sehen in ihr schon die Unterströmungen proletarischen Charakters, die wir ähnlich 1789 bis 1792 in Frankreich und 1848 während der bürgerlichen Revolution auch in Deutschland erlebt haben. Der Siegeszug der chinesischen Arbeiterbewegung wird ebenso sicher dem Siegeszug des chinesischen Kapitals folgen, wie wir das in Europa in den letzten Jahrzehnten gesehen haben.

Aber der deutsche Besitzbürgerblock ist ja nicht aus außenpolitischen Gründen geboren. Die Außenpolitik nahm er sozusagen als schlimmes Inventar mit in den Kauf. Wir sehen, daß dieselben Nationalisten, die immer behauptet haben, daß wir keine Erfüllungs-, sondern nur Befreiungspolitik treiben dürften, heute restlos den Dawesplan erfüllen, aber keine Befreiungspolitik treiben. Die Rheinländer können auf die Befreiung warten, wenn der Bürgerblock die Außenpolitik weiterführt, die er in seinem ersten Quartal eingeleitet hat.

Wenn ich nach dem Osten Europas sehe, so finde ich, daß im Verhältnis zu Polen neuer Konfliktsstoff angehäuft wird, daß der Krieg als Wirtschaftskrieg fortgesetzt werden soll. Heute sind schon viele gute Europäer wegen der Entwicklung, die sich dort zeigt, beunruhigt. Die deutsche Außenpolitik im Osten schlägt den deutschen Arbeiter als Produzenten und als Konsumenten. Der Kampf, der gegen polnische Schweine und Kartoffeln geführt wird, rächt sich an dem deutschen Arbeiter nicht nur in seiner Eigenschaft als Verbraucher, sondern auch vor allem als Hersteller von Exportwaren.

Aber das paßt zu der übrigen Innenpolitik des Besitzbürgerblocks, der die Sozialpolitik verkümmern will, der die sozialpolitischen Errungenschaften aus der Zeit der Regierung der sozialistischen Volksbeauftragten abbauen will, der die Besitzsteuern herabsetzen und die Minderbemittelten belasten will, der für die kleinen Sparer nicht einmal die Härten beseitigen will, die die Aufwertungsgesetzgebung einer anderen Rechtsregierung von früher mit sich gebracht hat. Wahrlich, das Maß dieser Regierung wird voll werden, bis der Tag der Abrechnung kommt. Diese Regierung will zusammenbleiben, bis die vier Jahre der normalen Gesetzgebungsperiode abgelaufen sind. Sie will vor allem bleiben, bis sie ihr Schulgesetz gemacht hat. Das wird nicht so einfach sein; aber es wird schließlich doch kommen; denn die Deutsche Volkspartei, die Erbin der alten Nationalliberalen Partei, wird sich schon zu irgendeinem faulen Kompromiß bereitfinden. Getreidezölle und Zehnstundentag sind höhere Ideale als der Glaube an Jesum Christum und alle evangelische Freiheit. (Sehr wahr!) In dem Kampf gegen die Konfessionalisierung der Schule werden wir alle freiheitlichen Geister um uns scharen; aber wir werden den Kampf für die Weltlichkeit des gesamten öffentlichen Schulwesens unter staatlicher Hoheit nicht als einen Kulturkampf Marke Bismarck führen. Wir sind keine Feinde der Religion, wir sind es zu keiner Zeit gewesen. Wir haben uns nur stets in der Vergangenheit gegen den Mißbrauch der Relegion zu politischen Zwecken gewehrt. Nur so können wir die Massen der christlichen Arbeiter gewinnen, die ihrer Klassenlage nach längst zu uns gehören, die auch einsehen, daß der immer mächtiger werdende nationale und internationale Kapitalismus ihnen den Weg zu größerem Glück versperrt. Also Kulturkampfpolitik zur Freude des Bürgerblocks werden wir gewiß nicht treiben. Diesen Gefallen werden wir den Deutschnationalen nicht tun.

Die Deutschnationalen haben die Parole ausgegeben: Ran an den Staat! Als Gegenzug geben wir die Parole aus: H e r a n a n d a s V o l k ! Wir leben heute in einem Volksstaat, aber ich glaube, der Volksstaat ist in vielem noch nicht lebendig geworden, weil die Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten noch nicht eingesehen haben, was sie aus eigener Macht aus diesem Volksstaat machen können. Heute hat keine politische Partei Bedeutung ohne Massen. Das bringt unser demokratisches Wahlrecht so mit sich. Deshalb buhlen auch die Reaktionäre durch ihre feile Presse um die Gunst der Massen, auf denen vielfach noch das Schwergewicht der Tradition lastet. 60 Prozent der Stahlhelmer sollen angeblich Arbeiter und Angestellte sein. Ich weiß nicht, ob das richtig ist, aber wir müssen zugeben, daß leider nicht alle in diese Organisation hineingepreßt sind. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Massen der uns fernstehenden Arbeiter und Angestellten heute nicht bei der Partei links von uns stehen, sondern zum größten Teil leider noch bei den bürgerlichen Parteien ihr politisches Dasein fristen, wobei wir nicht vergessen wollen, daß die Methoden der Kommunisten, besonders ihr phrasenhafter Scheinradikalismus, es vielfach den Bürgerlichen leicht macht, Arbeiter und Angestellte von der modernen Arbeiterbewegung fernzuhalten. Wobei wir aber ferner nicht vergessen dürfen, daß die schlechte Behandlung, die die demokratische Republik vielfach von den feindlichen Ententestaaten in den letzten Jahren erfahren hat, dazu beitrug, daß heute noch Massen in den schwarz-weiß-roten Traditionskompagnien des Kapitalismus sind, die ihrer elenden wirtschaftlichen Lage nach in Wirklichkeit zu uns gehören.

Wir müssen uns klar sein, daß, wenn wir den Bürgerblock überwinden wollen, wir jede Brücke betreten müssen, die uns zu den Arbeitern und Angestellten führt, die noch zu der Fahne der anderen Parteien schwören. (Sehr

wahr!) Die Arbeiter und Angestellten aller Gewerkschaftsrichtungen haben keine Neigung, in einer reaktionären Masse aufzugehen. Sie ehren mit uns das Andenken Erzbergers und Rathenaus, zweier bürgerlichen Blutzeugen der deutschen Republik.

Die Bildung des Besitzbürgerblocks war im Grunde nichts anderes als die Proklamation des Klassenkampfes von oben. Unsere Gegenarbeit muß es erreichen, daß sich die Massen der Arbeiter und Angestellten unter der Fahne des demokratischen Sozialismus finden. Wir werden den Klassenkampf um so besser führen, je mehr und je eher die Arbeitermassen, die uns noch ferne stehen, zu uns stoßen. Die Kapitalisten kennen keine konfessionelle Zersplitterung und suchen in politischen Differenzen den Ausgleich. Die bisherige Tätigkeit des Bürgerblocks hat gezeigt, wie sehr unter den Bürgerlichen ein solcher Ausgleich zu erreichen ist.

Wir werden uns auf diesem Parteitag mit der Frage zu befassen haben, ob es möglich gewesen wäre, die Bildung der Regierung des Bürgerblocks zu verhindern. Es kann nicht meine Aufgabe sein, den Debatten hierüber vorzugreifen. Wir haben das Material dazu in unserem Jahrbuch einleuchtend dargelegt. Für heute sei nur festgestellt, daß diese Bürgerblockregierung schließlich nicht nur zustande kam, weil die Deutschnationalen sich um jeden Preis zur Mitarbeit in der Regierung anboten, sondern weil Kommunisten, Deutsche Volkspartei und Zentrum gemeinsam die Schuld an dem Zustandekommen dieser Regierung tragen. Die Kommunisten, weil sie jede Regierung zu stürzen bereit sind, auch eine nach links hin erweiterte Regierung, die von Sozialdemokraten geführt ist; etwa im Sinne der Weimarer Koalition, und dies, trotzdem heute nicht einmal mehr die Roten Frontkämpfer an das Nahen der Weltrevolution glauben. Vor allem ist aber für die Bildung dieser volksfeindlichen Regierung die Deutsche Volkspartei verantwortlich, die fürchtete, bei den nächsten Wahlen aufgerieben zu werden, wenn sie nicht gleichzeitig bei einer mitbelasteten deutschnationalen Partei vor die Wähler treten könnte. Aber dies Manöver wird ihr nichts nützen. Die Reste der Deutschen Volkspartei werden sich nach den nächsten Wahlen zu überlegen haben, ob sie sich mit den Deutschnationalen oder den Demokraten fusionieren wollen.

Endlich aber ist dieser Bürgerblock gebildet worden, weil das Zentrum dem Drängen der übrigen bürgerlichen Parteien und des Reichspräsidenten von Hindenburg nachgab. Das Zentrum behauptete zuerst, die Regierung der großen Koalition zu wollen. Es hatte im Grunde genommen kein Interesse daran, daß wir Sozialdemokraten leichter den Weg fanden zu jenen christlichen Arbeitern, deren Forderungen wir uns zu eigen gemacht haben in unserer sozialpolitischen Tätigkeit. Aber nachdem sich durch die Haltung der Volkspartei, die sich nur nach rechts und nicht nach links binden wollte, eine solche Regierung nicht ermöglichen ließ, hat das Zentrum den Weg nach rechts beschritten. Es behauptete, daß Deutschland aus den Regierungskrisen herauskommen müsse, daß sonst der Faschismus Zuzug bekäme in seinem Kampf gegen das seit der Revolution gewonnene parlamentarische System.

Wir als Sozialdemokraten — das wird wichtig für die kommenden Wahlen sein — dürfen feststellen, daß wir bereit gewesen sind, die Mitverantwortung in der Regierung zu tragen. Wir wußten, wie der Bürgerblock sich gegen die Interessen des Proletariats, insbesondere auch gegen seine kulturellen Forderungen auswirken mußte. Im Volksstaat hat jede Partei, die auf dem Boden der Verfassung steht, zunächst grundsätzlich die Pflicht zur Mitarbeit, wenn auch die parlamentarische Konstellation nicht in jedem Einzelfalle diese Mitarbeit erlaubt.

Wir fordern auf allen unsern Tagungen die Demokratisierung der Verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden. Die Demokratisierung kann durch Resolutionen von draußen vorbereitet werden, aber erreicht werden kann sie nur durch Mitarbeit. Deshalb hat die deutsche Sozialdemokratie immer den größten Wert darauf gelegt, daß die preußische Sozialdemokratie mitarbeitet an der Demokratisierung des größten deutschen Staates. Wir erleben, daß gerade um Preußen die Deutschnationalen den schärfsten Kampf führen. Die Bildung der Bürgerblockregierung im Reich war nur das Vorspiel. Das Ziel ist für die Deutschnationalen die Eroberung Preußens. (Sehr wahr!) Das sollte uns zu denken geben. Ich glaube, daß in Preußen niemand in der Partei bereit ist, freiwillig die Positionen zu räumen, die bisher behauptet worden sind. Im Reich hat man uns von der Regierungsbildung ausgeschlossen. Es ist ganz selbstverständlich, daß wir deswegen gegen die Reichsregierung in schärfster Kampfstellung stehen. Wir haben in diesem Jahr mit einer scharfen, begründeten Erklärung zum erstenmal seit der Revolution im Reich den Etat verweigert. Unsere Opposition richtete sich aber nicht gegen den Staat, sondern gegen die Regierung und die Parteien, die das Wesen des demokratischen Volksstaates durch ihre Politik verfälschen wollen. Haben denn die Deutschnationalen, als sie in die Regierung der Republik eintraten, ihre monarchistischen Ziele aufgegeben, um der höheren Zölle willen? Nein, sie haben ihre Ziele nur zurückgestellt.

Ich gehöre auch zu denen, die zurzeit die Republik in Deutschland nicht für gefährdet halten. Aber, Parteigenossen, wer weiß, ob der deutschen Republik bei ihrer ganz anderen Tradition Kämpfe und Erschütterungen erspart bleiben, wie sie die dritte französische Republik zur Zeit der Boulanger- und Dreyfußkrise noch im vergangenen Jahrhundert erlebt hat! Wer ist sicher, daß wir nicht um außenpolitischer Ziele willen und in gefahrvollen Situationen gezwungen sind, wieder einzugreifen, wie wir das in den letzten Jahren so oft gemußt haben? Ich gehöre nicht zu den Optimisten, die glauben, daß die Zeit der Erschütterungen in Deutschland ein für allemal vorbei sei, und daß sich unsere Politik von nun ab in einer klaren Linie eindeutig entwickeln wird. Ich fürchte, es wird uns in den nächsten Jahren nicht so bequem gemacht werden. Ich fürchte, daß wir noch oft aus außenpolitischen Gründen gezwungen sein werden, die Gegensätze auszunutzen, die sich aus regionalen und anderen Gründen bei der Entscheidung außenpolitischer Fragen unter den bürgerlichen Parteien zeigen. Das Interesse der Arbeiterklasse wird uns dazu zwingen, das eine elastische Politik von uns verlangt, und zwar auf jedem Gebiet.

Wir erleben national und international einen Zusammenschluß des Kapitalismus von einer Intensität, wie er früher nur in Amerika zu verzeichnen war. Wenn wir den Uebergang dieser Trustwirtschaft zum Sozialismus beschleunigen wollen, müssen wir sehen, daß wir national und international, gewerkschaftlich und politisch überall Einfluß im Interesse der Arbeiterklasse erhalten. Auch die Ergebnislosigkeit der ersten Genfer Weltwirtschaftskonferenz wird uns nicht davon abhalten, so zu verfahren. Es ist unsere sozialistische Pflicht, in die Wirtschaft einzudringen. Wir sind Demokraten und Sozialisten, das sagt unser Name schon. Nach der deutschen Revolution hat es Republikaner gegeben wie Hugo Preuß, die sich einbildeten, daß die Sozialdemokratische Partei um der Republik willen in einer großen republikanischen Partei aufgehen könne. Sie haben sich darüber gewundert, daß wir diesen Gedanken in unserer Partei nicht einmal diskutierten. In der härtesten Arbeit für die Aufrichtung des demokratischen Staates haben wir niemals ein Moratorium für den Sozialismus genommen, obwohl wir uns

klar darüber waren, daß nach dem durch den Krieg erfolgten Zusammenbruch in Deutschland, das eingekeilt war zwischen kapitalistisch orientierten Siegermächten, natürlich keine sozialistischen Experimente gemacht werden konnten, die schließlich der Idee des Sozialismus hätten schaden müssen. Inzwischen ist es mit fremder Hilfe gelungen, den deutschen Wiederaufbau der Wirtschaft zu erzielen. Die technische Entwicklung, die keinen Augenblick still steht, kam dem zu Hilfe.

Aber wenn alles das zugunsten der lebendigen Menschen, die im Produktionsprozeß stehen, ausgenutzt werden soll, ist es vor allen Dingen notwendig, daß diese Menschenmassen begreifen, was ihre geschichtliche Mission ist, und daß sie in ihren Kämpfen um Einfluß in Staat und Wirtschaft sich bewußt sind, daß der Kapitalismus einen großen Vorsprung vor ihnen hat in der Ausnutzung alles Neuen, wenn die Arbeiter und Angestellten nicht einig sind.

Heute vor 52 Jahren, am 22. Mai 1875, ist unter dem Vorsitz unseres Genossen Bock in Gotha der Einigungskongreß der deutschen Sozialdemokratie eröffnet worden, und er hat wie dieser Kongreß bis zum 27. Mai getagt. Damals haben sich Lassalleaner und Eisenacher geeinigt gegen Tessendorf, den Vorläufer der Bürgerblockjustiz. Auch damals hat es nach Einigung taktische Differenzen gegeben, die auf den Kongressen in den nächsten Jahren ausgetragen und ausgeglichen worden sind. Aber wer einmal den Differenzen auf den Grund geht, die in der Arbeiterklasse vorhanden gewesen sind, der findet, daß es im Grunde genommen eigentlich dieselben gewesen sind wie heute. Die Frage, ob wir mehr demokratische oder mehr sozialistische Pflichten zu erfüllen haben, halte ich für müßig. Formale und soziale Demokratie sind keine Gegensätze. Hier gilt das verbindende „und" und nicht das trennende „entweder oder".

Vor 55 Jahren hat im Leipziger Hochverratsprozeß Wilhelm Liebknecht dem Staatsanwalt bei den Schlußbemerkungen auf die Anklage des Hochverrats die Worte entgegengeschleudert: „Ein zwiefaches Ideal hat mir von Jugend an vorgeschwebt: das freie, einige Deutschland und die Emanzipation des arbeitenden Volkes, d. h. die Abschaffung der Klassenherrschaft, was gleichbedeutend ist mit der Befreiung der Menschheit. Für dieses Ziel habe ich nach besten Kräften gekämpft, und für dieses doppelte Ziel werde ich kämpfen, solange noch ein Hauch in mir ist." Sind das nicht Worte, die ebensogut heute für uns geprägt sein können? Wenn wir den Worten Wilhelm Liebknechts, der sich selbst als Soldat der Revolution bezeichnet hat, folgen, so werden wir den Kampf, den zu führen unsere geschichtliche Aufgabe ist, durchkämpfen für eine aktive Demokratie und für einen lebendigen Sozialismus. (Lebhafter Beifall.)

Genossinnen und Genossen, im Auftrage des Parteivorstandes der Deutschen Sozialdemokratie eröffne ich den Kieler Parteitag.

Zu Vorsitzenden des Parteitages werden Otto Eggerstedt, Kiel, und Otto Wels, Berlin, gewählt.

Vors. **Wels:** Parteigenossen! Ich danke Ihnen zugleich im Namen des Kollegen Eggerstedt für die Ehre und das Vertrauen, das Sie mit der Wahl zu Vorsitzenden in uns gesetzt haben. Wir werden uns bemühen, die Verhandlungen des Parteitages streng objektiv zu führen, und glauben so, mit Ihrer Hilfe der Partei Dienste zu erweisen.

Zu Schriftführern werden gewählt: Winzer, Breslau; Arning, Marie, Magdeburg; Steinbrecher, Brandenburg; Lutz, Worms;

Saupe, Wurzen; Wimmer, München; Bartelt, Wilhelmsburg; Mäder, Altenburg; Lehnemann, Bergkamen.

Zu Mitgliedern der Mandatsprüfungs- und Beschwerdekommission werden gewählt: Vogel, Nürnberg; Grotewohl, Braunschweig; Setzer, Ludwigshafen; Steinmayer, Stuttgart; Harnisch, Berlin; Reitze, Joh., Hamburg; Hauschild, Elberfeld; Thümmel, Elise, Dresden; Knothe, Wetzlar.

Vors. **Wels:** Ehe ich zur Feststellung der Tagesordnung übergehe, glaube ich, einer Pflicht genügen zu müssen, die sich als unabweisbar aufdrängte, als der Name Carl Legien in der Versammlung genannt wurde. Eine große Reihe von Parteigenossen, die unter uns weilten, in Kampf, in Not und Gefahr die Partei begleiteten lange Jahrzehnte, sind nicht mehr unter uns. Leider kann ich nicht all der Tapferen mit Namen gedenken. Ich nenne als einen der ersten unsern Genossen Richard Fischer, der einer der Pioniere und Wegbereiter der deutschen Sozialdemokratie gewesen ist, der unter dem Ausnahmegesetz furchtlos den Kampf gegen die Gewaltigen der damaligen Zeit aufnahm, und nach Fall des Verbots 1890 in den Parteivorstand gewählt wurde, aber bald die geistige Waffenschmiede, die Buchhandlung der Partei, zu übernehmen berufen war. Er hat das Zeitliche gesegnet, und wir danken ihm, dem Freund und Waffengefährten. Ich nenne weiter Robert Dißmann, einer von denen, die mit Leidenschaft und Temperament an der Spitze der Gewerkschaft wie in der politischen Arena ihren Mann standen, die für ihre Ueberzeugung fochten. Einer der unermüdlichsten und rüstigsten Kämpfer hat seine Augen geschlossen, als er werbend von Amerika den Ozean auf dem Dampfer durchfurchte. In Amerika hatte er für den Eintritt der amerikanischen Metallarbeiter in den Internationalen Metallarbeiterverband gekämpft. Weiter Fritz Zubeil, dessen Andenken von uns immer in Ehren gehalten wird, einer der tapferen Kämpfer der Partei. Wen berührt nicht, wenn man an die Tragik des Todes denkt, das Ableben von Ernst Mehlich, der aus einer Beratung, wie er am besten die großen Streitigkeiten in seinem Industriebezirk schlichten könne, kam, der dann bei dem Eisenbahnattentat von Leiferde den Tod erleiden mußte und eine Schar unerwachsener Kinder zurückließ. Julius Bruns ist nach langem Siechtum von uns gegangen, der besten einer, der als Journalist Jahrzehnte hindurch für die Partei mit voller Hingabe gewirkt hat. Albert Cohn, dessen Name allen als Sozialpolitiker bekannt ist, der Schöpfer der Wohnungsenquête, einer von denen, die bahnbrechend mitgearbeitet haben für die Beseitigung des sozialen Elends, das die notwendige Begleiterscheinung des Kapitalismus ist. Franz Laufkötter — ist einer unter Euch, der seinen Namen nicht kennt? Er war der geborene Popularisator des Marxismus. Niemand konnte die Schwierigkeiten der nationalökonomischen Lehren, die Karl Marx uns gegeben hat, so leicht im Vortrag überwinden. Sein Wirken wird unverlöschbar bleiben. Adolf Hepner! Eben hat Hermann Müller des Leipziger Hochverratsprozesses gedacht, wo Hepner sich mit Bebel und Liebknecht zu verantworten hatte.

Groß ist die Zahl führender Genossen, die von uns gegangen sind. Um nur einige zu nennen: Dr. Hermann Weyl, Berlin; Wilhelm Bromme; Wilh. Lieser; Pierenkämper, Dortmund und Robert Straube in Chemnitz. Wir singen heute noch das Lied: „Sozialisten, schließt die Reihen!" Vor kurzem ist in Hamburg, 72 Jahre alt, Karl Gramm gestorben, der Komponist des Sozialistenmarsches. Tief aber hat mich die Nachricht erschüttert, die ich beim Betreten des Saales erhielt, daß unser Genosse Bruno Körner, der

Führer unserer Partei in der Pfalz, der Weggenosse Franz Josef Ehrhards, des Pfalzgrafen, der bei den politischen Kämpfen auch auf diesem Parteitage eine Rolle spielen sollte, in der Nacht die Augen für immer geschlossen hat. Vor wenigen Wochen noch hatte ich Gelegenheit, als Vertreter des Parteivorstandes unter seinem Vorsitz an dem Parteitag der pfälzischen Genossen teilzunehmen. Die Liebe, die dem Alten entgegenschwoll, leuchtete aus aller Augen und Herzen. Wir trauern mit den Genossen der Pfalz.

Auch in der Internationale hielt der Tod reiche Ernte. Am Anfang der Bewegung der Ersten Internationale stand Belfort Bax neben Marx und Engels arbeitend in jener Zeit, wo nur wenige sich zum Sozialismus bekannten. Eugen Debs, Lehrer und Führer des amerikanischen Sozialismus, der, für seine Antikriegspropaganda mit zehn Jahren Zuchthaus bestraft, die Begnadigung ablehnte, hat die Augen geschlossen und ist von der Arbeiterschaft seines Landes gegangen. Ich erinnere an Hermann Greulich, an Pablo Iglesias, den Patriarchen der schweizerischen und der spanischen Sozialdemokratie, die zu den Idealgestalten der Internationale gehörten. Aus Paris kam die Nachricht, daß Tscheidse, jener geistige Führer und Vorkämpfer des russischen und georgischen Proletariats, der wie kaum einer in der Duma die Interessen des Sozialismus gegen den Zarismus vertreten und für die Interessen der Arbeiterschaft gekämpft, seinem Leben ein Ende gemacht hat, weil er die Drangsal, die das Exiliertentum ihm auferlegt, nicht tragen konnte. Die Nachricht rief Trauer in unseren Herzen hervor. Naine, unser Schweizer Genosse, und Rouanet, Paris, haben ein unvergängliches Andenken verdient. Aber nahe geht uns Deutschen vor allen Dingen die Nachricht, daß Hillebrand aus Karlsbad, eine der idealsten Gestalten, die die deutsche Sozialdemokratie kennt, ein Mann, krank am Körper, und doch beseelt von jenem Fanatismus und jener Liebe, die aus heißem Herzen brennt, seine beredte Stimme für die Unterdrückten nicht mehr erheben kann. Anton Nemec, der geistige Führer des tschechischen Proletariats, ist von uns gegangen.

Aus allen diesen Namen, international und national, klingt gleich mächtigen Akkorden das Hohelied der Menschheitsbefreiung, klingt ein Hymnus auf die Ideenwelt des Sozialismus. Darum sei ihnen allen aus tiefstem Herzen der Dank der kämpfenden Arbeiterschaft dargebracht. Sie alle haben sich zu Ehren jener Verstorbenen erhoben. Ich danke Ihnen und stelle das fest.

Parteigenossen, wir haben in diesem Jahre die Freude, eine große Anzahl von Delegierten unserer Bruderparteien, mit uns vereint in der Internationale, zu begrüßen. Ich begrüße zunächst den Genossen Bracke, den Vertreter der französischen Sozialdemokratischen Partei, der hergekommen ist, um dem Gedanken der deutsch-französischen Verständigung, wie er im Sozialismus lebt, Ausdruck zu geben. (Lebhafter Beifall.) Ich begrüße den Genossen Stauning, den Führer unserer dänischen Bruderpartei, der bei der Führung des Ministerpräsidentenpostens der Partei dort drüben neues Ansehen erwarb, den Genossen Möller aus Schweden, der ebenfalls als Minister für die Partei gearbeitet hat. Er ist erschienen, um uns die Grüße der schwedischen Sozialdemokratie zu überbringen, der organisatorisch am stärksten vorwärts entwickelten Schicht des Landes. Genosse Modigliani, unser italienischer Genosse, der, wie so viele Zehntausende italienischer Freiheitskämpfer, aus dem Lande Mussolinis fliehen mußte, ist aus Paris hierher gekommen, um uns die Grüße des kämpfenden italienischen Proletariats zu überbringen, das wie kaum ein anderes die Bitternis des Exiliertentums fühlt. Wenn er den machtvollen Aufmarsch der deutschen Sozialdemokratie in Kiel in diesen Tagen sah, wird er das Gefühl haben: ach, wäre es in meinem Heimatlande so, wo unter der

Führung eines früheren Sozialisten alles Recht der arbeitenden Klasse, jedes Menschentum brutal mit Füßen getreten wurde. Genossin Kalnin aus Lettland bringt uns die Grüße ihrer Landsleute. Aus Warschau ist Genosse Czapinski entsandt worden. Aus der Tschechoslowakei begrüßen wir als Vertreter unserer Genossen den Genossen Tomaschek, den früheren Präsidenten der Tschechischen Nationalversammlung. Wir begrüßen weiter den Genossen Nießner als Vertreter unserer deutschen Genossen in der Tschechoslowakei. Wir begrüßen den Genossen Abramowitsch als Vertreter der russischen Sozialdemokratie, und vor allen Dingen unsere österreichischen Genossen, die nach glänzendem Wahlkampf aus Oesterreich hierher gekommen sind, unsere Genossen Renner und Eisler. Auch unsere saarländischen Freunde haben einen Vertreter entsandt, um damit zu dokumentieren, daß, wenn sie auch unter der Herrschaft des Völkerbundes stehen, die saarländische Bevölkerung sich doch eins betrachtet mit dem deutschen Volk, zu dem es zurückkehren wird, und wenn die Abstimmung erst nach den vorgesehenen 15 Jahren stattfinden sollte.

Ich heiße im Namen der Anwesenden Euch, internationale Freunde, herzlich willkommen, reiche Euch die Hände und hoffe, daß Ihr Euch in unsern Reihen wohlfühlt.

Ehe ich dazu übergehe, unseren Genossen Gelegenheit zu geben, auf meine Worte zu antworten, glaube ich im Interesse der Geschäftsführung und des Fortschreitens unserer Verhandlungen zu handeln, wenn ich die geschäftlichen Arbeiten, die wir zu erledigen haben, jetzt gleich abwickle.

Als Geschäftsordnung für unsere Verhandlungen schlage ich vor, die Ihnen gedruckt vorliegende Geschäftsordnung zugrunde zu legen. — Die Versammlung ist damit einverstanden.

Die Anträge 1, 2 und 3 schlagen eine Aenderung der Tagesordnung vor. Der Parteiausschuß ist zu der Auffassung gekommen, dem Parteitag zu empfehlen, die Anträge abzulehnen und die Tagesordnung so zu lassen, wie sie vorgeschlagen ist. Ich stelle die Unterstützungsfrage? Die Unterstützung reicht nicht aus!

Damit sind die Anträge 1 bis 3 abgelehnt, und die Tagesordnung steht fest.

Bracke, Paris: Genossinnen und Genossen, im Namen der französischen Sozialistischen Partei, im Namen der organisierten französischen Proletarier, im Namen — so habe ich das Recht, zu sagen — des wirklich arbeitenden Frankreichs begrüße ich herzlich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, indem ich die lebhaftesten Wünsche für den Erfolg der Arbeiten dieses Parteitags ausspreche. Dreimal, allerdings im Zeitraum von mehr als einem Vierteljahrhundert, habe ich die Ehre gehabt, solche Grüße in Ihrem Lande aussprechen zu können. Mit was für verschiedenen Erlebnissen ist nicht die Erinnerung verbunden! In Lübeck 1901 vertrat ich nur eine der sozialistischen Parteien, die um die Seele der französischen Proletarier miteinander stritten, nämlich die französische Arbeiterpartei, die sogenannten Cedisten. 10 Jahre später, in Jena, war ich als Vertreter der geeinigten Partei auf dem Deutschen Parteitag. Leider übte schon wieder 10 Jahre später der Bolschewismus seine verderbliche Wirkung aus. In Tours fand die Spaltung der proletarischen Bewegung statt, und unsere Partei sah ihre Mitgliederzahl unter 30 000 Mann sinken.

Wenn ich zum dritten Male das Wort vor Ihnen nehme, bin ich glücklich, sagen zu können, daß wir die Kraft wiedergewonnen haben. (Bravo!) Wir marschieren vorwärts! (Bravo und Händeklatschen.) Unsere Mitgliedschaft

ist über 100 000 gestiegen. 97 von uns sitzen in der Deputiertenkammer. Anfang dieses Jahres haben wir die Zahl unserer Vertreter im Senat von 6 auf 14 erhöht, also mehr als verdoppelt. (Bravo!) Weit mehr als verdoppelt hat sich die Zahl unserer Stadtverordneten, nämlich von 4699 auf 10 167. (Bravo!) In fast allen großen Städten, wie Lyon , Marseille, Toulouse, Lille, Roubaix, Brest, Limoges, Nîmes, Grenoble, ist das Stadthaus gänzlich oder in Mehrheit von unsern Genossen besetzt. (Bravo! und Händklatschen.) 532 Bürgermeister führen unter dem Banner der Sozialistischen Partei die Verwaltung kleiner oder bedeutender Ortschaften. Daß wir unseren ganzen politischen Einfluß in den Dienst der Sache des Friedens setzen, brauche ich Ihnen kaum zu sagen. Sie wissen, wie zäh wir für die Räumung des Ruhrgebiets erfolgreich kämpfen. (Bravo! und Händeklatschen.) Es wird jetzt von einer weiteren Räumung geredet. Wir erklären ebenso offen wie vor unserer Regierung, daß es uns eine Unmöglichkeit erscheint, daß, nachdem Deutschland seinen Platz im Völkerbund eingenommen hat, große Teile seines Gebiets von fremden Truppen besetzt sind. (Bravo! und Händeklatschen.) Nichts wird uns daran hindern, baldigste Räumung des Rheinlandes energisch zu fordern. (Bravo!) Die letzten Reste der militärischen Gewalt müssen beseitigt werden. (Bravo!) Wir kennen die Unterstützung, die wir darin bei der deutschen Arbeiterschaft finden, wenn wir sehen, mit welcher Tapferkeit sie die deutsche Republik, die sie heroisch geschaffen, zu bewahren und zu entwickeln bereit ist.

In dieser Stadt Kiel muß man unwillkürlich an einen Wendepunkt der deutschen Weltpolitik denken. Wie sollte sich der Gedanke nicht auch auf das Blut richten, das wieder einmal aus den Adern unserer beiden Völker geflossen ist. Aber, Genossen, kein blutiger Fluß ist so tief und so breit, daß das gemeinsame Klassenbewußtsein ihn nicht überbrückt, daß die Arbeiter von Frankreich und Deutschland mehr denn je in diesem Augenblick, wo Europa im Zeichen der wirtschaftlichen und sozialistischen Reaktion steht, wie unter den brutalsten und maskiertesten Formen gegen die proletarischen Organisationen, auch gegen die demokratische Freiheit stürmt, wenn in der ganzen Welt Konflikte und Gefahren keimen —, daß wir, die Arbeiter von Frankreich und Deutschland, die Verständigung beider Völker für die allgemeine Verständigung aller Völker vorbereiten. (Bravo!)

Genossen! Hier die Hand! Wir wollen mit Ihnen eins sein und bleiben! (Bravo! und Händeklatschen.) Wir wollen in Liebe und Treue Schulter an Schulter für das gemeinsame Ziel des Weltfriedens und der Emanzipation des internationalen Proletariats zusammenarbeiten.

Glück auf! Es lebe die deutsche Sozialdemokratie! Es lebe die sozialistische Arbeiterinternationale! (Bravo! und Händeklatschen.)

Gustav Möller, Schweden: Genossen und Genossinnen! Ich bringe Ihnen die Grüße der schwedischen Sozialdemokratie und spreche Ihnen unsern Dank für die Einladung zu diesem Kongreß aus.

Die Sozialdemokratie nimmt in Schweden eine sehr starke Stellung ein. Von 230 Abgeordneten der Zweiten Kammer gehören 105 unserer Partei an. (Bravo!) Wir haben den Eindruck, daß der Weg zur Mehrheit im schwedischen Parlament nicht mehr so lang sein mag. Aber es ist immer schwerer, die letzten Mandate zu erobern als die früheren. (Sehr richtig! und Heiterkeit.) Wir wollen uns also keinen übereilten Hoffnungen hingeben. Ich halte es aber nicht für ausgeschlossen, daß wir sehr bald die Majorität haben. Jedenfalls versprechen wir, alles aufzubieten, um die bürgerlichen Parteien bei den nächsten Wahlen ganz zu schlagen. (Bravo!)

Die politische Situation in Schweden hat seit einem Jahre eine Veränderung dadurch erfahren, daß anstatt der früheren Zusammenarbeit zwischen der Sozialdemokratie und der sogenannten bürgerlichen Linken ein Bruch eingetreten ist, der, wie es scheint, jetzt nicht mehr zu reparieren ist. Das hängt vor allen Dingen mit der starken politischen Stellung der schwedischen Partei zusammen. So fürchten die Bürgerlichen, daß unsere Hoffnungen in Erfüllung gehen werden, und deswegen wird allmählich eine vollständige bürgerliche Sammlung, gerade wie in Oesterreich, in Schweden zustande kommen.. Das wird auf die sozialistische Arbeit hindernd wirken, wir haben aber mit dieser Entwicklung immer gerechnet und hoffen, daß es uns gelingen wird, trotz dieser bürgerlichen Verschwörung einen glänzenden Wahlsieg herbeizuführen.

Ich schließe wie der Genosse Bracke aus Frankreich, indem ich darauf hinweise, daß in der internationalen Sozialdemokratie in diesen Zeiten die Sorge für den Weltfrieden vorherrscht. Man kann sich dem Eindruck nicht entziehen, daß, obwohl es ganz sicher in bürgerlichen Kreisen Friedensfreunde gibt, die bürgerlichen Politiker doch im allgemeinen nicht aufrichtig für die internationale Verständigung arbeiten. Deshalb müssen alle Hoffnungen der Völker der Sozialdemokratie gelten. Die Abrüstungskonferenz des Völkerbundes hat uns gezeigt, daß, wenn nicht die Sozialdemokratie in jedem Lande erstarkt, es doch noch einmal zu einem Kriege kommen kann, was zu verhindern die Aufgabe wäre. Ich hoffe, daß die Beschlüsse dieses Kongresses die Entwicklung der Sozialdemokratie zu einer immer größeren Macht fördern werden, und in dieser Hoffnung bringe ich Ihnen jetzt meinen Glückwunsch zu diesem Parteitag. (Bravo! und Händeklatschen.)

Frau **Kalnin,** Lettland: Genossinnen und Genossen! Ich bin nach Kiel geeilt, um der deutschen Partei die Grüße der lettländischen Bruderpartei zu übermitteln. Wir kommen nicht zum ersten Male nach Deutschland. Zur deutschen Partei bestanden stets warme Beziehungen. Der Anfang unserer Beziehungen stammt aus der Zeit, als die lettischen Flüchtlinge aus dem Zarenreich in Deutschland Zuflucht gesucht und gefunden haben. Wir waren aber auch in Nürnberg zugegen, als an diesem historischen Tage die deutsche Partei geeint wurde. Als eine erfreuliche Erscheinung ist die Freundschaft zwischen dem Reichsbanner und dem lettischen Schutzbund zu konstatieren. Der gemeinsame Kampf gegen die Faschisten hat diese beiden Organisationen zur internationalen Verbrüderung gebracht. Ich spreche den Wunsch aus, daß die deutsche Partei diesem Vorbild folgen und ihre Vertreter zu den nächsten lettischen Kongressen schicken sollte.

Die lettländische sozialdemokratische Partei ist als eine der wenigen Parteien jetzt in die Koalitionsregierung eingetreten. Sie ist nicht sehr koalitionslustig gewesen, doch haben diesmal besondere Gründe die Partei dazu gezwungen. Der Eintritt in die Koalition geschah an jenem 17. Dezember, als der Putsch in Litauen losgebrochen war. Wäre das nicht geschehen, ich weiß nicht, ob die Koalition bei einer Weigerung der Partei zustande gekommen wäre. Wir hätten dann eine nationalistisch-faschistische Regierung, die gern in Lettland eine Monarchie ohne Monarchen hätte errichten wollen. Dem ist ein Riegel vorgeschoben. Nach fünf Monaten Koalitionsregierung ist die faschistische Gefahr abgeflaut. Aber auch ohne die Koalition hätte das, was in Litauen geschehen ist, in Lettland nie geschehen können. Die lettländische Arbeiterschaft und alle lettländischen demokratischen Elemente wären stets dagegen gewesen und hätten ihren Willen gegen jede faschistische Gefahr durchgesetzt. Jetzt haben die organisierte Arbeiterschaft und unsere Arbeitersportbündler die Regierung stark unterstützt.

Die Koalitionsregierung hatte jedoch noch andere Zwecke. Sie sollte die Arbeitergesetzgebung vor dem Anprall der reaktionären Bürgerschaft schützen und eine neue soziale Gesetzgebung schaffen. Das ist bis zu einem gewissen Grade durchgeführt worden. Es ist unlängst im Parlament ein Gesetz angenommen worden, daß das Arbeiterversicherungsgesetz gegen Unfall und gewerbliche Krankheit in sich birgt, was nie bei einer bürgerlichen Regierung geschehen wäre.

Es wäre aber ein Irrtum, zu glauben, daß eine Koalitionsregierung alles das bewirken könnte, was sie wünscht, wenn sie auch, wie bei uns in Lettland, in der Mehrheit ist. Wir haben wohl eine Mehrheit in der Regierung, doch keine Mehrheit im Parlament. Die 37 Prozent sozialistische Elemente, die wir im Parlament haben, müssen in der Regierung mit den übrigen 13 Stimmen der bürgerlichen Parteien zählen. Deshalb ist vieles, was von der Koalition erwartet worden ist und die Partei gewünscht hätte, nicht zustande gekommen. Diese Gefahr birgt jede Koalition in sich. Das muß jede Partei in Betracht ziehen, wenn sie vor der Frage der Koalition steht. Diese Fragen müssen den Gesichtspunkten gegenübergestellt werden, die zur Koalition drängen.

Auch in der Außenpolitik ist in vielem Wandel geschaffen worden, was bei der bürgerlichen Koalition niemals geschehen wäre, denn sie hatte eine andere Politik befolgt, als unsere Partei es jetzt tut.

Zum Schluß wünsche ich dem Parteitag, daß die wichtigen Fragen, die auf der Tagesordnung stehen, zur vollen Zufriedenheit und zum Wohle der deutschen Arbeiterschaft und der gesamten Internationale gelöst werden; denn nach der deutschen Partei wenden sich die Blicke aller Parteien, besonders der Bruderpartei in Lettland. (Bravo! und Händeklatschen.)

Modigliani, Italien: Genossinnen und Genossen! Ich komme nicht aus Italien, ich komme aus dem Lande unseres Exils, aus Frankreich. Wer seine Freiheit bewahren will, kann nicht in Italien leben, und wer in Italien leben will, kann nicht frei bleiben. Aber ich bin nicht gekommen, um nochmals ausführlich über die Zustände in Italien und den Faschismus zu reden. Wir italienischen Sozialisten wissen zu genau, daß die deutsche Sozialdemokratie alles, was sie im Kampf gegen den Faschismus tun kann, getan hat. Ich bin auch nicht gekommen — wir italienischen Sozialisten gehen nicht ins Ausland als Bettler — als ein Bettler, der heischend vor Eurer Tür steht, sondern als Bruder, um Euch zu sagen, daß Eure Sache unsre Sache ist (Bravo!), und daß unser Kampf gegen den Faschismus Euer Kampf gegen den Faschismus ist. (Bravo!) Ich erinnere Euch daran, daß dieser Faschismus in Italien eine Gefahr für den Frieden der Welt ist. Ich stelle mit Befriedigung fest, daß die Mehrheit in der Welt, insbesondere der Sozialismus in aller Welt, diese Gefahr erkannt hat.

Aber mehr als das, der italienische Faschismus hat auch die Freiheit der gewerkschaftlichen Bewegung vollständig zerstört und an ihre Stelle eine versklavte Organisation der Arbeiter gesetzt. Unser italienisches Interesse ist es, daß sich dieser Zustand ändert. Aber Euer Interesse ist es, daß diese gefährliche Anregung, diese gefährliche Ansteckung, die von Italien ausgeht, sich nicht auf andere Länder, insbesondere nicht auf Deutschland überträgt. Wir sehen die große Gefahr vor uns, daß sie sich auf England überträgt, denn das Gesetz, das zurzeit im englischen Parlament von der Regierung eingebracht ist und von den Gewerkschaften handelt, trägt den Stempel des italienischen, des faschistischen Vorbildes.

Wir müssen im Kampf gegen den Faschismus stehen wegen seiner auswärtigen Politik, so gut wie wegen seiner inneren Politik, und wir erinnern uns daran, daß es in aller Welt Menschen gibt, die mit dem Experiment des

Faschismus spielen und ihn tatsächlich mindestens für die Bourgeoisie für ein mögliches politisches Experiment halten. Es hat in Italien bürgerliche Parteien und Gruppen gegeben, die die Faschisten im Kampf gegen die Arbeiterschaft geschützt haben, die mit den Faschisten gegangen sind, als sie die Freiheit des Proletariats unterdrückten. Diese bürgerlichen Parteien haben geglaubt, daß der Faschismus vor den Türen der Unternehmer und vor den Toren der Fabriken halt machen werde. Sie sehen jetzt, daß nach der Unterdrückung der Freiheit der Arbeiterschaft auch für die Freiheit des Bürgertums, für geistige und kulturelle Freiheit unter dem Faschismus in Italien überhaupt kein Platz mehr ist. Der Faschismus ist der Mörder der Arbeiterfreiheit, aber er beginnt selbst für das Bürgertum in Italien unerträglich zu werden. Die Freiheit ist ein Licht. Wenn dieses Licht verschwindet, dann beginnt die Regierung zu erblinden. So sehen wir, wie diese in Italien erblindete Regierung das Land in eine schwere wirtschaftliche Krise hineinzuführen im Begriff ist. Für keinen Teil des Volkes, für keinen Teil der Völker überhaupt ist der Faschismus ein Segen und ein Glück.

Ich bin im Grunde nicht gekommen, um zu reden, sondern ich bin gekommen, um Euren Verhandlungen zuzuhören, Eure Ziele zu verfolgen, um von Euch zu lernen und um in Euren Kundgebungen und in Euren Versammlungen die Gewißheit zu finden, daß Mussolini nicht stark genug ist, um über den geschlossenen Willen des internationalen Sozialismus zu triumphieren. (Bravo! und Händeklatschen.)

Thorwald Stauning, Dänemark: Genossinnen und Genossen! Ich habe die Freude, unsrer deutschen Bruderpartei zu ihrem Parteitag einen herzlichen Gruß der dänischen Parteigenossen und der dänischen Sozialdemokratie zu überbringen. Ich war einige Jahre am Besuch unsrer deutschen Freunde verhindert, da ich Leiter des ersten sozialistischen Kabinetts unseres Landes war. Ich komme wieder als Beauftragter meiner Partei, nachdem die Reaktion ihren Einzug in die Leitung unseres Landes gehalten hat.

Die Bevölkerung Dänemarks leidet unter denselben Kriegsfolgen, die sich in anderen Ländern gezeigt haben. Der Wiederaufbau des Geldwesens und des durch Spekulation verheerten Erwerbslebens kostet Opfer. Aber während wir anstrebten, diese Lasten der Oberklasse aufzuerlegen, deren Vermögen sich vermehrt hatte, versuchen die reaktionären Parteien, die Lebenshaltung der Arbeiterklasse herabzudrücken, um Mittel zur Milderung der Steuerlasten der Oberklasse zu erhalten. Im Kampf um diese Prinzipien appellierten wir an die Wähler. Aber obwohl wir einen bedeutenden Stimmenzuwachs zu verzeichnen hatten, glückte es der Reaktion, eine von mehreren Parteien gebildete, kümmerliche Mehrheit zu gewinnen, die die Basis der jetzigen Regierung darstellt. Die sozialdemokratische Partei steht indes stark und fest. Die reaktionäre Politik, die im Augenblick die Löhne und sozialen Leistungen reduziert, wird schon wieder die Augen öffnen, so daß wir auch weiterhin den nötigen Zuwachs erwarten können.

Wir verfolgen im übrigen mit Interesse die Arbeit unserer Bruderparteien und namentlich die starke Stellung unserer deutschen Bruderpartei. Wir freuen uns über die Stärke, mit der die deutsche Sozialdemokratie für die Sicherung der Republik und für eine Politik, die diesem Ziele zustrebt, gekämpft hat. Als Dänen fügen wir zu unseren Hoffnungen auch den Wunsch, daß wir weiterhin den Beistand unsrer deutschen Klassengenossen bei den Bestrebungen, eine gute und friedliche Nachbarschaft zu bekommen, genießen, eine nachbarliche Freundschaft, die nicht durch die Streitigkeiten gebrochen wird, die Chauvinisten ständig wieder ins Leben zu rufen versuchen werden. Ich danke der deutschen Sozialdemokratie für die Leistungen, die diese Partei für die Wiederauf-

richtung des Völkerfriedens vollbracht hat, für ihre Arbeit im Dienste des internationalen Sozialismus und wünsche im Namen der dänischen Bruderpartei Glück zur Arbeit auf dem jetzt eröffneten Parteitag. (Bravo! und Händeklatschen.)

Renner, Oesterreich: Genossen und Genossinnen! Mein Freund Dr. Eisler und ich sind beauftragt, im Namen unsres Parteivorstandes Sie herzlich zu begrüßen. Wir Oesterreicher betrachten uns nicht als Besuch, wir gehören zum Hause (Bravo! und Heiterkeit), und deshalb kann ich kurz sein.

Wir haben einen wunderbaren Wahlkampf hinter uns. Wir haben dem Besitzbürgerblock gegenübergestanden. Man hat uns überrennen wollen. Das Ende vom Liede ist, daß wir gesiegt haben. (Bravo! und Händeklatschen.) Wir haben nunmehr 43 Prozent der Wählerschaft. (Bravo!) Zu uns sind insbesondere in hellen Scharen die Frauen gekommen. (Bravo! und Händeklatschen.) Wir haben dadurch unsere Stellung seit den Revolutionswahlen des Jahres 1919 um 7 Prozent verbessert. (Bravo!) Nehmen wir zu den 43 Prozent noch 7 Prozent dazu, so haben wir die Hälfte. (Heiterkeit.) Allerdings hat schon ein Genosse gesagt, die letzten sind die schwersten. (Heiterkeit.) Ich weiß, daß wir Sozialdemokraten in Oesterreich dank unserer Stärke und Organisation allmählich in der Welt einen guten Namen bekommen. Wenn ich nun das Rezept dieses Erfolges Ihnen kurz vorführen soll, so ist es dieses: erstens einmal muß das Proletariat einig sein —, die Kardinalformel. (Sehr richtig!) Es sagen viele „sehr wahr", die als echte Deutsche ihre besondere Rechthaberei manchmal dem allgemeinen Parteiinteresse vorziehen. (Sehr richtig! und Heiterkeit.) Die Bewegung im ganzen muß recht behalten. Das Proletariat muß einig sein, der einzelne muß sich unterwerfen lernen. Die Folge des ersten Rezepts, das wir angewendet haben, ist, daß die Kommunisten bei uns kein Nationalrats-, kein Landtags-, kein Gemeinderats-, nicht einmal ein Bezirksfektionsmandat errungen haben. (Bravo!) Wir haben allerdings die Bekämpfung des Kommunismus nicht den Staatsanwälten überlassen (Bravo!), sondern haben uns in die Reihen der Arbeiterschaft gestellt und in der Arbeiterschaft selbst den Kampf durchgeführt, und das ist Rezept Nr. 2. Die Partei ist aber über den engen Rahmen des industriellen Proletariats hinausgewachsen. Wir haben die öffentlichen und privaten Angestellten zum großen Teile bei uns organisiert. Angestellte ersten Ranges sind bei uns, unsre Soldaten, unsre Wehrmänner. (Bravo!) Diese haben zu mehr als 80 Prozent bei den Personalvertretungswahlen sozialdemokratisch gestimmt (Bravo), unsre Eisenbahner an die 95 Prozent. Die Post hat allerdings noch ihre eignen Farben im Dienst, aber die Post ist rot. (Heiterkeit.) Die öffentlichen Angestellten, die Intelligenzkreise begreifen immer mehr bei uns, daß alles, was sich so bürgerliche Ideologie nennt, längst in die geschichtliche Rumpelkammer gehört daß die wahre, die wirkliche Idee von Staat und Gesellschaft heute der Sozialismus ist. (Bravo!) Das steckt noch in den Anfängen. Ich hatte heute bei einer intellektuellen Vereinigung, bei Ihrer Juristenversammlung, mitzuwirken und sehe, Ihre Partei richtet sich auch darauf ein, eine Kemnate für die Intelligenz aufzusperren.

Wir haben vorgestoßen in die Reihen des Kleingewerbes. Wir haben eine Organisation sozialdemokratischer Gewerbetreibender, die schon zwei Dutzend Tausend Organisierter hat. Das ist auch eine neue Sache. Wenn wir in erster Linie jedem, der sich zu uns begeben will, die Gretchenfrage: „Wie hältst Du es mit der Religion?" vorlegen wollten, statt ihn zu fragen: „Willst Du mit dem Proletariat zusammen einen sozialen Staat aufrichten?" hätten wir wahrscheinlich diesen Erfolg nicht. (Sehr richtig!)

Weiter haben wir die Freude, daß wir dank unseres Agrarprogramms heute fast schon in jedem Dorf Stimmen haben. (Bravo!) Wir haben Kleinbauern in beträchtlicher Zahl gewonnen und haben auch eine eigene Kleinbauernorganisation.

Alle diese Rezepte passen vielleicht nicht für Sie! Ich sehe aber, daß in dem Programm des Parteitags die Agrarfrage, das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Republik und eine Reihe anderer Fragen stehen, die mir beweisen, daß Sie den Vorteil, sich einmal in der Opposition zu sammeln, ausnützen und andererseits die sozialistische Idee in die Grenzschichten hinübertragen wollen, da nun einmal das Proletariat auf demokratischem Wege die Mehrheit im Staate schwer erringen kann. Ich glaube, daß das Ziel, das Eggerstedt eingangs betonte, nämlich die Eroberung des Staates, auch für Sie in nicht allzu ferner Zeit erreicht werden wird.

Wir haben dann noch ein besonderes Ziel, das den österreichischen Sozialdemokraten und Ihnen gemeinsam ist, die Eroberung des einen deutschen Staates, der einen deutschen Republik. (Lebhaftes Bravo!) Aber das ist eine Frage der internationalen Zusammenhänge, und ich hoffe, daß man auf einem internationalen Sozialistenkongreß diese Frage einmal klären wird.

Wir können meines Erachtens nichts Besseres tun, als diese Phase der Geschichte, in der wir als deutsche Sozialdemokraten stehen, einzuleiten mit den Worten: Auf zur Eroberung des Staates, auf zur Eroberung der nationalen Einheit im Rahmen der Internationale. (Lebhafter Beifall.)

Vors. **Wels:** Parteigenossinnen und -Genossen! Ich glaube im Namen der hier Versammelten zu handeln, wenn ich den Vertretern der internationalen Bruderorganisationen den Dank der deutschen Partei ausspreche. (Bravo!) Die deutsche Partei stimmt mit allem, was uns an Lehren gegeben wurde, auch da, wo sie für uns nicht vollziehbar waren, innerlich tief überein. Aber das eine kann ich unserem hochverehrten letzten Redner sagen: das Rezept Nr. 2, die Bekämpfung der Kommunisten in Versammlungen Brust an Brust, oft sogar Hand gegen Hand, mußte auch von uns, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, geübt werden. (Zustimmung.) Gerade der Kampf in Mecklenburg, der in dieser Stunde seinen Abschluß gefunden hat, zeigt einen Kampf auf geistigem Gebiet, soweit er mit dem kommunistischen Geist geführt werden kann, in dem unsere Partei wahrhaftig ihren Mann gestanden hat. (Sehr richtig!)

Wir deutschen Sozialdemokraten sind in der Beurteilung der politischen Lage mit unseren ausländischen Freunden eins. Wir sehen die Gefahren allüberall in der Welt dadurch drohen, daß nahezu in jedem Erdenwinkel Kriegsgefahren aufs neue auftauchen. Unser Parteitag soll eine Arbeitswoche sein, eine Kieler Woche von ganz anderer Art, als sie die Stadt Kiel früher erlebte, wenn die kaiserlichen Wimpel über ihr schwebten. (Sehr gut!) In der nächsten Woche wird dann das nationalistische Deutschland seine Revanche an dieser Kieler Arbeitswoche nehmen. Sorgen wir dafür, daß die Saat, die wir säen, bald über diesen Bezirk hinaus aufgeht! Dann dienen wir damit dem Gedanken, den wir international überall verfechten.

Ich bitte nunmehr die Versammlung, unseren Bruderdelegierten dadurch zu danken, daß die deutschen Sozialdemokraten mit mir einstimmen in den Ruf: Es lebe die Internationale, die die Menschheit einstmals doch befreien wird. Sie lebe hoch, hoch, hoch!

(Die Delegierten stimmen begeistert in das dreimalige Hoch ein.)

Zum Schluß der Eröffnungssitzung singen die Teilnehmer des Parteitages die erste Strophe der Internationale.

(Schluß der Sitzung: 7 Uhr 45 Minuten.)

Erster Verhandlungstag

Montag, den 23. Mai 1927, vormittags 9 Uhr

Vors. **Wels:** Parteigenossinnen und Parteigenossen! Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, fahren wir in den Begrüßungsansprachen unserer Gäste fort. Wir hätten es gern gesehen, wenn unsere Freunde aus den slawischen Ländern vor dem großen Publikum aus der Provinz ihre Grüße hätten darbringen können. Uns lag daran, die wichtigen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen, zwischen den Deutschen und den Tschechen in der Tschechoslowakei für die Sozialdemokratie zu pflegen und auch vor dem Parteitag aussprechen zu hören. Da das gestern nicht möglich war, werden wir das Versäumte nachholen.

Abramowitsch, Rußland (mit lebhaftem Beifall empfangen): Genossinnen und Genossen! Ich begrüße Ihren Parteitag im Namen der Sozialdemokratischen Partei Rußlands. Wir gehören zu jenen Parteien, die Ihnen ebenso wenig wie mein Freund Modigliani über Erfolge berichten können. Ich kann nicht wie die Vertreter anderer Parteien die zahlreiche Reihe unserer Abgeordneten, Stadtverordneten usw. aufmarschieren lassen. Die einzige Statistik, die ich vielleicht bringen könnte, wäre die Statistik der Verfolgungen, der eingekerkerten und verbannten Genossen. Aber das ist kein Thema zu einer Begrüßungsrede für den Parteitag.

Was viel wichtiger in diesem Augenblick für uns ist, ist jene große und schicksalsschwere politische internationale Entwicklung, die in diesem Moment mit dem Namen Rußland verbunden ist. In einem seiner Briefe an Eduard Bernstein warnte Engels davor, sich der Illusion hinzugeben, als ob Revolutionen in wenigen Tagen vollzogen werden könnten. Die Erfahrung hat uns seit Engels die richtige Zeitrechnung für Revolutionen gelehrt. Wir sind in Rußland schon im zweiten Jahrzehnt der russischen Revolution, und wenn wir die Bilanz in bezug auf die jetzigen internationalen Bedingungen in Rußland betrachten, so sehen wir, daß Rußland einer ungeheuren Krisis entgegengeht, die mit dem bevorstehenden Bruch der englisch-russischen Beziehungen verbunden ist. Die gewaltige russische Revolution steht international so schwach und so isoliert da, wie es eigentlich noch niemals der Fall gewesen ist. Wenn das im zweiten Jahrzehnt der russischen Revolution geschieht, so dürfen wir uns die Frage vorlegen, ob diese Schwäche nur durch die Intriguen der englischen Imperialisten herbeigeführt worden ist. Könnten wir uns genau sagen, daß die Geschehnisse in England durch die innerpolitischen Bedürfnisse der englischen Reaktion hervorgerufen worden sind, so wäre es für uns doch verhängnisvoll, wenn wir nicht aussprechen wollten, daß auch die besondere Form der bolschewistischen Revolution in Rußland dazu beigetragen hat, die russische Revolution innerlich und international zu schwächen. Die russischen Bolschewisten haben geglaubt, die Kraft der Revolution durch eine Spaltung des internationalen Proletariats erreichen zu können. Sie haben geglaubt, der Revolution in Rußland und in der Welt zu dienen, indem sie das einzige wirkliche Bollwerk, die internationale Sozialdemokratie, in der ganzen Welt zugrunde richteten. Dieser verhängnisvolle Fehler hat uns jetzt in eine Lage gebracht, in der wir vor sehr schweren Entscheidungen für das ganze Proletariat stehen. Man darf sich nicht der Täuschung hingeben, daß die Verschiebung der internationalen Konstellation ohne Wirkung für die ganze Welt bleiben wird.

Wir haben von der deutschen Sozialdemokratie theoretisch viel gelernt, und wir haben aus den Errungenschaften, Fehlern und Diskussionen innerhalb

der deutschen Partei im Laufe von Jahrzehnten unsere Lehren gezogen, und für Rußland unsere Theorie aufgebaut. Auch aus der Entwicklung der letzten Jahre, aus den inneren Streitigkeiten, aus den Schwierigkeiten, die Sie zu überwinden hatten und noch zu überwinden haben, müssen wir lernen. Der Kampf der deutschen Sozialdemokratie hat zur Herbeiführung der Demokratie geführt, und daraus müssen wir für Rußland die Lehre ziehen, daß nur die Demokratie zu einer Gesundung der russischen Revolution führen kann. In manchen Kreisen der deutschen Genossen ist öfter die Ansicht ausgesprochen worden, als ob es in Rußland und vielleicht auch in manchen anderen Ländern eine Situation gäbe, unter der die Völker für die Demokratie noch nicht reif seien. Es gibt Leute, die bei aller ihrer theoretischen Abneigung gegen den Bolschewismus zugeben, daß vielleicht für Rußland der Bolschewismus eine ganz gute Sache sei, daß die Demokratie nur unter dem Meridian von Berlin gedeihen könne, aber keineswegs in Moskau. Nun, dann muß man auch sagen, daß auf dem Meridian von Rom das Volk noch nicht reif war für eine Demokratie, denn dort herrscht eine despotische Tyrannei. Nein, diese Ansicht kann nicht dazu beitragen, unseren Kampf in Rußland für die Demokratie zu stärken. Wir müssen international die Völker für den Gedanken gewinnen, daß nur auf dem Wege der politischen Freiheit und der Demokratie der Sozialismus erreicht werden kann. Es lebe die Demokratie, die soziale Demokratie, die internationale Sozialdemokratie! (Lebh. Bravo!)

Czapinski, Polen (mit starkem Beifall begrüßt): Genossinnen und Genossen! Mit aufrichtigem Gefühl der internationalen Solidarität überbringe ich Ihnen die Grüße der polnischen Arbeiterschaft. (Bravo!) Man hat Ihnen vielleicht über die feindliche Stimmung des polnischen Volkes gegen das deutsche Volk erzählt. Ich kann Ihnen demgegenüber versichern, daß das werktätige polnische Volk sich mit den deutschen Arbeitern verbunden fühlt. (Bravo!) Diese freundliche Zusammenarbeit mit den deutschen Genossen ist schon ziemlich lange Tradition unserer Bewegung. Einst haben wir im alten Oesterreich zusammen mit den deutschen Genossen gekämpft; jetzt, im unabhängigen Polen, kämpfen wir zusammen mit unseren deutschen Genossen aus der deutschen Sozialdemokratie gegen die polnische Reaktion. Auch mit den reichsdeutschen Genossen haben wir in der letzten Zeit ziemlich viel zusammengearbeitet; z. B. in Danzig haben wir eine große Friedensdemonstration veranstaltet, auf der Genossen aus der reichsdeutschen Sozialdemokratie und ein Genosse der polnischen sozialistischen Partei sprachen. Auch in Lodz haben wir eine solche Friedensdemonstration durchgeführt, auf der Gen. Löbe aus Berlin das Wort genommen hat. Diese freundliche Zusammenarbeit halten wir für einen großen Faktor zur Erhaltung des Friedens in Zentraleuropa. (Sehr richtig!) In diesen schweren Zeiten für die Internationale, in diesen Zeiten der imperialistischen Bürgerblocks sehen wir in unserer Zusammenarbeit die große Garantie für den Frieden. Wir wissen selbstverständlich, daß es auch einige Streitfragen zwischen Deutschland und Polen gibt; aber wir sind überzeugt, daß diese Streitfragen auf friedlichem Wege erledigt werden können. (Zustimmung.) Als den ersten Schritt der Annäherung erachten wir den Handelsvertrag zwischen Polen und Deutschland. Im Sinne der zunehmenden Zusammenarbeit begrüße ich den Parteitag, und wünsche Ihnen vollen Erfolg. (Beifall.)

Kowoll, Kattowitz: Namens der deutschen sozialistischen Arbeiterschaft Polens überbringe ich Eurer Tagung die herzlichsten Grüße. Ein unglücklicher Friedensvertrag hat Teile der österreichischen und der reichsdeutschen Partei zu Polen geschlagen; aber seien Sie versichert, daß wir nicht klagen,

sondern mit Dankbarkeit Ihnen verbunden sind dafür, daß Sie uns eine sozialistische Schulung gegeben haben, vermittels der wir die deutsche Arbeiterschaft sammeln können. Zwar ist uns das in fünf Jahren noch nicht ganz gelungen; aber wir glauben, daß wir die deutschen Arbeiter zu einer mächtigen Bewegung in Polen zusammenschließen werden.

Sie sind heute an einem Wendepunkt angelangt. Sie kämpfen um die Eroberung der Staatsmacht. Wir müssen leider unter dem Druck, der sich aus den Kämpfen um den Handelsvertrag ergab, und der in Deutschland und in Polen den Nationalismus erstarken ließ, um die elementarsten Rechte, um die deutsche Sprache, um die deutsche Schule kämpfen. Aber wir wissen, daß wir vereint mit der polnischen Arbeiterklasse zum Siege gelangen werden, daß es uns gelingen wird, die kulturelle, nationale Autonomie auch in Polen für die Minderheiten zu erobern.

Dem Parteitag wünsche ich ein herzliches Glückauf! (Lebh. Beifall.)

Tomaschek (Erster Präsident der tschechischen Nationalversammlung, mit lebh. Beifall begrüßt): Sehr geehrter Parteitag! Mit Freuden habe ich den ehrenvollen Auftrag übernommen, namens der tschechoslowakischen Arbeiterpartei dem Parteitag der großen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands nachbarlich herzliche Grüße zu überbringen und seinen Beratungen den besten Erfolg zu wünschen. Schon unlängst habe ich bei den Begrüßungsworten, die ich auf unserem tschecho-slowakischen Parteitag in Prag als dessen Präsident an Euren verehrten Vertreter, den Gen. Adolf Braun, richten konnte, betont, was uns tschecho-slowakische Sozialdemokraten zu Euch führt und was uns Euch näherbringt, daß wir nämlich in Eurer Partei die Schule für unsere Arbeit immer gesehen haben und sehen werden. Ich habe noch hinzugefügt, daß wir in der Geschichte und in der ideellen Entwicklung Eurer Partei die reine Tradition des Marxismus gewahrt finden. Dabei spielen bei uns vielleicht einigermaßen auch Gefühlsmomente mit, da wir in dem Jünger Marxens und dessen theoretischen Fortsetzer und Interpreten, dem jetzigen Senior Eurer Partei, Karl Kautsky, unseren Landsmann hochschätzen. (Bravo!) Aber ich muß weiter gestehen: uns führen auf diesen Parteitag auch andere Momente, die sehr egoistischer Natur sind. Ihr seid in der Familie der sozialistischen Internationale ein größeres und älteres Mitglied. Wir sind kleiner und jünger. Zwar ganz so jung sind wir auch nicht mehr; denn im nächsten Jahr werden wir einen Jubiläumsparteitag aus Anlaß der vor 50 Jahren erfolgten Gründung unserer Partei abhalten. In der Familie erlernen gewöhnlich die jüngeren und kleineren Kinder manches und oft sehr viel von den größeren und älteren.

Ihr habt jetzt auf die Tagesordnung Eures Parteitages einen hochwichtigen Punkt aufgenommen, nämlich die Frage des Agrarprogramms. Ueber diese Frage habt Ihr schon längere Erfahrungen, und Ihr habt auch schon theoretisch vorgearbeitet; jetzt wollt Ihr Richtlinien beschließen. Wohlan, wir werden Eure Verhandlungen aufmerksam verfolgen. Auch wir tschecho-slowakischen Sozialdemokraten sehen in der sozialistischen Arbeit auf dem Lande den integrierenden Bestandteil unserer gesamten sozialistischen Parteitätigkeit, die geleistet werden muß, soll unsere sozialistische Mission lückenlos erfüllt werden, soll unser Ideal der Verwirklichung zugeführt werden.

Was das gegenseitige Verhältnis innerhalb der sozialistischen Familie anlangt, so beginnt sich jetzt eine erfreuliche Wendung bei uns anzukündigen. (Bravo!) Auf der einen Seite haben die magyarischen Genossen ihre besonderen politischen Organisationen aufgegeben und sich mit der tschecho-slowakischen Sozialdemokratischen Partei fusioniert. (Bravo!) Auf der anderen Seite können wir die, zwar bedächtig ausgeführte, Verbindung der

tschecho-slowakischen und deutschen Gewerkschaften zu einer Gewerkschaftszentrale feststellen. Diese Gewerkschaftszentrale hat sich auch auf dem Parteitage der beiden größten sozialdemokratischen Parteien in der Tschechei als eine unbedingte Notwendigkeit für die gegenseitige Annäherung herausgestellt. Wir können also hoffen, daß das bisherige Verhältnis durch eine gesunde Zusammenarbeit ersetzt wird. (Beifall.) Ich bin der Ueberzeugung: wenn die bürgerlichen Parteien, ob tschechische oder magyarische oder deutsche, den Weg zueinander gefunden haben, dann werden ihn auch die tschecho-slowakischen Sozialdemokraten und die deutschen Sozialdemokraten finden und finden müssen. (Lebh. Beifall.) Das ist um so mehr notwendig, da wir gegen eine fest geschlossene reaktionäre Mehrheit der international verbundenen bürgerlichen Parteien kämpfen. Das gemeinsame Vorgehen der tschechischen Sozialdemokratie und der deutschen Sozialdemokratie in der Tschecho-Slowakei ist notwendig, damit diese Reaktion der bürgerlichen Parteien überwunden werden kann, damit die Arbeiterklasse auch in der Tschechoslowakei die politische Macht erringen und dadurch für die Arbeiterklasse nützliche Arbeit leisten kann. Vielleicht wird sich diese Verbesserung der Situation in der sozialdemokratischen Familie in der Tschechoslowakei schon in der nächsten Zeit in der praktischen Politik, nämlich bei der Präsidentenwahl, die diese Woche stattfindet, zeigen.

Mit diesen kurzen Worten möchte ich schließen. Ich wünsche in diesem Sinne und im Geist meiner Ausführungen den Beratungen des Parteitages den besten Erfolg. (Beifall.)

Rießner, Vertreter der Deutschen in der Tschechoslowakei: Genossinnen und Genossen! Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei in der tschecho-slowakischen Republik hat mir die Ehre erwiesen, Ihrem Parteitag die herzlichsten Freundschafts- und Brudergrüße zu überbringen. Wie die sozialistische Arbeiterschaft der ganzen Welt, so wird auch unsere Partei den Beratungen Ihres Kongresses, des Kongresses Ihrer großen, herrlichen Partei, mit größtem Interesse folgen. Sie wird dies in erhöhtem Maße tun, denn nicht nur, daß unsere Genossen lebhaften Anteil an den politischen Verhandlungen Ihres Kongresses, vor allem an der Verhandlung der Agrarfrage nehmen, d. h. der Frage der Gewinung der Landbevölkerung, auf welchem Gebiete auch wir bereits gute Erfahrungen gesammelt haben, die deutsche Arbeiterschaft unseres Staates fühlt sich über alle Grenzen hinweg mit Ihnen auf das innigste verbunden.

Das Land, aus dem ich komme, hat als übelste und schlimmste Erbschaft nach dem zugrunde gegangenen Oesterreich den nationalen Streit übernommen. Ungelöstheit und Verschärfung der nationalen Frage bei uns, das ist ein Uebel, von dessen Wirkungen sich die Genossen in anderen Ländern kaum eine richtige Vorstellung machen. Diese Verhältnisse haben uns vor Aufgaben gestellt, oft größer, als wir sie zu bewältigen vermochten. Die damit verbundenen Kämpfe haben es leider nicht ermöglicht, unsere Partei entsprechend dem Vormarsch des Sozialismus in andern Ländern gleichfalls vorwärts zu treiben.

Es hat sich nun in der Tschechoslowakei eine Koalition gebildet, welche im Ausland vielfach falsch beurteilt wird. Heute sitzen Deutsche, Tschechen und Slowaken in der Regierung, und manche Leute im Ausland neigen dazu, in dieser Regierungsbildung den Ausdruck des Wunsches dieser Klassen zu sehen, eine gemeinsame Regierung zur Lösung des nationalen Problems herbeizuführen. Im nationalen Streit hat sich aber nichts geändert. Die heutige Koalition wird nicht imstande sein, den Stein des nationalen Streits auch nur um einen Schritt aus dem Wege zu räumen. Es war und ist nach

wie vor allein die Aufgabe der Arbeiterschaft, an die Vereinigung des nationalen Streites zu gehen. Wir erblicken darin unsere große geschichtliche Mission. Ich muß leider sagen: wir waren bisher für diese Mission nicht reif. Der Anblick der Parteiverhältnisse und der Arbeiterbewegung in unserem Staate war nicht immer sehr erfreulich. Hier liegt gewiß nicht eine persönliche Schuld vor. Was uns, deutsche und tschechische Arbeiterschaft, auseinandergebracht hat, ist die verschiedene geschichtliche Entwicklung. Wie uns diese geschichtliche Entwicklung auseinandergetrieben hat, so wird sie uns auch wieder zusammenführen. Ich hoffe, daß meine Freunde es mir nicht übelnehmen, wenn ich sage: wenn nicht die Vernunft, so wird die Not, so werden die Verhältnisse uns wieder zusammenführen. Als lebhaftester und leidenschaftlichster Wunsch in der deutschen und tschechischen Arbeiterschaft lebt heute nur der eine Gedanke des Zusammenschlusses zum gemeinsamen Kampf gegen die vereinigte Bourgeoisie. Parteigenossen, wenn dies geschieht — und ich bin überzeugt, daß es geschehen wird —, dann werden wir Ihnen schon demnächst melden können, daß wir auch in unserem Staate die Fahne des Sozialismus um ein gutes Stück vorwärts getragen haben.

Ihren Beratungen wünschen wir aus ganzem Herzen vollen Erfolg. (Beifall.)

Vors. **Wels:** Parteigenossen! Im Namen des Parteivorstandes danke ich unsern Genossen slawischer und deutscher Zunge, unsern Landsleuten in jenen Ländern herzlich für ihre Worte. Ich erinnere besonders an die Ausführungen, die Genosse Abramowitsch machte, als er auf den englisch-russischen Gegensatz hinwies, auf die Kriegsgefahr, die aus dem Gegensatz des englischen und russischen Imperialismus für die Welt erwachsen könne. Wir werden alles daran setzen, um dafür zu sorgen, daß dieser Gegensatz nicht auf dem Rücken der Arbeiterschaft ausgetragen wird. Wir werden auch die Hoffnung nicht aufgeben, daß die bolschewistische Regierung in Moskau noch in letzter Stunde einzusehen beginnt, daß die außenpolitischen Gefahren, denen Rußland ausgesetzt ist, nur dadurch eine Wendung zum Besseren erfahren können, wenn sie sich mit starkem Ruck in Abkehr von ihrer bisherigen Politik zur Demokratie bekennt, zur Aufgabe bisher geübten Terrors gegen große Teile der Arbeiterschaft, daß nur auf diesem Wege das russische Volk eine tatkräftige und zehnfach verstärkte Unterstützung der internationalen Arbeiterklasse erhalten kann.

Die Grüße unserer polnischen Genossen, die darlegten, wie die polnischen und deutschen Parteigenossen drüben einmütig daran arbeiten, die Tätigkeit derer zu durchkreuzen, die zwischen Deutschland und Polen neue Schützengräben legen wollen, Schützengräben des wirtschaftlichen und kulturellen Kampfes, sind uns eine Gewähr dafür, daß nicht neue Vergiftungen aus diesem Kampf für die Beziehungen der Arbeiterklasse zwischen beiden Ländern entstehen werden. Dazu kommt das Gefühl der innerlichen Befriedigung, wie es uns aus dem Munde der Genossen Tomaschek und Nießner entgegenklang. Auf dem Einigungsparteitag der deutschen Sozialdemokratie in Nürnberg wies ich darauf hin, daß aus der Tschechoslowakei die Vertreter zweier Parteien erschienen wären, die einstmals in der österreichischen Sozialdemokratie geeint waren. „Heute noch getrennt," sagte ich damals, „würden die wirtschaftlichen Notwendigkeiten sie zusammenführen, sie, die heute noch getrennt uns und unsere Einigung begrüßen." Die wirtschaftlichen Notwendigkeiten traten ein, und es war die Bourgeoisie, die die nationalen Grundsätze zuerst über Bord warf und den wirtschaftlichen Vorteil suchte. Die Notwendigkeit des wirtschaftlichen Kampfes erkennend, haben nunmehr die Gewerkschaften den entscheidenden Schritt getan. Wir hoffen,

bald die Nachricht vom Zusammenschluß der tschechischen und der deutschen Parteiorganisation in der Tschechoslowakei zu hören, die internationalen Jubel auslösen wird. Das wird uns vorwärts führen im Zusammenleben der Völker in gemischtsprachigen Ländern, und Befriedigung auslösen auch in den Ländern deutscher Zunge. Dazu, Parteigenossen, Glück auf! Wir danken Euch herzlichst für Eure Grüße. (Lebhafter Beifall.)

Vors. **Eggerstedt:** Dem Parteitag sind zahlreiche Begrüßungen zugegangen, von denen ich Ihnen Kenntnis geben möchte.

Zunächst von der Sozialistischen Arbeiterinternationale: Genosse Adler bedauert, den Verhandlungen nicht beiwohnen zu können, hofft aber, daß der Parteitag, der an so großen Problemen wie dem Agrarproblem zu arbeiten hat, einen neuen Schritt vorwärts zur Kräftigung nicht nur der deutschen, sondern der internationalen Arbeiterbewegung bedeuten wird. Er wünscht uns vollen Erfolg.

Unsere Bruderpartei aus Belgien bedauert ebenfalls, nicht persönlich vertreten sein zu können. Sie ist aber überzeugt, daß der Parteitag einen Schritt vorwärts bedeuten wird für den Sozialismus und die Demokratie, und das er der Befriedung Europas dienen wird.

Die Tschechische Partei in Deutsch-Oesterreich wünscht uns vollen Erfolg, und hofft, daß wir neue Richtlinien im Kampf gegen Kapitalismus und Reaktion der ganzen Welt geben werden. Das Proletariat aller Nationen hat immer mit Staunen die Stärke und Schlagfertigkeit der deutschen Partei bewundert.

Unsere Bruderpartei in Finnland bedauert, nicht selbst vertreten sein zu können. Sie sendet uns die herzlichsten Glückwünsche und drückt aus, daß die deutsche Sozialdemokratie eine kräftige Stütze der Arbeiterbewegung der ganzen Welt ist.

Die ungarischen Sozialisten senden uns herzliche Grüße. Sie sind mit all ihrer Liebe und mit brüderlichem Solidaritätsgefühl bei unserer Tagung, und drücken aus, daß die Arbeiterschaft ganz Europas stolz auf die deutsche Sozialdemokratie blickt.

Holland wünscht unserm Kongreß Kampfeslust in der Erwartung, daß wir neue Wege finden, für den Sozialismus zu kämpfen.

Die Engländer bedauern außerordentlich, daß sie wegen des verschärften Kampfes, den sie gegen ihre Regierung hinsichtlich der Gewerkschaftsbill zu führen haben, nicht persönlich vertreten sein können. Sie hoffen aber, daß unser Parteitag ein voller Erfolg für den Sozialismus sein wird.

Die Litauer senden folgende Begrüßung: „Wir grüßen den Parteitag auf das Herzlichste. Leider haben wir nicht die Möglichkeit, ihm persönlich beizuwohnen, aber wir sind doch immer und bleiben Sozialdemokraten."

Der Genosse Kowoll hat für die Deutschen aus Polnisch-Oberschlesien gesprochen. Die Deutschen von Kongreßpolen senden uns die besten Grüße und hoffen ebenfalls auf guten Erfolg.

Die Georgische Sozialdemokratie sendet durch den früheren Gesandten Georgiens in Berlin, Achmeteli, beste Grüße.

Unsere Danziger Volksgenossen können, da sie mit Vorbereitungen zum Wahlkampf beschäftigt sind, auch nicht an den Verhandlungen teilnehmen, sie wünschen uns aber vollen Erfolg.

Die jüdisch-sozialdemokratische Arbeiterorganisation Poale Zion wünscht ebenfalls unseren Beratungen vollen Erfolg.

Dann sind verschiedene Begrüßungen von der Schutztruppe der deutschen Republik, vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, eingegangen. (Beifall.)

Der Bundesvorstand schreibt: „Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold begrüßt den Parteitag der deutschen Sozialdemokratischen Partei. In den Händen der Sozialdemokratie liegt zum guten Teil das Schicksal der deutschen Republik. Mögen Ihre Beratungen und Beschlüsse zu einer Stärkung der republikanischen Front führen, damit das Wort wahr werde: die Republik den Republikanern! Wir sind überzeugt, daß der Parteitag neue Wege finden wird, um dem werktätigen Volk in Stadt und Land Hilfe zu bringen gegen die Reaktion in Wirtschaft und Politik. Der Bundesvorstand. Hörsing."

Der Bundesvorsitzende Hörsing wird morgen erscheinen und persönlich an den Verhandlungen teilnehmen. (Beifall.)

20 000 Reichsbannerkameraden senden uns von einer Gaukundgebung herzliche Grüße. Die Reichskonferenz des Republikanischen Schutzbundes Deutsch-Österreichs grüßt den Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

Unsere republikanischen Freunde aus Amsterdam schreiben: „Der größten republikanischen Partei Deutschlands sendet die Ortsgruppe Amsterdam des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold zu ihrem Kieler Parteitag die Grüße des republikanischen Deutschtums der Niederlande."

Herzliche Wünsche für gutes Gelingen sendet uns der Verband der sozialistischen Studentengruppen Deutschlands und Oesterreichs.

„Dem Parteitag herzlichste Freundschaft", lautet ein Gruß vom Helferkursus der Kinderfreunde Südwestsachsens.

Der Einheitsverband sozialistischer Handels- und Gewerbetreibender und sonstiger Berufe wünscht dem Parteitag den besten Erfolg.

Die Handelsarbeiter des Deutschen Verkehrsbundes, Verwaltung Berlin, grüßen die Vertreter des deutschen Proletariats und erhoffen vom Parteitag einen Wiederaufstieg im Sinne des völkerbefreienden Sozialismus.

Die zur Feier ihres Wahlsiegs versammelten Parteigenossen Brandenburgs senden dem roten Parlament der Arbeit beste Grüße und Wünsche für eine erfolgreiche Arbeit.

Es sind dann noch zahlreiche Begrüßungsschreiben der Esperantogruppen eingegangen. Ich glaube, daß der Parteitag auch davon freudig Kenntnis nimmt.

Parteigenossen! Es liegen auch die ersten Meldungen aus Mecklenburg vor, wo gestern die Landtagswahlen stattgefunden haben. Es ist im allgemeinen eine stärkere Wahlbeteiligung zu verzeichnen. Wie zu erwarten war, hat die Wirtschaftspartei ihre Stimmen gesteigert, aber auf Kosten der anderen bürgerlichen Parteien. Die Sozialdemokratie konnte ihre Stimmenzahl um 14 000 steigern. Ich glaube, daß das ein guter Erfolg unserer mecklenburgischen Bruderorganisation ist. (Bravo!)

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein. Das Wort hat der Genosse Wels.

Vors. **Wels,** Berlin: Parteigenossen! In den Jahren nach der Revolution ist es üblich geworden, im allgemeinen Bericht des Parteivorstandes sozusagen ein politisches Referat zu erstatten, das die Stellung der Partei in allen grundsätzlichen und taktischen Fragen nach allen Seiten zu beleuchten und zu rechtfertigen versuchte. Wir sind nun im Parteivorstand zu der Auffassung gekommen, daß wir von dieser Gepflogenheit, die ihre Berechtigung sicher in den Zeitverhältnissen hatte, wieder abkommen wollen und zu denen der Vorkriegszeit zurückkehren, indem der Bericht sich mehr der geleisteten Arbeit, den Notwendigkeiten der Partei, ihrem taktischen Verhalten usw. widmete, und die grundsätzlichen oder prinzipiellen Fragen besonderer Behandlung vorbehielt. Dabei sind wir uns vollkommen bewußt, daß es oft Meinungsverschiedenheiten

darüber geben kann, wo ein Prinzip anfängt und wo die Taktik aufhört und umgekehrt. Wir haben es ja zu oft erlebt, daß wir Fragen als prinzipiell erklärten und heftig darum stritten, die in Wahrheit nur taktische waren. Oft genug haben wir Auffassungen vom prinzipiellen Gesichtspunkt diskutiert, die später im Strom der Zeit davongeschwommen waren und die Partei später in völlig anderer Einstellung wiederfanden. Auf diesem Parteitag haben wir bei der Festsetzung der Tagesordnung die Konsequenz aus unserer Ansicht bereits dadurch gezogen, daß wir die grundsätzliche und zum Teil auch die taktische Stellungnahme des Parteitags zu den uns am stärksten berührenden Fragen dem Referat des Genossen Hilferding über die Stellung der Sozialdemokratie in der Republik vorbehalten haben. Wir werden dadurch auch bei Diskussionen die möglichst straffe Gliederung erreichen, die notwendig ist, wenn der Parteitag als praktisch arbeitende Körperschaft nutzbringende Arbeit leisten will. Das aber ist der Zweck unseres Zusammenkommens.

1½ Jahre harter Arbeit trennen uns vom Heidelberger Parteitag. Auf allen Bezirksparteitagen, die diesem Parteitag vorangingen und ein Spiegelbild des Lebens der Partei im Mosaik geben, ist das zum Ausdruck gekommen. Nicht überall und nicht immer ging das Nebeneinanderarbeiten glatt und reibungslos vonstatten. Der Aufbau unserer Partei, ihre organisatorische Gliederung, ihre Schulung und ihr Lehrapparat, ihre Presse und Vertretung in Reich, Ländern und Gemeinden in ihrem Zusammenarbeiten hat etwas Aehnliches nicht nach Inhalt, Ausdehnung und Gliederung in irgendeiner Partei in Deutschland. (Sehr richtig!) Ein Blick in das Jahrbuch, das Ihnen in diesem Jahre zum ersten Male an Stelle des Berichtes übergeben wird, zeigt dies zur Evidenz. In seinen 500 Seiten spiegelt sich das politische Leben Deutschlands und seiner Bundesstaaten in dem Wirken der Partei und ihrer Beauftragten. Dieses Jahrbuch bringt zum ersten Male in dieser Form einen Ueberblick über das Leben der gesetzgebenden Körperschaften und umfaßt die gewerkschaftliche Bewegung, die Genossenschaften, Volksfürsorge, Arbeitersportbewegung usw.; ein Bild kultureller Arbeit zur Hebung der Lage der Arbeiterklasse, auf das wir stolz sein dürfen, das uns aber trotzdem bei weitem nicht genügen darf. Es ist Wegzehrung für die Bewegung, nicht mehr.

Für mich bedeutet das Jahrbuch eine Entlastung in meinem mündlichen Bericht. Im schriftlichen Bericht nimmt die Frage des Volksentscheids über die Fürstenabfindung einen breiten Raum ein, so daß ich mich hier einigermaßen beschränken kann. Unsere Stellung in dieser Frage ist in der Partei heftig kritisiert worden: einerseits hätten wir nicht genügend Initiative für die entschädigungslose Enteignung entfaltet und damit dem Kuczinski-Ausschuß und den Kommunisten den Vortritt gelassen, andererseits — das wurde hinterher eingewandt — hätten wir nicht vorausgesehen, daß für eine geringe Entschädigungssumme die erforderlichen 20 Millionen Wähler leichter hätten zusammengebracht werden können als für die entschädigungslose Enteignung, da unser Entwurf den bürgerlichen Parteien aus Angst vor der kommenden Enteignung jedes Privateigentums das willkommene Widerstandsmittel gegeben habe. Ich gestehe ohne weiteres, die Kritiker in beiden Lagern haben recht, aber in unserer Lage hätten sie auch nicht anders handeln können als wir. Wir hätten sonst nur eine viel größere Zersplitterung gehabt, und der Riß wäre mitten durch die Sozialdemokratische Partei hindurchgegangen. Die Kommunisten hätten erreicht, auf was es ihnen überhaupt ankam. Das haben wir mit unserer Taktik verhindert, auf die also der große moralische Erfolg des Volksbegehrens zurückzuführen ist, der ein starkes politisches Aktivum bleibt und sich auch trotz der Niederlage auswirkt, die der

Volksentscheid, der erste Akt des Referendums der direkten Gesetzgebung durch das Volk, in Deutschland erhalten hat. Der Parteiausschuß, der in engster Verbindung mit der Parteiorganisation im Lande arbeitet, hat diese Möglichkeit vorausgesehen und von vornherein in den Kreis seiner Berechnungen gezogen, als er beschloß, die parlamentarische Aktion in der Abfindungsfrage auch während der außerparlamentarischen Kampagne fortzusetzen. So kamen wir dann nach dem Scheitern aller anderen Möglichkeiten zu dem Vergleich im Preußischen Landtag, der treffend als die Flucht des preußischen Staates vor den preußischen Richtern bezeichnet worden ist. Wir haben den dort geschlossenen Vergleich nicht gebilligt. Er gibt nach unserem Gefühl bei der Notlage des Volkes den Hohenzollern, den geschworenen Feinden der Republik, viel zu viel. Trotzdem hat der Parteivorstand einmütig der Landtagsfraktion erklärt, keinen Grund zu haben, ihrer geplanten Stimmenthaltung zu dem Vergleich zu widersprechen. Hätten wir etwa eine Taktik empfehlen sollen, die den Sturz der preußischen Regierung durch die sozialdemokratische Fraktion zur Folge gehabt hätte; sollten wir nach den Erfahrungen des Jahres 1923 und in der Zeit der schwebenden Fememordprozesse die Regierung stürzen, die allein das Verdienst hatte, Deutschland vor dem Sturz ins Dunkle bewahrt zu haben? (Sehr richtig!) Die Kahrepisode in Bayern, die Revolution im Bürgerkeller, Ludendorff vor der Feldherrnhalle in München, der Küstriner Putsch und der Aufmarsch der Landbündler in Pommern, Brandenburg und Mecklenburg zum Marsch nach Berlin und die damals nachgewiesenen Verbindungen zwischen Reichswehr und Wehrverbänden hätten keine Lehre für uns sein müssen, wenn wir die preußische Regierung, Männer wie Braun und Severing, in jener Zeit gestürzt hätten. Das hat die Partei erfreulicherweise in ihrer Gesamtheit nach und nach erkannt, denn nur so kann ich den Umstand werten, daß sich kein einziger Antrag zum Parteitag, trotz der vielen Kritiken in der ersten Zeit, mit der Fürstenabfindung befaßt. Dies entspringt sicher der allgemein gewordenen Erkenntnis, daß ein anderer Weg als der von uns begangene weder damals noch jetzt gewiesen werden konnte.

Noch ein anderer Vorwurf ist mit einem Schein von Recht im Zusammenhang mit der Entscheidung im Preußischen Landtag gegen den Parteivorstand erhoben worden, nämlich, daß die Werbewoche für die Partei in eine zeitlich so enge Verbindung mit jener Entscheidung gebracht sei. Soweit hier eine Absicht des Parteivorstandes festgestellt wird, herrscht in diesem Falle bei unseren Kritikern eine viel zu hohe Einschätzung des Parteivorstandes über seine Voraussicht. Der Termin der Werbewoche ist vom Parteiausschuß nach Befragen der Organisation im Lande ohne Kenntnis der damals auch der preußischen Regierung noch nicht bekannten Zeitbestimmung für die Entscheidung über den Vergleichsvorschlag in der Abfindungsfrage festgesetzt worden. Ueber das Resultat der Werbewoche wird Genosse Ludwig einiges vortragen, aber ich erkläre, daß der Parteivorstand einmütig unter den gegebenen Umständen dieses zeitliche Zusammentreffen geradezu als ein Glück für die Partei bezeichnet. Der gerissenste Organisator — wir haben zweifellos solche in unsern Reihen — hätte keinen besseren Zeitpunkt wählen können (sehr gut!) als den, der den Stoß aufzufangen geeignet war, den die Partei durch diese für gefühlsmäßig Urteilende in Widerspruch mit der Volksentscheidsbewegung stehende Entscheidung erhalten mußte. Vielen Parteigenossen war die Unmöglichkeit, die Niederlage des Volksentscheids parlamentarisch auszugleichen, noch nicht zum Bewußtsein gekommen. Dem trat die Werbewoche gerade im richtigen Augenblick entgegen. Manchem Bezirk und manchem Ortsverein hat das Zusammentreffen allerdings auch eine nicht unwillkommene Entschuldigung für den nicht ganz befriedigenden Ausfall in

ihrem Bezirk gegeben, der vielleicht manchmal auf nicht ganz genügende Kraftanspannung zurückzuführen ist.

In einigen Orten drohte man anfänglich, die Werbearbeit überhaupt zu verweigern, aber man hat sich überall bald eines besseren besonnen, und der Erfolg der Werbewoche bringt den Beweis für ihre Nützlichkeit. Das hat sich besonders auch in Sachsen gezeigt, wo sie mit der Wahlkampagne für den Sächsischen Landtag zusammenfiel. Sachsen hat die Werbewoche mit gutem Erfolg dann noch wiederholt.

Ich darf mich dann mit dem Ausgang der sächsischen Wahlen befassen, der Ihnen ebenso wie die Geschichte der dortigen Regierungsbildung allen bekannt ist. Es ist dies der erste Parteitag seit der Einigung der deutschen Sozialdemokratie, der sich nicht mit dem Sachsenkonflikt zu befassen braucht. Der Fall ist für unsere Partei erledigt. Allerdings bedauert wohl jeder in der Partei all die Mühe, die sich wiederholt die Parteitage, zuletzt in Heidelberg, gegeben haben, um den Konflikt unter Aufrechterhaltung der Partei zum Ende zu führen. Als aber jene 23 das selbst geschaffene Gesetz der Partei, die Grundlage ihres organisatorischen Wirkens, als für sich nicht mehr verbindlich erklärten, blieb dem Parteivorstand keine andere Wahl. Es hat an Mahnungen und Warnungen wahrlich nicht gefehlt. Aber es hätte korporative Arbeit zerstört; der Disziplinlosigkeit in unserer Organisation Tür und Tor geöffnet, wenn die Partei die Weigerung hingenommen hätte. Heute schon wissen wir, daß der Versuch der besonderen Parteibildung auch in Sachsen im großen und ganzen mißlungen ist. Das hätten so alte Genossen wie Buck und Wirth sich vorher sagen müssen. (Sehr richtig!) Ueber die politische Wertung ihres Vorgehens könnte ihnen der Artikel der „Deutschnationalen Korrespondenz" die Augen geöffnet haben, der den Redakteur des „Volksstaat", ihres Zentralorgans, als den Bahnbrecher des deutschnationalen Einflusses in Sachsen reklamierte. Wenn das nicht genügt hätte, müßte es die Einstellung desselben getan haben, die als rein nationalsozialistisch bezeichnet werden muß. (Sehr gut!) Was sagen unsere früheren Parteigenossen dazu, die auf der Gründungstagung der sogenannten alten sozialistischen Partei Sachsens das Heidelberger Programm der Sozialdemokratie für das ihrige erklärten und die Tagung mit einem Hoch auf die Internationale schlossen, wenn sie im Jungdeutschen Pressedienst vom 28. April folgenden Dithyrambus ihres Chefredakteurs Nikisch in der Monatsschrift „Der Widerstand" über den Jungdeutschen Orden lesen:

> „Ich schätze keine vaterländische Organisation mehr als den Jungdeutschen Orden. Mir ist bekannt, wieviel Idealismus in ihm lebt und welch wertvolles Menschentum in ihm wirkt. Seine Führung ist auf Sachlichkeit der Beweggründe, Vornehmheit der Gesinnung, Reinheit der Absichten hin angesehen, über alles Lob erhaben. Nie möchte ich in den Verdacht geraten, gemeinsame Sache mit jenen Uebelwollenden zu machen, die den Orden gesellschaftlich ächten, und ihn mit einer Gehässigkeit befehden, die allein auf der Entfesselung wüster Instinkte beruht . . ."

Das wird erst illustriert, wenn Sie daran denken, daß der Jungdeutsche Orden außenpolitisch für eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich wirkt. Das aber macht ihm Nikisch trotz der Hochschätzung gerade zum Vorwurf. Trotzdem bleibt er der leitende Redakteur des Blattes der alten sozialdemokratischen Partei Sachsens. Ich möchte wissen, ob nicht jenes Hoch auf die Internationale dauernd wie ein Hohngelächter den Mitgliedern der alten sozialdemokratischen Partei Sachsens in den Ohren klingt ob dieser Aeußerung ihres journalistischen Führers.

Nur eins möchte ich noch zu dem langjährigen Sachsenkonflikt sagen. Es ist ein Zeichen der inneren Geschlossenheit der Partei, wie es kaum jemals so stark in Erscheinung trat, daß dieser Streit auf Sachsen beschränkt blieb, und die übrigen Organisationen der Partei trotz manchen sehr lebhaften Bemühens davon nicht erfaßt wurden. Der Grund liegt sicher in der Schnellebigkeit unserer Zeit, in der Fülle großer, sich überstürzender Aufgaben, die der Partei gestellt werden, vor allen Dingen aber in dem Streben der Genossen, durch positive Arbeit allerorts vorwärts zu kommen; die in Nürnberg geschaffene Einigkeit nicht zu gefährden, und zu dem notwendigen Kampf gegen die Reaktion und die Kommunisten, der uns aufgezwungen ist, nicht noch den Streit in den eigenen Reihen zu haben. Als vorbildlich für die Partei konnte ja auch die Geschichte der letzten Jahre in Sachsen wahrlich nicht hingestellt werden.

Es ist nicht meine Aufgabe, auf die Regierungsbildung usw. einzugehen, so sehr mich das gerade reizen würde. Ich darf mich auch nicht zu den Bemühungen äußern, auf dem Parteitag eine umfangreiche Debatte über die preußische Regierungspolitik hervorzurufen. Anträge an den Parteitag werden hierzu genügend Gelegenheit geben. Nur einen Antrag, der sich auf die Rede des preußischen Innenministers Grzesinski über den Fall Wriesberg bezieht, will ich kurz behandeln. Antrag 73 verurteilt „die würdelose Art, in der Grzesinski aus Anlaß dieses Falles gesprochen hat, die das Vertrauen der Arbeiterschaft zu ihm und unserer Politik erschüttern müsse." Vielleicht ist den Antragstellern der Verlauf der Debatte im Preußischen Landtag in der verflossenen Woche bekannt geworden, wo die Deutschnationalen gerade aus diesem Grunde die heftigsten Angriffe gegen Grzesinski richteten. Heute soll der Parteitag zu jenem Urteil Stellung nehmen, verdichtet in dem Antrag, der das Verhalten Grzesinskis, trotz jener heftigen Angriffe von rechts als würdelos bezeichnet. Wir sollten uns doch allgemein hüten, auf Grund von Zeitungsberichten ohne Rückfrage über die Motive der Redner, solche Beschlüsse zu fassen oder gar Anträge an den Parteitag zu stellen. (Sehr richtig!) Würdelos ist fürwahr ein starkes Wort, besonders, wenn man daran denkt, daß eine außerpreußische Organisation den Mann, der der Kontrolle der 114 Mann starken Landtagsfraktion untersteht, so unter ihr moralisches Kuratel stellt. Ich habe mich nach jener Rede sofort informiert und habe von Grzesinski erfahren, daß die Verschärfung des Wortlauts seiner zweiten Rede auf Grund einer Mitteilung erfolgte, die Grzesinski geradezu in eine Zwangslage brachte. Ohne Prüfung wirft sich aber die Leipziger Organisation zum Richter auf und fordert vom Parteitag, ohne Prüfung diesem Urteil beizutreten. Nein, vogelfrei sind unsere Genossen, die das Unglück haben, Minister zu sein, denn doch noch nicht (Sehr gut!), wenigstens nicht in der Partei. Draußen kann es ihnen ja passieren, zusammengeschossen zu werden, wie es Severing und anderen oft genug angedroht worden ist, aber wir wollen doch in unserem Verkehr untereinander uns etwas anderer Sitten befleißigen. (Sehr gut!) Wer hat denn eine Freude daran? Doch bloß unsere Gegner! Haben wir deren Arbeit zu besorgen? (Sehr gut!) Wir sollten nicht nur, wenn unsere Gegner uns loben, bedenklich werden, nein, allgemein möchte ich sagen, es wäre wirklich notwendig, daß gewisse Genossen es auch einmal dazu bringen, sich etwas dabei zu denken, wenn ihre Artikel beinahe ständig in der kommunistischen und sonstigen Presse gegen die Sozialdemokratische Partei abgedruckt werden (Lebh. Zustimmung), als Flugblätter gegen die Sozialdemokratische Partei verwandt werden.

Es ist möglich, daß Herausgeber und Mitarbeiter einer gewissen Korrespondenz, die längst keine Korrespondenz mehr ist, sondern eine aus-

gewachsene Zeitung, auf die Partei erzieherisch wirken wollen und die Absicht der Illoyalität nicht besteht, wenn ich auch starke Zweifel daran habe. Aber ich muß doch die Frage aufwerfen, woher nehmen die Genossen die Legitimation als Schulmeister und Vormund für die Partei? Sind sie durch Sachkenntnis und Parteierfahrung, an ehrlichem Wollen, innerer Ueberzeugung, an wahrem proletarischem Klassenbewußtsein und Stetigkeit der von ihnen vertretenen Auffassungen den immer wieder aufs schärfste und in herabsetzendster Weise angegriffenen offiziellen Parteiinstanzen in Partei und Fraktion so turmhoch überlegen? (Braun, Berlin: Selbstverständlich! — Heiterkeit.) Ich habe da lebhafte Zweifel. Gewiß, die Meinungsfreiheit soll und darf in der Partei nicht unterbunden werden, die Partei muß ihr den denkbar weitesten Spielraum geben. Sie darf aber nicht der Deckmantel für andere Absichten sein, auch für solche, die man sich lebhaft bemüht, von außen in die Partei hineinzutragen. Opposition haben wir überall. Wie oft kommt es vor, daß Hilferding, Hermann Müller, Breitscheid, auch ich, in der Fraktion die Opposition sind, eine Mehrheit der Fraktion gegen uns haben. (Zurufe) Wie oft gibt es im Parteivorstand selbst, trotz der erfreulichen grundsätzlichen Homogenität der Auffassung aller ihrer Mitglieder, Opposition? Im Parteivorstand wird oft abgestimmt. Wir haben seit dem Bestehen der Partei in der letzten Zeit sogar ein Novum gehabt. Es wurde einmal sogar durch Zettel abgestimmt. (Hört, hört!) Das traf uns aber in unserer Ritterlichkeit, weil es sich um eine Frage gehandelt hat, die das weibliche Geschlecht betraf (Lachen), das gerade in jener Sitzung nicht vertreten war. Was es aber in der Partei nicht gegeben hat, ist das Heimatrecht einer geschlossenen Opposition in der Partei um ihrer selbst willen. Unbeachtet entschlüpfte kürzlich einem Genossen — ich betone: einem braven Genossen — (Zuruf: Sie sind alle brav!) — alle sind sie brav und ehrenwert — (Heiterkeit) mir gegenüber auf einer Bezirkskonferenz das Wort: „Was wir wollen!" Auf meine Frage: Wer sind die „wir"?, wurde er verlegen. Wenn wir erst wieder von „wir" und „ihr" zu reden beginnen, dann kommt bald der Zeitpunkt, in dem wir in verschiedenen Sprachen reden und uns nicht mehr verstehen. Dann wird aus der Opposition Querreiberei nach dem Motto: die ganze Richtung paßt uns nicht. (Lebhafte Zustimmung.) Dem Richtungsstreit aber wollen wir in der Partei keinen Platz mehr einräumen; denn nur so zerschlagen wir die Hoffnung der Kommunisten auf einen Erfolg in ihrer immer wieder versuchten Zellenbildung. So nehmen wir auch endlich den verschiedenen Ausschüssen und Gesellschaften in Deutschland, die aber auch gar nichts hinter sich haben und immer wieder dieselben Personen sind, die in anderer Firmierung und Kostümierung über die politische Bühne laufen, um so viel Volk vorzutäuschen, die Möglichkeit und die Hoffnung, daß sie auf die Haltung der Partei Einfluß ausüben können.

Wer daran denkt, wie bei den Beratungen über den Wehretat auf einer Tagung der Friedensgesellschaft in Hagen unter dem Vorsitz eines Parteigenossen versucht wurde, einen Druck auf die Fraktion dadurch auszuüben, daß einzelne Redner mit der Gründung einer neuen Partei drohten (Hört, hört!), eine große Propaganda für den Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei, die bereits genügend finanziert sei, androhten, der wird verstehen, wenn ich sage: unsere Genossen sollten sich dreimal überlegen, ob sie bei solchen Aktionen mitwirken (Sehr richtig!), denn in Wahrheit sind diese Gruppen vollkommen einflußlos, und eben deshalb versuchen sie, politische Parteien vor ihren Wagen zu spannen. In der allgemeinen Dunkelheit, die sich über die Umrisse dieser Gesellschaften breitet, ist mustergültiger Lehrer und Förderer die Kommunistische Partei, die ja auch

heute mit der Arbeiterhilfe, der Roten Hilfe, den Kolonialfreunden usw. auftritt und überall die Spuren von Moskau wie der Fuchs mit dem Schwanz zu verwischen sucht. Wir müssen uns dafür bedanken. Was gut ist an den Bestrebungen jener Gesellschaften, das verfolgen wir ohnehin im Sinne unseres Programms und im Rahmen unserer internationalen Beziehungen. Täuschen wir uns nicht; hier handelt es sich um Fragen, die für die Partei Kardinal- und Entscheidungsfragen werden können.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch ein paar Worte über ein anderes sehr ernstes Problem sagen, das ich vielleicht nicht ganz zutreffend — ich habe aber keinen anderen Ausdruck — als das Problem der Ueberorganisation bezeichnen möchte. (Sehr wahr!) Häufig sind Klagen darüber laut geworden, daß unsere Mitglieder sich nicht mehr in dem Umfange der Partei zur Verfügung stellen, wie das in früherer Zeit der Fall gewesen ist. Ich halte das nicht für unrichtig. Aber doch glaube ich, daß der Umfang organisatorischer Arbeit, der heute auf dem organisierten Parteigenossen lastet, nicht geringer geworden ist. Er kommt Nebenzweigen zugute, die früher in diesem Ausmaß nicht vorhanden waren. Nehmen wir einmal neben der Arbeit in Partei, in Gewerkschaft und Genossenschaft mit all ihren zahlreichen Funktionen in Organisation und Verwaltung, Gemeinde- und Stadtverordnete, Kreis- und Provinzialvertreter, Betriebsvertrauensleute, Agitations-, Kommissionsmitglieder usw., immer dreht es sich um den einen Mann, den Parteigenossen. Rechnen wir zu ihnen die Unzahl der anderen Organisationen, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung erwachsen sind, und die nun alle einen Teil der Kräfte des einen Mannes absorbieren, in ihren Bann zu ziehen sich bemühen, dann wird verständlich, was ich sage, daß die Summe der rein für die Parteiorganisation geleisteten Arbeit geringer wird, obwohl die Gesamtleistung größer geworden ist.

Da ist z. B. auch das Reichsbanner, das einen großen Teil unserer jüngeren Kräfte in Anspruch nimmt, ohne daß bisher — das unterstreiche ich mit vollem Bedacht und wünsche, daß es in den Kreisen des Reichsbanners deutlich gehört wird — der Gedanke sich genügend durchgesetzt hat, daß der Schutz der Republik, für den das Reichsbanner ins Leben gerufen wurde, wirkungsvoll gefördert wird durch die Zuführung der Reichsbannerkameraden zu den politischen Organisationen der republikanischen Parteien. (Lebhafte Zustimmung.) Ich glaube, daß wir diese Forderung mit gutem Recht erheben können, nachdem wir jetzt beinahe vier Jahre die Werbekraft der Partei unter den jüngeren Arbeitern zugunsten des Reichsbanners beeinträchtigt haben. Hier muß aber jetzt Debet und Kredit wiederum in Einklang gebracht werden. (Sehr richtig!) Wenn ich dann auf die große Arbeitersportbewegung hinweise, die die Massen in einem Umfang ergriffen hat, wie es früher kaum vorauszusehen war — ob es Turnen, Schwimmen, Leichtathletik oder Fußballspielen ist —, dann beantwortet sich die aufgeworfene Frage: Partei, wo sind deine Kinder? zum Teil schon von selbst. (Sehr gut!) In anderen Ländern, insbesondere in England, ist der Sport eine Angelegenheit des ganzen Volkes. In Deutschland hat das Verhalten der Deutschen Turnerschaft, der Boykott der Behörden gegen die Arbeiterturnbewegung, die Verhorreszierung der Arbeiterradfahrer usw. aus borniertem bürgerlichen Klassenegoismus heraus der Arbeitersportbewegung erst die Wege gewiesen. Arbeiterradfahrer haben der Partei bei den Wahlen, Arbeitersänger bei der Ausgestaltung ihrer Feste gute und allgemein anerkannte Dienste geleistet. Aber wieviele Zweige der Betätigung gibt es noch? Ich zähle nur, um die wichtigsten zu nennen, auf: die Arbeiterwohlfahrt mit ihrer riesig verzweigten, segensreichen Organisation und ihrer Patenschaftsorganisation, die Arbeiterjugend und Jungsozialisten, die Kinderfreunde,

Bund der Kinderreichen und Schulgemeinschaften, Freidenker und religiöse Sozialisten, Förderer der Arbeiterjugend, den Zusammenschluß der Akademiker, der Juristen, der Aerzte, der Lehrer im besonderen usw., die Bewegung der Freien Volksbühnen, den Verband Volksgesundheit und die Bewegung der Freien Hilfskassen, dann die Arbeiter-Esperantobewegung, auch den Arbeiterstenographenbund, den Arbeiteranglerbund, den Arbeiterabstinentenbund, den Arbeitersamariterbund, Arbeiterradiobund, Arbeiterschachbund, Arbeiterschützenbund usw., zu denen ich noch eine ganze Reihe anderer solcher Gruppen hinzufügen könnte. Ich habe, als ich diese Zusammenstellung machte, über vierzig Spielarten der organisatorischen Betätigungsmöglichkeiten im Rahmen der Arbeiterbewegung gefunden. Alle diese Gruppen werben nun um den Mann oder die Frau, die der Partei als Mitglied angehört, je nach ihrer Neigung. Ich verkenne nicht, daß diese Vereine der Partei auch Mitglieder zuführen können; aber vorerst suchen sie die gewonnene Person doch selbst mit Beschlag zu belegen. (Sehr wahr!) Die Kommunistische Partei hat in ihrer Unfähigkeit, eine stabile Parteiorganisation zu errichten, sich in viele dieser Vereine gedrängt und benutzt sie dazu, ihre politischen Geschäfte zu betreiben. Sie überträgt aus diesen Vereinen ihre Propaganda durch Mitglieder, die ihre Ziele nicht zu durchschauen vermögen, oft genug noch in unsere Organisationen. Die Spitzelanweisung über die Agitation im Reichsbanner hat das ja klar und deutlich erwiesen.

Wenn Sie dann noch daran denken, daß jeder dieser Vereine eine gedruckte Vereinszeitung herausgibt, deren Vertrieb den Mitgliedern obliegt, dann erkennen Sie die ungeheure Summe von Ausgaben, aber auch die große Fülle organisatorischer Arbeit, die der Partei doch in gewissem Sinne entzogen wird.

In vielen dieser Verbände spielt sich jetzt ein erbitterter Kampf zwischen unseren Parteigenossen und den Kommunisten ab, die überall die Herrschaft an sich zu reißen suchen. Wir sollten dieser Erscheinung wirklich ernsthaft unsere Aufmerksamkeit widmen, und ich hoffe, daß es den Arbeiterkulturkartellen gelingen wird, durch Zusammenfassung aller Kräfte Schaden abzuwehren, der sonst entstehen muß. Jedenfalls haben wir alle die Aufgabe, einer Atomisierung der Kräfte entgegenzuarbeiten. Nur in der Zusammenfassung liegt die Bürgschaft für unseren Erfolg. In der zusammenfassenden Arbeit der Kulturkartelle, an der sich die große Arbeiter-Turn- und Sportbewegung mit besonderem Interesse beteiligt, sehe ich die Möglichkeit der Zuführung neuer Kräfte in die Partei.

In einem Zweige der Parteiorganisation, in der jungsozialistischen Bewegung, haben wir im Laufe des Berichtsjahres mannigfache Erfahrungen sammeln können. Die unterwühlende Arbeit des Nelsonbundes, der als ein Fremdkörper innerhalb dieser Bewegung zu bezeichnen ist, zwang den Parteivorstand zu durchgreifenden Maßnahmen. Diese Zellenbildung konnte von uns nur durch die radikalste Bekämpfung zerstört werden, durch den Beschluß, daß die Zugehörigkeit zum Nelsonbund unvereinbar sei mit der Zugehörigkeit zur Partei. (Sehr richtig!) Heute sind die Folgen dieser Minierarbeit überwunden.

Eine andere Schwierigkeit aber bestand in dem dauernden Richtungsstreit innerhalb dieser zahlenmäßig ohnehin nicht starken jungsozialistischen Bewegung. Er hat dazu geführt, daß eine neue Reichsleitung gebildet wurde, die der sich um Nikisch scharenden Gruppe erklären mußte, daß ihre Auffassungen sich mit der politischen Linie der Partei und auch der Jungsozialisten nicht mehr vereinbaren lassen. Diese Gruppe hat sich dann, in der Zahl bedeutungslos, um die „Widerstandsblätter für Sozialismus und nationalrevolutionäre Politik", die von Nikisch herausgegeben werden, geschart.

Zwischen der Arbeiterjugend und den Jungsozialisten nahmen aber die Reibungen trotzdem nicht ab. Wenn wir jetzt endlich eine Besserung erkennen, so ist sie darauf zurückzuführen, daß auf Beschluß der Parteileitung und des Parteiausschusses die neue Reichsleitung der Jungsozialisten der Reichsbildungszentrale angegliedert worden ist, die wertvolle Arbeit für die Herbeiführung der Ruhe geleistet hat. Wir haben über den Aufbau und die Arbeit der Jungsozialistengruppen neue Richtlinien aufgestellt, in denen klar und deutlich gesagt wird, daß zu diesen Gruppen nur Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei gehören können. Aber in der Nummer 5 der „Jungsozialistischen Blätter", die heute im Laub'schen Verlag erscheinen und auf die wir deshalb einen Einfluß nicht mehr haben, finden wir eine Untersuchung über die Altersschichtung bei den Jungsozialisten in den Großstädten, veranstaltet durch den Bezirk Groß-Dresden. Aus ihr geht folgendes hervor: In Berlin wurden gezählt 12 Gruppen mit 249 Mitgliedern; davon waren in der Partei organisiert 165, 84 also nicht; (Hört, hört!) 185 waren Gewerkschaftsmitglieder. In Dresden wurden gezählt 176 Mitglieder und 107 Mitglieder der Partei; in Hannover 130 Mitglieder und 70 Mitglieder der Partei. Das sind also junge Leute bei den Jungsozialisten, bei unseren Organisationsgruppen, die der Partei nicht angehören, die über die Partei reden, gegen die Partei unter Umständen arbeiten und sich selbst jedem Einfluß der Partei entziehen. So haben wir uns diese Gruppen niemals gedacht, und wenn es so geht, dann ist es kein Wunder, daß in vielen Bezirken die Neigung für die Unterstützung der Jungsozialistengruppen immer geringer wird. (Sehr wahr!), Bei Beratung der Richtlinien kam offen zum Ausdruck, daß es die Aufgabe der Jungsozialisten sein muß, die jungen Parteigenossen und -genossinnen für ihre Arbeit zu schulen und sie zur regsten Mitwirkung in der Partei anzuhalten. Wir hoffen, daß diese Dinge sich in Zukunft bessern.

Aus demselben Grunde und weil der Parteiausschuß letzthin den Beschluß gefaßt hat, dem Parteitag die Aufhebung des Beschlusses zu empfehlen, daß die Arbeiterjugend nur Parteigenossen oder Jugendliche bis zum 18. Jahr umfassen darf, schlagen wir vor, der Arbeiterjugend zu gestatten, Jugendliche bis zu 20 Jahren unter der Voraussetzung in ihre Reihen aufzunehmen, daß vom 18. Lebensjahr ab der Betreffende auch der Sozialdemokratischen Partei angehört. Wir haben deshalb die Richtlinien geändert, die in früherer Zeit erlassen worden sind, allerdings nur vorschlagsweise, weil ein Parteitagsbeschluß nur wieder durch Parteitagsbeschluß aufgehoben werden kann; ein gedruckter Antrag wird Ihnen noch während der Tagung zugehen. Damit aber wenden wir uns auch entschieden gegen den Antrag aus Breslau Nr. 28, die Altersgrenze in der Arbeiterjugend auf 18 Jahre festzusetzen und die Erziehung der über 18 Jahre Alten den Jungsozialisten zu überlassen. (Heiterkeit.) In dieser Beziehung gehen wir im Parteivorstand mit den Genossen aus Breslau nicht konform, und ich glaube, daß auch der Parteitag das nicht tun wird. (Zustimmung) Wenn auch unsere Jugendlichen sich in vielen Artikeln so gerieren, als ob sie als Erzieher für die ganze Partei berufen wären, müssen wir doch einen Satz, wie er in dem Antrag enthalten ist: „Die Erziehung der über 18 Jahre Alten fällt den Jungsozialisten zu", ablehnen. (Lebhafte Zustimmung.) Denn ein solcher Satz würde den Parteivorstand und den Parteitag der glorreichen Führung der Jungsozialisten ausliefern. Unsere Breslauer Genossen werden uns recht geben, wen ich sie daran erinnere, daß auch ihnen aus jüngster Vergangenheit manches bekannt sein wird und bekannt ist, was zeigt, wie sehr junge Leute der Aufsicht bedürfen, wenn nicht schwerer Schaden

entstehen soll. (Sehr richtig!) Wir wollen uns alle verpflichten, mehr auf unseren Nachwuchs zu achten als es gerade in dem von mir gemeinten Falle geschehen ist.

In der Arbeiterjugend waren die Spaltungstendenzen durch Flugblätter so offen kommunistisch, daß ein starker Schnitt von der Leitung der Arbeiterjugend gemacht werden mußte. Auch hier zeigte sich, daß da, wo am festesten zugefaßt wird, die Gefahr am geringsten ist, daß die Erfolge derjenigen, die sich erst rühmten, die Gesamtorganisation in der Opposition hinter sich zu haben, gleich Null waren, daß der Bestand der Arbeiterjugend durch diese Spaltungsbestrebungen nicht erschüttert worden ist.

Nun wende ich mich einer Frage zu, bei der ich Sie um besondere Aufmerksamkeit bitte. Es handelt sich um die Beamtenfrage, die die meisten Anträge an diesen Parteitag veranlaßt hat. Wir haben zahlreiche Sitzungen im Parteivorstand und durch Beauftragte mit beiden Richtungen der Beamtenbewegung, auch mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, gehabt. Leider besteht kein Zweifel darüber, daß der Streit sich vertieft und verschärft hat. Aber dieser Streit hat ja an der Wiege aller Arbeiterorganisationen gestanden. Eine moderne Beamtenbewegung gibt es eigentlich erst seit dem Umsturz. Vorher hatten wir die Organisationen der Lokomotivführer, der Lehrer, der Postbeamten, der Telegraphisten usw., die alle entfernt nicht den Charakter der modernen Organisation aufwiesen, die als Gewerkschaften nicht anzusprechen waren, wenn sie auch, wie wir feststellen wollen, bereits gegen Ende des Krieges Beziehungen mit freien Gewerkschaften aufzunehmen begannen gerade in einer Zeit, als die Beziehungen zur Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften durch die Spaltung der Arbeiterbewegung sich zu lockern begannen. Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund hatte zweifellos bei seiner Gründung einen starken Zulauf. Ein Rückfluten war unvermeidlich, wie ja unter dem Rückfluten auch der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Sozialdemokratische Partei gelitten haben. Die Fülle derer, die damals im Ueberschwang in die Organisationen strömten, die glaubten, ihre politischen Interessen dort befriedigt zu sehen, sie hatten nicht die Ausdauer, die nur Schulung bringt; infolgedessen ist die Mitgliederzahl der einzelnen Organisationen dezimiert worden. Ich bedauere es, daß die Bestrebungen, den Deutschen Beamtenbund, die reine Beamtenorganisation, mit dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund zu verschmelzen, nicht zum Ziele führte. Aber mit diesem Faktum müssen wir uns abfinden. Demgegenüber zeigt die Tatsache, daß es den christlichen Beamten gelungen ist, sich mit dem Deutschen Beamtenbund zu fusionieren, deutlich, daß jene Organisationsgruppen, insbesondere die Rechtselemente, den Willen zur Macht haben und wissen, was es bedeutet, die geschlossene Masse der Beamtenschaft hinter sich zu haben. Wenn im Deutschen Beamtenbund über 1 Million Beamte organisiert sind, so ist das eine Macht, die wir nicht unterschätzen dürfen. Wir haben seinerzeit für die Beamtenbewegung ein Organ „Der freie Beamte" erscheinen lassen. Bald erlebten wir, daß dieses Organ geradezu in den Mittelpunkt des Streites rückte. Da die Partei kein Interesse daran hat, den Streit unter den Beamten auf ihrem Rücken ausgetragen zu sehen (Sehr richtig!), haben wir die Einstellung dieses Organs beschlossen; aber damit haben wir nicht verhindern können, daß der Streit in die Parteiorganisation hineingetragen wurde, und zwar durch die Angriffe gegen die Mitglieder des Deutschen Beamtenbundes. Der Streit verdichtete sich dadurch, daß die Sozialdemokraten im Deutschen Beamtenbund sich zu einer Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten im Deutschen Beamtenbund zusammenschlossen. Unsere Mitglieder im Allgemeinen Deut-

schen Beamtenbund bezichtigen die Mitglieder des Deutschen Beamtenbundes, aber sie nicht so sehr wie viele Genossen draußen im Reich, die nicht Beamte sind, und die immer päpstlicher sind als der Papst und stets über das hinausgehen, was die Beamten selbst fordern. Sie verlangen Austritt aus dem Deutschen Beamtenbund. Viele Anträge, die gestellt worden sind, verfemen geradezu Parteigenossen, die im Deutschen Beamtenbund noch tätig sein wollen. Dem können wir nicht zustimmen. Der Reichsausschuß der deutschnationalen Beamtenschaft protestiert in einer Entschließung gegenüber unseren Genossen im Deutschen Beamtenbund dagegen, daß die satzungsgemäße parteipolitische Neutralität des Beamtenbundes aufgegeben wird durch Propaganda für die Sozialdemokratie wie in jener Broschüre, zu der Hermann Müller das Vorwort geschrieben hat und an der die Genossen Freymuth und Wäger mitgearbeitet haben. Sie legen die schärfste Verwahrung dagegen ein, daß mit Hilfe der deutschnationalen Beiträge der Deutsche Beamtenbund für eine politische Partei wirbt, die immer Gegnerin des Berufsbeamtentums gewesen sei und auch bleiben werde. Da müssen wir uns doch fragen: sollen wir angesichts eines solchen Kampfes der Deutsch-Nationalen gegen die Sozialdemokraten im Deutschen Beamtenbund, angesichts des Versuches, die Sozialdemokraten im Deutschen Beamtenbund ohnmächtig zu machen, sie hinauszudrängen, den Deutschnationalen zu Hilfe kommen (Sehr richtig!), oder haben wir nicht die Aufgabe, zu sagen: räumt nicht das Feld, behauptet euch gegen diese Bestrebungen? Wie wir auch zu den Fragen stehen müssen, das eine erhellt klipp und klar: die Genossen im Deutschen Beamtenbund kämpfen um ihren Platz im Deutschen Beamtenbund, sie kämpfen um ihren Platz und ihre Ehre innerhalb der Partei. Ich erinnere an die Lehrerbewegung, die ja in früherer Zeit nur in den Hansestädten Fuß hatte. Wie waren wir stolz darauf, sozialdemokratische Lehrer zu haben, die im Deutschen Lehrerverein als sozialistisches, als demokratisches Ferment wirkten. Ich erinnere an Leute wie Ballerstedt, Hellmann und Roß, die Jahrzehnte dort gearbeitet und sich eine angesehene Stellung erworben hatten, die aber nun durch Anträge, wie sie gestellt worden sind, infamiert werden sollen, indem gefordert wird, daß diese Genossen kein Mandat mehr bekleiden dürfen, wenn sie nicht aus der Organisation ausscheiden, in der sie solange gewirkt haben. Daraus scheint mir doch ein Stück Unduldsamkeit hervorzugehen, das in der Geschichte der Partei eine Berechtigung nicht hat. (Lebh. Zustimmung.) Wie viele Mühe geben sich die Kommunisten, um in den Gewerkschaften kommunistische Zellen zu errichten! Und nun sollen wir die starken und nicht einflußlosen Gruppen der Sozialdemokraten aus dem Deutschen Beamtenbund entfernen, das Gegenteil der Taktik machen, die uns so oft unangenehm auf die Nerven fällt, wenn sie von den Kommunisten geheim und zerstörerisch betrieben wird!

Uns liegt an der Zusammenfassung der wirtschaftlichen Macht der Arbeitnehmer in den gewerkschaftlichen Organisationen, an der Beeinflussung der staatspolitischen Stellung der Beamten, und vor allen Dingen daran, in der Beamtenschaft Einzug zu halten mit unseren Ideen und unserer Propaganda für den Staat. Sollen wir den Deutschen Beamtenbund aus dieser Zellenbildung befreien? Nein! Wir sollten uns bemühen, aus unserer Geschichte zu lernen. Diejenigen, die Anträge gestellt haben, daß es die erste Voraussetzung eines Sozialdemokraten sein müsse, freigewerkschaftlich organisiert zu sein, frage ich: habt Ihr Euch das im Wortlaut genau überlegt? Ich ziehe die Konsequenzen nicht, weil die Gewerkschaft gar nicht in der Lage wäre, ähnliche Konsequenzen inbezug auf die Zugehörigkeit zu einer Partei bei sich zu ziehen. (Sehr gut!) Das käme darauf hinaus, daß ich, der Sozialdemokrat, inbrünstig den Gewerkschaften sagen: ich liebe dich, — und sie antworten darauf: Ja, aber sage es nicht so laut, ich bin neutral.

Die Neutralität der Gewerkschaften ist es, die die gewerkschaftliche Anerkennung gebracht haben, und um die ich ebenfalls in der Partei viele Jahre gerungen habe. Die Neutralität der Gewerkschaften ist ein unbedingtes Erfordernis für ihren Einfluß und ihr Wirken. Seit wann haben wir in der Partei die Anerkennung der Neutralität der Gewerkschaften? Erst seit 1906. Denken Sie an die Verhandlungen und Debatten mit Bebel und Legien und die Debatten mit Auer, an den Streit, der von 1900 mit der Gründung der Generalkommission der Gewerkschaften 16 Jahre lang tobte um die Form der Organisation: Lokalisten und Zentralisten! Der Kampf tobte noch, als die Lokalisten längst Zentralisten geworden waren, als die Unterstützungseinrichtungen überall da waren. Die Gewerkschaften waren fast einig, nur die Partei zerfleischte sich noch. Sollten wir daraus nicht lernen, duldsam zu sein und zu erkennen, daß auch hier die Entwicklung ein Zusammenarbeiten des D. B. B. und des A. D. B. B. herbeiführen soll? Ich muß Sie dringend bitten, den alten guten Lehrsatz: Gut Ding will Weile haben, in diesem Fall zur Anerkennung zu bringen, und ich bitte Sie, alle Anträge abzulehnen und die Deklaration des Parteivorstandes und Parteiausschusses über das Verhältnis der Partei zum A. D. B. B. zu billigen. Wir machen kein Hehl daraus, daß wir durch die Verbindung mit den Gewerkschaften, die auch mit dem A. D. B. B. besteht, enger mit ihm liiert sind. Wenn wir sagen, daß die Deklaration alles betont, was gewünscht wird, und daß wir dem A. D. B. B. den stärksten Erfolg wünschen, dann ist damit das an Sympathien gesagt, was wir dem A. D. B. B. sagen wollen und müssen, und das geblieben, was unseren Genossen im D. B. B. die Bewegungsfreiheit und die Lust, für die Partei zu arbeiten, nicht nehmen wird.

Ich will nun auf einen Punkt eingehen, der im Antrag Hamburg den Parteivorstand zwingt, Stellung zu nehmen. Der Antrag Hamburg verlangt, daß die Frage geprüft werde, in Berlin ein Lokalorgan zu schaffen, und den „Vorwärts“ zum Zentralorgan auszubauen. Auf der Bezirkstagung in Berlin ist ein ebensolcher Antrag gefaßt, der aber nicht an den Parteitag gelangte. Die Berliner Bezirksleitung hat dem Parteivorstand erklärt, daß sie nicht daran denke, einen Ringkampf mit dem Parteivorstand wegen dieser Frage herbeizuführen. Der Parteivorstand ist an das Statut gebunden, das nach seiner Entstehung gewürdigt werden muß. Der Streit um das Lokalblatt ist so alt wie der „Vorwärts“ selbst. Auf dem Parteitag in Jena 1905 habe ich im Auftrag der Berliner den Antrag zu begründen gehabt, den „Vorwärts“ zum Lokalorgan umzugestalten. Damals wurde mir gesagt, daß es nicht möglich sei, zwei Blätter in Berlin zu haben, die sich gegenseitig bekämpfen, daß der Parteivorstand es im Interesse der Führung einer parlamentarischen Politik nicht ertragen könne, daß die Absichten der Fraktion am nächsten Tag bekämpft würden. Genosse Gerisch hatte den Auftrag, mir mitzuteilen, daß Bebel und Singer es ablehnten, weiter Parteivorsitzende zu bleiben, wenn hierin ein Wandel eintrete. Darum habe ich damals den Antrag zurückgezogen, und die Berliner Genossen haben sich beruhigt, weil bald darauf ein Aufstieg in der Auflage infolge intensiver Agitation einsetzte. Bedenken Sie, daß bei diesen Anträgen verschiedene Absichten unterlaufen! Die eine Stelle will ein Richtungsblatt, die andere ein Art „Morgenpost“, um einen größeren Leserkreis zu haben. Aber alles das könnte nicht gefördert werden, wenn nur die Berliner Parteiorganisation die Leser stellte. Der Parteivorstand kann nicht damit einverstanden sein, ein Lokalorgan neben dem „Vorwärts“ zu gründen, und zwar aus Gründen der Organisation, die zur besonderen Behand-

lung des „Vorwärts“ im Parteistatut geführt haben. Wir sind aber bereit, mit den Berliner Genossen auf dem Boden voller Verträglichkeit und Entgegenkommen gegen ihre berechtigten Forderungen in Berlin zu verhandeln. Ich wünschte auf der Basis des Statuts, daß über den Antrag Hamburg nicht abgestimmt, sondern er zurückgezogen wird. Tragen Sie den Bitten des Parteivorstandes Rechnung, wie wir es damals getan haben! Mit dem Bestehen zweier Blätter in Berlin, radikal und weniger radikal, spinnen beide Blätter keine Seide. Das erlebten wir, als „Vorwärts“ und „Freiheit“ nebeneinander bestanden. Die „Rote Fahne“ hat es über 15000 Abonnenten in Berlin auch nicht gebracht.

Eine andere Frage betrifft die Einberufung des Preußischen Parteitages nach den Anträgen Königsberg usw. Es ist nicht richtig, daß in der Vorkriegszeit immer in Verbindung mit den Parteitagen Preußische Parteitage stattgefunden haben. Es haben überhaupt nur zwei Preußische Parteitage und eine Preußenkonferenz stattgefunden. Wir werden aber den Anträgen Rechnung tragen, zum Auftakt der Preußenwahlen die Preußen besonders zusammenzuholen, um so den Marsch gegen die Schanzen der Reaktion mit Erfolg anzutreten.

Ich verstehe nicht, wie angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung so verschieden geartete Blätter wie die „Frankfurter Zeitung“ und die „Rote Fahne“ übereinstimmend eine Stagnation in unserer Partei feststellen können. Ich habe die Gründe für den geringen Mitgliederzuwachs dargelegt. Das Reichsbanner ist es, das für uns ein Reservoir geworden ist. Wir haben ihm die Jugend mit voller Absicht gegeben, um dort die Kampfestruppen für die Republik zu sammeln. Wir haben Anspruch auf die Jugend, nachdem das Reichsbanner konsolidiert ist und die Republik sich zu konsolidieren beginnt, wenn sie auch noch lange nicht so gesichert ist, wie ich das zu meinem Bedauern so oft aus prominentem sozialdemokratischen Munde höre. Ich möchte die Wachsamkeit der Arbeiter nicht verringert sehen. Vorwärts geht es nur und gesichert ist die Republik nur, wenn wir in der einen Hand als Baumeister des Staates die Kelle, in der anderen das Schwert tragen, um jeden Augenblick zur Verteidigung bereit zu sein.

Die Kommunistische Partei, die auf dem Parteitag 1925 feststellen ließ, sie habe 150000 Mitglieder, hat auf dem letzten Parteitag keine Zahlen mehr genannt. (Sehr gut!) In informierten Kreisen wird die nach Moskau angegebene Zahl von 112000 Mitgliedern, die der Subventionen wegen angegeben wird, für nicht richtig gehalten. Mit 88000 soll die Zahl ungefähr richtig beziffert sein. Die absolute Opposition ist auch nicht ein Förderer der Organisation, denn hier sind alle Zeichen des Verfalls. Ich will diese Zerfallserscheinungen nicht überschätzen. Falsch ist es, wenn gesagt wird, die Kommunistische Partei wäre überhaupt nicht mehr, wenn die Sozialdemokratie sich nicht immer wieder gewisser Unterlassungssünden schuldig machte. Genosse Hilferding wird auf diese Dinge eingehen. Aber die marktschreierische Roßtäuschermanier, mit der man in Essen einen 20 Jahre alten Klassenkämpfer, als Sozialdemokraten kostümiert, auf dem Parteitag auftreten ließ, ebenso wie in Magdeburg einen im weißen Burnus als Riffkabylen aufgetakelten, wahrscheinlich neuköllnischen Kommunisten zeigte, der dem Roten Frontkämpferbund eine Fahne der Riffkabylen überreichte, sollte man endlich unterlassen. Es sind Kampfmittel für politische Kinder. Oft genug hat man uns erklärt, daß die Einheitsfront der Kommunisten kein System der kommunistischen Propaganda darstellt, sondern nur ein Manöver, die Sozialdemokratie zu spalten und zu schwächen. Die Erinnerung an das Unglück, das jene Gewissenlosen über so viel deutsche Arbeiter, die ihnen treugläubig anhingen, gebracht haben, sollte jeden abhalten, immer wieder ihren Worten

zu lauschen, sollte hohe und starke Barrieren gegen sie errichten. Wir dürfen trauern, daß es immer noch Arbeiter gibt, die glauben, daß die Radaupolitik jener Leute der Arbeiterbewegung dienen könne. Die Gewaltpsychose beherrschte gewisse Klassen der Arbeiterschaft gerade in der Zeit, in der wir dem politischen Leben näher treten könnten, so stark, daß sie glauben konnten, mit Gewalt käme man schneller vorwärts als mit aufbauender, durchdringender Arbeit in Aufklärung und Bildung, wie die Sozialdemokratie sie fördert.

Diese Leute haben keine Erinnerung mehr an die Zeit vor dem Kriege. Je mehr Jahre ins Land rücken, desto weiter wird der Gedanke an eine Einigung mit ihnen, auch der Form nach illusorisch, weil die Umstellungstendenzen dort so weit vorgeschritten sind, daß keine Partei Vorteil hätte, die sich mit den Kommunisten einigen wollte. Der rollende Rubel ist die motorische Kraft, die die kommunistische Bewegung in Deutschland noch erhält. Da wundere ich mich, daß es Anträge geben kann, wie jenen, der der Partei den Vorwurf macht, daß sie Rußlandfahrer ausgeschlossen habe, aber Gustav Bauer nicht. Es ist unwahr, daß die Partei auch nur einen einzigen Genossen ausgeschlossen hätte, weil er an einer Rußlandfahrt teilgenommen hat oder am „Kongreß der Werktätigen“. Ausschlüsse sind nur erfolgt, wenn die Betreffenden nach jener Reise, die Sozialdemokratische Partei bekämpfend und für die Kommunistische Partei werbend, in Deutschland Versammlungen abgehalten haben. Das Recht lassen wir uns nicht nehmen, auch nicht, wenn jetzt von einer Zentralstelle eine Sammlung der Ausgeschlossenen nach ihrem Zugehörigkeitsalter zur Partei uns übersandt wird. Das zeigt, wo die Zentrale sitzt, die die Arbeit besorgt und die Partei auffordert, die Ausschlüsse wieder rückgängig zu machen. Uns wird das nicht irritieren. Ausschlüsse in Massen, wie die Kommunisten sie betreiben, sollen in der Sozialdemokratie keine Heimatberechtigung haben. Der Parteivorstand hat sich auf Grund des § 28 Abs. 5, wenn er einen Ausschluß vollzieht, ernsthaft geprüft und zum Grundsatz gemacht, daß jede Prüfung so sorgfältig wie vor einem ordentlichen Gericht erfolgen müsse. Dann aber ist der Beschluß nicht rückgängig zu machen.

Sorgen wir dafür, daß der Vormarsch des Marxismus, der überall zu konstatieren ist, der Vormarsch der Arbeiterschaft, im Zeichen unserer Partei erfolgt! Denken Sie daran, daß niemals die Zeit so günstig war wie jetzt: die Zentrumsarbeiter in offener Rebellion uns sozialdemokratische Arbeiter als Klassengenossen anerkennend, wie sie sich der politischen Führung ihrer Seelsorge von früher immer stärker entziehen! Denken Sie daran, daß zur Gewinnung der politischen Macht der erste Schritt getan wird durch die politische Schulung, daß danach die Eroberung der wirtschaftlichen Macht nur erfolgen kann durch die möglichste Anstrengung aller wirtschaftlich gemeinsam denkenden, fühlenden und handelnden Hand- und Kopfarbeiter! Dann zerstören Sie nicht die Ansätze zum Guten, zur Ausdehnung der Partei und unserer Auffassung durch Ketzerrichterei, durch kleinliche Angeberei, durch Politik, die für Sekten gut wäre, die aber einer Partei, die die Massen des Volkes umfassen will, nicht dient! Arbeiten Sie so, wie wir seit der Zeit des Zusammenschlusses gearbeitet haben, in Treue zusammen! Vorwärts für die Partei! Dann dienen wir uns und der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit. (Lebhafter Beifall.)

Vors. **Eggerstedt:** Wir nehmen anschließend den Bericht des Genossen Ludwig entgegen über „Agitation, Organisation und Kasse“.

Ludwig (Parteivorstand): Es ist in Deutschland ganz bestimmt nur die Sozialdemokratische Partei, die auf ihren Parteitagen ihre Bücher- und

Mitgliederlisten offen legt; die eine Uebersicht über die Zusammensetzung der Einnahmen und Ausgaben gibt. Wer also Lust hat, sich mit uns zu messen, mag ruhig einmal dasselbe tun (Sehr gut!), gleichviel, welche Partei er vertritt. Es wäre zu schön, wenn die anderen unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen auch einmal solche Uebersichten geben würden. Das gilt besonders von denen, die soviel von Korruption und fremden Geldern reden.

Aus dem Handbuch ersehen Sie, daß die Partei mit 823 526 Mitgliedern am letzten Dezember abgerechnet hat und darüber berichtet. Ueber die Zusammensetzung der Einnahmen und Ausgaben berichte ich hier nicht; Sie finden die Einzelheiten im Bericht des Vorstandes für die 9 Monate des Jahres 1925 und für das Jahr 1926. Aber einige Zahlen will ich hier vor der großen Oeffentlichkeit doch wiederholen. Wir haben eine Einnahme in den Bezirken von 7.4 Millionen, der Parteivorstand hatte eine solche von 2.1 Millionen. Da aber hiervon 1.022 000 von den Bezirken als Beiträge an uns gegangen sind, hatten wir nur etwa 1 Million in den Einnahmezahlen, so daß die Gesamtpartei eine Einnahme und Ausgabe von 8.4 Millionen verbucht. Das sind pro Mitglied 10 Mk. Wir sind auf dieses Ergebnis stolz (Sehr richtig!), und die Genossen dürfen es erst recht sein, wenn man daran denkt, was heute finanziell vom deutschen organisierten Arbeiter verlangt wird. Es sind 10 Mk. für politische Zwecke, für die man eine Gegenrechnung zahlenmäßig nicht aufstellen kann, wie das teilweise bei anderen Organisationen der Fall ist. Die Partei hat in der Zeit für Wahlzwecke rund 5 Millionen Mark ausgegeben. Jeder Kassierer — ich meine damit den Beitragseinholer — weiß, wie schwer es dem Proletarier in den letzten Monaten im Jahre wurde, die Mittel herbeizuschaffen. Die Erwerbs- und Einkommensverhältnisse sind doch hundsmiserabel. Um so höher ist die Aufbringung der Mittel für die Partei einzuschätzen.

Besonders stolz dürfen wir auf das sein, was die Partei an ungeheuren Summen für Bildungszwecke aufgewandt hat. Sie finden in dem Geschäftsbericht zum ersten Male unter Bildungsausschuß eine Zusammenstellung der Ausgaben für die einzelnen Gruppen, Kinderfreunde, Lehrer-, Ferien-, Frauenkurse, Redakteur- und Sekretärkurse, Unterstützung von 54 Arbeiterstudenten aus der Ebert-Stiftung, zusammen rund 255 000 Mk., darunter über 102 000 Mk. durch die Zentrale gegebene Zuschüsse. Das sind aber nicht die Aufwendungen für Bildungszwecke der gesamten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, sondern nur das, was die Zentrale erfaßt und aufgewandt hat. Wir haben 970 Bildungsausschüsse. Wenn wir die großen Ausgaben in Großstädten und kleineren Orten zusammenzählen, so können wir mit Fug und Recht von 2 Millionen Mark sprechen, die die Sozialdemokratische Partei für Bildungszwecke aufgebracht hat. In einzelnen Bezirken erscheinen des öfteren in Zeitungen Berichte, daß die Partei zu wenig für Bildungszwecke tue. Ich stelle fest, daß die Aufwendungen noch größer sind, weil infolge der Anregung der Bildungsausschüsse die Arbeiter für ihre Fortbildung persönlich noch große Aufwendungen machen. (Sehr richtig!)

Es ist ein Antrag auf Wiedereinrichtung einer Parteischule mit Internat gestellt. Als Finanzminister muß ich dazu sagen, daß, falls Sie diesen Antrag annehmen wollen, Anträge auf Kürzung der Einnahmen nicht gestellt werden dürfen. Die Leipziger Freunde müssen also, wenn sie den Antrag aus Hamburg annehmen wollen, schleunigst ihren Antrag zurückziehen, der dem Parteivorstand eine der wesentlichsten Einnahmen kürzen will. Es dürfen auch keine Bezirke beantragen, die Beiträge im allgemeinen herabzusetzen. Die Gesamtpartei hat doch nur den Mindestbeitrag für Deutschland

von 15 Pf. festgesetzt. Wenn also Bayreuth oder Braunschweig die Beiträge herabgesetzt sehen wollen, müssen sie sich an ihren Bezirksparteitag wenden.

Wir haben nicht nur im letzten Jahre, sondern auch in den 9 Monaten des Vorjahres für die Schulungsarbeit der Parteimitglieder und auch sonst noch allerhand Aufwendungen gemacht. Ich erinnere an das durch den Parteivorstand herausgegebene kleine Werk von Lipinski, „Die Sozialdemokratie von ihren Anfängen bis zur Gegenwart". Von der ersten Auflage des ersten Bandes sind bereits 15 000 abgesetzt. Der zweite Band wird im Herbst erscheinen. Es soll ein Werk sein, das die Entstehungsgeschichte und die Leiden der deutschen Sozialdemokratie schildert, um den später zu uns gestoßenen Mitgliedern zu zeigen, unter welchen Verhältnissen für die Sozialdemokratie früher gearbeitet werden mußte. Die Zusammenhänge zwischen der Vor- und Nachkriegszeit fehlen sehr oft den jungen Genossen.

Wir registrieren aber auch mit Freude, daß durch den Reichsausschuß und die Bezirke in der letzten Zeit der Film in den Dienst der Parteiwerbung gestellt worden ist.

Erwähnen will ich noch, daß die Broschüre: „Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie", das Heidelberger Programm erläuternd, von uns hergestellt und zum Preise von 6.5 Pfennig den Bezirken für das Studium der Mitglieder in ähnlicher Weise wie früher beim Erfurter Programm zugeführt wurde. In einer verhältnismäßig kurzen Zeit sind von 31 Bezirken der insgesamt 32 Bezirke 160 000 Exemplare abgenommen worden. Ein Bezirk, der bisher noch kein einziges Exemplar bestellt hat, wird das hoffentlich noch nachholen.

Sie finden auf Seite 22 des Handbuchs zum ersten Male eine Statistik über die Zusammensetzung unserer Parteimitglieder. Sie kennen ja die hübsche Aeußerung unserer „Freunde" von links, unsere Partei sei eine kleinbürgerliche Partei. Eine Reihe von Orten haben eine Statistik aufgenommen. Wir haben dieser Statistik die von dem Kollegen Dittmann in Frankfurt im Jahre 1908 aufgenommene gegenübergehalten und nach den errechneten Durchschnittszahlen festgestellt, daß sich die Mitgliedschaft aus 73.14 Prozent Handarbeitern, 11.03 Prozent Kopfarbeitern, 4.62 Prozent selbständigen Gewerbetreibenden (das sind Kleinbürger), 2.04 Prozent freien Berufen, und 9.17 Prozent ohne Angabe zusammensetzt. Das bedeutet 481 282 Handarbeiter, 72 580 Kopfarbeiter, 30 401 selbständige Gewerbetreibende, 13 424 freie Berufe, 60 314 ohne Angabe. Es ist also keine Rede von einer kleinbürgerlichen Partei. Wer noch davon spricht, dem empfehle ich, sich die Gesichter noch einmal vorzustellen, die wir bei den Demonstrationen von der Stunde des Empfangs in Kiel bis zur gestrigen grandiosen Kundgebung der schleswig-holsteinischen Genossen gesehen haben. Was waren das? — Proleten im wahrsten Sinne des Wortes. (Sehr richtig!) Ob Beamte, ob Arbeiter, ob Angestellte, es waren unsere Klassengenossen. (Sehr richtig!)

Auch sonst haben wir versucht, eine Zusammenstellung unserer Mitglieder auf Grund der Ergebnisse der Zählung in einzelnen Orten nach dem Alter zu errechnen. Genosse Wels hat schon darauf hingewiesen, daß die Jugend sich in Scharen beim Reichsbanner und im Arbeiterturn- und Sportbund befindet, in dem über 800 000 Mitglieder gezählt werden. Das sind die Kinder der Proletarier (Sehr richtig!), die zu uns gehören, wenn sie auch nicht immer das Mitgliedsbuch der Partei in der Tasche haben.

Ich verweise auf den Beschluß des Arbeiterturn- und Sportbundes in Hamburg, auf die Mitglieder einen Druck auszuüben, daß jeder Sportler einer

politischen, proletarischen Partei angehören soll. Wir hoffen, daß sich das gute Verhältnis unserer Parteigenossen zu den Arbeitersportvereinen dauernd bessert, und unsere Genossen dafür sorgen, daß alle Angehörigen aus den proletarischen Familien dem Arbeitersport zugeführt werden. **Heraus aus den bürgerlichen Vereinen!**

Die Alterszusammensetzung der Parteimitglieder ergibt folgende Zahlen:

Alter	Zahl
unter 20 Jahren	14 000
20 bis 30 „	128 000
30 bis 40 „	208 000
40 bis 50 „	250 000
50 bis 60 „	166 000
über 60 „	55 000

Seit dem Fall des Sozialistengesetzes 1890 sind 37 Jahre vergangen. Freuen wir uns, wenn wir recht viele Genossen aus jener Zeit unter uns haben! (Sehr richtig!) Reden wir nicht von der Verkalkung der Partei! Hören Sie dazu die Zahlen der Statistik der Angestellten der Partei und der Vertrauensleute in der Arbeiterpresse, der Redakteure und Geschäftsführer! Das sind 1387 Personen. Hiervon sind

nach 1900 geboren	75
zwischen 30 und 40 Jahren	300
40 bis 50 Jahren	498
50 bis 60 Jahren	311
bis 65 Jahre	87
über 65 Jahre	39

Also 950 Angestellte aus der Arbeiterpresse und den Parteiorganisationen sind unter 50 Jahre alt. Das ist ein hocherfreuliches Zeichen der Verjüngung, des guten Nachwuchses in der Partei. Wir freuen uns darüber.

Die Vertretung der Sozialdemokratischen Partei in Deutschland findet sich im Handbuch durch folgende Zahlen ausgedrückt: 131 Abgeordnete im Reichstag, 468 in den Landtagen, 64 im Preußischen Staatsrat, 482 in Provinziallandtagen, 3146 in den Kreistagen, 1122 in den Städten, 6773 Stadtverordnete und 29 000 Gemeindevertretungen in 7000 Gemeinden, 708 Bürgermeister, 637 Gemeindevorsteher, 340 besoldete Stadträte. An Versammlungen sind im Jahre 1926 36 789 öffentliche und 57 981 Mitgliederversammlungen abgehalten worden. Es sind 100 Millionen Flugblätter und 9 Millionen anderer Schriften verbreitet worden; Zahlen, die erst die mühevolle Arbeit der Funktionäre wiedergeben. Was bedeutet dagegen die durch den sogenannten Kuczinski-Ausschuß veröffentlichte Tatsache, daß durch diesen 3 Millionen Flugblätter verteilt und 51 000 Mark für den Volksentscheid aufgewendet seien! Das bedeutet, daß das Aufreißen des Mundes im Gegensatz zur Leistung steht. (Sehr richtig!) Unsere Genossen sind es gewesen, die die Arbeit machen mußten.

Ich komme zum geschäftlichen Teile des Berichts.

Der Parteivorstand hat nach dem Statut die geschäftlichen Interessen der Gesamtpartei wahrzunehmen. Zu diesem Zweck ist die Konzentration, die juristische Form der Organisation, geschaffen worden. Von dort sind die Berichte zusammengestellt. Beachten Sie die Leistungen! Sie finden, daß wir 144 juristische Firmen haben, darunter sind 104 eigene Druckereien, 27 Verlage, 13 andere Firmen. Sie finden im Bericht 184 Tageszeitungen, 53 Kopfblätter neben den Organen „Die Gemeinde", „Die Gesellschaft", „Frauenwelt", „Lachen links", ab 1. Juli wieder „Wahrer Jakob", „Die Bücherwarte", „Arbeiterbildung", „Mitteilungsblatt des Parteivorstandes" und die „Genossin", die den Genossinnen gratis gegeben wird, außerdem ein Organ der Arbeiterwohlfahrt, das bereits eine Auflage von bald 10 000 erreicht hat. Nach der Statistik der Konzentration verfügen wir einschließlich der Zeitschriften über ca. 1.3 Millionen Leser. Nicht, daß wir damit zufrieden sind! Wir sind und bleiben wohl vorläufig unzufrieden.

Unsere Betriebe beschäftigen insgesamt 6947 Personen, und zwar: kaufmännisches Personal 1049, technisches Personal 5206, Redakteure 473, Buchhandel 423. Sie finden auch ein Verzeichnis der im Betrieb befindlichen Maschinen in dem Handbuch. Der Umsatz unserer Betriebe beträgt im Jahre 1926 rund 62 Millionen Mark, auf Abonnementseinnahmen kommen 18.5, Inserate 18.3, Drucksachen 17.5, andere Einnahmen 17.6 Millionen Mark. Für Löhne und Gehälter wurden 22 Millionen Mark ausgegeben, für notwendige Rohprodukte 40.7 und für Steuern 2.3 Millionen Mark. Jedes einzelne Geschäft ist juristisch selbständig und wird von dem zuständigen Finanzamt wie jeder andere Wirtschaftsbetrieb besteuert. Der Ertrag unserer Geschäfte nach den Bilanzen beträgt 1.4 Millionen Mark gegen 2.8 Millionen Mark im Vorjahr. Dieser Rückgang um die Hälfte gibt wieder, was sich im Wirtschaftsleben abspielt.

Zum Vermögen der Partei! Die Bureaueinrichtungen, Bezirks-, Unterbezirkssekretariate sind nicht erfaßt. Es wird im allgemeinen darüber keine Bilanz aufgenommen. Ich kann nur nennen, was der Bericht der Konzentration ergibt. Es sind ca. 42 Millionen Mark, die die Betriebe an Werten präsentieren. Nach Abzug der Hypotheken und Darlehen bleiben etwa 26 Millionen Mark Werte, die der Partei gehören und von den 144 einzelnen Firmen in Deutschland als Treuhänder für die Gesamtpartei verwaltet werden. Der Parteivorstand ist dabei mit etwa 4 Millionen Mark beteiligt, einer Riesensumme, die uns viel zu groß ist.

Die Werbewoche, die gerade im Anschluß an die große Kampagne stattfand, hat ein Ergebnis von 50 000 Mitgliedern und 70 000 Abonnenten gebracht. Viele Bezirke haben wegen der gleichzeitigen Wahlen nicht intensiv arbeiten können. Unsere 4 sächsischen Bezirke haben im Mai eine neue Werbewoche veranstaltet. Das vorläufige Ergebnis ist 10 000 neue Mitglieder und etwa 8000 neue Leser, die in unserm Bericht nicht enthalten sind. (Bravo!) Das beweist, daß auch in der schwierigsten Zeit die Werbearbeit mit Erfolg durchgeführt werden kann. Es kommt darauf an, und das ist die Voraussetzung, daß man mit Lust und Freude an die Arbeit herangeht. Das Beispiel der sächsischen Genossen mag für die anderen Bezirke ein Ansporn sein, sich erst recht für die Werbung einzusetzen. Halle und Pommern haben ebenfalls mit gutem Erfolg im Mai die Werbearbeit aufgenommen, weil sie das damalige Ergebnis nicht voll befriedigte.

Das einheitliche Verwaltungsmaterial, das längst von den Parteigenossen angestrebt wurde, ist jetzt fast durchweg eingeführt, zwar nicht in allen Einzelheiten, weil jeder Buchhalter und Kassierer einen kleinen konservativen Einschlag hat, also das Altgewohnte nicht so leicht über Bord wirft. Das einheitliche Verwaltungsmaterial ist nach dem Material aus 32 Bezirken zusammengestellt.

Der Parteivorstand hat sonst noch zur Vereinheitlichung der Organisationsform beigetragen durch Herausgabe eines Musterstatuts für die Bezirksorganisationen, dessen Einführung aber kein Muß darstellt. Mit großer Freude können wir feststellen, daß der weitaus größte Teil der Bezirke sich den Inhalt dieses Musterstatuts zu eigen gemacht hat.

Ein Wort zur Beitragsfrage! Ein Kassierer ist nie für ihre Herabsetzung, zumal wenn so viele Anträge gestellt werden. Wenn ich darüber spreche, dann deshalb, weil es sich um eine etwas andere Form der Beiträge handelt. Es sind Anfragen an uns gestellt worden, was mit den Personen geschieht, die als besser situierte Parteigenossen mit höherem Einkommen zu höheren Beiträgen herangezogen sind und sich weigern, einen solchen höheren Beitrag an die Partei zu leisten. Die Deutsche Sozialdemokratische Partei als Massenpartei kann von dem Grundsatz des einheitlichen Beitrags zurzeit nicht abgehen. Das schließt nicht aus, und wir unterstützen das Bestreben der Bezirksvorstände, Genossen zu höheren Beiträgen zu veranlassen, soweit sie dazu imstande sind. Aber halten Sie doch an dem altbewährten Grundsatz fest, der uns groß und stark gemacht hat und die Werte schaffen half, die Sie in den Firmen repräsentiert finden, daß das Wort **„freiwillig"** Ehrenpflicht für jeden Genossen ist. (Sehr richtig!) Appellieren Sie weiter an die Freiwilligkeit. Ich appelliere an alle Genossen — eine Untersuchung darüber anzustellen, ist unmöglich, wir sind kein Kriminalbureau —, diese höheren Beiträge zu zahlen, soweit sie dazu imstande sind. Statutengemäße Verpflichtungen liegen nicht vor. Wir haben früher die Wahlkosten stets durch freiwillige Spenden der Freunde unserer Sache aufgebracht.

Sie wissen, daß eine Unterstützungskasse der Angestellten besteht. 1902 haben sich die Angestellten aus eigener Kraft diese Kasse geschaffen, damit ihnen bei Arbeitsunfähigkeit und in ihren alten Tagen, sowie den Witwen und Waisen geholfen werden könne. Die Angestellten zahlen dazu 6 Prozent Beitrag ihres Gehalts. Die Sozialdemokratische Partei erhält aus der Unterstützungsvereinigung der Gewerkschaften und Parteiorganisationen für 92 invalide Angestellte und 161 Witwen verstorbener Angestellten Unterstützungen, und zwar durchschnittlich eine Witwe monatlich 105 Mark, ein invalider Angestellter 205 Mark monatlich. Die höchste Unterstützung beträgt 80 Prozent des versicherten Gehalts, worauf die staatliche Unterstützung angerechnet wird. Zirka 7000 Personen sind insgesamt, einschließlich der Gewerkschaftsangestellten, versichert. Im Statut der Unterstützungsvereinigung ist festgestellt, daß die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei Voraussetzung ist. Es gibt eine Anzahl Personen in der Kommunistischen Partei, die es vorziehen, sich nach wie vor in trauter Gemeinschaft bei den Sozialdemokraten zu versichern. (Hört, hört!) Pieck und Genossen sind es, an die ich denke! Es ist so nett, über die Sozialdemokraten zu schimpfen, aber dabei doch lieber die Sicherheit vorzuziehen, die die Sozialdemokraten bieten, gegenüber der Unsicherheit, die bei der Rausschmeißerkompagnie vorhanden ist! (Heiterkeit.)

Durch die Zusammenfassung unserer Parteibetriebe in der Konzentration haben wir endlich auch für unsere sozialdemokratischen Arbeiter eine ähnliche Einrichtung schaffen können, wie sie sich die Angestellten aus eigener Kraft 1902 geschaffen haben. Schon 1913 lag dem Parteitag in Jena ein Antrag vor, für die in den Buchdruckereien beschäftigten technischen und sonstigen Hilfspersonen einen Hilfsfonds zu schaffen. Dieser Antrag wurde damals nicht genügend unterstützt. Am 1. Juli 1927 geht dieser langgehegte Wunsch in Erfüllung. Wir haben einen Fonds von 120 000 Mark durch Beitragsleistung gesammelt, und am 1. Juli dieses Jahres wird allen denen, die mindestens 24 Jahre als technische Mitarbeiter — die Mitgliedschaft der Sozialdemokratischen Partei ist Voraussetzung — in unseren Betrieben beschäftigt sind und arbeitsunfähig wurden, eine Unterstützung in Höhe von 40 Prozent des Tariflohnes gezahlt. Es gibt drei Gruppen, eine Gruppe mit 52 Mark Wochenlohn, eine mit 36 und eine mit 32 Mark. Dazu kommt die Differenzierung nach Ortsklassen. Die bisher geleisteten Dienstjahre werden

den Parteigenossen angerechnet. Es wird also in Zukunft ein Buchdrucker oder Setzer, der 24 Jahre beschäftigt war und arbeitsunfähig wird, pro Woche 20.80 Mark, pro Monat 90.40 Mark aus unserer Unterstützungskasse bekommen. Von seinem Verband wird er, wenn er dort die Höchstleistung erreicht hat, 30 mal 2 Mark, und von der staatlichen Versicherung im Durchschnitt 33 Mark erhalten; er wird also in diesem günstigsten Falle 183 Mark monatlich bekommen. Ich glaube, die Gesamtpartei kann sich mit der Fürsorge für die Genossen sehen lassen. (Sehr wahr!) Die Beitragsleistung ist so, daß ein Prozentsatz des Tariflohnes an die Fürsorgekasse abzuführen ist. Die beschäftigten Parteigenossen selbst zahlen keine Beiträge.

Nun einige Zahlen aus dem neuen Geschäftsjahr. Für den Parteikassierer richtet sich bekanntlich die Wertschätzung der Bezirke fast immer nach der finanziellen Leistungsfähigkeit. In diesem Jahr haben die Bezirke bis gestern 482 000 Mark Beiträge abgeführt, während im ganzen letzten Jahr 1 022 000 Mark an Beiträgen gezahlt worden sind. Ich nenne die ersten neun Bezirke. Hamburg hat 38 000 Mark abgeführt, Magdeburg 36 500, Leipzig 36 300, Groß-Berlin 30 100, Hannover 28 100, Schleswig-Holstein 26 900, Breslau 24 800, Franken 23 100, Westfalen-Nord 22 500. Besonders freut es uns, daß große Bezirke mit einer ansehnlichen Mitgliederzahl es mit ihrer Beitragsleistung dem Parteivorstand ermöglichen, den organisierten Ausbau in schwächeren Bezirken finanziell zu unterstützen. Andere Bezirke, wie z. B. der Bezirk Brandenburg, der in diesem Jahr mit 11 400 Mark an 19. Stelle steht, sind zu Beitragserhöhungen übergegangen und helfen damit, in schwächeren Bezirken organisatorisch einzugreifen. Wir würden uns sehr freuen, wenn Bezirke, die dazu imstande sind, wieder wie vor dem Kriege mehr Beiträge abführten, als sie nötig haben. Aber heute ist es bald so weit gekommen, daß einzelne Bezirke ihre Kassierer darauf vereidigen, den Kassierer des Parteivorstandes ja nicht erfahren zu lassen, wieviel sie in der Kasse haben. (Heiterkeit.) Wenn Bezirke höhere Beiträge abführen, so versprechen wir, daß wir ihnen im Jahrbuch der Partei eine besondere Seite widmen werden. (Sehr gut! und Heiterkeit.)

Ich komme jetzt zu den Anträgen. Es sind allerlei hübsche Anträge gestellt worden, die sich gegenseitig aufheben. So wird z. B. in einem Antrag die Einführung einer Sterbekasse verlangt, in einem anderen das Verbot. Ein Bezirk verlangt, daß die „Frauenwelt" so und so ausgestaltet wird, daß weniger für politische Aufklärung als für die Unterhaltung Sorge getragen wird. Ein anderer Bezirk fordert das Gegenteil. Es ist manchmal sehr schwer, das Richtige zu treffen.

Die Anträge 19—21, in denen verlangt wird, daß die Reichsfrauenkonferenz vor dem Parteitag stattfindet, bitte ich abzulehnen. Wir müssen die Entscheidung darüber dem Parteivorstand und dem Parteiausschuß überlassen. Einen bindenden Termin zu beschließen, ist unmöglich. Im übrigen gibt ja auch der Parteitag die Richtlinien für die Arbeit der Partei, und alle sonstigen Tagungen haben möglichst nachher stattzufinden, um die Parteitagsbeschlüsse auszuführen. Also lehnen Sie die Anträge 19—21 mit der Begründung ab, daß von Fall zu Fall entschieden werden soll.

Der Antrag Nr. 22 Abs. 1 aus Chemnitz wünscht die Wiedereinführung der „Gleichheit" mit der Begründung, daß der Parteivorstand das versprochen habe. Auf die Anfrage, wo und wann der Parteivorstand dieses Versprechen gegeben habe, wurde uns mitgeteilt, in der Bekanntmachung des Verlages Dietz während der Inflationszeit im September 1922 sei ausdrücklich gesagt worden, nach Beendigung der verworrenen Verhältnisse könne wieder daran gedacht werden, die „Gleichheit" erscheinen zu lassen.

Inzwischen ist die „Genossin“ erschienen. Ich stelle fest, daß die Auflage 30 000 überschritten, und daß die Zeitschrift den Genossinnen gratis geliefert wird. Ich empfehle den Freunden der Anträge auf Wiedereinführung der „Gleichheit“, einmal die Anträge aus früheren Parteitagen nachzulesen, sowie die Ausführungen, die dazu gemacht worden sind. Man hat öfter die Meinung ausgesprochen, daß die politischen Artikel für das Gros der Frauen zu hoch gewesen seien.

Antrag Nr. 22 Abs. 3 will den Parteivorstand beauftragen, regelmäßig besonderes Werbe- und Schulungsmaterial für die Frauen herauszugeben, oder den Bezirken durch finanzielle Unterstützung eine solche Herausgabe zu ermöglichen. Ich schlage vor, diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen. In normalen Zeiten wird der Parteivorstand dem geäußerten Wunsche gern entsprechen.

Dann beantragen Chemnitz und Dresden in Nr. 22 Abs. 2 und Nr. 23 der Anträge die Einrichtung eines Reichsfrauenausschusses, dem 13 weibliche Vertrauenspersonen der Bezirke angehören sollen. Der Parteiausschuß zählt heute zehn Genossinnen, der Parteivorstand drei; das sind zusammen dreizehn. Ich empfehle Ueberweisung dieses Antrages an den Parteivorstand mit der Maßgabe, daß diese dreizehn Genossinnen bei wichtigen Frauenfragen gehört werden.

Augsburg beantragt in Nr. 27 die Herausgabe von Wahlplakaten, die von den breiten Massen verstanden werden.

Versuchen Sie doch einmal, hier drei Mann zusammenzukriegen, die über ein Plakat gleicher Meinung sind. Ich empfehle den Delegierten die Durchsicht der reichhaltigen Plakatausstellung des Parteivorstandes, die 360 Plakate umfaßt und Zeugnis ablegt von der Vielseitigkeit der Werbearbeit in den Bezirken, sowie in den ausländischen Bruderparteien. Nach meiner Auffassung können sich die Plakate des Parteivorstandes sehr wohl sehen lassen, zumal wir aus den Bezirken München, Hamburg, Leipzig, Düsseldorf usw. Entwürfe eingeholt und dann die Auswahl vorgenommen haben. Es ist auch nicht so, daß ein Plakat, das für einen Bezirk paßt, nun auch in anderen Bezirken angebracht wäre. Die Auffassungen sind verschieden. Ich schlage deshalb vor, den Antrag Nr. 27 dem Parteivorstand zu überweisen. Wir werden immer wieder versuchen, das Beste zu finden. Auch die Entwicklung in der Kunst soll von der Arbeiterschaft beachtet werden.

Mit Antrag Nr. 29 wird von Hamburg beantragt, eine Parteischule in Form eines Internats zu errichten. Der Parteivorstand schlägt Ihnen im Einverständnis mit dem Parteiausschuß vor, diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen; momentan kann an die Errichtung nicht gedacht werden. Die Einrichtung würde schätzungsweise 150- bis 200 000 Mark pro Jahr kosten. Wenn aber einzelne Bezirke die Einnahmen kürzen wollen, können wir Neueinrichtungen im Bildungswesen nicht durchführen; wir müßten sogar sehr viele Dinge abbauen.

Die Anträge Nr. 30—33 verlangen die Herausgabe einzelner Schriften. Hamburg fordert eine Monatsübersicht über die politischen Ereignisse. Wir werden den Hamburger Genossen einige tausend Exemplare des Mitteilungsblattes mit den Parlamentarischen Blättern zuschicken, damit sie erfahren, daß alle Monate eine solche politische Uebersicht gegeben wird. (Heiterkeit.) Vielleicht ist vergessen worden, die Pakete immer rechtzeitig an die Distrikte weiterzugeben. Das Material ist so reichlich, daß sich der Antrag erübrigt hätte. Die Bezirke, die vierteljährlich Schriften verlangen, denken sicher an eine Wiederholung der Schriften, die in den Jahren 1924/25 gratis für die Funktionäre und Parteimitglieder ausgegeben wurden. Unter

normalen Verhältnissen wird der Parteivorstand wieder dazu übergehen, in bestimmten Abschnitten solche Massenschriften herauszugeben. Lehnen Sie aber dann alle Anträge ab, die auf Kürzung der Einnahmen hinzielen. (Zuruf: Semd hat 16 Anträge gestellt! — Heiterkeit.). — Semd ist eine kleine Ortsgruppe im Freistaat Hessen. Aber auch kleine Ortsgruppen sind sehr wichtig als Stützpunkte für die Partei. Semd hat zwar keine Postanstalt, aber eine brave Mitgliedschaft. Wir wollen wünschen, daß die Ortsgruppen nicht nacheiferungssüchtig werden. Ein Glück, daß der Antragsteller von Semd nicht in Leipzig wohnt. (Große Heiterkeit.)

Den Antrag Nr. 34 empfehle ich abzulehnen. Der Parteivorstand tut alles, um die Reichs- und Landtagsabgeordneten in den Bezirken auszutauschen.

Den Antrag Nr. 35, in jedem Ort, wo eine starke Partei besteht, Genossen auf Kosten der Partei in allen Rechtsfragen auszubilden, können wir nicht annehmen; das ist Aufgabe der Bildungsausschüsse.

In Antrag Nr. 36 heißt es: „Sozialistische Pfarrer müssen mit Unterstützung anderer Genossen die Frauenbewegung fördern helfen; denn sie haben den größten Einfluß.“ (Heiterkeit.) Das haben wir in den letzten Jahrzehnten immer erfahren; trotzdem lehnen wir diesen Antrag ab. Wir müssen mit allen denen fertig werden, die mit der Religion Schindluder treiben; aber wir wollen auch nicht unter irgendeinem Deckmantel Parteigenossen zur Gewinnung von Mitgliedern einspannen. Bei uns wirbt nicht der Pfarrer, sondern bei uns wirbt der Sozialdemokrat um die Seelen der Indifferenten.

Den Antrag Nr. 37 empfehle ich dem Parteivorstand zu überweisen. Bei der Aenderung des Strafrechts und der gesetzlichen Bestimmungen im Reich ist es vielleicht notwendig, Material bezirks- oder länderweise zu sammeln.

Antrag 70 aus Stuttgart wünscht die Abonnentenversicherung; der Antrag Nr. 83 die Sterbeversicherung in Verbindung mit der Volksfürsorge; Antrag Nr. 104 dagegen ein Verbot der Sterbekasse. Der Parteitag kann sich mit Einführung oder Verbot einer derartigen Einrichtung nicht befassen, weil es bei uns eine Selbstverwaltung gibt. Was dem einen Bezirk paßt, lehnt der andere ab. Parteiausschuß und Parteivorstand empfehlen, die Einrichtung der Sterbeunterstützungskassen abzulehnen; man muß aber berücksichtigen, daß in einer Anzahl von Bezirken diese Einrichtung besteht. Es gibt Leute, die früher Dinge abgelehnt haben, die sie heute befürworten. Denken wir an die Einrichtung einer Modebeilage für die „Frauenwelt“. Die Kommunisten haben sich darüber früher immer abfällig ausgesprochen; aber heute hat die KPD. schon längst in der „Arbeiter-Illustrierten Zeitung“ eine Modebeilage eingeführt. Eine grundsätzliche Frage liegt nicht vor; die Bezirke mögen selbst entscheiden. Wir empfehlen also die Ablehnung der Anträge Nr. 83 und 104. Ueber die Abonnentenversicherung ist schon wiederholt auf Parteitagen verhandelt worden. Wir haben einige Parteizeitungen, die eine solche Versicherun haben. Die Parteigenossen haben uns erklärt, daß sie weder vor dieser Einrichtung warnen, noch sie befürworten können. Wir wollen dasselbe dazu sagen. Die übergroße Mehrheit des Parteitages ist gegen die Förderung einer solchen Einrichtung. In der Mehrzahl der Fälle bedeutet die Abonnentenversicherung nur einen großen Bluff für die Leser. Auch die Volksfürsorge hat uns erklären lassen, daß sie die Unfallversicherung, überhaupt eine Versicherung im Zusammenhang mit dem Abonnement einer Zeitung, ablehnt.

Der Antrag Nr. 74 aus Leipzig betr. Errichtung einer Geschäftsstelle der Arbeiterbank in Leipzig gehört nicht vor den Parteitag.

Antrag Nr. 76 aus Ruppin betrifft die Mandatsniederlegung bei Ausscheiden aus der Partei und verlangt im Weigerungsfalle eine gerichtliche Entscheidung. Ich bitte, den Antrag wegen dieses letzten Satzes abzulehnen. Wir haben ein Parteigericht, das in Funktion treten wird, wenn Beschlüsse der Parteiorganisation nicht beachtet werden. Aber verfallen Sie nicht in den Fehler der Kommunistischen Partei, die sich eine Blankovollmacht über Niederlegung der Mandate ausstellen ließ. Vielleicht erkundigen sich die Genossen bei unsern Juristen darüber, wie sie zu der Frage stehen. Erfolgt eine Weigerung, dann müssen wir solche Genossen aus der Partei entfernen. Lehnen Sie also den Antrag ab.

Nr. 81 und 82 sind Anträge, für die ich als Kassierer eigentlich mit großer Begeisterung eintreten müßte. Es handelt sich um die Diätenabzüge. Die Frage ist aber doch sehr ernst. Haben Sie wirklich den Glauben, daß die Kassierer so sehr rücksichtsvoll sind und nicht selbst das Nötige tun? In Zeiten der Not hat der Parteivorstand sich über alle Bedenken hinweggesetzt und ohne Statut oder Auftrag gefordert und gleich vorweggenommen. Die Einrichtungen der Fraktion zur Ermöglichung der Arbeit erfordern große Mittel. 20 Prozent, wie hier beantragt werden, werden in den verschiedenen Ländern erhoben. Also ist es nichts Neues. Es gibt Bezirke, die darüber hinaus noch Leistungen verlangen, und den Abgeordneten selbst wird sonst noch allerlei auferlegt durch die Wahrnehmung der Interessen der Wähler. Lehnen Sie bitte die Anträge ab.

Antrag 86 und die damit zusammenhängenden Anträge zum Organisationsstatut zwingen mich, ein Wort zum Statut zu sagen. Wir bitten Sie, alle Anträge auf Aenderung des Parteistatuts abzulehnen. Wenn wir über alle derartigen Anträge entscheiden sollten, müßten die Genossen Gelegenheit haben, vorher zu diesen Dingen Stellung zu nehmen. Es handlt sich hier um das Gesetz der Partei. Die Frage des Eintrittsgeldes ist auf dem Berliner Parteitag 1924 gelöst worden. In der Inflationszeit sind uns die Begriffe durch die Millionen, Milliarden usw. verlorengegangen. Wir haben damals beschlossen, vier Wochenbeiträge als Eintrittsgeld zu erheben. Das ist nicht aufrechtzuerhalten, und wir empfehlen die Annahme des Antrags 86, wobei das Wort „mindestens" eingeschaltet werden müßte. Man kann also darüber hinausgehen, aber wir haben das einheitliche Eintrittsgeld. Der Proletarier, der heute 1 Mark oder 1.25 Mark als Eintritt zu zahlen hat, wird das sehr schwer empfinden. Der Betrag ist oft ein großer Teil seines Einkommens. Nehmen Sie daher diesen Antrag an und lehnen Sie die anderen Anträge ab.

Zu Antrag 89 verweise ich auf das von mir vorher Gesagte.

Die Anträge 90 bis 97 beschäftigen sich mit Fragen des Organisationsstatuts, darunter Stimmrecht der Delegierten auf dem Parteitag und Urwahlen. Urwahlen sind nach dem Parteistatut nicht verboten. Wer also Lust dazu hat und eine recht große Wahlbeteiligung aufbringt, mag sie ruhig einführen. Wir haben eine große Anzahl von Bezirken, die die Urwahlen haben. Auch in Hagen haben wir sie früher gehabt, aber wenn von 5000 Wählern nur 350 oder 400 gewählt haben, haben wir uns geschämt und das Ergebnis nicht bekanntgegeben.

Bei Antrag 98 empfehle ich die Annahme, obgleich ich es für selbstverständlich halte, daß jede Parteiorganisation die Mitgliedsbücher prüft.

Betreffs Antrag 105 werden wir bei der Aenderung des Materials darauf Bedacht nehmen, da wir selbst ein Interesse daran haben, die Dinge zu erfahren.

Bei Antrag 107 wünschen wir die Ablehnung, weil durch den vorherigen Antrag die Angelegenheit erledigt ist. Wir wünschen, daß die Gesamt-

mitgliederzahl angegeben wird, und daß wegen Erwerbslosigkeit kein Mitglied aus den Listen gestrichen wird.

Antrag 108 ist vom Parteivorstand gestellt, und ich empfehle seine Annahme. Die Aenderung des Statuts ist notwendig geworden, weil zwei Bezirke sich geweigert haben, nach längerer Dauer des Ausschlußverfahrens Beisitzer zu ernennen. Wir müssen die Bezirke oder Organisationen, wenn sie Ausschlußverfahren einleiten, zwingen, Beisitzer zu ernennen, wenn der Auszuschließende das Schiedsgericht anruft. Der Ausschluß ist erst die letzte und höchste Strafe für einen Parteigenossen.

Wir haben seit Heidelberg 29 Mitglieder auf Grund des § 28, Absatz 5, ausgeschlossen. Die KPD. hat in einer Sitzung mehr Ausschlüsse. Der Parteivorstand hat niemals einen Ausschluß vorgenommen, ohne vorher zu prüfen, ob nicht doch das ordentliche Verfahren geeigneter sei. Der § 28, Absatz 5, soll eine scharfe Waffe bleiben, und darf deshalb nur selten benutzt werden.

Zu den Anträgen 66, 67 und 106 möchte ich folgendes sagen: Antrag 66 ist von einer Reihe von Orten gestellt. Es gibt in Deutschland, neben den gewerkschaftlichen Organisationen, einen Reichsausschuß der in den sozialdemokratischen Parteibetrieben beschäftigten Arbeiter. Es wird von diesem Reichsausschuß Material über Gehälter, Löhne, Ferien usw. zusammengetragen. Ich habe noch nicht gehört, daß solche Nebenorganisationen in Hugenbergschen Unternehmungen oder bei anderen Parteien bestehen. Ist das der Fall, dann will ich über die Notwendigkeit dieser Organisation schweigen.

Der Reichsausschuß hat an die Delegierten des Parteitages — (die Adressen der Mitglieder des Parteivorstandes hat er wohl nicht ermitteln können) — eine Broschüre mit Zusammenstellungen geschickt. Das Material darin ist fast durchweg unrichtig, wovon in jedem Falle der Beweis erbracht werden kann. Abgesehen von kleinen Differenzen, die bei 6900 Beschäftigten leicht entstehen können, besteht ein gutes Verhältnis zu sämtlichen beschäftigten Arbeitern, worauf wir jederzeit besonderen Wert legen.

Nach der Zusammenstellung, die der Parteivorstand machen ließ, sind bei uns durchweg übertarifliche Bezahlungen vorhanden. Bei den Handsetzern ist eine übertarifliche Bezahlung bis 57 Prozent, bei Metteuren bis 90 Prozent, bei Druckern bis 64 Prozent, bei Rotationsdruckern bis 70 Prozent usw. zu verzeichnen. (Zuruf.) Daß Sie die Frage stellen, beweist nur, daß Sie sicher aus einem Bezirk sind, in dem ein Geschäft vorhanden ist, das keine besonderen Leistungen machen kann. Von Neunzehntel der Betriebe werden Ferien über die Bestimmungen des Tarifes gewährt, Zuschüsse zu Ferien werden von 32 Betrieben bezahlt, Krankengeldzuschüsse von den meisten Betrieben. Die Einrichtung der Fürsorgekasse habe ich geschildert, die Höchstsumme ist 90 Mark pro Monat, wenn ein Genosse bei uns beschäftigt war und arbeitsunfähig wurde. Allerdings: Parteivorstand und Geschäftsführer haben es abgelehnt, für Indifferente Aufwendungen ohne Beiträge zu machen. Außerdem sind noch in 22 Betrieben Extrabeihilfen vorhanden. Sämtliche Sozialbeiträge werden in 69 Betrieben gezahlt. Der Parteivorstand bezahlt allerdings für die von ihm beschäftigten Angestellten einschließlich der Bezirkssekretäre von den Sozialbeiträgen nur den gesetzlichen Teil. Wir halten es für nötig, daß anständige Löhne und Gehälter gezahlt werden. Der Antrag 66 und 67 ist vervielfältigt und an sehr viele Orte geschickt, und von etwa 11 angenommen worden. Er verlangt erstens Vertretung der Personale in der Konzentration. Der Parteivorstand lehnt diese Forderung ab. Die Konzentration ist ein Teil des Parteivorstandes, und wir können nicht zugeben, daß die Personale nur durch die Tatsache der Beschäftigung in einem Betriebe

in der Konzentration, also einer Abteilung des Parteivorstandes, vertreten sind. Die Konzentration ist kein selbständiges Geschäft, sondern die juristische Form für die Geschäfte, die früher der Parteivorstand allein auszuführen hatte. Der Parteivorstand hatte bereits früher vier Revisoren für die Parteigeschäfte angestellt. Also Ablehnung zu Ziffer 1.

Der zweite Punkt des Antrages verlangt, daß die Personale in der Fürsorgekasse vertreten sind. Wir lehnen auch das ab und empfehlen die mit den Gewerkschaften gefundene Formulierung, daß zwei Genossen aus dem Kreise der Versicherten in den Verwaltungsrat von den versicherten Parteigenossen gewählt werden, nicht von den Personalen der Gesamtheit, denn diese Fürsorgeeinrichtung ist nur für die Parteigenossen geschaffen.

Die gewerkschaftliche Organisation muß natürlich darauf bestehen, daß arbeitslose Mitglieder in einem technischen Betriebe eingestellt werden, gleichviel, ob sie Parteimitglieder sind oder nicht. Früher wurden nur Parteigenossen eingestellt. Wir betrachten Absatz 2 dadurch, daß zwei Parteigenossen von den Versicherten aus einem engeren Bezirk gewählt werden, als erledigt.

Ziffer 3 der Anträge 66 und 67 enthält eine Forderung, die nach unserer Kenntnis überall erfüllt ist. Wenn Differenzen vorhanden sind, wenden Sie sich an den Parteivorstand, der dafür eintreten wird, daß sie beseitigt werden. Es gibt zum Beispiel einen Betrieb, der eine Sondernummer herausgeben wollte. Bestimmte Gruppen aus einer Sparte des beschäftigten Personals sollten sich dienstbereit halten, falls etwas eintreten sollte. Ihnen wurden 4 Mark zugesichert. Die Betreffenden haben über 7 Mark gefordert und es abgelehnt, für 4 Mark bereitzustehen, und das zur selben Zeit, wo Dutzende von Genossen und Reichsbannerleuten die Häuser des Betriebes von morgens bis in die späte Nacht unentgeltlich vor eventuellen Angriffen schützten.

Die obengenannten Beschäftigten haben leider vergessen, daß es ein Arbeiterbetrieb ist. (Sehr richtig!) Das Verlangen vieler Arbeiter, in einen solchen Betrieb zu kommen, ist manchmal größer als ihre Zuverlässigkeit. Hoffentlich werden sich solche Erscheinungen nicht wiederholen.

Zu Antrag 106 bitte ich die Leipziger Genossen, den Antrag zurückzuziehen. Wir müßten sonst eine Einschränkung sämtlicher Ausgaben vornehmen. Der Parteivorstand hat vor und nach dem Kriege Hunderttausende von Mark in die Betriebe zu ihrem Ausbau gesteckt. Für Sanierungen sind allein in den letzten zwei Jahren 637 000 Mark ausgegeben worden. Das waren Einnahmen, die die Parteigeschäfte aufgebracht haben.

Früher war es so, daß Hamburg, Berlin und andere große Geschäfte dem Parteivorstand die Mittel geliefert haben, aber das hat sich durch die Entwicklung geändert. Es mußte also nach einer regelmäßigen Einnahmequelle gesucht werden. Ich sagte, daß 1.4 Millionen Gewinn zu verzeichnen waren. Aber schon in Heidelberg sagte ich, daß der Gewinn am Jahresschluß nicht immer vorhanden ist. Bilanzmäßig ist er da, während die Ablieferung für Werbearbeit der Partei monatlich einkalkuliert werden kann. Ich kann feststellen, daß mit Ausnahme von den Betrieben, die dazu nicht imstande sind, alle Betriebe ihre Leistungen gegenüber dem Parteivorstand im vorigen Jahre erfüllt haben. Die Hälfte der Beiträge erhält die Konzentration, die Hälfte die Partei. Wir haben dadurch 450 000 Mark Einnahme, um die Werbearbeit draußen zu unterstützen. Wenn man vom Reingewinn wieder 20 Prozent nehmen würde wie früher, hätten wir nur 240 000 Mark gehabt. Dann wäre aber eine Reihe von Betrieben zusammengebrochen.

Wenn es vorkommt, daß Betriebe gefährdet werden, tritt der Parteivorstand ein. 637 000 Mark hat er dafür aufgewandt. Der Parteivorstand stellt nicht nur den Arzt, den Revisor, den Direktor der Konzentration, sondern

der Doktor bringt gleich die Arznei mit: die Bankanweisung. Es ist uns manchmal schwer geworden, die Gelder aufzubringen, und wir mußten das Geld erst leihen. Aber es war doch möglich, durch die regulären Einnahmen die Gelder nachher zurückzuzahlen. Durch die Geschäftsführung nach kaufmännischen Gesichtspunkten wollen wir solche Dinge in Zukunft vermeiden, so daß die Ausgaben zu Sanierungen in Zukunft gestrichen werden. Aber vorläufig haben wir noch damit zu rechnen. Wenn Parteibetriebe Geld leihen wollen, bekommen sie es von keiner Bank oder Sparkasse mit Parteigruß. Früher hat der Parteivorstand die Gelder mit Parteigruß ausgeliehen. In geschäftlicher Beziehung gibt es das nicht mehr, da heißt es nicht „mit Parteigruß", sondern mit „Zinsfuß". (Heiterkeit.) Der Parteivorstand verleiht das Geld zu einem niedrigeren Zinsfuß. Neben den Sanierungen konnten wir Mittel zum Ausbau der Betriebe aufwenden, und zwar 930 000 Mark in den letzten 1½ Jahren an zahlreiche Städte. Ich teile dies öffentlich mit, weil wir stolz darauf sind, daß die Errichtung einer eigenen Druckerei in Karlsruhe möglich war. Die Genossen werden bestätigen, daß eine Aenderung der Grundstücksverhältnisse in Stuttgart notwendig war, und es endlich möglich gewesen ist, in Düsseldorf ein Grundstück zu erwerben, um eine große moderne Druckerei zu errichten. Das war möglich durch die Verwendung der Mittel der Gesamtpartei für den Erwerb dieser Grundstücke. Neue Druckereien sind ferner entstanden in Landsberg, Frankfurt a. d. O., Finsterwalde und in Elbing-Ostpreußen. Durch die Verwendung der Mittel kommen wir in den Bezirken in den Besitz eigener Druckereien, die solche Einrichtungen nicht aus eigener Kraft schaffen können. Ich nenne Königsberg und Danzig, Orte, in die die Partei früher viel Geld gesteckt hat. Mit Freude können wir heute sagen, daß diese zum Ausbau und Errichtung von Druckereien verwandten Mittel nicht nur verzinst, sondern auch nach und nach zurückgezahlt werden. Das muß natürlich in allen Orten geschehen. Ich bitte die Leipziger Genossen dringend, sich das nochmals zu überlegen. Es müßte doch mit dem Teufel zugehen, wenn diese alten Organisationshengste in Leipzig nicht auch einsehen sollten: das geht nicht, daß wir einen so widerspruchsvollen Antrag einbringen; wir müssen der Partei die Mittel zuführen. Wir brauchen in Deutschland zurzeit, abgesehen von einzelnen Bezirken, keine neuen Druckereien. Wir brauchen mehr Zeitungen, um an größere Massen heranzukommen und neue Leser zu gewinnen. Deshalb beachten Sie das von mir Gesagte! Wir werden dann im nächsten Berichtsjahr über bessere Ergebnisse berichten können.

(Pause.)

Nachmittagssitzung

Vors. **Eggerstedt:** Zur Ergänzung des Berichtes erteile ich das Wort dem Genossen Heinrich Schulz über die sozialistische Kulturpolitik.

Heinrich **Schulz,** Berlin: Aehnlich wie auf dem vorigen Parteitag liegen auch auf diesem Parteitag sehr wenige Anträge aus dem Gebiet der kulturellen Aufgaben vor; besonders, wenn die wenigen Anträge, die sich mit der Reichsschulgesetzgebung beschäftigen, zweckmäßigerweise dem parlamentarischen Bericht zugewiesen werden. Wie auf dem vorigen Parteitag, läge deshalb auch heute die Frage nahe, ob diese Tatsache etwa ein mangelndes Interesse für solche Aufgaben offenbart. Aber in diesem Jahre kann man mit noch größerem Recht als in Heidelberg solche Frage verneinen. Eher ist eine gegenteilige Schlußfolgerung berechtigt, weil inzwischen neue Wege für die kulturelle Betätigung der modernen Arbeiterbewegung gebahnt und mit Erfolg beschritten worden

sind. In zahlreichen Besprechungen und Konferenzen kultureller Art werden die hierher gehörigen technischen Fragen erledigt, sie brauchen deshalb den Parteitag nicht zu beschäftigen.

Es ist inzwischen der Sozialistische Kulturbund geschaffen worden. Von der Absicht seiner Gründung konnte ich schon in Heidelberg Mitteilung machen. Er ist keine neue selbständige Organisation, sondern eine Zusammenfassung, eine Art Dachorganisation oder Arbeitsgemeinschaft der maßgeblichen sozialistischen Spitzenverbände mit vorzugsweise kulturellen Aufgaben. Was auf der Leipziger Kulturtagung 1924 gewünscht wurde, hat sich inzwischen verwirklicht. Neben der politischen und wirtschaftlichen Vertretung der Arbeiter gibt es auch eine besondere Vertretung für ihre kulturellen Aufgaben. Mitbestimmend ist dabei der Wunsch gewesen, das viele verwirrende Vielerlei und Durcheinander auf diesem Gebiete in geregelte Bahnen zu bringen.

Den Kern des sozialistischen Kulturbundes bilden fünf Organisationen, von denen zwei bereits 20 Jahre und länger bestehen: der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, der ehemalige Zentralbildungsausschuß, und die Sozialistische Arbeiterjugend. Der Reichsausschuß hat satzungsgemäß die Führung. Hinzu kommen Arbeiterwohlfahrt, die sozialistische Lehrerbewegung und die Kinderfreundebewegung. Dieser engere Kern des sozialistischen Kulturbundes steht in ständiger enger Verbindung mit anderen großen Organisationen, deren Arbeit ausschließlich oder doch wesentlich auf dem Gebiet der Kulturpolitik liegen, nämlich die Gewerkschaften, die Arbeitersänger, die Arbeitersportbewegung und die Volksbühnenbewegung. Außerdem arbeitet er selbstverständlich in guter Fühlung mit mannigfachen kulturellen Organisationen anderer Art. Eine Erweiterung über diese Form hinaus haben wir vorläufig noch, entgegen bestimmter an uns gestellter Anträge, abgelehnt. Wir wollen vermeiden, daß nur um der Form willen wieder eine neue Organisation, die auf Mehrheitsbeschlüsse angewiesen ist, aufgezogen wird. Das würde zu einer Quantität in organisatorischer Beziehung führen, die auf längere Zeit hinaus gewiß noch nicht in Qualität umschlagen würde. Es würde die kulturelle Bewegung des Sozialismus wohl verbreitern, aber auch verwässern, während die Hauptsache bis auf weiteres Verinnerlichung, Vertiefung, Schaffung eines sozialistischen Kulturbewußtseins sein muß.

Ein Wort über die Arbeitsmethode des Sozialistischen Kulturbundes! Die Arbeit verrichtet im wesentlichen ein engerer Kulturausschuß, der in Berlin, auch in seinen einzelnen Mitgliedern, beheimatet ist. Er tritt nach Bedarf zu Sitzungen zusammen, um über wichtige Fragen eine Verständigung herbeizuführen. In den letzten Sitzungen verrichteten wir, durch die Zeitumstände gezwungen, mehr Abwehrarbeit negativer Art, indem wir uns die Bekämpfung des Gesetzes zur Bekämpfung von Schmutz und Schund und des Gesetzes zum Schutze der Jugend bei Lustbarkeiten als besondere Aufgabe setzten. Leider ist es nicht gelungen, zu verhindern, daß beide Vorlagen Gesetzeskraft erlangt haben. Aber es ist doch auf Initiative des Sozialistischen Kulturbundes eine sehr starke Protestbewegung hervorgerufen worden, die sich nicht nur auf die sozialistische Organisation beschränkt hat, sondern unter Führung des Sozialistischen Kulturbundes sind eine Reihe anderer Verbände literarischer, kultureller und sonstiger Art mit in diese Protestbewegung hineingezogen worden.

Die wichtigste bevorstehende Aufgabe ähnlicher Art wird die Aufrüttelung der Arbeiter gegenüber den Reichsschulgesetzplänen sein müssen, wobei sich der Kulturbund auf die kulturelle Seite beschränken und der Partei und Fraktion für ihre politischen Erwägungen und Entscheidungen nicht vorgreifen wird. Darüber aber werden wir beim parlamentarischen Bericht zu sprechen haben.

Als positive Aufgaben hat der Sozialistische Kulturbund neben anderen die Fragen des Filmwesens und ganz besonders die noch aktuelleren und dringlicheren Angelegenheiten des Rundfunks in die Hand genommen. Durch die wunderbare technische Errungenschaft des Rundfunks kann eine unabsehbare und starke Wirkung auf die weitesten Kreise ausgeübt werden. Die kulturellen Organisationen der Arbeiter müssen sich dieser wichtigen Aufgabe zuwenden und die Sender und Ueberwachungsausschüsse in unserm Sinn zu beeinflussen suchen.

Aus den Kreisen der angeschlossenen Verbände kommen Anregungen, so jüngst aus dem Kreis der Arbeitersänger, denen nähergetreten werden soll. Nach der Verständigung über solche Fragen im engeren Ausschuß werden die angeschlossenen Verbände informiert und zur Unterstützung der vereinbarten Aktion mobil gemacht.

Außerdem veranstaltet der Sozialistische Kulturbund von Zeit zu Zeit Tagungen. Die erste Tagung in Blankenburg in Thüringen im vorigen Herbst hatte die Aufgabe, die allgemeinen Richtlinien für unsere Arbeit aufzustellen. Später werden wir nicht mehr eine so reichhaltige Tagesordnung vorsehen, sondern bestimmte wichtige Fragen in den Mittelpunkt rücken und sie von verschiedenen Gesichtspunkten aus beleuchten.

In die inneren Angelegenheiten der angeschlossenen Verbände mischt sich der Kulturbund nicht hinein. Diese behalten ihre volle Autonomie. Es handelt sich nur um eine bessere Regelung gemeinsamer Angelegenheiten durch gemeinsame Verständigung.

Der örtliche Niederschlag der neuen kulturellen Bewegung sind die Kulturkartelle, die bereits in einer großen Reihe von Städten in ähnlicher Weise arbeiten.

So sind, wie Sie sehen, für die sozialistische Kulturpolitik Organe aller Art zur Verständigung und Kontrolle vorhanden, so daß sich der Parteitag mit diesen Dingen nicht zu beschäftigen braucht. Andererseits steht die gesamte Arbeit des Sozialistischen Kulturbundes selbstverständlich grundsätzlich dem Parteitag zur Prüfung und Beurteilung offen. Denn auf die innere Verbundenheit mit der Partei legen wir das größte Gewicht, und unsere Angelegenheiten ordnen wir den allgemeinen und höheren Aufgaben der Gesamtbewegung unter.

Zu den einzelnen Aufgaben und Organisationen möchte ich mich hier nicht äußern, ich habe das in Heidelberg getan. Außerdem liegen gedruckte Berichte über das Bildungswesen, die Jugendbewegung, die Arbeit der sozialdemokratischen Lehrer, über die in besonders erfreulichem Aufstieg begriffene Kinderfreundebewegung, deren praktische Betätigung wir gerade gestern in Kiel beobachten konnten, vor. Ich möchte nur bemerken, daß in allen erwähnten Organisationen Leben und Bewegung herrscht, und überall eine große Arbeitsfreudigkeit und ein frisches Vorwärtsmarschieren zu verzeichnen ist.

Genosse Ludwig hat schon auf die materiellen Schwierigkeiten des Antrags Hamburg über die Errichtung einer Reichsparteischule hingewiesen. Ich möchte dazu noch ausdrücklich bemerken, daß Parteivorstand und Parteiausschuß einer solchen Anregung an sich sympathisch gegenüberstehen und gerade deshalb gebeten haben, den Antrag dem Parteivorstand zu überweisen. Eine alsbaldige Verwirklichung ist allerdings nicht möglich. Aber diese Ueberweisung soll auch kein Begräbnis erster Klasse sein. Wenn jemand den Wert der verflossenen Parteischule anerkennt, so bin ich es, der ich mit großer Freude an die achtjährige Tätigkeit an ihr zurückdenke. Ich höre gelegentlich im vertrauten Kreis einmal ein zartes kritisches Wort über die frühere Parteischule. Aber ich weiß, daß es nicht so bös gemeint ist. Außerdem habe ich in der

Regel gegenüber solchen freundlichen Bemerkungen eine ganze Reihe von Zeugen und Helfershelfern zur Verfügung. Würde etwa auf dem Parteitag eine solche Kritik erfolgen, so habe ich schon aus den Listen feststellen können, daß ungefähr 20 ehemalige Parteischüler hier anwesend sind, die nach meiner Ueberzeugung wie ein Mann für die Parteischule eintreten würden. Ich habe noch keinen ehemaligen Parteischüler, ganz gleich in welcher Funktion, ganz gleich, ob er links oder rechts steht, oder ob er zur USP. gehört hat, gefunden, der nicht mit Liebe und Dankbarkeit an das halbe Jahr seiner Parteischulvergangenheit zurückdenkt. (Sehr richtig!) Insgesamt sind nur 200 Parteiangehörige durch die 7 Jahrgänge der Parteischule gegangen. Inzwischen ist eine Reihe von ihnen gestorben, andere im Felde gefallen, eine Reihe ist auch ganz nach links abgeschwirrt — nach rechts glaube ich nicht. Wenn trotzdem noch 20 auf dem Parteitag anwesend sind, so scheint mir das ein erfreulicher Prozentsatz zu sein. Im Parteivorstand ist die Parteischule durch ein Mitglied vertreten, durch mehrere im Vorstand des ADGB. An der Spitze großer Gewerkschaften stehen ehemalige Parteischüler, wichtige Stellen in Staat und Gemeinden sind ihnen anvertraut. Mehr als einmal ist mir von ehemaligen Parteischülern unaufgefordert gesagt worden, daß ihnen die Parteischule für ihre spätere Tätigkeit in der Arbeiterbewegung oder im öffentlichen Leben eine wertvolle Hilfe und Stärkung gewesen ist. Aber immerhin, die Gründe des Genossen Ludwig sind bis auf weiteres unüberwindlich. Bis dahin, bis wieder eine Parteischule im früheren Stil oder in einem verbesserten Stil möglich ist, wollen wir die zahlreichen Bildungseinrichtungen benutzen, die es überall in Deutschland gibt, die Wanderkurse, die örtlichen Kurse, vor allem die freie sozialistische Hochschule in Berlin. Eigentlich müßten Genossen, die einmal in die Parteischule der Zukunft hineinwollen, durch alle vorbereitenden Bildungseinrichtungen hindurchgegangen sein.

Zur Erhöhung der Altersgrenze der Jugendlichen will ich vom Standpunkt der Jugendlichen, die diese Anregung an Parteivorstand und Parteiausschuß gebracht haben, sagen, daß der Zeitabschnitt vom 14. bis zum 18. Lebensjahr zu kurz ist. Er übersieht die wichtige Zäsur im jugendlichen Alter, die ungefähr im 17. Lebensjahre liegt. Die Jugendlichen vom 14. bis 17. Jahr sind innerlich anders geartet als die älteren. Für die wichtige Aufgabe der Erziehung der älteren Hälfte der Jugendlichen steht heute nur ein Jahr zur Verfügung, das nicht genügen kann. Während sich die jüngere Generation mehr der Freude darüber hingibt, daß sie endlich von der Schule frei ist, während sie sich dem neuartigen Reiz der freiwilligen unmittelbaren Kameradschaft hingibt, der Freude am Wandern, Singen und Tanzen, verzichtet der ältere Teil der Jugend zwar auch nicht auf diese Freuden, bei ihm steht aber die geistige Besinnung im Vordergrund, das Grübeln nach dem Sinn des Lebens, die Suche nach der Persönlichkeit und vor allem auch nach der politischen Ueberzeugung. Die Lösung dieser wichtigen Aufgaben kann die Jugendbewegung besser erfüllen, wenn sie dafür drei Jahre zur Verfügung hat, anstatt wie bisher nur ein Jahr, auf das außerdem zwei Jahre folgten, die eine Lücke in der Erziehungsarbeit darstellten. Ueber die selbstverständliche Verpflichtung, daß mit dem 18. Jahr jeder innerlich sozialistisch überzeugte Jugendliche auch in die Parteiorganisation eintritt, brauche ich nicht zu sprechen.

Wenn Sie der Neuregelung zustimmen, erwächst für die Partei um so mehr die Aufgabe, für die jungen Arbeiter, die von der Jugendbewegung zur Partei übertreten, geeignete Einrichtungen zu schaffen, die ihrer Art gemäß sind. Das soll nicht heißen, daß die Jugendlichen nicht auch an der mehr körperliche Bewegung erfordernden Art der Agitation teilzunehmen hätten.

Im Gegenteil, sie haben junge Beine und sollen treppauf und treppab laufen. Aber darüber hinaus muß die Parteiorganisation Einrichtungen schaffen, die die Seele des Jugendlichen ergreifen, und sie mit Begeisterung erfüllen. Das wird hauptsächlich Sache der Bildungsausschüsse sein. Begeisterung ist notwendig! Mit welcher Begeisterung haben wir Aelteren uns seinerzeit der Partei angeschlossen! Damals war das Bekenntnis zur Sozialdemokratie noch mehr oder weniger ein Opfer, forderte manches Märtyrertum. Heute ist es nicht mehr so, heute wächst die Jugend in die starke Sozialdemokratie als in etwas Selbstverständliches hinein. Die Vorkriegszeit und ihre Schwierigkeiten klingen unserer heutigen Jugend beinahe so, wie uns die Geschichte der Märzrevolution. Deshalb muß für die junge Generation das Weltanschauliche, das Begeisternde im Sozialismus mehr in den Vordergrund gerückt werden. Nach wie vor bietet die Theorie, die Weltanschauung des Sozialismus eine unerschöpfliche Quelle der Anregung und Begeisterung.

Das Jugendproblem ist das Problem der Zeit. Alle Welt hat begriffen, was wir bisher schon erkannt und befolgt hatten: wer die Jugend hat, hat die Zukunft! Insbesondere ist aber das Jugendproblem das Problem einer Partei, die eine Partei der Zukunft sein will und ist. Nur vom Nachwuchs, nicht mehr durch die Bekehrung einzelner Alter, ist der letzte schwerste Rest von Stimmen zu Erlangung einer sozialistischen Mehrheit, worüber gestern mehrfach gesprochen worden ist, zu erwarten. Darum kann die Erziehung der Jungen nicht eine Sonderaufgabe von Jungsozialisten sein, sondern es muß die schönste und wichtigste Aufgabe für die gesamte Partei sein, möglichst viele der Jungen zu jungen Sozialisten zu machen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Marie **Juchacz**, Berlin: Genossen und Genossinnen; Ich bitte Sie, auch dem Bericht über die Frauenbewegung, der schriftlich an Sie ergangen ist, einige Aufmerksamkeit zu widmen. In Heidelberg habe ich meinen Bericht über die Frauenbewegung sehr kritisch gestalten müssen. Es ist nicht leicht, ein Bild der Frauenbewegung zu bekommen; das liegt in der Eigenart unserer Organisation. Wir haben wohl eine **Frauenbewegung** innerhalb der Partei, aber keine eigentliche Frauen**organisation.** Dies zur Erklärung dafür, daß ich an dieser Stelle die Bitte ausspreche, dem Frauenbureau im Parteivorstand nicht immer wieder die Berichterstattung so schwer zu machen, wie es sich bisher von Jahr zu Jahr wiederholt hat. Gewiß, ein zahlenmäßiger Bericht läßt sich sehr bald erbringen; aber in einem Bericht soll sich auch die Lebendigkeit der Bewegung widerspiegeln. Bei der Art unserer Organisationsform sind wir (in der Berichterstattung) sowohl auf den guten Willen der Angehörigen unseres Organisationsapparats wie auf die Aktivität der Frauen angewiesen, die als Vertrauenspersonen arbeiten. Hier muß ein noch besseres Handinhandarbeiten erfolgen, damit wir zu einer müheloseren Berichterstattung kommen.

In diesem Jahr ist es möglich gewesen, einen optimistischeren Bericht über die Frauenbewegung zu geben. Tatsächlich läßt sich feststellen, daß die Frauenbewegung aktiver geworden ist, daß die Veranstaltungen, die von der Partei unter Mitarbeit der Frauen getroffen worden sind, vielseitiger waren als jemals. Genosse Ludwig hat schon sehr richtig darauf hingewiesen, daß wir bisher keine eigentlich normale Zeit gehabt haben. Durch den Mangel an Mitteln, aber auch durch die Inanspruchnahme der Kräfte für Dinge, die sich aus der Abnormität der Zeit entwickelten, hat die Frauenbewegung sehr gelitten. Ich bitte Sie, sich einmal die tabellarische Zusammenstellung im „Jahrbuch" oder in der „Genossin" anzusehen, die Ihnen ein recht gutes Bild über die Frauenbewegung der letzten 1¾ Jahre gibt. Es ist notwendig, daß man die Frauen, die man durch die Agitation erfaßt hat, auch sozialistisch bildet,

daß man aus den sympathisierenden Frauen **Mitarbeiterinnen** für den Sozialismus bekommt. Die Frauenbewegung ist heute ein sehr starker Bestandteil der Gesamtpartei; sie muß aber noch viel stärker und aktiver werden. Das ist das Geheimnis jeder Organisationsarbeit, daß man die aus den Kreisen der sympathisierenden Arbeiterschaft gewonnenen Kräfte für den Sozialismus aktiviert, so daß in jedem einzelnen das Bewußtsein entsteht, daß er als Mitglied der Gesamtpartei für die Bewegung etwas Nützliches leisten kann. Ich hoffe, daß die Frauenbewegung mit dem guten Willen und der Einsicht unserer männlichen führenden Genossen in den Bezirken und Orten stetig weitergefördert wird. Auch wenn wir uns diesen Parteitag ansehen, können wir feststellen, daß die Zahl der teilnehmenden Genossinnen gegen früher eine größere geworden ist. Aber sie müßte noch größer sein; sie entspricht **noch nicht** dem zahlenmäßigen Zustand der Bewegung.

Im Zusammenhang damit gestatten Sie mir einen kurzen Hinweis auf den Antrag, den der Gen. Ludwig schon zur Ablehnung empfohlen hat. Ich möchte die anwesenden Vertreter darum ersuchen, künftig — und nicht nur anläßlich der Parteitagswahlen —, sondern bei allen Gelegenheiten darauf zu achten, daß das Parteistatut richtig zur Anwendung kommt. Auch das gehört zur Aktivierung der Frauen. Es ist notwendig, daß die Frauen gemäß ihrer tatsächlichen Mitgliederzahl — wie es das Organisationsstatut will — an allen Arbeiten der Partei — und dazu gehören auch die Vertretungen der verschiedensten Art — beteiligt werden.

Einige Worte zu einer der Nebenorganisationen, von denen der Gen. Wels gesprochen hat, nämlich zur Arbeiterwohlfahrt. Wir müssen selbstverständlich darauf achten, daß wir aus der Notwendigkeit zur besonderen kulturellen und sozialen Arbeit nicht zu einer unfruchtbaren und zeitraubenden Ueberorganisation kommen. Gen. Wels hat darauf mit vollem Recht hingewiesen. Er hat aber ebenso richtig anerkannt, daß heute viele unserer Organisationen deshalb eine unbedingte Notwendigkeit sind, einfach deshalb, weil wir durch die Partei selbst nicht alle kulturellen und sozialen Forderungen erfüllen können. Eine solche Rolle spielt auch die Arbeiterwohlfahrt innerhalb der Arbeiterbewegung. Es ist so, daß wir heute die Arbeiterwohlfahrt nicht mehr abblasen könnten, wie es mir einstmals zu einer Zeit empfohlen wurde, als man noch nicht sehen konnte, was aus dieser Neugründung einmal werden würde. Heute ist sie eine große und — mit wenigen Ausnahmen — von der gesamten Parteigenossenschaft als notwendig anerkannte Organisation. Ich freue mich darüber, daß auch die Arbeiterwohlfahrt dazu beigetragen hat, einen großen Teil unserer bisher brachliegenden Frauenkräfte in den sozialen Dienst einzuspannen und sie bei dieser Arbeit mit dem Bewußtsein und der Befriedigung zu erfüllen, die ihnen nur die Arbeitsmöglichkeit im Dienste der Allgemeinheit, im besonderen aber auch im Dienste der Partei und des Sozialismus geben kann. Darauf ist ganz sicherlich das Anwachsen der Frauenbewegung zum guten Teil zurückzuführen.

Seit dem Internationalen Kongreß in Hamburg können wir die Internationale Frauenbewegung, soweit sie innerhalb der organisierten Arbeiterschaft vorhanden ist, viel stärker beobachten. Bekanntlich hat sich damals ein fünfgliedriges internationales Komitee von Frauen gebildet. Allein durch die Korrespondenz dieser Genossinnen und durch Fragebogen mit Hilfe des internationalen Bureaus ist es möglich gewesen, über die Internationale Frauenbewegung einen Ueberblick zu bekommen und sie dauernd zu verfolgen. Als wir uns in Marseille versammelten, konnte berichtet werden, daß die dort anwesenden Genossinnen zirka 800 000 organisierte Frauen aus den verschiedensten Ländern vertraten. Eine Erhebung vom Juni 1925 bestätigte die damalige Zusammenstellung; die Zahl der Genossinnen aus den angeschlossenen Ländern hatte sich aber inzwischen um 100 000 erhöht. Dänemark steht heute mit 32 Prozent zur gesamten Mitgliederziffer an erster Stelle. Es folgen Oesterreich mit 29,7 Prozent, die deutsche Partei in der Tschecho-Slowakei mit 28,7, Belgien mit 25,8 Prozent, Finnland mit 24,8 Prozent, Holland mit 24,5 Prozent, Palästina mit 22,7 Prozent, Ungarn mit 21 Prozent, und dann erst kommt Deutschland mit 17,4 Prozent. Das war 1925. Heute sind wir auf 20 Prozent angewachsen. Wir müssen aber unsere Aufmerksamkeit darauf richten, die Zahl der organisierten Frauen in Deutschland ganz bedeutend zu vergrößern. Das ist sich **die deutsche Partei** unter allen Umständen schuldig. (Zustimmung.) Wir, die Sozialdemokratie, die der weiblichen Wählerschaft ihr Staatsbürgerrecht gegeben haben, müssen auch dafür sorgen, daß diese weibliche Wählerschaft, soweit sie dem Proletariat angehört, zu uns kommt.

Es handelt sich für uns um die Frage: wie kommen wir mit unseren Agitationsmöglichkeiten an die berufstätigen Frauen heran? Dafür läßt sich kein allgemeines Rezept aufstellen, weil die Verhältnisse in den verschiedensten Gebieten nach der industriellen oder sonstigen volkswirtschaftlichen Gliederung sehr verschieden sind. Diese Frage muß aber unter allen Umständeen gelöst werden; denn es geht doch sicherlich gegen das Gefühl einer großen Reihe von Genossen, wenn sie sehen, daß es weibliche Angehörige des Proletariats jugendlichen Alters gibt, die in den Warenhäusern, in den Fabriken tätig sind, die die Bureaus bevölkern, aber gar nicht daran denken, sich politisch zu organisieren. Ich freue mich selbstverständlich über unsere schöne Jugendbewegung; aber sie umfaßt nicht die Gesamtheit des deutschen Proletariats. Es gilt heute für uns, über die durch die Jugendbewegung erfaßten jungen Menschen auch an die berufstätigen jungen Menschen heranzukommen, die von der Jugendbewegung aus hier von mir nicht zu erörternden Gründen nicht erfaßt werden können; das ist namentlich in bezug auf das weibliche junge Proletariat für uns eine Notwendigkeit. — Die zweite Frage ist die Schulung der gewonnenen Kräfte, von denen ich vorhin schon gesprochen habe. Es gibt da eine ganze Reihe von Möglichkeiten, die in den einzelnen Bezirken und Orten immer wieder aufs neue sorgfältig durchdacht und dann zur Anwendung gebracht werden müssen.

Es ist auch nicht richtig, wenn man z. B. über eine Art von Agitationsveranstaltungen abfällig spricht, wenn man z. B. die Frauenfeierstunden und die Frauenweltabende öffentlich polemisch und höhnisch beurteilt. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß man das eine tun soll und das andere nicht zu lassen braucht. (Lebhafte Zustimmung.) Lassen Sie den Frauen Bewegungsfreiheit in der Agitation. Lachen Sie nicht darüber und bezeichnen Sie die Veranstaltungen nicht als Kaffeeklatsch. Es muß bei allem nur immer die gute, verständige Führung vorhanden sein. Und — wenn ich zwischen manchem Bierabend und manchem Kaffeeklatsch einen Vergleich ziehe, dann kommt der Kaffeeklatsch oft bedeutend besser weg. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Ich bitte, mich aber nicht mißzuverstehen. Ich will damit nur sagen, daß viele Wege nach Rom führen (Sehr richtig!), und daß wir klug alles zur Anwendung bringen sollen, was uns ein richtiger Weg zur Gewinnung der Frauen zu sein scheint. Wir haben gar keine Veranlassung, uns nun etwas darauf einzubilden, daß eine Schicht von Männern und Frauen schon etwas mehr von der sozialistischen Gedankenwelt erfaßt hat, und nun aus einer bornierten Einstellung heraus zu glauben, wir müßten alles mit dem Klassenbewußtsein, mit dem Marxismus erfassen. Das können wir erst dann tun, wenn wir die Menschen haben und mit ihnen in Kontakt gekommen sind. (Lebhafte Zustimmung.) Wir müßten schlechte Parteigenossen und Parteigenossinnen sein, die es dann

nicht verstehen, das einmal Angefangene weiterzuführen, aus den gewonnenen Frauen auch wirkliche Sozialdemokratinnen zu machen. (Lebhafter Beifall.)

Den Bericht der Kontrollkommission erstattet

Friedrich **Brühne**, Frankfurt a. M.: Parteigenossinnen und -Genossen! Die Kontrollkommission hat sich seit dem Heidelberger Parteitage mit zwei Beschwerden gegen den Parteivorstand befaßt. Gen. Eckle, Stuttgart, hat am 1. April 1921 dem Verlag der „Donauwacht" in Ulm ein Darlehen von 50 000 Mark gegeben. Die Bürgschaft hatte der Parteivorstand übernommen. Gen. Eckle verlangte vom Parteivorstand eine Aufwertung von 5000 Mark. Der Parteivorstand bot dem Genossen eine Aufwertung von 3620 Mark. Eckle lehnte dieses Angebot ab und erhob bei der Kontrollkommission Beschwerde gegen den Parteivorstand. Die Kontrollkommission kam nach längerer Beratung zur Abweisung der Beschwerde. Wie mir soeben von dem Gen. Ludwig mitgeteilt wird, ist in der letzten Zeit eine beide Teile zufriedenstellende Einigung erfolgt, so daß die Sache damit aus der Welt geschafft ist.

Wir haben uns dann in der Kontrollkommission mit der sächsischen Angelegenheit befaßt, die uns schon jahrelang beschäftigt. Gen. Castan, Dresden, erhob am 2. November 1926 bei der Kontrollkommission gegen den Parteivorstand wegen Aufhebung des Parteischiedsgerichts, welches am 29. August 1926 in Leipzig getagt hat, Beschwerde. Wie bekannt sein dürfte, waren im Frühjahr 1926 nach dem Scheitern der Einigungsverhandlungen in Sachsen von vier sächsischen Parteibezirken Anträge auf Ausschluß aus der Partei gegen 23 Genossen der sächsischen Landtagsfraktion (Mehrheit) gestellt. 21 Genossen schieden durch ihren Uebertritt zu der neugegründeten alten Sozialdemokratischen Partei aus; zwei Genossen: Hagen, Leipzig, Castan, Dresden, beantragten die Einsetzung eines Schiedsgerichts. Hagen, Leipzig, hat vor der stattgefundenen Schiedsgerichtsverhandlung seinen Antrag bei dem Parteivorstand zurückgezogen und seinen Beitritt zur ASP. erklärt. Es blieb nur noch der Fall Castan. Das Schiedsgericht hat am 29. August 1926 im Volkshaus zu Leipzig getagt und den Ausschluß des Gen. Castan aus der Partei abgelehnt, ebenso den Antrag, dem Gen. Castan wegen seiner Zuwiderhandlung gegen die Beschlüsse der Parteiinstanzen eine scharfe Rüge zu erteilen. Nachträglich stellte sich heraus, daß Gen. Buhl, welcher als Beisitzer bei dem Schiedsgericht mitgewirkt hat, am Tage der Schiedsgerichtssitzung nicht mehr Mitglied der SPD. gewesen war. Der Parteivorstand hat darauf am 17. September 1926 beschlossen, das Schiedsgericht als nicht ordnungsgemäß zusammengesetzt und den Schiedsspruch als nicht zu Recht bestehend zu betrachten. Die Einsetzung eines neuen Schiedsgerichts wurde angeordnet. Auf die Beschwerde des Gen. Castan mußte sich nun die Kontrollkommission mit der Angelegenheit beschäftigen. Gen. Castan behauptete in einem Schreiben vom 5. April 1927, er habe das Parteibuch des Gen. Buhl eingesehen und bemerkt, daß bis zur ersten Juliwoche Beitragsmarken geklebt waren. Castan machte der Kontrollkommission den Vorschlag, von Buhl das Mitgliedsbuch zu erbitten. Dies wurde abgelehnt. Es war Sache des Gen. Buhl, den Beweis zu erbringen, daß er am Tage der Schiedsgerichtssitzung noch Mitglied der SPD. war. Gen. Holes, Hauskassierer in Leipzig, gab am 8. September 1926 folgende Auskunft:

„In der ersten Juliwoche 1926 wurde mir, als ich die Parteimitgliedsbeiträge kassieren wollte, von Frau Buhl gesagt, sie solle ihren Mann abmelden. Auf meine Frage, wie es mit ihr würde, erklärte sie, das gehe nicht anders, sie melde sich natürlich auch ab. Die Abmeldung ist auf der Kartothekkarte am 7. Juli vermerkt. Die Mitgliedsbeiträge von Buhl und seiner Frau sind bis Ende April 1926 bezahlt worden."

Weiter ist aus den Akten ersichtlich, daß die Kartothekkarten für Karl Buhl und Frau Anna Buhl mit dem Austrittsvermerk vom 7. Juli 1926, sowie dem Vermerk „bezahlt bis Ende April 1926", sich im Original bei den Akten des Bezirksvorstandes befinden. Die Kontrollkommission hat sich in zwei Sitzungen mit der Beschwerde beschäftigt und kam einstimmig zur Abweisung.

Die Kontrollkommission hat die Parteikasse, Verlag Vorwärts, Buchhandlung, Arbeiterjugend, Bildungsausschuß und Nebenkasse revidiert und alles in Ordnung befunden. Im Namen der Kontrollkommission beantrage ich, dem Parteivorstand Entlastung zu erteilen.

Vors. **Eggerstedt:** Ich eröffne die Aussprache über den Bericht des Parteivorstandes. Das Wort hat zunächst Genosse Rosenfeld, Berlin.

Rosenfeld, Berlin: Die Bemerkungen des Genossen Wels über die Meinungsfreiheit zwingen mich, den Ausführungen, wegen deren ich mich gemeldet habe, andere vorauszuschicken. Es scheint mir nicht angängig zu sein, daß der erste Diskussionsredner spricht, ohne diese Angriffe mit aller Ruhe und Sachlichkeit, aber auch mit aller Energie, zurückzuweisen. (Sehr richtig!) Die Angriffe des Genossen Wels auf die Korrespondenz des Genossen Levi, der leider durch Krankheit am Erscheinen verhindert ist, erinnern mich an längst vergangene Zeiten, als diejenigen, die heute das Parteioffiziösentum vertreten, sich auf die Meinungsfreiheit beriefen gegenüber dem damaligen Parteivorstand. Ich sehe manchen der ehemaligen Vorkämpfer der Meinungsfreiheit vor mir, der heute den Parteivorstand unterstützt. Genosse Stampfer erinnert sich sicher der Angriffe auf die Lichterfelder Meinungsfabrik. Alle Vorstöße gegen die Meinungsfreiheit sind in der Vergangenheit in unserer Partei gescheitert, und werden auch in Zukunft scheitern, denn die Demokratie in unserer Partei verträgt keine Meinungsbeschränkung.

Wels hat allerdings gesagt, die Meinungsfreiheit dürfe nicht unterbunden werden, aber es klang aus seinen Worten heraus: es darf nur nicht von der Opposition, wie er sie nennt, von der Meinungsfreiheit Gebrauch gemacht werden. Da möchte ich sagen: was nutzet mir ein schöner Garten, wenn andere drin spazieren gehen? (Heiterkeit und Sehr richtig!) Wir treten für die Meinungsfreiheit ein — wenn ich von „wir" spreche, meine ich immer diejenigen, von denen Wels als von den „wir" gesprochen hat — wir treten für die Meinungsfreiheit auf allen Seiten der Partei ein. Sorgt doch zunächst einmal im Zentralorgan, im „Vorwärts", für die Freiheit der Meinungsäußerung! (Sehr richtig!) Sorgt dafür, daß im „Vorwärts", in der „Gesellschaft", wie früher in der „Neuen Zeit", Meinungsverschiedenheiten erörtert werden können, und schaut auf den österreichischen „Kampf", um den ich die österreichische Partei, wie um so vieles andere, beneide! Die Korrespondenz des Genossen Levi ist eine Notwendigkeit. (Beifall und Widerspruch.) Ist etwa die „Gesellschaft" das Organ, das sie überflüssig macht? Vielleicht veranstaltet der Vorstand einmal eine Rundfrage darüber, wieviel Genossen es gibt, die aus jeder Nummer der Gesellschaft auch nur einen Artikel lesen.

Wels sprach von der Opposition, die angeblich um ihrer selbst willen betrieben wird. Einen Beweis hat er dafür nicht gebracht. Er hat sich nur auf das unabsichtlich einem „braven" Genossen entschlüpfte Wörtchen „wir" berufen. Wen erinnert das nicht an das Wort, daß drei Buchstaben ausreichen, um einen an den Galgen zu bringen? Ich hätte von dem Parteivorsitzenden erwartet, daß er seine Ausführungen bewiese, wenn er andern Genossen versteckte Absichten unterstellt.

Woher kommt es denn, daß eine ganze Anzahl nicht besonders dummer oder fauler oder unerfahrener Genossen in die Levi-Korrespondenz flüchtet? Ich antworte, weil der „Vorwärts“ grundsätzlich jede Erörterung in Parteifragen ausschließt und auch der Sozialdemokratische Pressedienst seinen parteioffiziösen Charakter jederzeit erkennen läßt. Ich war jetzt auf dem Französischen Parteitag in Lyon und habe nachher einen Aufsatz des Genossen Blum im „Populaire“ gelesen. Darin fordert Blum die Vertreter der der seinigen entgegengesetzten Meinung auf, im Zentralorgan der Partei sich ihrerseits zum Parteitag zu äußern. Ich möchte den Tag erleben, an dem im „Vorwärts“ ähnliches geschieht. (Sehr gut!)

Wels sprach von den Genossen, die sich als Schulmeister und Vormund für die Partei aufspielen. Ich frage ihn: wer hat das jemals getan? Heraus mit den Namen, wenn es solche gibt! Man kann wohl eher sagen, Wels hat den Versuch gemacht, sich zum Schulmeister der Partei aufzuwerfen. Es gibt aber auch Genossen außerhalb des Parteivorstandes, die kraft ihrer Fähigkeit und ihrer jahrzehntelangen Arbeit im Dienst der Arbeiterbewegung das Recht erworben haben, sich zu Parteifragen äußern zu dürfen. Ich frage die Delegierten, ob sie sich gefallen lassen, daß man ihnen verwehrt, zu Parteifragen ihre Meinung zu sagen. Vernünftige Gedanken können auch einmal außerhalb des Parteivorstandes geäußert werden. (Sehr gut!) Wir sind eine demokratische und keine kommunistische Partei, wo jeder nach dem Diktat von Moskau zu handeln hat. Moskauer Diktate sind für uns immer unannehmbar, auch wenn sie aus dem freundlichen Gesicht des Genossen Wels kommen. (Heiterkeit.) Ich bedaure, den Genossen Wels vor dem Parteitag denunzieren zu müssen wegen einer kommunistischen Abirrung. Ich will nicht auf seinen Ausschluß plädieren (Heiterkeit), aber gegen die Annäherung des Parteivorstandes an Moskauer Methoden möchte ich ganz entschieden Einspruch erheben.

Leider hat Genosse Wels diejenigen, von denen er sprach, irgendwelcher versteckten Absichten geziehen. Ich bedaure, daß er nicht offen gesagt hat, was er damit gemeint hat. Ich kann mir nur eins vorstellen, was die Genossen zusammenführt, gegen die Wels seine Angriffe gerichtet hat: sie wollen die Partei vor verhängnisvollen Illusionen bewahren und auf dem alten, bewährten Wege des wissenschaftlichen Marxismus die Arbeiterschaft die Macht erobern lassen. Vielleicht sind wir, d. h. die von Wels Angegriffenen, zu stürmisch, vielleicht auch zu jung, aber statt aller Verdächtigungen sollten wir alle lieber kameradschaftlich und solidarisch miteinander wetteifern (Lebhafte Zurufe und Sehr richtig!), daß die einen die andern übertreffen und die Partei stürmisch vorwärts drängen auf dem Wege, das Proletariat zu befreien.

Ich komme nun zur Sache (Heiterkeit), nämlich zu der Fürstenfrage, die auf dem Parteitag behandelt werden muß. Sie werden nicht erwarten, daß ich einen Lobhymnus auf die von der Partei getroffene Regelung der Fürstenfrage singen werde. Mit Freuden erinnere ich mich der Tage des Kampfes um Volksbegehren und Volksentscheid. Das ganze Proletariat marschierte auf, erst 12½, dann 14½ Millionen, der Boden wurde aufgewühlt und in Arbeit genommen, an den wir sonst nicht herankommen. Es war eine Lust, zu leben! Ich kann sagen, daß man in der Anerkennung für die Partei in der Fürstenfrage nicht weit genug gehen kann, und daß es lächerlich ist, wenn von den Kommunisten in Anspruch genommen wird, auch ein erhebliches Verdienst an diesen Kämpfen zu haben. Aber nachdem so der Kampf mit Elan geführt und die Front aufmarschiert war, wurden wir aus allen Hoffnungen gestürzt und um einen großen Teil der Früchte gebracht, die wir hätten ernten können, gebracht durch einen Vergleich, der ohne Rücksicht auf die Werbewoche und auf die Sachsenwahlen geschlossen wurde, die sonst sicherlich noch günstiger ausgefallen wären. Die politische Frage wurde in den Hintergrund gedrängt und die Frage des Handels, des Ausgleichs der Finanzen in den Vordergrund geschoben. Das habe ich tief bedauert und den Vergleich als einen Dolchstoß empfunden in den Rücken der Front, die gegen die Fürsten aufmarschiert war. Gerade als Abgeordneter des Wahlkreises Thüringen war es mir besonders schmerzlich, daß man ohne Rücksicht auf die Verhältnisse in Thüringen durch den Preußenvergleich der Entwicklung der Frage in Thüringen einen Riegel vorgeschoben hat, so daß jetzt der Eindruck in Thüringen entstanden ist, daß wir uns selbst überlassen sind, da wir vom Reich her kaum eine wirksame Unterstützung zu erwarten haben.

Die Erledigung der Fürstenfrage hat in weiten Kreisen der deutschen Sozialdemokratie keine Billigung gefunden, hauptsächlich deshalb, weil wir uns damit der Möglichkeit begeben haben, weiter zu wirken im Zentrum, in den Kreisen der Inflationsgeschädigten, weil wir uns die Möglichkeit genommen haben, unsere Aufklärungsarbeit in die Kreise hineinzutragen, die uns sonst fernstehen. In der Fürstenfrage hätte es kein Kompromiß geben dürfen, das uns um die Früchte des Kampfes gebracht hätte. Wir sollten daraus lernen, daß es Kämpfe gibt, die man ohne Kompromiß bis zum Ende führen muß. (Beifall.)

Leuteritz, Hamburg: Ich bin mit der allgemeinen Politik des Parteivorstandes einverstanden und habe sie als Mitglied des Parteiausschusses häufig gedeckt. Ich unterstreiche besonders, was Wels über die Beamtenfrage gesagt hat, und betone, daß wir uns alle so einstellen müßten, auch den Gewerkschaften gegenüber, daß die Organisation der Beamten in freien Gewerkschaften nur eine Frage der Erziehung der Beamten zur freien Gewerkschaft ist und nicht eine Frage des Zwanges. An der agitatorischen Initiative des Parteivorstandes habe ich aber eine Kleinigkeit zu bemängeln, daß er nämlich seit dem 3. Februar, dem Tage der Vorstellung der Bürgerblockregierung, trotz der Mieterhöhung, die die Massen ungeheuer belastet, trotz Arbeitszeitgesetz, trotz Mehlzollerhöhung und anderer Sünden des Besitzbürgerblocks nicht wenigstens einmal zu einer großen Reichsaktion der Sozialdemokratie das Signal gegeben hat. Wir haben in unserer Stadt die Mieterhöhung zum Gegenstand von 17 überfüllten öffentlichen Versammlungen gemacht. Warum sollte das nicht im Reich auf Anregung des Parteivorstandes möglich gewesen sein?

Ich habe mich zum Wort gemeldet, um den Parteivorstand in einer Sache zu warnen und ihm zu sagen: wehre den Anfängen!, nämlich den Anfängen einer Entwicklung in unseren zentralen Pressestellen, dem SPD.-Dienst und dem „Vorwärts“, zur parteiischen Behandlung einzelner Landesteile und der Entwicklung zu einer Meinungsfabrik. Der Antrag 13, gegen den Wels gesprochen hat, hat viele Mißverständnisse hervorgerufen. Wir Hamburger wollen dem Parteivorstand keine Schwierigkeiten machen. Wir haben uns nur gesagt: es ist notwendig, ein wirkliches Zentralorgan zu bekommen. Wenn daran hinderlich ist, daß das Zentralorgan zugleich Berliner Zeitung ist, dann muß unter Umständen eine Trennung eintreten. Aber ich ziehe den Antrag zurück, soweit er sich auf die Gründung eines Berliner Blattes bezieht. Die Frage der Schaffung eines wirklichen Zentralorgans muß aber vom Parteivorstand geprüft werden.

Wir kommen zu diesem Antrag von Hamburger Schmerzen aus. Ich will hier keine Großhamburger Frage aufrollen, aber wir haben ein Recht, im Zentralorgan der Partei gerecht behandelt zu werden. Die Hamburger, Altonaer und andere Organisationen haben Bedacht darauf zu nehmen, daß sie

in der Großhamburger Frage keine Gegensätze unter sich haben, aber wir geben uns dennoch das Recht, jeder nach seinen eigenen Interessen zu handeln. So hat auch die Hamburger Sozialdemokratie zu der Frage Unterelbegebiet eine Kommission eingesetzt, um Richtlinien aufzustellen, wie im Rahmen der Gesamtpartei in der Unterelbefrage zu handeln ist. Die Richtlinien wurden von der Kommission bearbeitet, am 13. Januar in einer großen Versammlung unserer Delegierten angenommen und der Presse und auch dem „Vorwärts" zugestellt. Viele Organe der großen bürgerlichen Presse haben die Richtlinien wörtlich abgedruckt. Das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei hat es nicht für notwendig gehalten, sie abzudrucken. (Hört, hört!) Der „Vorwärts" druckte nur ein Zehntel des Raumes dieser Richtlinien ab, und nicht einmal in eigener Bearbeitung, sondern in der des SPD.-Pressedienstes. Diese Bearbeitung erhielt auch das „Hamburger Echo" zugestellt. Der Sozialdemokratische Pressedienst hat dabei bereits die notwendigen Fragezeichen für die Provinzpresse hineingearbeitet. Am Ende trug diese Notiz den geistvollen Satz: „So geht es auch nicht, wie es die Hamburger Genossen wollen." Dabei hatte man die Genossen gar nicht unterrichtet, was die Hamburger eigentlich wollen. So etwas erschien uns des Zentralorgans der Partei unwürdig. Die Partei kann es gut vertragen, wenn solche Richtlinien abgedruckt werden.

Der zweite Fall! Am 19. Januar hielt der Hamburger Bürgermeister eine Rede über das Problem. Von der Rede wurde im „Vorwärts" kein Wort abgedruckt, während sie die ganze andere Presse brachte. Wir hätten nichts dagegen, wenn eine Rede des Hamburger Bürgermeisters im „Vorwärts" nicht gebracht wird, aber der preußische Ministerpräsident, Genosse Braun, hielt vier Tage später eine Rede gegen die Rede Petersens. Diese Rede wurde im „Vorwärts" wörtlich gebracht. Dies Verhalten des „Vorwärts" erschien uns nicht nur als eine Verletzung des Grundsatzes: „Eines Mannes Rede ist keine Rede, man muß sie hören alle beede", sondern das erschien uns wiederum eines Zentralorgans unwürdig, von dem man Spitzenleistungen der Objektivität erwarten muß, wenn die geistige Freiheit in der Partei auf wirklich festen Boden stehen soll.

Noch ein Wort zum Pressedienst, der dem Parteivorstand untersteht. Ich nehme wieder die Leistung zur Grundlage, wo der Pressedienst aus unseren Richtlinien eine kleine Notiz gemacht und sie mit Fragezeichen und Bemerkungen wie „Sehr richtig! Die Redaktion" versehen hatte. Solche Aufmachungen sind eine Beleidigung selbständiger Redaktionen, die allein wissen, ob sie Fragezeichen zu machen oder „sehr richtig" oder „falsch" dazu zu sagen haben. Das ist der Versuch, selbständige Urteile von Zeitungen vorzutäuschen, die wirklich keine Urteile dieser Zeitungen sind, und das ist der Versuch, eine Meinungsfabrik der Partei aufzumachen. (Sehr richtig!) Die ganze Partei wehrt sich energisch dagegen, einen Pressedienst entstehen zu lassen, der nur als Meinung weiter gibt, was er meint, und nur als geistige Münze gelten lassen will, was er prägt.

Wir sind nicht gern mit dieser Rede auf diese Tribüne gegangen. Wir haben zunächst brieflich versucht, unser Recht zu bekommen, haben telephonisch beim Pressedienst Beschwerde erhoben, haben unsere Reichstagsabgeordneten aufgefordert, bei der Leitung des „Vorwärts" und des Pressedienstes gegen solche Methode zu intervenieren. (Stampfer: Bei mir nicht!) Wenn Sie das nicht erfahren haben, kann ich nichts dafür. Aber wir haben unsere Abgeordneten aufgefordert, in Berlin mit den Genossen Fühlung zu nehmen, mit Alfringhaus und Stampfer, um über die Dinge zu sprechen. Darüber ist auch gesprochen worden. Der Genosse Biedermann hat berichtet, daß er von Alfringhaus die Antwort erhielt: „Was wollt ihr denn, das wird noch viel

schlimmer!" (Hört, hört!) Wenn Alfringhaus damit nur die Großhamburger Frage gemeint hat, dann ist es um so gefährlicher, denn dann müssen wir nicht nur die Anhänger einer Meinungsfabrik, sondern einer parteiischen Meinungsfabrik bekämpfen.

Ich bitte also den Parteitag, den Antrag anzunehmen, daß der Parteivorstand prüft, wie der „Vorwärts" zu einem wirklichen Zentralorgan gemacht werden kann. Er soll aber auch prüfen, wie der Sozialdemokratische Pressedienst zu einer Zentralstelle freier Meinungsäußerung werden kann. (Beifall.)

Künstler, Berlin: Ich begrüße den Beschluß unserer Parteiinstanzen, daß künftig beim Bericht des Parteivorstandes die grundsätzlichen und taktischen Fragen von den Organisations- und Agitationsfragen gelöst werden. Wir haben es bedauert, daß die Fragen der Organisation und Agitation bei den Debatten auf den Parteitagen in den letzten Jahren zu kurz gekommen sind.

Genosse Wels hat Stellung genommen zum Hamburger Antrag 13, betreffend die Schaffung eines Berliner Parteiblattes. Als Vorsitzender der Berliner Parteiorganisation halte ich mich für verpflichtet, den Vertretern der Gesamtpartei die Gründe darzulegen, die zu dem von Wels erwähnten Beschluß geführt haben. Wels hat gesagt, daß der Streit über ein Lokalblatt in Berlin so alt ist wie der „Vorwärts" selbst. Ich bin aber der Ansicht, daß dieser Streit nicht nur im Interesse der Berliner Partei, sondern im Interesse der Gesamtpartei endlich einmal begraben werden muß. Die Forderung der Berliner Sozialdemokraten nach einem Lokalblatt ist für die Berliner keine Richtungsfrage, sondern sie wünschen ein Organ und eine Waffe, wie sie die Genossen in den andern Bezirken seit Jahrzehnten haben und im Interesse der Gesamtpartei zu gebrauchen verstehen.

Bei seiner Doppelstellung ist heute der „Vorwärts" als Zentralorgan und Lokalblatt der Berliner Sozialdemokratie nicht geeignet, alle Forderungen zu erfüllen, die die Berliner und die reichsdeutsche Sozialdemokratie an ihn stellen. Ich erkenne das bei der schwierigen Lage der Redaktion durchaus an. Die Unzufriedenheit mit dem „Vorwärts" ist also nicht nur bei den Radikalen in Berlin zu finden, sondern auch Mitglieder des Parteivorstandes halten die Presseverhältnisse der Partei in Berlin für ungenügend und verbesserungsbedürftig. Der Bezirksparteitag hat fast einstimmig einen Antrag angenommen und den Bezirksvorstand beauftragt, alle Schritte zu unternehmen, ein solches Blatt zu schaffen. Ebenso einmütig haben mir die Delegierten zugestimmt, als ich erklärte: wir werden uns bemühen, die Wünsche der Berliner Parteigenossen durchzusetzen. Auch meiner Erklärung wurde zugestimmt, daß wir alles unterlassen wollen, was einem Ringkampf zwischen Parteivorstand und Bezirksvorstand gleichkommt. Sie sehen, wir haben nicht nur ein Lokalinteresse, sondern wollen der Gesamtpartei dienen, indem wir mit Hilfe eines Lokalblattes wieder die Stärke in Berlin bekommen, die wir in der Vorzeit gehabt haben. Wir sind mit unseren heutigen Organisationsverhältnissen in Berlin nicht zufrieden.

Wir müssen die eigenartigen und schwierigen Verhältnisse in Berlin betrachten. Genossen, Ihr habt oft Kritik an der Berliner Sozialdemokratie geübt, zum Teil mit Recht, zum Teil mit Unrecht. In der Reichsmetropole zu arbeiten, ist für unsere Parteigenossen, da alle Partei- und Klassengegensätze dort viel schärfer aufeinander stoßen, viel schwieriger als in anderen Städten. Unsere Genossen arbeiten ungeheuer viel und wollen schneller vorwärts kommen. Deshalb müssen wir ein Blatt haben. Wir werden uns darüber verständigen müssen, daß Berlin ein eigenes Blatt erhält, das der Stimmung

und den Gefühlen der Berliner Arbeiterschaft Rechnung trägt. Wir stehen nicht auf dem Standpunkt, daß in Berlin keine Aufnahmefähigkeit für eine neue Parteizeitung vorhanden sei. Wir haben bei den Stadtverordnetenwahlen als stärkste Partei 32,7 Prozent der Stimmen auf uns vereinigt, und haben nur ein Blatt. Die Deutschnationale Partei mit nur rund der Hälfte der Stimmen hat acht Blätter in Berlin, die Deutschdemokratische Partei, eine der schwächsten Parteien in Berlin und im Reiche, hat elf Blätter in Berlin, die ihr nahestehen; diese haben weit über 1,5 Millionen Abonnenten, darunter tausende von Arbeitern. Außerdem bestehen in Berlin über 50 Vorortszeitungen, die den Charakter einer Generalanzeigerpresse haben. Wir Berliner sagen: Wenn erst der „Vorwärts", wie es Leuteritz, Hamburg, will, Zentralorgan wird, werden unsere Berliner Interessen noch mehr zurücktreten, und wir haben nicht das Blatt, das wir nicht aus egoistischen Gründen für uns, sondern im Interesse der Berliner Sozialdemokraten und der Gesamtpartei brauchen. Ich begrüße den Beschluß der Hamburger, daß sie ihren Antrag zurückziehen. Wir werden uns nach Schluß des Reichsparteitages mit allen am „Vorwärts" beteiligten Instanzen verständigen, wir wir unserer Berliner Partei und der Gesamtpartei dienen können.

Genosse Wels sagte, für eine geschlossene und organisierte Opposition dürfe es in der Sozialdemokratischen Partei kein Heimatrecht geben. Ich habe jede organisierte Opposition stets bekämpft; ob sie, wie Wels sagt, von links kommt, ob sie, wie ich hinzusetze, von rechts kommt. Auch von der rechten Seite bestehen im ganzen Reich solche Oppositionsgruppierungen. Für mich ist die Sozialdemokratische Partei der Boden und Rahmen, wo ich für meine Ueberzeugung kämpfen kann. Ich brauche eine organisierte Opposition nicht. Deshalb halte ich auch die Rechtsopposition in Berlin für überflüssig, die sich den Namen gegeben hat: „Republik und Sozialismus", und die unter der Leitung meines Kollegen Kurt Heinig steht. (Hört, hört!) Also gesündigt ist auf beiden Seiten. In dieser Organisation „Republik und Sozialismus" haben führende Parteigenossen Vorträge gehalten. Im Interesse der Geschlossenheit der Partei, die ihre Stoßkraft heben will, bin ich dagegen, daß man solche Oppositionsgruppierungen, gleichviel von welcher Seite, duldet. Ich möchte in aller Freundschaft dem Genossen Wels sagen: es gibt leider Genossen und Genossinnen, die hinter jeder sachlichen Kritik schon eine organisierte Opposition erblicken. (Lebhafte Zustimmung.) Man ist in unsrer Partei überaus empfindlich geworden. Ohne jemand zu nahe zu treten, sage ich: Die Genossen sehen vielfach weiße Mäuse tanzen. Ich bin fest überzeugt, daß in der Vorkriegszeit mehr organisierte Opposition in der Sozialdemokratie vorhanden war als in der vereinigten Sozialdemokratischen Partei. In der Vorkriegszeit hielten selbst Teile der Reichstagsfraktion ihre besonderen Tagungen ab. Ich denke an die Eisenacher Konferenz. Die Genossen der verschiedenen Auffassungen hatten ein eigenes Versammlungslokal, wo sie nicht nur beim Glase Bier zusammenkamen. Dort schmiedeten sie die Pläne, um ihrer Politik zum Siege zu verhelfen. Daß Genossen derselben Auffassung auch persönlich einander näher stehen, ist zu selbstverständlich, als daß man hier schon von der organisierten Opposition reden könnte. Und doch geschieht es. Der Parteivorstand verlangt von der Gesamtpartei, die Massen sollen zu ihm Vertrauen haben. Ich aber sage dem Parteivorstand, er soll auch Vertrauen den Massen entgegenbringen, die nicht immer seiner Ansicht sind, gerade den Massen, die in sachlicher Opposition stehen, um der Partei zu dienen. Nur so gibt es für die Partei ein Vorwärts und Aufwärts. Ich bitte, daß der Parteivorstand das beachtet. Es geht nicht an, daß man Genossen, die sachliche Meinungsverschiedenheiten zum Ausdruck bringen, anders bewertet

als Genossen, die nicht gerade immer aus anständigen Gründen mit dem Parteivorstand durch dick und dünn gehen.

Wir wünschen nur, daß den Berlinern endlich das gegeben wird, was sie brauchen: ein Organ, das im Interesse der Parteiorganisation von Berlin sich auswirken kann. Mit einer starken Sozialdemokratie in Berlin, verehrte Freunde, hab Ihr auch einen leichteren Kampf draußen im Reich. (Bravo! und Händeklatschen.)

Mäder, Altenburg: Ich knüpfe an die Ausführungen des Genossen Rosenfeld über die Frage der Fürstenabfindung an und kann ihm bestätigen, daß durch die thüringische Parteimitgliedschaft ein seit 1918 und 1919 nicht mehr erlebter Sturm der Begeisterung ging, als wir für die entschädigungslose Enteignung eintraten. Ich freute mich, als die Parteiinstanzen den Kampf zunächst rein prinzipiell zu führen bereit waren, insbesondere darüber, daß in dem Werbematerial zu dieser Frage die Ansprüche aller Dynastien, besonders aber die der Hohenzollern als absolut unberechtigt und unmoralisch hingestellt wurden. Kann man nun aus taktischen Gründen so weit gehen, daß man das, was man heute als unmoralisch kennzeichnet, sechs Wochen später mitmacht? Die Stimmenthaltung, die unsere Genossen im Preußischen Landtag geübt haben, kommt einer Mitverantwortung gleich. Man komme mir nur nicht mit dem bekannten Einwand, es hätte auf Höheres Rücksicht genommen werden müssen. Herr Stegerwald hat uns in seiner provozierenden Rede im Reichstage klar gesagt, wovon die Mitarbeit unserer Genossen in Preußen abhängig ist, nämlich nicht etwa davon, ob sie bei einer Abstimmung über die Fürstenabfindung hinauslaufen, sondern davon, ob das Zentrum will oder nicht. Ich bin wie Rosenfeld der Ueberzeugung, daß wir uns in der künftigen Behandlung des Abfindungsproblems der Initiative durchaus begeben haben.

Was Genosse Wels über das Problem der Beamtenorganisation gesagt hat, muß ich bestreiten, ebenso die Darlegungen des Genossen Leuteritz, Hamburg. Der Deutsche Beamtenbund ist keine Organisation im Sinne einer freien Gewerkschaft. Wenn er vor mehreren Jahren diese parteipolitische Neutralität theoretisch stark betonte, so ist er im Laufe der letzten zwei Jahre in das Lager der bürgerlichen Reaktion hinübergewechselt. Es ist absolut erwiesen, daß er die bürgerlich reaktionäre Presse nicht nur ideologisch unterstützt, sondern ihr erhebliche Geldzuwendungen gemacht hat. Es kann den Genossen meiner Ansicht nach nicht erlaubt werden, in einer solchen Organisation zu verbleiben.

Wels hat ferner davon gesprochen, es komme darauf an, den Deutschen Beamtenbund von innen heraus zu revolutionieren. Ich glaube, es ist auch nicht einer unter uns, der ernstlich anzunehmen vermöchte, wir könnten in die Deutschnationale Volkspartei eintreten, um sie von innen heraus zu revolutionieren. Eine solche Auffassung läßt sich nicht verteidigen, kommt aber dem im Prinzip gleich, was die Genossen leitet, die im Deutschen Beamtenbund bleiben und noch heute der Auffassung huldigen, sie könnten dieses ständisch, aber auch politisch reaktionäre Instrument allmählich zu einem solchen des Klassenkampfes machen. Ich bitte, die Anträge 40 bis 46 nicht abzulehnen, wie der Parteivorstand empfohlen hat, sondern anzunehmen; denn allein dadurch wird unsere Stellungnahme zu den Beamtenorganisationen endgültig klargestellt, und wir werden in künftigen Jahren vor ähnlichen lokalen Erschütterungen bewahrt bleiben, wie sie sich vielfach aus der bisher bestehenden Unklarheit ergeben haben.

Ich möchte nur bedingt unterstreichen, was Genosse Wels über die notwendige straffe Führung der Jungsozialisten gesagt hat. Die Jung-

sozialisten stellen nicht die schlechtesten, sondern im Gegenteil die weitaus besten und aktivsten Kräfte dar, die die Zukunft der Partei gestalten sollen. (Zuruf: Sie sind aber nicht in der Partei!) Wenn die Jungsozialisten von den älteren Genossen lediglich Hilfe zur Selbsthilfe fordern, so habe ich dafür volles Verständnis. Es ist mir bekannt, daß lokal hier und da versucht wird, die Erziehung der Jungsozialisten nach starren Doktrinen zu leiten. Wenn sich die Jungsozialisten dagegen mit Entschiedenheit verwahren und ihre eigenen Wege des Suchens und Strebens gehen, so hat der Parteitag alle Ursache, solche Haltung zu unterstützen. Nicht dadurch, daß man bestimmte Dogmen nachbetet, wird man Sozialist, sondern wohl lediglich dadurch, daß man den Weg des eigenen Suchens und Strebens bis zum Ende geht.

Einige wenige Bemerkungen zur Frage der religiösen Neutralität, die von seiten des Parteivorstandes so stark betont wurde! Ich weiß, daß der Satz: Religion ist Privatsache, vorwiegend deswegen gestrichen worden ist, weil die Partei offiziell den Standpunkt vertritt: Religion darf nicht Staatssache sein. Aber als Sozialdemokraten haben wir auch eine bestimmte Bindung in weltanschaulicher Beziehung. Wir brauchen uns nach wie vor des Satzes von Karl Marx nicht zu schämen: Religion ist das Opium der Völker. Hermann Müller hat darauf hingewiesen, daß wir uns mit Entschiedenheit dagegen wehren müßten, daß Religion in politischem Sinne mißbraucht werde. Gewiß, aber in welcher Form stellt sich denn gegenwärtig die Religion für uns dar? — doch lediglich als organisierte Religion, als traditionsbelastete Konfession, als Instrument der bürgerlichen Klassenkampfpolitik.

Infolgedessen vertrete ich den Standpunkt, daß in der gesamten Bildungs- und Erziehungsarbeit die freigeistigen Kräfte aktiviert werden müssen. Ich brauche wohl nicht darauf hinzuweisen, daß August Bebel in seinen Darlegungen über die Frau und die christliche Kirche zu einer glänzenden und klaren Haltung gegenüber all jenen doktrinären Weltanschauungsinstitutionen gekommen ist. Ich bitte, daß in der Bildungsarbeit, namentlich soweit die Jugend in Betracht kommt, unsere weltanschaulichen Ziele nicht vernachlässigt werden.

Rosenfeld sagte, man müsse bestimmte Ideen bis zu Ende denken und dürfe sie nicht verschleiern. Ich unterstreiche das. Wenn Anträge gestellt worden sind, die darauf abzielen, man solle die Frauenbewegung vorwiegend mit geistlichen Agitatoren beglücken, so halte ich dieses Ansinnen für ungeheuerlich. Ich erkläre mir diese merkwürdige Zumutung aber aus der übertriebenen Toleranz des Parteivorstandes und der verschiedensten Landesorganisationen gegenüber den religiösen Sozialisten. Genossen, die religiösen Sozialisten sind eines jener vielen Zersetzungsprodukte der evangelischen Kirche. Ich frage: Gibt uns auch nur eine Theorie oder Meinungsäußerung von Marx, Lassalle oder Engels den Schein einer Berechtigung, für die religiösen Sozialisten und ihre durchaus zersplitterten und verschwommenen Ziele einzutreten? Ich verneine diese Frage in aller Entschiedenheit und bitte dringend, daß sich die Partei in der Begünstigung der religiösen Sozialisten — und diese Gefahr besteht durchaus — nicht auf jene schiefe Ebene begeben möge. Wir wissen, daß die aktiven Elemente in der Partei freigeistig sind, gleichviel, ob weltanschaulich organisiert oder nicht. Die Grundidee des historischen Materialismus verträgt nicht, daß man auf der einen Seite zum Dualismus hinneigt, der den Klassenkampfgedanken lähmt, und auf der anderen Seite die Idee des Klassenkampfes theoretisch anerkennt. (Zuruf vom Parteivorstand: Bebel war anderer Auffassung!) — Er war nicht anderer Auffassung, sondern hat im Gegenteil unzweideutig festgestellt, daß die Kirche

als eine Organisation zu werten ist, die es beharrlich darauf anlegt, die proletarischen Frauen und Familien in bürgerlich reaktionäre Bande zu schlagen. (Unruhe.) Diese Haltung Bebels darf nicht verzerrt werden! Ich bitte dringend darum, daß auf dem Gebiete der Bildungsarbeit künftig erhöhte Aktivität walte. Wenn heute von seiten des Parteivorstandes mit unverkennbarem Stolze darauf hingewiesen wurde, daß im letzten Jahre weit über zwei Millionen Mark für die Bildungsarbeit eingesetzt worden sind, so möchte ich demgegenüber einschränkend betonen, daß sich der innere Wert der Bildungsarbeit nicht so rein zahlenmäßig und statistisch darstellen läßt. Der Parteivorstand hätte auch auf die Qualität der Bildungsarbeit hinweisen sollen.

Zum Schluß noch einen Hinweis auf den Antrag 69. Ich hatte im Laufe des letzten Jahres selbst Gelegenheit, nach Rußland zu reisen, und kann dem Parteitag bestätigen, daß ich in Rußland nicht den Sozialismus gesehen habe. Die Frage der Ausbeutung besteht in der Sowjetunion nach wie vor als ungelöstes Problem. (Zurufe.) Ich kann also gewiß nicht in Verruf kommen, die Bolschewiki begünstigen zu wollen. Trotzdem bestreite ich, daß es grundsätzlich richtig war, gegenüber einzelnen parteigenössischen Rußlanddelegierten so zu verfahren, wie es tatsächlich geschehen ist. Ich bitte aber den Parteivorstand auch aus taktischen Gründen, die fraglichen Parteiausschlüsse ohne Leidenschaft nachzuprüfen und im Mitteilungsblatt über das Ergebnis neuerlicher Erörterungen Nachricht zu geben. (Bravo!)

Donalies, Königsberg: Ich möchte die Aufmerksamkeit des Parteitages trotz des ablehnenden Standpunktes des Parteivorstandes auf den Antrag 8 lenken. Es handelt sich hier nicht um einen Antrag des Ortsvorstandes Königsberg allein, sondern des gesamten Bezirks Ostpreußen, denn er ist eingehend behandelt und einstimmig angenommen worden auf zwei ostpreußischen Bezirksparteitagen. Beide Male hat ihn aber der Parteivorstand ebenso wie auch heute unfreundlich behandelt, also abgelehnt. Wir sahen uns deshalb veranlaßt, da wir auf unsere Absicht nicht so leicht verzichten, an die Parteifreunde im ganzen Lande zu appellieren. Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß der Parteitag unserem Antrag mehr Entgegenkommen zeigt.

Die Erklärung des Genossen Wels, daß er sich bei bevorstehenden Landtagswahlen die Anträge, die auf Einberufung eines Preußentages von einzelnen Organisationen gestellt sind, zu eigen machen wird, begrüßen wir als den ersten Schritt des Entgegenkommens, müssen aber erklären, daß wir dadurch nicht befriedigt sind. Wir erwarten von einer preußischen Landesorganisation mehr als nur die Stellungnahme zu bevorstehenden Landtagswahlen.

Seit 1904 hatten wir eine preußische Landesorganisation, die regelmäßig alle drei Jahre zusammenkam, und nicht nur den Wahlkampf erfolgreich betrieb, sondern auch in grundlegenden Verhandlungen Fragen der Verwaltung, des Wohnungs- und Schulwesens, der Wirtschaft und der Sozialpolitik klärte und förderte. Unterziehen Sie sich der Mühe, prüfen Sie die Protokolle der Preußentage in jenen Jahren, und Sie werden erkennen, daß meine Behauptungen durchaus den Tatsachen entsprechen. Der Mangel einer solchen Organisation und Verhandlungsgelegenheit ist ganz besonders in den letzten Monaten immer fühlbarer geworden. Wir müssen bedenken, daß auch im neuen Deutschen Reich für die Länder trotz ihrer verminderten politischen Bedeutung wichtige Angelegenheiten zu erledigen geblieben sind. Die Länder haben die Reichsgesetze, die vielfach nur Rahmengesetze sind, auszuführen, und sie, wie die Gemeindeverwaltung, zeitgemäß zu gestalten. Hierfür allgemeine

Grundsätze aufzustellen, ist Sache der Gesamtpartei, der Parteiinstanzen. Ich stehe durchaus auf demselben Standpunkt. Wir wissen aber auch ganz genau, daß sich diese Instanzen mit den Besonderheiten der einzelnen Länder nicht so befassen können, wie es notwendig wäre. Dazu kommt noch, daß in Bayern, Sachsen, Württemberg und anderen Ländern besondere Landeseinrichtungen bestehen. Das bedeutet nichts anderes, als daß der Freistaat Preußen und seine Parteimitglieder minderen Rechtes sind gegenüber den andern Ländern. Die preußische Landtagsfraktion hat keine Möglichkeit, einer Gesamtvertretung Preußens gegenüber regelmäßig Rechenschaft abzulegen und sich ihrer Zustimmung zu vergewissern. So kommt es, daß so bedeutsame Fragen wie die Verwaltungsreform, die Gemeindeverfassungsgesetze, die seit Jahren in Preußen zur Erörterung stehen, wohl vereinzelte Bezirkstagungen beschäftigt haben, aber von keiner Stelle, die zu einer Gesamtentscheidung der preußischen Genossen berufen wäre, behandelt worden sind. Das ist ein unhaltbarer Zustand, der beseitigt werden muß. Es ist selbstverständlich, daß die Gefahren, die aus einer preußischen Landesorganisation für die gesamte Partei erwachsen könnten, wie früher so auch in Zukunft vermieden werden müssen. Zu diesem Zwecke aber würden die Sicherungen, die in dem alten Landesorganisationsstatut Preußens enthalten waren, vollkommen ausreichen. Die Landeskommission und der geschäftsführende Ausschuß müßten so zusammengesetzt werden, wie in der Vorkriegszeit, und hätten die Geschäfte im Einverständnis mit dem Parteivorstand zu erledigen. Das ließ sich in der Vorkriegszeit reibungslos und parteiförderlich durchführen und sollte auch für die Zukunft möglich sein.

Ich fasse zusammen. Das Fehlen einer preußischen Landesorganisation bedeutet eine Lücke im Rahmen unserer gesamten Parteiorganisation, die wir ausfüllen müssen, da § 4 unseres Organisationsstatuts die Zusammenarbeit von Bezirksverbänden in landespolitischen Fragen vorsieht. Nehmen Sie unsern Antrag an, trotz des Einspruchs des Parteivorstandes. Die preußische Landesorganisation, wie sie von mehreren Bezirksorganisationen gewünscht wird, braucht nicht alle Jahre zusammenzukommen. Es ist aber unbedingt notwendig, daß die preußische Landtagsfraktion vor einer Gesamtvertretung Preußens Rechenschaft ablegen kann. Das wird ihr auch nur angenehm sein, wenn sie sich vergewissern kann, ob sie im Einverständnis auch der preußischen Genossen im Lande handelt. Stellen Sie alle Bedenken zurück, schaffen Sie die preußische Landesorganisation als Erbin der rühmlichen Parteitraditionen ihrer Vorgängerin. (Bravo! und Händeklatschen.)

Broßwitz, Frankfurt a. Main: Genossinnen und Genossen! Ich halte es für einen Fortschritt, daß wir, wie Genosse Wels in seinem Referat zum Ausdruck brachte, zu der Berichtsform der Vorkriegszeit wieder zurückgekehrt sind, d. h., daß die parteiorganisatorischen Fragen gegenüber den großen politischen Fragen wieder stärker betont werden. Es soll natürlich für niemand ein Vorwurf sein, aber Tatsache ist, daß die Politik in den letzten Jahren auf allen Tagungen, wie überhaupt im Parteileben, allbeherrschend gewesen ist. Das lag natürlich an den stürmischen politischen Zeiten. Man konnte aber immer wieder nur bedauern, daß die eigentliche parteiagitatorische und -organisatorische Arbeit so tief im Kurse stand. Wir haben in den letzten Tagen und Wochen sehr viel zum Lobe der österreichischen Genossen gehört und gelesen. Die Größe des österreichischen Wahlsieges und ihre organisatorischen Erfolge sind über jeden Zweifel erhaben; aber was uns das österreichische Beispiel so besonders lieb und wert machen konnte, ist die Tatsache, daß die österreichischen Genossen nach heißer Wahlschlacht sofort beschlossen haben, in

eine große Werbetätigkeit einzutreten. Wer in der praktischen Arbeit groß geworden ist, weiß ganz genau, daß eine Partei nur vorwärts kommen kann, wenn sie die engste Verbindung zwischen Politik und Werbearbeit herstellt. Gerade in Oesterreich hat man es verstanden, die großen Fragen der Politik mit allen Fragen der Kleinarbeit zu verknüpfen. (Sehr wahr!),

Es genügt, nur dies festzustellen, um zugleich die Frage aufzuwerfen, wie unendlich viel wir bei uns noch nachzuholen haben. (Sehr richtig!) Es ist mit Recht davon gesprochen worden, daß wir in der deutschen Arbeiterbewegung eine gewisse Ueberorganisation haben; aber wenn Gen. Wels aufzählte, wieviele Organisationen, Vereine und Gruppen heute von der Parteigenossenschaft betreut werden müssen, so braucht das nicht der Ausdruck der Zersplitterung zu sein, sondern könnte uns vielmehr zeigen, wie unendlich reichhaltig heute die Tätigkeit eines Funktionärs geworden ist. Ich glaube, daß darin auch ein werbendes Moment liegen kann. Mit den Kulturkartellen ist ein Mittel zur Konzentration gefunden worden, und wir können die Arbeiterschaft nicht genug mahnen, zu einem Zusammenschluß zu kommen, schon angesichts der Tatsache, daß die Kapitalisten die Wichtigkeit einer Konzentration schon längst erkannt haben. Ich möchte wünschen, daß auf diesem Parteitag, wie es zu meiner Freude verheißungsvoll eingesetzt hat, auch der tätige, in der Kleinarbeit stehende Funktionär, von dem man schon des öfteren als von einem unbekannten Soldaten gesprochen hat, wieder zu Ehren kommt; denn er hat die fundamentale Arbeit für den Ausbau der Partei und für die Durchführung der großen Politik zu leisten.

Zu dem Kapitel Opposition kann ich mich ganz unbefangen äußern, denn ich unterstütze jede Opposition, die den Zweck hat, die Partei und die Parteiinstanzen vorwärts zu treiben, zu zeigen, wie man es besser machen kann. Ich würde die Sozialdemokratische Partei bedauern, die nicht ewig jung und frisch bleiben wollte, die nicht jeden Tag und jede Stunde nachprüfte, ob das, was gestern gemacht wurde, heute und morgen nicht noch viel besser werden kann. Ich kann aber den Genossen nicht folgen, die nun der Opposition jede Freiheit geben wollen, an der Partei herumzunörgeln, und zwar sogar vor dem großen Heer der Gegner und Indifferenten. Wenn wir uns mit der Partei auseinandersetzen wollen, so kann das so scharf und eindeutig wie nur möglich im geschlossenen Körper geschehen. Stehen wir aber vor unseren Gegnern, vor den Indifferenten, dann müssen wir mit ganzer Kraft für die Partei eintreten, auch da, wo es uns einmal schwer fällt. Die Nationalisten haben während des Krieges stets davon gesprochen: Recht oder Unrecht — immer mein Vaterland! Wir müssen vor der großen Oeffentlichkeit sagen: Recht oder Unrecht — immer für die Partei! (Lebh. Zustimmung.) Ich bedauere außerordentlich, daß wir nach der Richtung nicht auf dem richtigen Wege sind. Gestern habe ich ein großes Erlebnis gehabt, als ich sah, wie die Kieler Arbeiterschaft uns zeigte, was es heißt, in Reih und Glied zu marschieren. Wer dieses Erlebnis nicht gehabt hat, den bedauere ich aus tiefstem Herzen. Was aber müssen wir in dem „Sächsischen Volksblatt“ aus Zwickau lesen? Da heißt es: „Der SPD.-Dienst funkt folgendes überschwengliche Stimmungsbild aus Kiel.“ Das ist wiederum eine Spitze gegen die Partei, wie man sie so oft feststellen muß. Ist das denn nicht wahr, was sich gestern abgespielt hat? Diese Art der Kritik, der Nörgelei verurteile ich. (Sehr gut!) Ich bedauere außerordentlich, daß diese Art der Kritik heute große Teile der Partei erfaßt hat. Wenn man einen Teil der Parteipresse liest, fragt man sich, ob er überhaupt noch zur Partei gehört. (Sehr wahr!) In der kommunistischen Presse findet man heutzutage fast nur noch Artikel, die aus diesen Parteiblättern übernommen worden sind. (Sehr richtig!) Die Kommunisten

brauchen nur von unseren Blättern abzuschreiben und brauchen uns das in Versammlungen nur vor die Nase zu halten.

Noch einige Worte zu der Frage der Meinungsfreiheit! Ich bedanke mich dafür, alles unter der Firma der Meinungsfreiheit gehen zu lassen. (Zustimmung.) Ich habe gelernt, auch einmal zu schweigen, wo man gern reden möchte. Auch das ist Pflicht eines Sozialisten. (Erneute Zustimmung.) Auf diesem Parteitag muß es einmal zu einer Klärung kommen. Wir müssen wieder stolz auf unsere Partei sein. Wenn Mängel und Schwächen vorhanden sind, müssen sie beseitigt werden. Aber wenn man genauer hinsieht, findet man oft, daß solche Fehler auf ganz natürliche Umstände zurückzuführen sind. Die Parteigenossen im Lande warten mit Sehnsucht darauf, daß die Massen gesammelt werden. Die Massen können wir aber nicht sammeln, wenn wir nicht mit unbedingter Begeisterung, mit Liebe und Treue zur Partei stehen. Wenn dieser Parteitag sich ein besonderes Verdienst erwerben will, dann muß er endlich einmal feststellen, was man heute in der Partei alles unter Opposition versteht. Es gibt eine sogenannte Opposition, und es gibt eine Opposition, die vorwärtstreiben will. Diese Opposition müssen wir unterstützen, weil sie dazu dient, die Partei groß und stark und zum Stolz der ganzen deutschen Arbeiterbewegung zu machen. (Lebh. Beifall.)

Liebmann, Leipzig: Genosse Wels und Genosse Ludwig vom Parteivorstand haben das Stichwort gegeben: Debatte über die Opposition und im besonderen: Kampf gegen die Opposition. Der Redner, den wir eben gehört haben, hat die Sache wahrscheinlich ein bißchen schief aufgefaßt. Er hat gesagt, er sei für die Opposition, hat sich aber doch bemüht, sie totzuschlagen. Was soll das für eine Opposition sein, die nicht sagen darf, was sie will? (Sehr wahr!) Eine solche Formulierung ist ein Unfug.

Der Parteivorstand hat es sich sehr bequem gemacht. Er hat den großen Bannstrahl gegen alle diejenigen geschleudert, die mit der Tätigkeit des Parteivorstandes nicht einverstanden sind, und er hat von vornherein gesagt: alle Kritik ist Opposition. Er bekämpft die Opposition in der Jugend, bei den Jungsozialisten, die Levikorrespondenz und die Artikel, die ihm nicht passen. Aber so stehen die Dinge nicht, daß die Partei deshalb nicht bestehen könnte oder etwa leiden müßte, weil Auffassungen in der Gesamtpartei vertreten werden, die dem jeweiligen Parteivorstand nicht passen. Ich wollte einmal den Parteivorstand sehen, wenn er in der Weise angegriffen würde, wie er die Opposition angegriffen hat, wenn ihm gesagt würde, er meine es nicht ehrlich mit der Partei, er wolle sie schädigen. Das würde mit Recht als eine Infamie zurückgewiesen werden. Wenn aber der Parteivorstand eine solche Methode anwendet, dann braucht man sich nicht darüber zu wundern, daß es auf dem Parteitag zu unerquicklichen Debatten kommt. (Sehr richtig!) In dem gedruckten Bericht, der Ihnen vorliegt, hat der Parteivorstand folgenden Satz geschrieben: „Nicht Rechthaberei, sodern Toleranz und gegenseitige Achtung sind die Voraussetzungen für die organisatorische Geschlossenheit einer Millionenpartei; Uniformität des Denkens ist nur in einer Sekte möglch." (Sehr richtig!) Dann möchte ich auch darum bitten, daß der Vorstand jemand mit seiner Vertretung beauftragt, der seine Worte besser abzuwägen versteht, als es der Genosse Wels hier getan hat.

Der Parteivorstand hat einen Vorstoß gegen einen großen Teil von Genossen gemacht, die eine gewisse Korrespondenz nicht nur unterstützen, sondern sie auch lesen und gern lesen, weil sie sie als eine notwendige Ergänzung zur Literatur der Partei ansehen, obwohl sie dem Parteivorstand oder sonstigen Leuten unbequem wird. Es liegen aber auch darüber hinaus deutlich

erkennbare Anzeichen dafür vor, daß der Parteivorstand mit seinem allgemeinen Bannstrahl gegen die Opposition die Meinungsfreiheit in der Partei aufs schwerste bedroht. Ich könnte zahlreiche Beispiele dafür anführen. Ich will aber nur auf zwei Beispiele verweisen. Ein Beispiel ist der Fall in Halle, der zeigt, mit welcher brutalen Rücksichtslosigkeit der Parteivorstand bemüht ist, die Meinungsfreiheit zu unterdrücken, wenn sie ihm unbequem wird. (Lebh. Widerspruch.) Ein zweites Beispiel ist die Art, wie die Beiträge aus den Parteigeschäften zusammengeholt werden. Mit dieser Angelegenheit beschäftigt sich der Antrag Nr. 106, in dem gesagt wird: Die Beiträge aus den Parteigeschäften sollen nach dem Reingewinn und nicht nach dem Umsatz erhoben werden. Der Parteivorstand erklärt: Wir brauchen das Geld. Indem er das tut, schiebt er diese ganzen Bestrebungen auf das finanzielle Gebiet ab, während sie auf das politische Gebiet gestellt werden müssen. (Zustimmung.) Die Absicht dieser Bestrebungen ist doch nicht, Geld zu bekommen; denn wir bekommen gar kein Geld von den Geschäften. (Lebh. Widerspruch.) Ob ein Geschäft einen Reingewinn hat oder nicht, ist nach dem heute geltenden Beschluß von Heidelberg ganz gleichgültig. Die Parteigeschäfte müssen von ihrem Umsatz soundsoviel abliefern, und wenn sie diese Summe nicht abliefern, müssen sie unterschreiben, daß sie dem Parteivorstand soundsoviel schulden. Von vielen Geschäften erhält der Parteivorstand nichts; aber er bekommt die Anerkennung, daß er wirklich Ansprüche hat. Diese Ansprüche summieren sich in ein paar Jahren derart, daß der Parteivorstand eines Tages erklären kann: das Geschäft gehört mir. Hier im Saale sind Genossen, die bezeugen können, daß ihnen, als sie um Unterstützung für ihre Geschäfte ersuchten, vom Parteivorstand gesagt wurde: ihr bekommt die Unterstützung, ihr müßt aber erst eure Gesellschaft in die Form umwandeln, die wir für richtig halten, damit wir nachher zugreifen können, wenn wir das Geschäft an uns reißen wollen. (Lebh. Widerspruch.) — Wenn Sie nicht sehen wollen, was gespielt wird, ist das Ihre Sache. Ich sehe darin eine schwere Gefahr für die Meinungsfreiheit in der Partei, weil darin das Bestreben zum Ausdruck kommt, die Geschäfte so zu beherrschen, daß der Parteivorstand mit Leichtigkeit in die Redaktion Leute hineinsetzen kann, die ihm bequem sind und seine Auffassung vertreten (Zustimmung. — Widerspruch und Zuruf: Wo ist das geschehen?) — Wir haben in der Zeit des Krieges Beispiele genug gehabt. — Wenn ich auch dem Parteivorstand den guten Glauben zuspreche und annehme, daß er das nicht will, so haben wir als die Körperschaft, die die politische Linie der Partei bestimmt, auf die Gefahren einer solchen Regulierung zu achten und dagegen einzuschreiten. Deshalb empfehle ich die Annahme unseres Antrages.

Wenn der Parteivorstand sich einmal darum kümmern will, was für Meinungen vertreten werden, möchte ich ihn auf den Antrag Nr. 26 aus Berlin aufmerksam machen. In diesem Antrag wird verlangt, daß gegen die Genossen, die sich durch literarische Arbeit an dem Organ der Alten Sozialdemokratischen Partei Sachsens beteiligen, eingeschritten wird.

Nach meiner Auffassung hat der Parteitag allen Anlaß, darauf zu achten, daß die Gefahr einer Beschränkung der politischen Meinungsfreiheit in der Partei aus der Welt geschafft wird. Wenn der Opposition entgegengehalten worden ist, sie verrichte nur die Arbeit der Feinde der Partei, so erwidere ich: Wer die Arbeit der letzten Jahre in der Partei übersieht, muß zugeben, daß gerade die Opposition große Massen der Arbeiter der Partei erhalten hat. (Lebh. Zustimmung.) Dem steht eine ganze Menge von Erscheinungen in der Partei gegenüber. Sehen Sie sich die Veröffentlichungen des Parteivorstandes, sehen Sie sich vor allem das Lehrbuch für Lehrende und Lernende an. (Zuruf: Welches Buch?) Das Buch von Lipinski, das Gen. Ludwig heute früh so

lebhaft empfohlen hat. Das ist ein Abstieg vom Marxismus. (Lautes Lachen und Widerspruch.) Wenn Sie es mit dem vergleichen, was Marx und Engels geschrieben haben, so müssen Sie sagen: es ist jämmerlich, daß die Partei sich so etwas gefallen läßt. Das ist bezeichnend für den Parteivorstand. Die Partei kann nicht dulden, daß sich die Opposition in der Partei eine Organisation schafft. Aber ohne die Opposition kann keine Partei auskommen. Die Wahrheit dieses Satzes bleibt bestehen, auch wenn die Opposition einmal über das Ziel schießt und so dumm wäre, wie der Parteivorstand sie einschätzt, selbst wenn der Parteivorstand noch klüger wäre, wie er sich selbst einschätzt. Es ist der geistige Tod für die Partei, wenn von den offiziellen Instanzen die Opposition mit dem großen Bannstrahl belegt wird. Wir brauchen die Opposition in der Partei. (Lebh. Beifall.)

Otto **Braun**, Berlin: Parteigenossinnen und -Genossen! Verzeihen Sie, wenn ich Sie aus den Höhen des wissenschaftlichen Marxismus wieder in die Niederungen der praktischen Politik zurückführe. (Heiterkeit und Zustimmung.) Mir geben Veranlassung, das Wort zu ergreifen, die Ausführungen Rosenfelds über den Hohenzollernvergleich. Ich habe seinerzeit, als wir diesen Vergleich abschlossen, erklärt: nach zwei bis drei Wochen redet kein Mensch mehr über den Vergleich. Das ist auch eingetreten. Allerdings habe ich damals nicht an den Parteitag und an den Gen. Rosenfeld gedacht. (Heiterkeit.) Der Thüringer Genosse wies auf die Begeisterung beim Abstimmungskampf hin. Ja, bei derartigen Abstimmungen werden nur die Stimmen und nicht die Begeisterung gezählt. Aber weil dem so ist und weil sich die Begeisterung auch nicht auf die Dauer erhalten läßt, war es ein Gebot nüchterner, praktischer Politik, zu erwägen: wie kommt man aus dieser Situation nach dem Versagen der Abstimmung heraus? Das ist das, was die preußischen Parteigenossen bei der Regelung dieser Frage geleitet hat. Einen anderen Weg gab es nicht, nachdem das preußische Justizministerium unter Leitung des weiland preußischen Justizministers Dr. Rosenfeld seinerzeit in die Erläuterung der Beschlagnahmeverordnung hineingeschrieben hatte, daß es bei der Beschlagnahme nicht darauf ankomme, die Hohenzollern zu enteignen, sondern das Vermögen vorsorglich sicherzustellen, vorbehaltlich der juristischen Entscheidung. Die Gerichtsurteile, die über Einzelobjekte des Hohenzollernvermögens zuungunsten des preußischen Staates gefällt worden sind, haben sich auch auf diese Zweckbestimmung der Beschlagnahmeverordnung berufen (Hört, hört!), indem die Gerichte ganz richtig erklärten: Das ist eben der Wille der damaligen Volksbeauftragten, der damaligen Gesetzgeber gewesen, die diese Beschlagnahmeverordnung erlassen haben. (Lebh. Rufe: Hört, hört!)

Nun ist hier gesagt worden, auch von dem Gen. Rosenfeld, daß man bei Abschluß des Vergleiches keine Rücksicht auf die Sachsenwahlen genommen habe. Gen. Rosenfeld meinte, die Sachsenwahlen wären vielleicht besser ausgefallen, wenn der Vergleich nicht abgeschlossen worden wäre. Ob die rückläufige Bewegung, die sich hier und dort in der Partei in Sachsen gezeigt hat ((Rufe: Wo denn?), lediglich auf den preußischen Hohenzollernvergleich zurückzuführen ist, möchte ich stark bezweifeln. (Sehr richtig!) Als die sächsischen Genossen seinerzeit in inniger Regierungsgemeinschaft mit den Kommunisten ihren Vergleich mit der Königsfamilie Wettin abschlossen, haben sie uns Preußen auch nicht gefragt, wie das auf uns einwirken wird. (Sehr wahr!) Die bürgerlichen Parteien haben bei uns in Preußen fortgesetzt darauf hingewiesen, daß selbst die doch immerhin nicht gerade sehr rechtsstehenden sächsischen Sozialdemokraten mit den Kommunisten schon längst einen Vergleich mit ihrem Königshause abgeschlossen haben, wir Preußen dazu aber noch

immer nicht bereit seien. Also lassen wir diese Argumente völlig beiseite. Wie die Dinge gegangen waren, gab es, nachdem das letzte Mittel des Volksentscheids versagt hatte, nur die eine Möglichkeit, auf dem Boden eines Vergleichs zu versuchen, für den Staat, d. h. für die Allgemeinheit, so viel wie möglich zu retten. (Lebh. Zustimmung.)

Wenn Gen. Rosenfeld meinte, daß wir uns dadurch die Möglichkeit genommen oder beeinträchtigt hätten, unter den Inflationsopfern für die Partei zu werben, so muß ich offen gestehen: es heißt doch die Werbekraft unserer Partei sehr niedrig einschätzen (Sehr richtig!), falls letzten Endes die einzige Möglichkeit, unter diesen Opfern des Krieges zu agitieren, der Nichtabschluß des Hohenzollernvergleichs gewesen wäre.

Gen. Rosenfeld sagte weiter, der Kampf müßte ohne Kompromiß zu Ende geführt werden. Nun, das hätte zur Folge gehabt, daß wir den Kampf nicht wie die Sachsen durch einen Vergleich abgeschlossen hätten, sondern daß die Hohenzollern durch die preußischen Gerichte alles herausbekommen haben würden, und für das Volk fast nichts mehr geblieben wäre. (Sehr wahr!) Das habe ich und das hat mit mir auch die preußische Landtagsfraktion sowie der Parteivorstand vor der Allgemeinheit, vor der Gesamtheit des preußischen Volkes nicht verantworten zu können geglaubt. (Lebh. Zustimmung.) Ich will nicht weiter darauf eingehen. Für mich ist der Hohenzollernvergleich erledigt, und ich glaube, wir werden hier darüber zum letzten Mal geredet haben.

Aber ein Wort noch — ich will mich in den hohen Meinungsstreit nicht einmischen — zu der Frage der Meinungsfreiheit! Es ist kein Zweifel, daß jeder Parteigenosse — wir verlangen das für jeden Staatsbürger — volle Meinungsfreiheit hat. Aber Meinungsfreiheit haben und von ihr Gebrauch machen, das ist doch zu unterscheiden. Meinung kann jeder haben, soviel er will. Aber bevor er diese Meinung öffentlich äußert, muß er sich immer überlegen: Welche Wirkung hat sie für die kämpfende Partei? (Sehr richtig!) Wir üben nicht Meinungsfreiheit als Selbstzweck, sondern als Mittel zum Zweck, um unserer Partei zu dienen und die Arbeiterbewegung zu fördern. Wird von der Meinungsfreiheit so Gebrauch gemacht, wird sie zeitlich oder örtlich oder im Tone so geäußert, daß dieser Zweck nicht erreicht wird, sondern das Gegenteil eintritt, da wird — da stimme ich dem Genossen Wels zu — daraus ein Mißbrauch der Meinungsfreiheit, die wir unbeschadet der Aufrechterhaltung der Meinungsfreiheit an sich mindestens kritisieren müssen, damit für die Zukunft diese Parteigenossen sich bei jeder Meinungsäußerung eine gewisse Zurückhaltung auferlegen.

Zum Schluß noch eins! Ich will auf die Fragen der allgemeinen preußischen Politik nicht eingehen, das wird Genosse Severing im Auftrage der preußischen Landtagsfraktion tun. Aber wenn Genosse Rosenfeld meinte, wir müssen nach den Methoden des wissenschaftlichen Sozialismus die Macht erringen, so muß ich sagen: wenn wir uns allein mit dieser bequemen Wendung im politischen Tageskampf begnügen wollten, würden wir nicht einen Schritt vorwärts kommen. Gewiß müssen wir nach den Methoden des wissenschaftlichen Sozialismus, nach der materialistischen Geschichtsauffassung als Methode, alle Vorgänge im politischen, wirtschaftlichen Leben betrachten, beurteilen und werten, und nach dem Ergebnis dieser Wertung müssen wir dann unsere Maßnahmen im politischen Tageskampf ergreifen, immer unter dem Gesichtspunkt: Nützt es unserer Partei, dem kämpfenden Proletariat? Bringt es uns voran? Das ist die Aufgabe des praktischen Politikers, über sie kommt er nicht mit dieser sehr bequemen Floskel hinweg: nach den Methoden des wissenschaftlichen Sozialismus. Wenn das Regieren so leicht

wäre, dann säße Severing noch neben mir im Kabinett, dann hätte ihm das Regieren nicht soviel Kopfschmerzen gemacht und mir auch nicht.

Wenn jetzt die sächsischen Genossen, nachdem sie ihre Parteiangelegenheiten und die Fragen der sächsischen Politik völlig bereinigt haben, noch Zeit und Scharfsinn übrig haben, die Sonde der Kritik an die preußischen politischen Verhältnisse anzulegen, so beneide ich sie um die Zeit. Ich habe die Zeit nicht, mich um die sächsischen Verhältnisse zu kümmern. Was ich davon kennengelernt habe, das hat mich gelehrt, daß mit dem Ergebnis nur ein Schulbeispiel dafür gegeben ist, wie man es nicht machen soll. (Sehr wahr!) Wir werden es in Preußen auch nicht so machen. Haben uns die Kommunisten gemeinsam mit den Deutschnationalen nicht aus der preußischen Regierung herausgebracht — die Sachsen bringen es auch nicht fertig. Freiwillig geben wir die Machtposition in Preußen nicht auf. (Stürmischer Beifall.)

Aufhäuser, Berlin: Ich will auf die Ausführungen über die Meinungsfreiheit in diesem Augenblick nicht eingehen, um die Redezeit für das zu behalten, was ich mir vorgenommen habe. Aber den einen Satz darf ich vorausschicken: Wenn man die Gesamteindrücke auf sich wirken läßt über das, was an Meinungsfreiheit und Toleranz innerhalb der eigenen Partei für notwendig erachtet wird, und das, was an Toleranz z. B. gegenüber dem bürgerlichen Deutschen Beamtenbund hier verlangt wird, dann sage ich, daß hier ein Widerspruch klafft. Niemand hat die Auffassung vertreten, daß die Meinungsfreiheit die Grenze des Zulässigen, dessen, was die Partei tragen kann, überschreiten darf. Was hier verlangt wurde, war lediglich das, was der Genosse aus Hamburg vom Parteivorstand wünschte, daß er eine Spitze der Objektivität sein soll, d. h., daß bei der Kritik der Opposition nach beiden Seiten mit gleichem Maße gemessen werden soll. Ich wünschte, daß man einmal mit derselben Gründlichkeit, mit der die Korrespondenz des Genossen Levi untersucht wird, die Artikel mancher Mitarbeiter an den „Sozialistischen Monatsheften" auch einmal unter die Lupe nehmen würde. (Sehr wahr!) Diese Meiungsfreiheit, die auch öffentlich zutage getreten ist, daß z. B. organisierte Sozialdemokraten in den Monatsheften im Augenblick unseres Kampfes gegen den Achtstundentag geschrieben haben, das halte ich für schädlicher, als daß man über die Taktik der Partei eine Diskussion vornimmt.

Nach dem, was heute morgen zu der Beamtenfrage von Wels erklärt wurde, vermisse ich allerdings, daß man die Toleranz, die man von unserer Partei gegenüber dem DBB. verlangt, einengt, wenn es sich um die Aussprache innerhalb der eigenen Partei handelt. Der Parteivorstand hat in seinem Bericht die Beamtenfrage aufgerollt, aber keinen Weg gezeigt. In Heidelberg ist beschlossen worden, daß die Sozialdemokratische Partei gegenüber den beiden großen Beamtenbewegungen, der freien und der bürgerlichen, neutral bleiben soll. Dieser Beschluß hat sich als unhaltbar erwiesen. Der Parteiausschuß hat Anfang 1927 Stellung genommen und erneut einen Beschluß vorgelegt, der wieder davon spricht, daß man die Neutralität beibehalten müsse. Dieser Beschluß hat sich wieder als unhaltbar erwiesen. Es ist doch kein Zufall, daß 20 Anträge aus den verschiedensten Teilen des Reiches zu dieser Frage vorliegen. Sie liegen auch aus Hamburg vor und stehen im schroffsten Gegensatz zu dem, was Genosse Leuteritz ausgeführt hat. Deshalb sage ich: den Parteitag damit vorübergehen zu lassen, daß man erklärt, es bleibt bei der Entschließung des Parteiausschusses, daß man nur den Beschluß neu drucken läßt, das heißt, man geht einer Schwierigkeit aus dem Wege.

Wels hat erklärt, man müsse es der Entwickelung überlassen. Es gibt aber bestimmte Fragen, die in einem bestimmten Zeitpunkt von einer Arbeiterpartei eine Entscheidung verlangen. (Sehr richtig!) Die Beamtenfrage steckt heute nicht mehr in den Kinderschuhen. Die soziale Entwicklung hat die Beamten in die Arbeiterbewegung hineingedrängt. Die freien Beamtengewerkschaften stehen drin, der andere Teil draußen. In solchem Zeitpunkt muß die Partei bereit sein, Stellung zu nehmen. Mit dieser Deklaration, die heute wiederholt werden soll, ist nichts getan. Der Parteitag würde auseinandergehen und die Genossen draußen würden fragen: Wozu habt ihr beraten, wenn ihr alle Anträge überhaupt nicht in Erwägung zieht? Diese Neutralität der Partei gegenüber einer bürgerlichen Vereinigung ist auf die Dauer nicht haltbar.

Wenn diese Schwierigkeiten bestehen, von denen Wels gesprochen hat, und wenn wir einen Weg suchen, dann ist es das Gegebene, daß wir uns auf unser Parteiprogramm besinnen. Wozu haben wir denn unser Parteiprogramm, wenn wir in solcher schwierigen Frage nicht darauf zurückgreifen? In den Parteigrundsätzen heißt es wörtlich: Den Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten, ist die Aufgabe. Das soll heißen, daß man Arbeiter, Angestellte und Beamte zum einheitlichen Handeln befähigt. Die Sozialdemokratie soll nicht nur zu Organisationsfragen Stellung nehmen, sondern programmatisch aussprechen, daß ihre Beamtenpolitik nicht dieselbe ist, wie die der bürgerlichen Parteien. Die bürgerlichen Parteien begnügen sich damit, daß sie gelegentlich die Besoldung um ein paar Mark erhöhen und neue Gruppen schaffen. Die sozialdemokratische Beamtenpolitik unterscheidet sich heute dadurch, daß man auch die Wirtschaftspolitik, die die Voraussetzung für den Kaufwert dieser Besoldung bildet, berücksichtigt. Die Bürgerlichen erklären: Beamtenrecht ist nur eine Verfassungsfrage. Die Sozialdemokratie muß auf dem Parteitag erklären, daß das Beamtenrecht nicht nur eine staatsrechtliche Frage ist, sondern, da es sich um arbeitende Menschen handelt, das Beamtenrecht ein Teil des Arbeitsrechts, eine arbeitsrechtliche Frage ist.

Wenn wir diese Dinge aussprechen, ist auch die Trennungslinie gegenüber dem DBB. gegeben. Das ist die Konsequenz, die die freigewerkschaftlichen Beamten heute im ADB. gezogen haben. Es ist kein Zufall, wenn die Sozialdemokratie mit den freien Arbeitergewerkschaften in ständiger Wechselbeziehung steht. Das ergibt sich aus den sozialen Kämpfen. Anders kann es auch gegenüber den Beamten nicht sein. Ich bin weit davon entfernt, dem Kieler Parteitag einen Entschluß zuzumuten, der eine Polemik gegen den DBB. bedeutet. Wenn aber Wels erklärt, daß die Einigung der freigewerkschaftlichen Beamten mit dem DBB. gescheitert ist, möchte ich den Grund dafür angeben. Die freigewerkschaftlichen Beamten wollten sich mit den andern einigen und waren weitgehend dazu bereit. Die Einigung ist aber gescheitert, weil der DBB. erklärt hat: Ihr habt bei euch Organisationen, die neben den Beamten die Arbeiter mitorganisieren, ihr habt bei euch die Eisenbahner, den Gemeindearbeiterverband usw., und eine Vereinigung der Beamten mit den Arbeitern kann der DBB. nicht mitmachen. Damit ist auch offen ausgesprochen, daß der DBB. organisatorisch mit der deutschen Arbeiterbewegung unserer Richtung nichts zu tun haben will.

Es wird gesagt, der DBB. habe eine Million Mitglieder. Ich weiß es nicht. Aber selbst wenn es wahr ist, kann das kein Gesichtspunkt für die Entscheidung in unserer Partei sein. Es gibt heute noch große deutschnationale Handlungsgehilfenverbände, und es fällt keinem ein, deshalb der Partei die Neutralität gegenüber solchen bürgerlichen Verbänden zuzumuten. Ich habe Verständnis dafür, daß ein Teil unserer Parteigenossen noch in Verbänden des Beamtenbundes ist. Wir wollen es diesen Genossen überlassen, ihre

Gründe nachzuprüfen und allmählich zu einer anderen Entwicklung zu kommen. Was wir vom Parteitag hier verlangen, soll nicht ein Organisationszwang gegenüber dem einzelnen sein, sondern soll die Stellung der Partei als Ganzes sein. Die Genossen sollen sich nicht mißbrauchen lassen, und das ist tatsächlich passiert. Wenn es möglich ist, daß kürzlich eine Broschüre herauskam: „Sozialdemokratie und Berufsbeamtenium", deren Hauptverfasser der Sekretär der sozialdemokratischen Beamtenzentrale ist, dann ist das ein Mißbrauch unserer Organe zugunsten einer bürgerlichen Vereinigung und gegen unsere freien Gewerkschaften. Wenn Sie den Inhalt der Broschüre prüfen würden, würde kein einziger in Kiel diesen Inhalt unterschreiben. In der Broschüre wird der Partei zugemutet, daß sie ihr an sich bescheidenes Beamtenprogramm abschwächt und die arbeitsrechtlichen Forderungen der Beamten ablehnt. Das hat eine Verwirrung hervorgerufen, die soweit gegangen ist, daß der „Vorwärts" diese Broschüre unter der Ueberschrift „Aus der Partei" besprochen hat, und daß man jetzt dazu übergegangen ist, innerhalb des DBB. eine Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten zu gründen.

Die Klärung des Streites durch uns ist möglich unter Rücksichtnahme auf die Genossen, die heute noch innerhalb des DBB. sind. Sie ist möglich, wenn man die Stellungnahme der Partei klar herausarbeitet. Wie die Partei heute nicht neutral ist gegenüber den christlichen Gewerkschaften, genau so kann sie nicht neutral sein gegenüber dem DBB., der die christlichen Gewerkschaften, soweit sie Beamte hatten, in sich aufgenommen hat. Dieser Unterschied ist nicht möglich. In der Leitung des DBB. sind Deutschnationale maßgebend. Der DBB. subventioniert mit den Beiträgen seiner Mitglieder, also mit Beiträgen von den Sozialdemokraten, die christlich-nationale Zeitschrift von Stegerwald, „Der Deutsche". (Hört, hört!) Wenn man auch hier noch neutral bleiben will, dann allerdings kann man sich auf den Beschluß des Parteiausschusses stützen.

In den letzten Tagen ist bei den Betriebsrätewahlen der Eisenbahner von dem Eisenbahnerverband des DBB. die Parole ausgegeben worden, Stellung zu nehmen gegen die freien Gewerkschaften. Das sind unerträgliche Dinge. Deshalb soll der Parteitag einen Beschluß fassen, der tragbar ist, der für unsere Genossen in den andern Verbänden nicht zu einer Verfemung führt, wie es hier heißt, sondern der die Stellung der Partei so klar festlegt, daß die Genossen daraus ihre Konsequenzen ziehen können. Wir haben es in der Entschließung vermieden, solchen Organisationszwang auszusprechen. Aber was darin steht, ist das Bekenntnis der Sozialdemokratie zu den Grundsätzen und Zielen der freien Gewerkschaften. Das ist nichts Neues, das müßte nur erneut ausgesprochen werden, weil die Beamtenfrage heute an den Parteitag herangekommen ist.

Wenn Sie sich auf den Boden dieser Entschließung stellen, dann werden Sie nicht nur erreichen, daß die Entwicklung auch in unserm Sinne läuft, sondern dann sprechen Sie auch aus, was die Sozialdemokratie für die Beamten will. Dann geht aus diesem Beschluß auch hervor, daß in einer Zeit wie heute, wo der Bürgerblock schroff gegen den Arbeiterblock steht, weder die Arbeiter noch die Angestellten, noch die Beamten neutral sein dürfen. Die Beamtenverbände sollen parteipolitisch neutral in ihren Verbänden, aber sie sollen nicht neutral sein in dem Kampf der besitzenden Klasse gegen die Arbeiterklasse. Diese Neutralität nehmen wir dem DBB. übel, und das muß uns mit dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund verbinden, der in diesem großen sozialen Ringen der Klassen von heute eindeutig auf der Seite der Kameraden aus der Arbeiterschaft steht, während der DBB. neutral ist. Eine Beamtenbewegung, die in diesem Augenblick der Reaktion in Deutschland

neutral sein will, ist nicht neutral, sondern steht gegen uns. Daraus wollen wir die Konsequenzen ziehen.

In diesem Sinne möchte ich Sie bitten: vereinigen Sie sich auf die Entschließung Nr. 194, die von den Genossen der verschiedensten Landesteile und der verschiedensten Richtungen eingebracht worden ist! Sprechen Sie das aus, was die Sozialdemokratie den Beamten zu sagen hat! Dann werden Sie auch jedem Beamten, der Sozialdemokrat ist, ohne daß Sie einen Zwang ausüben, den Weg zeigen, den er in gewerkschaftlicher Beziehung zu gehen hat. (Lebhafter Beifall.)

Schluß der Sitzung 6 Uhr.

Zweiter Verhandlungstag

Dienstag, den 24. Mai 1927, vormittags 10 Uhr

Vors. **Wels:** Die Sitzung ist eröffnet.

Herzliche Grüße für die Verhandlungen sendet der Spielleiterlehrgang der Arbeiterjugend in Spandau.

Wir fahren in der Tagesordnung fort.

Wilke, Stettin: Wels hat in seinem Vorstandsbericht die Preußenfrage und besonders die Abfindung der Hohenzollern erwähnt. Braun hat diese Angelegenheit nach meiner Meinung als preußischer Minister behandelt und gemeint, drei Tage nach Erledigung des Kompromisses würde kein Mensch mehr darüber sprechen. Nach der wochenlangen Aufwühlung der großen Volksmassen in dieser Frage und des ungeheuren Propagandamaterials unter dem Motto „Keinen Pfennig den Fürsten" konnte diese Stimmung der Massen durch die Annahme des Kompromisses nicht erledigt sein. In dieser Frage ist von unsern preußischen Genossen im Ministerium wie in der Landtagsfraktion überstürzt gehandelt worden. Es trifft nicht zu, daß diese Frage durch die Schuld der Redakteure der Bezirkszeitungen oder der Parteisekretäre nicht zur Ruhe kam. Die Funktionäre in den Betrieben und die, die die Kleinarbeit in der Partei leisten, waren ungehalten, und es bedurfte erst des ganzen Einflusses der Leitung der Partei am Ort, um diese Genossen bei der Stange zu halten und die Werbearbeit durchzuführen. Wir wollen uns doch nichts vormachen! Diese Erledigung der Fürstenabfindung war eins der besten Agitationsmittel für die Kommunisten, welches wir ihnen als Material überließen.

Braun beliebte dann, gegen die Parteigenossenschaft in Sachsen auf Grund eines Artikels in der „Leipziger Volkszeitung" zu polemisieren, der sich mit der preußischen Koalition befaßte. Dabei hat Braun Aeußerungen gemacht, die er besser hätte unterlassen sollen. (Sehr richtig!) Die sächsischen Genossen sind doch gegenüber dem Heidelberger Parteitag und den dort gegen sie gerichteten Angriffen heute vollständig rehabilitiert. (Lebhafte Zustimmung.) Welcher Bezirk hätte das organisatorisch ausgehalten, was die sächsischen Parteibezirke durch die Störung der 23 aushalten mußten! (Sehr gut!) Das Wahlresultat in Sachsen ist nach den Vorkommnissen, an denen der Parteivorstand durch die den 23 gewährte lange Unterstützung auch nicht unschuldig ist, außerordentlich erfreulich. (Sehr richtig!)

Wels hat hier von einer gewissen Korrespondenz gesprochen. Er hätte ohne weiteres deutlich sagen sollen, daß es sich um die Levi-Korrespondenz handelt. Mir ist erinnerlich, daß früher einmal ein Genosse, der Leiter des Tapezierer-

verbandes war, seine Donnerkeile gegen die Schreibweise der „Sozialistischen Monatshefte“ richtete — Wels wird wissen, wen ich meine —, doch die Sünden sind vergeben, es ist lange her. Wenn wir aber hier von Tradition sprechen, so kann ich auf August Bebel hinweisen, der sich gegen die Mitarbeit von Sozialdemokraten an bürgerlichen Zeitungen wandte. Wer spricht heute darüber, daß namhafte Parteigenossen glauben, ihre Produkte nicht anders als an bürgerliche Zeitungen loswerden zu können. (Sehr richtig!) Ob sie sich demokratisch oder als etwas anderes bezeichnen, sind diese Blätter uns Sozialisten grundsätzlich feindlich gegenüber eingestellt. (Sehr richtig!) Man sollte deshalb mit seinen Donnerkeilen gegen die sogenannte Opposition etwas vorsichtiger sein.

Ich bin auch nicht der Meinung, daß Parteiblätter, die in politischen Fragen eine andere Haltung als das sogenannte Zentralorgan der Partei einnehmen, der kommunistischen Partei billiges Agitationsmaterial liefern. Warum wird gerade die sogenannte Linke in der sozialdemokratischen Partei von den Kommunisten auf das gröbste angepöbelt und angefeindet? — Weil die Kommunisten genau wissen, daß die sogenannte Linke innerhalb der sozialdemokratischen Partei einen viel größeren Einfluß bei den großen Massen hat. (Zustimmung — Widerspruch und Lachen — Zuruf: Siehe Kiel!) —, Ja, Genosse Löbe, es scheint auch in Kiel nicht alles so zu sein, wie es hier dargestellt wird.

Ich bitte, daß sich der Parteivorstand die Frage vorlegt, ob es nicht möglich wäre, anstatt der „Gesellschaft“ ein ähnliches Organ wie früher die „Neue Zeit“ für die Funktionäre zur Klärung von parteitaktischen Fragen herauszugeben.

Göpffahrt, Kassel: Wenn Wels gestern längere Ausführungen der Beamtenorganisation widmete und sie mit dem ihm eigenen Temperament vortrug, und über die Stimmung in Parteikreisen und des PA. berichtete, so müssen wir uns zweifellos mit dieser Frage eingehend beschäftigen. Sie kann nicht einfach wie gestern von dem Genossen aus Hamburg abgetan werden, wenn er erklärte: es ist nur eine Erziehungsfrage, — Handbewegung — ab durch die Mitte! So kann die Frage von uns nicht behandelt werden. In der Partei gab es Zeiten, in denen das Wort „Beamte“ als Fremdkörper bewertet wurde; Gott sei Dank sind sie vorüber. Nach der Staatsumwälzung sind, wie gestern Wels sagte, eine ganze Anzahl von Beamten zu uns gekommen. Eine Anzahl davon, Stellenjäger, die persönliche Vorteile suchten, haben uns längst wieder den Rücken gekehrt. Aber die mit Herz und Hand bei uns blieben, für diese Beamten wurde die Frage brennend, mit der wir uns auch heute zu beschäftigen haben. Ich weiß, daß alte Parteigenossen auch heute noch mit einem gewissen Mißtrauen auf die bei uns organisierten Beamten blicken. Das hat zum Teil eine Berechtigung durch die überlieferte Einstellung der Beamten in der Vorkriegszeit. Das Wort Novembersozialist hatte, auf die Beamten gemünzt, oft einen bitteren Beigeschmack.

Wenn Wels gestern erklärte, daß leider die gewerkschaftlichen Beamtenforderungen auf dem Rücken der Partei zum Austrag kommen sollen, so müssen wir uns fragen, ob nicht letzten Endes die Parteileitung selbst dabei eine Schuld trägt. In Oesterreich hat die Beamtenbewegung einen anderen Fortschritt zu verzeichnen als bei uns, und zwar durch das rechtzeitige Eingreifen der Partei. Wenn auch der Reichsbeamtenbeirat als das engere Grenium vollständige Neutralität zwischen den beiden Spitzengewerkschaften verkündet hat, so befriedigt die bisherige Lösung niemand. Das beweisen die vielen

Anträge, die diese Frage betreffen. Noch nie ist eine so große Anzahl von Anträgen über eine einzige Berufsschicht gestellt worden. Wir können nicht damit einverstanden sein, daß man darüber einfach hinweggeht. In zwei großen Beamtengewerkschaften sind unsere parteigenössischen Beamten organisiert. Man müßte annehmen, daß die Sozialdemokratische Partei nur einer, der uns nahestehenden freien Gewerkschaft, dem ADB., aus taktischen und politischen Gründen ungeteilt ihr Vertrauen schenkt. Leider ist dies nicht der Fall. Kräfte, die dabei am Werke sind, sind größer als alles andere, vielleicht größer als der Genosse Wels. Jedenfalls ist es für uns unverständlich, wenn Parteileitung und Parteiausschuß dem ADGB. ein anderes Entgegenkommen zeigt als dem ADBB. In der Resolution 189 wird ausdrücklich gesagt, daß der Gegensatz zwischen dem DBB. nicht etwa so gewertet werden kann, wie der Gegensatz zwischen den Hirsch-Dunckerschen oder den christlichen Gewerkschaften. Immerhin wird ein Gegensatz konstruiert, der aber leider nur auf dem Papier steht. In Wirklichkeit wird von uns immer Neutralität nach beiden Seiten betont. Es ist an der Zeit, daß wir uns die Frage stellen, ob wir hier von gelben Beamtenorganisationen sprechen können. Es gilt, vor den Delegierten offene Karten zu zeigen. Das geschieht mit besonderer Berücksichtigung der Parteigenossen, die im DBB. organisiert sind. Wir können uns mit dem Vorgehen des DBB. nicht einverstanden erklären, wenn wir gestern hörten, daß monatlich 10 000 Mk. an das Organ der christlichen Gewerkschaft „Der Deutsche“ gezahlt werden. Das ist dieselbe Presse, die am 26. April von den Führern der Sozialdemokratischen Partei als Phrasendrescher und vom Quasselsumpf schrieb. Diese Presse unterstützt der DBB. Oder wollen wir darüber hinweggehen, daß der DBB. im letzten Jahr 96 000 Mk. der Zentralgewerkschaft der Reichseisenbahn doch nur zu dem Zweck zur Verfügung stellte, den freigewerkschaftlichen Einheitsverband der Eisenbahner zu bekämpfen! Uns allen ist bekannt, daß sich die Einigungsverhandlungen zwischen den beiden Beamtenorganisationen zerschlugen, und zwar zu einer Zeit, als gleichzeitig der Zusammenschluß mit dem christlichen Gesamtverband getätigt wurde. Das sind alles Streiflichter, von dem gar nicht zu sprechen, was hinter den Kulissen vorgeht. Wir müssen zu einer klaren Stellung kommen.

Zur Entschuldigung wird oft angeführt, es werde gern gesehen, daß dort Parteigenossen organisiert sind, sie wirken wie der Hecht im Karpfenteich, man könne die einflußreiche Gruppe nicht herausnehmen. Bis heute hat niemand etwas davon gemerkt, daß ausgerechnet diese Arbeit der Genossen zum Vorteil der Partei geführt hätte. Nur Optimisten können sich dieser Täuschung hingeben. Wenn die Genossen so tüchtig sind, dann ist ihr Platz bei uns. Wenn die Gewerkschaftsführer sich für eine Person zu entscheiden hätten, werden sie zweifellos den nehmen, der der freien Gewerkschaft angehört. Als für die bekannte Schrift „Sozialdemokratie und Berufsbeamtentum“ ausgerechnet von dem DBB. der Massenbezug propagiert wurde, legten die deutschnationalen Beamten dagegen Verwahrung ein, daß ihr Beiträge zum Fang von sozialdemokratischen Beamten verwendet würden. Aber daß die Beiträge unserer Genossen ausgerechnet für eine uns gegnerische Presse verwandt werden, darüber schwiegen unsere Parteigenossen im DBB. einstimmig und konnten sich zu keiner Protestkundgebung aufraffen.

Ich bitte, den Antrag 44, Abs. 2, anzunehmen. Für uns muß der Grundsatz gelten: Wer sich parteipolitisch für die SPD. entschieden hat, kann nicht gewerkschaftliche Grundsätze vertreten, die in ihrer Auswirkung mit unseren Zielen in Widerspruch stehen oder gar als Kampfmittel gegen die Richtlinien der SPD. benutzt werden.

Litke, Berlin: Auch wir in Berlin sind der Meinung, daß in der Beamtenpolitik der Partei eine Wendung vollzogen werden muß. Dem Parteivorstand wird nicht unbekannt sein, daß der Bund Deutscher Krankenkassenbeamten, der dem DBB. angeschlossen ist, mit der vom Parteiausschuß beschlossenen Formulierung Propaganda für seine Organisation macht, indem er erklärt: Nach der Stellung des Parteiausschusses brauchen die Angestellten nicht Mitglied einer freien Gewerkschaft zu sein, sie können ruhig im Deutschen Krankenkassenbeamtenbund die Mitgliedschaft erwerben, ohne mit der Partei in Konflikt zu geraten. Dadurch wird die uns nahestehende Organisation geschädigt. Wenn wir die gestern vom Genossen Aufhäuser vorgeschlagene Fassung annehmen, wird zweifellos eine klarere Stellungnahme herbeigeführt.

Nach dem Antrag Berlin Nr. 26 soll gegen die Genossen eingeschritten werden, die an dem Organ der Alten Sozialdemokratischen Partei Sachsens, dem „Volksstaat", mitarbeiten. Der Parteivorstand hat Uebergang zur Tagesordnung vorgeschlagen. (Wels: Wer sagt das?)

Das ist uns in der Landmannschaftssitzung berichtet worden. (Wels: Das ist falsch berichtet!) — Dann darf ich aus dieser Bemerkung entnehmen, daß der Parteivorstand für die Annahme des Antrages eintritt? (Wels: Wir wollen wissen, wer der Mitarbeiter ist!) — Nach einem Gespräch zwischen den Genossen Fechenbach, Kuhnt und Breuer hat nach unserer Information Breuer erklärt, er arbeite an diesem Organ mit und habe — ich weiß nicht, ob das richtig ist — mit dem Genossen Wels auch darüber gesprochen. Es handelt sich hier nach unserer Auffassung um die Mitarbeit an einem ausgesprochen gegnerischen Organ. (Sehr richtig!) Ich habe den Ausführungen von Wels über den Charakter dieses Blattes nicht ein einziges Wort hinzuzusetzen. Der Parteitag muß aber aus diesen Ausführungen von Wels auch die Schlußfolgerungen ziehen, indem er die Mitarbeit am „Volksstaat" untersagt. (Sehr richtig!) Ich bitte um Annahme des Antrages 26.

Antrag 32 verlangt, daß der Parteivorstand vierteljährlich gemeinverständlich gefaßte Broschüren für die Agitation herausgibt, wovon sich jede zweite Nummer mit der Frauenfrage befassen soll. Wir erklären uns mit der vom Parteivorstand vorgeschlagenen Regelung einverstanden, daß diese Angelegenheit von Fall zu Fall geregelt wird.

Ich bitte um die besondere Aufmerksamkeit des Parteitages für den Antrag 12, der verlangt, daß der Parteivorstand vor wichtigen Entscheidungen eine Stellungnahme der Gesamtorganisation durch rechtzeitige Information der Bezirksvorstände herbeiführt. Wir sind uns darüber klar, daß der Parteivorstand nicht bei jeder Situation eine Stellungnahme oder Unterrichtung der Parteigenossen vornehmen kann. Die Parteigenossen sollen aber mehr als bisher am politischen Leben interessiert werden. Stets haben wir verlangt, daß die Wähler und Wählerinnen Deutschlands die Geschicke des Staates durch ihren Willen entscheiden. Die Fahne der Demokratie und des Selbstbestimmungsrechtes haben wir in Deutschland in das entlegenste Dorf und international über den ganzen Erdball getragen. Diese Postulate haben der Partei die Massen der klassenbewußten Bevölkerung zugeführt. Die Stärke der Partei ist also auf die rege Teilnahme des Volkes am politischen Geschehen zurückzuführen. Die schwierigsten Situationen konnte die Partei spielend meistern, wenn ihre Beschlüsse der Ueberzeugung der Mitgliedschaft entsprachen.

Wir wollen nicht die Befragung der Parteibezirke in jeder nebengeordneten oder weniger wichtigen Frage. Wäre aber z. B. bei den Vergleichsverhandlungen über die Fürstenabfindung eine Unterrichtung

der Bezirksvorstände erfolgt, so wäre trotz der schwierigen Situation in der roten Woche, in der Werbewoche der Partei, ein besserer Erfolg zu verzeichnen gewesen. Wir bitten den Parteitag, für den Antrag Nr. 12 zu votieren, damit die Bezirksvorstände vor wichtigen Fragen von der Absicht der Parteileitung in Kenntnis gesetzt werden. Wo es möglich ist, können dann die Bezirksvorstände die Mitgliedschaft informieren und zur Stellungnahme auffordern. In den ländlichen Gebieten wird immerhin die leitende Körperschaft des Bezirks die Möglichkeit zur Stellungnahme haben. Wir versprechen uns von dieser Unterrichtung und Stellungnahme ein Erstarken des Interesses am Parteileben, eine regere Agitation und Werbemöglichkeit auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Deshalb bitten wir Sie, mit uns zu stimmen; denn der über die Taktik der Partei aufgeklärte Genosse wird auch in der schwierigsten Situation der beste Kämpfer sein. (Bravo!)

Steinkopf, Berlin: Werte Parteigenossinnen und -Genossen! Auch ich bin der Auffassung, daß es Aufgabe des Parteitags ist, in der Beamtengewerkschaftsfrage eine klare Stellung einzunehmen, nicht so sehr, um auf den einzelnen einen Druck auszuüben, als vielmehr im Interesse der Partei gegenüber der Gewerkschaftsbewegung. Die vom Parteivorstand vorgelegte Resolution ist nicht in allen Punkten so klar, wie man wünschen muß, besonders in der Feststellung, daß beim Allgemeinen Deutschen Beamtenbund eigentlich nur gemischte Organisationen vorhanden wären. Das trifft nicht zu. Im A.D.B. sind reine Beamtenorganisationen, zum Teil Beamten-Sektionen anderer Verbände, die aber ihre Beiträge ausschließlich an den A.D.B.B. abführen. Auch vermisse ich in der Resolution eine Berücksichtigung der veränderten Situation, die sich aus der Vereinigung des Deutschen Beamtenbundes mit den Christen ergeben hat.

Zu den Argumenten, die Gen. Aufhäuser gestern zur Begründung seiner Resolution vorbrachte, könnte man noch manches hinzufügen, so z. B., daß bei einer weniger klaren Stellungnahme ein gewisser Indifferentismus bei den schwankenden Elementen der Beamtenschaft gefördert wird. In der praktischen Arbeit, die ich für die Partei und die Beamtenschaft auszuführen habe, vermisse ich sehr oft eine Rücksichtnahme des Deutschen Beamtenbundes auf die Arbeiten der Partei.

Aber ich will nicht angreifen, sondern einen Vorschlag machen, der vielleicht die Möglichkeit gibt, sich auf gemeinsamem Boden zusammenzufinden. Es ist beanstandet worden, daß in der Resolution Aufhäuser gesagt wird, jeder Sozialdemokrat habe die Pflicht, sich einer freien Gewerkschaft anzuschließen. Man hat auch darauf hingewiesen, daß noch nicht für sämtliche Beamtengruppen freie Gewerkschaften bestehen, so daß diese Genossen in einen Gewissenskonflikt geraten könnten. Solche Gewissenskonflikte wollen wir vermeiden. Es liegt uns auch fern, die Genossen im Deutschen Beamtenbund zu infamieren. Wir wissen, was wir Männern wie Ballerstedt, Hellmann usw. schuldig sind, und keiner wird diese Genossen deswegen herabsetzen, weil sie dem Deutschen Beamtenbund angehören oder weiter angehören. Auf der anderen Seite ist aber eine klare Stellungnahme der Partei zur freien Gewerkschaftsbewegung notwendig. Wir verlangen nichts anderes, als daß die Partei dieselbe Stellung zu den Beamtengewerkschaften einnimmt wie zu den anderen freien Gewerkschaften.

Ich stelle deshalb zu der Resolution Aufhäuser den Abänderungsantrag, die beiden letzten Sätze folgendermaßen zu fassen:

Diese Entwicklung sollte jeder Sozialdemokrat durch Zugehörigkeit zu einer freien Gewerkschaft fördern. Aufgabe der Parteiorganisationen und der Parteipresse ist es, die freien Gewerkschaften in ihrer Tätigkeit zu fördern.

Wenn die Resolution Aufhäuser mit diesem Ergänzungsantrag angenommen wird, dann werden die Hemmnisse in der Agitation beseitigt und Ruhe in die Kreise hineingetragen, die jetzt auf beiden Seiten mit Recht aufgeregt sind. Ich bitte um Annahme der Resolution Aufhäuser und meines Ergänzungsantrages. (Bravo!)

Frenzel, Leipzig: Gestern hat man davon gesprochen, wie man es nicht machen solle und hat dabei auch Sachsen exemplifiziert. Ein Schulbeispiel dafür, wie es die Berichterstatter des Parteivorstandes auf dem Parteitag nicht machen sollen, haben die Genossen Wels und Ludwig gegeben. Gen. Wels hat von einer gewissen Korrespondenz und Gen. Ludwig hat von Genossen gesprochen, die die Sicherheit in der Sozialdemokratischen Partei der Unsicherheit in der Herausschmeißerpartei vorziehen. Die Ausführungen beider Genossen gegenüber der Opposition haben zweifellos eine große Schärfe in die Parteitagsdebatten hineingetragen, und es ist selbstverständlich, daß die Opposition sich diesen Vorstoß des Parteivorstandes nicht ohne weiteres gefallen lassen kann. Gen. Wels hat auch von Ketzerriecherei und Angeberei gesprochen. Nun, ich glaube, daß die Ausführungen der Parteivorstandsmitglieder mehr als Ketzerriecherei und Angeberei gegenüber der Opposition gewesen sind. (Sehr wahr!)

Dann ist von einem Mißbrauch der Meinungsfreiheit die Rede gewesen, der angeblich von der Opposition getrieben wird. Wenn aber Parteivorstandsmitglieder von einem Mißbrauch der Meinungsfreiheit sprechen, dann dürfen sie sich nicht nur gegen eine Richtung wenden, sondern müssen sich auch mit jenen Genossen beschäftigen, die die Mitarbeit an gegnerischen Zeitungen mit ihrer sozialdemokratischen Ueberzeugung vereinbaren.

Dann hat Gen. Braun gestern davon gesprochen, daß die Hohenzollernabfindung in Preußen keinen besondereen Einfluß auf den Ausfall der Sachsenwahlen ausgeübt habe. Ich wünschte, der Genosse Braun wäre einmal von seinem Ministerpräsidentensessel in die Reihen der unteren Funktionäre und Parteigenossen herabgestiegen. (Sehr richtig!) Dann hätte er die Meinung der Parteigenossenschaft hören können. (Zustimmung.) Gerade in dem Sachsenwahlkampf haben die Kommunisten als einziges Agitationsmittel gegen die Sozialdemokratische Partei, die Hohenzollernabfindung in Preußen benutzt. Wir sächsischen Genossen haben, ob überzeugt oder nicht überzeugt, die Hohenzollernabfindung im Interesse der Partei verteidigt, um ein günstiges Wahlresultat zu erzielen. Aber auch von Zeitungen der Partei, die den sächsischen Genossen sonst nicht besonders günstig sind, ist zugegeben worden, daß die Sachsen sich in den Wahlkämpfen des vergangenen Jahres sehr gut geschlagen haben. (Sehr wahr!) Auf dem Heidelberger Parteitag sind die sächsischen Delegierten geradezu als die Aussätzigen der Partei behandelt worden, weil sie mit dem Parteivorstand und der Mehrheit des Parteitages in der Beurteilung des Sachsenkonflikts nicht übereinstimmten. Wir haben es gestern als eine Genugtuung empfunden, als der Gen. Wels so deutlich von den 23 sogen. Altsozialisten abrückte. (Sehr wahr!) Unsere Erklärung auf dem Heidelberger Parteitag ist durch die historischen Ereignisse vollauf bestätigt worden. (Lebh. Zustimmung.) Deshalb wäre es wünschenswert gewesen, daß der Gen. Wels das auch anerkannt hätte.

Bei den Anträgen Nr. 66 und 67 handelt es sich um die Vertretung der Personale in dem Verwaltungsausschuß der Fürsorgekasse für die technischen Arbeiter und Angestellten der Parteibetriebe. Ich bin kein Angehöriger dieser Personale, trotzdem halte ich es für notwendig, etwas zu diesen Anträgen zu sagen. Gen. Ludwig hat davon gesprochen, daß der Reichsausschuß, der von den Personalen der Parteigeschäfte gebildet worden

ist, außerhalb der gewerkschaftlichen Organisationen stehe. Die in Frage kommenden Zentralvorstände der Gewerkschaften haben aber diesen Reichsausschuß als zu Recht bestehend anerkannt, und der Reichsausschuß arbeitet im Einverständnis mit den Gewerkschaften. (Sehr richtig!) Wenn der Kieler Parteitag sich mit diesen Anträgen zu beschäftigen hat, so deshalb, weil Bestrebungen im Gange sind, in den Parteigeschäften soziale Errungenschaften abzubauen. (Hört, hört! — Wels: Wo?) Ich bitte den Gen. Wels, das vorliegende Material nachzulesen. Es sind Bestrebungen vorhanden, in den Parteigeschäften die 48-Stundenwoche einzuführen, wo eine kürzere Arbeitszeit besteht (Hört, hört!), die Ferienzeit zu beschränken und auch sonstige Vergünstigungen zu beseitigen. Es handelt sich bei der Konzentration nicht nur um eine Parteieinrichtung, sondern um ein Konzernunternehmen. (Widerspruch.) Ebenso wie wir verlangen, daß in Privatunternehmungen Arbeiter und Angestellte ihre Vertretungen haben, können auch die Personale unserer Parteidruckereien eine Vertretung im Verwaltungsausschuß der Konzentration fordern. Vom Parteivorstand ist nun endlich zugesagt worden, daß in die Fürsorgekasse der technischen Personale zwei Genossenvertreter zugelassen werden. Warum hat man diesem dringenden Wunsche nicht schon früher Rechnung getragen? Auch bei der Vertretung in den Pressekommissionen und in anderen korporativen Leitungen der Parteigeschäfte sind Schwierigkeiten vorhanden; deshalb die Forderung in unserem Antrage.

Die Pension von 40 Proz. für die technischen Arbeiter und Angestellten ist nach Auffassung insbesondere der Arbeiter mit niedrigem Einkommen viel zu gering. In Leipzig würde die Pension für einen Arbeiter mit dem niedrigsten Einkommen nur 18—19 Mk. betragen. Ich bitte Sie, um die sozialen Einrichtungen in unseren Parteiunternehmungen mustergültig zu gestalten, den Anträgen Nr. 66 und 67 Ihre Zustimmung zu geben. (Beifall.)

Dr. Dora Fabian, Chemnitz: Unter denjenigen Genossen, die Gen. Wels in seiner Strafrede besonders unglimpflich behandelt hat, befinden sich außer den Genossen, die der „Levi-Korrespondenz" nahestehen, die Jungsozialisten. Die Art, in der Gen. Wels mit den Jungsozialisten verfahren ist, ist nicht dazu geeignet, das gute Einvernehmen, das in der letzten Zeit zwischen Partei und Jugend zu bestehen begann, zu fördern. Gen. Wels hat uns vorgeworfen, daß in einer Anzahl von Städten große Prozentsätze der Jungsozialisten nicht Parteimitglieder sind. Darin ist dem Gen. Wels vollkommen zuzustimmen, und wir sind die Letzten, die die Beseitigung dieser Zustände nicht als notwendig anerkennen wollten.

In den Vorwürfen des Gen. Wels spielten eine besondere Rolle die Richtungsstreitigkeiten. Einen solchen Richtungsstreit hat es allerdings gegeben, und wir haben volle Meinungsfreiheit gewährt. Dadurch haben wir uns eine geistige Beweglichkeit erhalten, die dazu geführt hat, daß die Wiener „Arbeiterzeitung" feststellen konnte, daß das Linzer Programm von jungsozialistischen Strömungen mit beeinflußt worden ist.

Wels erwähnte die Differenzen mit dem Internationalen Jugendbund, den sogen. Nelsonianern. Wir haben ein parteischädigendes Verhalten der Nelsonianer nicht feststellen können, sie haben vielmehr zu unseren aktivsten Genossen gehört und nur sehr ungern haben wir sie scheiden sehen. Trotzdem haben wir uns selbstverständlich ohne Widerstand den Beschlüssen des Parteivorstandes gefügt, und es ist uns gelungen, die Lücken wieder auszufüllen.

Anders steht es mit den Leuten um Nicisch. Wels hat besonders hervorgehoben, daß wir eine eigene Reichsleitungssitzung einberufen haben, um diese Frage zu klären und festzustellen, daß die Auffassungen der Nicisch-

leute mit denen von Sozialisten nicht zu vereinbaren sind. Aber der Parteivorstand hat uns in unserem Kampf gegen diese Genossen nicht unterstützt; er hat auf unsere Forderung, sie aus der Partei auszuschließen, nur mit Hohn und Spott geantwortet. Noch heute können diese einstigen Jungsozialisten Mitglieder der Partei sein, obwohl sie mit demselben Herrn Nicisch in der Redaktion seines Blattes „Der Widerstand" sitzen, dessen nationalistische Einstellung Wels in anderm Zusammenhang, in Verbindung mit dem Sachsenkonflikt, so treffend gekennzeichnet hat. Wenn es sich um die Genossen von rechts handelt, dann ist der Parteivorstand immer sehr großzügig; gegen die Genossen von links ist er ebenso intolerant. Darin müssen wir eine Inkonsequenz erblicken. Es handelt sich nämlich im Grunde nicht so sehr um die Jungsozialisten und ihre Organisation, sondern um politische Fragen. Während wir mit aller Entschiedenheit von der nationalistischen Einstellung um Nicisch abgerückt sind, konnte im Parteiverlag das Buch des Gen. Bröger erscheinen, das diese nationalistische Einstellung mit aller Deutlichkeit vertritt, die die Arbeiterschaft zu einem neuen Krieg aufzurufen sich nicht scheut. Da sind die Reibungen entstanden, in diesen politischen Gründen liegen die wahren Ursachen des Konflikts. Ist es nicht eigenartig, daß erst in dem Augenblick der Parteivorstand an dem Richtungsstreit Anstoß nahm, als er bereits überwunden und entschieden war, nämlich als auf der Jenaer Reichskonferenz die marxistische Richtung über die Hof-Geismarer gesiegt hatte? Das muß uns zu denken geben.

Auf diesem Parteitag ist viel die Rede gewesen von der Meinungsfreiheit. Welche Gruppe von Menschen bedürfte ihrer wohl mehr als die Jugendlichen, die sich ihre Meinung erst bilden, das nötige Rüstzeug für die Zukunftskämpfe erst schmieden wollen? (Sehr wahr!) Stellen Sie uns nicht, wie der Genosse Wels angedroht hat, „unter Aufsicht", sondern lassen Sie uns die nötige Freiheit gemäß dem Kasseler Beschluß. Nehmen Sie deshalb den Breslauer Antrag an, der nur eine Wiederholung des Kasseler Beschlusses ist. Lassen Sie die Jugend durch die Jungsozialisten erziehen, aber nicht schulmeistern durch die Partei. Aus einer Jugend, die sich an die Kandare nehmen läßt, werden nie die Kämpfer erstehen, deren der proletarische Befreiungskampf bedarf. Auch die Genossen aus dem Parteivorstand waren einmal jung (Große Heiterkeit), auch sie haben Kämpfe zu bestehen gehabt. Gebt Ihr uns unsere geistige Freiheit, und wir versprechen, daß wir diese Freiheit benutzen werden nicht nur zu unserem eigenen Besten, sondern zum Wohle der Gesamtpartei! (Bravo!)

Stampfer, Berlin: Genossinnen und Genossen! Zum ersten Male in den bald 11 Jahren, die ich nun die Ehre habe, das Zentralorgan der Partei verantwortlich zu leiten, ist auf einem Parteitag etwas entstanden, das wie ein Anklang an die „Vorwärts"debatten früherer Zeiten anmutet. Nun kenne ich sehr gut, besser als Sie, die Sünden, die ich im Laufe dieser 10½ Jahre begangen habe. Wenn ich bedenke, was hier gegen den „Vorwärts" angeführt worden ist, so muß ich sagen: „Es hätte noch schlimmer kommen können". (Große Heiterkeit und Rufe: Hört, hört!) Es ist nicht so schlimm gewesen wie in alten Zeiten; man hat nicht von einem „Zentralleiden der Partei" gesprochen, wie man es getan hat, als Wilhelm Liebknecht und Adolf Braun den „Vorwärts" redigierten. Es ist auch nicht ein Satz gefallen, wie der, den Franz Mehring in der „Leipziger Volkszeitung" gegen den „Vorwärts" Kurt Eisner's geprägt hat: „Kein Wunder, daß die Entrüstung des Proletariats gegen dieses sogenannte Zentralorgan vom einen Ende Deutschlands bis zum andern aufschäumt!" Ganz so schlimm, Genosse Leuteritz, ist es ja diesmal nicht gewesen.

Ein kurzes Wort zu Hamburg! Es mag sein, daß dem „Vorwärts" im Januar des Jahres in bezug auf die Hamburg-Preußische Berichterstattung journalistische Flüchtigkeitsfehler unterlaufen sind. Ich bedaure das, aber ich bedaure auch, daß ich davon erst hier in Kiel erfahren habe. Genosse Leuteritz, warum haben Sie nicht schon früher darüber mit mir gesprochen? Auch das, was Rosenfeld gegen den „Vorwärts" gesagt hat, läßt sich an Schärfe mit dem, was früher gesagt worden ist, nicht vergleichen. Mir scheint, der Grundsatz hat sich durchgesetzt: Das Zentralorgan der Partei kann nichts anderes sein als die publizistische Vertretung der Politik der Gesamtpartei. Da kann man aber in diesem Zentralorgan nicht eine unbeschränkte Meinungsfreiheit statuieren. Diese Meinungsfreiheit haben wir „Vorwärts"-Redakteure auch nicht. Wenn wir das, was wir manchmal über gewisse Vorgänge in der Partei unter uns gesagt haben, im „Vorwärts" geschrieben hätten, würden Sie sich sehr gewundert haben. (Heiterkeit.) Wir haben es aber aus Liebe zur Partei unterdrückt. Das System hat gewiß seine Schwächen und Mängel, aber es ist uns damit doch gelungen, die Einigung zu fördern und die Partei seit dem Kriege und der Revolution durch die schwersten Zeiten hindurchzuführen. (Sehr wahr!) Wenn wir die Rezepte von Zwickau, Plauen, Chemnitz und anderen Orten befolgt hätten, die Sozialdemokratische Partei wäre dann ein Trümmerhaufen. (Sehr richtig!)

Wie steht es nun mit der Meinungsfreiheit bei denen, die den Mangel der Meinungsfreiheit am „Vorwärts" kritisieren? Wie ist es beispielsweise in Leipzig? Genosse Fleißner hat vor einiger Zeit einen Artikel geschrieben, in dem er die preußische Koalitionspolitik heftig angegriffen hat. Mein Kollege Schiff hat darauf einen Artikel an die Parteipresse geschickt, in dem er Fleißner entgegengetreten ist und die preußische Koalitionsmehrheit verteidigt hat. Dieser Artikel wurde von der „Leipziger Volkszeitung" abgedruckt. (Hört, hört!) Darauf veröffentlichte die Zeitung ein paar Artikel, die sich gegen Schiff wandten, nicht in sachlicher, sondern auch in persönlicher Weise. Die Antwort, die Schiff darauf einschickte, erhielt er mit der Bemerkung zurück: Wir haben für den Artikel keine Verwendung. (Hört, hört!) Wenn man auch nicht eine Diskussion bis ins Unendliche fortsetzen kann, war es doch nicht richtig, diese Diskussion abzubrechen, nachdem man Schiff schwer angegriffen hatte. Wenn wir dazu kämen, im „Vorwärts" eine Tribüne zu eröffnen, von der wir sachlich-kameradschaftlich politische Probleme erörtern, so müßte man da auch an einem bestimmten Punkt mit der Diskussion Schluß machen. Dann würde immer die eine oder die andere Partei über Unterdrückung der Meinungsfreiheit klagen.

Man kann also nicht sagen, daß vom Parteivorstand Moskauer Methoden geübt werden. Genosse Rosenfeld, das war doch gewiß nur ein fauler Witz! Aber Sie sollten sich doch überlegen, daß solch fauler Witz im Munde der Gegner zu einem verlogenen Schlagwort gegen die Partei werden kann. (Sehr richtig!) Ich habe auch kein Verständnis dafür, wenn gerade der Genosse Liebmann von brutaler Rücksichtslosigkeit spricht, die der Parteivorstand übe. Ich gehöre dem Parteivorstand seit vielen Jahren an, habe aber nichts davon bemerkt. Ich weiß nur, daß wir im Parteivorstand oft Mittel bewilligt haben für Blätter, die die Politik des Parteivorstandes nicht in sachlicher, sondern in gehässiger Weise angegriffen haben. Das Verhältnis von Wels zu mir ist dasselbe als das von Saupe zu Liebmann. Ich weiß aber nicht, ob es Saupe nicht wohler wäre, wenn er mit Wels in Verbindung stände, statt mit Liebmann. Liebmann ist in seiner letzten Rede plötzlich über einen seiner engeren Landsleute und Mitkämpfer hergefallen. (Sehr wahr!) Das ist ein Mangel an Kameradschaftlichkeit, der mir unverständlich ist. Wenn man sich

immer auf Oesterreich beruft, so sollte man erst einmal die österreichischen Verhältnisse kennen lernen. Da ist es ganz undenkbar, daß ein Blatt in einer Art schreibt, daß die gegnerische Presse dieses Blatt zitieren kann. Die österreichische Sozialdemokratie war in den schwersten Zeiten gezwungen, mit den Christlich-Sozialen in einer Koalition zusammenzuarbeiten, und das ist gegangen, weil die Partei Disziplin und Kameradschaft gehalten hat. Ich kann mir auch nicht vorstellen, daß auf einem österreichischen Parteitag Leute solche Reden halten, wie wir sie gehört haben. Darum lernt von Oesterreich sachlich ohne kleinliche Gehässigkeiten zu debattieren, ohne Herunterreißerei und ohne den elenden Parteistank, dann wird es noch ganz anders vorwärts gehen als bisher. (Lebhafter Beifall.)

Lange, Annaberg: Nach der Rede des Genossen Stampfer kann man wohl einstimmig dem Antrag der Berliner Genossen zustimmen, wonach sie eine Berliner Parteipresse haben wollen. (Sehr richtig!) Die Rede hat nur bestätigt, daß die Dinge so liegen, daß der „Vorwärts" das Deckungsorgan des Parteivorstandes bleiben muß. Die Berliner Genossen wollen die Partei vorwärts bringen und wissen, daß sie es mit dem „Vorwärts" nicht machen können. Wenn man davon spricht, daß man die Gesamtpartei vertreten soll, so ist das eine diplomatische Sprache, und ich glaube, daß Stampfer diese Sprache in der Partei am allerbesten versteht.

Es ist von der Ueberorganisation gesprochen worden, und ich glaube, es ist eigentlich noch zu wenig auf die Gefahren derselben hingewiesen worden. Wenn man sagt, unsere Genossen können in den einzelnen Zweigen der Arbeiterbewegung wirken, muß man auch sagen, sie müssen für unsere Partei in den einzelnen Zweigen wirken, und das ist eben noch zu wenig getan worden. Wenn die Hamburger Genossen mehr Informationsmaterial verlangt haben, so glaube ich, Genosse Ludwig hätte diesen Antrag von Hamburg besser verstanden, als er es hier dargelegt hat. Sie wollen so etwas wie einen Auszug aus der Politik, um in den Betrieben und Versammlungen, wo es über die Partei hergeht, die Partei vertreten zu können. Man soll, wenn man von der Ueberorganisation spricht, auch zugeben, daß es Organisationen gibt, die nur eine zeitliche Mission haben. Die Kriegsopfer- und Invalidenorganisationen müssen sich eines Tages auflösen. Die Partei vertritt doch die Kriegsopfer und Invaliden. Daher ist das Mindeste, was wir verlangen können, daß sie ihre Anhänger mit mehr Energie politisieren.

Ein Wort zur Beitragsfrage! Ich glaube, am schwierigsten ist es bei Verheirateten, Mann und Frau in die Partei zu bringen, weil sie das finanziell nicht tragen können. Man sollte den Grundsatz aufstellen, daß besonders unter den weiblichen Mitgliedern diejenigen, die ein höheres Gehalt beziehen, wenigstens das bezahlen, was die männlichen verheirateten Mitglieder bezahlen.

Einige Worte zu den Auseinandersetzungen: Genosse Braun hat als Staatsmann von Format, wie ihn die Kieler Genossen bezeichnen — ich weiß nicht, ob sich das Urteil auf Grund der gestrigen Rede gebildet hat, denn da könnte ich mich dem nicht anschließen — gesagt, man solle sich überlegen, was man sagt. (Sehr richtig!) Ich glaube, daß besonders unter den Freunden von Braun verschiedene Meinungen darüber vertreten sind. Die Hamburger sind nicht der Meinung, daß das, was Braun gesagt hat, immer staatsmännisch klug gewesen ist. (Zuruf: Das geht doch Euch in Sachsen nichts an!) Wir sind doch keine sächsische, sondern eine Gesamtpartei, und Ihr habt Euch um die Sachsenfrage mehr gekümmert, als es notwendig war. Ich glaube, man kann nicht, wie Genosse Ludwig, mit Pathos das Hohelied auf die

Tüchtigkeit der Ortsgruppenfunktionäre singen, wenn man im nächsten Satz die Antragsteller mit höhnischen Worten behandelt. Diese doppelte Sprache untergräbt das Vertrauen in die Führung. Gewöhnen wir uns diese diplomatische Sprache ab, die der einfache Arbeiter nicht versteht! Gewöhnen wir uns aber auch den Fanatismus ab! Als Rosenfeld gestern sprach, rief ein Genosse dazwischen: Du bist längst reif für den Ausschluß! (Hört, hört!) Ein solcher Zwischenrufer richtet sich selbst.

Es ist auch notwendig, daß man sich mehr als bisher den Personenkult abgewöhnt. (Rufe: Aha!) Wenn ich mir den Artikel ansehe, der gestern in der Kieler „Volks-Zeitung" stand, und überhaupt die Berichterstattung dort, wo das, was Wels über den „Volksstaat" gesagt hat, sehr knapp weggekommen ist, und wenn ich sehe, wie man den Genossen Braun vergöttert, dann ist das beinahe Kult im wahrsten Sinne des Wortes. (Zuruf.) Es macht den Eindruck, als wenn verschiedene Delegierte hauptsächlich darauf bedacht wären, sich durch Zwischenrufe für das, was der Parteivorstand und seine Freunde sagen, die Gunst des Parteivorstandes zu erwerben. (Lachen.) Es muß aber Aufgabe der Delegierten sein, vor allem auf das Vorwärtsbringen der Partei und die Einheit der Arbeiterklasse bedacht zu sein. (Beifall.)

G.-A. **Müller,** Leipzig: Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf einige Anträge der Leipziger Parteiorganisation lenken. Im Antrag 74 wird die Einrichtung einer Geschäftsstelle der Arbeiterbank verlangt. Eigentlich hat sich ja formal der Parteitag nicht mit dieser Frage zu beschäftigen. Aber die Leipziger Arbeiterbewegung ist so groß und gefestigt, daß es zu verwundern ist, daß die Arbeiterbank bis heute noch keine Filiale in Leipzig eröffnet hat. Ich bitte daher die hier anwesenden maßgebenden Mitglieder des Verwaltungsausschusses der Arbeiterbank, auf den Verwaltungsrat einzuwirken, daß schnellstens eine Filiale der Arbeiterbank in Leipzig eröffnet wird.

Der Antrag 75 verlangt, daß die Bilderbeilage „Volk und Zeit" zu einer wirklich proletarischen und klassenbewußten Beilage ausgestaltet wird. Sie kann den Beifall der sächsischen Genossen, insbesondere der Leipziger, nicht finden, weil sie nicht im proletarischen Sinne gehalten ist. Ich möchte nur auf eine Nummer vom Mai hinweisen. Da findet man auf der Titelseite ein Bild, scheinbar von einem kommunistischen Zeichner, mit Sichel und Hammer, auf der Fahne den Sowjetstern, ferner auf andern Seiten eine Anzahl Bilder aus der christlichen nationalen Jugend- und Wanderbewegung, endlich auf der letzten Seite eine so kitschige Sache, daß man am besten die Worte: „Herr Gott, wie groß ist deine Allmacht und Güte!" drunter gesetzt hätte. Ich möchte daher bitten, den Antrag 75 anzunehmen.

Antrag 81 verlangt, daß die Abgeordneten des Reichstags und Landtags, wenn sie außer ihren Diäten ein Einkommen von mehr als 4000 Mark im Jahre beziehen, 20 Proz. in einen Fonds geben, aus dem besondere politische Aufgaben bestritten werden. Manchem Abgeordneten wird der Antrag nicht gefallen. Aber wenn Abgeordnete neben ihren Diäten von 500 bis 600 Mark monatlich noch ein monatliches Einkommen von 300 bis 400 Mark beziehen, ist es nicht mehr als recht und billig, daß sie einen Teil davon in eine bestimmte Kasse fließen lassen. Wir denken es uns allerdings so, daß der Fonds von den Bezirken verwaltet wird. Die Bezirke haben riesenhafte Ausgaben und haben die Mittel nicht immer so flüssig, wie sie sie gebrauchen. Daher sollen sie aus diesem Fonds ihre Ausgaben zur Führung bestimmter politischer Prozesse und für ähnliche Dinge bestreiten können.

Nun noch einige Worte zu den Ausführungen der Genossen Wels und Braun. Ich verstehe die Motive nicht, aus denen heraus Genosse Wels gestern von der Opposition gesprochen hat. Er hat hier ebenso wie in Heidelberg gesagt, die Opposition werde von einer bestimmten Schicht von Delegierten um der Opposition willen gemacht, und die Opposition treibe aus Prinzip Opposition. Wenn wir als Vertreter der sozialistischen Arbeiterschaft hier sind, müssen wir das Recht haben, an den Dingen Kritik zu üben, die uns nicht gefallen. (Sehr richtig!) Wir weisen als Leipziger den Vorwurf ganz entschieden zurück, daß es sich um eine organisierte Opposition handelt. Es handelt sich für uns um das fundamentale Recht jeder politischen Organisation, nämlich von der Meinungsfreiheit Gebrauch zu machen.

Genosse Braun hat gesagt, er kenne das Ergebnis der Politik der sächsischen Sozialdemokratie, und das sei ein Schulbeispiel, wie man es nicht machen solle. Er sagte auch, daß sich die sächsische Organisation rückläufig bewegt habe. Ich möchte feststellen, daß die sächsische Organisation in ihrem Bestande, in ihrer Geschlossenheit einzig in der Partei dasteht. Sie schließt in sich 16 Proz. aller Mitglieder der Partei (Hört, hört!), hat aber nicht 16 Proz., sondern 19 Proz. an Beiträgen an die Kasse abgeliefert. Vergleichen Sie das mit den Bezirken, die Sie vertreten! Dann muß man zugestehen, daß die sächsische Organisation trotz der Wirrnisse und Hindernisse, die man ihr in den Weg gelegt hat, einig, stark und gekräftigt dasteht. In der sächsischen Organisation sind am 31. Dezember 1926 118 890 Mitglieder organisiert gewesen. Inzwischen sind mehr als 10 000 hinzugekommen, so daß wir heute rund 130 000 Mitglieder haben. Sehen Sie sich die Bezirke an, wo der hohe Parteivorstand sitzt, der über die geistig hochbegabten Führer verfügt, wie es dort aussieht! Man muß also zugeben, daß die sächsische Parteiorganisation ein wichtiger integrierender Bestandteil der Gesamtpartei ist.

Frau Schilling, Leipzig: Der Bezirk Leipzig hat wieder beantragt, die Reichsfrauenkonferenz im Interesse der Gesamtpartei vor dem Parteitag stattfinden zu lassen. Der Antrag hat bereits dem Heidelberger Parteitag vorgelegen, ohne daß er zur Annahme gekommen ist. Aus dem Vorstandsbericht ging hervor, daß sich auch der Parteiausschuß wiederum ablehnend verhalten hat. Er hat zwar, das muß zugegeben werden, insofern ein wenig Entgegenkommen gezeigt, als er jetzt bereit ist, von Fall zu Fall zu entscheiden, ob die Vorverlegung der Frauenkonferenz am Platze ist. Dieses kleine Zugeständnis kann uns jedoch nicht bewegen, von unserem Antrag Abstand zu nehmen. Wir haben wirklich ausreichende und triftige Gründe dafür. Einer der wichtigsten Gründe ist, daß die Arbeit, die auf der Frauenkonferenz geleistet wird, befruchtend auf die Arbeiten des Parteitages einwirken kann. Ein anderer Grund ist die Möglichkeit der beschleunigten Ausführung der Beschlüsse, die die Frauenkonferenz faßt. Bei dem jetzigen Zustand vergeht ein ganzes Jahr, bevor es möglich ist, durch den Parteitag die Beschlüsse eventuell zu sanktionieren. Weiter beachtlich ist, daß ein großer Teil der Genossinnen, die schon acht Tage lang an den Arbeiten des Parteitages teilgenommen haben, nicht mehr über die körperliche und geistige Frische verfügen, die notwendig ist, um die Arbeiten der Frauenkonferenz erfolgreich fördern zu können. Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, den Antrag Leipzig anzunehmen.

Pfülf, München: Ich bitte um Entschuldigung, daß ich aus Bayern zu sprechen wage, und so den sächsischen Parteitag zu einem deutschen Parteitag wieder umbiege. (Heiterkeit.) Bei der Frage der Fürstenabfindung ist etwas Wichtiges übersehen. Wir haben in die Deutsche Reichsverfassung das Volksbegehren und den Volksentscheid als eine neue Einrichtung ein-

gebaut. Glauben Sie, die Energie der Massen für einen Volksentscheid in Zukunft aufrechtzuerhalten, wenn Sie das Ergebnis des Volksentscheids als nicht vorhanden betrachten? (Sehr richtig!) Es war ein Fehler, daß wir eine Frage der Reichspolitik in ein Einzelland verschoben haben. Niemand von Ihnen wird bestreiten können, daß die Abfindungsfrage der Hohenzollern nicht eine preußische Angelegenheit, sondern eine vollkommen deutsche Angelegenheit bedeutet! (Sehr richtig!) Es schien mir also ein Fehler der Reichstagsfraktion, daß sie nicht den Mut aufgebracht hat, das Ergebnis des Volksentscheids zu berücksichtigen. Man hätte die Folgen des Ergebnisses am ersten Tage in aller Deutlichkeit in unserer Presse und in den Parteiversammlungen den Leuten sagen müssen. Man komme uns nicht damit, wir hätten 12.5 Millionen, die hinter uns gestanden, auffangen können. Das ist ein Unsinn. Die organisierten Zentrumswähler, die damals ausgesprungen sind und mit uns gestimmt haben, waren für die Partei nicht aufzufangen. Das war eine Illusion. Wir mußten den Leuten sagen, die Massen haben als letzte Instanz der politischen Gestaltung versagt. Denn wer von uns war nicht über das Ergebnis enttäuscht? Die Massen mußten wissen, daß, wenn sie wieder als höchste Instanz aufgerufen, die Politik des Reiches zu bestimmen, versagten, wir die Frage reichsgesetzlich so gut wie möglich gestalten mußten, und dies nicht im radikalen Sinne unserer Forderung zu tun vermochten, nachdem uns das deutsche Volk im Stich gelassen hatte. Ich habe es für die politische Erziehung der Massen und für die tatsächliche Politik für ein ungeheures Unglück gehalten, daß wir der Preußenfraktion Verantwortung für eine Sache zugeschoben haben, die wir im Reich auf unsern Rücken hätten nehmen müssen. (Sehr gut!)

Wenn gesagt worden ist, Braun hätte nicht als Minister sprechen sollen, sondern sich in die Gefühlslage der kleinen Funktionäre versetzen müssen, so muß ich auch den Genossen draußen sagen, sie haben die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, sich aus der Gefühlslage des kleinen Funktionärs einmal zu befreien und sich in die Situation der Genossen zu versetzen, die wir an erste Stellen im Reich gesetzt haben. (Sehr richtig!) Dann werden keine Artikel in dem Augenblick geschrieben, in dem die Deutschnationalen ihren Husarenritt gegen die preußische Koalition reiten, in denen die deutschen Sozialdemokraten den Austritt unserer Genossen in einem Lande verlangen, in welchem sie sich eine große politische Stellung errungen haben. (Sehr richtig!)

In der Frage der Jungsozialisten gehe ich nicht mit Ihnen, Kollege Wels. (Bravo!) Ich war immer der Meinung, daß es ein Fehler war, daß man die jungen Sozialisten organisierte. (Sehr richtig!) Wir haben ein Wahlalter von 20 Jahren. Die jungen Genossen, die sich zu uns gehörig fühlen, müssen mit 18 Jahren in die Partei gehen und dort arbeiten. (Sehr richtig!) Als ich die Rede von Wels zu diesem Punkt hörte, habe ich mir gesagt: Verlangt ihr wirklich von den Jungen, daß sie alle alt sein sollen? (Heiterkeit.) Sollen sich wirklich diese jungen Menschen, in denen es gärt, die sich noch nicht über ihre Probleme klar sind, mit der abgeklärten Ruhe unserer alten Genossen zu den Dingen einstellen? Das kann man von der Jugend schlechthin nicht verlangen. (Sehr richtig!) Wo die Alten es verstanden haben, sich jung zu halten, wird die Opposition durchaus annehmbar sein. Aber Sie können es der Jugend nicht verdenken, daß sie sich in manche Parteiorganisation nicht einzuleben vermag, wenn kleinliche persönliche Streitigkeiten und der engherzige Gesichtspunkt des täglichen Kampfes immer im Vordergrund steht. (Sehr richtig!) Die Ueberorganisation kommt vielfach davon, daß, wenn sich fünf Gesinnungsfreunde zusammensetzen,

die sich durch Temperament und Veranlagung gefunden haben, sofort der Popanz aufsteht: Diese Zellenbildung muß unterdrückt werden. (Sehr richtig!) Man unterdrückt sie am besten, wenn man diese Gruppe in das Licht der Organisation zieht. Diese Organisation bedeutet nicht nur Schutz, sondern in der Hauptsache Aufsicht und Beschneidung ihrer Freiheit. Genossin Fabian hat richtig ausgeführt, daß niemand weniger dies in seiner Entwicklung verträgt als die Jugend. Ich gehöre zu der in der Partei verfemten Gruppe der Schulmeister (Heiterkeit), aber manchmal haben wir auch ein Gutes an uns. Wir wissen nämlich etwas von der Psyche der Jugend. Man muß der Jugend nicht bei jeder Gelegenheit, wo sie über den Strang haut, eins überziehen, sondern muß sie sich entwickeln lassen. Wenn man sich jung an ihre Seite stellt und mit ihr arbeitet, gewinnt man sie, nicht dann, wenn so oft unter Alten ein Junger den Mund aufmacht und etwas Dummes redet, man ihm über den Mund fährt. Sie werden mir zugeben, daß auch bei den Alten nicht immer klug geredet wird. (Heiterkeit.) Wir Alten müssen so viel Selbstbeherrschung besitzen und so gereift sein, um es vertragen zu können, wenn die Jungen einmal etwas Unreifes sagen. Die bürgerliche Tugend der Bescheidenheit besitzt die Jugend nicht und soll sie auch nicht besitzen. Die Partei stellt sich daher zu den Jungsozialisten falsch ein. In meinem Bezirk habe ich einen Jungsozialisten, der zu den Besten gehört, der der Nelsongruppe angehört. Ich billige die Ziele dieser Gruppe nicht, man schenkt den Leuten aber zu viel Beachtung, wenn man ihre Anhänger aus der Partei ausschließt. (Wels: Gehen Sie nach Göttingen!) Dann ist die Göttinger Partei eine traurige Gesellschaft, wenn sie das nicht vertragen kann! Man soll solche Gruppen sich an sich selbst totlaufen lassen und nicht diesen ungeheuren deutschen Ernst hineinlegen, wenn sich einmal etwas rührt, was sich nicht mit den großen Linien der Partei verträgt. Wenn Sie die Jugend haben wollen, geben Sie ihr freies Handeln! Ueberorganisieren Sie sie nicht, sondern lassen Sie sie sich in die Partei hineinwachsen. Da muß ich an die Oesterreicher denken, die die Dinge nicht ganz so schwer und ernst nehmen, wenn es nicht notwendig ist. (Sehr gut!) Dadurch stoßen Sie nicht die Kräfte ab, die unsere Partei in die Zukunft hineinführen müssen, die Jugend, die freie Bewegung gebraucht und der wir eines geben müssen, was wir alle in der Partei brauchen: Vertrauen. (Sehr gut!) Das ist die Grundlage, auf der allein die Partei und auch unser junger Nachwuchs gedeihen kann. (Bravo! und Händeklatschen.)

Stelling, Berlin: Als ich die sogenannten Abschweifungen des ersten Redners in der Debatte, Rosenfeld, hörte, sagte ich mir, daß er wieder einmal mit Kanonen nach Spatzen geschossen hat. Was sollen diese Ausführungen, die den Eindruck erwecken müssen, als ob in der Sozialdemokratischen Partei die Meinungsfreiheit vollständig unterdrückt wird, als seien wir eine Partei der engen, strengen Dogmatik. Ich dachte an die Haltung von Parteivorstand und Partei gegenüber all den Blättern, die manchmal geradezu parteischädigend polemisieren. Daß sie die Polemik gegen den Parteivorstand führen, läßt mich völlig kalt. Aber daß sie sie gegen Parteieinrichtungen und Parteibeschlüsse in dieser Weise führen, läßt einem manchmal den Ekel hochsteigen. (Sehr richtig!) Wenn der Parteivorstand nicht eingegriffen hat, so tat er es, weil er dafür Sorge tragen will, daß die Meinungsfreiheit in der Partei nicht unterdrückt wird, und er sich sagte: wir wollen hoffen, daß der gesunde Sinn der Arbeiter schon einmal in dem in Frage kommenden Ort für Remedur sorgen wird. Nebenbei könnte ich auch auf die jungsozialistischen Blätter hinweisen, die auch nicht immer dem Interesse der Partei gedient haben. Rosenfeld hat gesagt: Demokratie in der Partei verträgt keine Beschränkung der

Meinungsfreiheit. — Demokratie in der Partei erfordert nach meiner Auffassung nicht nur Unterordnung unter die gefaßten Beschlüsse, sondern auch Unterordnung unter das Interesse der Partei. (Sehr richtig!) Das Interesse der Partei ist in allen diesen Fällen maßgebend und außerordentlich stark durch die von mir gekennzeichnete Taktik gefährdet worden, aber auch durch das, was wir hier auf dem Parteitag selbst gesehen haben. Diente der Partei all das Leipziger Allerlei, das uns hier serviert wurde? Dient der Partei eine Rede wie die des Genossen Lange aus Annaberg? Ich sage Nein. Die Ansicht von Lange ist schon richtig: Ich darf sagen, was ich will, — richtig vom persönlichen Standpunkt, nicht aber vom Standpunkt des verantwortungsbewußten und der Partei dienenden Parteigenossen. (Sehr richtig!)

Es ist davon gesprochen, der Genosse Braun sei ein Staatsmann von Format. Als ich diese Ausführungen eines Sachsen hörte, dachte ich an so manchen Staatsmann sächsischen Formats! (Heiterkeit.) Ich habe die Preußen innerlich beglückwünscht, daß sie einen Staatsmann vom Format Brauns haben (Bravo!), und nicht nur die Preußen, sondern das ganze deutsche Volk, weil wir ganz genau wissen, was wir als gesamtes Reich Preußen und der preußischen Regierung unter Führung von Braun zu verdanken haben. (Bravo!) Selbstverständlich soll man sich über die Fragen auseinandersetzen, in denen man verschiedener Meinung ist. Wenn das kameradschaftlich geschehen soll, wie gesagt worden ist, dann muß endlich einmal der Mangel an Achtung vor den Parteigenossen und -Genossinnen verschwinden, die anderer Meinung sind. Daran hapert es leider sehr, und dadurch ist so mancher Konflikt in der Partei entstanden, der letzten Endes der Partei nicht gedient hat. Ich will nicht auf bestimmte Vorgänge zurückgreifen, aber manches hätte uns erspart werden können, wenn diese gegenseitige Achtung, die wahre Kameradschaftlichkeit geherrscht hätte.

Aufhäuser hat gesagt, die Beamtenfrage verlange auf dem Parteitag eine Entscheidung. Ich mache darauf aufmerksam, daß die so viel geschmähte Entschließung des Parteiausschusses und Vorstandes das Produkt langer und ernster Beratungen mit den Organen des ADBG., des AfA-Bundes, des ADB. und den im DBB. organisierten Parteigenossen gewesen ist. Die Entscheidung ist den Körperschaften nicht leicht gefallen. Warum wohl nicht? — Weil wir alle durch die freigewerkschaftliche Schule gegangen sind und mit unserm Herzen bei den Freigewerkschaftlern sind, auch soweit die Beamten in Frage kommen. Maßgebend war für uns aber, wie wir am besten den Interessen der Partei dienen. Ich erinnere daran, daß im DBB. viele alte, bewährte Genossen sind, von denen auch mein Freund Steinkopf heute früh gesprochen hat. Diese Genossen setzen ihr Letztes daran, der Partei zu dienen, und haben jahrzehntelang der Partei ihr Bestes gegeben. Diese Genossen haben in der Besprechung gesagt: Parteigenossen im Vorstand, seid vernünftig, hört auf das, was wir sagen. Die Vertreter der Lehrer haben uns auseinandergesetzt, daß, wenn wir diesen Schnitt machen, dann die Lehrerorganisation das Rückgrat insofern verliert, als gerade der freiheitlich und fortschrittlich gesinnte Teil des Lehrervereins ausgeschaltet wird. In einem Brief eines Parteigenossen aus Stuttgart, der seit langen Jahren tätig ist, steht unter anderem:

> „Unsere Berufsorganisation, der Deutsche Lehrerverein, muß einmütig und geschlossen gegen weiter rechtsstehende Lehrerorganisationen kämpfen, die konfessionell und reaktionär eingestellt sind."

Das sind fast dieselben Worte, die uns gegenüber die Genossen vom DBB. gebraucht haben. Es hat eine Genossin auf dem letzten Reichsbeamtentag

gesagt — sie ist im weiblichen Telegraphen- und Postverein organisiert —: Ich kann mich nur als Genossin halten, weil ich eben in dieser Organisation bin und mit Ehrenämtern beauftragt werde, man kann mich aus dem Grunde nicht loswerden; in dem Augenblick, in dem ich den Rückhalt verloren habe, bin ich fertig, fliege ich hinaus. Diese Worte sind auch denen zu Herzen gegangen, die vielleicht anderer Meinung über die Beamtenorganisation sind, als ich.

Wir haben dafür zu sorgen, daß dieser Beamtengewerkschaftsstreit von der Partei ferngehalten wird, damit dieser Streit nicht auf dem Rücken der Partei ausgefochten wird. (Sehr gut!) Das kann nur geschehen, wenn wir uns hinter die Resolution 189 des Parteivorstandes und Ausschusses stellen. Ich gebe unumwunden zu, daß die Resolution Aufhäuser durch die Resolution Steinkopf sehr gemildert wird. Aber vergessen Sie nicht, daß wir versuchen müssen, in immer weitere Kreise der Bevölkerung und auch der Beamten einzudringen. Dann aber wollen wir nicht selbst ein dickes Schloß denen vorlegen, die heute noch im Rahmen des DBB. für die Partei zu wirken bemüht sind und dies auch fortsetzen wollen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Ein Antrag Ruf, Franken, auf Schluß der Debatte wird ohne Besprechung angenommen.

Rosenfeld, Berlin (persönliche Bemerkung): Nachdem Genosse Braun seine Haltung in der Fürstenfrage mit meiner Tätigkeit als preußischer Justizminister während der Revolutionszeit in Verbindung gebracht hat, muß ich in einer persönlichen Bemerkung den Tatbestand feststellen. Braun hat meine Kritik an seiner Behandlung der Fürstenfrage dadurch widerlegen wollen, daß er mir eine falsche Behandlung dieser Frage während der Revolution vorwarf. Es spricht nicht gerade für Braun, daß er nichts Besseres als jene ollen Kamellen vorzubringen wußte (Zuruf: Die aber wahr sind!) —, die ich schon längst als falsch bewiesen habe. (Widerspruch.) Gesetzt aber, ich hätte 1918 einen Fehler gemacht, so rechtfertigte das nicht, 1926 noch einen Fehler zu machen. Außerdem hätte dann Braun 1918 auch gesündigt, da er für die Beschlüsse der preußischen Revolutionsregierung vor allem verantwortlich ist. Ich bestreite aber, 1918 den mir vorgeworfenen Fehler gemacht zu haben. Nachdem ich inzwischen die Akten des preußischen Ministerpräsidenten studieren konnte, wofür ich Braun herzlich danke, kann ich den Vorwurf heute besser widerlegen als in jener Berliner Funktionärkonferenz, in der ich unvorbereitet mit jener Sache überfallen wurde. Ich wünschte, Braun hätte die Akten gelesen, denn nicht nur Rechtsanwälte müssen ihre eigenen Akten kennen, sondern auch Ministerpräsidenten. Ich stelle fest: Die erste Verfügung der preußischen Regierung über das Hohenzollernvermögen ist vom 13. November 1918 datiert und trägt nicht meinen Namen. Ich wurde vom Arbeiter- und Soldatenrat erst am 26. November 1918 zum preußischen Justizminister ernannt. Als ich das Amt antrat, erkannte ich die Mängel jener Verfügung, und bat den Genossen Haase als Volksbeauftragten, von Reichs wegen für alle deutschen Fürstenhäuser festzulegen, daß das Fürsteneigentum Staatseigentum wird. Haase hat mir damals gesagt, die Volksbeauftragten seien durch andere Dinge zu stark in Anspruch genommen, und empfahl mir, die Sache in Preußen zu machen. Auf mein Betreiben erging die zweite Verordnung vom 30. November 1918, die meinen Namen trägt und lautet:

„Die Bekanntmachung der Preußischen Regierung vom 13. November 1918, betreffend Beschlagnahme ..... wird mit Rücksicht darauf, daß die Zugehörigkeit der einzelnen Vermögensstände zum Kronfideikommißvermögen und zum Sondervermögen des preußischen Königshauses zweifelhaft erscheint, dahin ergänzt, daß auch sämtliche Gegenstände, die zum Sondervermögen, zum Privatvermögen sowohl wie zum Fideikommiß des vormaligen Königs von Preußen .... gehören, vorläufig mit Beschlag belegt werden."

(Unruhe und Zurufe.)

Braun hat nach dem Kieler Parteiblatt gestern gesagt:

„Da gab es keinen andern Weg mehr als den Vergleich, insbesondere weil in der Beschlagnahmeverfügung des preußischen Justizministers, die unter Mitwirkung von Rosenfeld entstanden ist, steht, daß das Ziel der Beschlagnahme nicht die Enteignung, sondern die fürsorgliche Sicherstellung des Hohenzollernvermögens sei."

Hier ist die Verfügung! Hier ist das Gesetzblatt! Sie finden kein Wort von dem, Genosse Braun, was Sie gesagt haben. (Zurufe.) Es ist ein kleiner Irrtum des Genossen Braun. Er sollte nicht nur die Akten, sondern auch das Gesetz kennen, von dem er spricht. (Zurufe.) Der Satz von der fürsorglichen Sicherstellung kommt an einer anderen Stelle vor, darüber spreche ich später.

Diese auf mein Betreiben ergangene Verfügung vom 30. 11. 1918 enthält den großen Fortschritt, auch das Privateigentum der Fürsten anzutasten, wenn auch nicht zu enteignen, so jedenfalls vorläufig zu beschlagnahmen. (Zurufe.)

Nun kommt die weitere Frage: Warum kam es nicht zu der Enteignung? Als ich damals das Unzureichende der Verfügung vom 13. November 1918 erkannt hatte, schlug ich am 30. November 1918 dem preußischen Staatsministerium die Enteignung des Hohenzollernvermögens vor. (Hört, hört! — Zurufe: Wo steht das?) — Das steht nicht wörtlich darin; die Akten selbst enthalten nur den Nachweis, daß am 30. November 1918 im preußischen Staatsministerium über diese Frage beraten worden ist; ein Protokoll über diese wichtige Sitzung ist in den Akten nicht enthalten. (Hört, hört!) Ich muß mich also auf das Zeugnis derjenigen berufen, die in der Sitzung anwesend waren, und hebe dabei von vornherein hervor, daß eine Differenz besteht zwischen der Beurteilung durch den Gen. Braun und dem Gen. Hirsch auf der einen Seite, sowie durch den Gen. Adolf Hoffmann und mich auf der anderen Seite. Ich habe damals im preußischen Staatsministerium die Enteignung beantragt. Dort stieß der Antrag aber auf Widerstand, weil man sagte: Privateigentum darf nicht enteignet werden. Das preußische Kabinett, das damals aus drei Rechtssozialisten und drei Unabhängigen bestand, lehnte mit drei gegen drei Stimmen den Antrag auf Enteignung des Hohenzollernvermögens ab. (Hört, hört!) Genosse Adolf Hoffmann ist im Saal; ich frage ihn, ob das wahr ist? (Adolf Hoffmann: Natürlich, das habe ich wiederholt bestätigt! Sie können ja bei Südekum anfragen!)

Ich habe mich, nachdem der Enteignungsvorschlag abgelehnt war, damit begnügt und begnügen müssen, daß wenigstens die Beschlagnahme ausgesprochen wurde; denn ich sagte mir: wenn ich schon in diesem Augenblick nicht die Enteignung durchsetzen kann, so sichert jedenfalls die Beschlagnahme das preußische Volk davor, daß die Hohenzollern sofort ihr sogenanntes Privatvermögen wieder an sich raffen können. (Sehr wahr!) Ich habe auch vollkommen recht damit gehabt. Die Beschlagnahmeverfügung verhinderte die Entfernung irgendwelcher Vermögensstücke des angeblichen Hohenzollerneigentums. (Sehr richtig!)

Was ich heute sage, habe ich schon in der verfassunggebenden preußischen Landesversammlung gesagt. Dort habe ich wörtlich erklärt:

Die Verfügung vom 30. November habe ich damals im Kabinett im schweren Kampf gegen eine Reihe von rechtssozialistischen Ministern durch-

gesetzt. Mehr konnte ich im Augenblick nicht durchsetzen. Es war schon schwer genug, dies zur Anerkennung zu bringen, und was ich damals durchgesetzt habe, genügte auch für den Augenblick.

(Hört, hört!) Als dann der damalige Finanzminister Südekum fragte, ob die zweite Verordnung eine Konfiskation sei, habe ich nach dem amtlichen Stenogramm ihm zugerufen: „Mehr haben Sie abgelehnt; das wissen Sie doch!" Weder Braun noch sonst jemand hat damals Veranlassung genommen, irgendetwas dazu zu sagen. (Andauernde Unruhe.) Ich habe im März 1920 in der „Freiheit" den Tatbestand noch einmal dargestellt, aber nicht die geringste Erwiderung zu Gesicht bekommen. Also zu einer Zeit, in der noch viel eher die Möglichkeit einer objektiven Feststellung gewesen wäre, hat niemand meine Feststellungen bestritten. (Sehr wahr!) Das geschieht erst heute nach sieben Jahren.

Weiter habe ich dann ganz konsequent in der verfassunggebenden preußischen Landesversammlung bei der Beratung der Verfassung beantragt, in die preußische Verfassung hineinzuschreiben: „Die Familiengüter des Hauses Hohenzollern sind Eigentum der preußischen Republik", genau so wie das in Oesterreich mit Hilfe unserer dortigen Parteigenossen durchgesetzt worden ist, was aber in Preußen an unseren Parteigenossen scheiterte, die unter Brauns Führung diesen meinen Antrag ablehnten. (Lebh. Rufe: Hört, hört!)

Gegen die Verfügung vom 30. November hatte nun Eitel Friedrich als Bevollmächtigter Wilhelms II. Einspruch erhoben. Damit komme ich auf den Satz, den Gen. Braun in ganz falschem Zusammenhang mit der Verordnung vom 30. November zitiert hat. Ich habe damals die Zurückweisung dieses Einspruchs verlangt und formulierte das dahin: „Bei der Beschlagnahme muß es im Interesse des Staates sein Bewenden haben." (Hört, hört!) Zur Begründung habe ich dann, und zwar in einem für das Finanzministerium bestimmten Schreiben, folgendes ausgeführt:

> Hiernach handelt es sich bei der Beschlagnahme nicht sowohl um eine vorliegende Gewaltmaßregel, sondern um eine vorsorgliche Inbesitznahme während schwebender Auseinandersetzungen. (Zurufe: Na also!) Es wird sich empfehlen, dies in Erwiderung auf die Rechtsverwahrung zu betonen und damit den sonst nicht unbegründet erscheinenden Angriffen, daß die Beschlagnahme einen unzulässigen Eingriff in das Privatvermögen des Königshauses und seiner Mitglieder enthalte, entgegenzutreten.

Rein juristisch kann doch kein Mensch bezweifeln, daß die Beschlagnahme als ein unzulässiger Eingriff in das Privatvermögen aufgefaßt werden konnte. Das ist auch niemals bestritten worden, auch von mir nicht. Aber darum handelt es sich nicht; denn nicht aus rechtlichen Gründen haben wir die Enteignung gefordert, sondern aus politischen Gründen. Jenes Schreiben, das in diesem Zusammenhang zitiert wird, soll lediglich juristisch den Standpunkt der damaligen preußischen Regierung darlegen, den die Mehrheit eingenommen hatte, nachdem wir mit dem Enteignungsantrag unterlegen waren. (Adolf Hoffmann: Sehr wahr!) Ich habe in jenem Schreiben von einer „vorsorglichen Inbesitznahme" gesprochen. Selbstverständlich! Es fragt sich nur: vorsorglich für wen? (Sehr richtig!) Wer dem Zusammenhang der Worte nicht Gewalt antut, kann doch nicht bezweifeln, daß es sich um eine vorsorgliche Inbesitznahme im Interesse des preußischen Volkes handelte. (Lebh. Zustimmung und Zurufe: Eine Vorbereitung zur Enteignung! — Adolf Hoffmann: Vielleicht haben wir es für Wilhelm gemacht!) — Das ist aber nicht unsere Schuld. — Ich habe nichts zu bemänteln; nur wünschte ich,

daß man die Sache, wie Stelling gesagt hat, kameradschaftlich beurteilt, nicht aber etwas unterstellt, woran niemand gedacht hat.

Ich betone, daß die von mir veranlaßte Verfügung die preußische Regierung in die Lage versetzte, ihre Hand auf das gesamte Vermögen der Hohenzollern zu legen; wenn später etwas herausgegeben worden ist, dann trage ich dafür nicht die Verantwortung. Aus den Akten des preußischen Ministerpräsidenten ergibt sich folgendes: Am 2. oder 3. Januar 1919 bin ich mit meinen damaligen Freunden aus der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei aus der preußischen Regierung ausgetreten. Nicht ich war es, sondern mein Nachfolger, der am 17. Januar 1919 in einem Schriftstück die Frage aufwarf, ob nicht in der Erwiderung auf die Rechtsverwahrung die Freigabe wenigstens eines Teiles des beschlagnahmten Vermögens in Aussicht zu stellen sei. Es heißt dann weiter in dem Schriftstück:

> „Gegen eine längere Fortdauer der bisher uneingeschränkt und unterschiedslos angeordneten Beschlagnahme des Privatvermögens des vormaligen Königs von Preußen erheben sich erhebliche Bedenken.
>
> Es kann die Aufrechterhaltung der Beschlagnahme bei dem Privateigentum nicht ausreichend begründet werden.
>
> Es wird daher zu erwägen sein, ob nicht diese Vermögensmassen, die einen erheblichen Teil des beschlagnahmten Fürstenvermögens bilden, alsbald freigegeben werden."

(Hört, hört!) Da sehen Sie den Unterschied zwischen der Auffassung, die wir damals vertreten haben, und der meines Nachfolgers.

Gen. Braun hat zweitens gesagt, bei allen Gerichtsurteilen zugunsten der Hohenzollern über einzelne Vermögensobjekte hätten sich die Gerichte auf diesen Wortlaut der Beschlagnahmeverordnung berufen. Gen. Braun hätte, wenn er den Tatbestand gekannt hätte, korrekt sagen müssen: Gerichtsurteile haben sich auf den — eben von mir verlesenen — Passus in dem Antwortschreiben an Eitel Friedrich berufen. Ich erkläre dazu: Das ist nicht wahr! Ich habe diese Behauptung gestern zum ersten Male von einem Parteigenossen gehört; gekannt habe ich sie allerdings schon vorher, und zwar wurde sie aufgestellt im Rechtsausschuß des Reichstages von dem Fürstendiener Everling. (Hört, hört!) Damals habe ich den Vertreter des Gen. Braun im Rechtsausschuß gefragt, ob das wahr sei, und ich habe von ihm die Antwort bekommen, daß kein Urteil irgendeines Gerichts auf diesen Passus gegründet worden ist. (Lebh. Rufe: Hört, hört!) Also, Gen. Braun, mit etwas mehr Kenntnis von den Dingen hätten Sie sich schon ausrüsten können (Sehr richtig!) und etwas bessere Bundesgenossen als Herrn Everling hätten Sie sich auch aussuchen müssen. (Lebh. Zustimmung. — Große Unruhe.)

Vors. **Wels:** Für den Vorstand besteht keine Möglichkeit, den Rahmen der persönlichen Bemerkungen einzuschränken. Wir sind hierbei von dem Takt der Parteigenossen abhängig, die die Zeit des Parteitages mit persönlichen Bemerkungen in Anspruch nehmen. Für die Diskussionsredner haben wir eine Beschränkung für notwendig gehalten; ich möchte aber den Gen. Rosenfeld bitten, in seiner Rede Injektiven zu vermeiden, die notwendige Störungen und eine Verlängerung unserer Verhandlungen bedeuten.

Dr. Kurt **Rosenfeld,** Berlin: Ich habe nur noch wenige Sätze zu sprechen. Das Amt, das mir die Revolution anvertraut hat, habe ich getreulich verwaltet. Vielleicht habe ich sonst manche Fehler gemacht — wer kann von sich behaupten, daß er fehlerlos sei! —, aber in der Frage des Hohenzollernvermögens habe ich nicht versagt. Als ich aus dem Amte schied, war das

gesamte Hohenzollernvermögen in der Hand des preußischen Staates. Ich habe diese Hand nicht öffnen lassen.

Es bleibt mir nur noch übrig, dem Gen. Braun meinen Dank dafür auszusprechen, daß er mir Gelegenheit gegeben hat, einmal vor der ganzen Partei die Legenden zu zerstören, die an meine Tätigkeit als preußischer Justizminister geknüpft worden sind. (Beifall.)

Otto **Braun**, Berlin (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Genosse Rosenfeld hat damit geschlossen, er sei mir dafür dankbar, daß ich ihm Gelegenheit gegeben hätte, die Legenden über seine Haltung als Justizminister inbezug auf den Hohenzollernvergleich zu zerstören. Ich kann ihm aber nicht den Gefallen tun, das, was er eben vorgetragen hat, unwidersprochen zu lassen. Ich will mich darauf beschränken, den Tatbestand, wie er sich mir nach den Akten und nach meinem Gedächtnis darstellt, klarzulegen, wenn auch nicht mit der Ausführlichkeit wie Genosse Rosenfeld; denn dazu bin ich heute nicht in der Lage, und dazu ist auch hier nicht Ort und Zeit.

Nicht ich habe diese ganze Frage hier angeschnitten, sondern Genosse Rosenfeld hat gestern der preußischen Regierung und mir vorgeworfen, daß wir durch unseren Hohenzollernvergleich die Sachsenwahlen ungünstig beeinflußt und auch sonst noch der Bewegung Schaden zugefügt hätten. (Zustimmung.) Diese Behauptung des Genossen Rosenfeld hat mir Veranlassung gegeben, die Sache auf das richtige Maß zurückzuführen.

Genosse Rosenfeld hat nun versucht, seine Haltung als Justizminister zu rechtfertigen, und zwar, wie er meinte, gegen Angriffe von mir, weil ich ihm Sünden vorgeworfen hätte. Das habe ich gestern nicht getan. Wenn ich erklärt habe, daß die Beschlagnahmeverordnung und vornehmlich die Erläuterung zu dieser Verordnung vom preußischen Justizministerium unter Leitung des ehemaligen preußischen Justizministers Rosenfeld ergangen sind, so habe ich das getan im Interesse der geschichtlichen Wahrheit, nicht, um dem Genossen Rosenfeld eine Versündigung vorzuwerfen.

Nun zu der Darstellung selbst! Rosenfeld erklärt: Die erste Verordnung ist erlassen worden, als er noch nicht im Amt war; die zweite Verordnung vom 30. November, die das ganze Vermögen beschlagnahmte, sei unter seiner Mitwirkung entstanden, auf sein Betreiben. Dann hat er auf Grund eines Zeitungsberichts gegen meine Rede polemisiert. Um den Tatbestand richtigzustellen, muß ich doch feststellen, daß ich nicht von dem Wortlaut der Beschlagnahmeverordnung, sondern vornehmlich von der Erläuterung zu dieser Verordnung gesprochen habe. In dieser Erläuterung, die sich gegen eine Rechtsverwahrung des Prinzen Eitel Friedrich richtete und von dem Genossen Dr. Rosenfeld unterschrieben ist, heißt es:

„Hiernach handelte es sich bei der Beschlagnahme in der Bekanntmachung vom 30. November 1918 nicht sowohl, wie bei der Beschlagnahme des Vermögens des Königs von Hannover um eine vorbeugende Gewaltmaßregel,"

— ich bitte, den Gegensatz zu beachten —

„sondern um eine vorsorgliche Inbesitznahme während schwebender Auseinandersetzungen."

(Lebh. Rufe: Hört, hört!) Genosse Rosenfeld meinte: vorsorgend ausschließlich für den preußischen Staat! Wenn Sie sich aber den hervorgehobenen Gegensatz zu der Beschlagnahme des Welfenvermögens, auf das ausdrücklich verwiesen wird, betrachten, so kann man unter dieser Vorsorge nicht dasselbe Motiv verstehen, das Bismarck bei der Beschlagnahme des Welfenvermögens geleitet hat, sondern ein anderes. (Zurufe.)

Genosse Rosenfeld hat hier mit Emphase ausgeführt, daß kein Gerichtsurteil sich auf den Wortlaut der Beschlagnahmeverordnung berufen habe. Ich will das nicht im einzelnen nachprüfen. Genosse Rosenfeld hat selbst den Beweis erbracht, daß der Anwalt der Fürsten bei der Verfolgung der Rechtsansprüche dieser Fürsten auf Grund der Beschlagnahmeverordnung auf die Erläuterung hingewiesen, und damit den Richtern gewissermaßen gesagt hat: das ist die Auslegung des damaligen Justizministers; danach müßt Ihr entscheiden.

Wenn Genosse Rosenfeld weiter ausgeführt hat, daß er seinerzeit im Kabinett die Enteignung beantragt habe, so hat er diese Behauptung ja bereits in Berlin und sonstwo in gleicher Weise aufgestellt, ohne sie jemals beweisen zu können. Nach meiner Erinnerung und auf Grund der Akten kann ich erklären, daß Genosse Rosenfeld niemals einen Antrag auf Enteignung in einer Kabinettssitzung gestellt hat. (Hört, hört! — Widerspruch und Zurufe.) Der Genosse Rosenfeld hat in Berlin vor den Funktionären zum Ausdruck gebracht, ihm würde die Einsicht in die Akten verweigert. Das ist nicht richtig. Das Justizministerium hat ihm die Akteneinsicht bereitwilligst gewährt. Und ich habe ihm sofort sämtliche einschlägigen Akten zur Verfügung gestellt. Wenn er nun erklärt, das Protokoll über die bewußte Kabinettssitzung sei nicht da, so kann doch leicht der Verdacht entstehen, als ob irgendetwas davon beseitigt worden ist. (Andauernde Zurufe.) Es kommt immer darauf an, wie etwas gesagt wird. Das Protokoll vom 30. November ist da, und es enthält nichts von einem Antrag des Genossen Rosenfeld auf Enteignung. (Lebhafte Rufe: Hört, hört!) Keiner der Genossen, die zugegen gewesen sind, kann sich an einen solchen Antrag erinnern. (Adolf Hoffmann: Doch!) Ich weiß nicht, ob Genosse Hoffmann anwesend gewesen ist; denn er hat gerade in den kritischen Zeiten infolge Krankheit an zahlreichen Kabinettssitzungen nicht teilgenommen. (Adolf Hoffmann: Das war erst Ende Dezember, daß ich schwer krank lag!) Wenn ich mich derart in den Mittelpunkt der Sache stellen wollte, was mir fernliegt, um evtl. vor den Parteigenossen als ein besonders forscher Kerl dazustehen, so könnte ich ja auch sagen, daß ich derjenige gewesen bin, der damals erklärt hat, die ganze Angelegenheit sei eine politische und nicht eine formal-juristische. Ich habe daher den Vorschlag gemacht, wenn auch keinen formalen Antrag gestellt, den Hohenzollern vielleicht 10 Millionen zu geben, und das ganze Vermögen zum Staatseigentum zu erklären. Damals waren es gerade die Genossen der Unabhängigen Partei, die erklärten, das könnten wir in jener stürmischen Zeit dem Volke nicht zumuten. Deswegen haben wir jetzt den Hohenzollern sehr viel mehr zahlen müssen. Ich habe diesen Standpunkt auch allen späteren Vergleichsvorschlägen gegenüber vertreten. Aber es ist schon so, wenn im politischen Leben in einer Angelegenheit die formal-juristische Beurteilung im Gegensatz zum gesunden Menschenverstand steht, dann sind die Juristen aller Parteien, von den Kommunisten bis zu den Völkischen, meist geneigt, das Hauptgewicht auf die ihnen näher liegende formal-rechtliche Seite zu legen.

So haben die Dinge sich dann so entwickelt, daß, nachdem nach Versagen der Reichsgesetzgebung und des Volksentscheides eine politische Regelung der Sache aussichtslos erschien, als Letztes nur noch der Vergleich blieb, um für den Staat so viel wie möglich zu retten.

Von der Geschichte über die Abstimmung im Kabinett, wo drei gegen drei gestanden haben soll, die Genosse Rosenfeld mir heute vorträgt, höre ich zum erstenmal. Obwohl ich dabei gewesen sein muß, ist mir davon nichts bekannt. Auch in keinem Protokoll und in keiner Akte des Ministeriums ist

darüber etwas enthalten, so daß ich nur annehmen kann, daß da die Phantasie dem Genossen Rosenfeld einen Streich gespielt hat, es sei denn, daß das Erinnerungsvermögen des Genossen Rosenfeld sehr viel größer ist als das meinige, und das anderer Kabinettsmitglieder, die auch zugegen gewesen sein müßten.

Zum Schluß möchte ich nur folgendes feststellen: Von Rosenfeld ist weder ein Antrag auf Enteignung gestellt worden, noch ist dieser Antrag abgelehnt worden. Rosenfeld hat die Beschlagnahme in der Erläuterung als eine „vorsorgliche Inbesitznahme" bezeichnet, und das hat den Gerichten später Veranlassung gegeben, zu erklären: enteignet und konfisziert ist das Vermögen nicht; ergo muß nach dem Privatrecht entschieden werden, was Privat- und was Staatseigentum ist. Die Richter haben natürlich bei ihrer bekannten Einstellung und bei der rechtlichen Unklarheit der Vermögensverhältnisse meist die erste Alternative gewählt.

Dem Genossen Müller möchte ich sagen: Ich habe nicht von einer rückläufigen Bewegung in der Parteiorganisation gesprochen. (Rufe: Jawohl, doch!) Ich habe auf den Hinweis des Genossen Rosenfeld, daß durch den Hohenzollern-Vergleich die Sachsenwahlen ungünstig beeinflußt seien, erklärt: Ob die rückläufige Bewegung, die sich hier und dort in der Partei in Sachsen gezeigt hat — das heißt bei der Wahl — lediglich auf den preußischen Hohenzollern-Vergleich zurückzuführen ist, möchte ich stark bezweifeln. Von einer rückläufigen Bewegung in der sächsischen Parteiorganisation habe ich kein Wort gesprochen. Wenn trotz der ganzen Vorgänge in Sachsen dort keine rückläufige Bewegung sich bemerkbar macht, sondern wenn die Partei das aushält und dennoch vorwärts geht, so ist das ein Beweis für die gesunde Kraft unserer Partei, nicht nur in Sachsen, sondern der Gesamtpartei. (Sehr gut!)

Zum Schluß noch eine rein persönliche Sache! Ein Redner hat sich über eine angebliche Vergötterung meiner Person aufgehalten. Wer mich kennt, der weiß, wie ich zu solchen Dingen stehe. (Sehr richtig!) Ich bin in meiner fast 40jährigen Parteitätigkeit auf exponierten Stellen oft genug politisch und gerichtlich verurteilt, verunglimpft und beschimpft worden — also gönnen Sie mir auch mal eine kleine Vergötterung. (Stürmischer Beifall.)

Liebmann, Leipzig: Genosse Stampfer hat erklärt, daß ich am wenigsten Anlaß hätte, mich über die bedrohte Meinungsfreiheit zu entrüsten, und hat Bezug genommen auf den Artikel des Genossen Schiff. Die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung" war völlig darin einig, daß der Artikel von Schiff gebracht wurde. Hinterher erschien ein anderer Artikel als Antwort und ein dritter Artikel von Heilmann, der die sachlichen Argumente für die Preußenkoalition brachte. Dann erst kam der zweite Artikel von Schiff, der in der Hauptsache allgemeine Redensarten enthielt. Da die Redaktion eben erst den Artikel von Heilmann angenommen hatte, haben wir eine Fortsetzung der Debatte in der Art, wie Schiff es wollte, ohne sachlich auf die Dinge einzugehen, nicht für notwendig gehalten. Von einer Unterdrückung der Meinungsfreiheit kann daher keine Rede sein.

Zu dem, was Stampfer über den Mangel an Kameradschaftlichkeit gesagt hat inbezug auf das, was ich über das von dem Parteivorstand herausgegebene Buch für Lehrende und Lernende gesagt habe, stelle ich fest, daß ich den Namen des Verfassers zuerst überhaupt nicht genannt habe, sondern mich nur gegen den Parteivorstand gewendet habe, weil er ein solches Buch, das nach meiner Auffassung sachlich absolut unzulänglich ist, herausgegeben hat. Wenn das nicht gestattet ist und als unkameradschaftlich bezeichnet wird,

unterbindet man jede Kritik in der Partei, und das scheint auch die Absicht zu sein.

Künstler, Berlin: Ich habe gestern auf die Ausführungen von Wels über die organisierte Opposition in der Partei Bezug genommen und nach dem unkorrigierten Stenogramm gesagt: „Ich habe jede organisierte Opposition stets bekämpft, ob sie, wie Wels sagt, von links kommt, oder ob sie, wie ich hinzusetze, von rechts kommt." Das ist inhaltlich auch in dem Verhandlungsbericht über den Parteitag in der „Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung" zum Ausdruck gebracht worden. Trotzdem wird in dem heutigen Leitartikel dieser Zeitung gesagt, ich hätte gemeint, daß die Sonderkonferenzen der Vorkriegszeit ein organisatorischer Vorzug gewesen seien. Das steht im Gegensatz zu meinen Ausführungen und zu meiner Auffassung.

Adolf Hoffmann, Berlin: Ich hätte nicht das Wort genommen, wenn Genosse Braun mich nicht zitiert hätte. Ich muß aber feststellen, daß es ein Irrtum ist, wenn er sagt, daß ich im November erkrankt gewesen sei. Ich bin Mitte Dezember 1918 an einer schweren Lungenentzündung erkrankt und habe also im November an allen Sitzungen des Kabinetts teilgenommen. Es ist dann wiederholt über Konfiskation und Beschlagnahme des Hohenzollernvermögens gesprochen worden. Das hat sich genau so abgespielt, wie es Gen. Kurt Rosenfeld wiederholt dargestellt hat. Wenn in dem Protokoll vom 30. November nichts darüber steht, so kommt das daher, weil in dem Protokoll nur die Beschlüsse aufgenommen sind, nicht aber die Debatten. (Hört, hört!) Da eine Konfiskation nicht beschlossen ist, steht das ebenso wenig drin, wie das, daß der Genosse Braun beantragt hat, 10 Millionen an die Hohenzollern zu geben. (Hört, hört!) Weil es also nicht im Protokoll steht, ist das kein Beweis dafür, daß es unrichtig ist.

Renner, Wien: Man hat uns Oesterreichern die Ehre angetan, sich öfter auf uns zu berufen. Es freut uns immer, wenn wir Anerkennung finden, aber ich glaube doch, daß man mit solchen Berufungen auf ein anderes Land und seine Politik vorsichtig sein muß. (Sehr gut!) Wir haben ganz andere Verhältnisse als Sie. Unser Land ist nicht einmal so volkreich wie Berlin und die Mark Brandenburg, das Reich hat zehnmal soviel Einwohner. Wir haben auch in der Hauptsache nur zwei Parteien. Sie dagegen haben viele Parteien. Es scheint mir eine unzerstörbare Eigenheit der Reichsdeutschen zu sein, viele Parteien zu haben, vielfach sogar innerhalb jeder einzelnen Partei. (Heiterkeit.) Auch inbezug auf die Fürstenabfindung sind die Verhältnisse nicht zu vergleichen. Sie haben es auch hierin viel schwerer gehabt. Unser Vorzug bei der Regelung der Fürstenabfindung lag in zwei Dingen. Erstens haben wir sofort eine definitive Regelung getroffen. Wir waren zweitens vom ersten Tage an der Ansicht, daß es nicht zu umgehen sein würde, das Privateigentum des Fürsten frei zu lassen. (Hört, hört! Zurufe.) — Auch bei uns war das eine oder andere Eigentumsstück strittig. Wir haben ein besonderes Organ zur Entscheidung eingesetzt. Aber wir haben sofort das genommen, was dem Staate und dem Volke gehört, und haben die Enteignung des Privateigentums der Dynastie der allgemeinen Enteignung des Privateigentums vorbehalten. Drittens haben wir die Sache nicht nur juristisch genommen, sondern auch politisch. Wir haben das zu enteignende Gut sofort den Kriegsinvaliden gewidmet und dadurch die stärksten politischen Argumente für die Enteignung ins Feld geführt, so daß das Ergebnis vom ersten Tage an von keiner Seite mehr umstritten war.

Nun zum Parteitag selbst! Ich möchte nicht, daß Sie sich auf unsere Parteitagsverhandlungen berufen. Parteitage dieser Art haben wir nicht

(Hört, hört!) Wenn wir solche Auseinandersetzungen pflegen müssen, haben wir Reichskonferenzen, die interne Veranstaltungen der Partei sind. (Hört, hört!) Sie können auch hier wahrscheinlich nicht so vorgehen, wie wir — Sie haben eben ganz andere Traditionen. Auf dem Parteitag pflegen wir uns mehrere Dinge gegenwärtig zu halten: Wir lassen es in erster Linie auf die Einheit der Handlung ankommen, nicht auf die Verschiedenheit der Meinungen. (Bravo!) Ein hohes Gut ist uns die Freiheit der Meinungsäußerung, ein höheres Gut ist uns die Einheit der Handlung. (Lebhafter Beifall.) Da wir uns bewußt sind, auch während des Parteitags Front gegen Front unseren Bürgerlichen gegenüberzustehen, wäre es kaum möglich bei uns, daß ein Redner ein, wenn auch noch so richtiges Argument mit Erfolg und Beifall vorbringt, das am nächsten Tage zum Argument der Gegner gemacht werden kann. In diesem Punkt sind wir außerordentlich vorsichtig. Bei uns gilt weiter das Argument, das sammelt, und nicht das, das trennt. Wenn endlich von irgendeiner Richtung, insbesondere in Sachsen, auf die Oesterreicher Bezug genommen wird, so muß ich sagen, daß keine der sächsischen Richtungen sich mit Recht auf Oesterreich berufen darf.

Weiter möchte ich glauben, daß diese Verhandlungen eine im gewissen Sinne erfreuliche Tatsache manifestieren: die Tatsache eines starken individuellen Lebens jedes Teiles der deutschen Partei. Das ist ein wertvolles Gut auch für das Ganze der deutschen Sozialdemokratie, aber der Güter höchstes ist es nicht. Ich meine, das Ansehen und die Geschlossenheit der ganzen Partei ist ein höheres Gut. (Lebhafter Beifall.)

Mittagspause.

Nachmittagssitzung

Ludwig (Parteivorstand, Schlußwort): Genosse Frenzel, Leipzig, sagte heute, ich hätte von Genossen gesprochen, die die Sicherheit der Sozialdemokratischen Partei der Unsicherheit in der Hinauschmeißerkompagnie vorziehen, und die Ausführungen von Wels und mir gegenüber der Opposition hätten eine große Schärfe in die Debatte hineingetragen.

Ich kann an der Hand des unkorrigierten Stenogramms nachweisen, daß ich gesagt habe, daß im Statut der Unterstützungsvereinigung die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei Voraussetzung ist und daß es eine Anzahl Personen in der Kommunistischen Partei gibt, die es vorziehen, in trauter Gemeinschaft mit den Sozialdemokraten sich zu versichern. Sie schimpfen auf uns, ziehen aber doch die Sicherheit der Sozialdemokratie gegenüber der Unsicherheit, die bei der Hinauschmeißerkompagnie herrscht, vor. Ich bitte den Genossen Frenzel, sich diese beiden Dokumente zum ewigen Andenken aufzuheben zum Beweise, wie man aus einer Rede etwas herauslesen kann, was niemals gesagt worden ist. Vielleicht ist es schon so weit, daß irgendein Wort, das ich über die KPD. in meinem Bericht sage, bei Genossen übel aufgenommen wird.

Frenzel sprach von den höheren Leistungen, die die neugegründete Hilfskasse der Partei erfüllen müsse. Genossen, ich appelliere nochmals an Sie: ziehen Sie Ihren Antrag, der auf eine Kürzung der Einnahmen der Partei abzielt, zurück, dann könnte man eher darüber reden, die Leistungen zu erhöhen.

Dem Genossen Liebmann erwidere ich: Ich möchte wissen, wie eine Parteileitung mit den Parteigeldern verfahren soll nach dem Rezept,

das er andeutete. Eine Parteileitung, die Gelder herausgibt, muß dafür doch Garantien haben, um gegenüber der Gesamtpartei die Verantwortung tragen zu können. In einem Falle hat der Parteivorstand die Umwandlung der Genossenschaft in eine G. m. b. H. als Sicherheit verlangt. (Hört, hört!) Die Auflösung ist in der Versammlung abgelehnt worden. Daraufhin hat der Parteivorstand auch die Hergabe von Geldern abgelehnt, denn es handelt sich um die Gelder der Gesamtpartei, und die können wir nur in die Hände von Parteigenossen legen, während in der Genossenschaft zum Teil auch Kommunisten und Indifferente vertreten sind. Eine verantwortliche Parteileitung kann nicht anders handeln. Als in einem anderen Falle ein größerer Parteiort, in dem seit Jahren gegen die Politik der Partei manches unfreundliche Wort gesprochen worden ist, mit seinem Geschäft in Schwierigkeiten kam, hat der Parteivorstand, ohne über die redaktionelle Führung der Zeitung ein Wort zu verlieren, Zehntausende Mark bewilligt. (Hört, hört!) Danach haben wir versucht, dem Parteivorstand einen Sitz in der Gesellschaft einzuräumen, da wir bis dahin nicht vertreten waren. Sämtliche Gesellschafter waren bereit, zurückzutreten, um dem Vertreter des Parteivorstandes Platz zu machen. Sie fühlten sich verpflichtet, die Verantwortung, die auf ihren Schultern ruhte, auch auf einen Vertreter des Parteivorstandes mit zu übertragen. So wie hier, war es in vielen Orten, wo uns die Mehrheit angeboten wurde. Wir haben sie angenommen, weil die Genossen sich in der Verwaltung ihrer Geschäfte beim Parteivorstand sicherer fühlten, als es örtlich manchmal möglich ist. In einem anderen Bezirk, in dem drei bis fünf Zeitungen sind, die uns ebenfalls nicht freundlich gesinnt sind, besitzt der Parteivorstand 15 von 20 Anteilen. Auf dem letzten Parteitag dieses Bezirks habe ich Bezirksleitung, Pressekommission und den Vorstand gefragt, ob sie sich jemals in der Geschäftsführung oder auch in redaktioneller Beziehung bedrückt fühlten. Man hat mir einmütig die Frage verneint. Wir haben uns nie darum gekümmert. Die Geduld des Parteivorstandes in diesen Dingen wird von außenstehenden Genossen geradezu bewundert. (Sehr richtig!) Es ist aber Prinzip, geschäftliche und politische Dinge zu trennen. (Sehr richtig!) Wenn Genosse Liebmann gesagt hat, die Geschäfte, die die Umsatzsteuer anschreiben ließen, kämen in die Hand des Parteivorstandes, so handelt es sich doch um die Spitze, die vom Parteitag gewählt wird, nicht um eine Korporation, die außerhalb der Partei steht. (Sehr gut!) Im letzten Jahre haben die Geschäfte insgesamt 950 000 Mark Werbebeiträge aufgebracht. Sechs Geschäfte haben, weil sie im Augenblick durch Neuanschaffung und Einrichtung die Verpflichtung der 2 Proz. nicht erfüllen konnten, sich für diesen Betrag belasten lassen. Es handelt sich bei den sechs Geschäften um 22 000 Mark. (Hört, hört!) Nun urteilen Sie, wann diese Geschäfte in die Gewalt des Parteivorstandes fallen werden. Außerdem sind darunter Geschäfte, in denen der Parteivorstand die Mehrheit besitzt. Also schenken Sie sich doch solche Beweisführung! (Sehr richtig!)

Wenn wir die Umwandlung der Genossenschaften verlangen, haben wir dafür auch Gründe. Ich deutete Schmalkalden an und könnte weitere Orte hinzufügen. Ich nenne aber nur Kottbus, gegen den wir prozessieren. Es ist dies die ehemalige Druckerei der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, die vom Parteivorstand durch die Hand des damaligen Geschäftsführers Kuhnt 53 000 Mark erhalten hat. Nach der Vereinigung erklärten die Mitglieder der Genossenschaft: die streicht nur, wir brauchten für Euch doch keine Zeitung herauszugeben! (Hört, hört!) Wir haben die in Liquidation befindliche Genossenschaft verklagt, der Prozeß schwebt. Andere

Genossenschafter meinen, daß das übrigbleibende Geld unter sie verteilt werden könnte. (Lebhaftes Hört, hört!) Dieses Geld hat sich seinerzeit der Vorstand der Unabhängigen Partei erst auf dem Wege der Anleihe verschaffen müssen. (Hört, hört!) Ein Prozeß mit einer anderen Genossenschaft schwebt noch, die Vergleichsverhandlungen sind noch nicht beendet. Es sind bereits 14 000 Mark Kosten für den Prozeß entstanden, den diejenigen Genossenschafter führen, die der Vereinigung der sozialdemokratischen Parteien nicht zugestimmt haben.

Genosse Liebmann sprach von brutaler Rücksichtslosigkeit. Es ist ihm bereits gesagt worden, daß es sich bei dem fraglichen Ort um geschäftliche Dinge handelt, die zu Beschwerden geführt haben, die durch die Beschwerdekommission geprüft werden sollen. Ich kann mich dazu nicht äußern.

Ich betone, wenn Sie von der Konzentration reden, daß es sich nicht um einen wirtschaftlichen Konzern handelt, der eigene Geschäfte führt. Es handelt sich um die Wahrnehmung der gemeinschaftlichen geschäftlichen Interessen der Parteibetriebe.

Die Düsseldorfer Genossen sollten die Genossen in Leipzig unterrichten, ob bei den ganzen Verhandlungen die Hergabe des Geldes von irgendwelchen Bedingungen durch den Parteivorstand abhängig gemacht worden ist.

Ein Antrag Leipzig 81 verlangt 20 Prozent der Diäten für den Notfonds. Dabei erheben die Fraktionen bereits 20 Prozent, von den Berlinern 40 Prozent. Sie machen es der Bourgeoisie sehr bequem, bei der Aenderung des Diätengesetzes auf ihre Ansprüche Rücksicht zu nehmen und den früheren Zustand herbeizuführen.

Im Parteivorstand schweben seit längerer Zeit Erwägungen, die Parteikorrespondenz, die Sie aus früheren Jahren kennen, in verbesserter Form wieder erscheinen zu lassen. Dann werden auch die Wünsche von Hamburg und anderen Orten nach Nachschlagematerial erfüllt werden können.

Die Einwendungen wegen Differenzen mit dem Personal können durch die Tatsache zurückgewiesen werden, daß durchweg in allen Parteigeschäften eine übertarifliche Bezahlung stattfindet. Wenn ich hier Prozente nannte, so war das so zu verstehen, daß es Geschäfte gibt, in denen bis zu 50, 60, 70 Prozent über den Tarif gezahlt wird.

Der Auffassung, der Reichsausschuß sei von den Gewerkschaften anerkannt, möchte ich durch die Erklärung entgegentreten, die der Vorsitzende des Buchdruckerverbandes bei der letzten gemeinschaftlichen Sitzung mit unseren Vertretern abgab: „Die Einladung des Reichsausschusses bedeutet nicht seine Anerkennung. Die anwesenden Vertreter der Personale der sozialdemokratischen Betriebe sind lediglich in ihrer Eigenschaft als Mitglieder der Organisation geladen."

Ich hoffe, damit auch diesen Punkt geklärt zu haben. (Bravo!)

Wels, Berlin (Schlußwort): Nach Schluß meiner gestrigen Rede begab sich in der Mittagspause ein sehr radikaler Geschäftsführer eines unserer bestgeleiteten Betriebe ans Telephon und teilte seinem ebenfalls sehr radikalen Redakteur mit, die Referate von Wels und Ludwig seien so konziliant in der Form und dem Inhalt, so sorgfältig abgewogen, daß dieser Parteitag absolut ruhig verlaufen müsse, denn der Parteivorstand komme in vielen Dingen der Opposition so weit entgegen, wie er das nicht geglaubt habe. (Hört, hört!) Heute ist mir gesagt worden, daß die Auffassung, als ob es sich um einen Sturm der sächsischen Delegierten gegen die Reichspartei und den Parteivorstand handle, absolut irrig sei, nach meinem Referat sei die große Mehrzahl

der sächsischen Delegierten einig gewesen, daß es keinen Grund zum Angriff gäbe, sondern man sich weitgehend damit einverstanden erklären könne. (Hört, hört!) Daraufhin habe ich mir nochmals die Rede von Rosenfeld von gestern durch den Kopf gehen lassen, habe sie mit meiner Rede verglichen und bin darauf gestoßen, daß meine Rede mit der inkriminierten Stelle bei der Kritik des Antrages Leipzig 73 ansetzt, der diese scharfe Kritik gegen Grzesinski enthält. An diesen Mißbrauch der Meinungsfreiheit habe ich einige meiner Meinung nach Gemeingut in der Partei sein sollende Ermahnungen über Kameradschaftlichkeit, Austausch der Meinungsgegensätze usw. geknüpft, die nachher zu einem Angriff des Parteivorstandes gegen die Meinungsfreiheit und die Opposition frisiert worden sind. Ich habe mir überlegt, worin wohl die Aufregung begründet gewesen sein mag, die Rosenfeld an den Tag legte. Ich konnte mir nur sagen, da ich absolut nichts Aufregendes entdecken konnte, Rosenfeld war so aufgeregt, weil eben in meiner Rede nichts Aufregendes enthalten war. (Sehr gut! und lebhafte Heiterkeit.) Offenbar war Rosenfeld das in Berlin bereits stimmungsgemäß sorgfältig vorbereitete Konzept verdorben. Ich bin nun kein so böser Mensch, alles so ernst zu nehmen, wie es aus dem Munde von Rosenfeld klingt. Aber verbitten muß ich mir, daß der Vorstand der brutalen Rücksichtslosigkeit, kommunistisch-bolschewistischer Unterdrückungsmanieren usw. beschuldigt wird! Ein Blick in beinahe jedes Blatt der sächsischen Parteipresse an jedem Tag des Jahres beweist, wie weit die Meinungsfreiheit der deutschen Sozialdemokratie geht. (Sehr gut!) Eins aber muß Triebfeder für unser Handeln sein: wie nutzen und fördern wir die Partei? Dieser Gedanke hat mich als Referenten des Parteivorstandes geleitet, als ich aus Anlaß jener Kritik des Antrags Leipzig warnend meine Besorgnisse vortrug. Rosenfeld sieht allerdings, in Uebereinstimmung mit der von ihm so gefeierten Levi-Korrespondenz, den Aufstieg der Partei erst, wenn dieser Parteivorstand verschwunden ist. Dann kommt auch nach der Levi-Korrespondenz eine andere Einstellung zur Meinungsfreiheit in der Partei zum Ausdruck. Gewissermaßen als Vorbereitung für den Parteitag heißt es in der Nummer 18 vom 6. Mai 1927:

> „Gerade in den Kämpfen, die die Sozialdemokratische Partei zu schlagen hat, ist eine Parteipresse, die nicht blindlings dem Parteivorstand folgt, eine Unentbehrlichkeit, wenn anders Fehler in der eigenen Führung nicht übersehen und beschönigt werden sollen. Sie ist eine Unentbehrlichkeit für die Sozialdemokratische Partei in erhöhtem Maße, solange sie der Parteivorstand führt, der ihr jetzt vorsteht." (Lebhaftes Hört, hört!)

Wenn die Wünsche der Leviten erfüllt sind, wird kaum ein Parteivorstand wiederkommen, der der Meinungsfreiheit so breiten Raum läßt, wie der gegenwärtige. Ich fürchte auch nicht um das Leben dieses Parteivorstandes. Das eine hätte ich Rosenfeld in aller Freundschaft, denn Haß bestand zwischen uns nicht, wenn wir uns auch in 25jähriger Bekanntschaft nicht nähergekommen sind, zu bedenken gegeben: als er als erster die Angriffe erhob, hätte er bedenken müssen, daß dieser Parteivorstand derjenige ist, der die Einigung der deutschen Sozialdemokratie herbeigeführt hat (Sehr richtig!), der aus zwei getrennten Parteien die eine gemacht hat, aus der auch die Einigung der Internationale, bewußt von ihm gewollt, entsproß. Ist das keine von ihm gelöste Aufgabe, die eine gewisse Zurückhaltung, auch wenn Tadel vielleicht einmal am Platze wäre, erfordert hätte? Genosse Rosenfeld, ich frage Sie, glauben Sie, daß, wenn Sie in jener Zeit der verantwortliche Führer der Sozialdemokratischen Partei oder der Unabhängigen gewesen wären, die Partei heute geeint wäre? (Lebhafte Rufe: Nein! — Händeklatschen.) Sie

waren der letzte, der den Weg zur Einigung fand, und Sie waren der erste, der hier erschien und Kritik erhob. (Lebhafte Zustimmung und Händeklatschen.) Nie hätte ich darüber geredet; aber der Parteivorstand, der sich das ganze Jahr in Presse und Versammlungen herunterhauen läßt, hat nur auf dem Parteitag das Recht, sich zur Wehr zu setzen. Der Parteivorstand nimmt nun nicht die Stelle eines Negergötzenbildes ein, das von seinen Anbetern geprügelt wird, wenn es nicht regnet oder wenn die Sonne nicht scheint. In die Rolle der Passivität werden wir uns nicht drängen lassen. Niemand von den Kollegen im Parteivorstand hätte das Zeug zum Säulenheiligen oder Dulder. Ich glaube, daß ich der Sanftmütigsten einer unter ihnen bin. (Große Heiterkeit.) So wie ich lebhaft daran beteiligt war, die Einigung der kämpfenden Brüder auf dem Parteitag in Nürnberg herbeizuführen, so wird es meiner ausgleichenden Art auch gelingen, weiter für die Einigkeit der Partei zu sorgen. (Bravo!)

Nun hat mir die Gen. Toni Pfülf eine schwere Kränkung zugefügt. Sie rief uns zu: denkt doch daran, daß Ihr jung waret. Als ob nicht jeder, je älter er wird, mit um so stärkerer Sehnsucht an die entschwundene Jugend dächte. (Zustimmung und Heiterkeit.) Auch ich war ein Stürmer und Dränger in meiner Jugend. Aber ich will Euch ehrlich sagen: sowohl in der Gewerkschaft wie in der Partei war für uns immer der Gedanke der Disziplin, der Gedanke der Gemeinsamkeit, für mich persönlich vor allem der Gedanke des autoritären Glaubens an die große Mission der Arbeiterklasse, untrennbar verbunden mit dem Vertrauen zu den Führern, die die Arbeiterschaft selbst an ihre Spitze gestellt hatte. Ich habe nicht die Aufgabe des jungen Arbeiters darin erblickt, nun vor allem Kritik zu üben, daß es besser werden müsse mit anderen Personen, mit jüngeren und klügeren Führern. Es ist nicht gut, daß jemand, der die Partei eben kennen lernt und meinetwegen ein Vierteljahr in der Arbeiterwohlfahrt volontiert, nach einem weiteren Vierteljahr schreiben muß: die Partei muß zum Klassenkampf marschieren, sie muß Kämpfer erziehen und nicht Wohlfahrtsianten. (Sehr gut!) Wer die Einrichtung der über 1500 Organisationen der Arbeiterwohlfahrt, die wir nach dem Kriege aus dem Nichts geschaffen haben, mit ihrem ungeheueren sozialen und ethischen Inhalt kennt, muß sich sagen, daß die Jugend, wenn sie derart Kritik übt, über das Ziel hinausschießt.

Ihr alle habt in Eurer Eigenschaft als Funktionäre im Jahre 1923 die Verhandlungen des Parteiausschusses gedruckt erhalten, in denen ich die Ansätze der Levi-Korrespondenz schilderte und die Erklärung abgab, Levi habe mir ausdrücklich gesagt, daß die Korrespondenz nur als Zeitungskorrespondenz gedacht sei; die Partei werde aber gezwungen sein, Stellung zu nehmen, wenn sie über diesen Rahmen hinausgehe. Der Parteivorstand hat in seiner unendlichen Duldsamkeit die Entwicklung doch weitergehen lassen, als ich damals beabsichtigte, und wenn ihn ein Tadel trifft, so der, daß er nicht schärfer und früher zugefaßt hat. (Sehr richtig!) Haben wir denn die Erfahrungen der Spaltung umsonst gemacht? Sollte der Parteivorstand die mühsam errungene Einigung, deren Schwierigkeiten noch so lange in den Bezirken nachgewirkt haben, aufs Spiel setzen lassen? Soll er sie nicht als höchstes Gut der Partei, als das Palladium der Arbeiterbewegung hüten? Soll er nicht vor jeder Gefahr einer Spaltung rechtzeitig warnen? Genossin Pfülf, wenn die Jugend auch toben darf, wenn die Jugend auch leben darf, wie sie möchte, so geht es doch nicht an, daß beispielsweise Rundbriefe der Opposition in der Sozialistischen Arbeiterjugend mit den heftigsten Angriffen gegen die Jugendorganisation zirkulieren. Das ist denn doch schon organisierte Quertreiberei zur Zerstörung der Partei im Interesse der Leute, die, von Moskau aus mit Geld gespickt, sich diese Aufgabe zur Lebensarbeit gemacht

haben. (Zustimmung.) Der Parteivorstand kann dieser Entwicklung nicht in philantropischer Ruhe zusehen; denn er hat die Pflicht, aufzumerken, damit der Partei kein Schaden geschieht. Sie werden es mir deswegen nicht verdenken, wenn wir zur rechten Zeit unsere warnende Stimme erheben.

Der Nelsonbund ist hier in Schutz genommen worden, weil darin einige tätige, tüchtige Leute sind. Wir haben gegen den Nelsonbund Stellung genommen, weil er innerhalb der Partei eine nach eigenen Gesetzen lebende Gruppe war, die sich nicht an die Beschlüsse der Partei, sondern in erster Linie an die Weisungen ihres Oberhauptes gebunden fühlte. (Sehr richtig!) Was würden Sie dazu sagen, wenn sich in der Arbeiterbewegung ein Geheimbund etablierte, der alle Redakteure, alle Angestellten der Partei, der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung umschlösse und jedem einzelnen das geheime Gelöbnis auferlegte, überall selbst über die eigenen Interessen hinweg den Geboten dieser Organisation zu folgen? Dann säße in diesem Saal eine große Anzahl von Personen als Sekretäre oder Vertrauensleute irgendwelcher Art, die durch die Zugehörigkeit zu einer solchen Geheimorganisation gefnebelt wären, dann wäre die Demokratie erstickt und getötet. Das wäre ein unmögliches Verhältnis, gegen das die Arbeiterschaft sich wehren müßte. So etwas war der Nelsonbund, und da wir es für unsere Pflicht hielten, den Anfängen zu wehren, zertraten wir ihn. Das werden wir wieder tun, wenn ähnliche Erscheinungen auftauchen. In einer Gesinnungsgemeinschaft ist die Meinungsfreiheit so weit, wie wir sie treiben, nur möglich, wenn sie ihre Begrenzung in der Gemeinschaft mit den Gesinnungsfreunden findet. (Sehr wahr!) Vollkommene Meinungsfreiheit hat nur der Individualist oder meinetwegen der Anarchist. Aber auch der Anarchist muß mit den Verhältnissen rechnen; denn hart im Raume stoßen sich die Dinge. Wer sich einer Gesinnungs- oder Kampfgemeinschaft anschließt, gibt einen Teil seiner individuellen Freiheit an die Organisation ab. Wer Führer dieser Gruppe wird, der gibt einen großen Teil seines eigenen Ichs an die Durchführung der Absichten und Beschlüsse dieser Korporation. (Lebh. Zustimmung.) So sind wir alle nur ein Teil des Ganzen und sind des Ganzen wegen da.

Wenn wir aufgefordert wurden, zu sagen, worin die Arbeit der Opposition besteht, so will ich nur sagen, daß das Material bergehoch vorhanden ist. Broßwitz hat schon auf etwas hingewiesen, was in Verbindung mit dem steht, was die Genossin Pfülf über die Jugend gesagt hat. Als der Parteivorstand am Freitagabend in Kiel ankam, und wir die Roten Falken, die Mädchen und Knaben mit ihren roten Fahnen sahen, wie sie mit Pfeifen- und Trommelklang durch die Stadt marschierten, hatten wir nicht das Gefühl, hier die Nachahmung einer byzantinistischen Aktion zu sehen, sondern es überwältigte uns, daß die Jugend zu uns kam, daß die Arbeiter Kiels ihr Kostbarstes schickten, um uns zu sagen: unsere Liebe gehört der Partei, unsere Kinder bringen Euch den Gruß. Das hat uns überwältigt und manchem von uns die Tränen in die Augen gebracht. (Lebh. Zustimmung.) Der Pressedienst bringt einen Bericht darüber, in dem das geschildert wird, was in den Seelen der Kinder lebte, für die der Empfang eine Erinnerung des ganzen Lebens bleibt. (Sehr richtig!) Das „Sächsische Volksblatt" schreibt nun dazu in seinem Bericht: „Der SPD.-Dienst funkt folgendes überschwengliche Stimmungsbild aus Kiel: Sie kommen! Sie kommen!" Ich sage nur: Pfui Teufel! (Stürmische Zustimmung.) Nicht um uns handelt es sich dabei, sondern darum, jede Gelegenheit zu benutzen, um die Liebe zur Partei in die Herzen der heranwachsenden Generation zu pflanzen. (Erneute stürmische Zustimmung.) So wollen wir der Jugend Raum geben, und so verstehen

wir es, wenn wir sagen: weckt die Liebe zur Partei, weckt sie, indem Ihr kritisiert, aber immer mit dem Bewußtsein, der Partei zu dienen!

Nun einiges zur Diskussion! Ich will mich polemisch auf das beschränken, was ich gesagt habe und mich nicht eingehend mit den Ausführungen des Genossen Mäder, Altenburg, beschäftigen, der hier eine Kulturkampfpauke hielt und glaubte, uns zum Kampf gegen die Kirche auffordern zu müssen, indem er sich auf Bebel berief. Hermann Müller und ich feiern auf diesem Parteitag unser 25. Parteitagsjubiläum. Der erste Parteitag, den man besucht, prägt sich am tiefsten in die Erinnerung ein. Als ich hier einige Anträge sah, in denen die Parteigenossen zum Austritt aus der Landeskirche aufgefordert wurden, schoß mir durch den Kopf: diese Kulturkampfanträge hast du doch auf dem ersten Parteitag schon erlebt. Ich nahm das Protokoll zur Hand und las, wie damals Ignaz Auer zu diesen Anträgen Stellung nahm, die Welker, ein ganz anderer Redner wie Mäder, Altenburg, mit hinreißendem Pathos begründet hatte. Ich las die ablehnenden Reden der Gen. Bebel und Vollmar, in denen zum Ausdruck gebracht wurde, daß es uns auf die politische Seele der Arbeiter ankomme, und daß wir ihnen ihren religiösen Lebensinhalt in voller Freiheit überließen. (Sehr wahr!) Nur drei Stimmen erhoben sich damals für den Antrag Wälker. Ich glaube, daß im heutigen Volksstaat die Stellung der Sozialdemokratie unverändert dieselbe ist.

Lassen Sie mich alles zusammenfassen in dem einen Gedanken, daß es die Aufgabe jedes Parteitags und jedes Parteigenossen ist, sich jeden Tag und jede Stunde zu fragen: wie nutze ich der Partei; was hat der heutige Tag für Vorteile gebracht? Im kommenden Jahr haben wir die nächsten Wahlen, die Wahlen gegen den Bürgerblock, die uns die Möglichkeit geben sollen, der Sozialdemokratie die Macht in die Hand zu geben.

Am Sonntag sind in Danzig mit gutem Erfolg für die Partei Wahlen vonstatten gegangen. Wir senden den Parteigenossen, die zu uns Deutschen gehören, die besten Glückwünsche für ihren Erfolg. (Bravo!) Wir begrüßen unsere mecklenburgischen Kameraden und danken ihnen im Namen des Parteitages für ihren tapferen Kampf. Wir wollen, daß von diesem Parteitag ein Antrieb ausgeht zum Siegen, zum Siegen in kameradschaftlicher Arbeit. Wir wollen uns zur Richtschnur den Gedanken machen, in notwendigen Dingen die Einigkeit, in strittigen die Freiheit, und vor allen Dingen Liebe und Kameradschaftlichkeit zueinander. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Anträge. Ich hatte erst die Absicht, über sämtliche Anträge, die ich als genügend unterstützt betrachte, en bloc abstimmen zu lassen mit Ausnahme der Anträge, zu denen von den Organisationen besondere Abstimmung gewünscht worden ist. Leipzig wünscht aber besondere Abstimmung über alle Anträge mit Ausnahme des Antrags Nr. 73, der zurückgezogen worden ist; dasselbe wünschen Königsberg und Berlin. Ich möchte daher über alle Anträge besonders abstimmen lassen, obwohl uns das erhebliche Zeit nimmt.

Die Anträge 4—6 beschäftigen sich mit der Kommunalpolitik. Im Namen des Parteiausschusses und Parteivorstandes empfehle ich, diese Anträge durch die Tagung der Kommunalpolitiker für erledigt zu erklären, die in Verbindung mit dem Parteitag stattgefunden und Richtlinien für unsere Kommunalpolitik aufgestellt hat. Wir wollen der Durchführung dieser Richtlinien ein bis zwei Jahre Bewährungsfrist geben, um sie dann für unser Programm zu verwerten. (Der Parteitag beschließt mit großer Mehrheit, die Anträge 4 und 5 vorläufig für erledigt zu erklären.)

Das, was in dem Antrag 6 gefordert wird, ist bereits in der Ausführung. Das Kommunalsekretariat beim Parteivorstand arbeitet und wird unter Leitung des kommunalpolitischen Beirats ausgebaut. Ich beantrage deshalb, diesen Antrag ebenfalls für erledigt zu erklären. (Der Parteitag beschließt demgemäß.)

Die Anträge 7—10 fordern die Einberufung von Preußen-Parteitagen, und zwar in Verbindung mit dem Parteitag. Königsberg fordert in dem Antrag 8 weiter die Schaffung einer Landesorganisation für Preußen nach Art derjenigen, die vor dem Kriege bestanden habe. Ich bemerke dazu, daß eine besondere preußische Landesorganisation nur dem Namen nach bestand. Der Bezirk Groß-Berlin in Verbindung mit dem Parteivorstand führte zur Wahlrechtsfrage die Geschäfte der preußischen Organisation, die niemals Beiträge erhob oder Einnahmen hatte. Nach dem Kriege haben wir auf Antrag der bayerischen Genossen und unserer unitarischen Einstellung folgend, die Partei auf dem Boden der Bezirksorganisationen fundamentiert und dem im Statut Ausdruck gegeben. Parteiausschuß und Parteivorstand sind der Meinung, daß Preußenparteitage zweckmäßig sind, und daß sie bereits vor den nächsten preußischen Landtagswahlen entweder für sich oder in Verbindung mit den Reichstagswahlen als Auftakt für die Partei abzuhalten sind. Wir halten es für richtig, daß die preußischen Parteigenossen mit ihrer Landtagsfraktion in besonders engen Konnex kommen und bitten daher, in dem Sinn die Anträge 7—10 dem Parteivorstand zur Durchführung zu überweisen. (Es wird mit großer Mehrheit so beschlossen.)

Zu den Anträgen 11 und 12 habe ich im Namen des Parteiausschusses und des Parteivorstandes zu erklären, daß wir ja geradezu Selbstmordabsichten haben müßten, wenn wir nicht immer versuchen würden, mit der Parteiorganisation die engste Verbindung aufrecht zu erhalten und, wenn irgend angängig, die Parteiorganisationen zu fragen. Leider ist es nicht in allen Fällen möglich, eine Art Urabstimmung zur Herauskristallisierung der öffentlichen Meinung innerhalb der Partei durchzuführen, und wenn wir erst eine Diskussion unter den Parteigenossen veranstalten, wird nachher gesagt, die Diskussionsfrist sei zu kurz; damit wäre aber die Verantwortlichkeit der Partei einfach in die Rumpelkammer geworfen. Ich ersuche daher um Ablehnung der Anträge.

(Die Anträge 11 und 12 werden darauf abgelehnt.)

Der Antrag Nr. 13 aus Hamburg ist in seinem ersten Teil, der sich auf die Gründung einer lokalen Parteizeitung für Berlin bezieht, zurückgezogen; ich empfehle Ihnen den Rest des Antrags zur Annahme.

(Der Parteitag beschließt in diesem Sinne.)

Bei Antrag 14 schlagen Parteivorstand und Parteiausschuß die Ablehnung vor.

(Der Antrag wird abgelehnt.)

Antrag 15. Im Preußischen Landtag behauptete vor einigen Tagen ein Deutschnationaler, daß die Sozialdemokratie Subskriptionslisten gegen rechtsstehende Beamte aufgestellt habe. Ich bedaure die Einbringung solcher Anträge, denn praktisch wird mit ihnen nichts erreicht, sie liefern nur Agitationsstoff für die Gegner. Es gibt Dinge, die man macht, aber über die man nicht redet. Daß wir ein Interesse daran haben, den Staat mit republikanischen Beamten zu versehen, ist von uns immer zugegeben worden. Ich bitte im Auftrage von Parteivorstand und Parteiausschuß, den Antrag abzulehnen.

(Der Antrag wird abgelehnt.)

Antrag 16 ist beim Referat von Hilferding zu behandeln.

Die Anträge 17 und 18 gehören zum Referat von Robert Schmidt.

Die Anträge 19, 20, 21 bitten wir abzulehnen. Es empfiehlt sich, hier von einer Bindung des Parteivorstandes abzusehen.

Die Anträge 19, 20 und 21 werden abgelehnt.

Antrag 22 Abs. 1 wird abgelehnt.

Antrag 22 Abs. 2 und Antrag 23 werden abgelehnt.

Antrag 22 Abs. 3 wird dem Vorstand überwiesen.

Antrag 24. Wir haben in der Partei nur sehr wenig Doppelmandate. Daß wir aber Männer wie Braun und Severing in der Reichstags- und Landtagsfraktion haben, ist für die Reichstagsfraktion und für die preußische Regierung von Vorteil. Wir bitten daher, den Antrag abzulehnen.

(Der Antrag wird abgelehnt.)

Antrag 25. Ich habe in meinem Referat auf die Erscheinungen der Vielorganisation hingewiesen, bitte Sie aber trotzdem, den Antrag abzulehnen. Wir wissen sonst nicht, wo wir mit solchen Auflösungsanträgen einmal aufhören sollen. Erweist sich die Organisation für die Partei hemmend, so werden wir selbst an den Parteitag herantreten.

(Antrag 25 wird abgelehnt.)

Antrag 26. Wir haben im Parteiausschuß gefragt, wer denn solcher Mitarbeiter ist, und niemand konnte uns die Frage beantworten. Hier haben wir erfahren, daß Genosse Breuer Artikel geschrieben haben soll. Wenn wir der Tradition treu bleiben wollen und Meinungsfreiheit gelten lassen wollen, dann sollten wir uns hüten, Einzelfälle herauszugreifen, und zwar nur wegen der Tendenz des Blattes. Ich würde niemals an solchem Blatte mitschreiben. Es gibt aber Genossen, die in kommunistischen Organen mitarbeiten. Der Parteivorstand hat aber keinen größeren Widerwillen, als überall als Zensor aufzutreten. Wir wollen die Möglichkeit haben, solche Schäden zu beseitigen und darum bitte ich Sie, diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen. Wir werden dann die Zustände ändern, soweit es in unserer Macht liegt.

(Der Antrag wird abgelehnt.)

Antrag 27 wird dem Parteivorstand überwiesen.

Antrag 28 und 195. Der Parteivorstand setzt im Antrag 195 die Altersgrenze auf das 20. Lebensjahr fest, erwartet aber, daß die Jugendlichen mit dem 18. Lebensjahr den Eintritt in die Partei vollziehen. Ich werde zunächst über Antrag 195 abstimmen lassen.

(Antrag Nr. 195 wird angenommen, Antrag 28 ist damit erledigt.)

Die Anträge 29, 30, 31, 32 werden dem Parteivorstand überwiesen.

Antrag 33 wird abgelehnt.

Antrag 34 wird abgelehnt.

Antrag 35 und 36 werden abgelehnt.

Antrag 37 wird dem Parteivorstand überwiesen.

Antrag 38 gehört zum Referat von Hilferding.

Antrag 40. Hierzu ist ein Zusatzantrag gestellt, der besagt: „soweit eine gewerkschaftliche Organisation für sie vorhanden ist".

(Antrag 40 wird mit diesem Zusatz angenommen, dann aber in nochmaliger Abstimmung durch Annahme der Anträge 189, 194 und 194a als erledigt betrachtet. S. Seite 136.)

Die Anträge 39, 41 bis 61 befassen sich mit der Beamtenfrage. Der Parteivorstand beantragt mit dem Parteiausschuß, die Anträge sämtlich durch die Annahme der Deklaration (Nr. 189) des Parteivorstandes im Parteiausschuß für erledigt zu erklären. Hiermit steht in Verbindung Antrag 194,

über den namentliche Abstimmung beantragt ist. Der Antrag des Parteivorstandes würde alle genannten Anträge mit Ausnahme von Antrag 194 erledigen. Ich lasse daher über die Deklaration Nr. 189 zunächst abstimmen.

(Der Deklaration Nr. 189 wird zugestimmt.)

Zum Antrag 194 liegt ein Abänderungsantrag Steinkopf vor, der noch nicht gedruckt ist und lautet:

„Im dritten Satz der Resolution Nr. 194 ist anstatt: „Es ist deshalb Pflicht für jeden Sozialdemokraten, einer freien Gewerkschaft anzugehören. Aufgabe der Parteiorganisationen und der Parteipresse ist es, die freien Gewerkschaften in ihrer Tätigkeit zu fördern." zu setzen: „Diese Entwicklung sollte jeder Sozialdemokrat durch Zugehörigkeit zu einer freien Gewerkschaft fördern. Aufgabe der Parteiorganisationen und der Parteipresse ist es, die freien Gewerkschaften in ihrer Tätigkeit zu unterstützen."

Ich erkenne an, daß das Amendement eine Erleichterung zur Deklaration des Parteivorstandes bringt, die soeben beschlossen worden ist, weil die Deklaration die Zwangsverpflichtung für jeden Sozialdemokraten in den Wunsch ändert, einer freien Gewerkschaft anzugehören. Ich habe ausdrücklich darauf hingewiesen, daß wir uns mit dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund intensiver verbunden fühlen, und habe die politischen Gründe dargelegt. Damit habe ich geglaubt, der Sache genügend zu nützen, weil wir mit diesem Beschluß auf dem Parteitag das letzte Wort nicht sprechen.

Ich lasse zunächst über das Amendement Steinkopf abstimmen.

(Der Aenderungsantrag Steinkopf wird angenommen.)

Ich möchte erklären, daß eine große Anzahl von Parteigenossen nach der Annahme der Deklaration auch dieser Resolution in freier Abstimmung zustimmen will, ihr aber in namentlicher Abstimmung die Zustimmung nicht geben würde. Im Interesse der Einheitlichkeit schlage ich vor, den Antrag auf namentliche Abstimmung zurückzuziehen.

(Der Antrag auf namentliche Abstimmung wird zurückgezogen. Antrag 194 wird in geänderter Form angenommen.)

Antrag 62 wird angenommen.

Antrag 63. Parteiausschuß und Parteivorstand sind der Ansicht, daß die Unterstützung der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung eine Aufgabe ist, die wir zu der unsern rechnen müssen. Aber wir glauben, daß die bindende Verpflichtung zu weit geht, und bitten, es mit der Empfehlung genügen zu lassen. Unsere Genossen aufzufordern, aus bürgerlichen Kulturvereinen auszutreten, würde eine Rückständigkeit sein, die der Partei keine Ehre machte. Wir haben Genossen von höchster wissenschaftlicher Qualität, die Mitglieder der staatswissenschaftlichen Vereinigung sind. Der Verein für Sozialpolitik verdankt seine Erfolge zum großen Teil der Mitarbeit unserer Parteigenossen. Ich glaube nicht, daß wir das alles mit einem Schlage auslöschen sollten. Weil der Antrag also zu weit geht, sollten wir ihn ablehnen.

(Antrag 63 wird abgelehnt.)

Der Antrag 64 gehört in seinem ersten Teil unter die Anträge, die vorhin durch die Abstimmung über Antrag 194 als erledigt zu betrachten sind. Den Absatz 2 können wir annehmen.

(Antrag 64 Abs. 2 wird angenommen.)

(Antrag 64 Abs. 3 wird abgelehnt.)

Der Antrag 65 ist im Parteiausschuß besprochen worden und soll so erklärt werden: Parteifunktionäre dürfen nicht Mitglieder bürgerlicher politischer Vereine sein. Unser Parteistatut schließt die Zugehörigkeit zu einer andern

politischen Partei aus, aber es kommt vor, daß Vereine sich mit politischen Fragen befassen, ohne eigentliche politische Vereine zu sein. Darum bitte ich Sie, dem Antrag mit dieser Motivierung zuzustimmen.

Hierzu gehört auch Antrag 196, wonach Parteigenossen nicht Mitglieder solcher Vereine sein dürfen, die gegen die Sozialdemokratische Partei wirken.

(Antrag 196 wird angenommen, Antrag 65 ist damit erledigt.)

Zu Ziffer 1 des Antrags 66 möchte ich erklären, daß dann das Statut der Partei eine Aenderung erfahren müßte, denn der Parteitag wählt den Parteivorstand, die Konzentration ist aber nichts anderes als die wirtschaftliche Leitung des Parteivorstandes. Wir dürfen keine andern Mitglieder hinzubekommen. Ich empfehle daher, die Ziffer 1 abzulehnen.

(Ziffer 1 der Anträge 66 und 67 wird abgelehnt.)

(Ziffer 2 wird durch die Ablehnung der Forderungen des Personals als erledigt betrachtet.)

In Berlin sollen zwei Vertreter in die Fürsorgekasse gewählt werden, um nicht politische Gegner in die Verwaltung kommen zu lassen und Spesen zu sparen. (Zuruf.)

Sie müssen daran denken, daß bei der Gründung der Fürsorgekasse von 600 Beschäftigten nur 100 Beschäftigte Mitglieder der Partei waren. (Lebhaftes Hört, hört! und große Unruhe.)

(Ziffer 3 wird als erledigt betrachtet, weil in allen Betrieben durchgeführt.)

Wir bitten den Antrag 69 abzulehnen, da er den Tatsachen nicht entspricht. Ein Ausschluß ist nur auf Antrag der Bezirksorganisation wegen kommunistischer Propaganda erfolgt.

Antrag 69 wird abgelehnt.

Antrag 70 wird abgelehnt.

Die Anträge 71, 72 und 84 befassen sich mit der Welthilfssprache Esperanto. In Heidelberg sind dieselben Anträge dem Parteivorstand überwiesen worden, der nach ernster Verhandlung zu der Auffassung gekommen ist, daß die Sozialdemokratie als politische Partei bei aller Sympathie die Durchführung und Verbreitung der Esperantosprache der Privatinitiative überlassen muß. Wir bitten um Ablehnung.

(Anträge 71, 72 und 84 werden abgelehnt.)

Antrag 73 ist zurückgezogen.

Im Auftrage des Parteivorstandes und Ausschusses lehne ich es ab, den Antrag 74 zur Abstimmung zu bringen, weil er sich mit einer Materie befaßt, die uns nichts angeht. Mit demselben Recht könnten wir uns um Genossenschaftsbewegung, Gewerkschaftsbewegung usw. kümmern und ihnen Wege weisen wollen, was sie sich verbitten würden.

(Antrag 74 gelangt nicht zur Abstimmung.)

Antrag 75 wird dem Vorstand überwiesen.

Antrag 76 wird abgelehnt, da eine gerichtliche Klage auf Niederlegung von Mandaten erfolglos ist.

Antrag 77. Unseres Wissens erfolgt ein solcher Bericht. Er wird den Redakteuren übermittelt. Der Vorstand kann mit der Durchführung dieses Beschlusses nicht belastet werden. Wir laufen nicht hinter jeder Redaktion her, sonst greifen wir in die journalistische Freiheit ein. Sie haben in Ihrem Bezirk Freiheit genug, um Ihren Wunsch durchzusetzen.

(Antrag 77 wird abgelehnt.)

Antrag 78 wird abgelehnt.

Antrag 79. Wir müssen im Statut Bewegungsfreiheit haben, einen Genossen, der vier Jahre organisiert ist, einem unfähigen, fünf Jahre Organisierten, vorzuziehen.

(Antrag 79 wird abgelehnt.)

Antrag 80 wird abgelehnt.

Die Anträge 81 und 82 werden mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die Anträge 83 und 104 werden abgelehnt.

Wir bitten, die Anträge 85 bis 88 zum Organisationsstatut durch Annahme des Antrages 86, mit der Einfügung des Wortes „mindestens", für erledigt zu erklären.

(Es wird so beschlossen.)

Die Anträge 89 bis 94 befassen sich mit der Staffelung der Beiträge nach dem Einkommen usw. Wir bitten, sie abzulehnen und die Regelung einer Aenderung des Statuts vorzubehalten.

(Anträge 89 bis 94 werden abgelehnt.)

Antrag 94, Abs. 2, und 95 werden abgelehnt.

Antrag 96 und Antrag 97 werden abgelehnt und sollen auf den Bezirksparteitagen erledigt werden.

Antrag 98 wird angenommen.

Anträge 99 bis 103 werden abgelehnt und die Regelung einer künftigen Aenderung des Statuts vorbehalten.

Antrag 105 wird angenommen.

Antrag 106. Wir haben unsern Kassierer beauftragt, für diesen Antrag, der schon in Heidelberg viel umkämpft war, die Ablehnung zu empfehlen, weil die jetzige Regelung eine Lebensnotwendigkeit für die Partei ist.

(Antrag 106 wird mit großer Mehrheit abgelehnt.)

Antrag 107 ist durch Annahme des Antrags 105 erledigt.

Antrag 108 wird angenommen.

Auf Antrag der Kontrollkommission wird dem Parteivorstand für seine Amts- und Geschäftsführung gegen die Stimmen zweier Bezirke Entlastung erteilt.

Bericht der Mandatprüfungskommission.

Vogel, Nürnberg: Zur Teilnahme an diesem Parteitag wären 417 Vertreter, darunter 54 Frauen, berechtigt. Anwesend sind 415 Vertreter, darunter 53 Frauen. Außerdem sind auf unserm Parteitag 15 Genossen und Genossinnen unserer ausländischen Bruderorganisationen als Gäste anwesend. Die Vertreter selbst verteilen sich in folgender Weise:

Delegierte	297	darunter	35	Frauen
Reichstagsfraktion	26	„	3	„
Parteiausschuß	42	„	10	„
Kontrollkommission	8	„	1	„
Parteivorstand	19	„	3	„
Agrarkommission	10			
Verschiedene Institutionen (Konzentration, Reichsbildungsauschuß usw.)	12	„	1	„
Referent	1			

Proteste gegen die Wahl der Delegierten haben nicht vorgelegen. Wir hatten uns nur mit einem Einspruch zu beschäftigen, der dem Bezirksvorstand von Württemberg zugegangen und von diesem dem Parteivorstand zur

Information überwiesen war. Der Parteivorstand hat es für zweifelhaft erklärt, ob die Mandatprüfungskommission hierfür zuständig sei. Vom Bezirksvorstand Württemberg ist dem Beschwerdeführer Mitteilung gemacht und bedeutet worden, daß er seinen Einspruch an Parteivorstand, Parteitag oder Mandatprüfungskommission zu richten habe. Darauf hat der Beschwerdeführer schriftlich erklärt, wenn sein bisheriger Einspruch nicht genüge, sehe er von weiterer Beschwerde ab. Darauf hat die Mandatprüfungskommission eine Behandlung des Einspruchs abgelehnt. Ich empfehle, sämtliche Mandate für gültig zu erklären.

(Es wird so beschlossen.)

Vors. **Eggerstedt:** Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung:

Das Agrarprogramm.

Ich erteile dazu das Wort dem Genossen Dr. Baade.

Dr. **Baade,** Berlin (Berichterstatter): Ich erbitte Ihre Aufmerksamkeit zu Problemen, die sehr viel theoretischer scheinen als die bisher vom Parteitag behandelten Fragen. Es sind jedoch Fragen von allerhöchster politischer Aktualität, denn die Stellung zur Agrarfrage soll es der Partei in den kommenden Jahren ermöglichen, an die praktische Lösung der Agrarfrage und die politische Werbetätigkeit in der Landbevölkerung auf einer ganz anderen Grundlage und mit ganz anderer Aktivität als bisher heranzugehen. Es entspricht durchaus der Tradition der Sozialdemokratie und des wissenschaftlichen Sozialismus, eine Neuorientierung auf diesem Gebiet mit einer wissenschaftlichen Analyse der Agrarfrage zu beginnen.

Die Beschäftigung mit der Agrarfrage ist in unserer Partei so alt wie die Bewegung unserer Partei selbst. Die Auseinandersetzung mit der Agrarfrage in den vergangenen Jahrzehnten wird charakterisiert durch die Gegensätzlichkeit zweier Grundanschauungen in unserer Partei, von denen die eine von der Ueberlegenheit des Großbetriebes, die andere von der Ueberlegenheit des Kleinbetriebes ausging. Die schärfsten Formulierungen dieser beiden Anschauungen stammen allerdings nicht von den theoretischen Führern der Partei, sondern sind in der Publizistik der Partei stark vergröbert worden, so daß die Gegensätze in der Diskussion oft stärker als bei den theoretischen Führern erschienen. Trotzdem läßt es sich nicht bestreiten, daß in einer ganzen Periode unserer Partei die Stellung zur Agrarpolitik mehr oder weniger von der Vorstellung beherrscht wurde, daß der Bauernstand zu den versinkenden Mittelschichten gehöre und eine Lebensberechtigung in Zukunft nicht habe, daß alle Versuche, durch Hilfsmaßnahmen den Bauernstand zu erhalten, aus der wirtschaftsgeschichtlichen und wirtschaftsgesetzlichen Entwicklung zur Aussichtslosigkeit verdammt sein müßte, und es deshalb eine reaktionäre Wirtschaftspolitik wäre, dem Bauernstand zu helfen. Heute, nach mehr als 50jähriger Erfahrung auch in Agrarfragen, können wir uns nicht wundern, daß wir mit einer solchen Grundeinstellung innerhalb der landwirtschaftlichen Bevölkerung nicht viele Fortschritte gemacht haben. Bei einer solchen Grundeinstellung ist eine positive, auf die Gegenwart gerichtete Agrarpolitik, die zu den Nöten der landwirtschaftlichen Bevölkerung positiv und praktisch Stellung nimmt, nicht möglich.

Infolgedessen ist es zweifellos ein Fortschritt gewesen, wenn schon sehr frühzeitig in der Parteidiskussion der entgegengesetzte Standpunkt entwickelt wurde. Von der Erkenntnis ausgehend, daß die Entwicklungsgesetze in der Landwirtschaft besonderer Art sind im Verhältnis zu der Industrie, wurde festgestellt, daß von einem Verschwinden der kleineren, bäuerlichen Betriebe

gar nicht gesprochen werden kann, daß sich die ganze Welt der bäuerlichen Wirtschaft mit einer ungeheuren Lebenszähigkeit erhält, und daß infolgedessen die Sozialdemokratie bei jeder Stellungnahme zur Agrarfrage von dieser Tatsache ausgehen muß. Es ist nach dieser Auffassung also keine reaktionäre Wirtschaftspolitik, positive Agrar- und Bauernpolitik zu treiben, sondern eine Selbstverständlichkeit für eine Partei, die die Gesamtheit des wirtschaftlichen Lebens in ihr Programm einziehen will, die die Interessen aller Arbeitenden in der gesamten Wirtschaft wahrnehmen will.

Die Auseinandersetzungen dieser beiden Strömungen in der Partei ist bis zum Kriege zu keinem Abschluß gekommen. Der Vorschlag der alten Agrarkommission, die versuchte, in den Jahren 1894/1895 ein Agrarprogramm der positiven Agrarpolitik und Bauernpolitik aufzustellen, ist durch den Breslauer Parteitag abgelehnt worden. Bis zum Krieg waren daher die sehr knappen Sätze des Erfurter Programms unsere einzigen programmatischen Richtlinien in der Agrarfrage. Trotzdem hat von Jahr zu Jahr, und ganz besonders in der Kriegs- und Nachkriegszeit, in steigendem Maße die tatsächliche Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie und vor allen Dingen der Reichstagsfraktion und der einzelnen Landtagsfraktionen in einem gewissen Gegensatz zu dieser programmatischen Stellung gestanden; wir haben also praktisch schon lange das getrieben, was von der alten Agrarkommission gefordert wurde, nämlich eine positiv aufbauende Agrarpolitik unter Anerkennung der bäuerlichen Wirtschaft.

Ich sagte, daß diese praktische Orientierung besonders in der Nachkriegszeit gewaltig verstärkt wurde. Ich brauche nur daran zu erinnern, wie in den ersten Jahren nach dem Krieg durch das ganze deutsche Volk eine mächtige Bewegung im Sinne der Siedlung und Bodenreform ging, und welchen starken Widerhall diese Bewegung in unserer Partei gefunden hat. Für mein persönliches Empfinden sind wir sogar in jenen Jahren in der kritiklosen Uebernahme von Forderungen auf dem Gebiete der Siedlung zuweilen über das Ziel hinausgeschossen. (Sehr richtig!)

In den letzten Jahren haben wir in Agrarfragen zwar kein eigentliches Programm gehabt, aber einen programmatischen Antrag der Reichstagsfraktion, der nach der Parteieinigung gefaßt wurde, und der in seiner siedlungsfreudigen Tendenz weit über das hinausgeht, was in dem heutigen Agrarprogrammentwurf niedergelegt ist. Dieser Antrag der Reichstagsfraktion hat uns gewissermaßen als Ersatz für ein Agrarprogramm gedient und ist ohne irgendwelchen Widerspruch der gesamten Parteipresse immer in dieser Art benutzt worden.

Angesichts dieser Sachlage konnte es für die Agrarkommission praktisch nicht in Betracht kommen, auf Anschauungen zurückzugreifen und ihr Gutachten auf Auffassungen aufzubauen, die, soweit sie überhaupt jemals in der Partei in ihrer schroffen Form geteilt worden sind, längst überwunden sind, und auch von den theoretischen Führern des Marxismus in der oft gehörten vergröberten Form niemals geteilt worden sind. Gerade Genosse Karl Kautsky hat in den letzten Wochen zu den programmatischen Auseinandersetzungen unserer Partei in der Agrarfrage Stellung genommen und dabei sehr großen Wert auf die Feststellung gelegt, daß er selbst niemals behauptet hat, daß der bäuerliche Betrieb in der Zeit, in der wir heute leben, verschwinden wird, und daß die Lösung der Agrarfrage in der primitiven Weise erfolgen wird, daß der Großbetrieb in der Landwirtschaft den Kleinbetrieb ebenso auffaugt, wie er es in der Industrie zu tun zweifellos die Tendenz hat.

Die Anerkennung der Tatsache, daß es bäuerliche Betriebe gibt, daß in den bäuerlichen Betrieben in Deutschland das Schwergewicht der Agrarproduktion

ruht, daß diese bäuerlichen Betriebe eine Lebenskraft aufweisen, die uns, ob wir das an sich begrüßen oder nicht, zwingt, mit der weiteren Existenz dieser bäuerlichen Betriebe auf praktisch unbegrenzte Zeit als einer gegebenen Tatsache zu rechnen —, dieser Umstand mußte für die Agrarprogrammkommission der Ausgangspunkt sein, um jetzt endlich die Einheit zwischen der prinzipiellen programmatischen Stellungnahme der Partei und der seit langem von der Partei in der Agrarfrage betriebenen praktischen Politik herzustellen. Damit ist jedoch keineswegs gesagt, daß die Agrarprogrammkommission nun etwa unkritisch und in vollem Umfang alles übernommen hätte und hätte übernehmen müssen, was als Bauernpolitik innerhalb der Parteikreise formuliert worden ist. Auch die Auffassungen des Genossen David, der als erster und bedeutungsvollster Vorkämpfer für den Gedanken einer Bauernpolitik in der Partei für Ewigkeit ein bleibendes Verdienst haben wird, hat sich die Agrarkommission nicht kritiklos zu eigen gemacht. Ich kann Ihnen sagen, daß unsere Diskussion in der Agrarkommission zu einem wesentlichen Teil in einer lebhaften theoretischen und kritischen Auseinandersetzung mit David und seinen Gedankengängen bestanden hat.

Den einleitenden und theoretischen Teil meines Referats will ich daher so gliedern, daß ich Ihnen hier zu zeigen versuche, welche Stellungnahme das Programm in den wesentlichen Punkten zu den in der prägnantesten Form von David entwickelten agrarischen Gedankengängen der Bauernpolitik einnimmt.

Wir können in diesen Gedankengängen zwei Hauptbestandteile unterscheiden. Der erste ist eine ganz einfache Tatsachenfeststellung, die darin besteht, daß in der Entwicklung der Betriebsverteilung in der Landwirtschaft nicht der geringste Anhaltspunkt für ein Zurückdrängen der bäuerlichen Betriebe durch den Großbetrieb, für eine Konzentrationsbewegung zu erblicken ist. Diese Tatsache kann von niemand mehr bestritten werden. Die Zahlen der Betriebsstatistik, die wir nunmehr für ein halbes Jahrhundert in Deutschland überblicken, gestatten nicht mehr den mindesten Zweifel an dieser Tatsache. Bereits die letzte Betriebszählung vor dem Kriege von 1907 zeigte, verglichen mit den vorangehenden Betriebszählungen, ein absolut eindeutiges Bild in dem Sinne, daß der bäuerliche Betrieb nicht vom Großbetrieb zurückgedrängt wird, daß er sich nicht nur der Zahl und der Fläche nach behauptet hat, sondern daß der bäuerliche Betrieb, vor allen Dingen in der wichtigsten Größenklasse zwischen 5 und 20 Hektar von Jahrzehnt zu Jahrzehnt in einem unleugbaren Vordringen begriffen ist. Die bäuerlichen Betriebe haben von den Zählungen des Jahres 1882 bis 1907 der Zahl nach um 140 000 Betriebe, d. h. um 15 Proz. zugenommen, der Fläche nach um über 1,2 Millionen Hektar, also ungefähr um 14 Proz., und zwar ist diese Zunahme der Fläche vor allem erfolgt auf Kosten der großbäuerlichen Betriebe und der Großbetriebe. Man darf auch nicht den Gedanken aufkommen lassen, daß dieses Vordringen der bäuerlichen Betriebe in der Vorkriegszeit lediglich eine Folge der Siedlungsgesetzgebung und der Kolonisationsbestrebungen im deutschen Osten gewesen sei. Was wirklich in diesen Jahrzehnten mit Hilfe des Staates im deutschen Osten kolonisiert worden ist, ist nur ein geringer Bruchteil des Zuwachses der bäuerlichen Betriebe, welche der Zahl nach noch nicht ein Viertel des tatsächlichen Zuwachses der bäuerlichen Betriebe in jenem Zeitraum ausmacht. Wenn man die Maßnahmen der staatlichen Agrarpolitik bei den Verschiebungen zwischen den Betriebsgrößen erwähnt, so darf man nicht einseitig auf diese Förderung der bäuerlichen Betriebe durch die Innenkolonisation und durch die Auflösung der polnischen Güter blicken, sondern muß sich auch vor Augen halten, daß unsere staatliche, vor allem auch die

preußische Agrarpolitik alles andere gewesen ist als eine bäuerliche Agrarpolitik, daß sie überwiegend auf die Förderung des Großgrundbesitzes eingestellt gewesen ist.

Aus den Zahlen der Betriebsstatistik entnehme ich als bedeutungsvolle Tatsache aber nicht nur, daß der bäuerliche Betrieb sich behauptet, ja sogar ausgedehnt hat, sondern ich entnehme aus der Betriebsstatistik auch, daß eigentlich alle Kategorien von Betriebsgrößen in der Landwirtschaft ihre Existenz mit einer geradezu erstaunlichen Lebenszähigkeit behauptet haben. Wenn man bedenkt, daß wir auf Grund der Betriebsstatistik heute etwa ein halbes Jahrhundert überblicken, so muß einem als am stärksten in die Augen springender Faktor die Tatsache auffallen, daß die Verschiebungen so überaus gering sind, daß die landwirtschaftliche Produktion und Betriebsweise in allen Betriebsgrößenklassen eine so ungeheuere Stabilität aufweist. Selbst die stärkste Verschiebung, die in den letzten Jahrzehnten eingetreten ist, die Ausdehnung der bäuerlichen Betriebe in der Größenklasse zwischen 5 und 20 Hektar auf Kosten der Großbetriebe und der großbäuerlichen Betriebe, ist, auf die Gesamtheit der deutschen Landwirtschaft umgerechnet, recht geringfügig. Es kann uns bedeutsam erscheinen, wenn wir sehen, daß in einem Zeitraum von 25 Jahren die bäuerlichen Betriebe mehr als 1 Million Hektar gewonnen haben; aber wie gering diese Verschiebung ist, erkennen wir, wenn wir sie auf die Gesamtheit beziehen und uns klar machen, daß es nicht weniger als 250 Jahre dauern würde, bis bei der Fortsetzung dieser Entwicklung in gleichem Umfange und im gleichen Tempo der gesamte Grundbesitz des Großbetriebes in der Landwirtschaft zugunsten der bäuerlichen Betriebe aufgelöst wäre. Von einer sehr starken Entwicklungstendenz zugunsten des bäuerlichen Betriebes kann also auf Grund dieser Zahlen ebenso wenig gesprochen werden wie von irgend einer anderen Entwicklungstendenz. Ich habe für mich aus den Zahlen der Betriebsstatistik immer wieder nur die Tatsache abgelesen, daß große Entwicklungstendenzen, die eine rasche Umgestaltung der landwirtschaftlichen Verhältnisse erwarten ließen, weder in der einen noch in der anderen Richtung zu beobachten sind, daß gerade die Stabilität der Betriebsverhältnisse in der Landwirtschaft das bedeutsamste Phänomen ist, und daß deswegen prinzipiell alle Anschauungen an der Wahrheit vorübergehen müssen, die die Lösung der Agrarfrage in einer grundlegenden und rasch vor sich gehenden Umwälzung der Betriebsverhältnisse erwarten. Ich halte es für eine prinzipiell irrige Auffassung, ein Agrarprogramm und gar ein sozialistisches Agrarprogramm auf der Erwartung aufzubauen, daß in einer absehbaren Zeit entweder der Großbetrieb den Kleinbetrieb oder der Kleinbetrieb den Großbetrieb verdrängen würde.

Wenn man die Dinge so nimmt, wie sie wirklich sind und nach echter marxistischer Methode von der Analyse der Wirklichkeit ausgeht, wenn man feststellen muß, daß die Verschiebungen zwischen den Betriebsgrößenklassen sehr geringfügig sind, dann kommt man zu einer Feststellung, die vielleicht manchem von uns schon oft auf dem Herzen gelegen hat, daß nämlich der Streit um die vorteilhafteste Betriebsgröße, der uns in der Agrarpolitik eigentlich jahrzehntelang als Ersatz eines Agrarprogramms gedient hat, maßlos aufgebauscht worden ist. (Lebh. Zustimmung.)

Zu dem gleichen Ergebnis komme ich, wenn ich mir nun die Argumente ansehe, die für die Ueberlegenheit der einen Betriebsgrößenklasse oder der anderen Betriebsgrößenklasse ins Feld geführt worden sind. Sie wissen, daß man sehr viel von der Ueberlegenheit des bäuerlichen Familienbetriebes

gegenüber dem Großbetrieb gesprochen hat. In diesem Zusammenhang sind sehr viele richtige Feststellungen gemacht worden. Es ist zweifellos richtig, daß in der Landwirtschaft ganz andere Gesetze für die Betriebsgrößenbildung gelten als in der Industrie, daß eine Konzentration der Produktion auf eine kleine Fläche mit einer gewaltigen Produktenmenge niemals in dem gleichen Maße möglich ist wie in der Industrie. Es ist auch durchaus richtig, daß in der Landwirtschaft die menschliche Arbeit als Qualitätsarbeit, als eine Arbeit, die mit der höchsten Sorgfalt und dem höchsten Eigeninteresse geleistet werden muß, eine ganz besondere Rolle spielt. Der Familienbetrieb, der nur mit eigenen und interessierten Arbeitskräften wirtschaftet, hat in dieser Beziehung einen recht bedeutsamen Vorsprung vor dem größeren Betrieb, der mit fremden Arbeitskräften wirtschaften muß, weil die Besonderheiten der landwirtschaftlichen Produktion es nicht gestatten, eine solche Kontrolle über die Arbeitsleistung gerade hinsichtlich der Qualität der Arbeit in jedem Punkte durchzuführen, wie das in der Industrie möglich ist. Daraus kann man aber nicht folgern, daß nun der Familien- und der Kleinbetrieb dem Großbetrieb in einer entscheidenden Weise überlegen sein müßte. Wenn man sieht, daß der bäuerliche Betrieb und der Familienbetrieb sich auf Grund der Tatsache, daß er nur über eigene Arbeitskräfte verfügt, besonders zähe erhält und sogar vordringt, darf man nicht vergessen, daß in einer großen Anzahl der bäuerlichen Betriebe gerade diese Lebenskraft aufgebaut ist auf einer grenzenlos bescheidenen Lebenshaltung der ganzen Familie, auf einer starken Selbstausbeutung, auch der Arbeitskräfte von Frau und Kindern. (Sehr wahr!) Noch viel bedeutsamer aber für die Leistungen der einzelnen Betriebsgrößen scheint mir eine Tatsache zu sein, die bisher in der Diskussion über die Betriebsgrößenfrage in unserer Partei viel zu wenig beachtet worden ist, daß nämlich die produktiven Leistungen zwischen Großbetrieb und Kleinbetrieb in der deutschen Landwirtschaft gegenwärtig sehr stark zuungunsten des Kleinbetriebes verteilt sind. Sehen Sie sich eine Karte der Hektarerträge in der deutschen Landwirtschaft an, so werden Sie finden, daß die Ernteerträge bei allen wichtigen Feldfrüchten in den Gebieten des überwiegenden Großbetriebes wesentlich höher sind als in den bäuerlichen Gebieten, besonders in den kleinbäuerlichen Gebieten. Ich will damit nicht behaupten, daß die moderne Technik, mit deren Hilfe der Großbetrieb es verstanden hat, dem Boden höhere Erträge abzuringen als der Kleinbetrieb, dem Kleinbetrieb nicht zugänglich wäre. Die Erörterung all der Maßnahmen, die getroffen werden müssen, um die moderne Technik in den Kleinbetrieb hineinzubringen, ist gerade der Kernpunkt unseres Agrarprogramms. Aber wenn wir auch zugeben, daß dem Kleinbetrieb alle diese Maßnahmen der modernen Technik zugänglich sind und zugänglich gemacht werden können, dürfen wir doch nicht verkennen, daß gegenwärtig die technische Rückständigkeit im Kleinbetrieb wesentlich größer ist als in der Mehrzahl der Großbetriebe, und daß hier ungeheure Aufgaben vorliegen. Der Großbetrieb hat zweifellos in der Geschichte der landwirtschaftlichen Produktion, besonders in der Geschichte des Fortschrittes der landwirtschaftlichen Technik, immer wieder die Rolle des Pioniers spielen müssen. Immer wieder sind wichtige technische Fortschritte zuerst in Großbetrieben ausprobiert und durchgesetzt worden, und es hat oft Jahrzehnte gedauert, bis sie in die große Masse der Kleinbetriebe übergegangen sind. Ich glaube, daß die Landwirtschaft den technischen Fortschritt auch in der Zukunft niemals wird entbehren können, und daß deswegen der Großbetrieb in einem gesunden Umfang in der Landwirtschaft stets als Träger des technischen Fortschritts nötig sein wird.

Wenn man in der Betriebsgrößenfrage zu dem Ergebnis kommt, daß sowohl der Großbetrieb als der Kleinbetrieb in den einzelnen Gegenden und in den verschiedenen Produktionszweigen besondere Vorzüge aufzuweisen hat, so erscheint es einem erst recht weltfremd, daß man in den Mittelpunkt der Diskussion über die Agrarfrage gerade von sozialistischer Seite die Betriebsgrößenfrage gestellt hat. Wir müssen uns wirklich mit beiden Füßen in die Wirklichkeit hineinstellen und von der Tatsache ausgehen, daß es in einem Lande wie Deutschland stets eine gewisse Mischung großer, kleinerer und ganz kleiner Betriebe gegeben hat, daß jede Betriebsgrößenklasse ihre besondere Bedeutung und ihre besondere Lebensberechtigung hat; daß höchstwahrscheinlich dieses Nebeneinander der verschiedenen Betriebsgrößen, jedenfalls für die aktuelle Politik, ständig eine gegebene Tatsache sein wird. Aus allen diesen Gründen kann das eigentliche Problem der Agrarfrage gar nicht in der Verschiebung zwischen den einzelnen Betriebsgrößen gesucht werden. Ich bin durchaus der Meinung, daß die heutige Verteilung der Betriebsgrößen in der deutschen Landwirtschaft, der Zustand, daß wir auf der einen Seite Gegenden mit überwiegendem Grundbesitz und Großbetrieb haben, auf der anderen Seite Gebiete, die überfüllt sind mit Menschen, und in denen die Betriebe durch die Zersplitterung allzu klein geworden sind, in starkem Maße verbesserungsbedürftig und verbesserungsfähig ist. Gen. Krüger wird in seinem Referat, das hauptsächlich von der Siedlung und von der Bodenreform handelt, die hierhergehörigen Probleme, die selbstverständlich auch in einem sozialdemokratischen Agrarprogramm einen breiten Raum einnehmen müssen, entwickeln. Aber der Ausgangspunkt für unser Agrarprogramm kann m. E. nie und nimmer in der Betriebsgrößenfrage gesucht werden.

Ich möchte nun versuchen, Ihnen mit einigen Worten klar zu legen, worin ich den Kernpunkt erblicke, an welchem die Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Agrarfrage orientiert sein muß. Dabei kann ich nur von der Tatsache ausgehen, daß die Sozialdemokratische Partei in erster Linie eine Partei der breiten städtischen Massen des Industrieproletariats und der großen Masse der städtischen Verbraucher ist. Sie ist eine Partei, die die politische Macht will und die mit der politischen Macht gleichzeitig die Verantwortung für eine Gestaltung des Wirtschaftslebens übernehmen will, die den nächsten und wichtigsten ökonomischen Interessen der proletarischen Schichten entspricht. Von dieser Einstellung aus muß für uns die Agrarfrage von eminenter Bedeutung werden, *weil sie die Frage der Ernährung der städtischen Massen ist* und — vielleicht halten Sie das für einen etwas hausbackenen und banalen Standpunkt; aber ich scheue mich nicht, zu erklären, daß für die Sozialdemokratie als die Partei der städtischen Massen die Agrarfrage in allererster Linie eine Magenfrage ist. Unser Interesse an der Agrarfrage ist verankert in dem Interesse der städtischen Massen an einer reichlichen und billigen Ernährung, an den Aufstiegsmöglichkeiten des industriellen Proletariats und den Entwicklungsmöglichkeiten des Reallohnes. Dabei glaube ich, daß diese Einstellung der Agrarfrage, die auf den erste Blick so banal zu sein scheint, letzten Endes eminent sozialistisch ist, denn ich glaube, Ihnen zeigen zu können, daß eine Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion, sowie sie diesem höchst einfachen Interesse der städtischen Massen entspricht, nicht möglich ist, ohne daß die Agrarfrage in sozialistischem Sinne gelöst wird.

Ich bin mir bewußt, daß diese Gedankengänge dem deutschen Proletariat und dem Proletariat sämtlicher europäischen Industrieländer zunächst ziemlich fern liegen; aber wenn Sie aufmerksam in die Arbeiterbewegung gerade der europäischen Industrieländer hineinblicken, können Sie nicht verkennen, daß derartige Gedanken in den mannigfachsten Formulierungen von Jahr zu Jahr

mehr Raum gewinnen. Am charakteristischsten scheint mir in dieser Beziehung die Haltung der englischen Arbeiterpartei zu sein, die ursprünglich am stärksten ihrer Tradition nach auf die engere industrielle Sphäre eingestellt war, die in der Vorkriegszeit am wenigsten Interesse für die Entwicklung der Landwirtschaft ihres Landes hatte. Jetzt steht dagegen in der Labour Party schon seit Jahren die Agrarfrage im Mittelpunkte der Diskussion, und immer wieder wird hier die Agrarfrage von dem Gesichtspunkt aus betrachtet, daß ein Zusammenhang bestehen muß zwischen der ungenügenden Lösung der Agrarfrage, die die kapitalistische Wirtschaft herbeigeführt hat und der Notlage der industriellen Massen, wie sie sich in der gegenwärtigen weltgeschichtlichen Periode besonders durch die Massenarbeitslosigkeit charakterisiert, die in den europäischen Industrieländern geradezu zu einer Dauererscheinung zu werden droht.

Um Ihnen diesen Gedankengang verständlich zu machen, muß ich einige historische Ausführungen machen. Ich sagte, daß in der deutschen Sozialdemokratie und in der sozialdemokratischen Bewegung der übrigen europäischen Industrieländer ein lebhaftes Interesse für die Agrarfrage als eine Frage der landwirtschaftlichen Produktion vor dem Kriege nicht vorhanden gewesen ist. Wir brauchen uns darüber nicht zu wundern, wenn wir bedenken, daß das letzte halbe Jahrhundert in der Vorkriegszeit, vor allem die letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts weltwirtschaftsgeschichtlich dadurch charakterisiert sind, daß der Nahrungsmittelspielraum der Erdbevölkerung sich in einem Maße ausgedehnt hat, wie es in der Geschichte der menschlichen Wirtschaft noch niemals vorgekommen ist, daß er sich ausgedehnt hat mittels Methoden, die wohl immer einzigartig in der Geschichte der menschlichen Wirtschaft bleiben werden. Ein Ernährungsproblem hat es für die europäischen Völker von 1850 bis 1900 nicht gegeben, weil in jenen Jahrzehnten ungeheuere Flächen jungfräulichen, fruchtbaren Neulandes in Amerika für die landwirtschaftliche Produktion erschlossen wurden, weil die Nahrungsmittelproduktion der Erde spielend gesteigert werden konnte, ohne daß wir damit unter die Herrschaft des Gesetzes vom abnehmenden Bodenertrag gekommen wären, ohne daß die Agrarpreise eine steigende Tendenz aufgewiesen hätten. Wir sehen sogar jahrzehntelang eine deutlich fallende Tendenz der Agrarpreise.

Wenn Sie sich die Entwicklung der europäischen Industriewirtschaft im gleichen Zeitraum vor Augen halten, wenn Sie bedenken, daß die städtische Bevölkerung Europas sich von 1870 bis 1910 mehr als verdoppelt hat, während die landwirtschaftliche Bevölkerung sogar zurückgegangen ist, wenn Sie berücksichtigen, daß der Nahrungsmittelanspruch der städtischen Bevölkerung gleichzeitig durch die Steigerung des Reallohnes, die infolge des industriellen und allgemeinen Fortschritts möglich war, gewaltig gewachsen ist, so ist es eine mit Händen zu greifende Tatsache, daß eine derartige Entwicklung bei stagnierender europäischer Landwirtschaft nicht möglich gewesen wäre, wenn sich nicht an einer anderen Stelle des Erdballs die agrarische Produktion ebenso gewaltig ausgedehnt hätte, wie in Europa die industrielle Produktion.

Unser ganzes Denken von dem, was volkswirtschaftlich gesund und normal ist, baut sich im wesentlichen noch stark auf den Erfahrungen des halben Jahrhunderts von 1850 bis 1900 auf. Wir halten es für eine selbstverständliche Leistung einer normalen Wirtschaft, daß sich ein Kontinent wie Europa einen unbegrenzten Bevölkerungszuwachs gestatten kann, und daß dieser Bevölkerungszuwachs einseitig in der industriellen Sphäre untergebracht wird. Gerade wir als Arbeitervertreter halten es darüber hinaus für eine normale Entwicklung, daß bei einer derartigen Bevölkerungs- und Produktionsentwicklung noch fortgesetzt der Reallohn und die Lebenshaltung der breiten Massen steigt. Wir müssen uns jedoch darüber klar sein, daß eine derartige

Entwicklung überhaupt nicht vorstellbar ist, ohne daß die Versorgung dieser Bevölkerung mit Lebensmitteln in dem gleichen Tempo vor sich geht, wie die Vermehrung der Bevölkerung und die Steigerung des Reichtums.

Es ist heute von der Wissenschaft allgemein anerkannt, daß diese Expansionsperiode der agrarischen Weltproduktion durch die Inangriffnahme neuer Böden eine ganz spezielle Erscheinung des halben Jahrhunderts von 1850 bis 1900 gewesen ist, daß bereits seit der Jahrhundertwende das Tempo der Nahrungsmittelvermehrung in der Weltproduktion wesentlich langsamer wurde. Wir brauchen nur nach denjenigen Maßstäben zu suchen, die uns für eine derartige Entwicklung am nächsten liegen, nach der Entwicklung der Lebensmittelpreise und der Reallöhne, um die volle Bestätigung dieser Tatsache zu haben. Seit der Jahrhundertwende, seitdem der Expansionsprozeß in Uebersee langsamer vor sich geht, sind wir wieder in die große weltgeschichtliche Bewegung der steigenden Getreidepreise, der steigenden Fleischpreise hineingeraten. Seit 1900 hat — und das ist für uns besonders bemerkenswert — die Entwicklung der Reallöhne in England und Deutschland eine viel langsamere Tendenz angenommen als in den Jahrzehnten vorher.

Diese Verknappung des Nahrungsmittelspielraumes der Erde im Verhältnis zu den Fortschrittstendenzen des Proletariats und der industriellen Produktion hat sich durch den Krieg zweifellos wesentlich verschärft. Ich brauche nur an den Ausfall Rußlands und der ganzen osteuropäischen Agrarüberschußstaaten infolge der Agrarreformen zu erinnern, einen Ausfall in der Nahrungsmittelversorgung des Weltmarktes, der auch durch die Produktion Argentiniens, Australiens usw. nicht annähernd wett gemacht werden konnte. Es ist heute eine von der Wissenschaft ganz allgemein anerkannte Tatsache — das ist bei den Verhandlungen der Weltwirtschaftskonferenz auch einstimmig zum Ausdruck gebracht worden —, daß die Periode der kolonisatorischen Entwicklung der Weltagrarproduktion, die Periode, in der die europäische Landwirtschaft durch die billige Nahrungsmittelproduktion in Uebersee bedroht werden konnte, längst vorbei ist, daß die Nahrungsmittelproduktion in Uebersee heute durchaus nicht mehr mit billigeren Produktionskosten zu rechnen hat als die Nahrungsmittelproduktion in Europa, und daß damit auch selbstverständlich die alten schutzzöllnerischen Ideen in der europäischen Landwirtschaft vollkommen ihren Boden verloren haben. (Sehr richtig!) Wir haben aber billig darüber zu triumphieren, daß die schutzzöllnerischen Theorien ihren Boden verloren haben. Wir müssen uns daran erinnern, daß jene Periode der fallenden Lebensmittelpreise, die im vorigen Jahrhundert in der europäischen Landwirtschaft die Schutzzollforderungen begünstigt hat, gleichzeitig die Basis für die glänzende industrielle Entwicklung und für die Steigerung der Reallöhne in Europa gewesen ist. Wir, vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus, haben daher in der Frage der Agrarproduktion das größte Interesse daran, daß die Steigerung der Lebensmittelproduktion mit allen Kräften wieder belebt wird, daß wir aus der Zeit der steigenden Getreidepreise, der steigenden Lebensmittelpreise wieder herauskommen, und daß der Kampf der Menschheit gegen das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag, der heute nicht mehr durch die Erschließung neuer Böden in Uebersee geführt werden kann, mit neuen Mitteln gerade in der europäischen Landwirtschaft im Interesse einer verbilligten Lebenshaltung der breiten Massen fortgeführt wird.

Wenn ich eben zeigte, daß das Interesse des städtischen Proletariats an der landwirtschaftlichen Produktion von der Seite der Versorgung mit Nahrungsmitteln sehr groß ist, so möchte ich noch hinzufügen, daß dieses Interesse ebenso stark ist von der Seite der Absatzmöglichkeiten für Industrieprodukte. Die europäische Industrie hätte im vorigen Jahrhundert niemals diese Entwicklung

nehmen können, wenn sich ihr nicht in der Entwicklung der überseeischen Agrarländer ein unbegrenzt aufnahmefähiger und kaufkräftiger Markt für europäische Industrieprodukte erschlossen hätte. Auf diesem Gebiete sind selbstverständlich genau die gleichen Wandlungen eingetreten, wie auf dem Gebiete der Lebensmittelproduktion. Es ist eine Behauptung, für die ich jeden Beweis antreten zu können glaube, daß das Problem der industriellen Stagnation, das seit dem Ende des Krieges das Kernproblem der Industriearbeiterschaft in allen europäischen Ländern geworden ist, daß gerade auch das Problem der Massenarbeitslosigkeit in ursächlichem Zusammenhang mit der Tatsache steht, daß die Ausweitung des Nahrungsmittelspielraumes der Erde, und daß die Erweiterung des Austausches von Agrarprodukten gegen Industrieprodukte in Uebersee nicht mehr in demselben Tempo vor sich geht, wie in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts. Es ist deswegen gerade vom Standpunkte des Absatzes von Industrieprodukten eine Lebensfrage für das industrielle Proletariat, daß der wachsenden industriellen Produktion wachsende Märkte erschlossen werden, nicht zuletzt auch gerade im Austausche gegen Agrarprodukte.

Wir haben alle in den letzten Jahren sehr viel Gelegenheit gehabt, uns mit dem Schlagwort der Rationalisierung zu beschäftigen. Als Sozialisten stehen wir auf dem Standpunkt, daß es nötig ist, der Arbeit in der Industrie durch bessere technische Ausrüstung und Arbeitsorganisation einen immer höheren Nutzeffekt zu sichern. Wir müssen uns aber darüber klar sein, daß in den letzten Jahren, besonders in Deutschland, die Rationalisierung der Arbeiterschaft wenig Vorteil gebracht hat, daß sie sich in erster Linie nicht in eine Steigerung der Reallöhne, sondern in eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit umgesetzt hat. Das ist ein Zusammenhang, der leicht begreiflich wird, wenn man sich klar macht, daß die Rationalisierung zwei Möglichkeiten bietet: nämlich entweder dasselbe Produkt mit einer geringeren Zahl von Arbeitern oder aber mit der gleichen Zahl von Arbeitern ein größeres Produkt herzustellen. Das zweite ist unsere Forderung; denn ein größeres Produkt mit derselben Zahl von Arbeitern herzustellen, bedeutet letzten Endes die Möglichkeit einer Steigerung des Reallohnes, eine Möglichkeit, die durch den gewerkschaftlichen und politischen Kampf selbstverständlich erst erzwungen werden muß, die aber von der ökonomischen Seite her erst einmal geschaffen werden muß. Deswegen ist die Fruchtbarmachung der Rationalisierung für eine Steigerung der Reallöhne davon abhängig, daß wir fortgesetzt den Markt für Industrieprodukte erweitern. Ich kann mir neben der Steigerung der Löhne keine bessere Ausweitung des Absatzes für Industrieprodukte denken, als eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, durch welche die Kaufkraft der Landbevölkerung für Industrieprodukte auf dem natürlichsten Wege vermehrt wird.

Sie wissen, Genossen, daß mit dem Wort von der Kaufkraft der Landbevölkerung in den letzten Jahren ein schändlicher Mißbrauch getrieben worden ist, daß man der Landbevölkerung immer wieder eingeredet hat, eine Steigerung der Kaufkraft wäre gleichbedeutend mit einer Preissteigerung der Agrarprodukte. Es ist selbstverständlich, daß eine solche Steigerung der agrarischen Kaufkraft nicht den geringsten volkswirtschaftlichen Nutzeffekt bringen kann. Sie bedeutet nichts anderes als eine Uebertragung der Kaufkraft aus einer Tasche in die andere, einen Zuwachs der agrarischen Kaufkraft auf Kosten der breiten städtischen Massen. Ebenso sicher ist aber, daß eine wesentliche Belebung der gesamten Wirtschaft erfolgen würde, wenn die Landbevölkerung ihre Kaufkraft für die Industrieprodukte dadurch steigert, daß sie ihr Angebot an Agrarprodukten vermehrt, und daß dem gemeinsamen

Interesse der schaffenden Bevölkerung in Industrie und Landwirtschaft damit am besten gedient ist.

Ich glaube nun, daß dieses Problem nicht nur durch die wirtschaftsgeschichtliche Entwicklung für das industrielle Proletariat in Westeuropa so bedeutsam geworden ist, sondern daß die Agrarfrage im Sinne einer Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion auch deswegen höchst aktuell geworden ist, weil die europäische Landwirtschaft und nicht zuletzt auch die deutsche Landwirtschaft noch große unausgenutzte Produktionsmöglichkeiten in sich birgt. Ich glaube, daß das interessanteste Phänomen, das die Landwirtschaft Europas oder Deutschlands zu bieten hat — viel interessanter als der ganze Betriebsgrößenstreit —, in dem ungeheuer ungleichmäßigen Entwicklungsgrad der landwirtschaftlichen Technik liegt. Wir haben im letzten Jahrhundert eine Umwälzung der landwirtschaftlichen Technik erlebt, vor allem durch die Erfindung der künstlichen Düngemittel, durch die Züchtung hochwertigen Saatgutes und leistungsfähiger Tierrassen, durch die Ausarbeitung wissenschaftlich begründeter Fütterungsmethoden, die es gestatten würden, die landwirtschaftliche Produktion ohne Steigerung der Unkosten zu verdoppeln, vielleicht zu verdreifachen. Diese Fortschritte, die gerade heute für die europäischen Industrieländer von der größten Bedeutung sein würden, sind aber in der europäischen Landwirtschaft, obwohl sie zum Teil seit mehr als einem halben Jahrhundert zurückliegen, erst in einem ganz geringen Bruchteil der landwirtschaftlichen Betriebe verbreitet. Dieses Urteil über die landwirtschaftliche Technik mag dem Laien erstaunlich scheinen. Jedes Eindringen in die landwirtschaftliche Wirklichkeit bestätigt aber immer wieder den Satz, daß der größte Teil gerade der bäuerlichen Betriebe auch in einem so hochentwickelten Lande wie Deutschland noch heute eine landwirtschaftliche Technik verfolgt, die in rationellen Betrieben schon vor mehr als 50 Jahren überwunden worden ist. Diese Verbreitung der modernen Technik in der Landwirtschaft kann zu einem ganz entscheidend wichtigen Hebel für die Entwicklung des Wohlstandes in sämtlichen europäischen Industriestaaten werden, besonders auch für die Ueberwindung der Arbeitslosenkrise und der Stagnation in den Reallöhnen der Industriearbeiterschaft. Es leuchtet ein, daß in diesem Punkte die Interessen der ländlichen Massen mit denen der städtischen Massen zusammenfallen. Ich möchte Sie dringend bitten, den Satz, mit dem der Abschnitt über die Produktionssteigerung in unserem Programm eingeleitet ist: daß in der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion sich die Lebensinteressen der industriellen Arbeiterschaft mit denen der schaffenden Landbevölkerung vereinigen, nicht etwa für eine schöne Phrase zu halten. Es ist hier vielmehr eine der wichtigsten ökonomischen Wahrheiten ausgesprochen, die beide Teile, das städtische Proletariat und die arbeitende Landbevölkerung, sich gar nicht tief genug einprägen können.

Sie sehen aus dem Entwurf des Agrarprogramms, daß wir uns auf den Standpunkt gestellt haben, daß von den bisherigen Regierungen, vor allem von dem alten Regime in Deutschland, auf diesem Gebiete, das ich für das wichtigste der Agrarpolitik halte, eigentlich alles vernachlässigt worden ist. Die Ausbreitung der modernen Technik in der bäuerlichen Landwirtschaft, die wichtigen Aufgaben des landwirtschaftlichen Bildungswesens sind systematisch vernachlässigt worden. Wenn man es darauf angelegt hätte, durch Vernachlässigung des Volksschulbildungswesens auf dem Lande und durch vollständige Verkümmerung des bäuerlichen Fachschulwesens die Ausbreitung der technischen Fortschritte in der bäuerlichen Landwirtschaft in Deutschland zu verhindern — man hätte es nicht besser und wirksamer tun können, als das alte Regime es mit dem vollkommenen Fehlen einer praktischen Bauernpolitik

getan hat. Sie sehen aus dem Programmentwurf, daß hier eine Menge von Maßnahmen entwickelt ist, die auch von bürgerlicher Seite für eine Förderung der bäuerlichen Wirtschaft gefordert werden. Man könnte dabei leicht zu dem Schluß geführt werden, daß diese Forderung der Entfaltung der landwirtschaftlichen Produktivkräfte, die wir hier so stark in den Mittelpunkt unseres Programms gestellt haben, ebenso gut in jedem bürgerlichen Agrarprogramm stehen könnte. Dieser Behauptung möchte ich auf das schärfste widersprechen. Vergegenwärtigen Sie sich einmal, welche Stellung jedes bürgerliche Agrarprogramm zu der Frage der Entfaltung der Produktivkräfte in der bäuerlichen Wirtschaft einnehmen müßte! Jedes bürgerliche Agrarprogramm würde darauf aufbauen, daß die Entfaltung am besten gewährleistet wird durch das Spiel der freien Konkurrenz, durch das Eigeninteresse des Unternehmers, angereizt durch möglichst hohe Preise und Gewinnmöglichkeiten, und restlose Aufrechterhaltung des Privateigentums in der Landwirtschaft. Sie brauchen sich jedoch nur die geschichtliche Entwicklung des letzten halben Jahrhunderts in der landwirtschaftlichen Technik anzusehen, um zu erkennen, daß das nicht wahr ist, daß gerade in der landwirtschaftlichen Produktion der bloße Eigennutz, das bloße Spiel der freien Konkurrenz, die bloße Herrschaft des freien Privateigentums vollkommen unzureichend ist, um auch nur die wichtigsten und primitivsten technischen Fortschritte in einem einigermaßen angemessenen Tempo in der bäuerlichen Landwirtschaft zu verbreiten. Die Kräfte der freien Konkurrenz und der kapitalistischen Wirtschaft sind unzureichend, um die bäuerlichen Produktivkräfte zu entfalten, und wenn vielleicht mancher behaupten möchte, daß die Fortexistenz von Hunderttausenden von selbständigen Betrieben in einer sozialistischen Wirtschaft ein fremder Bestandteil sein würde —: diese bäuerlichen Betriebe sind in der rein kapitalistischen Wirtschaft ein noch viel wesensfremderes Element. Nur durch die konsequente Anwendung der Erkenntnis, daß die Entfaltung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft bewußt von der Gesellschaft und ihren Organen herbeigeführt und entwickelt werden muß, nur wenn man von dem Grundsatz ausgeht, daß der Grund und Boden nicht im letzten Sinne Privateigentum ist, sondern ein Produktivgut, das der Allgemeinheit gehört und seiner besten Ausnutzung zugeführt werden muß, nötigenfalls auch gegen den Willen des zufälligen Besitzers, nur dann kann man ein wirksames Programm einer Produktionspolitik in der Landwirtschaft entfalten, und das wird keinem bürgerlichen Agrarprogramm gelingen.

Was ich hier von der Unzulänglichkeit jedes bürgerlichen Agrarprogramms in der Entfaltung der Produktivkräfte gesagt habe, gilt in noch höherem Maße von dem großen Gebiet der Verwertung und des Absatzes der landwirtschaftlichen Produkte. Wenn ich gesagt habe, daß der landwirtschaftliche Betrieb im kapitalistischen Wirtschaftsleben ein wesensfremder Bestandteil ist, so vor allen Dingen auch deswegen, weil der bäuerliche Betrieb, hineingestellt in das freie Spiel der Spekulation auf den Lebensmittelmärkten, durchaus an der falschen Stelle steht, durchaus in seiner natürlichen Entwicklung gehemmt ist. Der landwirtschaftliche Betrieb erfordert seiner besonderen Eigenart nach stabile Preisverhältnisse. Diese stabilen Preisverhältnisse wird das freie Spiel der Spekulation dem landwirtschaftlichen Betrieb niemals gewähren können. Sehen Sie nur in die Entwicklung der Preisverhältnisse der Hauptagrarprodukte in Deutschland in den letzten Jahren hinein, dann haben Sie die Beweise auf der Hand. Wenn Sie bedenken, daß in den letzten Jahren die Roggenpreise zweimal auf die Hälfte gefallen und zweimal wieder auf mehr als das Doppelte gestiegen sind, daß die Kartoffelpreise in Deutschland jetzt mehr als viermal so hoch sind als im

Herbst vorigen Jahres, dann sehen Sie die Größe dieser Preisschwankungen, die im Interesse der landwirtschaftlichen Produktion ebenso unerträglich sind wie im Interesse der städtischen Verbrauchermassen.

Das Programm der Produktionsförderung in der Landwirtschaft ist daher nicht durchführbar, wenn es nicht wirksam unterstützt wird durch ein Programm der Absatzregelung der landwirtschaftlichen Produkte, einer Absatzregelung, wie sie von der kapitalistischen Wirtschaft niemals erzielt werden kann, der auch die bürgerlichen Parteien nicht ohne den schärfsten Druck von unserer Seite zustimmen werden.

Sie wissen, daß in diesem Abschnitt über diese Regelung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse bei einem landwirtschaftlichen Produkt, das stets im Vordergrund des Interesses gestanden hat, bei dem Getreide, unsere Vorschläge einer gemeinwirtschaftlichen Regelung des Absatzes konkrete Formen angenommen haben. Ich meine damit den Vorschlag eines Ausfuhrmonopols für Getreide, das geschaffen werden soll unter gleichzeitiger Beseitigung der heutigen Getreidezölle. Es handelt sich hier um eine Idee, die in der sozialistischen Bewegung aller Länder von jeher eine große Bedeutung gehabt hat. Ich erinnere daran, daß in der französischen sozialistischen Partei schon bei der Agrarkrise der 90er Jahre von Jaurès der Antrag eingebracht wurde auf Einführung eines Getreidemonpols, das der Landwirtschaft eine wirksamere Hilfe gebracht hätte als die Schutzzölle. Ich erinnere daran, daß die Sozialdemokratie in Oesterreich und England das Getreidemonopol zur Forderung erhoben hat, und daß unsere Bruderparteien in der Schweiz und Norwegen die politischen Träger des Getreidemonopols sind.

Die kurze Zeit, die ich für das Referat zur Verfügung habe, erlaubt es mir nicht, technische Fragen wie die des Getreidemonopols bis ins einzelne zu entwickeln. Ich möchte nur noch auf einen Gesichtspunkt eingehen, der in der Debatte große Bedeutung dadurch erlangt hat, daß in den Leipziger Richtlinien der Entwurf des Agrarprogramms gerade in diesem Punkte angegriffen worden ist. Kein sozialistischer Theoretiker und Praktiker wird von dem Grundsatz abweichen können, den wir im Agrarprogramm bei der Regelung des Absatzes aufgestellt haben, daß nämlich die Beseitigung der ungeheuren Preisschwankungen im gemeinsamen Interesse von Erzeugern und Verbrauchern liegt. In diesen Leipziger Richtlinien ist auch nicht etwa gesagt worden, daß man den Getreidemarkt und den Markt der landwirtschaftlichen Produkte dem freien Spiel der Kräfte überlassen solle. Es ist hier ein anderer Vorschlag geäußert worden, nämlich, daß mit Rücksicht auf unsere ungenügende politische Machtposition das Getreidemonopol nur gegen uns ausgenutzt werden würde, und daß deswegen lieber die Regelung des Absatzes der landwirtschaftlichen Produkte den landwirtschaftlichen Genossenschaften in Verbindung mit den Konsumgenossenschaften überlassen werden sollte. Zu diesem Gegenvorschlag möchte ich einiges sehr deutlich sagen.

Zunächst sehe ich nicht die geringste Gefahr, daß ein Getreidemonopol politische Wirklichkeit werden würde in Deutschland, ehe wir eine ganz andere politische Macht haben als jetzt. (Sehr richtig!) Wenn man nun aber vorschlägt, daß wir gerade in der Periode, wo wir noch nicht die politische Macht in dem wünschenswerten Maße haben, um das Getreidemonopol gutheißen zu können, die Regelung des Absatzes der landwirtschaftlichen Produktion, die Monopolisierung des Marktes den Erzeugergenossenschaften übertragen sollen, so kann ich das einen blutigen Dilettantismus nennen. Dieser Vorschlag fordert genau das, was wir auf dem Gebiete der Getreidemarktregelung heute haben. Was ist denn jene famose Getreidehandelsgesellschaft, die mit einem Reichskredit von 30 Millionen auf die Beine gestellt wurde?

Das ist die Spitzenorganisation der landwirtschaftlichen Erzeugergenossenschaften, die durch die Tatsache verbrämt ist, daß ein einziger Vertreter der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine darin sitzt und sich in sämtlichen Beschlüssen überstimmen lassen muß. Mit solcher Regelung kommen wir nicht weiter. Es ist eine verhängnisvolle Tendenz bei der Diskussion über Agrarfragen, die Bedeutung und den wirklichen Gehalt des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens zu überschätzen. Genossenschaftswesen ist noch lange nicht sozialistisch, weil das Wort Genosse darin vorkommt. (Sehr richtig!) Die landwirtschaftlichen Genossenschaften als Verkaufsgenossenschaften der Erzeuger sind monopolistische Organisationen, denen wir als Verbrauchervertreter genau so mißtrauisch gegenüberzustehen haben wie großen industriellen Erzeugerkartellen. Wir befürworten die Entwicklung des Genossenschaftswesens in der Landwirtschaft durchaus, weil eine Schulung der Landwirte durch den genossenschaftlichen Zusammenschluß herbeigeführt werden kann, und weil durch die stärkere genossenschaftliche Organisation des Absatzes von landwirtschaftlichen Produkten der Weg frei gemacht wird für eine spätere gemeinwirtschaftliche Regelung dieses Absatzes. Das ist aber durchaus nichts anderes, als was wir auf dem Gebiet des Kartellwesens in der Industrie auch tun, indem wir es begrüßen, daß die Industrie sich organisatorisch entwickelt, weil dadurch der Weg frei gemacht wird für eine spätere gemeinwirtschaftliche Regelung der Wirtschaft. Aber deswegen sprechen wir diesen Organisationen noch nicht das geringste Vertrauen aus. (Sehr richtig!) Ich finde, daß es gerade hier eine durchaus notwendige Erkenntnis des Programmentwurfs ist, daß die bloße Zusammenarbeit der Genossenschaft, auch die Zusammenarbeit mit den Verbrauchergenossenschaften, längst nicht genügt, um den Markt der Lebensmittel zu regeln, sondern daß die politische Macht hinzukommen muß, die politische Kontrolle, um zu verhindern, daß diese Institutionen dazu dienen, die städtischen Verbraucher durch monopolistische Organisationen der Erzeuger auszubeuten.

Ich habe hier aus dem großen Gebiet der Regelung des Absatzes von landwirtschaftlichen Produkten nur ein einziges Beispiel herausgreifen können, ein Beispiel, das vielleicht noch nicht große Perspektiven auf die gesamte gemeinwirtschaftliche Regelung dieses Gebiets eröffnet. Ich kann Ihnen aber auf Grund sehr eingehender Beschäftigung mit diesem Problem sagen, daß Sie jedes landwirtschaftliche Produkt in die Hand nehmen können, das Sie wollen: Sie kommen immer wieder zu einem Ergebnis, daß das freie Spiel der Kräfte, daß der private Handel, daß der Kapitalismus hier nicht einmal die primitivsten Probleme zu lösen vermag, die gerade im Interesse der landwirtschaftlichen Produktion aufgestellt werden müssen. Das gilt nicht nur vom Getreide. Die Genossen, die sich näher mit der Frage beschäftigen, werden vielleicht meinen ausführlichen Artikel über diese Frage in der „Gesellschaft" gelesen haben. Was ich dort vom Getreide dargelegt habe, gilt in ebenso großem Maße von dem Kartoffelproblem. Das Kartoffelproblem in der deutschen Landwirtschaft ist stets ein Preisschwankungsproblem gewesen, und wird nicht eher gelöst werden, ehe nicht eine gemeinwirtschaftliche Organisation unter Heranziehung der Produzenten dieses Problem in weitgehend sozialistischem Sinne regelt. Ein hochwichtiger Zusammenhang führt wieder von dem Brotgetreide und dem Futtergetreide über die Kartoffeln hin zu den tierischen Erzeugnissen. Die Preisschwankungen auf dem Gebiet der tierischen Erzeugnisse lassen sich nicht beseitigen, ehe wir nicht die Preisschwankungen der Futtermittel beseitigt haben. Erst dann haben wir eine Basis geschaffen für eine gesunde Entwicklung der tierischen Produktion, die doch für die bäuerliche Wirtschaft von so hoher Bedeutung ist. Es gehen

ferner von dem Komplex der Getreidestabilisierung und Kartoffelstabilisierung wieder sehr wichtige wirtschaftliche Zusammenhänge hinüber über die Branntweinwirtschaft zum Zuckerproblem. Die gesamte Preisbildung der wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte läßt sich nur durch die gemeinwirtschaftliche Zusammenfassung des Absatzes lösen im gemeinsamen Interesse der Erzeuger und Verbraucher. Ich möchte Ihnen sagen, daß dies Probleme sind, die bereits in der Gegenwart so stark aufgehellt sind, daß bei einer Veränderung der politischen Machtverhältnisse hier schon die Möglichkeit für sozialistische Maßnahmen vorliegen würde, die viel konkreter sind und darum viel weiter gehen als alles, was sonst in sozialistischen Programmen über die Sozialisierung der Landwirtschaft entwickelt worden ist.

Ich bin damit am Ende meiner Ausführungen angelangt. Die übrigen Teile des Agrarprogramms, vor allen Dingen Boden- und Siedlungsfragen, wird Genosse Krüger entwickeln. Ich möchte Ihnen zum Schluß noch einmal sagen, daß dieses Programm nichts anderes sein wird als ein Gegenwartsprogramm, als ein Programm, das die gegenwärtigen Probleme der Agrarwirtschaft im gemeinsamen Interesse der Verbraucher und Erzeuger praktisch angreifen will; daß wir aber in der Agrarprogrammkommission das Gefühl gehabt haben, daß ein solches praktisches Durchdenken und Aufhellen der Gegenwartsprobleme nicht ein Verzicht auf die sozialistische Lösung ist, sondern der beste, der praktischste und der wirksamste vorbereitende Schritt für eine Durchführung gemeinwirtschaftlicher und sozialistischer Grundsätze in der Wirtschaft. (Lebhafter Beifall.)

Berichterstatter **Krüger**, Lüneburg: Parteigenossen und Parteigenossinnen! Zu den Abschnitten des Programmentwurfs, über die Genosse Baade eben berichtet hat, treten noch die Abschnitte über die Bodenreform und Siedlungspolitik, die Lage der Land- und Forstarbeiter und die bäuerliche Sozialpolitik hinzu. Sie geben dem Programmentwurf das Gepräge, das für ein sozialistisches Agrarprogramm von besonderer Bedeutung ist. Denn sie sollen einmal zeigen, wie bei der von uns erstrebten Rationalisierung der Landwirtschaft der Ertrag den wirklich arbeitenden Kräften zugute kommen kann, und sie sollen andererseits zeigen, wie wir uns die Ueberwindung des privaten Bodenmonopols denken, und wie wir das Werden der sozialistischen Gesellschaft verstehen auf dem wichtigen und weit verzweigten Gebiet der Landwirtschaft.

Wir sollen ein Programm für die deutschen Verhältnisse schaffen. Darum können wir nicht im luftleeren Raume konstruieren, sondern müssen von den Verhältnissen ausgehen, wie wir sie in Deutschland vorfinden. Wir können dabei einen kurzen geschichtlichen Rückblick nicht ganz entbehren. Denn wenn irgendwo, dann erben sich auf dem Gebiete der Bodenbesitzverteilung die Gebräuche voriger Jahrhunderte wie eine ewige Krankheit fort, und wir können die heutigen Verhältnisse — gerade in ihrer soziologischen Bedeutung — nicht verstehen, wenn wir nicht ihre Entstehung verfolgen. Ich werde nur einige besonders prägnante Punkte hervorheben, die für das Verständnis der Gegenwart unbedingt notwendig sind.

In der ursprünglichen Besiedlung Deutschlands spielte die Hauptrolle der freie Bauer, der auf seiner Hufe saß und seinen Rückhalt fand in der Werkgenossenschaft. Aber schon etwa um das Jahr 1000 war die Grundbesitzverteilung vollkommen geändert. Es war dem Adel, unterstützt von der Königsgewalt, gelungen, sich der Wälder und Weiden zu bemächtigen, die ehemals freien Bauern zu unterwerfen, und ihnen die persönliche Freiheit und Freizügigkeit zu rauben. So entstand die Gutswirtschaft — die Organi-

sation der landwirtschaftlichen Arbeit und der Bodenbesitzverteilung im Interesse des feudalen Großgrundbesitzes. Nun gab es damals nicht etwa Großbetriebe im heutigen Sinne. Auch damals waren überall die alten bäuerlichen Hufen geblieben. Aber die Bauern mußten jetzt entweder Naturalabgaben oder persönliche Dienste für den Grundherrn leisten. Was sie abzugeben hatten, wurde im Fronhof gesammelt, wo der grundherrliche Meier mit leibeigenen Arbeitskräften alles, was einkam, im Interesse des Grundherrn verbrauchte. Besonders charakteristisch ist, daß es sich hier nicht um nur privatwirtschaftliche Beziehungen handelte, sondern, daß in der Hand des Grundherrn allmählich auch die wichtigsten öffentlich-rechtlichen Befugnisse vereinigt wurden. Gewiß hat sich die Lage der Bauern später bis 1250 gebessert, aber — das ist für die spätere Entwicklung verhängnisvoll geworden: diese alten Fesseln des Feudalsystems haben sie nie völlig abgestreift, und das rächt sich gegen Ausgang des Mittelalters. Als Grundherren kamen übrigens nicht nur weltliche Große, sondern auch Kirchen und Klöster in Betracht.

Etwas anders vollzog sich die Entwicklung östlich der Elbe, im jetzigen Brandenburg, Ostpreußen usw. Da waren zunächst in der Hauptsache freie Bauern aus dem alten Deutschland angesiedelt, und ihr Abzug nach dem Ostland trug dazu bei, die Stellung der Bauern gegenüber den Grundherren im alten Deutschland zu bessern. Aber als dann der Export von Getreide nach Flandern etwa um 1300 lohnend wurde, da bemühten sich die Ritter, ihre Güter, die größer waren als die Bauernhufen, und die in die Bauerndörfer eingesprengt waren, auszubreiten. Sie begannen, unterstützt durch die Landesherren, die vielgepriesenen Hohenzollern, einen zähen und energischen Kampf gegen die Bauern, in dem diese unterlagen. Die Sache ist ähnlich wie im alten deutschen Gebiet gegangen. Die Bauern verloren Freiheit und Freizügigkeit. Aber es bildete sich etwas Neues im Osten, nämlich die sogenannte Gutsherrschaft, das ist ein landwirtschaftlicher Großbetrieb, der vom Grundherrn als Produzenten geleitet wird. Wir dürfen uns die Sache nicht so vorstellen, daß die großen Herren mit Landarbeitern im heutigen Sinne gearbeitet hätten, sondern die Bauern blieben auf ihren Hufen sitzen. Sie mußten aber Hand- und Spanndienste auf den jetzt neu entstehenden großen Gütern leisten. So bleibt auch hier der bäuerliche Betrieb wie in der alten Feudalperiode das Rückgrat der Landwirtschaft, aber die Bauern werden von dem Gutsherrn, der zugleich Polizeiherr ist, gezwungen, Hand- und Spanndienste zu leisten.

Eine ähnliche Entwicklung finden wir dann auch im alten deutschen Lande westlich der Elbe, als der Zuzug nach dem Osten gesperrt wurde. Da begann mit dem Jahre 1300 ungefähr ein neuer Feldzug der adligen Grundherren gegen die Bauern — die verzweifelten Aufstände der Bauern legen Kunde von diesem Druck ab —, bis es 1525 gelang, das Freiheitsstreben der Bauern durch ihre blutige Niederwerfung völlig zu unterdrücken. Allerdings bildeten sich hier nicht so viel große Güter heraus wie im Osten. Aber die Grundherrn wurden allmählich Eigentümer der bäuerlichen Stellen, über die sie grundherrliche Rechte besaßen, und drückten so die Bauern vielfach in die Rolle von Pächtern herab.

So hat sich durch mehr als 1000 Jahre hindurch ein Klassenkampf der allerschärfsten Form zwischen dem Grundherrn einerseits und dem Bauern andererseits abgespielt. Er ist nicht mit wirtschaftlichen Mitteln geführt. Die Ausbreitung der grundherrlichen Einflußsphäre ist nicht etwa ermöglicht, weil die Betriebe der Grundherren rentabler gewesen wären als die der Bauern. Gerade weil eine solche bessere Rentabilität nicht bestand, nahm man seine Zuflucht zu politischen Mitteln, gewaltsamer Unterwerfung, Mißbrauch der

Staatsgewalt. So brachte man es dahin, daß die ursprünglich freien und wohlhabenden Bauern mit Ausgang des Mittelalters bis weit in die Neuzeit aufs schlimmste geknechtet wurden.

So ging die Entwicklung bis in das 18. Jahrhundert. Da aber erwies sich diese Wirtschaftsform als ein großes Hemmnis, und zwar nicht nur für den technischen Fortschritt in der Landwirtschaft, sondern, was noch viel wichtiger war, für den Drang der Gutsherren nach ungehemmter Ausnutzung ihrer Gutswirtschaft. Die preußischen Könige hatten im 18. Jahrhundert das Verbot des Bauernlegens eingeführt, d. h. das Verbot, Bauernhöfe zu den großen Gütern einzuziehen — und zwar nicht aus Menschenfreundlichkeit für die Bauern, wie dies in der byzantinischen Geschichtsklitterung so gern behauptet wird, sondern weil die Könige die Steuern der Bauern nicht missen wollten und Rekruten für die imperialistischen Kriege brauchten, die Friedrich II. um Schlesien führte. Infolgedessen kam es zu der sogenannten Bauernbefreiung Ende des 18. Jahrhunderts. Sie ist nicht etwa aus freiwilligem Antrieb der herrschenden Klassen in Deutschland hervorgerufen, sondern es bedurfte erst der Stürme der französischen Revolution. Zum großen Teil sind die Armeen der französischen Republik damals als Befreier von dem grundherrlichen Druck erschienen, so in Rheinland und in Westfalen. Auch in dem Hauptagrarland, im ostelbischen Preußen, ist es erst nach dem schmählichen Zusammenbruch von Jena und Auerstädt dem Freiherrn v. Stein gelungen, die Bauernbefreiung in Angriff zu nehmen. Es handelte sich um drei Punkte, persönliche Befreiung des Bauern, Aufhebung der Dienste des Bauern gegen Entschädigung, Aufhebung der Verpflichtung des Gutsherrn zur Unterhaltung des Bauern im Alter und für den Fall der Arbeitsunfähigkeit. Endlich wurde dem Bürgerlichen erlaubt, Rittergüter zu erwerben, was bisher aus Standesrücksichten ausgeschlossen war. Wir wissen seit mehr als 40 Jahren durch die ausgezeichnete Darstellung des Straßburger Historikers Knapp, daß diese Bauernbefreiung in anderem Sinne erfolgt ist, als es dem Freiherrn v. Stein vorgeschwebt hatte. Denn der grundbesitzende Adel Preußens hat den großen Einfluß, den er auf den Staat ausübte, dazu benutzt, um die Bedingungen der Ablösung für die Bauern so schlecht wie möglich zu gestalten. Auf die Einzelheiten kann ich nicht eingehen. Ich will nur feststellen, daß diese sogenannte Bauernbefreiung dahin geführt hatte, daß allein in den ostelbischen Provinzen Preußens mehr als 1.5 Millionen Morgen Bauernland zu Gutsland gezogen worden ist. Unter anderem hatte man es unterlassen, eine Kreditorganisation zu schaffen, die den Bauern die Ablösung ermöglicht hätte.

Wenn wir diese Entwicklung übersehen, kann es nicht wundern, daß wir heute in Deutschland in der Betriebsgröße und Arbeitsverfassung große Unterschiede haben. Es ist notwendig, bevor ich an die Behandlung derjenigen Probleme herangehe, die ich einleitend erwähnte, Ihnen diese Unterschiede kurz vor Augen zu führen. Leider läßt uns die Statistik in dieser wichtigen Frage im Stich. Wir haben die Berufs- und Betriebszählungen von 1882, 1895, 1907 und 1925. Von der letzteren sind die Ergebnisse noch nicht veröffentlicht. Wir können daraus feststellen, daß östlich der Elbe die Großbetriebe über 100 Hektar über 40 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche innehaben. Es gibt sogar einige Kreise in Pommern, in denen der Prozentsatz mehr als 70 Prozent erreicht. (Zuruf: Mecklenburg: 60 Prozent!) Je weiter wir nach dem Westen gehen, desto mehr nehmen die bäuerlichen Betriebe an Bedeutung zu, zunächst die groß- und mittelbäuerlichen Betriebe, etwa in Hannover, Westfalen, Provinz Sachsen, endlich die Parzellenbetriebe in Hessen, Süddeutschland. Der Anteil der Großbetriebe über 100 Hektar hat nach der Berufs- und Betriebszählung von 1907 etwa 22 Prozent, also weniger als ein Viertel

der landwirtschaftlich genutzten Grund- und Bodenfläche betragen. Wir dürfen aber nicht übersehen, daß sich bei uns in Deutschland Großbetrieb und Großgrundeigentum nicht decken, weil wir in der Landwirtschaft ein ausgedehntes Pachtwesen haben und auch viele bäuerliche Betriebe ganz oder teilweise auf Pachtland wirtschaften. Leider haben wir über die Frage, wie sich das Eigentum an den verpachteten Ländereien auf die Eigentümer verteilt, und über die Zusammenballung großer Besitzungen in wenigen Händen kein genügendes statistisches Material. Wir haben nur eine einzige veraltete private Untersuchung aus 1885 für die östlichen Provinzen Preußens, während wir aus Westfalen, Hessen, Süddeutschland keine solche Untersuchung haben. Welche Bedeutung es aber hat, und wie die Betriebsstatistik die Auffassung von der Bedeutung des Großgrundeigentums verfälschen kann, zeigt eine Zahl. In Westfalen, das uns immer als ganz besonderes Bauernland geschildert ist, sind nicht weniger als 70 00 Pächter von nur 95 Fideikommißherren abhängig. (Hört, hört!) Sie sehen also, wie auch westlich der Elbe Großgrundeigentum in größtem Maßstab existiert. Es ist geradezu eine Schande, daß die deutsche Statistik, die uns genau sagt, wieviel Kopf Weißkohl jährlich gebaut werden, uns über diese volkswirtschaftlich und soziologisch wichtigen Zusammenhänge nichts berichtet.

Selbstverständlich ist auch die Arbeitsverfassung in Deutschland sehr verschieden, je nachdem es sich um Großbetriebe oder bäuerliche Betriebe handelt. Der Großbetrieb muß mit fremden Arbeitskräften wirtschaften, und zwar seit dem Aufkommen des Hackfruchtbaues in außerordentlicher Weise mit fremden Wanderarbeitern, seit 1890 auch mit Ausländern. Im Jahre 1913 hatten wir 385 000 ausländische Wanderarbeiter, festgestellt durch die Feldarbeiterzentrale, jetzt ist das Kontingent herabgedrückt auf 130 000 im Jahre 1926 und 100 000 im Jahre 1927. In den großen bäuerlichen Betrieben sind auch viele fremde Arbeitskräfte, meist Gesinde, teilweise verheiratete Tagelöhner. In den mittel- und kleinbäuerlichen Betrieben überwiegt die Arbeit des Betriebsleiters und seiner Familienangehörigen. Wir finden aber auch im mittelbäuerlichen Betrieb ab und zu Gesinde. Ein Wort verwende ich noch auf die Heuerleute, jene ganz besondere Klasse der Landarbeiter, die wir in Teilen von Westfalen und Hannover finden. Sie haben eine kleine Stelle in Pacht und sind verpflichtet, dafür dem Grundherrn und Verpächter gewisse Arbeiten während des Jahres für verhältnismäßig geringen Tagelohn zu leisten.

Das wäre in großen Zügen die historische Entwicklung der Grundeigentumsverhältnisse, die heutige Betriebs- und Eigentumsverfassung und die Arbeitsverfassung.

Es fragt sich nun, welche Tendenzen wir im großen und ganzen aus den Zahlen der letzten Berufs- und Betriebszählungen und aus der sonstigen Statistik ablesen können. Genosse Baade hat darauf hingewiesen, daß die Verschiebungen zwischen einzelnen Gebietsgrößen verhältnismäßig gering gewesen sind, nämlich ein gewisses Zurückgehen der Großbetriebe über 100 Hektar und der großbäuerlichen Betriebe gegenüber einer gewissen Zunahme in der Hauptsache bei den klein- und mittelbäuerlichen Betrieben von 2 bis 5 und 5 bis 20 Hektar. Ich stimme ihm vollkommen darin bei, daß die Statistik ergibt, daß die Entwicklung in der Landwirtschaft anders läuft als in der Industrie. Die wachsende Akkumulation des Kapitals und die ständige Konzentration der Betriebe in der Industrie hat, wie Marx und Engels richtig vorausgesehen haben, in der Industrie immer mehr Produzenten von den Produktionsmitteln getrennt. Anders aber in der Landwirtschaft! Hier hat die Trennung der Produzenten von dem wichtigsten Produktionsmittel, dem Grund und Boden, in letzter Zeit keine Fortschritte gemacht, es ist keine weitere Konzentration

eingetreten, im Gegenteil, wenn wir überhaupt gewisse Tendenzen feststellen können, ist es die einer gewissen Verminderung der Konzentration. An dieser Tatsache, die durch drei aufeinanderfolgende Betriebszählungen erhärtet ist, kann die Sozialdemokratische Partei bei ihrem Programm unmöglich vorbeigehen. Sie kann ihre Augen nicht davor verschließen, daß die klein- und mittelbäuerlichen Betriebe eine Lebensfähigkeit außerordentlicher Art bewiesen haben, obwohl die offizielle Wirtschafts- und Steuerpolitik immer einseitig zugunsten des Großgrundbesitzes beeinflußt worden ist. Die Sozialdemokratie muß daher damit rechnen, daß diese bäuerlichen Betriebe auch in Zukunft bestehen, sich wahrscheinlich weiter ausbreiten werden, wenn es auch selbstverständlich ausgeschlossen ist, daß sie etwa die Großbetriebe vollkommen aufsaugen werden oder auch nur zu einem geringen Bruchteil reduzieren. Die theoretische Erklärung hierfür hat kürzlich Hilferding in dem bekannten Aufsatz in der „Gesellschaft" durch eine Analyse der Preisverhältnisse der landwirtschaftlichen Produkte geliefert. Er hat sehr mit Recht ausgeführt, daß gerade die Anwendung der marxistischen Methode zeigt, daß das Konzentrationsgesetz, das wir in der Industrie beobachten können, für die Landwirtschaft nicht gilt. Ist dem so, dann muß die SPD. für ihr Programm daraus die Folgerungen ziehen. Sie muß nicht nur an die Großbetriebe und Landarbeiter denken, für welch letztere sie selbstverständlich von jeher ein warmes Herz gehabt hat, sondern sie muß sich auch um die Produktions- und Absatzbedingungen der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe ebenso kümmern, wie um die Arbeitsbedingungen der Landarbeiter. Sie muß feststellen, wie in den verschiedenen bäuerlichen Betriebsformen die höchsten Beträge erzielt werden können und das Arbeitseinkommen in den bäuerlichen Betrieben der Ausbeutung des Großgrundbesitzes und des Großkapitals entzogen wird. Sie muß für die Sorgen und Wünsche der Kleinbauern ein ebenso offenes Ohr haben, wie für die der Landarbeiter. Beide Teile werden in Zukunft wichtige Schichten in der klassenfreien sozialistischen Gesellschaft sein. Heute leiden sie beide unter dem Druck des Großgrundbesitzes, der ihnen die Lebensbedingungen verschlechtert. Daher muß ein Agrarprogramm, das unsere Propagandaarbeit ermöglichen soll, auf beide Klassen der landwirtschaftlich arbeitenden Bevölkerung ganz besonders Rücksicht nehmen. In den früheren Verhandlungen in Frankfurt und Breslau erhoben sich gewichtige Stimmen zugunsten der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe — August Bebel hat damals den Entwurf der Agrarkommission verteidigt —, aber man hat damals immer offen ausgesprochen, daß die klein- und mittelbäuerlichen Betriebe hilflos dazu verdammt seien, von den Großbetrieben aufgesaugt zu werden, daß es sich nur darum handeln könne, ihnen das Sterben zu erleichtern. Genosse Baade hat schon ausgeführt, daß wir nach den Erfahrungen der letzten drei Jahrzehnte gar nicht scharf genug hervorheben können, daß diese Ansicht durch die tatsächliche Entwicklung überholt ist. Jedes Programm und jede Politik, die nicht Utopien nachjagen, sondern mit den Tatsachen rechnen will, muß mit solchen Anschauungen ganz entschieden brechen. Die SPD. als größte Partei Deutschlands hat die Pflicht, offen auszusprechen, daß diese Ansicht unrichtig ist, und daß sie gewillt ist, daraus die Folgerungen zu ziehen. Das soll der Entwurf.

Mit einigen Worten will ich noch auf den Hauptinhalt der Abschnitte eingehen, über die ich zu berichten habe. Abschnitt I über die Bodenreform stellt als Ergebnis absolut einwandfreier wissenschaftlicher Forschung fest, daß die Gewalt des Eroberers und die politische Macht der Herrenklasse die Grundeigentumsverhältnisse in Deutschland gestaltet haben. Grundherren üben einen starken Druck auf die Pächter und Landarbeiter aus, die auf ihrem Boden wohnen und arbeiten müssen, aber das Bodenmonopol wirkt noch

erheblich weiter. Der Druck des Großgrundeigentums treibt weite Schichten der Landbewohner in die Städte und in die Industriebezirke, und beeinflußt so nachhaltig die wirtschaftliche und soziale Gliederung in diesen Bezirken. Das Großgrundeigentum verhindert ferner in den Bezirken des Ostens dadurch, daß es krampfhaft an seinem Boden festhält, daß der dichtbevölkerte Westen mit seinem überwiegenden bäuerlichen Parzellenbetrieb den Ueberschuß seiner Bevölkerung in diese menschenleeren Latifundien abstoßen kann. Dadurch trägt es zu dem übertriebenen Wettbewerb um diesen Boden in diesen Gegenden des bäuerlichen Parzellenbetriebes und zum Hochtreiben des Bodenpreises bei, worunter die Bevölkerung in diesen Gegenden sehr leiden muß.

Das Ziel der Sozialdemokratie muß sein, diese Auswirkungen der jahrhundertelangen Klassenpolitik des Großgrundbesitzes zu brechen. Das kann nicht durch eine schematische Lösung erreicht werden. Es kann sich nicht etwa darum handeln, das gesamte Privateigentum an Grund und Boden aufzuheben und durch gesellschaftliches Eigentum zu ersetzen, sondern wir müssen uns nach dem soziologischen Charakter dieses Eigentums fragen. Der Kampf des Sozialismus hat von Anfang an nur dem kapitalistischen Eigentum, dem Ausbeutereigentum, dem Bodenmangel gegolten, wie uns das kommunistische Manifest klar sagt.

Dieses monopolistische Eigentum zeigt sich ganz besonders bei den großen Latifundien des Ostens, wo Zehntausende von Hektaren wertvollsten Acker- und Waldbodens wenigen Grundbesitzern gehören. Hier ist das Bodeneigentum die Grundlage eines wirtschaftlichen und sozialen Monopols, es ist Herreneigentum. Das Eigentum dient nur dazu, fremde Menschen von dem Grund und Boden fernzuhalten und dadurch dem Druck der Grundherrschaft zu unterwerfen. Hier spielt die Arbeit des Eigentümers überhaupt keine Rolle. Diese Latifundien sind entweder verpachtet oder werden administriert, und der Rentmeister liefert seinem Herrn einfach die Einkünfte oder den Pachtzins ab.

Genau das Gegenteil gilt dort, wo wir selbstwirtschaftende Bauern oder Parzellenbesitzer haben. Hier kann von einer Ausbeutung einer Klasse durch eine andere oder eines Menschen durch einen andern nicht die Rede sein. Der Arbeiter, der neben seiner Berufsarbeit eine kleine Parzelle bestellt, oder der Bauer, der mit seiner Familie in unermüdlicher Arbeit von früh bis spät seine Landwirtschaft bearbeitet, ist kein Monopolist wie der Latifundienbesitzer, sondern ihm dient die eigene Scholle nur zur Grundlage der eigenen Arbeit, der Boden ist lediglich Arbeitsobjekt.

In der Mitte zwischen diesen beiden Extremen stehen die üblichen Rittergüter in Ostelbien und die großbäuerlichen Wirtschaften, auf denen der Eigentümer selbst wirtschaftet und dadurch eine Art Unternehmerfunktion erfüllt, die volkswirtschaftlich selbstverständlich ihre Bedeutung hat. Aber hier ist doch die Stellung des Rittergutsbesitzers oder des Großbauern zugleich ein Ausfluß seiner monopolistischen Stellung als Bodeneigentümer. Er versperrt den Landarbeitern, die er beschäftigt, die bodenlos und besitzlos sind, den Zutritt zu diesem Boden, so daß sie, sofern nicht politisch oder gewerkschaftlich Abhilfe geschaffen werden kann, dauernd zur Besitzlosigkeit verurteilt sind.

Auf diese drei Arten des Eigentums nimmt Abschnitt 1 des Programms Rücksicht. Er wendet sich scharf gegen den Latifundienbesitz. Für ihn ist in der sozialistischen Gesellschaft kein Raum. Er muß verschwinden. Er hat sich gebildet, indem der alte Klassenstaat einseitig diesen Latifundienbesitz begünstigte. Der sozialistische Staat der Zukunft, getragen von der Masse der besitzlosen Angestellten und Arbeiter, wird die Mittel, die der

Latifundienbesitz den Bauern gegenüber angewandt hat, ihm gegenüber zur Anwendung bringen. Er wird ihn enteignen. Daher fordert das Programm überall da, wo ein einzelner Grundeigentümer mehr Land besitzt, als zweckmäßig von einer Stelle bewirtschaftet werden könne — etwa 750 Hektar im deutschen Osten — die Enteignung des überschießenden Teils zugunsten des Reiches, selbstverständlich gegen angemessene Entschädigung. Aber was ist angemessene Entschädigung? Die Grundherren selbst haben uns einen sehr plausiblen Maßstab gezeigt, indem sie über die steuerliche Belastung klagen. Wir müssen daher annehmen, daß ihre Güter zur Steuer außerordentlich hoch eingeschätzt sind, und daß sie sich nicht beklagen können, wenn wir fordern, daß bei der Enteignung die heutigen Steuerwerte als Entschädigung gezahlt werden sollen. (Sehr gut!) Damit würde aufgeräumt werden mit der doppelten Buchführung, die den Bodenwert niedrig ansetzt, wenn es gilt, Steuer zu zahlen oder Leistungen an den Staat zu richten, während er hoch angesetzt wird, wenn der Staat dem Grundherrn etwas zahlen soll, etwa wegen Anlage einer Bahn oder aus andern öffentlichen Gründen.

Was von diesen Latifundien in das Eigentum des Reiches kommt, soll, wo die wirtschaftlichen Voraussetzungen vorhanden sind, zu Siedlungszwecken verwandt werden. Der Boden soll dabei gegen spekulativen Mißbrauch geschützt werden. Aber das Programm bekennt sich darüber hinaus zu der Siedlungspolitik, wie sie von den Fraktionen des Reichstags und des Preußischen Landtags seit der Revolution konsequent betrieben ist. Es verlangt, daß auch außerhalb der Latifundien, die dem Reich durch Enteignung zufallen, die Siedlung überall zu fördern ist, wo lebensfähige Betriebsgrößen geschaffen werden können. Wir müssen für eine solche Siedlung eintreten, wie schon Genosse Baade angedeutet hat, weil wir nur auf diesem Wege die heute übertriebene Abwanderung in die Städte und Industriebezirke eindämmen können, und weil wir nur durch eine solche Siedlungspolitik eine dichtere Bevölkerung auf dem Lande gewinnen können, die aus zwei Gründen notwendig ist, einmal, um für die Industrie eine größere Absatzmöglichkeit auf dem inneren Markt zu schaffen, zweitens, weil kulturelles Leben, auf das wir den größten Wert legen müssen, auf dem Lande nur gedeihen kann, wo durch eine dichtere Bevölkerung die Voraussetzung dafür gegeben ist.

Die SPD. muß zu dieser Stellungnahme auf Grund der heutigen Sachlage kommen. Sie kann diesen Standpunkt ohne Rücksicht auf die alte Streitfrage über Groß- oder Kleinbetrieb einnehmen, weil Genosse Baade mit Recht ausgeführt hat, daß diese Frage nach den Erfahrungen der letzten drei Jahrzehnte aus allen Ländern jede praktische Bedeutung verloren hat. Wenn also wirtschaftliche Rücksichten gegen diese Politik nicht sprechen, so sprechen andererseits politische Erwägungen in allerhöchstem Maße dafür. Wenn wir einen Teil der großen Güter in kleinere bäuerliche Stellen auflösen, so dürfen wir dabei nicht übersehen, daß der Großgrundbesitz im preußischen Osten der geschworene Todfeind der demokratischen Republik ist und für sie immer bleiben wird (Sehr richtig!), daß man aber eine Demokratisierung des flachen Landes im Osten nur dann durchführen kann, wenn man nicht nur zu rein politischen Mitteln greift, wie etwa die Auflösung der Gutsbezirke, sondern wenn man auch das wirtschaftliche Fundament beschneidet, auf dem heute diese überwiegende Position des Großgrundbesitzes beruht, d. h. die übermäßige Ausdehnung des Großgrundbesitzes einschränkt in den Kreisen des preußischen Ostens, zumal in den Bezirken, in denen diese riesigen Latifundien gelegen sind.

Kleinere Güter bis 3000 Morgen sollen nach dem Entwurf nicht enteignet werden, weil das einmal einen außerordentlich großen Apparat zur Verwaltung dieser Güter erfordern würde, und andererseits in dem Entwurf Abschnitt V eine ganz eingehende Reform der Arbeitsverfassung gefordert wird, die den heutigen anti- und asozialen Charakter dieser Großbetriebe beseitigen soll. Außerdem ist es selbstverständlich, daß auf diesen Gütern der Arbeiter in Zukunft nicht mehr die Rolle des Arbeitssklaven spielen darf wie bisher. Wir müssen eine grundlegende Reform der Landarbeiterverhältnisse fordern; wir müssen die dreifache Abhängigkeit beseitigen, die heute das Schicksal des Landarbeiters ist: er ist nicht nur hinsichtlich der Arbeit, sondern auch hinsichtlich der Wohnung, ja sogar der Ernährung — wegen des Deputats oder Deputatlandes — völlig vom Arbeitgeber abhängig. Früher war es die Maxime jeder Arbeiterpolitik, daß dem Großgrundbesitz billige und willige Arbeitskräfte geliefert werden sollen. So konnte im alten Preußischen Landtag des Dreiklassenwahlrechts ein Agrarier unter dem Beifall seiner Klassengenossen noch etwa um 1900 sagen:

„Die galizischen Landarbeiter, von denen die Hälfte kaum lesen kann, denken an nichts weiter als an ihre Arbeit und Verdienst. Sie sind die ordentlichsten Leute auf der Welt, die unseren Leuten in ethischer Beziehung sogar als Muster hingestellt werden können."

(Lachen.) Wie der Großgrundbesitz diese Abhängigkeit ausgenutzt hat, zeigt die politische Geschichte Preußens bis zur Revolution. Erst die Sozialdemokratie hat nach der Revolution hier Wandel geschaffen. Sie hat die mehr als 100 Jahre alte Gesindeordnung mit einem Federstrich aufgehoben und den Landarbeitern das Koalitionsrecht gegeben, das ihnen bis dahin planmäßig vorenthalten war. Sie hat damit entscheidende Schritte getan, um den Landarbeiter aus einem gedrückten Arbeitssklaven, der keine eigene politische Meinung haben durfte, zu einem politisch und wirtschaftlich gleichberechtigten Staatsbürger zu machen. Wer die Verhältnisse kennt, weiß aber, daß im Jahre 1918 erst die Grundsteine gelegt wurden, daß die drückende Abhängigkeit noch immer nicht beseitigt ist. Noch immer spielt wirtschaftlicher und politischer Druck eine große Rolle im Leben der Landarbeiter. Diese Abhängigkeit wollen die Vorschläge des Programms beseitigen. Die Landarbeiter sollen keine Gutsuntertanen mehr sein, sie sollen wirtschaftlich frei werden, sie sollen das Recht der politischen Meinungsäußerung, der gewerkschaftlichen Betätigung erhalten und teilnehmen an der modernen Kultur. Das sind die Grundgedanken des Abschnitts V. Auf die einzelnen Forderungen möchte ich nicht mehr eingehen, nur hervorheben, daß der Entwurf den größten Wert auf eine Erfüllung des Wunsches des Landarbeiterverbandes, auf eine Besserung der Wohnungsfrage legt. Es soll Schluß gemacht werden mit den Werkwohnungen, die den Landarbeiter in diese Abhängigkeit vom Arbeitgeber bringen. Wir müssen, je nachdem es sich um Arbeiter in Bauerndörfern oder in Gutsbezirken handelt, dafür verschiedene juristische und wirtschaftliche Formen wählen. Die Wohnung des Arbeiters darf nicht zu einer Fessel werden. Dafür enthält das Programm eine Reihe von praktischen Vorschlägen. Um ein Mißverständnis zu beseitigen, hebe ich hervor, daß die einzelnen Vorschriften des Entwurfs zeigen, daß der Entwurf grundsätzlich dem Landarbeiter in seiner Stellung als Landarbeiter helfen will, daß er nicht etwa, wie es manchmal in der Parteipresse gedeutet wird, jeden Landarbeiter zum Kleinbauern machen will. Wenn aber andererseits ein Landarbeiter den Wunsch hat, vorwärts zu kommen, eine größere Wirtschaft zu übernehmen, wenn er dazu fähig ist und die Mittel hat, kann ihm selbstverständlich der Weg dazu nicht verschlossen werden. Das ist der Sinn des mehrfach angegriffenen Satzes in der Einleitung zum Abschnitt V, daß dem Landarbeiter der Aufstieg zum Kleinbauern nicht verwehrt sein soll.

Wenn so das Programm scharfe Maßnahmen gegen das Latifundieneigentum vorsieht, muß es eine andere Stellung gegenüber dem Eigentum des Klein- und Mittelbauern einnehmen. Wenn wir anerkennen, daß das Eigentum des Mittel- und Kleinbauern nicht der Ausdruck eines Bodenmonopols ist, sondern nur die Grundlage abgibt, die dem Bauern und seiner Familie in schwerer Arbeit ein leidliches Einkommen sichert, oder wenigstens sichern soll, so kann hier von einer Enteignung oder von Eigentumsbeschränkungen nicht die Rede sein, sondern es müssen alle Maßnahmen getroffen werden, um ihre Arbeit so fruchtbringend und ertragreich wie möglich zu gestalten. In den Abschnitten II, III und IV sind Vorschläge zu einer Wirtschaftspolitik enthalten, die auch dem Interesse der bäuerlichen Betriebe entspricht. Mit Recht weist das Programm im Schlußsatz darauf hin, daß eine tiefe Interessensolidarität die Arbeiterschaft mit dem selbst arbeitenden Bauern verbindet, daß der Sozialismus weit davon entfernt ist, den Bauern von seiner Scholle zu entfernen, daß er vielmehr dem Bauer sein Eigentum und seine Arbeitsstätte sichert.

Noch ein Punkt ist für die Stellung der Sozialdemokratie wichtig, nämlich die Einstellung zu den Pächtern. Sie wissen, daß die Pachtwirtschaft in Deutschland eine außerordentlich große Bedeutung hat. Zahlen will ich heute nicht mehr bringen. Das Pachtrecht gab vor der Revolution dem Verpächter ein absolutes Uebergewicht über den Pächter. Auch hier hat erst die Revolution dadurch Wandel geschaffen, daß unter tätiger Mitarbeit der Sozialdemokratischen Partei im Jahre 1920 die Pachtschutzordnung erlassen ist. Diese Pachtschutzordnung ist den Reaktionären aller Schattierungen von jeher ein Dorn im Auge gewesen. Der Landbund hat sie lange als Rest der Zwangswirtschaft bezeichnet und ihre Aufhebung verlangt. Im Jahre 1924 hatte das Kabinett Luther bereits eine Verordnung erlassen, die den Abbau der Pachtschutzordnung für September 1924 vorschrieb. Glücklicherweise ist es den unermüdlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie gelungen, diese finsteren Pläne der Reaktion zu schanden zu machen. Die Pachtschutzordnung ist, wenn auch mit einigen Abänderungen, verlängert worden, und man kann jetzt damit rechnen, daß die Grundgedanken der Pachtschutzordnung dauerndes Recht bleiben. Ich verweise nur auf die Bestimmung, die übertriebenen Pachtzinsforderungen entgegenwirken soll, daß der Pachtzins nicht höher sein darf, als einer angemessenen Verzinsung des Steuerwertes entspricht.

Der letzte Abschnitt des Programms handelt von der bäuerlichen Sozialpolitik. Das Programm verlangt, daß für die kleinen Landwirte, die im Falle einer Krankheit, bei Verlust der Erwerbsfähigkeit oder durch unvorhergesehene Katastrophen in ernste wirtschaftliche Gefahren kommen, die notwendigen wirtschaftlichen Maßnahmen getroffen werden. Dieses System gliedert sich in das System der sozialen Fürsorge ein, das jetzt, um eine schwere Benachteiligung des Landes auszugleichen, auf dem Lande ausgebaut wird.

Zum Schluß möchte ich auf einen Einwand eingehen, der gegen das Programm erhoben worden ist. Man sagt, daß das Programm aus opportunistischen Gründen von alterprobten wissenschaftlichen Grundsätzen abweiche, weil es zum Ausdruck bringt, daß die sozialistische Gesellschaft den Bauern das Eigentum an Grund und Boden zusichert. Diese Bestimmung, die übrigens in ähnlicher Form in dem Programm unserer österreichischen Genossen enthalten ist, muß bleiben, wenn wir die tatsächlichen Verhältnisse in Rechnung

stellen wollen. Es gibt keine sozialistische Lehre, die uns zwingt, in der Landwirtschaft den Ersatz der Kleinbetriebe durch die Großbetriebe zu fordern, weil in der Industrie das Gesetz der Konzentration zwar gilt, nicht aber in der Landwirtschaft, und weil wir in der Landwirtschaft nicht die Erscheinung haben, daß die großen Betriebe die kleinen Betriebe absorbieren. Gewiß haben früher namhafte Vertreter des Sozialismus, auch Marx, an den Untergang der Kleinbetriebe geglaubt. Die letzten 50 Jahre haben aber gezeigt, daß diese Auffassung irrig war. Weil viele Vertreter der Partei noch heute an diesem Dogma festhalten, ist die Tätigkeit der Partei auf dem Lande sehr ungünstig beeinflußt worden. Die Partei soll aber nicht nur aus den Wahrheiten, sondern auch aus den Irrtümern ihrer großen Vorkämpfer lernen. Wir dürfen die marxistische Methode nicht sklavisch gleichsetzen mit allem, was Marx über irgendeinen Gegenstand zu irgendeiner Zeit gesagt oder geschrieben hat. (Sehr wahr!) Marx und Engels haben den Großbetrieb als die Form der Zukunft angesehen, weil sie unter dem Eindruck der Stein-Hardenbergschen Agrarreform in Preußen und der massenhaften Kündigung von Pächtern in Großbritannien der Auffassung waren, daß aus ökonomischen Ursachen der Großbetrieb über den Kleinbetrieb hinweggehen werde. Sie konnten noch nicht erkennen, daß es sich weniger um ökonomische als um rein politische Auswirkungen gehandelt hat. Sozialismus bedeutet nicht notwendig den Großbetrieb, sondern eine Arbeitsverfassung, in der der gesellschaftliche Charakter der Arbeit betont und der heutige Klassenstaat überwunden wird. Das ist auf der Grundlage des Kleinbetriebes auch möglich. Ich erinnere im übrigen an das kommunistische Manifest und an das Erfurter Programm, die in keiner Weise eine Feindschaft gegen das bäuerliche Eigentum zum Ausdruck bringen. Ich verweise weiter auf die Erläuterung zum Heidelberger Programm, wo es heißt, daß von kapitalistischer Ausbeutung bei Kleinbetrieben nicht die Rede sein kann.

Die Stellungnahme der Partei zur Agrarfrage ist von allergrößter Wichtigkeit. Millionen warten auf die Stellungnahme der SPD. zu dem vorliegenden Programmentwurf, und zwar nicht nur unsere Parteigenossen in Stadt und Land, sondern auch unsere Gegner. (Sehr richtig!) Unsere Gegner haben versucht, den Entwurf totzuschweigen und ihn als eine aus agitatorischen Gründen geborene Bauernfängerei zu kennzeichnen. Das ist ein Beweis dafür, wie sehr sie ihn fürchten. Geben Sie Freunden und Feinden die richtige Antwort; nehmen Sie den Parteivorstandsentwurf an. (Lebh. Beifall.)

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte, an der sich Hilferding, Berlin, Dietrich, Gera, Lipinski, Leipzig und Georg Schmidt beteiligen, beschließt der Parteitag auf Antrag Hilferdings, die Agrarkommission mit einer erneuten Beratung des Agrarprogramms zu beauftragen und die Kommission durch Kretzen, Leipzig, zu ergänzen.

Ein Antrag der thüringischen Genossen, den Genossen Jensen, Thüringen, nachträglich in die Kommission zu entsenden, wird abgelehnt.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Wels wird weiter in Berichtigung eines früheren Beschlusses der Antrag Nr. 40 durch die Erklärung des Parteivorstandes zur Beamtenfrage sowie durch den Antrag Aufhäuser und den Abänderungsantrag Steinkopf für erledigt erklärt.

(Schluß der Sitzung: 7 Uhr 5 Minuten.)

Dritter Verhandlungstag

Mittwoch, den 25. Mai 1927, vormittags 8½ Uhr

Den Vorsitz führt Wels.

Der Parteitag geht zu Punkt 4 der Tagesordnung über:

Die Tätigkeit der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Berichterstatter Robert **Schmidt:** Parteigenossen und -Genossinnen! Es wird meine Aufgabe sein, im wesentlichen drei Gebiete, die von sehr großer Bedeutung für unsere innere Politik sind, zu behandeln, nämlich die Wirtschafts-, die Sozial- und die Steuerpolitik. Sie haben zum ersten Male im Jahrbuch einen umfangreichen schriftlichen Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion. Ich nehme an, daß die Veröffentlichung dieses Berichts in Parteikreisen allgemeine Zustimmung findet, weil er ein reichhaltiges Informationsmaterial für die in der Agitation tätigen Genossen enthält. Wenn diese Berichterstattung fortgesetzt wird, wird sich das Material erweitern und eine gute Fundgrube für die Vertretung unseres Standpunktes in der praktischen Politik darstellen.

Als im September 1925 der Heidelberger Parteitag stattfand, standen wir einem Kabinett Luther mit einem starken deutschnationalen Einschlag gegenüber. Dieser Zustand war nicht angenehm für die Republik und für uns als Republikaner. Es ist nicht uninteressant, heute einen Rückblick zu werfen auf die Stellungnahme der damaligen Regierung in den wichtigsten Fragen der Wirtschaftspolitik.

Luther hatte im Januar 1925 in der Regierungserklärung u. a. ausgesprochen:

> „Die Reichsregierung wird die so gewonnene Freiheit nutzbar machen, damit Deutschlands Wirtschaftsleben gesundet, namentlich auch, damit ausreichende Arbeitsgelegenheit mit angemessener Entlohnung geschaffen werden kann. . . . . Die Reichsregierung wird ihr Bestes tun, um das deutsche Volk einer dauernden Gesundung zuzuführen."

Graf Westarp bekannte sich als Vertreter der Deutschnationalen Partei zu folgender Stellung seiner Partei:

> „So bleibt das erste, hauptsächliche Ziel, die volle Beschäftigung, die ausreichende Versorgung des ganzen Volkes sicherzustellen, seine Kaufkraft und seine Lebenshaltung zu heben. Dazu ist, wie die Dinge liegen, ganz unerläßlich, daß der innere Markt erhalten, gehoben und entwickelt wird."

Was ist aus diesem Programm geworden? Ich will nur einige Zahlen anführen. Die 766 Konkurse im Januar 1925 sind auf 1598 im Dezember gestiegen. Die Geschäftsaufsichten vermehrten sich in demselben Zeitraum von 232 auf 1317. Die Zahl der Erwerbslosen, soweit sie durch die Unterstützungseinrichtungen erfaßt wurden, stieg in dem gleichen Zeitraum von 535 000 auf über eine Million; man kann also sagen, daß das deutschnationale Programm, das die Regierung damals verkündete, in Schall und Rauch aufgegangen ist. Die verantwortlichen Vertreter der Regierung waren sich nicht einmal bewußt, daß sie am Beginn einer gewaltigen Krise standen.

Wenn wir heute eine Wendung zum Besseren wahrnehmen, so ist das kein Verdienst der Deutschnationalen oder des gegenwärtigen Bürgerblocks, denn die Anwendung erfolgreicher Hilfsmittel zur Behebung der Krise ist nicht der Initiative der Deutschnationalen oder der Rechtsparteien im Reichstag ent-

sprungen. Richtunggebend ist hier die Anregung gewesen, die die deutsche Sozialdemokratie gegeben hat. Es fehlt heute nicht an Maßnahmen, die von den bürgerlichen Parteien angewandt worden sind und geradezu hemmend für die weitere Entwicklung unserer Wirtschaft waren. Ich darf dabei auf die Einstellung zur Handelsvertragspolitik hinweisen, auf das Wiederaufkommen der Schutzzollpolitik. Nicht ohne Bedeutung für unser Wirtschaftsleben ist ferner das Heraufschrauben des achtstündigen Arbeitstages zu einem zehn-, ja zwölfstündigen.

So finden wir in den letzten Jahren eine Entwicklungstendenz der deutschen Wirtschaft zu einer immer stärkeren Entfaltung der Macht des großkapitalistischen Unternehmertums. Mit der Rationalisierung ist in schnellem Tempo auch eine große organisatorische Umstellung vor sich gegangen. Die Kartellbildung, der Zusammenschluß in Konzernen, die Ausgestaltung der Trustorganisationen sind in einem Ausmaß vor sich gegangen, wie nie zuvor. Wenn ich mir einen flüchtigen Ueberblick über die Entwicklung in den letzten Jahren gestatte, so darf ich auf die Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums hinweisen, die uns über die Interessenverbindung der Aktiengesellschaften Auskunft gibt. Von 12 392 Aktiengesellschaften mit einem Nominalkapital von 20.4 Milliarden sind durch Interessenvertretung verbunden 1967 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 13.2 Milliarden, d. h. zwei Drittel des Aktienkapitals zeigen eine Bindung in Interessengruppen. Diese großen kapitalistischen Organisationen haben sich die Aufgabe gestellt, Bedarf und Produktion in einen gewissen Einklang zu bringen. Das alte liberale System der freien Konkurrenz ist totgeschlagen und an seiner Stelle die Organisation der Wirtschaft, und zwar vom großkapitalistischen Interessenstandpunkt, zur Durchführung gekommen. Man legt Betriebe still, man baut die leistungsfähigen aus, greift auf den internationalen Markt über, um sich dort mit der Konkurrenz zu verständigen. Die Folge dieser wirtschaftlichen Entwicklung, dieser Machtentfaltung schlägt auch auf politisches Gebiet über. Wir sehen eine Organisation vor uns, die in ihrer Machtentwicklung ein Staat im Staate wird. Die wirtschaftlich Schwachen werden an die Wand gedrückt, Tausende von Arbeitern arbeitslos, und über die Folgen dieser Arrondierung der Macht und des Herrschaftsgebietes dieser Interessentengruppen haben sich die Träger dieses Systems, sozialpolitisch reaktionär oft bis zum äußersten Extrem, nie Bedenken gemacht.

Bei dieser wirtschaftspolitischen Entwicklung ergaben sich von selbst für die Einstellung der sozialdemokratischen Fraktion zwei große Aufgaben:

Erstens, für die produktive Erwerbslosenfürsorge die Mittel flüssig zu machen, um die Wirtschaft in besseren Gang zu bringen mit einer günstigen Rückwirkung auf den Arbeitsmarkt.

Zweitens, für eine bessere Unterstützung der Arbeitslosen zu sorgen, sich der Opfer des heutigen Wirtschaftssystems anzunehmen.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, haben wir uns grundsätzlich nicht ablehnend verhalten gegen die Gewährung von Krediten für wirtschaftliche Unternehmungen, für Industriekredite, für Unterstützung der Werften, für Exportversicherung, für eine Zuwendung von Mitteln an die Landwirtschaft, für das Handwerk, für die Winzer usw. Aber wir haben auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß sich das nicht zu einem System gestalten darf, daß die Wirtschaft nicht dauernd aus allgemeinen Mitteln subventioniert werden darf.

Auch im Ausland, in England oder Amerika, finden wir Bestrebungen, Subventionen an industrielle Unternehmungen zu gewähren. Wir können diese nur als vorübergehende Hilfsmittel gutheißen, um die Produktion zu

heben, über einen gewissen toten Punkt bei wirtschaftlicher Stagnation hinwegzukommen.

Von großer Bedeutung erschien uns, für gemeinnützige Aufgaben Mittel bereitzustellen. Wir haben im Reichstag ein großes Programm in der Erwerbslosenfürsorge aufgestellt, haben im einzelnen dargelegt, wie wir uns aus allgemeinen Mitteln für gemeinnützige Zwecke eine Ausdehnung der Beschäftigungsmöglichkeiten denken. Um nur einiges hervorzuheben: wir waren der Meinung, daß größere Mittel für den Straßenbau zur Verfügung gestellt werden müssen. Wir haben uns eingesetzt für die Kultivierung der Oedländereien, eine Aufgabe von eminenter Bedeutung, für die die Sozialdemokratie seit ihrem Bestehen innerhalb und außerhalb des Parlaments sich mit Eifer eingesetzt hat. Die Flußregulierung im Interesse der Schiffahrt wollen wir fördern, Stauanlagen und Schutzdämme ausbauen, um der Landwirtschaft den nötigen Schutz gegen die Gefahr des Hochwassers zu geben. Dazu die Nutzbarmachung der Wasserkräfte für die Ausnutzung elektrischer Energie. Das große Gebiet des Wohnungsbaues stellt uns vor wichtige Aufgaben, und schließlich wollen wir die Elektrisierung der Eisenbahn vorwärtstreiben, ein Problem, das in Deutschland bisher weit zurückblieb. So haben wir im Etat von 1926/27 nicht unbedeutende Summen zu verzeichnen, die für die hier erwähnten Zwecke verwendet wurden: Bahnbauten 11.2 Millionen, an die Reichsbahn zur unmittelbaren Verwendung für Aufträge 100 Millionen, für Bauten von Landarbeiterwohnungen 30 Millionen, Kredite für den Kleinwohnungsbau 200 Millionen, für Ostsiedlungen 50 Millionen, für produktive Erwerbslosenfürsorge 100 Millionen, für Wasserbauten 32 Millionen. Leider mußten wir konstatieren, daß die Ausführung dieses Programms nicht in der Weise erfolgt ist, wie wir es verlangten. Eine ganze Reihe von Aufträgen sind an Firmen gegeben worden, die, anstatt den Acht-Stundentag aufrecht zu erhalten, Ueberarbeitszeit einführten und damit die Aufgabe, rückwirkend vom Arbeitsmarkt Arbeitskräfte in den Betrieb hineinzuziehen, nicht zur Ausführung brachten. Wir bedauern auch in hohem Maße, daß unter dem gegenwärtigen Ministerium gerade der Aufgabenkreis, den wir uns hier gestellt haben, eine erhebliche Zurückschraubung erfahren hat, daß wir auf dem Gebiet nicht weiter vorwärts gekommen sind. Es ist nicht ohne Bedeutung, bei einem solchen Rückblick über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion darauf hinzuweisen, daß die Kommunistische Partei gegenüber diesem Programm, das auf gemeinnütziger Grundlage eine Förderung der Arbeitsmöglichkeiten herbeiführen soll und bis zum gewissen Grade herbeigeführt hat, einen ablehnenden Standpunkt eingenommen hat, also durchaus nicht von einer sozialen Fürsorge geleitet war.

Wenn ich nun zu der zweiten großen Aufgabe übergehe, die die Fraktion zu erfüllen hatte, die Erwerbslosenfürsorge, so sei hervorgehoben, daß die Erwerbslosenunterstützung durch einen Beschluß der Volksbeauftragten im Jahre 1918 eingeführt wurde. Bis dahin war es im wesentlichen die Aufgabe der Gewerkschaften, die Arbeitslosen zu unterstützen. Wir sind dann im Ausbau der Arbeitslosenunterstützung von Epoche zu Epoche weitergegangen. Die Grundlage für das Aufkommen der Mittel wurde geändert, zunächst durch die Beitragspflicht der Unternehmer und Arbeiter, eine Vorstufe für die dann folgende gesetzliche Regelung in der Arbeitslosenversicherung, ein Gesetz von 1927, das gegenwärtig dem Reichstag vorliegt, aber bisher nicht zur Verabschiedung gekommen ist. Welche Einstellung die Sozialdemokratische Partei zu diesem Arbeitslosenproblem einnahm, das läßt sich kurz dahin zusammenfassen, daß wir in der Grundtendenz diesem Gesetz zustimmen, daß ein organisatorischer Aufbau in der Form einer Versicherung vorgenommen wird.

um die Rechtsgrundlage zu finden für eine geordnete Regelung der Arbeitslosenversicherung und -fürsorge.

Im Zusammenhang damit steht ein Rückblick, wie sich die sozialdemokratische Fraktion bemüht hat, die Unterstützungssätze und -dauer in der Arbeitslosenfürsorge zu erweitern. So erreichten wir im November 1925 eine Erhöhung der Unterstützungssätze um 20 Proz., der Familienzuschläge um 10 Proz. Im November 1926 wurde eine Reihe von Verbesserungen der bisherigen Verordnung durchgeführt. Ich nenne die Beseitigung der Bedürftigkeitsprüfung, die Einbeziehung der Jugendlichen in die Fürsorge, die Beseitigung der Pflichtarbeit, die Nichtanrechnung der Leistungen aus der Wochenhilfe, die Sicherung der Anwartschaft in der Sozialversicherung und schließlich eine nochmalige Erhöhung der Unterstützung für Ledige um 15 Proz., für die übrigen um 10 Proz. So haben wir nach und nach nicht nur die Sätze für die Unterstützung erhöht, den Rechtsanspruch gefestigt, sondern auch die Unterstützungsdauer auf 52 Wochen erhöht und in dem ergänzenden Gesetz der Krisenfürsorge auch über diese Zeit hinaus einen besonderen Anspruch für die Arbeitslosen gesichert, allerdings auch hier gegen den Widerspruch der Kommunisten, der Deutschnationalen und der Völkischen. (Hört, hört!) Wir sehen, daß der Bürgerblock bemüht ist, das, was wir bisher erreicht haben, nach und nach wieder abzubauen. Der Minister Brauns hat zunächst für einige Berufe nicht mehr die Unterstützungsdauer von 52 Wochen innegehalten mit der Begründung, es sei für einige Berufe nicht mehr eine Arbeitslosigkeit im größeren Umfange vorhanden, es fehlten sogar für einige Berufe diejenigen handwerksmäßig und technisch geschickten Arbeiter, die die Industrie fordere. Wenn das richtig sein sollte — es wird aber zu einem erheblichen Teil von unseren Parteifreunden, die mit den Gewerkschaftsorganisationen dieser Berufe in Verbindung stehen, bestritten —, dann muß ich sagen: Wir können uns doch nicht in der Wirtschaft so einstellen, daß bei der Umstellung in der Industrie diejenigen Arbeiter, die technische Ausbildung nicht besitzen, dauernd ausgeschaltet werden. Im Gegenteil, wir müssen auf die große Masse der Arbeiter zurückgreifen, die in anderen Berufen tätig waren, um ihnen nun den Berufswechsel zu erleichtern. Bei dem starken Verbrauch von Arbeitskräften muß versucht werden, die freigewordenen Kräfte in die geforderten technischen Fähigkeiten und die handwerksmäßigen Geschicklichkeiten einzuführen; man soll aber nicht mit der Begründung kommen, daß mit Rücksicht auf diese Umstellung eine Verlängerung der Arbeitszeit notwendig sei. (Sehr richtig!) Wir sehen in der Krisenfürsorge dieselbe Tendenz des Ministers, auch hier ein Zurückschrauben der bisherigen Aufgaben. Wir ersehen aus diesem Beispiel die reaktionäre Einstellung des Ministeriums und erkennen den Einfluß des deutschnationalen Ministeriums in der Rückwirkung auf unsere Sozialpolitik.

Das zeigt uns noch in viel stärkerem Maße das Arbeitszeitgesetz. Ich brauche im einzelnen über dieses Gesetz hier nicht zu sprechen. Nur eins will ich hervorheben. Nach meiner Auffassung bedeutet dieses Arbeitszeitgesetz nicht nur eine Zurückschraubung der sozialpolitischen Anforderungen, sondern es steht auch nicht im Einklang mit den wirtschaftlichen Forderungen und Bedürfnissen der Zeit. Wir haben vergeblich darauf hingedrängt, daß das Washingtoner Abkommen zum Abschluß kommt. Ich bin mir klar, daß dieses Abkommen uns nicht in allen Teilen befriedigt, aber es wäre immerhin ein Fortschritt, die internationalen Regelungen auf eine feste Basis zu stellen. Aber ich habe nicht das Vertrauen zu dem bürgerlichen Kabinett, daß dieser Weg beschritten wird; das Arbeitszeitgesetz bedeutet ein Hindernis. Vor dem Zustandekommen des Gesetzes hatten sich die Gewerkschaften aller Richtungen

bemüht, zu einer Uebereinstimmung in ihren Forderungen zu kommen, die sie inbezug auf die Regelung der Arbeitszeit erheben. Was haben wir nach Abschluß dieser Bemühungen gesehen? — daß nur eine Partei den Gewerkschaften zur Seite stand in ihrem Kampf, daß die Christlichen nicht die Unterstützung im Zentrum, und die Hirsch-Dunckerschen kein Verständnis bei den Demokraten für ihre Forderungen fanden. So bleibt die Sozialdemokratie die einzige Partei, die den Forderungen aller Gewerkschaften ihre Unterstützung geliehen hat. Wenn es uns nicht gelang, im Gesetz das durchzusetzen, was die Gewerkschaften forderten, so haben wir keine Schuld daran. Der Schuldige ist der Bürgerblock, der unter dem starken Einfluß des Reichsverbandes der deutschen Industrie den Fortschritt auf sozialem Gebiet verhindert und den Rückschritt in sehr fühlbarer Weise durchgeführt hat. So haben wir ein Gesetz vor uns, in dem der 8-Stundentag nur noch nebenbei erwähnt wird, der 10-Stundentag zur Regel werden kann und der 12-Stundentag in einer ganzen Reihe von Ausnahmefällen nicht unmöglich wird. Aber ich füge doch hinzu, daß die Auswirkung dieses Gesetzes, seine Anwendung in den Händen der Verwaltung, davon abhängig sein wird, wie diese Verwaltung eingestellt ist, unter welchem Einfluß sie steht, und daß es uns deshalb nicht gleichgültig sein kann, ob die Ausführung des Gesetzes einem bürgerlichen Kabinett oder einem uns freundlich gegenüberstehenden Kabinett obliegt.

Wir haben in einer technisch doch stark fortschreitenden Entwicklung eine Steigerung der Warenproduktion vor uns, der eine ungenügende Erweiterung des Absatzmarktes gegenübersteht. Blicken wir auf die Genfer Konferenz, dann erkennen wir hier den stark kapitalistischen Einschlag, der in der Beurteilung wirtschafts- und sozialpolitischer Aufgaben zum Ausdruck kommt. Nirgends wird, mit wenigen Ausnahmen, die Auffassung vertreten, daß die Belebung des Marktes, die Hebung des Konsums durch eine Erhöhung der Löhne erfolgen muß. Wir sind aber darauf angewiesen, heute mehr denn je die Ausgestaltung des inneren Marktes vorzunehmen. Dieser Aufgabe schlägt das Arbeitszeitgesetz ins Gesicht.

Nach dem Einfluß des Reichsverbandes auf diesem Gebiete stellt sich in holder Harmonie auch der Einfluß des Großgrundbesitzes ein, um seine Interessen in den Vordergrund zu stellen. Hier heißt die Parole: zurück zum alten System, zum Schutzzollsystem!

Bei der Erhöhung der Zollsätze durch die sogenannten kleinen Zollvorlagen im Jahre 1925 erreichten wir wenigstens eine Begrenzung des autonomen Tarifs, soweit die Zollsätze für Roggen, Weizen, Futtergerste, Mais in Frage kommen, bis zum Juli 1926. Einige Positionen wurden auf die Hälfte herabgesetzt. Nach Ablauf dieser Frist haben die bürgerlichen Parteien abermals die Zollsätze für alle genannten Positionen hinaufgesetzt, so daß wir an die Zollsätze der Vorkriegszeit kommen, ohne daß, selbst wenn wir die Argumente der Agrarier für richtig hielten, ein dringendes unmittelbares Bedürfnis nachgewiesen wäre. Unter der Herrschaft des neuen Zolltarifs sind die Einnahmen für die Reichskasse sehr stark gewachsen, aber im wesentlichen in den folgenden Finanzreformen zu einer Herabsetzung der Besitzsteuer benutzt worden. Die Belastung des Konsums ist gestiegen. Die Lebensmittelpreise sind infolge des schweren wirtschaftlichen Drucks ganz automatisch fortgesetzt in die Höhe gegangen. Der deutschnationale Minister Schiele hat bereits ein abermaliges Anziehen der Getreidezölle angekündigt. Er will den Zuckerzoll von 10 auf 15 Mk. erhöhen, die Zollfreiheit für Gefrierfleisch aufheben und eine Erhöhung der Fleisch-, Vieh-, Milch- und Fettprodukte herbeiführen. Das geschieht in einer Zeit der höchsten Getreidepreise. Es ist gestiegen der Roggenpreis von 165 Mk. im Jahre 1913 auf 275 Mk. im Mai 1927, der

Weizen in derselben Zeit von 195 auf 295 Mk., also eine Steigerung beim Roggen um 66, beim Weizen um 56 Proz. Bei einer solchen Preisgestaltung, die zu der wildesten Spekulation Anlaß gegeben hat, kann selbst vom agrarischen Standpunkt von einem Bedürfnis zur Erhöhung der Zölle keine Rede sein. Wir müssen aber fürchten, daß der Bürgerblock abermals eine erheblich höhere Belastung des Konsums der ärmeren Volksschichten herbeiführen wird. (Sehr richtig!)

Bei Einbringung des Zolltarifs wurde erklärt, Deutschland könne sonst keine langfristigen Handelsverträge abschließen, weil es dem Vertragsgegner bei einem an sich niedrigen Zolltarif kein Aequivalent biete. Ich sehe nicht, daß nach dem Tarif ein Handelsvertrag abgeschlossen worden ist, auf den sich der autonome Zolltarif von 1925 ausgewirkt hätte. Im Gegenteil, unsere Handelsvertragspolitik ist noch immer auf dieselbe unsichere Basis gestellt wie nach dem Krieg und in der ganzen Periode nach der Revolution. Von den 15 Handelsverträgen sieht kaum einer eine längere Vertragsdauer vor; alle bedeutsamen sind kurzfristig abgeschlossen. Das entspricht nicht dem Interesse der deutschen Industrie, insbesondere der verarbeitenden Industrie (Sehr richtig!), auch nicht den allgemeinwirtschaftlichen Anforderungen. Ein Vertrag, der schnell wieder gekündigt wird, läßt eine weitschauende Position für irgendeinen großen Auftrag nicht aufkommen und führt geradezu zur Zerschlagung von weitgehenden Aufträgen. Was haben wir für eine Politik gerade bei den Handelsverträgen erlebt! Unmittelbar nach Ratifizierung des spanischen Handelsvertrags ist dieser auf Betreiben der Agrarier wieder gekündigt worden, die Vorteile, die er brachte, wurden zerschlagen, und zwar zum Schaden unserer Ausfuhr nach Spanien in einem sehr unglücklichen Zeitpunkt. Gegen den provisorischen Abschluß des letzten Handelsvertrages mit Frankreich haben wir zum ersten Male eine ablehnende Haltung eingenommen. Was dieses Provisorium bot, war so unbedeutend und zeigte eine so große Verständnislosigkeit auf beiden Seiten, im weiteren steckte auch hier wieder der agrarische Einfluß so deutlich in diesem Handelsabkommen, daß wir zur Ablehnung kamen. Die Franzosen haben auch in Genf eine starke Abfuhr ihrer hochschutzzöllnerischen Pläne erfahren. In dem französischen Abkommen sah die Regierung gegenüber Frankreich eine Erhöhung des Mehlzolls von 10 auf 11.50 Mk. pro Doppelzentner vor. Wir mußten zur Ablehnung kommen, heißt es in unserem Bericht: „Um dem demagogischen Doppelspiel der Regierungsparteien endlich ein Ende zu machen, und weil wir es nicht verantworten können, einem Handelsvertrag zuzustimmen, der durch eine wesentliche Erhöhung des Mehlzolles eine Verteuerung der wichtigsten Nahrungsmittel hervorruft." Ein zweiter Handelsvertrag, dessen Bedeutung wir nicht unterschätzen, ist der mit Polen. Wir wünschen, aus dieser gegenseitig gespannten wirtschaftlichen Beziehung im Interesse unserer östlichen Provinzen herauszukommen, da wir auf den Handel mit Polen stark angewiesen sind. Wir wollen mit diesem östlichen Nachbar zu einer Verständigung auf handelspolitischem Gebiet, unter sachlicher Einschätzung des wirtschaftlich Notwendigen, kommen.

Mit der Steuerpolitik hat sich der Reichstag oft beschäftigen müssen. Ich kann nur unsere grundsätzliche Einstellung kurz darlegen. In einer Konferenz am 20. Januar 1927, von Vertretern der Reichstagsfraktion, Landtagsfraktion und dem kommunalpolitischen Beirat beschickt, wurde unsere Stellung zur Steuergesetzgebung eingehend behandelt. Auch eine Konferenz unserer Kommunalpolitiker hat sich mit der Steuergesetzgebung vor der Abhaltung des Parteitages beschäftigt. Es ließ sich eine erfreuliche Uebereinstimmung feststellen. Wir stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß die Reichshoheit

in der Steuerfrage erhalten werden muß, sowohl in Verwaltung wie in Veranlagung. Das System der Erzbergerschen Steuerreform wird grundsätzlich als richtig anerkannt, ohne daß wir restlos an den vielfachen Mängeln und der ungenügenden Ausführung der Gesetze vorübergehen. Auf diesem Gebiet ist ein gewisser Fortschritt in der Richtung zum Einheitsstaat zu verzeichnen. Es wird hier neben der Vereinheitlichung von Post und Eisenbahn ein System berührt, das in enger Verbindung mit der Ausgestaltung zum Einheitsstaat steht. Bei der direkten Besteuerung verlangen wir, daß die Nachprüfung der eigenen Einschätzung sorgfältig durchgeführt wird. Die Steuerscheu der besitzenden Klasse zeigt sich fortgesetzt in den Angriffen im Reichstag gegen die Kontrolle in der Buchführung. Die Besitzenden wollen sich nicht in die finanzielle Gebarung des Unternehmens hineinblicken lassen, man will sich den Forderungen der Steuer entziehen. Ein weiteres Mittel der Kontrolle ist die von uns geforderte Offenlegung der Steuerlisten. Welche ungeheuren Beträge bei der Steuerveranlagung nicht erfaßt werden, ergeben unzweifelhaft die Ermittlungen des Reichsfinanzministeriums. Nicht alle Finanzämter sind gerade auf eine peinliche Veranlagung bedacht; der starke Einfluß wirtschaftlicher Interessengruppen macht sich bemerkbar. In dem uns wahrscheinlich in nächster Zeit zu unterbreitenden Steuereinheitsgesetz wird weiter der Versuch gemacht werden, die Gemeinden in ihrem Steueraufkommen zu beschränken. Wir werden uns aktiv dagegen wenden. Ablehnen müssen wir einen Zuschlag zur Einkommensteuer für die Gemeinden. Es wäre das eine sehr zweischneidige Waffe, es bestände die Gefahr, daß wieder zu einer Besteuerung des heute steuerfreien Einkommens gegriffen würde. Das aber muß vermieden werden. Durch unsere Bemühungen ist die steuerfreie Grenze fortgesetzt erhöht, so daß wir heute bei der Einkommensteuer zu einer steuerfreien Grenze von 100 Mk. monatlich gekommen sind. Daran wollen wir nicht rütteln lassen. Diejenigen aber, die eines eingebildeten Vorteils willen sich ihr Urteil trüben lassen, erinnere ich an die unleidlichen Zustände unter dem alten System, wo die Arbeitergemeinde ungeheuer überlastet wurde, während die Gemeinde mit den Steuerzahlungsfähigen nur eine geringe Leistung aufbrachte, die Einschätzung also nicht nach dem Können erfolgte, sondern nach einer sozial tiefen Stufe sich verschärfte.

So haben wir uns gegen die Steuerreform, wie sie anfänglich Minister Reinhold beabsichtigte, gewandt, da er sich sehr bemühte, eine Erleichterung des Besitzes durchzusetzen. Ich gehöre auch nicht zu denjenigen, die durch die Senkung der Besitzsteuer, Betriebssteuer, Umsatzsteuer, die sogenannte Ankurbelung der Wirtschaft erreichen wollen; denn ich sehe in dieser Steuererleichterung nicht die geringste Auswirkung auf die Preisgestaltung. Jede Erleichterung ist im wesentlichen in den Taschen des Besitzes stecken geblieben. Ich bestreite jede wirtschaftspolitische Rückwirkung. Das Steuerprogramm bewegte sich stark im Bannkreis des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Es ist uns im Laufe der Verhandlungen gelungen, beim Abschluß der Steuerreform eine andere Einstellung des Ministeriums herbeizuführen, sogar ein weitgehendes Entgegenkommen zu finden, so daß wir schließlich dem Abschluß zustimmen konnten. Auf unsern Einfluß sind die Aenderungen zurückzuführen, daß bis zum 31. 3. 1927 keine Steigerung der Mietbeträge erfolgte; daß ferner eine Herabsetzung der Umsatzsteuer von 1 auf 0.75 Proz., Aufhebung der Luxussteuer; Hinausschiebung der Erhöhung der Biersteuer; Aufhebung der Weinsteuer und Beseitigung der uns besonders unsympathischen Salzsteuer erreicht wurde. In Verbindung mit diesem Abkommen wurde damals die Erwerbslosenunterstützung um 13 weitere Wochen erhöht. Die damaligen Verhandlungen im Reichstag endeten mit einem starken Angriff

der Rechtsparteien gegenüber dem Ministerium, weil es unter dem Einfluß der Sozialdemokratie die Steuerreform zum Abschluß brachte.

Die Fortsetzung der Steuerreform sehen wir unter dem Minister Köhler in dem Ausgleichsgesetz, das die Verteilung des Steueraufkommens zwischen Reich, Ländern und Gemeinden regelt. Wir halten es für notwendig, daß die Gemeinden finanziell so bedacht werden müssen, daß sie ihre sozialen Aufgaben erfüllen können, und daß die Verteilung des Steueraufkommens nicht nach einem Schema erfolgt, sondern die besonderen Verhältnisse der Gemeinden berücksichtigt werden. Die bisherige Ueberweisung von 2.1 Milliarden an die Länder war in dem neuen Ausgleichsgesetz auf 2.4 Milliarden erhöht. Die Bayrische Volkspartei, die die Stütze der gegenwärtigen bürgerlichen Koalition bildet, beanspruchte eine Aenderung, so daß die Ueberweisungen auf 2.6 Milliarden erhöht werden mußten. Dadurch kommen natürlich die anderen Länder, besonders Preußen, schlechter weg. Zu gleicher Zeit wurde gefordert, daß die Gemeinden und Länder eine Senkung der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer vornehmen, eine Maßregel, die sich in nichts anderem auswirken wird, als in einer größeren indirekten Besteuerung. Die Getränkesteuer muß von den Gemeinden für Schaumwein und Branntwein aufgehoben werden, nur für Bier ist eine Ausnahme zugelassen. Aus dem Aufkommen der Reichsbiersteuer wurden dann nahezu 40 Millionen Mark mehr als bisher den süddeutschen Staaten überwiesen. Die Fraktion hat diesem Ausgleichsgesetz nicht zugestimmt. Unser Standpunkt ist von dem Genossen Junke wie folgt präzisiert worden:

„Der vorliegende Finanzausgleich bringt eine Zurückdrängung der Reichsinteressen, eine Begünstigung der Länder zugunsten der Gemeinden, eine Verschärfung des Partikularismus, eine Verstärkung des Steuerunrechts, eine Drosselung der sozialen Aufgaben, eine Gefährdung der Einsicht des Auslandes, daß Deutschlands Reparationslasten zu hoch sind."

Das ist der Standpunkt, der uns zur Ablehnung brachte. Die Rückwirkung auf den Etat ist nicht erfreulich, denn in dem endgültigen Ausgleich des letzten Etats finden wir eine neue Herabsetzung oder Streichung wichtiger sozialpolitischer Positionen. Die Einnahmen werden erhöht, ohne die Sicherheit zu haben, daß die Voraussetzungen dafür auch eintreffen.

Wenn wir uns am Gesamtabschluß die Entwicklung des Steueraufkommens vergegenwärtigen, so ergibt sich eine Massenbelastung, gemessen an der Lohn-, Umsatz-, Gewerbesteuer, an Zöllen und Verbrauchssteuern im Jahre 1926 von 4.7 Milliarden; denen eine Besitzbelastung von nur 2.4 Milliarden gegenübersteht. Unzweifelhaft ergab sich bei der Verhandlung im Reichstage eine starke Steuerscheu des Besitzes, die im Endergebnis zu nichts anderem führen kann, als zu einer immer erhöhten Besteuerung des Massenkonsums. (Sehr richtig!) Nicht zuletzt versteht es gerade der Großgrundbesitz, sich der direkten Steuer zu entziehen, und das ganze Steuersystem wirkt sich stets zu einer Steuerbefreiung gerade dieser Schichten aus.

Auf dem Gebiet der Sozialversicherung haben wir einige nicht unbeachtliche Fortschritte zu verzeichnen. Nachdem durch die Inflation die großen Kapitalien der Versicherungsanstalt verloren waren, sind wir nunmehr wieder zu einer sicheren finanziellen Grundlage gekommen. Wir erreichen ungefähr die Unterstützungssätze vor dem Krieg. Wir dürfen sagen, daß mit einer Erhöhung der Steigerungssätze sowie auch der Beitragsleistungen in den nächsten Jahren über das Niveau der Unterstützungssätze vor dem Krieg hinausgegangen wird. Die Herbeiführung einer engen Verbindung zwischen der Invaliden- und Angestelltenversicherung ist ein großer Fortschritt. Eine

Besserung ist dadurch erzielt, daß künftig in der Invalidenversicherung jede 65 Jahre alte Witwe ohne Rücksicht auf ihren Gesundheitszustand die Witwenrente bekommt. Bisher bestand dieser Anspruch nicht.

Hier ist auch eine Reform des Knappschaftsgesetzes zu erwähnen, von der ich nur die Erhöhung der Teilnahme der Arbeiter an der Verwaltung auf ⅔ hervorhebe. Damit wird es möglich sein, daß einige besondere Leistungen je nach der finanziellen Lage der Knappschaftskassen durchzusetzen sind. Dann ist es durch die Bemühungen des Kollegen Karsten, der sich eifrig für die Kriegsbeschädigten einsetzt, gelungen, auch für die Altveteranen eine Erhöhung ihrer monatlichen Unterstützung von 12.50 auf 25 Mark durchzusetzen. Auf den Dank der Kriegervereine rechnen wir dabei nicht, wir hielten unser Bemühen für eine soziale Pflichterfüllung. Um ein Gesamtbild der größeren Leistungen und Belastungen auf sozialpolitischem Gebiet (Fürsorge, Sozialversicherung, Erwerbslosenfürsorge, Wohnungsfürsorge, allgemeine Wohlfahrtspflege, Unterstützung der Beamten) zu geben, erwähne ich, daß 1913 der Etat eine Belastung von 64.5 Millionen Mark, 1926 von 407.9 Millionen Mark aufwies. Die Republik erfüllt also hier ihre Pflichten in höherem Maße. Die Aufwendungen der Sozialversicherung (Beiträge der Unternehmer, Arbeiter, Kreise, Reichszuschuß) sind im gleichen Zeitraum von 1.340 auf 2.343 Milliarden gestiegen. Das ist nicht zuletzt auf die Einwirkung der Sozialdemokratischen Partei zurückzuführen.

Wir haben Fortschritte erzielt, wenn wir auch nicht am Ende unserer Aufgabe stehen. In der Sozialpolitik wie in der Sozialversicherung wird es wahrscheinlich nie einen Stillstand geben. Wir werden weiter wirken, um die Unterstützungssätze wenigstens auf das Existenzminimum zu erhöhen.

Ich bitte, den Antrag auf Herabsetzung der Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre bei Gewährung der Rente der Fraktion zur Erwägung zu überweisen. Wir sind darauf bedacht, zunächst unsere Renten, Invaliden- und Altersrente, zu erhöhen. Das kann nur geschehen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel und nicht zuletzt unter Berücksichtigung der Beiträge der Arbeiter. Ich bitte Sie, den Standpunkt einzunehmen, den Genosse Molkenbuhr, der beste Kenner der Sozialversicherung, auch auf vorangegangenen Parteitagen vertrat, der auch einer Heraufsetzung der Rente gegenüber der Herabsetzung der Altersgrenze den Vorzug gab. Sie können versichert sein, daß das Interesse der Invalidenrentenempfänger bei der Fraktion gut aufgehoben ist.

Auf sozialpolitischem Gebiet darf ich mit Befriedigung feststellen, daß wir in dem Arbeitsgerichtsgesetz eine grundsätzliche Aenderung recht erfreulicher Art zu verzeichnen haben. Wir sind zu einer Einheitlichkeit der Instanzen bei Streitsachen aus dem Arbeitsverhältnis gekommen. Es bestehen nunmehr selbständige Arbeitsgerichte, Landesarbeitsgerichte und als Revisionsinstanz ein Senat beim Reichsgericht. Von großer Bedeutung ist, daß wir die Landarbeiter, Eisenbahner und Bureauangestellten unter die Zuständigkeit dieser Gerichte haben stellen können.

Die Deutschnationalen haben gegen das Arbeitsgerichtsgesetz Sturm gelaufen. Die Kommunisten nahmen eine ganz eigenartige Stellung ein. Sie verlangten für die Wahl der Beisitzer zu den Gerichten, die von den tariflichen Organisationen nach dem Gesetz erfolgt, und zwar unter Ausschluß der gelben Organisationen, eine Gleichstellung der Unorganisierten mit den Gewerkschaften. Damit wären auch die gelben Gewerkschaften in die Vertretung bei den Gewerbegerichten hineingekommen. Die Kommunisten wollten ferner die Kriegsbeschädigtenverbände als wirtschaftliche Vereinigung anerkannt wissen. Die Folge wäre gewesen, daß auch die nationalistischen Verbände, wie der Kyffhäuserbund usw., ihre Beisitzer für die Arbeitsgerichte

ernannt hätten. Ich brauche kaum zu erwähnen, daß wir dafür nicht zu haben waren.

Einen sozialpolitischen Fortschritt bedeutet ferner die Verlängerung der Kündigungsfristen für die Angestellten. Gerade die Angestellten leiden sehr hart unter der Arbeitslosigkeit, und zwar werden in erster Linie die älteren Angestellten davon betroffen. Eine Wiedereinstellung älterer kaufmännischer Angestellten stößt immer auf große Schwierigkeiten. Es ist uns unter tätiger Mithilfe der Angestelltenverbände und namentlich unter Führung unseres Kollegen Aufhäuser gelungen, die Kündigungsfristen zu verlängern. Ein Angestellter, der fünf Jahre im Betriebe beschäftigt ist, hat jetzt Anspruch auf eine dreimonatige Kündigungsfrist zum Schluß des Quartals; ein Angestellter, der acht Jahre beschäftigt ist, hat eine viermonatige Kündigungsfrist; ein Angestellter mit zehn Jahren Beschäftigungszeit eine fünfmonatige, ein solcher mit zwölf Jahren eine sechsmonatige Kündigungsfrist. Ich überschätze nicht die Wirkung dieser Maßnahme; aber die Absicht, die älteren Angestellten gegen willkürliche Entlassungen zu schützen, ist vom sozialen Standpunkte aus durchaus berechtigt und zu begrüßen.

Unausgesetzt ist in den letzten Wochen und Monaten von den bürgerlichen Parteien die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft und völlige Freiheit in der Festsetzung der Mieten gefordert worden. Sie dienen damit nur den Hausbesitzerinteressen. Die Mietserhöhung in dem gegenwärtigen Tempo ist ungerecht. Allerdings sind wir uns darüber klar, daß auf die Dauer eine künstlich unter dem Niveau der Baukosten und der Bodenverzinsung stehende Miete nicht möglich ist. Wir fordern aber eine Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse. Auch in unserer Einstellung zur Hauszinssteuer haben wir uns immer von dem Gesichtspunkt leiten lassen, daß den Hausbesitzern keine Gewinne zugeführt werden dürfen, sondern daß die Hauszinssteuer restlos für den Wohnungsbau verwendet werden muß. Wir werden im Wohnungsbau nicht vorwärts kommen, wenn nicht aus öffentlichen Mitteln große Beträge aufgewendet werden. (Sehr wahr!) Leider sind wir mit unserer Auffassung nicht durchgedrungen, auch nicht mit unserem Eventualantrag, daß höchstens 20 Proz. der Hauszinssteuer für die Aufgaben der Länder und Gemeinden verwendet werden sollen. Dagegen verlangte die Wirtschaftspartei, das Gesetz über den Mieterschutz und das Reichsmietengesetz aufzuheben, um so die freie Wohnungswirtschaft herzustellen. Wir werden diese Einstellung der Wirtschaftspartei auch den davon betroffenen kleineren Gewerbeschichten mit Erfolg vor Augen führen können. Gerade die Wirtschaftspartei ist es gewesen, die sich dafür einsetzte, daß die Freiheit des Mietsverhältnisses für Geschäftsräume herbeigeführt wurde. Die Wirtschaftspartei steht im Banne der Hausbesitzerinteressen und vertritt in keiner Weise die Belange der wirtschaftlich schwachen Gruppe des Mittelstandes.

Auf kulturpolitischem Gebiet hat der Bürgerblock durch zwei Gesetze seine reaktionäre Tendenz zu erkennen gegeben. Das sogen. Gesetz gegen Schmutz und Schund, das die Gemüter sehr stark erregt hat, war sicherlich keine Ruhmestat des demokratischen Ministers Dr. Külz. (Sehr richtig!) Wir verkennen nicht — unsere Redner haben das im Reichstag offen gesagt —, daß es eine minderwertige Literatur im reichen Maße gibt. Gegen die Bekämpfung einer seichten, auf niedrige Leidenschaften spekulierende Literatur haben wir nichts einzuwenden; ein Schutz der Jugend gegen diese literarischen Erzeugnisse ist sehr wohl angebracht. Aber hier muß die Erziehung den Sinn für das wirklich Schöne und Erhabene wecken. Mit der Fürsorge des polizeilichen Zensors werden wir nichts erreichen. Aus der Erfahrung wissen wir, daß eine Prüfung literarischer Erzeugnisse von einem politisch

reaktionären Standpunkt aus in prüder sittlicher Einstellung an Minderwertigem vorbeigeht und das Gute in den Staub zieht. Leider ist die Gefahr nicht gering, daß auch bei diesem Gesetz eine solche Ausführung erfolgt.

Weiter fand das Gesetz zum Schutz der Jugend bei Lustbarkeiten die Zustimmung der bürgerlichen Parteien. Die Verteidiger des Gesetzes führen eingebildete Gefahren infolge rückständiger Auffassungen, und Uebertreibungen einiger tatsächlicher Vorgänge zur Begründung an. (Zustimmung.)

Nun einige Worte über unsere Stellung zur Reichswehr. Man verlangt Ablehnung des Wehretats. Ich könnte demgegenüber darauf hinweisen, daß wir gegen den ganzen Etat gestimmt haben. Aber unsere prinzipielle Einstellung ist eine andere. Unter Verweisung auf das Heidelberger Programm und auf die frühere Stellung der Sozialdemokratie kommt es darauf an, das System zu ändern; es ist ein Verdienst der Sozialdemokratischen Partei, daß sie in den Untersuchungsausschüssen des Reichstags die Fememorde an die Oeffentlichkeit zog und ein System der Korruption bloßlegte, das ein höchst abstoßendes Bild zeigte. Wir haben die Einrichtung der Schwarzen Reichswehr, der Arbeitskommandos in ihrer ganzen Auswirkung der Oeffentlichkeit vorgeführt. Es handelte sich zum großen Teil um Ueberbleibsel der vagabondierenden Landsknechte, auch des ehemaligen Grenzschutzes; Verbände, die schließlich in der sittlichen Verwahrlosung der Leute bis zum Fememord gelangten. (Sehr wahr!) Ich darf annehmen, daß diese Dinge der Vergangenheit angehören. Wir haben uns mit aller Entschiedenheit gegen das System der Zeitfreiwilligen gewandt, das in enger Verbindung mit der Schwarzen Reichswehr steht. Immer wieder haben wir betont: wir wollen eine Reform, die die enge Beziehung der Republik zur Reichswehr zum Ausdruck bringt. Die Beteiligung der Reichswehr an monarchistischen Kundgebungen und ihre Beziehungen zu völkischen Organisationen war fortgesetzt Gegenstand der Kritik, die auch nicht ohne Erfolg geblieben ist. Sehr von Bedeutung wird es sein, ob es uns gelingt, in der Werbetätigkeit für die Reichswehr ein anderes System einzuführen. Trotz aller Erklärungen von autoritativer Stelle kann ich den Eindruck nicht los werden, daß eine sehr starke Verbindung mit Nationalisten und völkischen Kreisen vorhanden ist, um aus diesem Rekrutierungsgebiet die Reichswehr zu beschicken. Hier müssen wir ändernd eingreifen. Wir haben die Anregung unseres Freundes Löbe sehr begrüßt. Unsere Forderungen sind vorläufig abgewiesen worden, aber sie werden immer erneut erhoben werden, um die Reform durchzusetzen, die nach unserer Auffassung unbedingt erforderlich ist.

Wir haben sicherlich auch die Zustimmung unserer Parteifreunde gefunden, als wir auf die Waffen- und Munitionslieferungen aus Rußland hinwiesen. Erst haben die Kommunisten abgeleugnet; dann kam von unserer Seite die Beweisführung, daß die Lieferungen vor sich gegangen sind; daß in Rußland Unternehmungen subventioniert worden sind, um das deutsche Militär mit Waffen und Munition zu versehen. Es hat sich wieder einmal die Verlogenheit der Kommunisten klar gezeigt. In der Oeffentlichkeit bekunden sie eine starke Feindschaft zum heutigen Militär, und hintenherum wickeln sie mit diesem Militär geschäftliche Unternehmen ab. So haben wir die arbeiterfeindliche Tendenz der Kommunistischen Partei in ihrer ganzen Jämmerlichkeit bloßgelegt.

Kurz vor der Vertagung des Reichstags ist noch die Verlängerung des Republikschutzgesetzes erfolgt, das eine harte Prüfung für die Deutschnationalen bedeutete und ihre Unzuverlässigkeit dokumentierte. Die Deutschnationalen hielten unter Preisgabe ihrer monarchistischen Einstellung an ihren Regierungssitzen fest. Durch ihre widerspruchsvolle Haltung haben sie

gezeigt, daß ihnen die Regierungssitze lieber sind als ihre deutschnationale Phraseologie in der Opposition. Politisch kann uns dieser Vorgang nur angenehm sein; denn er gibt uns Gelegenheit, die Unehrlichkeit dieser Partei zu brandmarken. Der Stellungnahme der Deutschnationalen reiht sich würdig an die widerspruchsvolle Haltung, die diese Partei bei den Dawesgesetzen und in der Aufwertungsfrage eingenommen hat.

Ich darf den Bericht der Reichstagsfraktion mit der Versicherung abschließen, daß die Fraktion auch bei den kommenden Kämpfen gegen den Bürgerblock mit der gleichen Entschiedenheit wie bisher die Interessen der minderbemittelten Volksschichten wahrnehmen wird. Es wird unsere Aufgabe sein, jeden Versuch, an dem festen Gefüge der republikanischen Staatsform zu rütteln, mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen, auf wirtschaftlichem, sozialpolitischem und kulturellem Gebiet dem Fortschritt zu dienen und international in alter Treue unsere Kräfte der Sache des Friedens und der Versöhnung der Völker zu widmen. Wenn wir so einig und geschlossen den Kampf führen, dann können wir hoffnungsvoll in die Zukunft blicken. (Lebh. Beifall.)

In der Aussprache erhält zunächst das Wort

Heinrich **Schulz**, Berlin: Genossinnen und Genossen! Ich möchte im Auftrage des Parteivorstandes den Anträgen, die sich auf das Schulwesen beziehen, einige Worte der Begründung geben. Zunächst bitte ich Sie, in dem Antrag Nr. 190 zwei Druckfehler zu verbessern. Im vierten Absatz muß es statt „frei" heißen „ferner" und in der siebenten Zeile desselben Absatzes statt „gewissen Wahrung" „gewissenhaften Wahrung".

Die Entschließung Nr. 190 ist den Parteigenossen schon seit längerer Zeit bekannt. Sie ist das Ergebnis einer Beratung, die parteigenössische Sachverständige auf dem Gebiete des Schulwesens mit Vertretern des Parteivorstandes über die weltliche Schule gehabt haben. Diese Konferenz war notwendig, um eine Klärung über Zweck und Wesen der weltlichen Schule herbeizuführen, namentlich im Hinblick auf die bevorstehenden Kämpfe um das Reichsschulgesetz. Die Abwehr dieses Gesetzes, der Kampf, den die Partei dabei zu führen hat, erfordert die volle Bereitschaft der Partei. Es ist unmöglich, daß die Partei mit einer gebrochenen oder auch nur ungleichen Front in diesen schweren Kampf hineingeht. Die weltliche Schule ist zwar schon im Jahre 1919 durch die Reichsverfassung anerkannt worden; aber es fehlt ihr noch immer die in der Verfassung zugesagte gesetzliche Grundlage. Die anderen Schularten, vor allem die Bekenntnisschule, haben seit langer Zeit eine gesetzliche Grundlage, und werden deshalb durch das Ausbleiben des Reichsschulgesetzes nicht geschädigt. Es ist der Entschlußkraft unseres leider viel zu früh verstorbenen Freundes Conrad Haenisch zu danken, daß wir trotzdem weltliche Schulen bereits haben. Sie sind zwar eigentlich überhaupt nicht weltlich. Was wir weltliche Schulen nennen, sind, juristisch betrachtet, Bekenntnisschulen ohne Religionsunterricht, also ein Widerspruch in sich selbst. Trotz dieser Zwitterstellung und trotz der geringen Förderung der weltlichen Schule durch die Behörden und Schulverwaltungen — in vielen Gegenden ist sogar ein Widerstand zu verspüren —, trotz der Mißverständnisse über die weltliche Schule und trotz der Widerstände im eigenen Lager hat sich die weltliche Schule doch immer mehr durchgesetzt. Die Zahl der weltlichen Schulen ist sehr viel größer, als die Oeffentlichkeit, auch die Parteiöffentlichkeit, annimmt. Nach Mitteilungen von eingeweihter Stelle beträgt die Zahl der weltlichen Schulen in Preußen bereits mehr als fünf Prozent der Schulen, was angesichts der erwähnten Schwierigkeiten ein sehr gutes Verhältnis ist.

In Berlin allein gibt es über 50 weltliche Schulen, und zwar voll ausgebaute Schulsysteme. Diese Schulen werden von der preußischen Schulverwaltung durchweg als gute, leistungsfähige Schulen anerkannt. Dieser Umstand ist ein Beweis für die innere Lebenskraft der weltlichen Schulen, damit wohl auch für die taktische Richtigkeit der Weimarer Schulvereinbarung von 1919, durch die die weltliche Schule überhaupt erst ihre Anerkennung gefunden hat. Die weltlichen Schulen verkörpern gewiß noch nicht unser eigentliches Schulideal: die Weltlichkeit des gesamten Erziehungswesens. Aber auf dem Wege dahin bedeutet die weltliche Schule eine wichtige Etappe.

Der Widerspruch, den die weltliche Schule auch in den Reihen unserer eigenen Freunde, und zwar bei den Anhängern der Simultanschule findet, ist unberechtigt. Soweit die Simultanschule zu unterstützen ist, sagt die Resolution 190 alles notwendige. Wo sie sich bewährt hat, besonders in Baden und Hessen und in benachbarten preußischen Gebieten, wollen wir sie erhalten und unterstützen, ebenso dort, wo die weltliche Schule sich noch nicht durchsetzen kann. Wir können aber die Simultanschule nicht als die Schulform hinstellen, für die wir als Sozialdemokraten einzutreten hätten, als die Schulform, die angeblich allein geeignet sei, die Einheit des deutschen Schulwesens herbeizuführen. Die Simultanschule ist die Schule der vormals liberalen, jetzt demokratischen Weltanschauung. Die Bekenntnisschule ist die Schule des Zentrums und der rechtgläubigen protestantischen Kreise der Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei. Die weltliche Schule ist die Schule der Arbeiterschaft, des Sozialismus und entspricht in jeder Beziehung unsern Wünschen und Forderungen. Es muß alles, was nur möglich ist, für die weltlichen Schulen getan werden, sowohl von jedem Parteigenossen durch Einwirkung auf die Behörden und die Gesetzgebung, als auch von den sozialistischen Erziehungsberechtigten, die der Schule Kinder zuzuführen haben. Auf Genossen, die aus inneren Gründen, besonders aus religiösen Bedenken, noch kein Verhältnis zur weltlichen Schule gefunden haben, soll ein Zwang nicht ausgeübt werden. Als Zwang ist aber nicht anzusehen, wenn sie über das Wesen der weltlichen Schule, die nichts weniger als religionsfeindlich ist, aufgeklärt werden. Vor allem müssen wir in der nächsten Zeit mit Wärme für die weltliche Schule eintreten angesichts der bevorstehenden reaktionären Schulverschlechterungspläne.

Was bei dem Reichsschulgesetz der jetzigen Reichsregierung herauskommt, wissen wir noch nicht. Die Pläne der Reichsregierung werden bei der Schwierigkeit des Gegenstandes auch so bald nicht bekannt werden, Herr Mumm wird sich mit seinen brünstigen Wünschen nach einem reaktionären Reichsschulgesetz noch etwas gedulden müssen, selbst unter einem deutschnationalen Minister. Wir können aber mit ziemlicher Sicherheit sagen, daß das neue Gesetz kein Gesetz im Sinne der Weimarer Schulvereinbarung und der aus dieser Vereinbarung entsprungenen Verfassungsbestimmungen sein wird. Zu einer loyalen Durchführung der in Weimar beschlossenen Schulbestimmungen wird die Sozialdemokratie jederzeit bereit sein, aber jeder Verschlechterung wird sie mit größter Schärfe entgegentreten, und zwar nicht aus Lust am Kulturkampf, sondern weil wir umgekehrt glauben, daß nur durch unsere Haltung ein Kulturkampf vermieden werden kann. Die Sozialdemokratie und die Republik haben wichtigere politische und soziale Probleme zu lösen, als sich mit Kulturkämpfen aufzuhalten.

Es besteht auch die Gefahr, daß man versuchen wird, Schulfragen durch das Konkordat zu regeln. Jede solche Regelung lehnen wir ab. Im übrigen ist in unserer Resolution 198 das über die Konkordatsangelegenheit gesagt worden, was nach Auffassung des Parteivorstandes gesagt werden muß. Ich

bitte, daß Sie, wenn Sie die Resolution 198 mit ihren auf das Konkordat sich beziehenden Sätzen annehmen, damit gleichzeitig zum Ausdruck bringen, daß der letzte Absatz der Resolution 199 als erledigt betrachtet werden kann.

Wir wollen ein leistungsfähiges Schulwesen, das am besten bei voller Weltlichkeit zu erreichen wäre. Da dies aber bisher nicht möglich war, wollen wir durch Vermehrung und Ausbau der weltlichen Schulen die Leistungsfähigkeit des Schulwesens steigern. Darum nehmen Sie die beiden Anträge an als Protest gegen die reaktionären Schulverschlechterungspläne, als Stärkung und Hilfe für die weltliche Schule! (Lebhafter Beifall.)

Dr. **Rosenfeld,** Berlin (zur Begründung der Entschließung Rosenfeld-Eckstein): Das Wort:

„Es erben sich Gesetz und Rechte
Wie eine ewige Krankheit fort.
Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage"

gilt gewiß von dem Strafgesetzbuch, das seit 1871 in Deutschland Geltung hat. Solange es eine große Sozialdemokratische Partei gibt, solange fordert sie eine Reform des Strafgesetzes. Gerade das Strafrecht hat die Aufgabe, die bestehende Gesellschaftsordnung zu verteidigen und das Interesse der herrschenden Klasse zu schützen. Bismarck hat im Jahre 1875 gesagt: „Wenn die Sicherheit, der öffentliche Friede, die Ehre, der gute Ruf, die körperliche Gesundheit, das Leben des einzelnen so gut geschützt wären durch unser Strafgesetz wie unsere Geldinteressen, dann hätten wir keine Novelle nötig." Gerade das Strafrecht dient dazu, den Klassenkampf der Arbeiterschaft zu hindern. Es ist selbstverständlich, daß die Sozialdemokratische Partei versuchen muß, ein Gesetz umzugestalten, auf Grund dessen unsere Vorkämpfer wegen ihrer Tätigkeit im Befreiungskampfe für das Proletariat ins Gefängnis und auch ins Zuchthaus gehen mußten. Daher können wir es freudig begrüßen, daß nach langen Vorarbeiten endlich der Entwurf eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuchs an den Reichstag gelangt ist.

Die Partei hat die Bedeutung des Strafrechts nicht verkannt. Der Parteitag von Mannheim hat im Jahre 1906 ein ausgezeichnetes Referat unseres leider zu früh verstorbenen, uns unvergeßlichen Hugo Haase entgegengenommen. Der Parteitag hat damals Stellung zur Strafrechtsreform genommen, und jenes Referat und die vom Parteitag beschlossenen Thesen stellen noch heute die Quintessenz dessen dar, was die Sozialdemokratische Partei vom Strafrecht zu fordern hat. Die Partei muß sich in den nächsten Monaten eingehend mit dieser Frage beschäftigen, da der Entwurf bald im Reichstag zur Beratung kommt.

Das geltende Strafgesetzbuch geht davon aus, daß der Zweck der Strafe in erster Linie die gerechte Vergeltung ist. Aber dieser Gedanke hat schnell Schiffbruch erlitten. Die Kriminalstatistik lieferte alsbald den Beweis, daß die Zahl der straffälligen Jugendlichen und der Rückfallverbrecher gewaltig stieg. Es zeigte sich, daß man mit Gefängnis und Zuchthaus allein keinen Menschen bessern kann. Im Gegenteil, es erwies sich, daß die zum ersten Male mit der Strafanstalt in Berührung Kommenden oft nicht gebessert, sondern ungünstig beeinflußt wurden. So hat sich die Erkenntnis allmählich durchgesetzt, daß die Gründe der Verbrechen erforscht, den Ursachen zu Leibe gegangen und die Strafe so festgesetzt werden müsse, daß sie auf den Verurteilten günstig wirken könne. Der Gedanke der erzieherischen Einwirkung trat in den Vordergrund. Nicht Rache, sondern Erziehung, nicht Vergeltung, sondern Besserung und Sicherung, und als Hauptmittel zur Bekämpfung des Verbrechertums eine vernünftige Sozialpolitik! (Sehr richtig!) Die Strafrechtsreform

sollte die Erfüllung einer Forderung der modernen soziologischen Strafrechtsschule bringen. Den Täter, nicht die Tat zu bestrafen, sollte der Grundgedanke der Reform sein. Deshalb stehen wir der Reform freundlich gegenüber. Sollte sie doch eine Verwirklichung der Grundgedanken des großen Kriminalisten Franz von Liszt, die der sozialistischen Auffassung von Verbrechen und Strafen sehr nahe kommen, bringen.

Hand in Hand mit der Strafrechtsreform soll eine Reform des Strafvollzugs gehen.

Wir stehen diesen Reformen freundlich gegenüber, und deshalb begrüßen wir von vorne herein die Ankündigung eines Strafgesetzentwurfs. Ich verkenne auch nicht, daß der neue Entwurf sicher eine große Anzahl wichtiger Fortschritte enthält. Das Charakteristische dieses Entwurfs ist die ungeheure Erweiterung des freien richterlichen Ermessens. An sich stehen wir diesem Gedanken freundlich gegenüber. Es kann begrüßt werden, daß der Richter von den engen Fesseln befreit wird, die ihn oft hindern, den sozialen Untergrund der Straftaten hinreichend zu berücksichtigen. Kahl hat die Bestimmungen, die das freie richterliche Ermessen erweitern sollen, mit Recht den Nerv des ganzen Entwurfs bezeichnet. Das freie richterliche Ermessen soll maßgebend sein für die Entscheidung der Frage: was ist strafbar? und auch der Frage: wie soll bestraft werden? Dem Richter soll in vielen Fällen sogar überlassen bleiben, darüber zu entscheiden, ob überhaupt eine strafbare Handlung vorliegt. An Stelle fester, bestimmter Merkmale soll für die Frage, was strafbar ist, in hohem Maße entscheidend sein die persönliche Anschauung des Richters. Das scheint mir nicht vereinbar zu sein mit dem Satz von Liszt, daß das Strafgesetzbuch die magna charta darstellt. Wenn der Richter z. B. beim Mord in besonders leichten Fällen statt auf Todesstrafe auf 3 Mark Geldstrafe erkennen kann, läuft das schon auf eine Gefährdung der Rechtssicherheit hinaus, ebenso, wenn auf Sicherungsverwahrung erkannt, und sie immer verlängert werden kann, so daß sie gar lebenslänglich dauern kann, ferner, wenn das Gericht die Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter aussprechen kann, wenn auch nur wegen eines vorsätzlichen Vergehens auf Gefängnis von mindestens drei Monaten erkannt ist, und wenn sogar das Wahlrecht genommen werden kann, sofern die voraufgegangene Gefängnisstrafe ein Jahr beträgt.

Da entsteht die Frage: können wir den Richtern, wie sie heute sind, dieses freie Ermessen geben? Ich kann mir vorstellen, daß ein Volk eine Richterschaft hat, der es ein Gesetz in die Hand gibt, wonach die Richter bestrafen können, wann und wo sie es für richtig halten. Aber solche idealen Richter, denen wir so weitgehende Rechte geben könnten, haben wir in Deutschland nicht. Die Vertrauenskrise ist selbst von Ministern anerkannt worden. Das Vertrauen der Arbeiterschaft zum Richter ist schwer erschüttert. Es bedarf vor einem Sozialdemokratischen Parteitag keines Beweises dafür, daß in Deutschland eine große Anzahl Erscheinungen festgestellt worden sind, aus denen sich ergibt, daß Klassen- und Parteijustiz in Deutschland herrscht. Die Frage des freien richterlichen Ermessens könnte nur insoweit freundlicher behandelt werden, als die Möglichkeit einer größeren Milde oder sogar die Möglichkeit der Straffreiheit geschaffen sein soll. Aber auch da besteht die Gefahr ungleicher Behandlung. Wir können nicht die Hand dazu bieten, daß das zweierlei Recht, welches jetzt schon gilt, nun auch noch im Gesetz festgelegt wird.

Die Frage des freien richterlichen Ermessens hängt aber auch ab von den Vorschriften über das Verfahren und über die Gerichtsverfassung. Die Gefahr eines Mißbrauchs des freien richterlichen Ermessens ist um so ge-

ringer, je größer die Rechtsgarantien im Prozeß sind: durch die Gestaltung der Voruntersuchung, durch die Zulassung der Verteidigung und Ausgestaltung ihrer Rechte, durch Rechtsmittel, durch Wiederaufnahmeverfahren, durch Schwurgerichte. Die Genossen aus Oesterreich, die bei der Beratung des Strafgesetzentwurfs auf der sozialdemokratischen Juristenkonferenz mit uns zusammengewirkt haben, haben uns gesagt, daß es in Oesterreich keine politischen Prozesse gibt, weil man dort wirkliche Schwurgerichte habe. Darum stellen wir in den Vordergrund die Frage der Einführung von wirklichen Schwurgerichten, d. h. von Gerichten, in denen Laien und Richter getrennt voneinander beraten und die Laien nicht einer Beeinflussung durch die Richter ausgesetzt sind, wie sie z. B. gerade im Marschner-Prozeß festgestellt worden ist.

Im übrigen muß ich leider feststellen, daß der jetzige Gesetzentwurf noch schlechter geworden ist als der frühere Entwurf, der wieder schlechter war als der erste Entwurf, an dessen Antlitz wir die Spuren der Tätigkeit des Genossen Radbruch mit Freude feststellen konnten. Radbruch, der gewiß jede Strafrechtsreform fördert, hat jetzt mit vollem Recht geschrieben: das Zerstörungswerk hat seinen Fortgang genommen, es betrifft schon nicht mehr Einzelheiten, sondern den Geist des Entwurfs.

Auf Einzelheiten des Entwurfs kann ich leider nicht ausführlich eingehen. Ueber die Todesstrafe will ich nur sagen, daß ich das Verlangen nach ihrer Abschaffung hier nicht begründen werde. Ich würde Sie damit nur beleidigen. Die Todesstrafe ist im neuen Entwurf wieder vorgesehen. In der Begründung wird charakteristischerweise auch die Auffassung derer als erwähnenswert angesehen, die meinen, daß die Todesstrafe für besonders unruhige Zeiten beibehalten werden müsse.

Die Zuchthausstrafe war 1922 schon beseitigt und durch erschwerte Gefängnisstrafe ersetzt. Im neuesten Entwurf ist sie wieder eingeführt worden. Wie antisozial der Reichsgesetzentwurf ist, sehen Sie daraus, daß eine Geldstrafe, die jemand aus wirtschaftlichen Gründen nicht bezahlen kann, nicht ohne weiteres fortfallen soll. Wir verlangen unbedingten Fortfall jeder Umwandlung einer Geldstrafe in Freiheitsstrafe, wenn der Verurteilte wirtschaftlich zur Zahlung nicht in der Lage ist. Die Möglichkeit einer Milderung der Strafe bei besonders leichten Fällen bis zur geringsten zulässigen Strafe ist jetzt wieder gestrichen und das freie richterliche Ermessen eingeschränkt, um eine zu große Milde der Richter zu verhindern. Der bedingte Straferlaß sollte zulässig sein nach dem ursprünglichen Entwurf bei allen Gefängnisstrafen, jetzt nur noch bei Strafen bis zu 6 Monaten. Ehrenstrafen sollen in Frage kommen, wenn der Straffällige gewisser Rechte „nicht würdig" ist. Welche Auslegungsmöglichkeit! Was die Ueberzeugungsverbrechen betrifft, so will ich nur darauf hinweisen, daß die Einschließung, die von Radbruch für politische und andere Ueberzeugungsverbrecher gedacht war, jetzt nur für diejenigen in Frage kommen soll, die aus achtungswerten Motiven gehandelt haben. Was werden unsere Richter, besonders in politischen Prozessen, als achtungswerte Motive anerkennen? Radbruch hat recht, wenn er sagt: aus dem allgemeinen Teil ist beinahe alles verschwunden, was uns den Entwurf bisher begehrenswert erscheinen ließ und uns seine unleugbaren Gefahren hätte in den Kauf nehmen lassen.

Im besonderen Teil interessieren uns vor allen Dingen die politischen Delikte, Hochverrat, Landesverrat; Bestimmungen gegen die Arbeiterbewegung.

Beim Hochverrat war im Regierungsentwurf eine erfreuliche Bestimmung getroffen, die dem jetzigen Mißbrauch des Hochverratsparagraphen in den

Kommunistenprozessen ein Ende machen sollte. Es ist interessant, daß der Reichsratsentwurf trotz dieses allgemein verurteilten Mißbrauchs zu dem Entwurf von 1871 zurückkehrt. Auch beim Landesverrat sehen wir keine Einwirkung der allgemeinen Kritik. Wir hatten zu diesen Paragraphen Abänderungsanträge gestellt. Nicht einmal der selbstverständliche Gedanke ist angenommen, daß wegen Landesverrats niemand bestraft werden kann, der die Wahrheit sagt. Wir fordern weiter Beseitigung aller Bestimmungen, die besonders gegen die im politischen oder gewerkschaftlichen Kampfe Stehenden angewendet werden könnten. Es ist interessant, wie wenig Verständnis für die Kämpfe der Arbeiter und wie viel Verständnis für den Zweikampf, der von gewissen Schichten noch immer geübt wird, aufgebracht wird. Der Entwurf von 1922 hatte die privilegierenden Bestimmungen beseitigt, jetzt sind sie wieder hergestellt.

Rückständig ist das Sexualstrafrecht. Die krankhaften Geschlechtsbeziehungen sollten endlich der geradezu mittelalterlich anmutenden Behandlung durch das Strafgesetz entzogen werden. Selbstverständlich Schutz der Jugend, Schutz vor Mißbrauch in sozialen Abhängigkeitsverhältnissen! Aber die Homosexualität kann durch Strafgesetze nicht ausgerottet werden. Sie hat zu allen Zeiten bestanden, auch trotz § 175, und sie wird trotz aller Strafe weiter bestehen. Wir halten es nicht für richtig, Krankheiten mit dem Strafgesetz zu bekämpfen.

Der Abtreibungsparagraph bedarf weiterer Milderung. Die Bestrafung des Ehebruchs muß endlich verschwinden. Betteln und Landstreichen muß anders behandelt werden als im geltenden Strafgesetz. Hier sind soziale Maßnahmen notwendig.

Die Reichstagsfraktion wird gewiß alles tun, um für die Durchsetzung der in unserem Antrage aufgestellten sozialdemokratischen Forderungen einzutreten. Wir werden ernstlich zu prüfen haben, ob unsere Zeit zur Strafrechtsreform berufen ist. Sorgfältig werden Fort- und Rückschritte abzuwägen sein, aber auch, ob nicht mit einer halben Reform der Weg zu einer ganzen Reform auf lange Zeit verbaut wird. Wir werden aber nicht dulden dürfen, daß die Fortschritte, die der Entwurf bringen soll, wieder verloren gehen.

Die Strafrechtsprobleme sind in erster Reihe politischer Art. Der Kampf um ein soziales Strafrecht ist zugleich ein Kampf um ein Stück politischer Macht. Wir werden ihn mit aller Energie führen müssen.

Gestern ist auf die sprichwörtliche Unmöglichkeit hingewiesen worden, zwei Juristen unter einen Hut zu bringen. Die parteigenössischen Juristen bilden eine erfreuliche Ausnahme. (Heiterkeit.) Sie haben einstimmig diese Resolution angenommen. Ich bitte Sie, auch Ihrerseits den schweren Kampf um ein modernes soziales Strafrecht durch einstimmige Annahme unserer Resolution zu unterstützen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Wimmer, München: In Deutschland steht seit Ende des Krieges in vorderster Linie die Frage der Bekämpfung der Wohnungsnot. Nach fast zehnjährigem Kampf sind wir sowohl in den Großstädten, Industriezentren als auch auf dem flachen Lande in der Erledigung dieser Frage nicht zu einer sehr befriedigenden Lösung gekommen. Ich beschränke mich auf die Wiedergabe der Hauptgründe, warum dies in der Nachinflationszeit nicht möglich war. Reich und Länder haben schwere Steuern für das Volk eingeführt. Hieraus sollten Mittel zur Behebung der Wohnungsnot in ausgedehntem Maße zur Verfügung stehen. Leider sind die Versprechungen auch nicht entfernt erfüllt worden. Daher ist in fast allen Landesteilen des Reiches diese sozialste Frage der Gegenwart ungelöst geblieben. Auf die

Kulturschäden dieses Zustandes will ich nicht näher eingehen. Ich habe hierfür nur die Erklärung, daß wir, solange nicht durch ein Reichsgesetz Länder und Gemeinden gezwungen werden, für diese bedeutsame Frage mehr Mittel aus den Eingängen der betreffenden Steuern zu verwenden, aus dem Wohnungselend praktisch nicht herauskommen werden. In einigen Städten können wir nicht mehr so sehr von Wohnungsnot, als vielmehr von Wohnungselend reden. Durch die Lockerung der Zwangswirtschaft und Erhöhung der Mietpreise bildet sich der Zustand heraus, daß eine große Zahl von proletarischen Familien die Miete nicht zahlen können, nicht aus bösem Willen, sondern infolge der schlechten Wirtschaftslage.

In München werden von 50 Millionen Mark Mietzinssteuer und Wohnungsabgabe nur 5 bis 6 Millionen dem Wohnungsbau nach den Gesetzen zur Verfügung gestellt. Es wird uns ständig vom Finanzminister versichert, daß diese Regelung nach dem Reichsgesetz so vorgeschrieben ist. (Widerspruch.) Die Fraktion muß also weiter bestrebt sein, durch Reichsgesetz festzulegen, daß von den Erträgnissen der Mietzinssteuer viel mehr für die Förderung des Wohnungsbaues und damit für die Behebung der Wohnungsnot zur Verfügung gestellt wird. (Sehr richtig!) Die Reichswohnungszählung in Verbindung mit der Zahl aller Wohnungsuchenden wird für eine gesteigerte Arbeit der Fraktion in dieser Frage in allernächster Zeit eine geeignete Unterlage bilden.

Wir begrüßen die Ausführungen des Referenten darüber, daß die Reichstagsfraktion alles daransetzen wird, daß anläßlich des Ablaufs des Mieterschutzgesetzes am 1. Juli 1927 nicht weitere Verschlechterungen Platz greifen. Ich spreche aber heute schon den dringenden Wunsch aus, daß, wenn Gefahr in Verzug ist, rechtzeitig und einheitlich für das ganze Land Parteivorstand und Reichstagsfraktion Direktiven herausgeben, damit wir durch gemeinsamen Plan diesen volksschädlichen Bestrebungen mit Erfolg entgegentreten können.

Ein kurzes Wort zu einem Vorgang im Reichstag! Ich muß dabei leider auf den hochgeschätzten Reichstagspräsidenten, Genossen Löbe, zu sprechen kommen. Wir waren in München sehr bedrückt und enttäuscht, als Löbe vor einigen Monaten im Reichstag für einen Menschen eingetreten ist, der nicht als ein aufrichtiger politischer Gegner gewertet zu werden verdient. Wir haben der Tätigkeit dieses Menschen eine Zeitentwicklung zu verdanken, die die Münchener Partei, Südbayern und die Organisation darüber hinaus vor die allerschwersten Kämpfe gestellt hat. Wir mußten gegenüber dem terroristischen Treiben der Banden dieses Führers Abwehrmaßnahmen ergreifen. Dutzende von Parteigenossen wurden vor die bayrischen Gerichte geschleppt und sind bei der Einstellung der bayrischen Gerichte hierbei zu Schaden gekommen. Für solche Menschen, die durch ihre Verhetzung solche Verbrechen propagieren, ist es nicht wert, einen Ton zu sprechen. (Sehr richtig! und Händeklatschen.) Wir sind Gegner eines jeden politischen Ausnahmegesetzes. Wenn aber der Gegner vom politischen Tageskampf zu dem persönlichen brutalen Kampf übergeht, brauchen wir für ihn keinen Finger mehr zu rühren. (Sehr richtig!) Das Verhalten des Genossen Löbe hat bei uns in München eine große Enttäuschung hervorgerufen. Wir sind keine Freunde von Mißtrauensanträgen. Wenn einmal ein Genosse einen Fehltritt gemacht hat, mag es ihm verziehen sein. Aber wir erwarten, daß in Zukunft derartigen Menschen und Bewegungen gegenüber mehr Mannhaftigkeit in den Vordergrund gestellt wird. (Bravo! und Händeklatschen.)

Karmann, München: Mehr als 20 Jahre sind verflossen, daß die Verhältnisse der im Gesundheitswesen beschäftigten Beamten

und Angestellten eine ausführliche Würdigung im Reichstag gefunden haben. Die Verhältnisse sind nicht mehr so grau wie damals, aber ich bemerke, daß in unserem Beruf das Höchstdienstalter von 40 Jahren nicht erreicht wird, sondern die Angestellten früher zusammenbrechen. Die Verordnungen des Reiches werden von den Ländern, Kreisen und Kommunen je nach der sozialen Einstellung anders ausgeführt, so daß man in den gleichen öffentlichen Betrieben in einem Staat verschiedene Verhältnisse findet, im Gegensatz zu den Privatbetrieben. Sie sagen dagegen, das ist Sache der Organisation. Das ist richtig, aber Sie dürfen nicht vergessen, daß diesen öffentlichen Betrieben der Charitascharakter noch anhängt, und es schwer ist, die Kollegen organisatorisch so zu erfassen, wie das zweckmäßig wäre. Ich bitte deshalb die Reichstagsfraktion, im nächsten Jahre beim Gesundheitswesen die Angelegenheit gründlicher als bisher zu behandeln. (Frau Pfülf: Ist geschehen!) — Aber sehr schwach. Aus den Berichten von 1901 können Sie sehen, wie damals die Sache behandelt wurde.

In der Presse haben wir gelesen, daß der Reichsrat zur Regelung der Besoldungsordnung zusammentritt. Die unteren Beamten und Angestellten haben zu der heutigen Reichsregierung ein gewisses Mißtrauen. Wenn man an die Regelung der Besoldungsordnung denkt, dann kommt es einem vor, als ob oben mit dem Scheffel gegeben sei und unten mit dem Löffel. Ich bitte die Reichstagsfraktion, darauf zu achten, daß wenigstens das Existenzminimum für die unteren Gruppen gewährt wird. (Sehr richtig!)

Dr. **Löwenstein**, Berlin: Ich bitte, im letzten Absatz des Antrags 199 folgende Aenderung vorzunehmen: Es ist an Stelle von: „Der Parteitag lehnt jedoch jede vertragliche Regelung (Konkordat)“ zu setzen: „Jede vertragliche Regelung in Form von Konkordaten“.

Ich bin mit dem Parteivorstand und dem Genossen Heinrich Schulz in der strikten Ablehnung von Schulkonkordaten durchaus einig. Die Ablehnung muß aber auf alle Konkordate ausgedehnt werden. Der Parteivorstand wird infolge seiner starken Inanspruchnahme die Verhandlungen des Zentrums-Preußenparteitags am letzten Sonnabend nicht genügend haben verfolgen können, sonst hätte er hieraus die Notwendigkeit der Erweiterung der Ablehnung der Konkordate auch auf andere materielle Angelegenheiten eingesehen. Der offizielle Referent auf dem Zentrumsparteitag, Dr. Linneborn, hat darauf hingewiesen, daß durch das Konkordat die Regelung auch der materiellen Angelegenheiten der Kirche erreicht werden soll, und er sagt ferner nach dem Bericht der „Germania“: die materiellen Verpflichtungen des preußischen Staats gegenüber der katholischen Kirche seien weder verjährt, noch habe die Kirche darauf je Verzicht geleistet. Der Referent erhebt einen rechtlichen Anspruch auf das Kirchengut und begründet ihn mit dem Reichsdeputationshauptbeschluß von 1803 und die in diesem Vertrag enthaltenen Säkularisationsverpflichtungen in Ergänzung mit einer Circumscriptionsbulle aus dem Jahre 1821. Die Kirche will also bei der materiellen Abfindung nicht weniger als 1 Milliarde Mark zur Grundlage ihrer Forderungen gegenüber dem Staat machen. (Hört, hört!) Nach diesen Verhandlungen kann der Parteitag unmöglich an einer Regelung der Frage durch ein Konkordat vorübergehen. (Sehr richtig!) Die Frage ist nicht nur eine kulturpolitische, sondern eine außerordentlich wirtschaftliche Frage. Wir möchten nicht mit einer „Hohenzollern-Abfindung“ überrascht werden, sondern die Partei soll vorher zu dieser Frage klipp und klar Stellung nehmen. Bei der Fürstenabfindung handelte es sich um eine Masse, die momentan entrüstet war. Beim Konkordat handelt es sich um 1 Million organisierte Menschen. Jene momentane Entrüstung kann man vielleicht politisch überwinden, einen

organisierten Kampf von Millionen, die zum großen Teil unsere aktiven Parteigenossen sind, werden wir politisch nicht so leicht überwinden. Darum bitten wir, den Abschluß eines wirtschaftlichen Konkordats mit der Kurie nicht leicht zu nehmen. (Sehr richtig!)

Es handelt sich hier nicht um Kulturpaukerei. Die Sozialdemokratie hat immer gewußt, daß sie kulturpolitische Fragen zu vertreten hat, aber nicht in der Form von Kulturpaukerei. (Sehr richtig!) Die Weimarer Verfassung hat den Religionsgesellschaften die Freiheit der Vereinigung und der Selbstverwaltung in einem Maße gegeben, wie sonst kein Staat. Wir haben diese Freiheit nicht auf dem Wege des Kompromisses, sondern aus unserer Ueberzeugung heraus gewährt. Die Reichsverfassung gibt den Religionsgesellschaften in Form der Anerkennung als Körperschaften öffentlichen Rechts noch Sonderrechte, die wir von unserer Ueberzeugung aus nicht gewährt hätten, die wir aber, da sie in der Verfassung stehen, loyal anerkennen.

Man darf aber nicht einerseits die Freiheit des Artikels 137 in Anspruch nehmen und andererseits die Verpflichtung des Artikels 138 nicht anerkennen. Wenn die Religionsgesellschaften heute ihre volle Freiheit haben, können sie nicht auf Grund von angeblichen Verträgen, Gesetzen oder Rechtstiteln die Zahlung ihrer Bedürfnisse vom Staat verlangen. Das können wir nicht mitmachen. (Sehr richtig!) Wir können uns dabei auf die Verfassung stützen. Sie verlangt ein Reichsgesetz zur Ablösung all der auf Gesetz, Vertrag oder sonstigen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen. Uns scheint, daß die zunehmende Unterstützung der Länder und des Reichs an die Religionsgesellschaften eine reichs- wie länderrechtliche Regelung unbedingt erforderlich machen. Wir müssen eine solche Regelung fordern und sie durchzusetzen versuchen. Aber eine gesetzliche Regelung ist etwas ganz anderes wie eine vertragliche Regelung in Form der Konkordate; Konkordate sind nicht ganz einfache vertragliche Regelungen zwischen zwei gleichberechtigten Kontrahenten. Wer das glaubt, gibt sich einer Täuschung hin. Konkordate sind immer unbefristet und dauernde Abmachungen. Der andere Kontrahent, die Kurie, stellt als Bedingung für den Abschluß von Konkordaten, daß sie ohne ihren Willen nicht geändert werden können. (Sehr wahr!) Ein Konkordat bildet also die Preisgabe eines guten Rechts des Staats. So sehr man vielleicht aus politischen Gründen Verständnis dafür haben kann, daß eine anders, als wir wünschen, geartete Mehrheit den Religionsgesellschaften Vermögenswerte der Allgemeinheit überantwortet, so können wir keine Abmachung mitmachen, die uns über die Zeit hinaus bindet, wo wir nicht mehr unter den heutigen politischen Machtverhältnissen stehen. (Sehr richtig!)

Ueber die Schwierigkeiten eines Konkordats inbezug auf die Schulfragen brauche ich nicht zu reden, weil wir mit der großen Mehrheit des deutschen Volkes der Meinung sind, daß Schulfragen reichsgesetzlich geregelt werden müssen.

Es handelt sich in diesem Augenblick noch nicht um das aktuelle Problem eines Reichskonkordats, sondern um das viel aktuellere Problem eines Preußenkonkordats. (Zustimmung.) Ein solches Preußenkonkordat bringt uns auf weite Sicht in die größten Schwierigkeiten. Denken Sie einmal: ein solches Preußenkonkordat ist abgeschlossen, und wir bekommen in einigen Jahren im Reich eine Macht, die uns erlaubt, die Verhältnisse so zu regeln, wie wir wollen! Wir haben dann keine Möglichkeit mehr, selbst nicht nach dem Grundsatz: Reichsgesetz bricht Landesgesetz, das Konkordat abzuändern, weil es sich um eine Verpflichtung handelt, die über das Reichsgesetz hinausgeht. Darum sage ich: Regelt die Verhältnisse der Religionsgesellschaften auf reichsgesetzlichem Wege nach Billigkeit und Recht, aber Hände weg vom Konkordat! (Beifall.)

Louise **Schroeder:** Zunächst möchte ich dem Genossen Karmann zugeben, daß die soziale und gesundheitliche Lage des Krankenpflegepersonals unserer allergrößten Aufmerksamkeit bedarf. Aber wenn Genosse Karmann gemeint hat, daß im Reichstag das von uns nicht geschehen sei, so hat er vielleicht bei der jetzt teilweise recht mangelhaften Berichterstattung über die Reichstagsverhandlungen doch übersehen, daß wir uns in den letzten Jahren, namentlich infolge der Initiative der sozialdemokratischen Fraktion, verschiedentlich mit dem Krankenpflegepersonal beschäftigt haben, sowohl im Haushaltungsausschuß bei der Frage der Besoldung als auch namentlich im sozialpolitischen Ausschuß. Ich persönlich habe mehr als einmal Gelegenheit gehabt, im Plenum des Reichstags über die Lage des Krankenpflegepersonals zu sprechen. Wir haben die Einbeziehung des Krankenpflegepersonals in die Unfallversicherung verschiedentlich gefordert und noch vor wenigen Wochen bei der Beratung des Arbeitszeitsgesetzes unser Verlangen begründet, das Krankenpflegepersonal in die allgemeine Arbeitszeitregelung einzuschließen und die Sonderverordnung vom Februar 1924, die für das Krankenpflegepersonal ausnahmerechtliche Bestimmungen enthält, aufzuheben.

Ich habe mich zum Worte gemeldet, um zu dem Referat des Genossen Schmidt eine Spezialfrage zu behandeln, die mit dem Agrarprogramm in Verbindung steht und die bisher noch nicht in der notwendigen Weise gewürdigt und agitatorisch ausgewertet wird. Das ist die soziale Lage der Landarbeiterschaft — man kann die Landarbeiter ja gewissermaßen als die Parias in der Sozialpolitik bezeichnen —, und namentlich die Ausbeutung der Frauen und Kinder auf dem Lande. Ganz besonders auf Grund des vorzüglichen Materials, das uns die Genossin Dr. Helene Simon in ihrem Buch gegeben hat, stehen wir im Reichstag seit einigen Jahren im Kampf um den Schutz der Kinder auf dem Lande gegen die Ausbeutung. Aber in keiner Frage sind wir einer solchen Verständnislosigkeit begegnet, wie in dieser, sowohl in den Beratungen des Reichstags als auch in den Kommissionen, die von dem Sozialreformer Prof. Heyde zusammenberufen wurden und in denen die verschiedensten Kreise der ländlichen Wohlfahrtspflege, der ländlichen Lehrer und Hausfrauen mit Vertretern des Reichstags und der Landarbeiterorganisation zusammengebracht wurden. Es ist geradezu tragisch, wenn das Reichsinnenministerium in seiner letzten Denkschrift über die gesundheitlichen Verhältnisse auf dem Lande ausgesprochen hat, daß die Tuberkulose, die Rachitis auf dem Lande eine fast ebenso große Rolle spielen wie in der Stadt. Das ist eine Folge ganz besonders der Ausbeutung der Frauen und Kinder. Wir haben mit vieler Mühe für die schwangeren Frauen und jungen Mütter auf dem Lande die gleiche Wochenhilfsgesetzgebung durchgesetzt wie in der Stadt. In dem Gesetzentwurf aber, der den Schutz der Schwangeren auf Grund einer infolge unserer Initiative im Reichstag angenommenen Entschließung erweitern will, sind die Landarbeiterinnen genau so wie die Hausangestellten wieder ausgeschlossen. Noch tragischer ist es, daß unsere Landarbeiterkinder früh um 4 Uhr aufs Feld hinaus müssen, Kühe melken, Landarbeit verrichten müssen und dann nachher in der Schule so müde sind, daß der Lehrer sich oft scheut, ein Kind zu wecken, wenn es einschläft, weil er ihre Arbeitslast kennt.

Wenn wir die Landarbeiterschaft in den Kampf um die Gestaltung unserer innerstaatlichen Verhältnisse, in den Kampf für den Sozialismus mit einstellen wollen, dann muß das Landkind auch die Möglichkeit der Schulbildung und der Fortbildungsschulung, genau wie das städtische Kind, haben.

Was wir jetzt sehen, ist die Landflucht derjenigen, die als Kinder ausgebeutet worden sind und die sich aus den ländlichen Verhältnissen heraussehnen, die glauben, in der Stadt bessere soziale Verhältnisse zu finden. Es liegt auch nicht in unserem Interesse, daß die Besten versuchen, vom Lande fortzukommen, um wenigstens ihren Kindern ihr eigenes tragisches Los zu ersparen. In unserem Interesse liegt es vielmehr, daß die Landarbeiterbevölkerung dieselben Bildungsmöglichkeiten hat wie die städtische Bevölkerung. Erste Voraussetzung dafür ist, daß die Kinder nicht bis zuletzt ausgebeutet werden, daß ihnen eine ausreichende Schulbildung und Fortbildung ermöglicht wird. In dem neuen Arbeitsschutzgesetz ist das ländliche Kind wieder nicht berücksichtigt worden. Nach den Erfahrungen, die wir im Reichstag und in anderen Besprechungen über diese Frage gemacht haben, muß ich erklären, daß wir nur etwas erreichen können, wenn es uns gelingt, die Landarbeiterschaft selbst dazu zu bringen, daß sie ihre Kinder schützt und uns im Kampfe unterstützt. Ich bitte Sie daher, der Frage des Kinder- und Frauenschutzes auf dem Lande noch mehr Aufmerksamkeit als bisher in Ihrer agitatorischen Tätigkeit zu schenken, und sie bei der Besprechung des Agrarprogramms mit auszuwerten. (Beifall.)

Dr. **Adams,** Hamburg: Schon der Heidelberger Parteitag hat sich sehr lebhaft mit der Frage des Kampfes gegen die kommende Schulreaktion beschäftigt. Ich begrüße es außerordentlich, daß auch in der jetzigen Debatte die Frage der kommenden Schulreaktion eine große Rolle spielt. Denn das Zentrum hat den Pakt mit den Deutschnationalen nur wegen der Schul- und der Konkordatsfrage geschlossen. Genosse Heinrich Schulz hat schon mit Recht ausgeführt, daß für den kommenden Kampf gegen ein reaktionäres Schulgesetz innerhalb der Parteigenossenschaft eine einheitliche Front vorhanden sein muß. Ich muß es darum zunächst ablehnen, daß bestimmte Spezialwünsche und Spezialmeinungen über die Simultanschule, die im Süden Deutschlands, wo eine konfessionell gemischte Bevölkerung vorhanden ist, rege geworden sind, als Richtschnur für unseren Kampf gegen das kommende Schulgesetz gelten sollen. In diesem Kampf kann uns allein die möglichst scharfe Herausarbeitung des Gedankens der weltlichen Schule nützen. (Sehr richtig!) Ich teile deshalb die Auffassung, die im Antrag des Parteivorstandes Nr. 198 niedergelegt ist.

Nun liegt es uns natürlich völlig fern, einen neuen Kulturkampf heraufzubeschwören. Aber ich vermag die Auffassung des Genossen Schulz nicht zu teilen, wenn er die Ablehnung des letzten Teiles des Antrages Nr. 199 empfiehlt. Es handelt sich dabei darum, daß der Parteitag jede vertragliche Regelung in Form eines Konkordats ablehnen soll. Die Gefahr des Konkordats ist so groß, daß der Parteitag eine klare Stellung einnehmen muß.

In der Debatte ist schon gesagt worden, daß in der Frage der Fürstenabfindung die Reichstagsfraktion hätte Stellung nehmen müssen, ehe die preußische Landtagsfraktion zu einer Entscheidung kam. Ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß in Preußen keine Regelung mit der Kirche getroffen wird, ehe nicht auch die Reichsinstanzen, insbesondere die Reichstagsfraktion, gehört worden sind.

Wir wollen keinen Kulturkampf heraufbeschwören. Ich glaube aber, daß dieser Kulturkampf bei dem kommenden Reichsschulgesetz, evtl. auch bei dem kommenden Konkordat, uns von unseren Gegnern aufgezwungen wird, und dann können wir nicht Gewehr bei Fuß bleiben; denn jede Konkordatsregelung greift in eine ganz andere Sphäre völkerrechtlicher Auseinandersetzungen mit der Kurie ein, während wir durchaus die Möglichkeit haben, innerhalb unserer Gesetzgebung die Dinge zu regeln, die in Art. 137

der Reichsverfassung vorgesehen sind. Schließlich darf man nicht vergessen, daß das bayerische Konkordat dem bayerischen Staatswesen und Volk eine starke Fessel angelegt hat. (Sehr wahr!) Es handelt sich nicht nur darum, daß wir gegen jedes Konkordat, das auf die Schule übergreift, Stellung nehmen müssen; sondern auch alle anderen Bindungen sind ebenso gefährlich. Auf Grund der Verfassung haben wir grundsätzlich eine Trennung von Staat und Kirche, wenn sie auch noch auf dem Papier steht. Richtig ist, daß die Leistungen an die Kirche in den einzelnen Staaten fortgesetzt gestiegen sind. Es ist in Anbetracht der Finanzlage des Reiches und der Länder eine Ungeheuerlichkeit, eine private Organisation mit Staatsmitteln zu unterstützen.

Ich möchte noch auf ein anderes Gesetz hinweisen, das auch sehr gefährlich ist, auf das Berufsausbildungsgesetz für die Jugendlichen, das jetzt bereits in einem vierten Entwurf vorliegt. Es war bedauerlich, daß seinerzeit der „Vorwärts" dieses Gesetz begrüßt hat. Die gefährliche Tendenz des Gesetzes scheint der Verfasser des betr. Artikels nicht durchschaut zu haben; denn in diesem Berufsausbildungsgesetz fehlt alles, was wir von einer vernünftigen Berufsausbildung verlangen müssen. Es ist interessant, daß die reaktionäre Regierung die Regelung der landwirtschaftlichen Schulverhältnisse für die Jugendlichen aus dem Gesetz herausgelassen hat. Hier müßte zunächst der Hebel angesetzt werden. In dem Gesetz fehlt ferner völlig das, was wir Jahrzehntelang gefordert haben, der obligatorische Fortbildungsschulunterricht und insbesondere das Verbot des Lohnabzuges beim Fortbildungsschulbesuch. Das ganze Berufsschulwesen bleibt ungeregelt. Ebenso bedenklich muß es stimmen, daß die Durchführung des Berufsausbildungsgesetzes im wesentlichen den bestehenden Kammern übertragen ist, während wir heute eine ganze Reihe von staatlichen Institutionen haben, die in der Lage und berechtigt wären, die Träger dieses Berufsausbildungsgesetzes zu sein.

Darum erfordert dieses Gesetz ernsteste Prüfung. Die entscheidende Frage wird auch hier sein, wie die Massen für den Kampf um die Freiheit der Schule, gegen die Uebergriffe der Kirche auf staatliche Einrichtungen und gegen alle Reaktion auf dem Gebiete des Kulturwesens mobilisiert werden können. Es ist tief zu beklagen, daß gerade in Kulturfragen nicht die einheitliche Front innerhalb unserer Partei vorhanden ist, wie sie auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Sozialpolitik besteht. Wir werden den großen entscheidenden Kampf für die Freiheit der Bildung und der Schule nur führen können, wenn Reichstagsfraktion und Parteivorstand zu denselben Mitteln greifen, auch zu außerparlamentarischen, wie es bei der Zollschutzgesetzgebung geschehen ist. Die Aufrüttelung der Massen jetzt schon vorzunehmen, ist ein dringendes Gebot der Stunde. Den Kampf zu mobilisieren, scheint mir eine wesentliche Aufgabe des Parteitages zu sein. Ohne daß wir irgendwelche Feindschaft gegen die Religion bekunden, muß der Kampf doch so energisch geführt werden, daß der Bürgerblock sieht: die Arbeiterschaft läßt sich die Kulturreaktion im Reich nicht mehr gefallen. (Lebhafter Beifall.)

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Wels tritt darauf Vertagung ein.

(Schluß der Sitzung: 12 Uhr 5 Minuten.)

Vierter Verhandlungstag

Donnerstag, den 26. Mai 1927, vormittags 8½ Uhr

Vors. **Eggerstedt:** Die Sitzung ist eröffnet. Wir fahren in der Aussprache fort.

Moltmann, Schwerin: Der Antrag, der Reichstagsfraktion das Vertrauen auszusprechen wegen ihrer Stellung zu § 35 des Finanzausgleichsgesetzes, veranlaßt mich, das Wort zu nehmen. Die Erörterung dieser Angelegenheit im Reichstag hat uns beim Wahlkampf große Schwierigkeiten gemacht. Selbst Parteigenossen im Reichstage haben gegen die Bundesstaaten Stellung genommen, und die Rechtsparteien konnten das gegen uns im Wahlkampf ausnutzen. Wie ist es mit § 35? Zunächst ist festzustellen, daß der Standpunkt berechtigt ist, daß die Starken für die Schwachen sorgen. Wenn wir im Reich eine vernünftige Steuergesetzgebung gehabt hätten, wäre es nicht nötig gewesen, daß die kleinen Staaten Mittel auf Grund des § 35 bekommen müssen.

In den Richtlinien über die geplante Aenderung der Realsteuer wird gesagt, unsere Partei fordere eine reichsgesetzliche Regelung der Realsteuern unter Beschränkung auf eine Rahmengesetzgebung. Damit wird die Rechte einverstanden sein, da wir in den Ländern die Großgrundbesitzer nicht so besteuern, wie es heute geschieht. Im Reichsrahmengesetz fordert die Regierung, daß die Besteuerung nicht über 8 pro Mille hinauszugehen hat. Wir haben jetzt bei uns ein Grundsteuergesetz, das 4 pro Mille beim kleinen Besitz, bis 20 pro Mille beim Großgrundbesitz fordert. Das würde durch das Reichsrahmengesetz verhindert werden. Wenn dieses Gesetz durchkommt, werden wir in einem Jahr mehr an Einnahmen verlieren, als die ganze Enteignung des früheren Großherzogs uns eingebracht hätte. Durch die Enteignung hätten wir 8 Millionen erobert. Wenn wir ein richtiges Grundsteuergesetz bekommen, können wir jedem der etwa 20 Großgrundbesitzer mit zahlreichen Gütern ein Gut nehmen und haben dann 20 Güter anstatt 6 oder 7 durch die Enteignung.

Eine große Gefahr sehe ich auch in dem Entschuldungsgesetz. Auch da soll eine neue Regelung getroffen werden. Mit der Hauszinssteuer hat sich in den Städten jeder abgefunden, da der Mieter diese Belastung doch tragen muß. Das Aufgeben dieser Steuer würde nur dem Hausbesitzer zugute kommen. Man hat da auch nicht die feste Grenze gezogen, ob man früher Schulden gehabt oder nicht. Die Hauszinssteuer wird nur für die Gebäude, nicht aber für die landwirtschaftlichen Grundstücke durchgedrückt werden können. Darum ist die Steuer für das Landgebiet unmöglich. Dort wirkt sich die Steuer so aus, daß der kleine Mann die Steuern für den Hausbau und den Staatsbedarf zahlt, und der große und mittlere Besitz kaum etwas leistet. Deshalb muß diese Frage erneut aufgerollt werden. Ich würde es gern sehen, wenn der Antrag betreffs des § 35 zurückgezogen würde, und wenn die Finanzleute aus der Reichstagsfraktion mit den Männern, die in den Landesregierungen und in den Landtagen sitzen, verhandelten, damit etwas Vernünftiges dabei herauskommt.

Wir stehen vor dem Wahlkampf für die Reichstagswahlen. Da sollte man nicht den Gegnern Material in die Hand geben durch solche Anträge wie 202, wonach Max Hölz vor Erledigung des Wiederaufnahmeverfahrens begnadigt werden soll. Was sollen wir mit solchem Antrag? Können diejenigen, die ihn unterschrieben haben, nicht im Reichstag in diesem Sinne wirken? Brauchen wir solchen Trödel im Wahlkampf? Das Wichtigste, was

wir zu tun haben, ist Steuerpolitik und Wirtschaftspolitik, damit können wir im Wahlkampf antreten. Bringen wir die Arbeiter in Arbeit! Dann haben wir einen Resonanzboden, worauf wir wirken können. Dann kann der Arbeiter seine Existenzbedingungen verbessern, und darauf kommt es an. (Beifall.)

Frau **Zils-Eckstein,** Breslau: Der Parteitag hat den Antrag 37 angenommen, wodurch er die Existenz der Justizschande in Deutschland erneut bestätigt hat, denn das Bestehen einer Klassenjustiz ist eine anerkannte Tatsache. Die Vertrauenskrise gegenüber der Justiz wird auch nicht dadurch schneller überwunden werden, daß die im republikanischen Richterbund organisierten Richter systematisch von der Beschäftigung mit Strafsachen ferngehalten werden. Zu unserm Kampf gegen die Justizschande gehört es, daß dafür gearbeitet wird, daß ein Stück deutscher Klassenjustiz, das sich im Namen Max Hölz ausdrückt, baldigst beseitigt wird. Die Erschießung des Gutsbesitzers Heß hat sich inzwischen als die Tat eines andern herausgestellt. Die sechs Jahre, die Hölz im Zuchthaus gesessen hat, sind für seine Taten eine genügende Sühne. Ich halte es für selbstverständlich, daß der Parteitag den Antrag annimmt, wenn die Partei es sich zur Aufgabe gemacht hat, jedes Unrecht, das geschieht, zu bekämpfen. Es ist nur eine Sache der Menschlichkeit, daß Hölz vor Erledigung des Wiederaufnahmeverfahrens die Freiheit gegeben wird.

Schlichtinger, Regensburg: Wie Robert Schmidt von den Gefahren der Bürgerblockregierung in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Beziehung gesprochen hat, so liegen solche Gefahren zweifellos auch in kultureller Beziehung vor. Die Bürgerblockregierung beabsichtigt sicherlich eine Fortsetzung der Kulturpolitik des alten Obrigkeitsstaats. Sie ist der Meinung, daß die alte Abhängigkeit der Schule von der Kirche wieder aufgerichtet werden, bzw. fortbestehen muß. Vor allem wird der Kampf der Weltlichkeit der Schule gelten, namentlich der Volksschule, in der 95 Proz. der Schuljugend ihre Erziehung erhalten. Das Ideal der Bürgerblockregierung besteht darin, die Erfolge der Regierung in Bayern zu denjenigen des Reiches zu machen. Die Denkschrift der bayrischen Regierung an die Reichsregierung inbezug auf die Schulbestimmungen der Reichsverfassung gibt zu großen Befürchtungen Anlaß. In Bayern ist es gelungen, die Trennung von Kirche und Schule bis zu einem gewissen Grade wieder zu beseitigen, vor allem aber durch das bayrische Konkordat im voraus eine Bresche in das zu legen, was unter Umständen eine günstige Reichsschulgesetzgebung für die einzelnen Länder bringen könnte.

Die Gefahren eines Reichskonkordats nach dem Muster des bayrischen Konkordats sind so groß, daß die Reichstagsfraktion nicht genug gewarnt werden kann, irgendwelche Zugeständnisse in dieser Beziehung zu machen. Daher muß der Kampf gegen ein Konkordat aufgenommen werden, namentlich aber gegen ein solches, das darauf abzielt, die Staatshoheit über die Schule zu beseitigen und die Schule wieder der Kirche unterzuordnen.

Der Auffassung des Genossen Schulz, der von der taktischen Richtigkeit der „Weimarer Vereinbarungen" gesprochen und auch gesagt hat, daß die weltliche Schule dadurch eine gewisse Sicherung erfahren habe, kann ich mich nicht anschließen. Wenn man sich Hoffnung macht, daß aus diesem Schulkompromiß etwas Günstiges im Sinne unserer sozialdemokratischen Weltanschauung herauskommen werde, so ist das ein großer Irrtum.

Die Lehrerschaft muß sich darauf besinnen, daß Schulfragen nicht in beruflichen Organisationen gelöst werden, sondern durch das Parlament, und daß

es für den Lehrer, der der Schule dienen und seine Interessen wahrnehmen will, keinen andern Platz gibt, als den in der Sozialdemokratischen Partei. (Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Besprechung wird angenommen.

Wels, Berlin, macht nähere Mitteilungen über die Vorbereitung der Wahlen zum Parteivorstand und zur Kontrollkommission und fährt dann fort: Man wird allgemein bedauern, daß das Alter im Parteivorstand Opfer insofern fordert, als zwei Parteigenossen sich der positiven Arbeit im Bureau des Parteivorstandes entziehen wollen und müssen, weil die Last des Alters sie drückt. Zunächst der Genosse Hermann Molkenbuhr, eines der ältesten Mitglieder des Parteivorstandes, dessen Bedeutung für die Partei, den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion auf allen Gebieten unbestritten ist. Er scheidet aus der Liste der Sekretäre aus, will aber als Beisitzer im Parteivorstand diesem seine Kraft und seine Erfahrung weiter zur Verfügung stellen. Dann will der Genosse Adolf Braun trotz seiner noch vorhandenen quecksilbrigen Beweglichkeit für Arbeiten im Interesse der Partei freiere Hand bekommen, steht aber als Beisitzer dem Parteivorstand weiter zur Verfügung. Bei seinen ungeheuren literarischen Kenntnissen, bei der Kenntnis der Parteigeschichte und der Arbeiterbewegung ist er für den Vorstand kaum ersetzbar.

Bei der Stimmabgabe bitte ich, die Zahl der Beisitzer um einen zu vermehren, da der Parteivorstand nach Richard Fischers Tod nur noch neun Beisitzer zählt.

Schreck, Bielefeld: Als jüngerer Kampfgefährte halte ich mich für berechtigt und verpflichtet, Hermann Molkenbuhr und Adolf Braun noch ein Wort des Dankes zu sagen. Das innigste Zusammenwirken von Wissenschaft und Arbeit ist die geistige Grundlage der Partei. Vor fast vier Jahrzehnten habe ich Hermann Molkenbuhr in seiner Werbetätigkeit kennen gelernt, wie er mit starkem Wissen und innerer Begeisterung selbst in den schwierigsten Zeiten des Ausnahmegesetzes für unsere Ideale warb. Etwas später durfte ich Adolf Braun nähertreten. In ihm können alle Akademiker ihr Vorbild sehen, die zu uns gekommen sind oder zu uns kommen wollen. (Sehr wahr!) Er hat nicht vom Wissen gesprochen, sondern Wissen verbreitet. Bei solchen Persönlichkeiten wie Adolf Braun kann ein Gegensatz zwischen Arbeiter und Wissenschaftler niemals eintreten. Nur wo Ueberheblichkeit sich spreizt, lehnt die Arbeiterklasse ab. (Sehr wahr!) In der Sozialdemokratie muß der geistig wie der körperlich Arbeitende sich die gleichberechtigte Wertung erst erwerben. In Braun und Molkenbuhr finden die Jugendbewegung und die Jungsozialisten ein Vorbild nicht nur für die Pflichterfüllung im Tageskampf, sondern auch für die Vertiefung ihres Wissens um die hohen Ideale des wissenschaftlichen Sozialismus. Gerade als Vertreter dieser Bewegungen sage ich den beiden Alten besonderen Dank für das, was sie der Jugend gegeben haben. Mögen sie beide dem Parteivorstand noch recht lange erhalten bleiben und noch viel Freude erleben an der mächtigen Entfaltung der Arbeiterbewegung unter der roten Fahne. (Lebhafter allgemeiner Beifall und Bewegung.)

Adolf **Braun,** Berlin: Ich danke dem Parteivorstand, daß er meine Mitarbeit gewünscht hat. An seine kollegiale Art und an die gegenseitige Freundschaft werde ich bis ans Ende meines Lebens denken. Die Lobsprüche des Vorredners waren für mich allzu reichlich, das waren Wünsche, was ich hätte tun sollen, aber kein Urteil über meine Leistungen. Nachdem ich 47 Jahre im Dienste unserer Partei gestanden habe, tut es nicht not, meinen Rücktritt durch ärztliche Zeugnisse zu begründen. Es bestimmt mich auch eine

philosophische Erwägung, der Satz von Kant: „Handele nach derjenigen Maxime, durch die Du zugleich wollen kannst, daß sie ein allgemeines Gesetz werde." Ich mache jüngeren und leistungsfähigeren Kräften Platz. Dem Nachwuchs in der Partei soll die Möglichkeit des Vorwärtsdrängens nicht unmöglich gemacht werden. Dieser Wunsch müßte Gemeingut der Partei werden. Trotzdem können Sie überzeugt sein, daß ich für die Partei wirken werde, solange ich lebe. Ich werde immer für sie, wenn auch unter anderen Verhältnissen, arbeiten.

Vors. **Wels:** Es ist ja kein Abschiednehmen voneinander, wir hoffen, die Arbeitskraft des Genossen Braun noch recht lange ausnutzen zu können, wenn das notwendig wäre, denn er gibt den reichen Schatz seines Wissens mit vollen Händen der Partei. Wir bewahren beiden Genossen ein tiefes Gefühl der Dankbarkeit.

Widmann, Offenbach, (zur Geschäftsordnung): Die Delegierten der Länder Baden, Hessen und der Provinz Hessen-Nassau, bei denen die Simultanschule seit Jahrzehnten eingeführt ist, werden sich bei der Abstimmung über die Entschließung 190 der Stimme enthalten und haben eine neue Entschließung 201 eingereicht.

Vors. **Eggerstedt** verliest eine Entschließung von preußischen Landtagsabgeordneten zum Antrag Löwenstein betreffend die Konkordatsfrage:

„Die preußische Landtagsfraktion steht einmütig auf dem Standpunkt, daß jedes Konkordat und jede Verhandlung darüber abzulehnen ist, soweit darin Schulfragen geregelt werden sollen.

Die preußische Landtagsfraktion bestätigt als zutreffend, daß nach der Reichsverfassung für die Abfindung der finanziellen Ansprüche der Kirchen ein Rahmengesetz des Reiches erlassen werden muß.

Trotzdem sind wir nicht der Auffassung, daß alle Konkordatsverhandlungen abgebrochen und jedes Konkordat durch Preußen unbedingt abgelehnt werden muß. Es schweben zwischen der Kurie und dem preußischen Staat eine Anzahl von Fragen, insbesondere die Abgrenzung der Kirchenbezirke (Diözesen) und die Mitwirkungsrechte des Staates bei der Bischofswahl betreffend (die nur durch zweiseitigen Vertrag geregelt werden können, bisher durch einen Vertrag von 1821 geregelt waren), die zu keinerlei Beanstandungen Anlaß gegeben haben, aber jetzt seitens der Republik neu geregelt werden müssen. Der preußischen Staatsregierung Konkordatsverhandlungen über diese und ähnliche Fragen unbedingt zu verwehren, erschiene uns auch deshalb als verfehlt, weil damit Konkordatsverhandlungen automatisch ausschließlich an das Reich übergehen würden, dessen jetzige Regierung eine viel geringere Gewähr dafür bietet als die preußische Regierung, daß bei den Konkordatsverhandlungen die Rechte des Staates und die kulturelle Freiheit unbedingt gewahrt bleiben."

Severing. Haberland. Klupsch. Peters. Helfers. Winzer. Schröder. Höfs. Kirschmann. Brandes. Faber. Brückner. Krüger. Lüdemann. Berta Kröger. Christmann. Simon. Lang. Wohlgemuth. Nyneck Schadow. Brecour. Bollmann. Bartels. Jürgensen. Wittich. Heilmann. Jensen. Hartwig.

Hierauf erklärt **Löwenstein,** Berlin, zur Geschäftsordnung: Ich erhebe Einspruch gegen die Verlesung der Erklärung der preußischen Landtagsfraktion.

Vors. **Wels:** Es handelt sich nicht um die Fraktion, sondern um anwesende preußische Landtagsabgeordnete, die Delegierte sind und eine Kollektiverklärung abgeben.

Löbe, Berlin: In der Aussprache über den Bericht der Reichstagsfraktion hat Genosse Wimmer, München, eine in der Form milde, in der Sache sehr energische Verwahrung gegenüber meiner Bemerkung im Reichstag über das Redeverbot gegen Hitler eingelegt und damit geschlossen, daß ich dadurch meine Mannhaftigkeit und Mannbarkeit verleugnet hätte. (Heiterkeit.) Auch die Genossen in München werden aus dem Folgenden entnehmen, daß es nicht Sünde war, was ich beging. Im Wahlkampf wurde mir von nationalsozialistischen Gegnern vorgehalten, die Sozialdemokratie arbeite mit dem Polizeiknüppel. Meine Antwort lautete wie die eines jeden Sozialdemokraten: wir kämpfen mit geistigen Waffen und mißbilligen es, wenn sich die Polizei in den politischen Kampf einmischt. Als im Reichstag ein Antrag auf mein Pult flatterte: der Reichstag schließt sich der Meinung seines Präsidenten an, daß das Redeverbot gegen Adolf Hitler verfassungswidrig und unzweckmäßig sei, ließ es sich nicht vermeiden, daß ich in obigem Sinne auf diesen Antrag einging und hinzusetzte: Wir wenden uns gegen jedes präventive Redeverbot, gleich ob gegen Kommunisten oder Nationalsozialisten; strafbare Handlungen sind nach dem allgemeinen Strafgesetz zu beurteilen; fängt man erst mit dem Redeverbot an, so weiß man nie, wo es aufhört. (Sehr richtig!) Die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag hat in diesem Sinne den Antrag Graefe verbessert und allgemein gefaßt. Die Bayern, die sich ihrer Haut doch zu wehren wissen, werden es anerkennen, daß man, wenn man nur mit geistigen Waffen kämpfen will ohne Hilfe der Polizei, damit seine Mannhaftigkeit nicht verleugnet.

Berichterstatter **Schmidt** verzichtet auf das Schlußwort und empfiehlt, bei der Abstimmung zunächst über Antrag 190 abzustimmen und ihn anzunehmen, ebenso die Resolution 198, dagegen vom Antrag 199 unter Annahme des übrigen Teiles den letzten Absatz zu streichen, da mit Recht die Delegierten, die der preußischen Landtagsfraktion angehören, sich gegen eine zu enge Festlegung in der Konkordatsfrage ausgesprochen haben.

Antrag 190 wird einstimmig angenommen, Antrag 198 gegen eine Stimme.

Vom Antrag 199 werden die ersten drei Absätze angenommen, Abs. 4 mit Mehrheit abgelehnt.

Der Antrag 201 wird durch die Annahme der Anträge 190, 198 und 199 für erledigt erklärt.

Ebenso werden für erledigt erklärt die Anträge 17 und 18, sowie der Antrag 116.

Antrag 121 wird abgelehnt.

Die Anträge 122 und 123 überweist der Parteitag der Reichstagsfraktion, desgl. den Antrag 124.

Antrag 125 wird angenommen.

Der Antrag 132 ist durch die Beschlußfassung über den Antrag 190 erledigt, desgl. die Anträge 134—138.

Antrag 139 wird der Reichstagsfraktion überwiesen, desgl. werden überwiesen die Anträge 140, 141—145 und 148.

Antrag 146 wird abgelehnt, desgl. Antrag 147.

Die Anträge 149, 150—152 werden der Reichstagsfraktion überwiesen.

Die Resolution Nr. 193 findet die Zustimmung des Parteitages. Antrag 153 wird damit für erledigt erklärt.

Die Anträge 154—156 werden der Fraktion überwiesen.

Antrag 157 wird abgelehnt.

Der Antrag 158 wird der Fraktion überwiesen.

Antrag 159 verfällt der Ablehnung. Dagegen wird angenommen der Antrag 160. Die Anträge 161—164 werden damit für erledigt erklärt.

Die Anträge 167 und 169 werden der Fraktion überwiesen. Antrag 181 wird angenommen.

Der Antrag 200 wird mit großer Majorität abgelehnt, indem der Parteitag erklärt, daß die Partei Gnadenakte nach wie vor ablehne.

Der Antrag 170 wird auf Vorschlag des Gen. Hilferding angenommen.

Damit sind die Anträge zum Bericht der Reichstagsfraktion erledigt.

Es folgt Punkt 5 der Tagesordnung:

Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik.

Referent Dr. **Hilferding:** Parteigenossinnen und -Genossen! Es ist sicherlich nie so schwierig gewesen, über die künftige Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse ein Urteil abzugeben, als in der Zeit nach dem Kriege. Die ökonomische Gesetzmäßigkeit war ja durch die Gewalt vollständig unterbrochen. Trotzdem glaube ich, daß wir, wenn nicht alle Anzeichen trügen, zum ersten Male seit Ablauf des Krieges in eine allgemeine, weltwirtschaftliche Besserung der Konjunktur eingetreten sind, die sich vor allem auch auf Deutschland erstreckt. Ich hebe das aus zwei Gründen hervor: einmal, weil wir gar kein Interesse daran haben, das Spiel derjenigen zu unterstützen, die angeblich aus außenpolitischen Gründen die deutsche Wirtschaftslage immer schwarz in schwarz malen, ohne damit das Ausland irgendwie täuschen zu können, die aber diese Schwarzmalerei als Vorwand gebrauchen gegenüber den berechtigten Lohnforderungen der Arbeiterklasse, um immer wieder auf die angeblich schlechte Konjunktur hinweisen zu können. (Sehr wahr!) Ich sage das aber auch aus einem allgemeinen Grunde. Ich habe immer zu denen gehört, die jede ökonomische Zusammenbruchstheorie ablehnten, weil gerade Karl Marx den Nachweis erbracht hat, daß eine solche ökonomische Zusammenbruchstheorie falsch ist. Aber nach dem Kriege konnte eine politische Zusammenbruchstheorie konzipiert werden. Sie wurde hauptsächlich von den Bolschewiki vertreten, die meinten, daß wir vor einem unmittelbaren Zusammenbruch des kapitalistischen Systems stünden. Demgegenüber müssen wir konstatieren, daß auch ein solcher politischer Zusammenbruch nicht eingetreten ist. Wir als Sozialisten haben, getreu unserer alten Auffassung, durchaus keinen Grund, diese Konstatierung etwa zu bedauern. Wir sind von jeher der Meinung gewesen, daß der Sturz des kapitalistischen Systems nicht irgendwie fatalistisch zu erwarten ist, nicht aus inneren Gesetzen des Systems eintreten wird, sondern daß der Sturz des kapitalistischen Systems die bewußte Tat der Arbeiterklasse sein muß. (Sehr richtig!) Marxismus ist nie Fatalismus gewesen, sondern im Gegenteil höchster Aktivismus. (Lebh. Zustimmung.) Der Satz des Kommunistischen Manifests „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein" hat Doppelbedeutung. Die Befreiung ist das Werk der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Bourgeoisie, aber auch das Werk der Arbeiterklasse, die bewußte Tat einer Klasse, die sich ihrer Situation in der kapitalistischen Gesellschaft bewußt wird und aus der Analyse dieser Situation die Konsequenz zieht, daß es gilt, das ganze System zu ändern.

Sobald die ersten Anzeichen einer Besserung der Wirtschaft zu verzeichnen waren, hat der unbelehrbarste Teil der bürgerlichen Wissenschaft wieder einmal vom Ende des Marxismus gesprochen. Andere, Klügere, haben gemeint, einen neuen Höhenflug des kapita-

listischen Geistes voraussagen zu können; demgegenüber hat z. B. Werner Sombart, der, wenn er die Methode anwendet, die er von Marx gelernt hat, noch immer Kluges zu sagen weiß, sich dahin ausgesprochen: das Höhenstadium des Kapitalismus ist überschritten; er ist in seine Spätperiode eingetreten. Es ist interessant, daß auch Privatwirtschaftslehrer, also Wissenschaftler, die dem kapitalistischen Getriebe am nächsten stehen, wie z. B. Prof. Geiler, von der Periode des Spätkapitalismus sprechen.

Wenn wir uns aber fragen, wie die Situation in Wirklichkeit ist, so müssen wir diese Situation zunächst einmal viel konkreter anschauen und genauer charakterisieren, als es etwa mit dem Ausdruck „Spätkapitalismus" geschieht. Da ist das Entscheidende, daß wir augenblicklich in der Periode des Kapitalismus uns befinden, in der im wesentlichen die Aera der freien Konkurrenz, in der der Kapitalismus rein durch das Walten der blinden Marktgesetze beherrscht war, überwunden ist, und wir zu einer kapitalistischen Organisation der Wirtschaft kommen, also von der Wirtschaft des freien Spiels der Kräfte zur organisierten Wirtschaft.

Die organisierte Wirtschaft zeichnet sich — um das mit einigen Schlagworten anzudeuten — technisch dadurch aus, daß neben dem Dampf, neben der Elektrizität immer mehr die synthetische Chemie in den Vordergrund rückt, die etwa nach einem halben Jahrhundert wissenschaftlicher Entwicklung für die fabrikatorisch-technische Anwendung reif geworden ist. Diese Anwendung der Chemie bedeutet prinzipiell etwas Neues. Sie macht die kapitalistische Wirtschaft unabhängig von den einzelnen Rohstoffvorkommen, indem sie prinzipiell darauf ausgeht, wichtige Rohstoffe aus anorganischen Stoffen, die überall massenhaft vorhanden sind, künstlich herzustellen. Ich erinnere an die Erzeugung der Oele aus Braun- und Steinkohle, die für industrielle und Kraftzwecke von Bedeutung sind. Es hat eine Menge sogenannter Geopolitiker, Sozialisten und Nichtsozialisten, gegeben, die uns bereits auseinandergesetzt haben, daß der neue Weltkrieg unbedingt kommen und ein Kampf um die Oelquellen sein werde. Wenn nun in Leuna und in Merseburg das Oel fabriziert wird, ist diese ganze geopolitische Richtung natürlich in tödliche Verlegenheit gesetzt. Zweitens geht die synthetische Chemie darauf aus, Rohstoffe in eine solche Form zu überführen, daß sie für industrielle Verwertung weitaus geeigneter sind, oder diesen Rohstoffen ganz neue Eigenschaften zu geben. Drittens geht die Entwicklung dahin, kostbare organische Stoffe aus billigen anorganischen Stoffen zu erzeugen. Ich erinnere an den kolossalen Aufschwung, den etwa die Kunstseide genommen hat, die in das bisherige Gebiet der Textilindustrie eingebrochen ist. An die Stelle der Seide, die die Maulbeerwürmer erzeugen müssen, ist nunmhr ein chemisches Verfahren getreten, bei dem ein seidenähnlicher Stoff aus sehr billigen, überall vorhandenen Rohstoffen erzeugt wird. Es handelt sich hier um eine prinzipiell neue Sache, die geeignet ist, mit einer kolossalen Explosivkraft die gesamte Grundlage unserer Technik in der kapitalistischen Produktion umzuwälzen.

Das Charakteristische ist nun zweitens, daß die kapitalistische Industrie, in der ein mit neuer Energie geladenes wissenschaftliches Verfahren wirksam wird, von vornherein das Bestreben hat, in organisierter Weise die neuen Möglichkeiten auszunutzen. Es ist bezeichnend, daß neu entstehende Industrien sich nicht nur wie schon in der unmittelbar vorhergehenden Periode von vornherein auf größter technischer Stufenleiter aufbauen, sondern sich zugleich organisieren, womöglich über die ganze Welt organisieren. Z. B. die Kunstseidenindustrie ist nicht nur eine Monopolindustrie für

Deutschland, sondern sie stellt im Grunde genommen einen einzigen internationalen kapitalistischen Konzern dar, der mit anderen Trustbildungen in Deutschland und in England eng verbunden ist und von da wiederum Verbindungen zu andern Konzernen zieht. Die Kartell- und Trustentwicklung, die sich in der Industrie vollzogen hat, ist so für neue Industrien überhaupt das erste Wort, mit dem sie in die Welt treten.

Ein dritte charakteristische Tatsache ist die Internationalisierung der kapitalistischen Industrie, das Bestreben, die nationalen Monopole, Kartelle und Truste international zusammenzufassen. Wer mit kapitalistischen Wirtschaftskreisen in Berührung kommt — und das ist sehr nützlich, weil es darauf ankommt, die Psychologie des Gegners zu erkennen —, ist erstaunt, mit welchem Eifer diese Kreise, die vor dem Kriege in ihrer Wirtschaftseinstellung national abgeschlossen waren, heute internationale Verbindungen suchen, die Beziehungen mit dem Ausland pflegen, und wie sehr der Drang nach internationaler Organisation lebendig wird. Während die Organisation der Arbeiterklasse sich zuerst entwickelte, die Gewerkschaften das erste organisierte Wirtschaftselement im Kapitalismus gewesen sind, haben die Unternehmer infolge ihres größeren Klassenbewußtseins und ihrer geringeren Zahl unsere Organisation eingeholt. Wir werden acht geben müssen, daß das auf internationalem Gebiete nicht ebenfalls eintritt.

Gestatten Sie mir eine kleine Abschweifung! Wir haben die deutsche Handelspolitik vor allem bekämpft als unnötige Preiserhöhung für die agrarische Produktion. Aber das eigentlich Revolutionäre in der Handelspolitik der letzten Jahrzehnte vor dem Kriege ist der industrielle Schutzzoll gewesen, nicht als „Schutz der nationalen Arbeit", aber als der stärkste Antrieb für die Organisation der Industrie, als der stärkste Antrieb zur Kartellierung und Vertrustung. Diese machte es möglich, daß der Schutzzoll vollständig ausgenutzt werden konnte, daß der inländische Preis um den Betrag des Schutzzolles über den Weltmarktpreis erhöht werden konnte. Damit wurde der Schutzzoll geradezu zu einer Prämie für den Abschluß von Kartellen und Trusts.

Nun hätte man erwarten können, daß durch die Internationalisierung der Kartelle, durch die Ausschaltung der Konkurrenz zwischen den nationalen Wirtschaften, die Schutzzollbewegung abflauen würde. Das Gegenteil ist eingetreten, weil jetzt der Schutzzoll eine neue Funktion bekommt. Ist der deutsche Markt durch einen hohen Eisenzoll geschützt, so bedeutet das, daß der deutsche Stahlwerksverband bei den Verhandlungen mit den Franzosen von vornherein sagen kann: Unser Markt ist geschützt, den hat der Staat uns vorbehalten, infolgedessen gehört uns von vornherein die Quote im internationalen Stahlkartell, die auf den deutschen inländischen Absatz entfällt, und erst nachdem wir diese Quote erhalten haben, werden wir darüber reden, welche Ansprüche wir für die Quote auf dem Weltmarkt zu stellen haben.

Je höher der Schutzzoll, desto größer und gesicherter die Quote, die das nationale Monopol bei der internationalen Monopolisierung für sich in Anspruch nimmt. Nun das Interessanteste für uns! Diese ganze Handelspolitik ist in Deutschland immer als Schutz der nationalen Arbeit gerechtfertigt worden. Jetzt bedeutet dieser Schutz der nationalen Arbeit zunächst Kartellschutz. Aber dieser Kartellschutz erleichtert den Abschluß internationaler Kartelle, so daß der deutsche Eisenzoll also ein Schutzzoll auch für das französische Eisenkartell ist, daß der Schutz der nationalen Arbeit zum stärksten Antrieb für den Abschluß internationaler Kartelle geworden ist, und daß die Deutschnationalen, die den Schutz der nationalen Arbeit immer wieder fordern, in Wirklichkeit damit einen Schutz der französischen, belgischen,

polnischen, tschechischen Eisenindustrie fordern, weil die französische Eisenindustrie natürlich durch den Abschluß solcher Kartelle viel besser gefördert wird als durch einen Konkurrenzkampf auf dem internationalen Markt mit der vorgeschrittenen deutschen Industrie. Die Handelspolitik hat also eine doppelte Seite, die reaktionäre Seite der Preiserhöhung, der Auswucherung der Konsumenten, und die revolutionäre Seite der Steigerung der Organisationstendenzen in der kapitalistischen Gesellschaft.

Nun der vierte Punkt, der gewöhnlich nicht gesehen wird, der vorläufig erst in der Entwicklung angedeutet ist, der aber vielleicht der bedeutsamste ist. Wir haben heute alle das Gefühl, daß auch der Privatbetrieb, die Wirtschaftsführung des einzelnen Unternehmers, aufgehört hat, Privatsache dieses Unternehmers zu sein. Die Gesellschaft hat verstanden, daß es ihr Interesse ist, wenn die Produktivität in jedem einzelnen Betriebe gesteigert wird, wenn also der betreffende Wirtschaftsführer auch wirklich seine technische und organisatorische, produktionssteigernde Pflicht als Unternehmer erfüllt. Ich erinnere daran, daß Institutionen wie das Kuratorium für Wirtschaftlichkeit, wie überhaupt alle behördlich geförderten Rationalisierungsbestrebungen, die den Unternehmer bewegen sollen, die Leistungen der Betriebe zu erhöhen, nichts anderes bedeuten, als daß die Gesellschaft sagt: Führung des Unternehmens ist nicht mehr Privatsache des Unternehmers, sondern gesellschaftliche Angelegenheit. Das Wichtigste ist nun folgendes: Die Konzernbildung, das Zusammenfassen von immer mehr Betrieben in eine oberste Spitze bedeutet für die einzelnen Betriebe die Ausschaltung der freien Konkurrenz. Es ist kapitalistische Lehre gewesen, daß nur der Zwang der freien Konkurrenz die Wirtschaft fördern, die notwendigen technischen Erneuerungen und Fortschritte durchsetzen kann. Das Hauptargument gegen den Sozialismus ist immer gewesen: Ihr schaltet die private Initiative der freien Konkurrenz aus und wißt nichts an die Stelle zu setzen. Infolgedessen wird eure Wirtschaft nicht gehen, weil sie den Ehrgeiz und Eigennutz des Privateigentümers der Produktionsmittel nicht in Rechnung stellt. Nun ist es sehr interessant zu sehen, wie in der Entwicklung der modernen Betriebswissenschaft nach Methoden gesucht wird, um diese freie Konkurenz des privaten Eigennutzes durch wissenschaftliche, planmäßige Methoden zu ersetzen. Es ist ganz klar: der Konzernleiter hat das größte Interesse, jederzeit feststellen zu können, ob in dem einzelnen Betrieb, der einen Teil seines Unternehmens bildet, aber nicht mit andern gleichartigen Unternehmungen im selben Konzern konkurriert, der höchste Nutzeffekt erzielt wird. Es sind sehr feine Methoden ausgearbeitet worden, um an die Stelle der Konkurrenz aus Eigennutz eine wissenschaftliche Methode des Wettbewerbs zu setzen. Damit haben wir Sozialisten zugleich das Prinzip unserer Wirtschaftsführung. Damit gibt der Kapitalismus selbst den Haupteinwand auf, den er gegen den Sozialismus erheben kann, und damit fällt der letzte psychologische Einwand gegen den Sozialismus. (Sehr richtig!) Organisierter Kapitalismus bedeutet also in Wirklichkeit den prinzipiellen Ersatz des kapitalistischen Prinzips der freien Konkurrenz durch das sozialistische Prinzip planmäßiger Produktion. Diese planmäßige, mit Bewußtsein geleitete Wirtschaft unterliegt in viel höherem Maße der Möglichkeit der bewußten Einwirkung der Gesellschaft, das heißt nichts anderes, als der Einwirkung durch die einzige bewußte und mit Zwangsgewalt ausgestattete Organisation der Gesellschaft, der Einwirkung durch den Staat.

Wenn das so ist, dann treten sich klar gegenüber auf der einen Seite die kapitalistische Organisation der Wirtschaft, auf der andern Seite die Staats-

organisation, und das Problem ist, wie wir ihre gegenseitige Durchdringung gestalten wollen. Das heißt nichts anderes, als daß unserer Generation das Problem gestellt ist, mit Hilfe des Staates, mit Hilfe der bewußten gesellschaftlichen Regelung diese von den Kapitalisten organisierte und geleitete Wirtschaft in eine durch den demokratischen Staat geleitete Wirtschaft umzuwandeln. Daraus folgt, daß das Problem, das unserer Generation gestellt ist, nichts anderes sein kann als der Sozialismus. Wenn wir als Sozialdemokratie früher gekämpft haben um politische Rechte, um die Anfänge und Erweiterung der Sozialpolitik, so ist durch die ökonomische Entwicklung selbst das Problem des Sozialismus gestellt.

Es ist also kein Zweifel: die Formel, es handle sich jetzt für uns um den Gegensatz zwischen Sozialismus und Kapitalismus, ist richtig. Gestatten Sie mir aber dazu zwei Bemerkungen. Diese Formel ist ökonomisch und historisch richtig. Aber sie ist historisch richtig gewesen schon zu einer Zeit, wo wir noch um Sozialreform gekämpft haben, weil Sozialreform für uns nichts anderes gewesen ist als die Wegbereitung für den Sozialismus. Denn dadurch haben wir uns immer von der bürgerlichen Sozialreform unterschieden. Die Formel ist auch ökonomisch richtig. Aber erschöpft sie den politischen Gehalt unserer Zeit? Als Massenpartei sind wir immer in folgendem Dilemma: Wir müssen uns an die Massen wenden mit einer möglichst einfachen und verständlichen Formel, aber andererseits bringt jede solche allgemeine Formel die Gefahr mit sich, daß sie die Politik der Partei zu sehr bindet (Sehr wahr!), denn die Formel ist zu weit, unterliegt also allen möglichen Deutungen, und bei jedem Schritt kann eingewendet werden: dieser politische Schritt widerspricht der allgemeinen Formel.

Ich habe von der wachsenden Durchdringung von Wirtschaft und Staat, von ihrem gegenseitigen Verhältnis, das durch die Organisation der Wirtschaft immer enger wird, gesprochen. Ich erinnere daran, daß der Staatseinfluß auf die Wirtschaft selbst in der Periode der freien Konkurrenz in gewissen Dingen immer vorhanden war. Ich erinnere an die Herrschaft des Staates über den Geldmarkt, die in den letzten Tagen wieder sehr deutlich geworden ist durch die in der Geschichte der Börsenpaniken einzig dastehende Tatsache, daß eine kapitalistische Regierung künstlich eine Börsenpanik erzeugt hat. Ich erinnere an die Fragen der Steuerpolitik, der Handelspolitik. Hier habe ich allerdings die Empfindung, daß es notwendig ist, den Massen wieder zu sagen, welche Bedeutung die Handelspolitik hat. Wir haben ein außerordentliches Steigen der Getreidepreise in der letzten Zeit erlebt und man muß den Massen klar machen, daß der Brotpreis und Fleischpreis nicht allein ein ökonomischer, sondern ein politischer Preis ist (Sehr richtig!), der durch die politischen Machtverhältnisse bestimmt ist, und daß es dringend notwendig ist, wenn die Massen wünschen, daß hier etwas gebessert wird, daß sie auch selbst die Initiative ergreifen und eine Politik treiben und unterstützen, die diesen politischen Faktor aus dem ökonomischen Preise vermindern oder ausmerzen kann.

Aber, was wichtiger und neu ist, ist die Staatsregelung auf dem Gebiet, das unmittelbar das proletarische Schicksal angeht, nämlich auf dem Gebiet des Arbeitsmarktes. Wir haben dank der Revolution die Arbeitslosenversicherung. Diese bedeutet eine ganz bestimmte Regelung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt. Wir haben durch unser Tarifvertragswesen, durch die Schiedsgerichte heute eine politische Lohnregelung und eine politische Arbeitszeitregelung. Das persönliche Schicksal des Arbeiters wird bestimmt durch die Politik, die der Staat treibt. Wenn es gelungen ist, bei einer Arbeitslosigkeit von mehr als zwei Millionen im großen

und ganzen für die Arbeiter den Reallohn zu halten, dann haben wir diese Sicherung des Reallohnes vor allem deswegen durchführen können, weil der politische Einfluß der Arbeiterklasse groß genug gewesen ist, um mit diesen Methoden der Arbeitslosenversicherung, des Schiedsgerichts und Tarifwesens wenigstens eine Senkung des Lohnes zu verhindern. Wir müssen es in jedes Arbeiterhirn einhämmern, daß der Wochenlohn ein politischer Lohn ist, daß es von der Stärke der parlamentarischen Vertretung der Arbeiterklasse, von der Stärke ihrer Organisation und den sozialen Machtverhältnissen außerhalb des Parlaments abhängt, wie der Lohn am Ende der Woche sich gestaltet. Namentlich den Arbeiterfrauen muß es gesagt werden: wenn ihr zur Wahl geht, entscheidet ihr gleichzeitig über Brot und Fleisch und die Höhe des Lohnes. Das ist natürlich etwas Neues in der kapitalistischen Wirtschaft, das ist ein Element von großer ökonomischer, sozialer und politischer Bedeutung. Der Professor Cassel, der merkwürdigerweise als internationaler Sachverständiger herumreisen kann, ein Petrefakt aus der Manchesterzeit des Kapitalismus, hat schon recht, wenn er sagt: das widerspricht dem Wesen des Kapitalismus — nämlich wie er ihn gelernt hat. Das ist tatsächlich unvereinbar mit dem Prinzip der freien Konkurrenz. Das ist nur möglich, weil wir eine organisierte Wirtschaft haben, die in immer steigendem Maße der bewußten Organisation durch die Gesellschaft, durch den Staat unterliegt.

Und damit komme ich zu unserer Stellung zum Staat. Ich möchte mich hier auf die beste Marxistin berufen, auf die Geschichte, und die ist auch diesmal in Uebereinstimmung mit Karl Marx. Wie ist unsere Einstellung zum Staat historisch gewesen? Kein Zweifel, daß die Arbeiterbewegung, insbesondere die sozialistische, von Anfang an der Träger des Gedankens des Staatseinflusses auf die Wirtschaft gegen den Liberalismus gewesen ist! Kein Zweifel, daß wir — zuerst auf dem Gebiet der Sozialpolitik — immer wieder das Eingreifen des Staates und die Vermehrung der Staatsmacht gefordert haben, daß wir sie jetzt wieder fordern über das Gebiet der Sozialpolitik hinaus auf das Gebiet der Wirtschaftspolitik und der Wirtschaftsführung. Betriebs- und Wirtschaftsführung als Angelegenheiten der Gesellschaft zu betrachten, ist gerade das sozialistische Prinzip, und die Gesellschaft hat kein anderes Organ, durch das sie bewußt handeln kann, als den Staat. Also für die Gegenwart ist kein Zweifel über unsere Stellung zum Staat möglich. Aber wenn das historisch so ist, so haben wir uns immer gehütet, in die Konstruktionen der bürgerlichen und namentlich der deutschen Staatsphilosophie zu verfallen. Die marxistische Methode verlangt, daß wir bei all den gesellschaftlichen Erscheinungen den Fetischismus dieser Erscheinungen auflösen durch die Analyse der Realität. Die deutsche Staatsphilosophie hat den Staat absolutiert, vergottet; sie hat gelehrt: der Staat ist die Verwirklichung der Freiheit, der Sittlichkeit oder sonst eines metaphysischen Prinzips. Die deutsche Staatsphilosophie ist um so üppiger ins Kraut geschossen, je weniger Staatsgewalt wir hatten. Seit 1870 haben wir überhaupt erst etwas, was man Staat nennen kann, und unsere Staatsphilosophie stammt aus dem 18. und dem Beginn des 19. Jahrhunderts, ist also unbrauchbar für jede Erkenntnis. Marx hat sicher ein entscheidendes Merkmal des Staates angegeben, indem er sagte, daß der Staat nicht nur als politischer Körper zu betrachten ist, sondern auch nach seinem sozialen Inhalt, der darin besteht, daß die herrschenden Klassen mittels der Staatsgewalt ihre Herrschaft aufrecht erhalten. Aber diese Staatsdefinition von Marx ist schon deswegen keine Staatstheorie, weil sie für alle Staatsformationen seit dem Beginn der Klassengesellschaft gilt und es darauf ankommt, die unterscheidenden Merkmale der Staatsentwicklung sich klar zu machen.

Die Engländer, die so lange schon einen Staat haben, haben sich nie um diese staatsphilosophischen Konstruktionen bemüht. Die englische staatsrechtliche Literatur schreibt überhaupt nicht über den Staat, sondern on governement, über die Regierung. Für uns Sozialisten sollte es selbstverständlich sein, daß eine Organisation besteht aus den Mitgliedern, der Leitung und dem Apparat, das heißt also, daß der Staat nichts anderes ist, als die Regierung, die Verwaltungsmaschinerie, und die Staatsbürger, die den Staat zusammensetzen — politisch gesehen. Das bedeutet in einem anderen Zusammenhange, daß das wesentliche Element jedes modernen Staates die Parteien sind, weil der einzelne seinen Willen nur durch das Medium der Partei zur Geltung bringen kann. Infolgedessen sind alle Parteien notwendige Bestandteile des Staates, genau wie die Regierung und die Verwaltung. Das bedeutet zugleich die Anerkennung der Grundlage der marxistischen Definition, weil der Parteikampf nichts anderes widerspiegelt, als den Kampf der Klassen untereinander, der Parteikampf also der Ausdruck der Klassengegensätze ist.

Wenn so der Kampf um den Staat den Inhalt hat, Einfluß auf die Leitung der Wirtschaft zu erhalten, dann erst wird uns die ganze Genialität einer Bemerkung von Marx klar, auf die er solches Gewicht gelegt hat, daß er sie nicht nur im Kapital, sondern auch in der Inauguraladresse niedergelegt hat. Er spricht dort vom 10-Stundentag, und sagt zum Schluß: „Darum war das Zehnstundengesetz nicht nur ein großer praktischer Erfolg — es war der Sieg eines Prinzips. Zum ersten Male unterlag die politische Oekonomie der Bourgeoisie der politischen Oekonomie der Arbeiterklasse.“ Das bedeutet: immer mehr unterliegt die kapitalistische Gesellschaft dem zunehmenden Einfluß der Arbeiterklasse, immer mehr siegt das politische Prinzip der Arbeiterklasse, den Staat zu benutzen als Mittel zur Leitung und Beherrschung der Wirtschaft im allgemeinen Interesse. (Bravo!)

Daß das nicht nur eine theoretische Einsicht ist, die wir den Massen entgegenzutragen haben, das zeigt die Entwicklung der Gewerkschaften. Es ist charakteristisch, daß die Gewerkschaften immer mehr politisiert werden, nicht im parteipolitischen Sinne, sondern in ihrer ganzen Aufgabenstellung. In der Gesellschaft der freien Konkurrenz konnten sie nur den unmittelbaren Klassenkampf zwischen Unternehmern und Arbeitern führen um die Länge der Arbeitszeit und die Höhe des Lohnes. Jetzt stellen sich die Gewerkschaften selbst immer mehr andere Aufgaben, nicht mehr nur Beeinflussung des Staates auf sozialpolitischem Gebiet, sondern jetzt sind die beherrschenden Prinzipien in der gewerkschaftlichen Bewegung der Kampf um die Betriebsdemokratie und der Kampf um die Wirtschaftsdemokratie. Die Wirtschaftsdemokratie ist die Unterordnung der wirtschaftlichen Privatinteressen unter das gesellschaftliche Interesse; Betriebsdemokratie ist die Aufstiegmöglichkeit zur Leitung des Betriebes für den einzelnen je nach seinen Fähigkeiten. Aus der gewerkschaftlichen Entwicklung selbst ist im Zeitalter des organisierten Kapitalismus das sozialistische Ziel auf Brechung des Besitzprivilegs herausgewachsen, die Gewerkschaften müssen sich sozialistische Aufgaben stellen. Der ganze Kampf innerhalb der organisierten Arbeiterbewegung kann gar nicht anders geführt werden, als um die immer fortschreitende Durchsetzung des sozialistischen Prinzips.

Was mir aber besonders bedeutsam erscheint, ist, daß das nicht etwa das Ziel der freien Gewerkschaften allein ist. Denn dann könnte man sagen, sie stehen ohnedies mit der sozialistischen Ideenwelt in engem Zusammenhange. Nein, dieselben Tendenzen und Gedanken ringen sich immer wieder bei den

christlichen Gewerkschaften durch. Die Führer können den christlichen Arbeitern noch so sehr erzählen, daß sie sich von uns durch eine Weltauffassung unterscheiden, in Wirklichkeit lebt dasselbe Klassenbewußtsein heute bei den christlichen Arbeitern, wie bei den sozialistischen Arbeitern. (Sehr gut!) Sie übersetzen es nur in eine andere Sprache, aber die Sprachverschiedenheit ist viel geringer als die zwischen Bayern und Sachsen. (Heiterkeit.) Das ist das neue Moment, das den Kampf um den Sozialismus verstärkt. Die politische Entwicklung in dem großen Kampf um die politische Emanzipation der Arbeiterklasse ging doch dahin, das Erbrecht, das Besitzprivileg, in der Politik zu brechen, zunächst das der Monarchen, dann das der Aristokratie, schließlich mußte in einem mühevollen Kampf der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie das Besitzprivileg beim Wahlrecht fallen und alle Wahlrechtsverfälschungen. Rein politisch ist das Besitzprivileg gebrochen. Der Arbeiter steht vor dem Widerspruch: politisch gibt es das Besitzprivileg nicht mehr, aber noch ökonomisch. Der Widerspruch ist so offenkundig, daß der ganze Inhalt seines Denkens dahin gehen muß, das Besitzprivileg auch wirtschaftlich zu beseitigen. Er hat als Staatsbürger die Macht, die Hand auf den politischen Hebel des Staates zu legen und dadurch auch das ökonomische Besitzprivileg zu beseitigen. Ich habe immer gefunden, daß die beste Definition des Wertes der Demokratie für den Klassenkampf von dem schärfsten und vielleicht auch klügsten unserer Gegner, dem letzten Führer der Konservativen im alten Reichstag, Freiherr von Heydebrandt, gegeben wurde, als er den Saal bei der Beratung der Erbschaftssteuer mit dem Satz überraschte: „Wir Konservativen werden es unter keinen Umständen dulden, daß das Portemonnaie der Besitzenden dem Reichstag des gleichen Wahlrechts ausgeliefert wird." Der Mann hat verstanden, worauf es in der Demokratie ankommt, und wir haben keinen Grund, weniger verständig zu sein.

Historisch betrachtet ist doch die Demokratie stets die Sache des Proletariats gewesen. Ich habe mich immer über die Behauptung gewundert, die auch jetzt in einigen Anträgen steht, daß die Demokratie Sache der Bourgeoisie gewesen sei. Das heißt die Geschichte der Demokratie nicht kennen und nach blasser Intellektuellen-Art die Geschichte der Demokratie aus den Schriften einiger Theoretiker herauslesen wollen. In Wirklichkeit gibt es keinen schärferen politischen Kampf als den des Proletariats um die Demokratie gegen das Bürgertum. (Sehr richtig!) Es heißt die ganze sozialistische Vergangenheit, seitdem Marx das berühmte Wort gesprochen hat: es gilt, die Arbeiterklasse zur politischen Partei zu erheben, verleugnen, wenn wir nicht einsehen wollen, daß dieser Kampf zu den Großtaten des proletarischen Klassenkampfes gehört, und daß es historisch falsch und irreführend ist, von „bürgerlicher Demokratie" zu reden. Die Demokratie ist unsere Sache gewesen. Wir haben sie dem Bürgertum in zähem Kampf abringen müssen. Ich erinnere an die Wahlrechtskämpfe. Wieviel proletarisches Blut ist für die Erringung des gleichen Wahlrechts geflossen! (Sehr richtig!)

Das Wort von der bürgerlichen Demokratie ist aber nicht nur historisch, sondern auch von dem Standpunkt der sozialen Analyse falsch. Demokratie bedeutet doch eine ganz andere Technik der Bildung des Staatswillens. Im Obrigkeitsstaat standen uns außer der bei den Wahlen zusammengefaßten und da ihren politischen Willen kundgebenden Staatsbürgerschaft bestimmte starke gesellschaftliche Organisationen gegenüber. Ich kann das nicht näher ausführen. Es genügt für uns Deutsche, schlagwortartig zu sagen: In Wirklichkeit war in allen entscheidenden Fragen der Wille des Reichstags eine Bagatelle gegenüber dem Willen der hohen Militärs, der

hohen Bureaukratie, des Monarchen. Jetzt ist die Bildung des Staatswillens nichts anderes als die Komponente aus dem politischen Willen der einzelnen. Es stehen dem Reichstag nicht mehr festabgegrenzte Organisationen der Herrschenden gegenüber, die Herrschenden müssen sich an den Staatsbürger wenden, und ihre Herrschaft im geistigen Ringen mit uns immer wieder bestätigen lassen von einer Mehrheit. Wenn nicht, so ist auf dem Boden der Demokratie ihre Herrschaft zu Ende.

Was aber, wenn die Herrschenden die Demokratie nicht respektieren? Ist das für uns ein Problem? Ist es nicht selbstverständliche Auffassung, ich sage, nicht nur jedes Sozialdemokraten, sondern ich sage absichtlich: jedes Republikaners, daß in dem Augenblick des Versuchs der Zerstörung der Grundlage der Demokratie alle Mittel angewandt werden, um diese Grundlage zu sichern! (Sehr richtig!) Es handelt sich um die Frage der Anwendung der Gewalt. Nach den Erfahrungen, die wir 1918 in Deutschland gemacht haben, die wir insbesondere in Rußland erlebt haben, heißt Gewaltanwendung im Klassenkampf — ich spreche von wirklicher Gewaltanwendung, Hauen, Stechen, Schießen — nicht etwa ein vorübergehender Putsch, sondern ein langwährender sehr erbitterter und außerordentlich verlustreicher Bürgerkrieg. Wenn die Grundlage der Demokratie zerstört wird, sind wir in der Defensive und haben keine Wahl. Dann müssen wir alle Mittel anwenden. (Sehr richtig!) Aber kein Sozialist — ich sage das gerade vom sozialistischen Standpunkt — wird etwa sagen: Der Sozialismus freut mich nicht, wenn ich keine Gewalt anwenden kann, um ihn zu verwirklichen. Ich zitiere damit ein Wort von Otto Bauer. (Sehr gut!) Wir werden das nicht tun, weil wir wissen, daß es kein schwereres Hemmnis der Verwirklichung des Sozialismus gibt, als den Bürgerkrieg, und weil wir in einer ungeheuer schwierigen Situation als Sozialisten stehen, wenn die proletarische Staatsmacht aus einem Bürgerkrieg hervorgeht. (Sehr richtig!) Deswegen haben wir als Proletariat ein unbedingtes Interesse an der Erhaltung der Demokratie. Wir wollen sie verteidigen — das muß immer wieder gesagt werden —, und deshalb danken wir dem Reichsbanner für seine Arbeit. (Bravo! und Händeklatschen.) Wir hoffen, daß das Reichsbanner sich mit diesem republikanischen Bewußtsein erfüllt, daß kein Opfer gerade auch im Interesse der Arbeiterklasse zu groß wäre, um die Republik, die Demokratie zu erhalten. (Bravo! — Zuruf: Und die Partei?) Wenn Sie nicht verstanden haben, daß die Erhaltung der Demokratie und Republik das wichtigste Interesse der Partei ist, haben Sie nicht das ABC des politischen Denkens begriffen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Nicht nur historisch ist die Demokratie Proletariersache, sie ist es auch soziologisch. Es ist wiederum eine ganz unhistorische Vorstellung, daß es etwas Gemeinsames zwischen antiker, frühitalienischer und unserer modernen Demokratie gibt. Die Demokratie existiert nur, wo starke, mit politischem Bewußtsein erfüllte proletarische Organisationen dahinterstehen; sonst geht sie zugrunde. Sehen Sie sich die südamerikanischen Staaten an! Famose Verfassungen, Demokratie in Ordnung, aber keine proletarische Organisation, Cliquenwirtschaft, Militärputsche usw., eine vollständige Verlodderung, weil Demokratie nur möglich ist, wenn eine starke, bewußte Arbeiterklasse dahintersteht. Dasselbe gilt im Osten. (Bravo!)

Ebenso falsch ist das Wort von der formalen Demokratie, weil es verkennen heißt den intimen Zusammenhang zwischen Politik und sozialer Wirkung der Politik. Demokratie bedeutet eine andere, entweder schon vollzogene oder der Möglichkeit nach andere politische Machtverteilung. Das bedeutet natürlich andere soziale Wirkungen, bedeutet, daß der Staatswille auch

sozial anders geformt wird. Die Trennung von Politik und sozialer Wirkung läßt sich theoretisch, abstrakt in Schriften machen. In der politischen Wirklichkeit ist diese Trennung ganz falsch. Die politische Demokratie ist auch von diesem Standpunkt aus absolut Sache des Proletariats. Ganz falsch ist es also, zu sagen, daß die Demokratie formal ist. Sie ist von höchster inhaltlicher Bedeutung für jedes einzelne Arbeiterschicksal. (Sehr richtig!)

Nun laufen Leute in der Welt herum und schreien: Hütet Euch aber vor demokratischen Illusionen! Als Marx in seinen Jugendschriften — noch vor dem Kommunistischen Manifest — darauf hinwies, daß die politische Emanzipation nicht ausreicht, sondern die menschliche Emanzipation hinzukommen müsse, was wir heute als die soziale Emanzipation bezeichnen, war das damals gegenüber den 48er bürgerlichen Demokraten von der höchsten Bedeutung und eine sehr wichtige Erziehungsaufgabe, der sich damals Marx unterzog, um die in Gefolgschaft dieser Demokraten marschierenden Arbeiter vor Illusionen zu bewahren. Aber ist es nicht eine blasse Intellektuellen-Vorstellung, daß wir den Arbeiter, der tagtäglich in der Fabrik am eigenen Leibe acht und zehn Stunden lang verspürt, daß politische Emanzipation noch nicht gleichbedeutend mit sozialer Emanzipation ist, fortwährend vor Illusion vor der bürgerlichen Demokratie warnen müssen? Das ist doch eine intellektuelle Kinderei, mit der wir uns herumschlagen sollen. (Sehr richtig!) Ich habe eine ganz andere Meinung. Die wirkliche Gefahr, die leider nicht nur Gefahr geblieben ist, ist die, daß es Proletarierschichten und Proletariate ganzer Länder gegeben hat, die die Wichtigkeit der Freiheit, der Demokratie, nicht erkannt haben. (Bravo! und Händeklatschen.) Wir haben uns immer mit Recht über das Bürgertum entrüstet, das seine liberalen Prinzipien aufgegeben hat. Ich bin in meiner Kritik vorsichtiger geworden, seitdem ich erlebt habe, wie in Italien dieser Mussolini zur Macht gelangte, weil das italienische Proletariat nicht wußte, welches Gut die Freiheit, die Demokratie ist. (Händeklatschen.)

Was im Süden gilt, gilt für den Osten doppelt und dreifach. (Sehr richtig!) Meine deprimierendsten Stunden in meinem Parteileben erlebte ich in dem Kampf, den ich in der Unabhängigen Sozialdemokratie gegen die Anhänger der 21 Moskauer Punkte führen mußte. (Sehr gut!) Viele Arbeiter haben nicht verstanden, was sie preisgaben, wenn sie sich diesen 21 diktatorischen Bedingungen nicht nur für das Staatsleben, sondern sogar für die eigene Partei unterordneten. (Sehr richtig!) Seitdem haben wir erfahren, was für ein Unglück der Bolschewismus gewesen ist. Darüber, ob der Bolschewismus reaktionär oder revolutionär gewirkt hat, wird später einmal die Geschichte zu urteilen haben. Ohne Zweifel ist es für uns Deutsche, für uns alle in Mitteleuropa ein sehr großes Unglück gewesen, daß der Sieg der Bolschewiki vor dem Sieg der demokratischen Revolution in Deutschland kam. (Sehr richtig!) Wenn wir damals alle an der Demokratie festgehalten hätten, hätten wir sehr viel rascher die Spaltung der Arbeiterklasse überwunden, und ganz andere, größere Erfolge damals erreichen können, als es geschehen konnte, weil ein Teil der Arbeiterklasse gegen die eigene Front gekämpft hat unter Verkennung der Wichtigkeit der politischen Rechte. (Bravo! und Händeklatschen.) Wenn Illusionen zu zerstören sind, so sind es heute nicht mehr diejenigen, die Marx 1848 zerstört hat. Das ist doch ein ganz lächerlicher Buchstabenglaube. Wir müssen die Illusionen zerstören, die heute gefährlich sind, und heute sind es diese antidemokratischen Illusionen. (Sehr richtig!)

Lassen Sie mich jetzt untersuchen, wie die Frage von Monarchie und Republik steht. Ich habe mich über den Wortlaut der Resolution gewundert, in der gesagt wird, daß der Kampf für die Erhaltung der

Republik, mit der sich die Bourgeoisie abgefunden habe, an Bedeutung zurücktritt. Würden die Arbeiter das glauben; das Reichsbanner in seinem Kampf ermüden, Sie würden sich wundern, wie stark die Monarchisten aufs Neue vorstoßen würden. (Sehr richtig!) Es ist doch der Freibrief, den Sie den Monarchisten in Deutschland geben, wenn Sie sagen, daß der Kampf an Bedeutung verliert! (Händeklatschen.) Also so geht es nicht. Richtig ist, die Monarchisten haben eine schwere Niederlage erlitten, ihr Anhang in den Massen geht zurück. Die monarchistische Treue ist keine Heringsware, die man auf zwei Jahre einpökeln kann, monarchistische Ergebenheit kann nicht wie eine Aktie behandelt werden, die man bei einer Bank „in Kost“ gibt, und die man nach zwei Jahren zurückfordern kann, wenn der Kurs günstiger ist. Aber wenn das richtig ist, und wenn es auch richtig ist, daß der akute Kampf gegen die Republik heute nicht mehr so gefährlich ist, was folgt daraus? Folgt daraus nicht, was von größter Wichtigkeit ist, daß gewisse Gegensätze um die Staatsform im bürgerlichen Lager zurücktreten, daß die Vereinheitlichung der bürgerlichen Reaktion leichter wird, und daß damit ein Weg frei wird, den ich von jeher für gefährlicher gehalten habe als den Weg zur Monarchie? Wir haben in Deutschland Glück gehabt, wir haben so viel Monarchen, und die Auswahl ist sehr schwer. (Heiterkeit.) Aber wenn es nicht mehr um Republik oder Monarchie geht, so kann sich doch die gesamte Reaktion in Deutschland umso leichter in dem Kampf gegen die Demokratie und für den Faschismus einigen. (Sehr richtig!) Das ist die Aenderung. Die Deutschnationalen haben sich den Weg zum Faschismus leichter und freier gemacht, indem sie den Weg zur Monarchie beiseite gelassen haben. (Sehr richtig!) Die Gefahr, nicht für die Republik — das gebe ich zu —, nicht für die Staatsform, aber für den wirklichen Inhalt und Umfang der Demokratie ist außerordentlich gerade dadurch vergrößert worden, daß die Deutschnationalen ihre monarchistischen Ideen auf zwei Jahre eingepökelt haben. (Sehr richtig!) Infolgedessen brauchen wir uns über die Formel, es handle sich um Republik und Monarchie, nicht zu streiten. Wir müssen uns aber bewußt sein, daß, wenn wir die Republik nicht mehr verteidigen, wenn wir das Proletariat nicht mehr mit dem Bewußtsein des hohen Wertes der Republik fortgesetzt erfüllen, die Republik sofort aufs neue gefährdet wäre. Der Kampf Republik und Monarchie steht also augenblicklich in dieser Formulierung nicht im Vordergrund; aber er hat sich gewandelt zum Kampf: Faschismus gegen Demokratie. (Sehr richtig!) Wir würden den schlimmsten Fehler begehen, wenn wir dem Proletariat sagen würden: politisch brauchst du dich weniger zu sorgen, es kommen jetzt nur die materiellen Fragen in Betracht.

Diese Entwicklung zeigt uns auch die Gefahren, die die neue Rechtsregierung im Reich bedeutet. Das Zentrum ist sehr stolz, daß die Deutschnationalen die Richtlinien angenommen haben, daß Graf Westarp die Verlängerung des Republikschutzgesetzes beantragt und dafür gestimmt hat. Das ist vom parteipolitischen Standpunkt des Zentrums und sogar der Republikaner ein politischer Erfolg. Es ist eine Schwächung der Position der Deutschnationalen. Aber ich halte die Siege des Zentrums für trügerisch, weil es den Deutschnationalen nicht gerade um die Form der Monarchie geht, sondern um die Wiedererlangung ihrer sozialen Herrschaft über das deutsche Volk. (Sehr richtig!) Das ist die große Täuschung der Zentrumsarbeiter. Das Zentrum hat es wiederum meisterhaft verstanden, den Zentrumsarbeitern zu sagen: Was wollt Ihr, die Rechtsregierung ist glänzend, wir haben die Republik gesichert. Es gibt Parteigenossen, die dieselbe Auffassung vertreten.

Nein, darauf kommt es den Deutschnationalen nicht an, und darauf kann es den Zentrumsarbeitern nicht ankommen. Worauf es beiden ankommt, ist der soziale Inhalt der Republik. Es besteht die große Gefahr, daß man mit solchen politischen Konzessionen die Zentrumsarbeiter über den reaktionären Inhalt dieser Regierung täuscht. (Sehr richtig!) Wir haben allen Grund, das aufzudecken. Denn in der Tat besteht die Gefahr, daß der schwarz-blaue Block der Vorkriegszeit sich unter Umständen für lange Zeit festsetzt. Ich glaube nicht, daß wir und die Zentrumsarbeiter daran politisch ein Interesse haben.

Eine zweite Täuschung des Zentrums muß von vornherein verhütet werden. Es handelt sich um den sogenannten Kulturkampf. Ich bestreite gar nicht, daß es eine große Zahl von Leuten gibt, die es durchaus ehrlich meinen, deren religiöse Ueberzeugung es ihnen nahelegt, auch den Staat dazu zu benutzen, diese religiöse Ueberzeugung zu stärken und der Jugend nahezubringen. Aber ich glaube, die Schichten der Wirtschaft und der Politik, die jetzt den Kulturkampf führen wollen, denen geht es wirklich nicht um die Religion, denen geht es darum, daß das Zentrum an die Seite der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei gekettet bleibt, damit unterdessen Großkapital und Großgrundbesitz herrschen können. Diese Entfesselung des Kulturkampfes in Deutschland ist ein sozial-reaktionärer Anschlag. Für uns gibt es nur eine Methode, dem entgegenzutreten. Wir müssen den christlichen Arbeitern sagen: Uns trennt nicht die Weltanschauung, nicht eine religiöse Ueberzeugung. Der Kampf, den der Liberalismus gegen die Kirche geführt hat, war in den europäischen Ländern notwendig, wo eine starke einheitliche Kirchenherrschaft mit dem absoluten Königstum sich unmittelbar verbunden hatte. Es ist ohne weiteres aus der Entwicklung der Kirche in Frankreich zu verstehen, daß es eine Hauptaufgabe des französischen Liberalismus gewesen ist, diesen Kampf zu führen. In Ländern mit Kirchentrennung, mit verschiedenen Bekenntnissen, wo eine einheitliche Kirchenherrschaft von vornherein nicht bestand, liegen die Dinge anders, und ganz besonders in der heutigen Zeit, wo die Kirche eine Unmasse geistiger Beeinflussungsmittel besitzt, denen wir nur auf gesellschaftlichem Boden, nicht durch die Gesetzgebung entgegentreten können. Dieser Kampf der Geister wird überhaupt nicht von heute auf morgen entschieden, sondern einmal in einer freieren Gesellschaft, wo die Dinge nicht mehr verhüllt sind, wo die Herrschaftsverhältnisse nicht mehr von der Tradition geheiligt sind, und jeder einzelne auf Grund einer ganz anderen wissenschaftlichen Ausbildung zu diesem Problem wird Stellung nehmen können.

Aber mit unseren sozialen Forderungen, mit unserem politischen Streben haben diese religiösen Gegensätze, diese Weltanschauungsfragen nicht das Geringste zu tun. (Sehr richtig!) Daß religiöse Ueberzeugungen allein durchaus kein Hindernis im Klassenkampf zu bedeuten brauchen, klingt uns Deutschen, überhaupt den kontinentalen Europäern, verwunderlich. Aber gehen Sie nach England! (Sehr richtig!) Hören Sie sich diese Sonntagsprediger an, und Sie werden erstaunt sein, wieviel Mitglieder der Arbeiterpartei, und sogar die radikalsten, darunter sind. Auf diese Erscheinung kann ich hier nicht näher eingehen, aber immer wieder muß den christlichen Arbeitern gesagt werden, unser Schulkampf, euer Schulkampf, ist in Wirklichkeit etwas ganz anderes. Er ist ein Teil unseres sozialen Befreiungskampfes.

Ich habe von der Bedeutung des Besitzprivilegs durch die politische Demokratie gesprochen. Wollen wir den Aufstieg der Arbeiter, wollen wir die Leitung der Wirtschaft durch Vertrauensmänner der Arbeiterklasse, so ist es klar, daß wir die Arbeiterklasse in einem ganz anderen Umfang mit Wissen und technischen Kenntnissen ausrüsten müssen, als was bis heute die Bour-

geoisie der Arbeiterklasse gegeben hat. (Sehr richtig!) Unser Schulkampf ist ein Stück des sozialen Befreiungskampfes. Für uns ist es wichtig, daß wir eine Schule bekommen, die möglichst lange die Kinder aller Volksklassen umfaßt, eine Schule, die wirklich dem einzelnen Proletarier die Möglichkeit gibt, sich fortzubilden, sich für die ganz großen Aufgaben auszurüsten, die er in der Gesellschaft zu erfüllen hat und heute noch nicht erfüllen kann, weil er zu wenig weiß und kann. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist die Brechung des Bildungsprivilegs, die nicht minder wichtig ist als die Brechung des Besitzprivilegs. (Sehr richtig!) Wir müssen die christlichen Arbeiter auffordern, mit uns für eine Schule zu kämpfen, die das Bildungsprivileg beseitigt und den Kindern der Arbeiterschaft die Möglichkeit gibt, nach ihren Fähigkeiten und nicht nach dem Geldbeutel des Papas beurteilt zu werden. (Bravo! und Händeklatschen.) Das ist unser wahrer Kulturkampf. Wir wollen nicht dulden, daß dieser Kampf — der Kampf der Arbeiterklasse ist ein fortwährender Kampf um höheren Anteil an der Kultur — durch sozialreaktionäre Zwecke verfälscht wird, daß Arbeiter gegen Arbeiter wegen privater Anschauungen gegeneinander gehetzt werden, die weder unsere sozialen noch unsere politischen Ziele berühren. (Bravo!)

Welche Konsequenzen ergeben sich aus dem Gesagten? Es ergibt sich für uns wieder eine große staatliche Aufgabe. Wir müssen aus dem Staat das beste politische Instrument machen, das er heute auch nach der neuen Verfassung rein politisch gesehen noch nicht ist. Wir müssen mit größerer Energie als je den Kampf um den Einheitsstaat führen. Der heutige Zustand ist ein Hohn sowohl auf den Gedanken des nationalen Einheitsstaates wie auf den des Föderativstaates. Das Prinzip des Föderativstaates ist die Gleichberechtigung gleicher Teile, die zusammenwirken, um den Gesamtwillen des Staates schließlich zu erzeugen. Diese Gleichberechtigung haben wir nicht. Preuß hat einmal ganz richtig gesagt, daß der Zustand vor dem Kriege keineswegs etwa der eines Föderativstaates gewesen ist, sondern daß er nichts anderes war als ein preußischer Hegemoniestaat in föderalistischer Bekleidung. Nun hat man sich infolge einer Verkettung eigenartiger Umstände bei der Schaffung der neuen Verfassung geradezu einer Sünde sowohl gegen das Prinzip des Föderativstaates als insbesondere gegen das Prinzip der Demokratie schuldig gemacht, und zwar mit der Entrechtung Preußens. Ich sagte: das Prinzip des Föderativstaates ist die Gleichberechtigung gleicher Teile. Preußen umfaßt ⅗ des deutschen Volkes. Es ist im Reichsrat theoretisch mit ⅗ der Stimmen, mit 27 von 68, vertreten. Aber das wäre nicht das Entscheidende. Vor dem Kriege war die Sache doch so, daß in Wirklichkeit Deutschland von Preußen, vom preußischen Königshaus regiert wurde. Kein Reichsgesetz wurde vorgelegt, dem nicht vorher die preußische Regierung ihre Zustimmung gegeben hatte. Das Gewicht der preußischen Stimmen entschied absolut, und die kleineren Staaten wagten nie anders zu stimmen als Preußen. Heute aber ist Preußen ohne jeden staatsrechtlichen Zusammenhang mit der Reichsregierung. Die preußische Regierung hat auf die Reichsregierung keinen anderen staatspolitischen Einfluß als die bayrische; das einzige Organ, durch das sie wirken kann, ist der Reichsrat. Aber dieser ohnehin verminderte Einfluß Preußens wird durch die eigentümliche Art der Vertretung noch aufgehoben, indem in Preußen als einzigem Gliedstaat des Reiches die Provinzialvertretungen eingeführt worden sind. Wir erleben bei jeder wichtigen Abstimmung, daß die Stimmen der Provinzvertreter und die der preußischen Regierung gegeneinander abgegeben werden und sich gegenseitig aufheben. Das Ergebnis ist, daß Preußen bei den Abstimmungen im Reichsrat nur mit drei bis vier Stimmen zur Geltung kommt.

Aber damit nicht genug! Diese ganze Vertretung der Provinzen ist wiederum innerhalb Preußens eine praktische Entrechtung der Sozialdemokratie. Bei den letzten Wahlen in Preußen hat die Sozialdemokratie 25 Prozent der Stimmen bekommen. Die Vertretung der Sozialdemokratie im Reichsrat beträgt dagegen nur 7.5 Prozent. (Hört, hört!) Sie ist vollständig gleich der Vertretung der Demokraten. Wir bilden ein Viertel der Bevölkerung, haben aber im ganzen Reichsrat nur eine Stimme. Umgekehrt hat das Zentrum 17.5 Prozent der Stimmen erhalten, ist aber im Reichsrat mit 38.5 Prozent vertreten. Es hat also eine mehr als doppelte Vertretung, als sie ihm nach seiner Bedeutung in der Wählerschaft zukommen würde. Dieser Zustand bedeutet eine Entrechtung der preußischen Bevölkerung. Er widerspricht jedem Prinzip der Demokratie und ist auf die Dauer unerträglich. (Zustimmung.) Der jetzige Zustand bedeutet eine außerordentliche Verstärkung des Gewichts der kleinen Länder, und darunter wiederum des politisch rückständigen Landes, Bayern. Die ganze Art der deutschen Reichsgestaltung ist ja von jedem Standpunkte aus unerträglich. Ich erinnere daran, daß wir im Deutschen Reich 59 Minister, 42 Senatoren und, wenn ich nicht irre, gegen 2000 Abgeordnete halten, die mit 18 Parlamenten insgesamt jährlich 15 Millionen Mark kosten. Aber das wäre noch sehr billig, wenn man den Ministern, Senatoren und Abgeordneten dieses Geld dafür gäbe, daß sie nichts arbeiteten. Aber die Kerle arbeiten, und das bedeutet schon eine solche Verschwendung der Kraft, eine solche Summe von Reibungen und Ressortschwierigkeiten, daß unsere Verwaltung nicht nur die teuerste, sondern auch die reibungsvollste und vielleicht diejenige ist, die in den großen Nationalstaaten mit dem größten Aufwand den kleinsten Nutzeffekt erzielt. (Sehr wahr!) Darüber, was es für die Wirtschaft bedeutet, daß Deutschland nicht abgegrenzt ist nach Wirtschaftsbezirken, sondern nach der Größe des Landesverrats, den die Rheinbundfürsten im Interesse Napoleons begangen haben (Lebh. Zustimmung.), brauche ich nicht lange zu reden. Jeder Frankfurter ist sich bewußt, was für ein Blödsinn seine unmittelbare Landesgrenze ist. (Sehr richtig!) Die Auseinandersetzung zwischen Preußen und Hamburg ist doch für jeden national und wirtschaftlich Denkenden ein Trauerspiel, eine Unerträglichkeit. (Lebh. Zustimmung.) Ich war kurz nach dieser Auseinandersetzung auf einer Konferenz in London, und habe mir den Londoner Hafen angesehen. Der Londoner Hafen ist selbstverständlich ein absolut einheitliches Gebiet; Landesteile, die für die Erweiterung in Betracht kommen, unterstehen einer einzigen Hafenbehörde. Die Hafengemeinschaft ist ungefähr das, was bei uns einem Bundesstaat entsprechen würde, nur unmittelbar der Reichsgesetzgebung unterstellt. Das ist das einzig Vernünftige, ist aber bei uns nicht durchzuführen, solange wir die Partikularstaaten haben.

Alle diese Reibungen und wirtschaftlichen Zerreißungen sind jedoch lange noch nicht das Entscheidende. Wir können in Deutschland nicht zu einer wirklichen Selbstverwaltung der Gemeinden kommen, solange wir nicht die Einheitlichkeit des Reiches haben. In England ist die Sache so, daß die Selbstverwaltung der Gemeinden auch kontrolliert wird, aber doch nicht von 18 Souveränen, von Leuten, die weder wirtschaftlich noch politisch fähig sind, zu kontrollieren. Was soll Schaumburg-Lippe etwa in die Selbstverwaltung hineinkontrollieren? Was wir brauchen, ist allerdings eine Kontrolle der Selbstverwaltung — es gibt keine Selbstverwaltung ohne Kontrolle —, aber eine, die nach großen Gesichtspunkten einheitlich vom Reich ausgeht. (Sehr richtig!) Nur dann kommen wir zu einer wirklichen Selbstverwaltung, wenn die großen Städte wieder das werden, was sie in der Geschichte einmal gewesen sind, und als ihren Stolz betrachten,

wenn sie reichsunmittelbar werden und endlich aufhören, länderhörig zu sein.

Alles das sind Verwaltungsgesichtspunkte. Aber nur in Deutschland existiert die Trennung der politischen und kulturellen Aufgaben, die die Reichspolitik im wesentlichen auf eine Reihe materieller Aufgaben, auf die Sozialpolitik, die Steuerpolitik, die Handelspolitik beschränkt, aber die eigentlichen Kulturaufgaben, die Fragen der Schule, der Hebung der Kultur usw., den Ländern überweist. Alle Kulturaufgaben, die der Politik erst für viele ihren Reiz geben, sind nicht Reichssache, sondern auf die Länder verteilt. Eine einheitliche politische Bewegung für eine große Kulturfrage ist solange nicht denkbar, solange wir sie nicht als Reichsbewegung gleichzeitig mit dem ganzen Elan eines politischen Reichstagswahlkampfes führen können. (Sehr richtig!) Es findet also eine Materialisierung der Reichspolitik statt, die das ganze politische Verhalten unseres Volkes beeinträchtigt. Es handelt sich also bei dieser Länderzersplitterung einerseits um eine Verringerung der Stoßkraft unseres ganzen politischen Kampfes, andererseits darum, daß wir, die wir die großen Aufgaben des Staates erkannt haben, natürlich wollen müssen, daß diese Staatsgewalt auch imstande ist, ihre Aufgaben zu erfüllen. Wir sind also Vertreter einer starken Reichsgewalt, und diese starke Reichsgewalt kann nicht existieren, solange sie nicht die Verwaltung hat. Schon aus diesem Grunde ist die Trennung in Länder, ist diese Zersplitterung Deutschlands nicht erträglich, und infolgedessen gehört die Forderung des Einheitsstaates zu einer unserer wichtigsten Forderungen. (Zustimmung.)

Unsere Hamburger Genossen haben den sehr guten Antrag 172 eingebracht, den ich anzunehmen bitte. In diesem Antrag wird die Einsetzung einer Kommission verlangt, die die besten Wege zu prüfen haben wird, die zum Einheitsstaat führen. Drei Dinge stehen im Vordergrund der Diskussion. Die Frage Groß-Preußen, die Frage, ob es möglich ist, zum Einheitsstaat auf dem Wege der Reichsländer zu kommen, und schließlich die Frage, ob wir einen direkten Weg wählen müssen, ob eine Neuordnung Deutschlands vom Reich aus vorzunehmen ist. Aber schon jetzt möchte ich Otto Braun durchaus zustimmen, wenn er in seiner Schrift „Deutscher Einheitsstaat oder Föderativsystem?“ sagt: „Das Reich muß alle Möglichkeiten, die ihm die Reichsverfassung auf legislativem wie administrativem Gebiete gibt, restlos ausschöpfen, um zum Einheitsstaat zu kommen.“ Ich glaube, daß dieser Kampf um den Einheitsstaat einer der wichtigsten politischen Kämpfe ist, weil er unsere politische Stoßkraft erhöhen wird. (Sehr wahr!)

Wenn dem so ist, wird der Kampf um den Einheitsstaat etwa gedeckt durch die Formel: Kapitalismus oder Sozialismus? Wenn wir durch den Eintritt in eine Regierungskoalition — ich rede nicht davon als einer Notwendigkeit, aber als einer Möglichkeit — etwa den Einheitsstaat in Deutschland verwirklichen könnten, sollten wir dann sagen: nein, unter keinen Umständen? Das ist eine ganz unmögliche Stellungnahme, und schon das beweist, daß man mit der Formel „Kapitalismus oder Sozialismus“ politisch in sehr vielen Situationen gar nichts wird anfangen können. (Zustimmung.)

Die zweite Konsequenz! Wenn die Wirtschaft immer organisierter und der Einfluß des Staates auf die Wirtschaft immer bedeutsamer wird, ist es ganz klar, daß es das Interesse der Arbeiterschaft sein muß, immer größere Möglichkeiten zu haben, sich in der Kommunal- und Länderverwaltung zu betätigen. (Sehr richtig!) Länder sind Verwaltungen und keine staatlichen Hoheitsgebiete. Ich glaube, daß selbst die Gründe, die man von der einen oder anderen Seite gegen eine Koalitionsregierung im Reich vor-

bringen kann, für die Teilnahme an diesen Verwaltungen keineswegs ohne weiteres zutreffen können. (Sehr gut!) Ich erinnere mich an einen Artikel von Dittmann aus der Zeit, als wir in der „Freiheit" einmal über diese Frage diskutierten, in dem Dittmann mit großer Schärfe darauf hinwies, daß von vornherein ein Koalitionsregierungsproblem im Reich ganz anders zu beurteilen ist, als etwa das Problem der Teilnahme an Länderverwaltungen oder, wie es noch immer heißt: an Länderregierungen.

Ich halte es infolgedessen auch nicht für richtig, und zwar habe ich dabei einen konkreten Fall im Auge, wenn etwa bei Bildung von sogen. Länderregierungen plötzlich Forderungen auftauchen, die in Wirklichkeit nur die Reichsregierung angehen. (Zustimmung.) Damit sage ich etwas, was in der ganzen Welt gilt. Für uns war es ja nie ein Problem, im Magistrat einer Kommune vertreten zu sein, auch wenn wir keine Majorität hatten, und ich sehe nicht ein, wodurch sich die kommunale Vereinigung, die Thüringen oder Sachsen heißt, so wesentlich vom Berliner Magistrat unterscheiden sollte. (Sehr richtig!) In Oesterreich ist es auch nicht anders. In Wien, wo die Sozialdemokraten die Majorität haben, sitzen in der eigentlichen Stadtverwaltung neben der sozialistischen Mehrheit auch die christlich-sozialen Minderheitsvertreter. Und in den österreichischen Länderregierungen haben es sich die Oesterreicher unter Mitwirkung der Sozialdemokratie so eingerichtet, daß diese Regierungen nach dem Proportionalwahlsystem gewählt werden. Diese angeblichen Koalitionsfeinde haben verfassungsmäßig dafür gesorgt, daß sie in den Ländern wenigstens das Problem der Koalitionsregierung nicht haben. Wir haben das stärkste Interesse, schon wegen der Erziehung der Arbeiterklasse, ferner, weil es für uns wesentlich ist, wer im Reichsrat sitzt, in den Stadtverwaltungen und Länderregierungen vertreten zu sein. (Zustimmung.) Es ist eine Preisgabe von Machtpositionen, wenn von manchen Parteigenossen auf die Vertretung in den Länderregierungen oft so wenig Wert gelegt wird.

Das gilt für alle Länder mit Ausnahme Preußens. Bei Preußen steht die politische Bedeutung höher als die Verwaltungsbedeutung. Lassen Sie mich endlich etwas sagen, was zu sagen mir ein Bedürfnis ist! Die kommunale Arbeit unserer Genossen in Wien ist gewiß ein glänzendes Beispiel sozialistischer Kommunalpolitik. Aber ich möchte wünschen, daß man hier und da auch einmal etwas darüber erführe, daß schließlich auch der deutsche Sozialist in der Kommune gewisse Leistungen aufzuweisen hat. (Sehr wahr!) Ich verkenne nicht die Bedeutung des Mieterschutzes. Mit Recht werden die großen Verdienste der österreichischen Sozialdemokratie nicht nur, sondern auch der Männer wie Breitner, Seitz, Danneberg und Otto Bauer gerühmt; aber dürfen wir wirklich nicht sagen, was in Preußen geleistet worden ist? (Sehr gut!) daß, so wichtig der Mieterschutz ist, es doch eine ganz andere Sache gewesen ist, Schützer der Republik, Schützer der Demokratie zu sein. (Zustimmung.) Dank Otto Braun und dank namentlich Karl Severing ist es geschehen, daß die Wellen sowohl des Bolschewismus als des Faschismus sich an Preußen gebrochen haben. (Lebh. Zustimmung.) Das war eine welthistorische Leistung. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Die Geschichte wird einst erzählen, was dieser kleine Metallarbeiter aus Bielefeld für Mitteleuropa, ja für ganz Europa geleistet hat. (Stürmische Zustimmung.) Das muß einmal gesagt werden, weil es im Interesse der Sozialdemokratie, im Interesse des Proletariats notwendig ist, der dummen Legende entgegenzutreten, als hätten wir keine Führer, als hätten wir keine Männer. (Stürm. Bravo!) Muß man sich denn nicht schämen — mir passiert das immer wieder —, wenn man mit einem Rechtsstehenden spricht, und dieser Mann sagt: „Ja, Ihr habt den Otto Braun; wir haben keinen solchen Mann", und

wenn dann hier jemand auftritt und erklärt, eine solche Anerkennung sei hündische Liebedienerei! Das ist doch nicht auszuhalten! Wir müssen es lernen, solche Sachen zu sagen, und davon darf uns auch nicht die Angst abhalten: wie sage ich das meinem Funktionär! (Lebhafte Zustimmung.)

Nun lassen Sie mich noch eins ruhig sagen, gerade, weil ich der preußischen Politik ferner stehe. Wir hatten nach dem Weggang Severings schwere Sorgen, ob er in entsprechender Weise ersetzt werden könnte. Diese Sorgen sind heute verscheucht. Wir freuen uns, daß Severing einen Nachfolger bekommen hat, der seine Sache ausgezeichnet macht, und Sie werden Verständnis dafür haben, daß die preußischen Genossen sich Anträge verbitten müssen, die einen Mann auf so exponiertem Posten diffamieren wollen. (Lebh. Zustimmung.) So kann man einen Wahlkampf nicht führen und nicht an die Massen gehen, wenn man sich selbst gegenseitig herunterreißt. (Stürm. Zustimmung.) Wien ist eine stolze Feste im sozialdemokratischen Lager; aber Preußen ist eine stolze Feste im Lager der Republik, und unsere Aufgabe kann es nur sein, es zu einer stolzen Feste im Lager des Sozialismus zu machen. (Erneute stürm. Zustimmung.) Wenn man manche Anträge liest, könnte man meinen, die wichtigste Aufgabe des proletarischen Klassenkampfes in Deutschland sei der Sturz der preußischen Regierung. (Sehr wahr!) Nein, die wichtigste Aufgabe des Klassenkampfes in Deutschland ist der Sturz der Rechtsregierung. (Sehr richtig!)

Wie liegen denn nun die Dinge im Reich, wie steht hier das Koalitionsproblem? Zunächst etwas Negatives! Es ist eine Binsenwahrheit, scheint aber mitunter vergessen zu werden, daß in jedem Staat regiert werden muß. Wenn wir erklären, daß wir unter keinen Umständen mitregieren, unter keinen Umständen eine Regierung unterstützen, so wird eine Regierung von den Gegnern der Sozialdemokratie gebildet werden. (Zustimmung.) Das kann natürlich passieren. Ich glaube auch, im Laufe der Zuspitzung der politischen Kämpfe wird die Situation für eine Koalitionsregierung immer seltener werden, aber wir dürfen doch nicht den Leuten die Verantwortung dafür abnehmen, daß sie sich gegen die Arbeiterklasse vereinigen. (Sehr richtig!) Es hieße doch gerade das Zentrum entlasten, wenn wir erklären würden: unter keinen Umständen eine Koalitionsregierung im Reich! (Zustimmung.) Wir würden doch damit zugleich erklären, die Deutschnationalen müssen unter allen Umständen in der Regierung bleiben. (Erneute Zustimmung.) Ich muß gestehen: ich wüßte nicht, wie ich mit einer solchen Erklärung den politischen Kampf draußen in den Massen eigentlich führen soll. (Sehr gut!) Dieser Formelkram, mit dem wir uns immer wieder behängen wollen, ist ein Verhängnis; wir müssen endlich davon loskommen. Es ist früher, im Obrigkeitsstaat, ziemlich gleichgültig gewesen, wie die Resolution in dem einen oder anderen Wort oder Absatz gelautet haben mag, damals, als wir keinen politischen Einfluß hatten und keine politische Verantwortung übernehmen konnten. Heute, wo wir Politik treiben müssen, wo von uns die Gestaltung des Staatswillens mit bestimmt wird — denn auch die Sozialdemokratie ist ein Teil des Staates, und wenn sie nicht wäre, bestände ein ganz anderer Staat und ein ganz anderer Staatswille —, von vornherein die Formel zu prägen, unter keinen Umständen die Verantwortung einer Regierung zu übernehmen, wäre das Falscheste, was wir überhaupt tun könnten, das hieße, das Spiel der Gegner spielen. (Lebhafte Zustimmung.) Darüber kommt eben kein Sozialdemokrat hinweg. Deswegen haben wir die sehr erfreuliche Erscheinung in der Partei, daß heute kein Mensch mehr aufsteht und sagt, er sei prinzipiell Gegner der Koalitionspolitik. Wenn es aber eine taktische Frage ist, dann können Sie nicht die Taktik

für alle künftigen Fälle binden wollen, dann müssen Sie freie Beweglichkeit statuieren.

Wenn ich über Regierungsbildung im Reich spreche, so lassen Sie mich noch in möglichster Kürze eine Frage erörtern, die im Mittelpunkt des Interesses sowohl als auch im Mittelpunkt der Machtpolitik steht; ich meine die Reichswehrfrage! Unsere Stellung in bezug auf Militärfragen hat sich grundsätzlich geändert. Wir waren vor dem Kriege grundsätzliche Gegner der stehenden Armee und haben demgegenüber die Forderung der Miliz vertreten. Ueber diese Forderung der Miliz haben wir noch nicht endgültig entschieden. Wir haben den dringenden Wunsch, daß die Internationale, die für diese Frage ein Kommission eingesetzt hat, zunächst einmal diese Angelegenheit erörtert. Ich mache gar kein Hehl daraus, daß ich — und ich glaube, auch die große Mehrheit unseres Parteivorstandes — heute Gegner des Milizsystems bin. (Bravo!) Wir sind es, weil heute das Milizsystem — das französische Beispiel zeigt es deutlich — bei der ganz geänderten Technik des Militärwesens die stärkste Form militärischer Aufrüstung darstellt, die überhaupt denkbar ist. (Zustimmung.) Wenn das aber so ist, so ergibt sich daraus, daß unsere Stellung zur Reichswehr keine prinzipiell ablehnende sein kann (Sehr wahr!), daß die Reichswehr an sich ein Wehrsystem ist, mit dem wir uns unter Umständen abfinden können, vorausgesetzt, daß die Abrüstung, die heute eine einseitige ist, zu einer internationalen wird. (Sehr richtig!) Unsere Politik geht nicht dahin, die Reichswehr zu einer Miliz auszubauen, sondern wir sind der Meinung, daß die Stärkung der Demokratie, insbesondere die Machtentwicklung der Sozialdemokratie Bedingungen schaffen wird, in denen die internationale Abrüstung durchzusetzen sein wird. Es gilt also nicht, Kampf gegen die Reichswehr, sondern Kampf um die Reichswehr, um sie immer mehr zu einem zuverlässigen Instrument der Republik zu machen. (Sehr gut!) Das heißt aber: die Reichswehr muß im großen eine Einstellung zur Republik haben, wie sie die von Severing in Preußen geschaffene Schutzpolizei hat. (Sehr wahr!) Glauben Sie, daß das auf dem Wege der Gesetzgebung zu machen ist, oder glauben Sie, daß das eine Frage der Ausführung ist? Sind Sie der Meinung, daß, wenn an Stelle des Genossen Severing Herr Geßler oder Herr Abgeordneter Brüninghaus in der ganzen langen Zeit in Preußen regiert hätten, dann die Schutzpolizei heute ein verläßliches Instrument der Republik wäre? Die Frage der Reichswehr ist keine Frage, die gesetzgeberisch zu erledigen ist, sondern es wird sich darum handeln, die Verwaltung zu bekommen. (Sehr richtig!) Es wird darum gehen, daß der Reichswehrminister diese Politik durchführt. Das ist wiederum eine der großen Aufgaben, deren Erfüllung nur möglich ist auf Grund einer freibeweglichen Taktik.

Dazu noch ein Wort! Wir werden in letzter Zeit mit Angriffen von sogen. radikalen Pazifisten überschüttet. Da wird uns erzählt, wir müßten die Dienstpflicht verweigern, wir müßten in den Generalstreik eintreten. Lassen Sie mich darüber ganz deutlich sein! Nach den Erfahrungen von 1914 — sie waren bitter genug für jeden einzelnen von uns — halte ich diese ganzen Erörterungen für ein müßiges Spiel der Phantasie! (Lebh. Zustimmung.) Wer einen Kriegsausbruch erlebt hat, weiß, welche entsetzliche Utopie es wäre, sich darauf zu verlassen, daß man mit individueller Tat, wie es die Dienstpflichtverweigerung wäre, irgend etwas ausrichten könnte, daß es möglich wäre, etwa einen Generalstreik zu organisieren, vielleicht in aller Ruhe mit Zirkularen des Parteivorstandes. (Heiterkeit.) Nein, wenn die Pazifisten etwas Vernünftiges wollen, dann sollen sie gefälligst unseren Kampf unterstützen. (Lebh. Zustimmung.) Unser Kampf

geht dahin, nicht zu warten, bis der Krieg ausbricht, sondern eine Politik zu führen, die den Krieg unmöglich macht. (Erneute lebh. Zustimmung.) Das ist das Problem, und das bestimmt auch unsere Stellung zum Völkerbund. Der Völkerbund kann ein ganz ausgezeichnetes Mittel der Kriegsverhütung werden. Das hängt wieder davon ab, daß wir in den einzelnen Ländern an Macht zunehmen und die internationale Politik immer mehr beeinflussen können. Die Aufgabe sozialistischer Außenpolitik läßt sich kurz dahin zusammenfassen: Schiedsgerichte, Abrüstung und internationale Vereinbarungen durch den Völkerbund, Aufrichtung eines internationalen Rechts, das die Souveränität der einzelnen Glieder der Staatenfamilie einschränkt.

Nun das Ergebnis! Wenn die Situation so ist, wie ich sie geschildert habe, dann ist und bleibt unsere erste Aufgabe die, wie sie das kommunistische Manifest formuliert hat: es gilt, die Arbeiterklasse zur politischen Partei zu erhöhen. Es gilt für uns, endlich den Zustand zu beseitigen, daß Tausende von Proletariern nicht in unserm Lager stehen. Wenn wir uns das deutsche Parteisystem ansehen, dann müssen wir erkennen, daß es nur möglich ist, weil so viel Schichten, die zu uns gehören, bei den letzten Wahlen bürgerlich gewählt haben. (Sehr wahr!) Nehmen Sie die Deutschnationalen, die arbeiterfeindlichste Partei vielleicht, die es in europäischen Großstädten gibt. Vor dem Kriege waren die Konservativen auf Ostelbien beschränkt. Es hat kaum eine große Industriestadt gegeben, wo Deutschnationale überhaupt kandidiert haben. Heute sind die Deutschnationalen die stärkste bürgerliche Partei in Hamburg, Leipzig und vielen andern Großstädten, weil Tausende von Proletariern, wirklichen Arbeitern, infolge der Verwirrung durch die Inflation und die Nachkriegsereignisse für sie gestimmt haben. Diese loszulösen, ist eine wichtige Aufgabe. Nehmen Sie das Zentrum! Die ganze Macht des Zentrums beruht darauf, daß wir in Deutschland etwas haben, was wir sonst fast nirgends haben, wo eine starke Arbeiterbewegung existiert: die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung in christliche und freie. Ich habe gezeigt, wie diese Spaltung längst überholt ist und keinen Sinn hat, wie sowohl die soziale Gesinnung und die Zielbesetzung bei beiden gleich sein muß. Wir müssen die christlichen Arbeiter immer wieder fragen: warum gibt es keine Spaltung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, warum keine Spaltung des Landbundes? Ihr redet vom christlichen Solidaritätsempfinden. Worin unterscheidet sich denn die Politik der katholischen Thyssen, Klöckner usw. von der Politik der protestantischen Unternehmer? In gar nichts, höchstens darin, daß die Thyssen und Klöckner es manchmal leichter mit den Arbeitern haben, weil hier die politische Gemeinschaft die Kampfkraft der christlichen Arbeiter in solchen Unternehmungen abschwächt. Solange das Christentum nicht den Unternehmer überzeugt, Konzessionen im Klassenkampf zu machen — warum soll es dazu dienen, den Klassenkampf der Arbeiter abzuschwächen? Also es gilt, die ganze Arbeiterklasse als politische Partei zu konstituieren. Ich habe gezeigt, wie die ökonomische Entwicklung in der Richtung geht, daß sie immer mehr den Sozialismus als das unmittelbare Problem der Arbeiterklasse hinstellt. Ich habe gezeigt, wie die Wechselwirkung zwischen Staat und Wirtschaft immer enger werden muß, habe gezeigt, von welcher Bedeutung die Politik für das Arbeiterschicksal ist, also die Notwendigkeit für das Proletariat, die Eroberung der Staatsmacht zur Verwirklichung des Sozialismus endlich zu erreichen.

Wir kennen den Weg, wir kennen das Ziel! Unsere Aussichten sind gut, die deutschnationale Rechtsregierung und die Mitwirkung der andern Parteien bedeuten nichts anderes als die Selbstentlarvung der

Reaktion. Es ist sehr nützlich, daß den Proletariern gezeigt wird, was es bedeutet, daß sie deutschnational und bürgerlich gewählt haben.

Diese Entlarvung der Reaktion ist begleitet von der Selbstzerfleischung der Kommunisten. An den Kommunisten erfüllt sich der Fluch von Halle. Damals habe ich den Leuten gesagt: Ihr werdet untergehen! Entweder werdet Ihr versuchen zu putschen, dann werdet Ihr das Proletariat in Abenteuer verlocken, die sinnlos sind, dann werden Menschenopfer fallen unerhört, ohne jede Wirkung außer der Stärkung der Reaktion. Sie haben geputscht, die Arbeiter sind gefallen, die Reaktion hat gesiegt. (Sehr wahr!) Oder aber, habe ich damals gesagt, Ihr werdet nicht putschen, Ihr werdet versuchen, parlamentarisch zu arbeiten. Was werdet Ihr dann machen können? Dann seid Ihr von vornherein nichts als ein Teil der sozialistischen Bewegung; höchstens daß Ihr ein paar andere Phrasen gebraucht, als wir sie zu reden gewohnt sind. Dann ist es ein Verbrechen, zu spalten, dann müßt Ihr daran zugrunde gehen!

Parteigenossen, die Kommunisten gehen zugrunde — es mag etwas länger oder etwas kürzer dauern. Ich verstehe, daß die Arbeitslosen, die jahrelang das Verhängnis der Arbeitslosigkeit ertragen haben, daß die vielen Verzweifelten, die in der Inflation ihr Geld verloren haben, daß die vielen Leute, die im Kriege jeden andern Glauben als den an die Gewalt eingebüßt haben, vielleicht noch aus einem blinden Instinkt einen kommunistischen Wahlzettel in die Urnen werfen. Aber eine Bedeutung für die sozialistische Bewegung hat die Kommunistische Partei gar nicht, sie ist verloren! (Sehr richtig!)

Parteigenossen! Ein großer Sieg der Sozialdemokratie erscheint als möglich. Ich sage nochmals: wir kennen den Weg, wir kennen das Ziel. Wenn wir kämpfen unter dem Wahlspruch: treu dem sozialistischen Prinzip, unbeirrbar im Ziele der Eroberung der Staatsmacht, aber freie Beweglichkeit für unsere Taktik, dann wird aus der Möglichkeit des Sieges die Wirklichkeit des Sieges werden! (Stürmischer Beifall.)

Vors. **Eggerstedt:** Wir kommen zur Aussprache. Als Erste hat das Wort

Tony Sender, Dresden: Es wäre wünschenswert gewesen, daß man erst eine Pause hätte eintreten lassen, damit man das Referat verarbeiten und in ruhigen Ausführungen die Auseinandersetzung vornehmen können. Das ist heute aber leider nicht möglich, kann aber doch als Hinweis für künftige Tagungen verwertet werden. Ich möchte meinen Darlegungen eine prinzipielle Erklärung vorausschicken. Man hat in der sozialistischen Bewegung der Welt lange Zeit die Begriffe Reformismus und Revolutionismus als Gegensätze gegenübergestellt. Wir sind uns heute wohl einig darin, daß die beiden Begriffe keine Gegensätze mehr sind. Diejenigen, die für revolutionäre Methoden eintraten, haben die Arbeit für soziale Reformen niemals abgelehnt, zunächst weil wir im Gegensatz zu den Kommunisten der Ueberzeugung sind, daß nicht mit einem verelendeten Proletariat die neue Welt aufgebaut werden kann, sondern daß eine gewisse Sicherung der Existenz die Voraussetzung dafür ist, daß dieses Proletariat die intellektuelle Befähigung hat, diesen Aufbau zu vollbringen. Dann müssen aber auch die Arbeiter das Vertrauen in die proletarischen Vertreter haben, daß sie fähig sind nicht nur zur Kritik, sondern auch zur konstruktiven Aufbauarbeit, und diese Befähigung können und müssen wir heute bereits zeigen. Auf der andern Seite hat die Tatsache der Revolution von 1918 bewiesen, daß bei aller Anerkennung der Notwendigkeit von Reformen die Entwicklungsform in Gestalt der Revolution nicht verneint werden kann, und daß darum

auch die Ideologie von der Möglichkeit eines Hineinwachsens in den Sozialismus falsch ist. Wenn etwas dazu angetan ist, diese Illusion zu zerstören, so ist es gerade die internationale Entwicklung der letzten Zeit. Der schwedische Genosse hat in seiner Rede bei der Eröffnungssitzung darauf hingewiesen, daß es sehr viel schwerer sei, die letzten Mandate zu erobern. Ein noch drastischeres Beispiel ist die Entwicklung in Großbritannien, das lange das Beispiel der klugen Kapitalisten gewesen ist, die das Großwerden einer selbständigen Arbeiterbewegung hintanhalten wollten durch die Gewährung von Zugeständnissen. Heute sehen wir, daß, nachdem sich eine selbständige Arbeiterbewegung herausgebildet hat, dort die Bourgeoisie und der Kapitalismus zu entgegengesetzten Methoden übergegangen sind. Diese Anti Trade Union Bill ist der deutlichste Ausdruck dafür, daß in zwei Epochen der Arbeiterbewegung die Bourgeoisie Neigung hat, zu gewalttätigen Methoden überzugehen. In den Anfangsstadien der Arbeiterbewegung glaubte sie, das Großwerden der Bewegung völlig hintanhalten zu können, so wie es Bismarck durch sein Sozialistengesetz versuchte. Ebenso sehen wir, wie in der Epoche, da eine selbständige Arbeiterbewegung erstarkt und zu einer Bedrohung für den Bestand der herrschenden Ordnung geworden ist, die Bourgeoisie die friedlichen demokratischen Methoden zu verlassen sich anschickt, Neigung hat, die Demokratie zu beseitigen und durch Anwendung von Gewalt sich selbst an der Macht zu halten.

In Deutschland haben wir eine besonders schwierige Lage dadurch, daß die deutsche Republik nicht das Werk des liberalen Bürgertums, sondern der deutschen Arbeiterschaft ist. Eine andere Schwierigkeit war die, daß die Republik geschaffen wurde im Augenblick der Niederlage nach einem verlorenen Krieg, also zu einer Zeit, als es Aufgabe der Republik war, sich mit den ehemaligen Gegnern in einer Weise auseinander zu setzen, daß der Weg friedlicher Verständigung beschritten wurde. Manches aus dieser Zeit mag zur Kritik Veranlassung gegeben haben, aber wir wollen heute nicht vergangene Taten kritisieren. (Sehr richtig! und Zurufe.) Darüber sollten Sie nicht lächeln, denn Sie sehen, mit welchem Ernst wir an die Auffindung der besten Wege für den Sieg des Sozialismus herantreten. Wir können sagen, daß das Stadium des akuten Kampfes gegen die Republik in der Periode liegt, die jetzt einen gewissen Abschluß gefunden hat. Im Zusammenhang mit diesem Gedankengang hat Hilferding eine merkwürdige Auslegung der Feststellung gegeben, die in unserer Resolution enthalten ist. Wer kann sagen, daß wir den Arbeitern erklären wollten: ihr braucht nicht mehr um die Republik zu kämpfen? In diesem Kampf um die Republik hat stets die ganze Arbeiterschaft ihren Mann gestanden, wie immer sie auch zu den Fragen der Taktik gestanden hat. (Sehr wahr!) Wenn wir auch alle zusammenstehen in dem festen Willen, uns von dem Kampfboden nicht verdrängen zu lassen, müssen wir doch erkennen, daß jetzt ein Stadium eingetreten ist, wo sich die Bourgeoisie mit der Republik abgefunden hat, weil die Republik noch nicht die Republik der Arbeiterschaft geworden ist, sondern es den Kapitalisten noch ermöglicht, vielleicht in noch krasserer Form als vorher ihre wirtschaftliche Macht aufzurichten. Während die Sozialdemokratie früher genötigt war, häufig die Innenpolitik hinter der Außenpolitik zurückzustellen, ist jetzt die Deutschnationale Partei dazu übergegangen, ihre mit so großem Phrasenschwall vertretene nationale Außenpolitik hinter der Innenpolitik zurückzustellen. Der Kapitalismus ist erstarkt.

Welches ist die Lehre, die wir aus dieser Tatsache zu ziehen haben? Es ist die, daß eine aufstrebende Klasse in der Regierung stets genötigt sein wird, die größten Opfer zu bringen; daß wir trotzdem auch gewisse Erfolge hatten,

verneine ich nicht, aber es ist viel leichter für Parteien, die Vertreter der bestehenden Ordnung sind, Erfolge in der Koalition zu erreichen, weil diese Koalitionen auf der Basis des bestehenden Systems abgeschlossen werden müssen, und schon in diesem Sinne muß die Sozialdemokratie als Partner der Koalition zunächst die opfernde Partei sein. Aber für die Sozialdemokratie in der Koalition, besonders im Reiche, ist eine andere Gefahr enthalten, nämlich die Gefahr eines verhängnisvollen Einflusses auf die Ideologie der Massen, die hinter uns stehen. Ich habe in Debatten sozialistischer Körperschaften zuweilen den Satz aussprechen hören: im Grunde müssen in einer Republik die Sozialdemokraten immer in der Regierung sein. Diese gehen von der Fiktion aus, als sei die Beteiligung an der Regierung in jedem Falle eine Machtstellung. Das trifft nicht zu. Sie kann nur dann eine Machtstellung sein, wenn starke, aktive, soziale Kräfte in der Gesellschaft hinter der Regierung stehen, wenn wir auch in der Gesellschaft uns eine Machtstellung erobert haben. Sie werden vielleicht entgegenhalten: das ist eure Scheu vor der Verantwortung! Wir haben keine Scheu, eine Verantwortung für unsere Politik zu übernehmen, aber wir scheuen davor zurück, eine Verantwortung tragen zu müssen für eine Politik, die in starkem Maße von dem bürgerlichen Teil in der Regierung beeinflußt ist. (Sehr richtig!) Hilferding hat darauf hingewiesen, daß die bürgerlichen Parteien nur deswegen so stark sein können, weil sie noch breite Arbeiterschichten hinter sich haben. Die wichtigste Aufgabe der Sozialdemokratie in der Gegenwart ist, zur Machtverstärkung der Sozialdemokratie jene Schichten zum Klassenbewußtsein zu erwecken, die den bürgerlichen Parteien noch folgen. (Sehr wahr!) Wie aber können wir die Arbeiter zum Klassenbewußtsein erziehen? Nicht, indem wir mit den Bürgerlichen in einer Regierung zusammenarbeiten. Sie werden mir darin zustimmen, daß immer viel wirksamer als alles Predigen der praktische Anschauungsunterricht ist. Hilferding hat erklärt, daß es recht erfreulich sei, daß die Deutschnationalen regieren. Er sagte ausdrücklich: sie sollen regieren! (Widerspruch von Hilferding.) Wir haben die Regierung der Deutschnationalen nicht herbeigeführt, aber da die Regierung des Bürgerblocks Tatsache geworden ist, hat sie den breiten Massen bereits eine Reihe von Unterrichtsstunden gegeben, die ihre Wirkung nicht verfehlen werden. Die Regierung hat gezeigt, daß sie bestrebt ist, auf sozialpolitischem Gebiet reaktionäre Maßnahmen zu treffen. Sie hat ein Attentat gegen den Achtstundentag versucht, sie ist bestrebt, die großagrarischen und großindustriellen Kreise gegen die Arbeiterschaft und das Kleinbürgertum und Bauerntum zu schützen. Wir glauben, daß diese Tatsachen aufklärend wirken werden. Haben wir nicht bereits das Erwachen der Kleinbauern, die sich vom Landbund losgelöst haben? Sehen wir nicht die starke Gärung in den Reihen der christlichen Arbeiter? Ist es ein Zufall, daß gerade in den letzten Monaten, da wir gegen die Bürgerblockregierung in Opposition stehen, dieses Erwachen und diese Gärung sich so stark geltend machen? Man soll nicht sagen: ihr wollt nur die bequeme Opposition. Wir fassen die Opposition nicht als etwas Bequemes auf. Das unterscheidet uns von der Taktik der Kommunisten, die eine sehr bequeme und darum wirkungslose Opposition machen. (Sehr gut!) Wir wollen auch in der Opposition konstruktive Arbeit leisten und haben das in den verschiedensten Ausschüssen des Reichstags bewiesen. In einer Aera, die von Hilferding treffend geschildert wurde, wo der Uebergang zur gesellschaftlichen Produktion immer deutlicher wird, wo der Kapitalismus seine eigenen Prinzipien mehr und mehr aufgibt, sehen wir uns einer organisierten Wirtschaft gegenüber, in der bereits die produktiven Kräfte mit der Aufnahmefähigkeit des Marktes in Wider-

spruch geraten sind, in einer Entwicklung der Produktionsregelung und Planwirtschaft, soweit überhaupt von einem Plan bei dieser kapitalistischen Wirtschaft die Rede sein kann, die durch künstliche Beschränkung der Produktion erreicht wird. Dieses Regime ist zu einer Hemmung der Entwicklung des Wohlstandes des Volkes geworden. Im Schoße der alten Gesellschaft haben sich bereits die neuen Formen herangebildet, die uns die vorbereitende Arbeit für die Uebernahme der Produktion durch die sozialistische Gesellschaft gewiesen haben. Die Schlußfolgerung ist hieraus, daß die objektiven Voraussetzungen für den Sozialismus in weitgehendstem Maße gegeben sind. Für uns erwächst daraus die Aufgabe, dazu beizutragen, die subjektiven Voraussetzungen für die Durchführung des Sozialismus zu schaffen (Sehr richtig!), d. h. dahin zu wirken, daß das Klassenbewußtsein in den noch nicht klassenbewußten Schichten geweckt wird. Das wird am besten durch die Tatsache geschehen, daß wir Klarheit über die Verantwortung der politischen Parteien und auch über die Verantwortung schaffen, die die Sozialdemokratie nicht zu tragen hat. (Sehr richtig!) Wenn wir erkennen, in welchem entscheidenden Stadium wir stehen — Hilferding selbst sagt, daß unserer Generation diese Aufgabe der Realisierung der wirtschaftlichen Aufgabe des Sozialismus gegeben sei —, dann stellen wir uns auf den Boden der Demokratie ohne jedes Beiwort, zu der wir unsere Massen ja erziehen. Wenn aber Hilferding weiter anfügt — auch hierin stimmen wir mit ihm überein —, daß wir keine Prediger der Gewalt sind, so lehnen wir wohl als Sozialisten Gewalt ab, aber wir werden nicht allein über die Methode der Auseinandersetzung zu entscheiden haben. (Sehr richtig!) Sie wird uns auch vom Gegner diktiert werden. Das aber legt uns die Pflicht auf, die Möglichkeiten beider Methoden erkennend, uns auch auf beide Möglichkeiten vorzubereiten. (Bravo! und Händeklatschen.) Die theoretische Anerkennung beider Methoden genügt aber nicht, sondern man muß auch in der Aktionsmöglichkeit der sozialistischen Massen die Voraussetzungen dafür schaffen. (Zuruf.) — Das Reichsbanner ist keine Theorie, aber Sie werden mir zustimmen, daß das Reichsbanner auch nicht das Instrument zur Durchführung der sozialistischen Weltanschauung ist. (Erneute Zurufe.) Sie werden mir zustimmen, daß darüber hinaus auch in den Reihen der sozialistischen Massen eine Vorbereitung für diese Möglichkeiten der gewaltsamen Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus geschaffen werden muß.

Nun wird uns von den Genossen, die in der Taktik eine andere Auffassung vertreten, zugerufen: mehr Wille zur Macht. Mehr Wille zur Macht, als wir alle haben und haben müssen in dem Sinne, daß wir zur wachsenden und zur schließlich entscheidenden Macht im Staate werden, kann man mit aller Realpolitik auch nicht beweisen!

Zum Schluß einige Bemerkungen zu der Frage, wie unsere Auseinandersetzungen zu führen sind! Wir mögen über Wege und Methoden streiten, die uns am raschesten zum Ziele führen. Ich habe die Ueberzeugung, daß unsere Partei vielleicht die einzige Partei in Deutschland ist, die diese Auseinandersetzungen nicht nur ertragen kann, sondern die bei sachlichen Auseinandersetzungen nur gewinnen wird. (Sehr richtig! und Zuruf: Aber sie müssen sachlich sein!) Wir sind ja auch die einzige Partei in Deutschland, die nach der Revolution ihr Firmenschild nicht zu ändern brauchte. Wir konnten das Firmenschild und auch unser altes Programm in seinen Grundlinien aufrechterhalten. Wir könnten heute, nachdem die Sozialisten wieder geeint sind, noch stärker als bisher unsere Organisation zu der Gemeinschaft machen, auf die alle jene Menschen mit Vertrauen blicken, die eine Freude an den geistigen Auseinandersetzungen haben, weil es ihnen auf Gestaltung ankommt, weil

sie wünschen, daß alles, was lebendig in der Gesellschaft ist, sich zu einem starken Aufbau zusammenfindet. Nur so ist auch unsere Arbeit für den Sozialismus und für die Partei gemeint. Wir wollen einig sein im Willen zur Macht, nicht aber im Scheine der Macht! Wir wollen einig sein im Willen zur Schaffung der Einigkeit und Herbeiführung des Sieges des Proletariats. (Bravo! und Händeklatschen.)

Ferl, Magdeburg: Ich habe mich gemeldet, um durch meine Ausführungen dazu beizutragen, den Glauben zu zerstören, daß die Massen die Politik der Partei und die Koalitionspolitik nicht verstünden.

Zunächst möchte ich einiges über das Reichsbanner ausführen. Ich glaube, als Mitglied des Bundesvorstandes dieser Organisation, dazu berechtigt zu sein. Ich bedaure, dem Genossen Schreck, der einen Zwischenruf machte, in der Beurteilung des Reichsbanners nicht folgen zu können, obwohl ich sonst mit ihm in Fragen des Junglozialismus, der Jugend und des Arbeitersportes meist konform gehe. Hilferding hat mit Recht vor aller Oeffentlichkeit festgestellt, daß die Sozialdemokratie dem Reichsbanner für die Unterstützung zur Erhaltung der Republik dankbar sein kann. Ich weiß, daß sehr oft die Meinung vertreten wird, das Reichsbanner störe die sozialdemokratische Organisation. Wir haben in unserm Bezirk ganz andere Erfahrungen gemacht. Wenn das Reichsbanner in einigen Bezirken zu einer Konkurrenzorganisation zur Partei werden konnte, so liegt das sehr oft an gewissen Unterlassungssünden unserer Organisatoren. (Sehr richtig!) Aber darüber kein Wort mehr! Wir brauchen das Reichsbanner auch deswegen, weil es bei geschickter Agitation zu einem Reservoir für die Partei werden kann.

Bei dieser Debatte geht es um die Koalitionspolitik. Ich bedaure, daß die Resolution Aufhäuser und Genossen so unklar ist. Ich vermute aber, daß die Resolution nicht ohne Absicht unklar gehalten ist. Ihre Annahme würde in den Massen den Eindruck erwecken — ich will vor dieser verhängnisvollen Ideologie warnen —, als ob es für die Sozialdemokratie nur noch Opposition und keine Koalition geben könnte. Ich bedaure auch, daß in einem Berliner Antrag davon die Rede ist, die Partei dürfe ihre Politik nicht etwa mit Rücksicht auf ihre Stellung in Preußen einrichten. Das wollen wir nicht tun! Aber hüten wir uns, etwa dem Zentrum in Preußen den Rechtstitel für die Sprengung der Koalition zu geben! Täten wir das, dann hätten wir der Sozialdemokratie und der Arbeiterschaft den schlechtesten Dienst geleistet. (Sehr richtig!)

Organisation und Partei leiden unter der Koalitionspolitik nicht, wenn sie nötig ist. Wir sind ja ein sogenannter „vorstandstreuer" Bezirk. Wir haben immer Wert darauf gelegt, daß bei aller Verschiedenartigkeit der Meinung über die Koalitonspolitik nach außen die Geschlossenheit des Bezirks gewahrt wurde. Würde das überall gemacht, so könnte die Partei noch ganz andere Belastungsproben auf sich nehmen.

Wir kommen nicht darum herum, immer wieder die Frage zu stellen, ob wir mitregieren oder den andern den Einfluß lassen wollen. Unsere Genossen draußen im Lande, die die Kleinarbeit machen müssen, und sich die redlichste Mühe geben, ihr Bestes im Interesse der Partei und der Arbeiterschaft zu tun, erkennen am deutlichsten, wie schwer die Kleinarbeit in dem Augenblick wird, wo wir nicht mehr an der Reichs- oder Landesregierung beteiligt sind. Auf dieses Urteil der Funktionäre draußen müssen wir ein klein wenig Wert legen. Hilferding leitete seine Ausführungen mit der Erklärung ein, die bewußte Tat, der Aktivismus sei der richtige Marxismus. Er hat uns zum überwiegenden

Teil aus dem Herzen gesprochen. Die Partei muß aktiv nach jeder Richtung sein, und vielleicht auch beachten, daß eine Organisation, die früher auf Gewaltmethoden nicht verzichtete, der Stahlhelm, in der letzten Zeit, nach der Umwandlung ihrer Leitung, die Parole ausgab: Hinein in den Staat. Greifen wir die Parole auf! Dann werden wir erkennen, daß die beste Arbeit für die Arbeiterschaft und das Proletariat die von Hilferding geforderte Aktivität ist. Heran an den Staat, damit die Interessen der Arbeiterschaft richtig gewahrt werden! (Bravo! und Händeklatschen.)

Eckstein, Breslau: In dem Kampf gegen den Millerandismus, heute Koalitionspolitik genannt, hat Rosa Luxemburg seinerzeit das Wort ausgesprochen, daß niemand etwa verantworten könne zu sagen, daß Koalition um keinen Preis gemacht werden dürfe; daß es Augenblicke in der Arbeiterbewegung gebe, wo um des Lebens der Arbeiterbewegung selbst willen ein Zusammenwirken mit bürgerlichen Parteien notwendig sei. Die Rede von Toni Sender hat gezeigt, daß wir darin einig sind. Ich darf aber zur Unterstützung der Ansicht, die ich aussprechen will, auf zwei Worte des Genossen Hilferding aufmerksam machen. Er sagt einmal, daß noch unserer Generation das Problem des Sozialismus gestellt ist. In seinem Referat hat er weiter betont, daß der Sturz des kapitalistischen Systems nur die bewußte Tat der Arbeiterklasse sein kann. Ich glaube, man kann zur Interpretation dieses Wortes von der bewußten, revolutionären Tat der Arbeiterklasse sprechen, und zwar deswegen, weil nicht anzunehmen ist, daß sich die Kapitalisten ihre Profite auf legalem Wege wegnehmen lassen werden. Ist das der Fall, so kann man bei aller Anerkennung der zeitweisen Notwendigkeit von Koalitionen für absehbare Zeit — und nur für diese kann der Parteitag Richtlinien geben — sagen: die Periode der Koalitionspolitik ist vorüber! Es ist doch kein Zufall, daß Hilferding konstatieren muß, daß Tausende von Proletariern bisher nicht für uns zu gewinnen waren, und heute zu einem größeren Prozentsatz als vor dem Kriege Industrieproletariat nicht bei uns, sondern bei den Deutschnationalen und im Zentrum organisiert ist. Vielleicht ist das aus der Tatsache herzuleiten, daß wir uns in unserer Politik für dieses Proletariat nicht wirksam und verständlich genug von anderen Koalitionsparteien unterschieden haben. Die Gefahr ist weiter, daß in Deutschland sehr oft die Koalition aus einer Frage der Zweckmäßigkeit zu einer solchen der Gesinnungsgemeinschaft gemacht wird. Ich erinnere daran, daß der Kampf für die Wahl von Marx zum Reichspräsidenten in einem „Volksblock" geführt wurde, womit die Gemeinsamkeit nationaler Interessen ausgedrückt werden sollte. Aber diese Gemeinsamkeit von Interessen ist nicht vorhanden, und so kann man auch zu einer kritischen und skeptischen Einstellung zur künftigen preußischen Koalitionspolitik kommen. Allen Respekt vor der Persönlichkeit und den Leistungen des Genossen Severing! Die Frage ist aber, ob die preußische Politik in Zukunft so bleiben kann, ob nicht gerade der von Hilferding proklamierte lebensnotwendige Kampf gegen das Zentrum dadurch unmöglich gemacht wird, daß wir mit dem Zentrum in Preußen verkoppelt sind. Wir dürfen bei dieser Gelegenheit nicht vergessen, daß Preußen auch gezwungenermaßen im Reichsrat in wichtigen Fragen den Bürgerblock unterstützt hat. Preußen, in dem wir in der Koalition führend vertreten sind, hat im Reichsrat für die Beibehaltung der Todesstrafe gestimmt, für das Arbeitszeitgesetz, für das Gesetz zum Schutze der Jugend gegen Schmutz und Schund. (Müller, Berlin: Also raus aus der preußischen Regierung!) — Ich habe das nicht gesagt, und niemand wird diese Forderung stellen. Ich glaube aber, daß sich hier eine Entwicklung anzeigt, die man erkennen und ruhig diskutieren soll, die dazu führen kann, daß wir eines Tages aus der

preußischen Koalition hinaus müssen, weil wir sonst in eine unmögliche Stellung vor den Massen kommen.

Dieser Kampf um die Zentrumsarbeiterschaft scheint mir im Mittelpunkt der sozialdemokratischen Politik der nächsten Zeit stehen zu müssen. Nun sagt man vielleicht, das sei eine reine Agitationspolitik. Aber wenn man auf dem Standpunkt von Hilferding steht, daß noch unsere Generation das Problem des Sozialismus zu lösen hat, daß ferner diese Aufgabe nur durch eine bewußte Tat des Proletariats zu lösen ist, dann muß notwendig — das ist kein Vorwurf, sondern es kann ein Ehrentitel für unsere Politik sein — unsere Politik in erster Linie Agitationspolitik sein. Jede Politik ist schädlich, die nicht agitatorisch wirksam ist. Es besteht die Gefahr, die in der jüngsten Vergangenheit der preußischen Koalition schon angedeutet worden ist, daß diese Koalitionspolitik in Kürze den Massen nicht mehr verständlich ist. (Widerspruch.) Wenn Preußen im Reichsrat für Erhöhung der Mieten ist, so ist das für die Massen nicht mehr verständlich. (Zuruf.) Das ist vielleicht ein einzelner Fall, es kann aber auch ein Symptom für die künftige Richtung der preußischen Politik sein. Wenn die preußische Politik unsere Agitation unter den Massen, die noch nicht klassenbewußt sind, verhindert, dann muß ein Ende mit der bisherigen preußischen Politik gemacht werden. Auf diese These können wir uns alle einigen, über sie ist ein Streit nicht notwendig, nicht einmal möglich. Daß die Zeit der Opposition uns bekömmlicher ist, zeigen die Organisationsziffern des Parteivorstandsberichtes.

Man kann die von mir vertretene Auffassung nicht etwa mit dem Hinweis auf die Kommunisten widerlegen. Kommunistische sinnlose Ablehnungspolitik, sinnlose Zerstörungspolitik hat noch kein Mensch in unserer Partei gefordert. Aber es ist allerdings die Forderung, daß der Generation, die um die sozialistische Gesellschaftsordnung kämpfen will und soll, die Möglichkeit gegeben sein muß, die Gesamtheit des Proletariats für diese Politik zu gewinnen. Man kann auch nicht das österreichische Beispiel dagegen anführen. Die Oesterreicher arbeiten im Lande und in Wien, gezwungen durch den Proporz, auch mit christlich-sozialen Stadträten. Renner wird mir bestätigen, daß zwar christlich-soziale Stadträte gewählt, die amtsführenden besoldeten, d. h. also die ausschlaggebenden, Stadträte aber Sozialdemokraten sind.

Wenn wir wollen, daß der Sozialismus unserer Generation nicht nur als Problem gestellt, sondern auch von ihr gelöst wird, müssen wir die Politik machen, die den Massen verständlich ist und die Schichten des Proletariats für uns gewinnt, die bisher, zum Klassenbewußtsein noch nicht erwacht, uns ferngestanden haben. (Bravo!)

Scheidemann, Berlin: Ich hätte es für richtig gehalten, wenn nach dem ausgezeichneten Vortrag von Hilferding von einer Diskussion überhaupt Abstand genommen worden wäre. (Sehr richtig!) Wenn wir darin einig sind, daß wir den Wunsch haben, nach außen zu wirken und Kraft gegen den Bürgerblock zu sammeln, hätte keine wirksamere Kundgebung stattfinden können als ein Verzicht der Debatte über das Referat. (Sehr richtig!)

Hilferding hat gezeigt, wie die Wissenschaften, besonders die technischen, in den letzten Jahren enorme Fortschritte gemacht haben, er hat auf Kunstseide, Verflüssigung der Kohle usw. verwiesen. Vielleicht hätte er das große Ereignis anführen können, daß ein Mensch in 33 Stunden von Amerika nach Paris fliegt. In dieser Zeit der unerhörtesten Entwicklung, in der alles sich neu aufbaut und ausgestaltet, sich den Bedürfnissen, unter denen wir leben, anpassen muß und auch der Kapitalismus Wandlungen durchmacht und neue

Formen annimmt, dürfen und müssen sich alle umstellen, nur wir Revolutionäre dürften uns den neuen Verhältnissen nicht anpassen, nur wir dürften weiter wie bisher arbeiten nach alten Agitationsmethoden? (Sehr richtig!) Die Resolution 202 ist ein in der heutigen Zeit absolut unverständliches Dokument. Der Kampf um die Erhaltung der Republik sollte zurücktreten können, weil sich die Bourgeoisie mit der Republik abgefunden hätte? Diesen Satz verstehe ich nicht, solange noch Zehntausende rechtsradikaler Menschen, uniformiert, mit Orden und Ehrenzeichen geschmückt, durch die Lande ziehen, von denen wir wissen, daß sie Gegner der Republik sind, wenngleich sie das Gegenteil versichern. Man kann leider noch nicht davon reden, daß die Republik gesichert sei. Diese Republik ist unser Werk, ist sozialdemokratische Schöpfung. Es hing vielleicht am 9. November 1918 das Schicksal Deutschlands von wenigen Minuten ab. Von welcher Seite aus, ob vom Schloß oder vom Reichstag aus, die in Berlin auf den Straßen marschierenden Massen für die demokratische Republik oder für den Bolschewismus in Bewegung gesetzt werden konnten — darauf kam alles an.

Um die Republik zu kämpfen, um den Staat, den wir geschaffen haben, der in Berlin am 9. November und nicht erst in Weimar geschaffen wurde, der in Weimar nur sanktioniert worden ist, ist und bleibt unsere höchste Pflicht. Wir hatten nach Schaffung der Republik, als wir in Weimar saßen, einen sozialdemokratischen Reichspräsidenten, einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten und einen sozialdemokratischen Reichstagspräsidenten. Den Reichstagspräsidenten haben wir inzwischen auch schon wieder einmal abgeben müssen. An Stelle des sozialdemokratischen Reichspräsidenten sitzt Herr v. Hindenburg, der Generalissimus des letzten Kaisers in Berlin als republikanischer Präsident. An Stelle des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten sitzt Herr Marx als Reichskanzler. Warum es so gekommen ist, mag unerörtert bleiben. Nun stellen Sie sich die einfache Tatsache vor, daß wir nach dem Wunsche bestimmter Gruppen vielleicht viele Jahre lang zugucken sollten, wie unsere Republik in Grund und Boden regiert wird (Sehr richtig!), und zwar von Parteien, von denen wir wissen, daß sie nicht mit dem Herzen bei der Sache sind, daß sie sich nur aus „Vernunftsgründen" auf den Boden der Verfassung gestellt haben. Wir sehen ja jetzt, daß sogar Deutschnationale in der Regierung sind, von denen kein Mensch annehmen wird, daß sie den ehrlichen Willen haben, die demokratische Republik zu erhalten. Unter normalen Umständen werden wir eine sozialdemokratische Mehrheit erst in langer Zeit erreichen können. Ob wir sie überhaupt erreichen können, solange die KPD. besteht, ist eine große Frage. Während dieser Zeit sollten wir darauf verzichten, wenigstens einen Teil der Regierungsmacht mit zu übernehmen, weil angeblich die bisherigen Erfahrungen nicht genügen, oder weil die ganze Koalitionspolitik gescheitert sein soll! Wir sind in der Tat vor allen anderen Parteien Deutschlands berufen, an der Regierung dieser Republik, wenn wir sie nicht allein führen könnten, teilzunehmen. (Sehr wahr!) Wie könnten wir denn die Fragen der Sozialpolitik, der Steuerpolitik usw. besser beeinflussen, wenn wir in der Regierung sind oder wenn wir draußen sind? Es wird immer gesagt: Positives könne nicht geschaffen werden. Erstens ist das falsch. Es ist in den Koalitionsregierungen Positives geleistet worden. Aber zweitens: sind wir denn so kurzsichtig, etwa den Standpunkt zu vertreten: nur das ist ein Erfolg, was ich positiv erreiche? Wie wichtig wäre es gewesen, wenn wir durch unsere Teilnahme an der Regierung mancherlei hätten verhüten können? (Zustimmung.) Es gibt eine Menge von Dingen, die uns unbequem genug gewesen sind. Ich erinnere vor allem an das Arbeits-

zeitgesetz, an den Fahnenerlaß usw., Dinge, die unmöglich gewesen wären, wäre die Sozialdemokratie in der Regierung gewesen.

Es handelt sich jetzt für uns darum, so schnell wie möglich so stark zu werden, daß wir in der Regierung den Einfluß ausüben können, der uns zukommt. Wie werden wir am schnellsten stärker? Etwa dadurch, daß wir uns der Regierung fernhalten und sie den anderen überlassen? Die beste Art der Agitation ist m. E. die, entweder in der Regierung zu arbeiten und zu zeigen, was wir im Interesse des Proletariats durchsetzen können, oder aber außerhalb der Regierung scharfe Opposition zu machen. Die Taktik, die darauf hinausläuft: wenn wir nicht in der Regierung sitzen, doch so zu tun, als wenn wir darauf warteten, wieder hineinzukommen und deshalb der Regierung kein böses Wort zu sagen, halte ich für falsch. Daher trete ich für die Politik ein, die ich in der Presse und in der Fraktion oft genug vertreten habe: entweder in der Regierung alle Macht anwenden, um zu erreichen, was möglich ist, oder draußen so deutlich werden, wie es überhaupt nur geht. (Zustimmung.) Wir dürfen nicht vergessen, daß die vielen Millionen unserer Anhänger Wähler, aber nicht alle Staatsmänner sind. Deshalb muß man auch eine Politik treiben, die sie verstehen.

Ein Wort über die Taktik der Deutschnationalen. Die Deutschnationalen sind in die Regierung gekommen durch eine unerhörte Gewissenslosigkeit, durch eine politische Charakterlosigkeit, wie sie vielleicht in der Geschichte der politischen Parteien der ganzen Welt ein zweites Mal nicht vorkommen wird. (Sehr wahr!) Wir müssen selbstverständlich die umgekehrte Politik treiben, eine charakterfeste Politik mit dem Ziel der gewissenhaften Wahrnehmung aller wirklichen Volksinteressen. Warum sind denn die Deutschnationalen schließlich so weit gegangen, sich in geradezu ekelerregender Weise offen zu prostituieren? Weil sie, deren Väter und Großväter Jahrhundertelang in der preußischen Verwaltung gesessen haben, genau wissen, was es bedeutet, in der Regierung zu sein. (Sehr richtig!) Daraus könnten wir lernen, daß es nicht egal ist, ob wir in der Regierung sind oder draußen. Wichtiger ist m. E., daß wir in der Regierung sind. Unsere Aufgabe besteht darin, die Bedeutung der organisierten Massen, die hinter uns stehen, auch in politische Macht umzusetzen. Das können wir nach Lage der Dinge, weil wir die Regierung nicht ganz bekommen können, nur dadurch, daß wir sie wenigstens teilweise in Besitz nehmen. Nun bin ich auf den Einwand gefaßt: es liegt doch nicht allein bei uns, sondern es kommt auch auf die anderen an, wie eine Regierung gebildet wird. Ganz richtig! Deshalb ist es die Aufgabe derer, die betraut werden, Verhandlungen zu führen, eine kluge Taktik obwalten zu lassen. Wenn wir das Stück politischer Macht, das zweifellos die Teilnahme an der Regierung ist, erreichen wollen, müssen wir unter allen Umständen daraus auch die Konsequenzen im Interesse des Proletariats, im Interesse des gesamten deutschen Volkes ziehen. Nach meiner Auffassung ist die Konsequenz, die wir zu ziehen haben, die: den Willen zur politischen Macht praktisch in Ausübung zu bringen. (Lebh. Beifall.)

(Mittagspause.)

Nachmittagssitzung

Den Vorsitz führt **Wels**.

Der Parteitag setzt die Aussprache zu Punkt 5 der Tagesordnung fort.

Lehnemann, Dortmund: Gen. Hilferding hat uns in seinem Referat Wege der Wirtschafts- und der Staatspolitik gezeigt, die die Sozialdemokratie unbedingt einzuhalten hat. Alle diejenigen, die nicht dogmatisch eingestellt sind und nur glauben, unter allen Umständen Recht behalten zu müssen, werden diese Anregungen gern mit nach Hause nehmen und weiterverarbeiten.

Ich möchte die Militärfrage behandeln. Durch den Krieg sind wir alle sehr stark gegen den Militarismus und gegen die Reichswehr eingestellt. Diese an sich verständliche Einstellung bringt es leider mit sich, daß wir allzu oft in eine abfällige Kritik der heutigen Reichswehr verfallen. (Sehr richtig!) Allen diesen Kritikern möchte ich zu bedenken geben, daß der heutige Reichswehrsoldat ein Berufssoldat ist. Wenn er erkennen muß, daß man ihn als überflüssig erachtet, dann ist es dem Fremdkörper in unserem deutschen Militär, dem Offizierskorps, sehr leicht möglich, die Kritik an der Reichswehr bei der Erziehung der Soldaten gegen die Republik auszunutzen. Wir sollten also, statt negative Kritik zu üben, mit positiven Vorschlägen über eine Reorganisation der Reichswehr kommen. In dieser Beziehung können wir dem Gen. Löbe nur dankbar sein, daß er ein Problem bereits angeschnitten hat, nämlich die Rekrutierungsfrage. Viele glauben nun, daß durch die Umstellung der Rekrutierung die ganze Reichswehrfrage gelöst sei; sie vergessen dabei, daß die jungen Rekruten wieder den Offizieren, die Feinde der deutschen Republik sind, ausgeliefert werden. Deshalb kann für uns Sozialdemokraten nicht die Reform, sondern nur die vollständige Reorganisation der Reichswehr Losung sein. Ich freue mich, zu hören, daß die Parteileitung diese Frage bereits in Angriff genommen hat. Man ist sich heute noch nicht klar darüber, ob man ein Milizheer oder eine andere Form des Heeres will. Wir brauchen gar nicht an dem alten System festzuhalten.

Die Ursache unserer Einstellung zum Militär liegt vor allem in der Zweiteilung unseres Heeres. Der Offiziersstand ist durch seine frühere Erziehung zu einem Fremdkörper innerhalb des Militärs geworden. Es ist Aufgabe der demokratischen Republik, diesen Fremdkörper zu beseitigen. Geßler sagte bei der Beratung des Reichswehretats, es seien noch ungefähr 140 Offiziere in der Reichswehr, die aus dem Unteroffiziersstande hervorgegangen seien. Die Unteroffiziere sind aber zu alt, ehe sie Offizier werden. Keiner von denen, die Soldat waren, wird bestreiten, daß im Gegenteil die Offiziere viel zu jung in ihr Amt hineinkommen (Sehr wahr!), daß ihnen die nötigen Lebenserfahrungen fehlen, um Erwachsene zu erziehen. (Zustimmung.) Deshalb muß es unser Grundsatz sein: niemand darf vor dem 25. oder noch besser vor dem 30. Lebensjahr Offizier werden. Soll unsere Reichswehr aber eine Volkswehr werden, dann müssen die Führerstellen auch den Söhnen des Volkes zugänglich gemacht werden. Ein tüchtiger Volksschüler kann durch gute Fortbildungskurse sehr leicht in die Lage versetzt werden, sich innerhalb drei Jahren auf den Stand eines Obersekundaners zu bringen. Deshalb ist es Aufgabe der Reichswehr, Schulen zu schaffen, die jeder Soldat besuchen kann. Am Schluß des ersten Kursus wird durch eine erste Prüfung entschieden, ob er zum zweiten Kursus, in dem er in drei Jahren die Befähigung zum Offizier erreichen kann, zugelassen wird. So wird der Offiziersstand von Söhnen des Volkes besetzt werden können, die die nötige Lebenserfahrung und Verständnis für die Psyche des Volkes besitzen.

Eine andere Frage wäre die Durchbildung des Soldaten zum Einheitssoldaten, damit er nicht zu einer Maschine seiner Waffe wird, sondern innerhalb der kleinen Reichswehr ein Wechsel durchgeführt werden kann. Auf diese Weise würde erreicht, daß der Soldat nicht immer denselben Offizieren ausgeliefert ist. Nach einer einjährigen infanteristischen Ausbildung bekäme er eine artilleristische und eine Nahkampfausbildung, so daß er wirklich Berufssoldat ist.

Ein Heer, das technisch und geistig so durchgebildet würde, wäre auch in Zukunft keine Gefahr mehr für uns; denn die seelische Einstellung der Leute würde infolge der Erziehung eine andere sein. Das Reichsbanner kann m. E. nicht allein Schutz der Republik sein, sondern die Republikaner müssen ein Machtinstrument des Reiches in Händen haben. Unser einziges Ziel muß deshalb sein, aus der Reichswehr eine Volkswehr zu machen. (Beifall.)

Nölting, Frankfurt a. Main: Wenn die Oppositionsstellung, die die Sozialdemokratie gegenwärtig in der deutschen Republik einnimmt, allgemein mit einer gewissen inneren Erleichterung empfunden wurde, so drückt sich darin, wie mir scheint, eine bestimmte sozial-psychologische Situation aus, die ich analysieren möchte. Wir haben das Gefühl, daß wir in dieser Oppositionsstellung leichter um einen seelisch-geistigen Krisenzustand herumkommen, den ich aber nicht abgekürzt und unterbrochen wissen möchte. Aus den vielen Reden und schmerzhaften Protesten, die von dieser Tribüne gekommen sind, geht hervor, daß sich die Sozialdemokratie noch immer in jenem Prozeß der Desillusionierung, der Entzauberung, befindet, von dem schon in Heidelberg viel gesprochen worden ist. Es ist noch immer so, daß bunte Traumlappen von den Augen herunter müssen, daß viele alte Formeln sich versteinert haben. Wenn Gen. Hilferding meinte, man dürfe aus dem Marxismus nicht irgendeine fatalistische Auffassung herauslesen, so stimmt das sicher für die engere wissenschaftliche Interpretation. Aber ich glaube, wir widersprechen uns nicht, wenn ich behaupte, daß in den Massen doch noch stark der Noraglaube an das Wunder herrscht, daß die Massen noch immer sich dem Glauben hingeben, die Schlacht würde dereinst schon gewonnen, ehe sie recht eigentlich begonnen wurde, weil höhere Mächte im Bunde mit uns streiten, so daß man sich darauf verlegen könne, der großen Abrechnung, dem dialektischen Umschlag, der großen Endkatastrophe entgegenzuträumen, die uns aus dem Heute in wundertätiger Explosion in das Morgen hinüberwirft.

Es ist der ungeheure Gewinn der letzten Jahre, daß man uns aus diesem Traum emporgerissen hat. Das ist eine schwere Erschütterung, mit der ich nur die Erschütterung vergleichen kann, die jeder junge Mensch verspürt, wenn er aus traumhafter Jugendzeit in das nüchterne Mannesalter hineingerät. Es ist die Frucht dieser letzten Jahre, daß wir Wirklichkeitsnähe, staatsmännisches Niveau gewonnen haben. Es ist nicht nur die praktische Arbeit eines Severing, sondern auch die bessere theoretische Besinnung vor allem dem Staatsproblem gegenüber, die Frucht, die in diesen Jahren aufging.

Ich darf einmal sprechen von einer doppelten Blindheit, die vielfach dem Staat gegenüber herrscht. Jene Jugend, die in Hofgeismar am Feuer das Deutschlandlied sang, hatte das, was ich die soziologische Blindheit nennen möchte. Wer die Klassenstruktur des heutigen Staates nicht einsieht, ist für mich soziologisch blind. Aber daneben tritt die historische Blindheit, die der hat, der nicht den Bewegungsprozeß anerkennt, der sich im Staate vollzieht, der deklariert: der Staat ist Repressionsinstrument und dabei bleibt es. Wer nicht anerkennt, daß der Staat aus einem Repressionsinstrument zum Emanzipationsinstrument werden kann. Wer heute noch sagt, der Staat sei einfach das Kontor der Schwerindustrie, sieht nichts von der inneren Bewegungstendenz des Staates. Wenn wir diese Bewegungstendenz aus den Augen verlieren würden, dann wäre viel verloren.

Nun gibt es freilich eine ernsthafte Auffassung, die sagt: Ist es überhaupt möglich, daß wir für unsere agitatorischen Bedürfnisse die Dinge so aussprechen, wie sie in Wirklichkeit sind? Brauchen vielleicht nicht die Massen ihre Lebenslüge, gilt auch vielleicht für die Massen das Raabewort: „Unsere tägliche Illusion gib uns heute"? Es gibt Kreise in der Partei, die meinen, wir müssen diesen Massen entgegenkommen, uns herunterschrauben zu ihnen, damit wir sie später heraufziehen können. Dadurch entsteht aber ein unerträglicher Uebergangszustand in der Partei, und diese Belastung könnten wir nicht lange tragen. Dann gibt es ein Augurentum und Pfaffentum, das unter sich eine besondere Sprache spricht, während für das Land draußen eine andere Rednergarnitur verwendet wird, die die Dinge mit grober Frakturschrift zeichnet. Wir haben nicht eine so ungeistige Masse wie die Deutschnationalen. Auf pommerschen Gutshöfen kann man Leuten etwas zumuten, was unsere städtischen Massen nicht hinnehmen. Wenn die Massen sehen, daß Götterbilder keine tätigen Arme haben, stürzen sie sie von den Postamenten herunter. Versprechungen, die nicht erfüllt werden, sind das fürchterlichste Dynamit für jede Bewegung.

Wenn Genosse Scheidemann sagte: jetzt radikale Opposition! — jawohl, gerne, aber nicht solche, die auch nur an die Grenze der Demagogie streift. (Sehr wahr!) Ich möchte, daß wir nicht wieder in purpurnen Traum zurücksinken. Man sagt, die Partei radikalisiert sich. Gewinnt sie an Machtwillen, nimmt sie zu an Leidenschaft, den Gesellschaftszustand zu ändern, dann ist es gut. Ich möchte, daß wir durch diese Wochen und Monate der Opposition, in denen köstlichste Frucht aufgehen kann, ohne Verwilderung hindurchkommen, ohne in das Gestrüpp der Phrase zurückzufallen. Platon hat in seiner ersten sozialistischen Utopie die Musik verbieten wollen für das sozialistische Gemeinwesen, weil Musik weich mache. Man könnte ebenso den Traum verbieten, damit sich die sozialistische Gesellschaft in vagen Träumen nicht entnervt und schwach wird zu Taten.

Damit ist aber das Problem noch nicht gelöst, denn nun ist die Frage: Haben wir dann noch Agitationskraft? Haben wir dann noch Kreise, in die wir hineinkommen, und können wir dann vor allem noch in die Jugend hinein? Ich muß dem Genossen Wels sagen: So einverstanden wir Frankfurter diesmal sonst mit ihm waren, darin sind wir immer noch nicht ganz einig: Die Jugend hat ein unendlich feines Gefühl dafür, wie sich Jugendbewegung und Jugendpflege unterscheidet. Ich glaube, das Wort von der Aufsicht war kein gutes Wort. Wir, die wir den Feldwebel auf dem Kasernenhof beseitigt haben, haben ein feines Empfinden, wo sich etwas vom Feldwebelgeist regen will. Genosse Wels, ich weiß, daß Sie es nicht sind. (Große Heiterkeit.) Wir unterscheiden uns nur in einer Nuance, aber vielleicht ist diese Nuance außerordentlich wichtig. Nicht die Jugend verwildern lassen, aber auch nicht das Gefühl haben, daß sie ein Tollhaus ist, in dem wir gewaltsam Ordnung schaffen müssen. Viel Most muß schäumen, damit guter Wein herauskommt. Die Situation ist deshalb so schwer, weil die Jugend nach der unbedingten Formel verlangt. Da sollten wir schärfer als bisher die Philosophie des Endziels und die Taktik des Weges auseinanderhalten und erklären: es relativiert sich nur die Taktik, aber vom Endziel wird kein Haar breit abgegangen. Wenn der Jugend deutlich gesagt wird, daß die Zielsetzung bleibt und nur der Weg sich relativiert, dann wird die Jugend mit uns gehen können.

Es ist einmal höhnisch vom Parteitag der 50jährigen in der Sozialdemokratischen Partei gesprochen worden. Das zeigt, wie ungelöst für uns noch das Problem unseres Nachwuchses ist. Hier heißt es frühzeitig Ausschau nehmen. Dieses Menschentum, das sich vom Ziel nichts abhandeln läßt und dennoch die Taktik des Weges kennt, fehlt bei uns noch zu sehr, weil die Synthese noch nicht gelungen ist. Organisatorisch sind USPD. und SPD. verschmolzen, aber noch nicht genügend in unserm inneren Bewußtsein. Was einmal Organisationsvorgänge waren, müssen jetzt Bewußtseinsvorgänge werden. Der größeren Spannung in der Partei muß auch ein weiteres Menschenformat entsprechen, Menschen, die Taktiker des Weges und dennoch Gläubige des Zieles sind. Dann können wir es in der Oppositionsstellung aushalten ohne Verwilderung, ohne Nervosität, und doch, wenn die Stunde kommt, die Einschwenkung in die Regierung vollziehen, ohne Scherbenhaufen mit neuem Gefolge und neuen Ideen.

Als der Parteivorstand einrückte, hat das Zwickauer Blatt höhnend geschrieben: sie kommen, sie kommen! — und man hat sich mit Recht darüber entrüstet. Ich möchte, daß den Bürgerlichen, die heute auf der Regierungsbank des Staates sitzen, den wir geschaffen haben, bald wieder dieser Schreckruf, der uns ein Jubelruf war, in die Ohren gellt. Ich möchte, daß wir nicht als zufriedene Spießer, sondern als verbissene Rebellen auf den Bänken der Opposition sitzen, die einsehen, daß eigentlich diese Rangordnung ein Skandal ist und daß uns dieser Platz nicht zukommt. Und ich möchte, wenn die Erfüllung schlägt, wenn es wieder heißt: sie kommen, sie kommen! — nämlich in die Regierung hinein —, daß es dann kein Blatt gibt, das daran eine hämische Bemerkung knüpft. (Lebhafter Beifall.)

Vors. **Wels:** Zu der Wahl ist uns folgende schriftliche Erklärung der Genossin Schroeder eingegangen:

„Ich erkläre in meinem Namen und im Namen der Genossen, die mich vorgeschlagen haben, daß meine Kandidatur zur Kontrollkommission von falschen Voraussetzungen ausgegangen ist, und daß ich aus diesem Grunde die Annahme einer eventuellen Wahl von vornherein ablehne."

Genossin Schroeder, wir nehmen das zur Kenntnis.

Löbe, Berlin: Wir sind dem Genossen Hilferding dankbar für die glänzende und einleuchtende Analyse der ökonomischen und historischen Entwicklung, die er dem Parteitag gegeben hat. Ich glaube, daß alle diesem Teil seiner Ausführungen zustimmen, aber auch diejenigen, die sich berufen fühlen, seine Analyse zu vermehren oder zu bessern, würden dazu in 10 Minuten kaum imstande sein. Wir können uns also nur mit den Schlußfolgerungen befassen, die Hilferding aus seinen Ausführungen zog, ausgehend von der Auffassung: es geht nicht um die äußere Gestalt, sondern um den Inhalt der Republik, ausgehend von Hilferdings Satz, daß der Einfluß der Arbeiterklasse im Staat steigt. Die Auseinandersetzung beginnt bei der Frage: welchen Weg gehen wir, um diesen Einfluß wirksam zu machen und diesen Einfluß zu mehren. Viele überzeugte Anhänger der Regierungskoalition haben in den letzten Monaten den Vorwurf erhoben: ihr hättet die andern nicht in die Regierung hineinlassen sollen, ihr hättet selber hineingehen müssen. Es ist also die falsche Vorstellung entstanden, als ob es an uns gescheitert wäre, während nach dem Sturz des Kabinetts Marx eine erdrückende Mehrheit in der Fraktion bereit war, in die Regierungskoalition einzutreten. (Sehr richtig!) Die Feststellung dieser Tatsache ist mehr als die Korrektur eines Einzelirrtums. Denn es ist wichtig, zu sagen, daß unsere gegenwärtige Opposition keine gewollte, sondern eine von der Machtverteilung

erzwungene ist, und diese Machtverteilung sehe ich nicht als ein schnell vorübergehendes parlamentarisches Mißgeschick an, für das man obendrein noch einen unserer Redner ganz ungerechtfertigt verantwortlich machen will (Sehr richtig!), sondern ich sehe darin eine geschichtliche Etappe der politischen Entwicklung in unserem Lande, die 15 Jahre aus ihrem kontinuierlichen Zusammenhang herausgerissen worden ist, und die wir überdies auch anderwärts beobachten. Die relative Konsolidierung der Wirtschaft, von der Hilferding sprach, hat bisher den Machtbereich der kapitalistischen Wirtschaftskreise allein gestärkt, während auf der Arbeiterschaft noch die Nachwirkungen der Krise und der Rationalisierung lasten.

Aus dieser ökonomischen Entwicklung ergeben sich politische Folgen, nämlich: politisch und wirtschaftlich wird die nächste Zeit dem Kampf und nicht dem Bündnis gehören, wenn die Arbeiterschaft ihre Position wieder erringen will. (Sehr richtig!) Es ist nötig, daß wir uns bewußt darauf einstellen und nicht von 14 zu 14 Tagen uns widerwillig in die Opposition drängen lassen, obgleich wir nach der Koalition schielen. Nicht um andere zu entlasten, wenn sie ohne uns und gegen uns eine Regierung bilden, sondern um die Schlußfolgerungen zu ziehen, wenn sie das getan, wie jetzt. Ich wende mich gegen die Halbheit, gegen die Scheidemann sich bereits gewandt hat in der Erkenntnis, Positives leisten können wir nicht nur bei der Beteiligung an der Regierung, sondern auch durch einen Druck von außen. (Sehr richtig!) Das ist keine Verleugnung der bisherigen Nachkriegspolitik der Partei, die ich für richtig halte. Es ist auch kein Versuch, eine Position wie die preußische aufzugeben, in der wir hoffentlich noch lange wirklichen Einfluß ausüben, sondern soll die Erkenntnis einer jeden Tag sich deutlicher durchsetzenden Entwicklung sein. Wenn ich mich eines militärischen Vergleichs bedienen darf: auf unserm Marsch aus der kapitalistischen Monarchie zum sozialistischen Volksstaat haben wir in der demokratischen Republik einen Stützpunkt gewonnen, der verteidigt werden muß, weil der weitere Vormarsch sonst nicht möglich wäre. Aber die Beteiligung an einer Regierungskoalition ist nicht die einzige Stütze der Republik, und diese demokratische Republik ist nur eine Festung auf unserem Wege, auf dem wir weitermarschieren müssen. Dennoch möchte ich die Geringschätzung, die manchmal gegenüber errungenen Positionen zum Ausdruck kommt, zurückweisen. Am unerfreulichsten auf diesem Parteitag hat wohl die Auseinandersetzung berührt, die wir als persönliche Bemerkung über diesen Gegenstand erleben mußten. Da ist ein Mann, der in unserm Auftrag sechs Jahre lang an der exponiertesten und umstrittensten Stelle steht, der in dieser Zeit vieles gut, manches prächtig gemacht hat, aber vielleicht auch einmal einen Fehler. Nie werden wir aus dem Mund Rosenfelds und seiner engeren Freunde ein Wort der Anerkennung für das hören, was gut und prächtig gemacht ist, etwa für die prompte Ernennung Brechts in den Reichsrat, aber der angebliche Fehler muß breitgetreten werden mit einer Rechthaberei, die so weit geht, zu sagen: ich werde euch beweisen, daß ich 1920 keinen Fehler gemacht habe; aber wenn mir das nicht gelingt — wie kommt Braun dazu, im Jahre 1926 denselben Fehler zu machen? Recht habe ich auf alle Fälle — das muß bewiesen werden ohne Rücksicht auf das Interesse der Partei.

Zum Glück läßt sich der ehrliche deutsche Arbeiter von dieser destruktiven Einstellung nur wenig ankränkeln. Das fühlt man bei dem überwältigenden und ergreifenden Eindruck, den der Aufmarsch der Kieler Arbeiter gestern wieder zeigte. Genossen! In einer Stadt, die seit neun Jahren krankt, weil ihr die Lebensbasis genommen ist, die 12 000 Erwerbslose hat, sehen wir diese Verbindung zwischen Volk und Partei. Sind wir es nicht diesen Männern

schuldig, unsere Erfolge zu zeigen, sie zu ermutigen, ihnen die Begeisterung für den Sozialismus zu geben und, wo Fehler gemacht sind, sie leiser und kameradschaftlicher auszutragen? (Sehr gut!)

Auf unserem Vormarsch werden uns auch außerparlamentarische Mittel empfohlen, und ich stimme dem zu. Aber hier möchte ich dem Genossen Nölting beipflichten: setzt an Stelle alter Illusionen keine neuen, und vergeßt nicht, was die Spaltung der Arbeiterklasse aus den außerparlamentarischen Mitteln in den letzten acht Jahren gemacht hat! Straßendemonstrationen und Massenstreik waren die beiden Mittel. Früher sprach ganz Deutschland bei unseren Demonstrationen vom Lustgarten, Treptower Park, Tiergarten usw. Heute, wo in Berlin die Kommunisten 26- oder 30mal im Jahre zu Demonstrationen gegen italienischen, bulgarischen, rumänischen, lettischen und anderen Faschismus aufrufen, geht die Oeffentlichkeit daran vorüber, sie üben keine Wirkung mehr aus. Und daß der Massenstreik nur bei ganz bestimmten Konstellationen angewandt werden kann, daß ein mißglückter Streik ins Gegenteil umschlägt, bestätigt die Gewerkschaftsnovelle Englands, der Sieg Mussolinis gegenüber den Streikenden in Italien und auch die Ruinierung dieses Mittels durch die Kommunisten bei uns — ich brauche nur an den kommunistischen Streikaufruf gegen den Stahlhelmtag in Berlin zu erinnern. Daraus sehen wir, daß erst, nachdem unsere eigene Organisation wieder konsolidiert ist, nachdem wir Zersetzung und Rückschritte überwunden haben, die Arbeiterklasse mit diesen außerparlamentarischen Mitteln der bürgerlichen Gesellschaft Respekt einflößen und Erfolge erringen kann.

Aber mit diesen Mitteln und mit der parlamentarischen Opposition heißt es den weiteren Vormarsch antreten. Da kann die Gefahr auftreten, daß manche es sich in dem einmal gewonnenen Stützpunkt bequem machen und glauben, es sei nicht mehr nötig, weiterzumarschieren, und daß andere sich ängstlich nach den Bundesgenossen umsehen, die bisher mit uns marschiert sind. Das halte ich auch für eine Illusion, denn den Weg zu unseren sozialistischen Idealen werden wir a l l e i n zurücklegen müssen. Auch derjenige, der die Koalition für richtig und erstrebenswert hält, muß erkennen: je schärfer wir in der Opposition den andern einheizen, um so eher haben wir wieder Aussicht, zur Macht zu kommen. Was haben denn die Deutschnationalen getan? Kommunistische Mißtrauensanträge und sozialdemokratische Arbeitslosenanträge gegen ihre innere Ueberzeugung angenommen! So skrupellos waren sie und kamen doch in die Regierung.

Ich bin also der Meinung: nicht damit, daß man sich jeden Augenblick auf die Koalition einstellt, die man erstrebt, sondern dadurch, daß man, in die Rolle der Opposition gedrückt, auch alle ihre Vorteile ausnutzt, erreichen wir mehr Macht. Dann brauchten wir nicht das Gestrüpp der Phrasen und Illusionen, von denen Nölting ablehnend sprach, sondern nur das Bekenntnis zu dem heiligen Ideal des Sozialismus, an das wir glauben. (Beifall.)

Aufhäuser, Berlin: Wenn wir die heutige ökonomische Situation, deren Analyse Hilferding in seinem Referat gegeben hat, zugrunde legen, müßten wir eigentlich in den Konsequenzen daraus zu einem einheitlichen Ziel gelangen. Hilferding sieht einmal, daß durch die Konzernbildung usw. die freie Konkurrenz, ein altes Prinzip des Kapitalismus, eingeengt worden ist. Er sieht zweitens die Entwicklung einer Planmäßigkeit innerhalb der kapitalistischen Produktion. Er sieht aber auch drittens einen wachsenden Einfluß des Staates auf die Wirtschaft, und kommt zu dem Ergebnis — da kann ich ihm nicht folgen —, daß, wenn unter diesen Voraussetzungen die heutige Demokratie erhalten und gesteigert wird, das Hineinwachsen in den Sozialismus

sich entwickelt. (Widerspruch von Hilferding.) Diese Einengung der freien Konkurrenz im Kapitalismus, dieser planmäßige oder organisierte Kapitalismus, bedeutet organisatorisch wohl eine gewisse Voraussetzung auch für das, was wir erstreben, aber bedeutet in der Situation, in der wir heute unsere Taktik zu bestimmen haben, eine ungeheure Machtsteigerung der Kapitalisten, eine ungeheure Gefahr für die Arbeiterschaft von heute.

Wenn Hilferding meint, daß der Einfluß des Staates auf die Wirtschaft gesteigert ist, so stimmt das zwar, aber der Einfluß eines Staates, der gerade heute unter dem Bürgerblock ausschließlich in der Hand der Kapitalisten der Schwerindustrie und Agrarier liegt. Ich habe bei Hilferding vermißt, daß er darauf eingeht, warum der Bürgerblock von heute entstanden ist. Der Bürgerblock ist eigentlich kein Zeichen dafür, daß der Einfluß des Staates auf die Wirtschaft gewachsen ist, sondern dafür, daß die Kapitalisten heute mehr als je den Staat beherrschen. Es ist wiederholt darauf hingewiesen worden, was uns die republikanischen Eide der deutschnationalen Minister nützen, wenn wir wissen, daß es ihnen nur auf die Erfüllung ihrer wirtschaftlichen und der Forderungen der Kreise, die hinter ihnen stehen, ankommt. Was in unserer Resolution steht, ist doch nichts anderes, als daß diese Regierung weniger eine Aktion gegen die Republik darstellt als eine antisoziale Aktion gegen die Arbeiterklasse. Davon nehme ich kein Wort zurück. Hilferding hat deutlich ausgesprochen, was auch Löbe früher schon geschrieben hat, daß sich heute viel mehr als Monarchie und Republik, Kapitalismus und Sozialdemokratie gegenüberstehen. Warum sollen wir das nicht in der Resolution aussprechen dürfen. Hilferding und die andern, die das mit Rücksicht auf künftige Regierungsbildungen nicht wollen, nehmen dabei, um es deutlich auszusprechen, Rücksicht auf das Zentrum. Wenn das Zentrum es für zweckmäßig hält, im Reichstag eine andere Koalition zu suchen, dann kommt es nicht darauf an, ob wir heute mehr oder weniger deutlich die heutige Situation ausgesprochen haben. Das Zentrum ist nicht so empfindlich, wie mancher es annimmt. Andererseits vermisse ich jede derartige Rücksicht vom Zentrum. Wir stellen fest, daß das Zentrum uns nie schärfer angegriffen hat als in den letzten Wochen, und es ausgesprochen hat, daß innerhalb der Regierung es zu rücksichtslosem Kampf gegen die Sozialdemokratie bereit ist. Ich vermisse also beim Zentrum diese Rücksicht, die man umgekehrt nimmt. Wer an die Entstehung der jetzigen Besitzbürgerblockregierung denkt, weiß, welches Spiel das Zentrum bei dieser Regierungsbildung mit der Sozialdemokratie getrieben hat. (Sehr wahr!)

Genosse Scheidemann sagt, wir sollten nicht vergessen, daß es schließlich unsere Republik ist. Warum sind wir dann heute in der neuen Regierung ausgeschaltet? Doch nicht durch unsere Schuld, weil etwa mangelhafter Wille zur Regierungsbildung gezeigt worden ist, sondern aus jenen ökonomischen Gründen, die ich einleitend aufgezeigt habe. Wer heute diese Stellungen in unserer Republik erobern will, muß zunächst bereit sein, in der Opposition gegen die Widersacher der Republik und ihre falschen Freunde, die dort herrschen, den Kampf aufzunehmen. (Bravo! und Händeklatschen.) Deshalb verwahre ich mich dagegen, wenn gesagt wird, diejenigen, die den Kampf rücksichtslos führen wollen, wären schlechtere Republikaner als die andern, die das nicht ebenso deutlich aussprechen wollen. Es stimmt auch nicht, daß in unserer Resolution der republikanische Gedanke abgeschwächt wird oder werden soll. Es wird eine Situation geschildert und keine Meinung von uns wiedergegeben, wenn gesagt wird, nach dem Willen der heutigen Bürgerregierung sei nicht die Staatsform das Entscheidende, sondern der Wunsch der Wirtschaftskreise, die dahinter stehen. (Sehr richtig!) Ich hätte gewünscht,

daß Hilferding auch das herausgelesen hätte und nicht, daß der Schutz der Republik zurücktreten könne, was weder exakt noch wissenschaftlich ist.

Ich sage, wir sind alle gleichmäßig für den Schutz und den Ausbau des Volksstaates bereit. Aber wir brauchen deshalb nicht bereit zu sein, irgendwelche demokratischen Illusionen zu erwecken. Wo soll es hinführen, wenn heute schon Hilferding vom Parteitag aus erklärt, er lehne es ab, die heutige Demokratie eine bürgerliche zu nennen. Wir haben es von niemand anders als von ihm gelernt, welcher Unterschied zwischen der sozialen und der bürgerlichen und formalen Demokratie besteht. (Sehr richtig! und Zurufe.) Ich kann ihm auch nicht zustimmen, daß wir vielleicht zu spät zur Demokratie in Deutschland gekommen sind. Wir sehen die Fehler der russischen Revolution, aber man kann auch sagen, daß wir 1918 und 1919 vielleicht zu früh zur Demokratie gekommen sind. Vielleicht hätte die deutsche Arbeiterklasse damals zur Erreichung bestimmter sozialer Errungenschaften ihre Macht noch eine Zeitlang ausnutzen sollen, wie es die Gegner später machten. (Sehr richtig!) Wir brauchten uns dann über Einheitsstaat und Fürstenabfindung heute nicht mehr zu unterhalten.

Ich unterscheide mich von Hilferding weiter: Was nützt uns eine rein abstrakte Demokratie, wenn man nicht auch mit den Menschen rechnet, die zu einem bestimmten Ziel und für eine bestimmte Entscheidung vorbereitet werden sollen. Gerade von meinem Standpunkt aus als angestellter Funktionär kann ich sagen: bei diesen kommenden Kämpfen kommt es nicht zuletzt auch auf die neue Struktur des deutschen Proletariats an. Die deutsche Republik hat eine andere Struktur in ihrer Bevölkerung als das alte Kaiserreich. Sie zeichnet sich besonders dadurch aus, daß neben den reinen Handarbeitern auch die Angestellten, die freien Berufe und das ganze neue Proletariat eine wachsende Rolle spielen wird. Gerade dies bitte ich bei Ihren Entscheidungen zu beachten. Wir werden diese neuen proletarischen Schichten nicht damit gewinnen, daß man sich an der Regierung beteiligt, sondern ihnen muß man mit unserem eigenen sozialdemokratischen Programm ebenso sichtbar entgegentreten können wie früher den Handarbeitern. Diese Schichten, die wir haben wollen, die wir haben müssen, gewinnen wir nur, wenn wir auch die Verantwortung für Dinge ablehnen können, die die Sozialdemokratie nicht tragen kann.

Gerade weil wir nicht nur eine Partei der Handarbeiter sein und bleiben dürfen, sondern Partei der Arbeit werden müssen, müssen wir die heutige Lage klar aufzeigen, nicht etwa neue Illusionen bei denen erwecken, die noch gar nicht zu uns gehören, sondern sie im Gegenteil auf die bevorstehenden harten Kämpfe vorbereiten. In dieser Oppositionsstellung befinden wir uns heute. Je deutlicher wir dies vom Parteitag aus gegenüber der gesamten arbeitenden Bevölkerung aussprechen, um so eher werden wir zu dem von Hilferding gewünschten großen Siege kommen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Severing, Bielefeld (mit anhaltendem Beifall begrüßt): Als vor einigen Wochen in der sächsischen Parteipresse Artikel über die preußische Politik erschienen, habe ich die darin aufgeworfene Frage auf dem Parteitag zur Beantwortung zu bringen, den Kollegen der preußischen Landtagsfraktion zugesagt. Inzwischen hat schon Braun eine besonders umstrittene Frage besprochen und darüber hinaus ganz allgemein die Taktik der Landtagsfraktion gerechtfertigt. In seinem ausgezeichneten Referat hat Hilferding die Notwendigkeit dieser preußischen Taktik so überzeugend dargetan, daß ich auf meine besondere Mission heute verzichten kann. Wenn ich trotzdem das Wort ergreife, geschieht es aus dem Grund, um aus meiner Praxis und

Erfahrung die Ausführungen von Hilferding über die Reichs- und Preußenpolitik zu unterstützen.

Ich halte die Möglichkeit, die Genosse Eckstein anführte, daß einmal die sozialdemokratische Fraktion die preußische Regierungskoalition verlassen müsse, dann für durchaus gegeben, wenn wir bei den Preußenwahlen im nächsten Jahr ein Fiasko erleiden. Eher wird ein solcher Zwang nicht eintreten. (Bravo!) Was Braun als Meinung der preußischen Minister sagte, ist Gemeingut der ganzen preußischen Landtagsfraktion, nämlich, daß wir freiwillig die Position in Preußen nicht räumen. (Bravo!) Daß ein solcher Zwang zum Ausscheiden aus Abstimmungen in der letzten Zeit hergeleitet werden könnte, dem muß ich auf das entschiedenste widersprechen. Ich kenne die Geschichte der vom Genossen Eckstein angeführten Abstimmungen im einzelnen nicht, weiß aber, daß auch in früheren Jahren die preußischen Minister bei der Instruktionserteilung der Reichsratsbevollmächtigten gelegentlich unterlagen. Das läßt sich bei einer Koalitionsregierung nicht vermeiden. Nein, Genosse Eckstein, der Gang der Politik der preußischen Regierung im Reichsrat ist nicht bestimmt worden und wird nicht bestimmt von den Abstimmungen der letzten Zeit, sondern sie bekommt ihr eigenes Gepräge durch die Ernennung der beiden Reichsratsbevollmächtigten, des Sozialdemokraten Badt und des Demokraten Brecht. Wenn die nächsten Preußenwahlen und die Reichstagswahlen mit einem Sieg für die Sozialdemokratische Partei — das glauben wir doch alle — enden werden, dann glaube ich, darf man, gestützt auch auf den Verlauf des Zentrumsparteitages, die Gewißheit aussprechen: die preußische Koalition mit einer hervorragenden Beteiligung der Sozialdemokraten wird über die nächsten Landtagswahlen hinaus gehalten werden. (Bravo!) Das halte ich für eine republikanische, demokratische und soziale Notwendigkeit.

Es ist nicht wahr, daß die Republik heute schon unter allen Umständen als gesichert gelten kann. (Sehr richtig! und Hört, hört!) Wir erleben nur eine andere Phase der Bekämpfung der Republik. (Sehr richtig!) Mit der Putschromantik haben die rechtsgerichteten Organisationen gebrochen. Einer ihrer Heißsporne, Herr Schlange-Schöningen, hat es kürzlich offen ausgesprochen, daß die Husarenattacken von 1925/1926 nicht zum Ziel geführt hätten, jetzt müsse man den anderen Weg versuchen. Dieser besteht in einer Zusammenfassung aller rechtsgerichteten Wehrorganisationen. Die Tatsache, daß sich Männer von so entgegengesetztem Temperament wie Escherich und Ehrhardt zusammengefunden haben, sollte uns zu denken geben. Ich gerate wohl nicht in den Verdacht, daß ich die Gefahr überschätze, die diese Männer und die ihnen folgenden Organisationen über Preußen-Deutschland heraufbeschwören können. Aber die Gefahr ist da, wenn wir das oberste Auge des Staates Wächtern anvertrauen, die blind sind oder sich blind stellen, wenn wir die Machtpositionen räumen, die allein die Republik vor Angriffen und vor einer langsamen Aushöhlung schützen können. Gewiß, Genossin Sender hat recht, die Arbeiterschaft hat sich manchmal für die Republik geschlossen eingesetzt. 1920 hat sie wohl das Hauptverdienst gehabt, daß die Republik erhalten blieb. Alle gesetzgeberischen und verwaltungsmäßigen Aktionen 1921 und 1922, die insbesondere nach dem Rathenaumord eintraten, sind nicht zuletzt dem Stimmungsboden entwachsen, den die starken Demonstrationen der Arbeiter in der Oeffentlichkeit Deutschlands schufen. Aber 1923 waren die nationalistischen Organisationen so stark wie nie, war ihre Verbindung mit der Reichswehr so eng wie zu keiner Zeit, es waren auf der anderen Seite die Arbeiterorganisationen so schwach wie niemals. (Sehr richtig!) Hätten wir 1923, als mehr noch als das Industriekapital die Landwirtschaft alles

daran setzte, die Arbeiterschaft zu Boden zu drücken, uns auf die eigene Kraft verlassen müssen, d. h. auf die außerparlamentarische, außerverwaltungsmäßige Kraft und Intelligenz, hätten wir nicht in einzelnen Staaten den Verwaltungsapparat dirigieren und die Polizei befehligen können, dann, das ist meine feste Ueberzeugung, säßen wir heute nicht hier. (Lebhafte Zustimmung.) Ich will an alle einzelnen Daten nicht erinnern, die Tätigkeit der Rollkommandos, Verschwörung Buchruckers, Putsch im Bürgerbräukeller in München, Separatistenaufstände hätten nicht allein durch die Arbeiterschaft abgewehrt werden können; denn die Arbeiterschaft war 1923 auch so uneinig, wie nie zuvor. 1923 war neben den rechtsgerichteten Erhebungen zugleich das Jahr der kommunistischen Putschtaktiker. Wenn wir also damals nicht ganz unter die Räder gekommen sind und die Republik am Abgrund vorbeiging, so ist das nicht zuletzt den republikanischen Machtmitteln des Staates zu danken gewesen.

Der Stahlhelmtag! Ich habe seine Veranstaltung bedauert, selbst auf die Gefahr hin, besonders beim Genossen Löbe in den Verruf eines ganz verkohrten Polizeiministers zu kommen. (Heiterkeit.) Ich hätte es mir einige Male überlegt, ob man nicht den Stahlhelmtag aus außenpolitischen Gründen untersagen mußte. (Sehr gut!) Eine Organisation, die erklärt: Wir marschieren nach Berlin, wir kommen wieder und bleiben da, sagt dem Staat den Vernichtungskampf an, wogegen sich der Staat durch Verbote zu wehren hat. (Bravo! und Händeklatschen.) Wenn der Stahlhelmtag aber stattgefunden hat und nicht mehr Unheil anrichten konnte, wenn er im Ausland jetzt als der eskortierte Stahlhelmtag, von Polizei geschützt, erscheint, ist das lediglich der Tatsache zu verdanken, daß wir einen sozialdemokratischen Polizeiminister und in Berlin einen sozialdemokratischen Polizeipräsidenten haben. (Löbe, Berlin: Das ist richtig! Das erste nicht!) — Ich wünschte nur, daß Genosse Löbe einmal vom Stuhl des Reichstagspräsidenten herniedersteigen und sich auf den Sessel des preußischen Polizeiministers setzen könnte. (Heiterkeit. — Peters, Hochdonn: Nicht mannbar genug! — Heiterkeit.) Ein solcher Arbeitswechsel würde manchem sehr gut bekommen.

Ein Wort an den Genossen Aufhäuser. Gewiß wird durch die Organisation der Rechtsparteien die Monarchie nicht wiederkehren. Aber wenn wir nicht alle Macht konzentrieren und alle Machtpositionen aufrecht erhalten, kann uns in der Tat ein deutsches Mussolinien beschert werden, und es ist dann auch um alle bescheidenen Bestimmungen auf dem Gebiet der Sozialpolitik vorbei. Dann wird bei uns das Kapital viel mehr diktieren, als in Italien, weil wir eine andere wirtschaftliche Struktur haben. Es kann also noch vieles verdorben werden, wenn wir nicht wachsam sind. Glauben Sie, daß die Unternehmer die Mittel für die pompöse Ausgestaltung des Stahlhelmtages gegeben hätten, wenn sie nicht von den rechtsgerichteten Verbänden noch manche Handlangerdienste erwarteten! Dann wäre es selbst mit der „formalen" Demokratie vorbei. Es ist z. B. nicht ganz gleichgültig, ob die Gemeindesteuern durch allerlei Kniffe auf die Arbeiter abgewälzt werden können oder vom Kapital getragen werden müssen. Glauben Sie, daß das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu den kommunalen Körperschaften bestehen bliebe, wenn in Deutschland und in den Einzelländern eine faschistische Diktatur errichtet würde? In den Zellen des Staates würden wir die Diktatur der andern zuerst zu spüren bekommen. (Sehr richtig!) Die Genossin Toni Sender sagt, sie und ihre engeren Gesinnungsfreunde hätten zwar den Mut der Verantwortung, aber nicht für die Taten anderer. Auch ich möchte mit meinen engeren Gesinnungsfreunden nicht das Feigenblatt für die Sünden bürgerlicher Minister stellen. Ich halte selbst eine Auflösung der

preußischen Koalition für möglich, wenn man uns z. B. nach einem ungünstigen Ausgang der Wahlen etwa das Wohlfahrts- oder Handelsministerium, also Ministerien ohne Verwaltung im Lande, anbieten würde, mit denen wir beim besten Willen den Schutz der Republik und der sozialen Errungenschaften nicht mit den von uns gewünschten Maßnahmen durchführen könnten. Ich wäre der erste, der sagte: der Kaufpreis ist zu billig, dafür tragen wir die Verantwortung der andern nicht mit. Also solche Situationen kann es — theoretisch betrachtet — durchaus geben. (Sehr richtig!) Praktisch kann es sie nicht geben, denn wir wollen siegen, stärker in den Landtag einziehen und unsere Ansprüche auf wichtige Ministerien sollen noch stärker fundiert sein. (Sehr richtig!) Ich halte es immer noch für sehr viel besser, durch unsere Machtbeteiligung die Verantwortung mit anderen Koalitionsparteien zu tragen, als Prügelknaben für die andern zu sein.

Ich will nicht ausführlich auf die Geschichte der Koalitonspolitik im Reiche eingehen. Das könnte den Elan, der trotz aller Meinungsverschiedenheiten in diesem Parteitag liegt, dämpfen, und dazu will ich nicht beitragen. Aber ich will andeuten, daß wir in gewissen Phasen der Regierungspolitik in den letzten Jahren nicht die Verantwortung mit getragen haben, aber, wenn die Tätigkeit der andern zur Katastrophe trieb, eingesprungen sind. (Sehr gut!) Ich möchte nicht, daß es häufig eintritt. Der Druck außenpolitischer Repressalien wirkt sich am ungünstigsten auf die Arbeiterschaft durch Arbeitslosigkeit usw. aus.

Die Parteigenossen, die sonst allerlei Schattenseiten in der Koalitionspolitik entdecken, sind darin einig, daß wir mit ihrer Hilfe die Kräfte heranziehen, die wir brauchen, wenn wir vom Staate Besitz ergreifen wollen. Ich verweise da auf den Artikel Löbes im „Vorwärts". In einer Diskussion sagte mir das in besonders drastischer, aber auch naiver Weise auch ein oppositioneller Kollege der Landtagsfraktion, Hans Marckwald in Frankfurt: Weniger Minister, aber mehr Ministerialräte und Regierungsräte! (Heiterkeit.) Mit dem letzteren bin ich ganz einverstanden. Ich hatte bei meinem Abgang eine gewisse Genugtuung darüber, daß ich in den Jahren meiner Amtstätigkeit eine ganze Menge solcher Kräfte heranziehen konnte, so daß mein Abgang nicht zugleich die Abkehr vom System bedeutete, und sich zu ihrem Leidwesen die Deutschnationalen beklagen mußten, daß das von ihnen so heftig befehdete System noch heute lebt. Aber es ist eine falsche Feststellung, wenn man glaubt, Ministerialräte usw. einsetzen zu können, wenn kein Sozialdemokrat als Minister in der Regierung sitzt. (Sehr gut!) Durch die letzten Streiche des Ministers von Keudell hätte Marckwald lernen können. Hätte Keudell mehr Republikaner im Bereich des Reichsministerums des Innern — es waren leider die einzigen —, er hätte jeden gemaßregelt, er wäre weiter gedrängt worden, bis er den letzten entlassen hätte. Insofern war es ein Vorteil, daß wir dort nicht mehr gehabt haben. (Heiterkeit.)

Als ich die Resolutionen von Zwickau und Aufhäuser las, die von „rücksichtsloser" Opposition sprachen, und als ich die Ausführungen von Löbe hörte, fragte ich mich: wie sollen wir das eigentlich anstellen? Zu meiner Freude haben die Ausführungen der Genossin Sender und des Gen. Löbe eine gewisse Deklaration der „Opposition" gegeben. Diese Auffassungen sind zu meiner Freude nicht auf die geistige oder politische Linie zu bringen, die aus der Resolution von Zwickau hervorblickt. Wenn die Resolution von Zwickau von der Anwendung der Mittel der Diktatur spricht, so kann das doch erst für den Zeitpunkt gelten, wo man so stark ist, die Diktatur auszuüben. (Sehr richtig!)

Ich unterschreibe das, was inbezug auf die Beantwortung der Gewaltanwendung durch die Bourgeoisie Genosse Hilferding und später die Genossin Sender gesagt haben. Wenn die friedliche Entwicklung auf sozialem und politischem Gebiet durch faschistische Aufstände oder Diktaturgelüste des Kapitalismus unter Gewaltanwendung gestört werden sollte, haben wir nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, ebenso zur Gewaltanwendung zu greifen. (Bravo! und Händeklatschen.) Dann wünsche ich nur, daß wir es nicht so machen wie die Kommunisten, die sich bescheinigen, daß sie nicht stark genug sind, daß wir auch nicht so schwach sind, wie die sächsische Partei, die im Jahre 1923 auf die Maßnahmen des Militärs nicht einmal „zip" sagen konnte. (Zuruf.) — Die Toten und Verwundeten sind nicht durch Euren Kampf gefallen! Aber Ihr hattet ganz recht. Ich wende mich ja auch nur gegen das Kraftmeiertum — (Zuruf: „Da sind wir einverstanden, aber lassen Sie die Sachsen aus dem Spiel! — Lachen und Zurufe) — die Resolution ist in Zwickau geschrieben und Zwickau liegt in Sachsen. (Erneute Heiterkeit.) Diese Sprache und dieses Kraftmeiertum kann nicht sozialdemokratisches Kampfesgut sein. (Sehr richtig!) Da halten wir die Konkurrenz mit den Kommunisten nicht aus. (Heiterkeit.) Wir sind jetzt gezwungen in der Opposition im Reich, und ich wünschte, daß wir sie ein bißchen frischer führten. (Zuruf.) — Lieber Paul, das darf Dich nicht wundern! Als ich neulich Löbe besuchte und mit ihm über die politischen Vorgänge im Reich und in Preußen sprach, waren wir beide einig, daß da ein bißchen angekurbelt werden könnte, und wir haben uns verschworen, wenn wir im nächsten Herbst wieder gesund in den Reichstag zurückkehren, mit der Fraktion zu überlegen, wie wir diese Opposition ein bißchen frischer führen könnten. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Ich fürchte aber, wir müssen dann die Illusion einiger Kollegen zerstören, denn eine frischere Opposition setzt voraus, daß wir uns daran erinnern, daß die Geschäftsordnung des Reichstags nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck ist. (Bravo!) Als kürzlich einmal im Preußischen Landtag die Fertigstellung des Etats besprochen wurde und die Rechtsparteien widersprachen, den Etat in der vom Staatsministerium gewünschten Frist fertigzustellen, hat Herold den Rechtsparteien gesagt: „Da sind doch die Sozialdemokraten im Reichstag ganz andere, anständige Männer (Hört, hört!), die sind mit der Regierung der Auffassung, daß, wenn das Etatsjahr am 1. April beginnt, der Etat am 31. März fertiggestellt werden muß". Wir werden dann die Opposition in einer Weise führen müssen, daß uns nicht ein Wohlverhaltungszeugnis von den Parteien ausgestellt wird, denen wir Opposition leisten wollen. (Sehr richtig!) Sie sehen, ich bin nicht grundsätzlich gegen Opposition. Wenn eine Regierung gebildet wird, kommt es nicht darauf an, daß wir um jeden Preis dabei sind; denn damit würden wir unsere Kampfkraft und das Vertrauen der Massen verlieren. Aber wenn wir erklären, daß wir grundsätzlich und freiwillig Opposition treiben wollen, so heißt das in der Praxis nicht anderes, als daß wir uns in die Rolle der Passivität begeben. Marxismus ist aber höchster Aktivismus! In diesem Sinne wollen wir gute Marxisten sein, wollen uns nicht passiv in der Politik stellen, sondern den höchsten Aktivismus entfalten, und nicht Resolutionäre, sondern Revolutionäre sein. (Stürmischer Beifall.)

Peus, Dessau: Ich glaube, wir werden den Bericht über den Kieler Parteitag sehr gern lesen. (Sehr richtig!) Er wird ein bedeutsames Merkmal in der Geschichte der Partei sein, er wird hochinteressant sein durch seine theoretischen Darlegungen, aber er wird auch — und das ist das Erfreuliche — stark unseren Willen zur Macht zum Ausdruck bringen. Ich möchte immerhin ein Wort der Kritik dagegen sagen, daß wir uns innerhalb unserer Organisation vielleicht etwas zu reichlich mit der Theorie und etwas zu wenig mit der praktischen Gesetzgebung befassen. Eben lese ich im „Vorwärts", daß ein gefährlicher Anschlag auf die Hauszinssteuer geplant ist. (Hört, hört!) Nachdem wir das allgemeine Wahlrecht für alle Wahlen haben, müssen wir die praktische Politik bis in das letzte Dorf weit mehr als bisher verantwortungsvoll in die Hand nehmen. Ich will kurz zeigen, wie man nach meiner Meinung gerade Sozialismus in der praktischen Gesetzgebung bekunden kann.

Man rühmt uns in Anhalt nach, daß wir eine gute Grundwertsteuer geschaffen haben. Die Mecklenburger haben das gleiche getan. Der Vertreter von Mecklenburg hat aber nachdrücklich darauf hingewiesen, daß eine schwere Gefahr droht, daß man von Reichs wegen eine Begrenzung der Grundwertsteuer einführen will, was für die Entwicklung, die wir erstreben, von der allerverhängnisvollsten Wirkung wäre. Wir haben in Anhalt die Grundwertsteuer nicht lediglich deshalb gemacht, um Steuern zu bekommen, sondern weil wir in der Grundwertsteuer die Umwandlung des Eigentums am Boden aus dem Privateigentum in das Gemeindeeigentum sehen. (Sehr wahr!) Durch die Grundwertsteuer wird die Steuer zu einer Bodenbenutzungsabgabe, und der Gesetzgeber sieht damit den Boden als das Obereigentum der Gesamtheit an. Darum muß es unser Ziel sein, aus den 9 pro Mille, die wir bei uns in Anhalt erreicht haben, aus den 14.4 pro Mille, die wir erstrebt haben, aus den 2 Prozent, die in Mecklenburg gesetzlich festgelegt sind, allmählich bis zu 3 und 4 Prozent zu machen. (Löbe: Sehr richtig!) Das ist die praktische sozialistische Politik.

Ich möchte den Wunsch aussprechen, daß der Beschluß vom 5. Mai 1926, der da fordert, daß das Bodeneigentum im Augenblick des Besitzwechsels an den Staat und die Gemeinde übergehe, daß dieser Gesetzentwurf, den man mit Recht als lex Damaschke bezeichnen kann, und der mit 100 Stimmen Mehrheit vom Reichstag gefordert worden ist, endlich durchgeführt wird. Damit wird die Grundlage sowohl für eine Ordnung des Wohnungsbaues als auch für eine Ordnung in der Landwirtschaft gegeben sein.

Ueberhaupt möchte ich sagen: wir können bei der ganzen Steuergesetzgebung einen sehr stark wirksamen praktischen Sozialismus treiben. Ich hätte längst den Antrag gestellt, die Krankenkassenbeiträge der einzelnen Arbeiter in eine Betriebsabgabe der Betriebsinhaber für die Krankenkasse umzuwandeln und dasselbe bei der Altersversicherung zu machen; ich würde auch dann, wenn ich noch gar keine Aussicht hätte, das durchzusetzen, fordern, daß die Produktion eine entsprechende Abgabe an eine Wohnungsbaukasse zu leisten habe, damit für die Arbeiter auch die Wohnungen da wären, die heute so sehr fehlen. Ich habe dem Reichstag eine Petition zwecks Einführung der Wohnungsparpflicht eingereicht, nach der die Unternehmer für die Arbeiter bis zu 4 Prozent zu leisten hätten. Wenn das noch nicht durchgeführt werden kann, habe ich nichts dagegen, daß man mit 1 Prozent beginnt und allmählich bis zu 2, 3 Prozent usw. emporsteigt. Aber es muß zum Ausdruck gebracht werden: die Produktion hat im Dienste der Gesamtheit zu arbeiten, sie hat für die Kranken, für die Invaliden und die Alten zu sorgen, sie hat auch die Mittel für den Wohnungsbau aufzubringen. Wenn wir dann damit die Grundwertsteuer, das Bodenankaufsgesetz verbunden hätten, dann wäre eine ganz gewaltige sozialistische Grundlage für die Weiterentwicklung geschaffen.

Als sozialistische Steuergesetzgebung würde ich fordern: erstens Grundwertsteuer, zweitens Betriebssteuer und drittens Erbschaftssteuer, die wenigstens auf das englische Maß gebracht werden muß. Die

Gesamtheit hat ein sittliches Recht daran, an der Erbschaft teilzunehmen. Dann wäre erst in vierter Linie eine Einkommensteuer nötig, und erst zu allerletzt kämen indirekte Steuern in Frage. Auch agitatorisch sollten wir mehr als bisher mit Anträgen dieser Art arbeiten, selbst wenn wir keine Aussicht haben, damit durchzukommen.

Wir leben heute trotz der mancherlei Not, die die Masse des Volkes zu ertragen hat, in einer Zeit, in der man mit heller Begeisterung arbeiten kann. Ich wenigstens beneide die Jugend, bin aber auch stolz auf das Glück, schon seit 36 Jahren der Kulturbewegung unserer Zeit, die die Sozialdemokratische Partei darstellt, anzugehören. So groß das gewesen ist, was wir in der Vergangenheit durchgemacht haben, noch viel größer kann die Zukunft werden. Jeder Tag kann ein Erfolg sein, und wenn ich nur an einem Tage eine einzige Arbeiterfamilie aus einem Kellerloch herausbringe und ihr ein Eigenheim unter dem neuen sozialistischen Bodenrecht verschaffe, dann habe ich schon einen Erfolg. Das, was wir nach der Richtung hin erstreben, und was auch durch das Agrarprogramm verwirklicht werden soll, hat uns in Anhalt einen Erfolg gebracht, über den wir uns in organisatorischer, politischer und sonstiger Beziehung bis heute freuen können. Ich wünschte, daß ganz Deutschland uns darin folge. (Bravo!)

Dr. **Breitscheid,** Berlin: Genossinnen und Genossen! Verzeihen Sie, wenn ich Sie aus dem Gebiete der praktischen Politik, über die soeben Genosse Peus gesprochen hat, zu mehr grundsätzlichen Auseinandersetzungen zurückführe, zu denen uns dieser Punkt der Tagesordnung bereits Veranlassung gegeben hat. Ich sehe in den Anträgen und Resolutionen, sowie in einem Teile der Diskussionsreden nichts anderes als die letzten Ausläufer jener Debatten, die wir untereinander und mit unseren politischen Gegnern in jenen Monaten und Jahren gepflogen haben, die unmittelbar auf den Zusammenbruch und die Revolution folgten. Damals haben wir uns über den Wert der Demokratie unterhalten und die Frage aufgeworfen, ob nicht die Diktatur eine mehr im Interesse des Proletariats liegende Form sei als die angeblich bürgerliche Demokratie. Ich sage wohl nicht zu viel, wenn ich behaupte, daß auch in diesem Saale Genossen sitzen, die damals nicht abgeneigt waren, dem Prinzip der Diktatur anzuhängen und heute anders denken. Ich gestehe offen, daß ich selbst zeitweise zu denen gehört habe, zusammen mit allen jenen, die eben aus dem Druck der Militärdiktatur herausgekommen waren und nun glaubten, daß es in unserem Interesse liege, die Diktatur von der anderen Seite durchzuführen. Was heute über dieses Problem gesagt wird und was seinen Niederschlag in einer Reihe von Anträgen gefunden hat, ist im Grunde nur ein schwacher Aufguß dessen, was damals im Mittelpunkt unserer Debatten stand. (Sehr richtig!) Man hat auch damals über die Möglichkeit und Notwendigkeit einer Koalitionsregierung diskutiert. Was heute nach beiden Richtungen hin vorgebracht wird, ist ein letzter Ausläufer jener Debatten. Denn in keinem der uns vorliegenden Anträge wird das Prinzip der Diktatur schroff dem Prinzip der Demokratie gegenübergestellt, wird das Koalitionsproblem zu einem Problem von grundsätzlichem Charakter erhoben. Aus den Anträgen und Resolutionen — ich denke insbesondere an die Anträge von Zwickau und Stettin — spricht die uns allen sehr wohl verständliche Unzufriedenheit über das Maß und den Umfang dessen, was unter der Herrschaft der Demokratie und in der Republik erreicht worden ist. Vieles von dem, was über Demokratie und Republik auf der einen Seite, über Sozialismus auf der anderen Seite gesagt wird, können wir ohne weiteres annehmen. Aber wem wird damit etwas Neues gesagt? Wenn da immer wieder festgestellt wird, daß Demokratie und Republik nicht die letzte

Vollendung sozialistischer Ideale sind (Sehr richtig!); wenn versichert wird, daß die republikanische Staatsform noch nicht der Sozialismus ist —, niemand in der Partei hat etwas anderes gesagt, als daß Republik und Demokratie der Boden sind, auf dem wir den Kampf um den Sozialismus erfolgreicher führen können als auf dem Boden der Monarchie.

Im übrigen glaube ich, daß die Betrachtungen, die in den Anträgen von Zwickau und Stettin angestellt werden, sehr stark akademischen Charakter tragen. Akademische Betrachtungen bringen uns aber nicht viel weiter, wenn wir die Frage beantworten sollen, welche Aufgaben die Sozialdemokratie in der Republik zu erfüllen hat. Der Eindruck läßt sich nicht ganz abwehren, als ob in diesen Anträgen hier und da der Gedanke durchklänge, daß Republik und Demokratie mit verantwortlich seien, wenn die Arbeiterschaft nicht mehr erreicht habe. Zum mindesten wird über die Republik in einer etwas abfälligen und den Zweifel stark betonenden Weise gesprochen und es so hingestellt, als ob die Republik schließlich nur ein Instrument für die kapitalistische Bourgeoisie sei. In dem Zwickauer Antrage heißt es: „Die Bourgeoisie hat alsbald nach ihrem Siege über den Feudalismus erkannt, daß die als revolutionäre Kampfform geschaffene Republik zugleich den geeignetsten Boden zur Entwicklung des Kapitalismus bildete". Ich halte diese Auffassung für falsch; denn unter der englischen Monarchie hat sich der Kapitalismus auch beträchtlich zu entwickeln vermocht. Aber nehmen wir einmal an, diese Auffassung bestände zu Recht, dann würde doch nichts anderes gesagt, als daß wir die Aufgabe haben, der kapitalistischen Bourgeoisie dieses Machtmittel zu entreißen, und daß wir uns in den Besitz dieser Republik zu setzen haben. (Sehr wahr!)

Gen. Aufhäuser sprach davon, Hilferding habe es unterlassen, zu erwähnen, daß heute die Wirtschaft den Staat beherrsche. Wir wollen es doch vermeiden, das Wort „Wirtschaft" so zu gebrauchen wie die Kapitalisten. (Sehr gut!) Das Proletariat gehört mit zur Wirtschaft. (Zustimmung.) Tatsache ist, daß die Bourgeoisie versucht, den Staat zu beherrschen, und daß dieser Versuch ihr bis zu einem hohen Grade gelungen ist. Worauf es ankommt, ist einzig und allein, daß das Proletariat, die sozialistische Arbeiterschaft, dieses Machtmittel erobert.

In dem Zwickauer Antrag findet sich nun ein Satz, der in anderem Zusammenhang auch von dem Gen. Severing zitiert worden ist, der aber auch von dem Standpunkt, von dem ich an die Dinge herangegangen bin, sehr interessant ist, nämlich der Satz: „Wehrt sich die Bourgeoisie gegen die gesellschaftliche Umwälzung, die sich auf dem Boden der Demokratie vollzieht, durch gewaltsame Auflehnung, dann wird die Arbeiterklasse gezwungen sein, den Widerstand der Bourgeoisie mit den Mitteln der Diktatur zu brechen." Dieser Satz besagt, daß auch die Verfasser der Resolution davon überzeugt sind, daß sich auf dem Boden der Demokratie die gesellschaftliche Umwälzung vollziehen kann. (Sehr richtig!) Sie geben also zu: wir haben den Boden, auf dem wir dem Sozialismus zum Siege verhelfen können. Mehr wollen wir auch nicht sagen. Wir freuen uns darüber, daß auch Zwickau anerkennt: die Demokratie ist die Basis für die gesellschaftliche Umwälzung. Wenn Zwickau dann fortfährt: Wenn die Bourgeoisie sich gegen diese Umwälzung, die zu vollziehen sei auf dem Boden der Demokratie, wehre, dann sollten die Mittel der Diktatur angewendet werden. Wenn das heißen soll, daß wir unsere Machtstellung gebrauchen sollen, um unsere Erfolge auszunutzen, dann sind wir damit einverstanden. Aber wenn wir den Sieg unserer Ideen auf dem Boden der Demokratie erfochten haben, dann kann man die Ausnutzung unserer Machtstellung wahrhaftig keine Diktatur mehr nennen. (Sehr richtig!) So sehe ich

in dem Ganzen einfach ein Spielen mit dem Wort „Diktatur“. Die Dinge liegen so, daß man ein Beispiel aus unseren Weltanschauungskämpfen in der Gegenwart heranziehen kann. Da gibt es viele, die sich bemühen, die Errungenschaften der modernen Naturwissenschaften mit alttestamentarischen Begriffen in Einklang zu bringen. So gibt es auch viele, die sich bemühen, um alles in der Welt das Wort „Diktatur“ zu retten und daran festzuhalten, nachdem es einmal in die Debatte hineingeworfen worden ist. Dadurch ist meiner Meinung nach viel Unfug und viel Mißverständnis in den Köpfen des Proletariats angerichtet worden. (Sehr richtig!) Es wäre gut, wenn man mit dieser etwas scholastischen Uebung allmählich aufhören wollte.

Was die Koalition betrifft, so steht in der Resolution der Satz, daß die Koalition mit den bürgerlichen Parteien zur Stärkung der diktatorischen Machtgelüste, der Machtstellung der Bourgeoisie geführt habe. Das ist eine Behauptung, für die schlechterdings jeder Beweis fehlt. (Zustimmung.) Wer wird behaupten können, daß die Koalition in Preußen zu einer Stärkung der diktatorischen Machtstellung der Bourgeoisie geführt hat? Hier wird wieder, nur um das Wort in die Debatte zu werfen, eine Konstruktion gemacht, die vor keiner vernünftigen Nachprüfung standhält.

Dann lassen Sie mich zwei Worte zu der Resolution sagen, die die Namen Aufhäuser, Tony Sender usw. trägt. In dieser Resolution wird das Prinzip aufgestellt: „Angesichts dieser Konstellation muß die Taktik der Sozialdemokratie sein: Opposition statt Koalition.“ Gen. Sender, Sie haben heute sehr treffend ausgeführt, daß der Versuch, Revolutionismus und Reformismus in Gegensatz zu stellen, von vornherein aussichtslos bleibe; daß er keine Basis habe. Ich wundere mich infolgedessen, daß Sie gleichzeitig Ihren Namen unter eine Resolution gesetzt haben, in der Opposition und Koalition in einen so unüberbrückbaren Gegensatz gestellt werden. (Tony Sender: In dieser Konstellation!) — Ja, auch in dieser Konstellation. Es fragt sich dann immer: wann hat diese Konstellation angefangen und wann hört sie auf? Zum mindesten werden Sie mir zugeben, daß es zu starken Irrtümern Veranlassung geben könnte, wenn der Parteitag zum Ausdruck bringen wollte, unsere Taktik ist Opposition und nicht Koalition. Wir haben weder das Prinzip der Opposition noch das der Koalition (Lebhafte Zustimmung.), sondern wir wenden das an, was uns im jeweiligen Fall erfolgversprechend für die Arbeiterklasse zu sein scheint. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Das wird Genossin Sender schließlich ja nicht besonders feststellen wollen, daß wir in der gegenwärtigen Konstellation in Opposition stehen. Das wissen wir ohne weiteres. (Heiterkeit.) Nein, Genossin Sender, ich fürchte: Ihre Intelligenz ist hier einem einprägsamen, aber falschen Schlagwort zum Opfer gefallen. (Große Heiterkeit.) Als Sie Ihren Namen unter die Resolution setzten, waren Sie sich nicht ganz des Widerspruches bewußt, in den Sie dadurch mit Ihrer Stellung über die Vereinbarkeit von Revolutionismus und Reformismus gerieten.

Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob wir schärfere Opposition treiben können und bis zu welchem Grade in der gegenwärtigen Lage diese schärfere Opposition getrieben werden kann. Ich bin mit dem Gen. Severing einverstanden, um so mehr, als ich selbst dem Fraktionsvorstand angehöre, und ich freue mich darüber, daß Severing und Löbe mit uns allen versuchen wollen, vom nächsten Herbst ab — warum nicht schon in diesem Sommer? — (Heiterkeit.) eine möglichst energische Opposition zu machen, eine Opposition, die allerdings getragen sein muß von dem Verantwortlichkeitsgefühl, das eine Partei zu haben verpflichtet ist, für die die Opposition keine Dauerstellung ist (Sehr richtig!), von einem Verantwortlichkeitsgefühl, das mit unserem eigenen

Willen rechnet, wieder in die Regierung einzutreten, sobald es unter Berücksichtigung der Interessen der Arbeiterklasse möglich ist. Gewiß, wir können heute nicht als einzige Partei die Regierung bilden. Unsere Pflicht ist es auch in der Opposition, jene Zurückhaltung zu üben, die durch die Tatsache geboten ist, daß wir genötigt sein werden, zunächst wieder mit anderen das Kabinett zu bilden.

Nun wird uns gesagt: ihr nehmi Rücksicht auf das Zentrum. Ich persönlich bin mir derartiger Rücksichten nicht bewußt. Wir nehmen nicht Rücksichten auf das Zentrum, aber wir haben im Auge zu behalten, daß in Preußen das Zentrum mit unseren Genossen in der Regierung sitzt, und wir wollen dem Zentrum nicht den Vorwand bieten, erklären zu können: ihr seid verantwortlich dafür, daß ihr diese Machtstellung in Preußen verloren habt. (Sehr wahr!) Unsere Politik gegenüber dem Zentrum ist im übrigen nie von der Rücksichtnahme auf die Führung des Zentrums diktiert, sondern höchstens von Rücksichten auf die Gewinnung der Arbeitermassen im Zentrum.

Zum Schluß einige Worte an den Gen. Eckstein. Eckstein hat den m. E. höchst merkwürdigen Satz formuliert: „Die beste Politik ist diejenige, die agitatorisch wirksam ist“. Hier müßte man unterscheiden, ob man an eine agitatorische Wirkung für den Augenblick oder für die Dauer denkt. (Zustimmung.). Wenn nur der Augenblick in Frage kommt, dann ist der Satz des Gen. Eckstein die beste Rechtfertigung für kommunistische Politik. (Sehr wahr!) Denn diese Politik ist für den Moment agitatorisch wirksam bei den Massen, die nicht weiter nachdenken. Aber wir haben an das zu denken, was die Dauer für uns bringt. Ich stimme mit dem Gen. Eckstein dann überein, wenn er meint: die beste Politik ist diejenige, die dauernd wirksam ist für die Arbeiterklasse. Aber agitatorisch wirksam ist nur die Politik, die Erfolg für das Proletariat bringt. (Lebh. Zustimmung.) Wir haben abzuwägen: welche Politik bringt der Arbeiterklasse einen Erfolg, welche ist in der Lage, sie selbst unter der Herrschaft des Kapitalismus, sei es auch nur um einige Schritte, weiterzubringen auf dem Wege zu ihrem Ziel. (Lebh. Beifall.)

Ulrich, Heilbronn: Die ausgezeichnete Rede des Genossen Hilferding war eine äußerst scharfsinnige und zutreffende Analyse der politischen, sozialen und kulturellen Entwicklung und Verhältnisse in Deutschland. Wir haben beim Parteivorstand beantragt, Hilferdings Referat als Sonderbroschüre drucken und in großer Auflage unter der Parteigenossenschaft verbreiten zu lassen. Der Inhalt des Referats ist ein wertvolles Rüstzeug für unsere Parteifunktionäre und eine scharfe Waffe für die schweren Kämpfe, die der Partei in den nächsten Jahren bevorstehen. Hilferdings Darlegungen beweisen, daß für die deutsche Sozialdemokratie nach wie vor die durch die historische Entwicklung als richtig bestätigten Lehren von Karl Marx Kompaß ihrer Arbeit und Kämpfe sind.

Dazu müssen wir aber die seit der Revolution gemachten Erfahrungen der praktischen Politik kritisch beobachten und in unserer Politik verwerten. Die letzten 8½ Jahre der deutschen Politik waren ausgefüllt mit der mühsamen Erhaltung des Friedens und der Sicherung der jungen deutschen Republik gegen Erdrosselungsgefahren durch die siegestrunkenen Militärs und Diplomaten der Entente, sowie gegen die Putschereien von rechts und links im Innern. Das Werk der vorläufigen Sicherung der Republik verdanken wir in erster Linie der Hingabe und der Tatkraft der sozialistischen Republikaner. Aber die Sozialdemokratie wäre nicht stark genug gewesen, die Republik verfassungsrechtlich zu verankern und allen Anstürmen ihrer Gegner zum Trotz zu erhalten. Dazu benötigten wir in verschiedenen kritischen Augenblicken der Unterstützung sozial und demo-

kratisch orientierter bürgerlicher Republikaner, und wir haben sie auch erhalten. So optimistisch ich die Zukunft der Sozialdemokratie auch beurteile, so geht mein Optimismus doch nicht so weit, zu glauben, daß wir schon in den allernächsten Jahren im Reich und in den Ländern eine sozialistische Mehrheit erlangen werden. Wenn wir nicht die volle Macht und Herrschaft der Reaktion überantworten wollen, müssen wir bereit sein, in Koalitionen mit bürgerlichen Republikanern zu arbeiten, wenn die Situation es erfordert.

Man muß berücksichtigen, daß die Frage der Koalitionspolitik kein prinzipielles, sondern nur ein taktisches Problem ist. Wenn es möglich ist, in einer Koalition Schlimmes zu verhüten und Gutes auch nur in mäßigem Umfange zu schaffen, haben wir die Pflicht, in einer solchen Koalition im Interesse der arbeitenden Bevölkerung positiv mitzuarbeiten. (Sehr richtig!) Wir brauchen Elastizität in der Taktik. Jede einseitige und dogmatische Festlegung wirkt lähmend und schädigend für die Partei und die Interessen der schaffenden Bevölkerung. Deshalb muß die von Aufhäuser und anderen Genossen beantragte Formel „Opposition statt Koalition" ebenso als falsch und unbrauchbar zurückgewiesen werden, wie etwa die Formel: „Koalition zu jeder Zeit und um jeden Preis". Zu unseren selbst gewählten Führern und Parlamentariern müssen wir das Vertrauen haben, daß sie die ihnen vom Parteitag eingeräumte Bewegungsfreiheit in taktischer Hinsicht klug und so ausnutzen, wie es die Situation erfordert.

Gewiß haben wir in der Koalitionspolitik in den letzten Jahren eine Reihe von Enttäuschungen erlebt. Aber wir müssen doch feststellen, daß jede Koalition auch nützliche Arbeit geleistet hat. Selbst die für die deutsche Sozialdemokratie ungünstigste Große Koalition unter dem Reichskanzler Stresemann hat ein großes historisches und politisches Verdienst: sie hat den unglücklichen Ruhrkrieg liquidiert, die Inflation abgeschlossen und dem deutschen Volke wieder eine stabile Währung gegeben.

Eine verhängnisvolle Illusion ist die in der Entschließung Aufhäuser enthaltene Formel, die Bourgeoisie habe sich mit der Republik abgefunden, und ebenso die Meinung, die heutige Republik sei nicht wert, daß man sie verteidige. Wir müssen den Massen sagen, daß wir entschlossen sind, die demokratische Republik mit Nägeln und Zähnen zu verteidigen, weil wir in ihr einen erfolgverheißenderen Kampfboden für unsere sozialpolitischen Forderungen und sozialistischen Ziele sehen als in der Monarchie.

Daß die Republik als vorläufig gesichert betrachtet werden kann, verdanken wir vor allem auch der tatkräftigen und erfolgreichen Arbeit unserer Freunde in der preußischen Regierung. Es wäre polizeiwidrig unklug, wenn unsere Parteigenossen die Machtposition, die sie in Preußen innehaben, auf dem Altar oppositioneller Orthodoxie opfern würden, wie es von Sachsen verlangt wird. In Württemberg, das von allen deutschen Ländern wohl die älteste politische und parlamentarische Kultur hat, hat unsere Partei 1920 ihre Machtposition in der Regierung preisgegeben, in der Hoffnung, dadurch die Massen, die uns teilweise verlorengegangen waren, wieder zurückzugewinnen. Dieser Fehler hat sich bitter gerächt. Wir haben die Massen nicht wiedergewonnen, sondern die Entwicklung hat dazu geführt, daß die deutschnationale Reaktion die politische Macht in Württemberg an sich gerissen hat. Wir richten daher an die Genossen in Preußen die dringende Mahnung, die Machtposition nicht nur zu verteidigen, sondern nach Möglichkeit zu erweitern, denn darin liegt der sicherste Anker der deutschen Republik.

Es ist auch falsch, zu sagen, die Opposition allein führe uns die Massen zu, während eine positive Politik sie uns entfremde. Ich selbst arbeite in einem Bezirk, der sich in Presse und Organisation positiv einstellt, und wir haben bei der Reichstagswahl 1924 mehr Stimmen für die Sozialdemokratie erlangt, als vier Jahre zuvor Sozialdemokratie, USPD. und KPD. zusammen bekommen haben. (Bravo!) Das ist der beste Beweis dafür, daß man bei einer klugen und energischen Vertretung einer positiven Politik die Massen fesseln kann. Wir brauchen Vertrauen zu unsern Führern, stärksten Glauben und innere Begeisterung für unsere Sache. Haben wir dies, so werden wir siegreich vorwärtsschreiten. (Beifall.)

Hermann **Müller** (Parteivorstand): Es entspricht nicht einer Selbstzufriedenheit, wenn ich feststelle, daß die deutsche Sozialdemokratie mit den heutigen Debatten zufrieden sein kann. Genosse Wels hat bereits erklärt, daß wir beide seit 25 Jahren auf Parteitagen sind. Wir haben auf diesen hochstehende Debatten erlebt, aber die heutige kann sich daneben sehen lassen, sie ist ein Beweis dafür, daß wir eine lebendige Partei sind. Wir haben heute den besten Theoretiker der deutschen Sozialdemokratie gehört und am Nachmittag den besten Praktiker. Das Erfreulichste war, daß sie ganz einig waren, und ich frage die Genossin Tony Sender: Mein Liebchen, was willst Du noch mehr?! (Große Heiterkeit.) Ich würde die Genossin Sender ohne weiteres in diesen Bund einschließen, wenn sie nur geredet hätte, aber sie hat leider auch eine Resolution unterschrieben. Es kann uns nicht zugemutet werden, diese Resolution zu akzeptieren. (Tony Sender: Warum nicht?!) — Weil ich sie Absatz für Absatz für falsch halte. Genosse Breitscheid hat das schon zum dritten und vierten Absatz ausgeführt. Ich will nur einiges zu den übrigen Absätzen bemerken.

Wenn es im ersten Absatz heißt: Die bisherigen Versuche, im Reiche durch Koalitionen mit bürgerlichen Parteien die Interessen der Arbeiterklasse in der Republik zu vertreten, haben zu keinem Erfolg geführt, so steht das im Widerspruch zu dem, was wir bei den nächsten Wahlen unsern Wählern sagen werden. Denn da werden wir den Beweis bringen, wie wir in Koalitionsregierungen Erfolge für die Arbeiterschaft erzielt haben. Im folgenden Absatz heißt es: „Gegenüber dieser Aufgabe tritt der Kampf für die Erhaltung der Republik, mit der sich die Bourgeoisie abgefunden hat, an Bedeutung zurück." — Ich weiß nicht, ob sich die Bourgeoisie mit der Republik schon ganz abgefunden hat. Ich glaube, wenn sie anders könnte — anders wollen würde sie schon. Ich halte es nicht für sicher, daß diese Republik vor allen weiteren Krisen gesichert ist. Ich habe am Sonntag schon gesagt, daß ich sie zurzeit nicht für gefährdet halte. Ein Führer aus den Rechtsparteien hat einmal gesagt: „Es gibt nur drei Leute in Deutschland, die die Republik für gefährdet halten: Löbe, Wirth und Haas". Löbe ist inzwischen ausgerückt, jetzt sind die beiden anderen allein. Ich möchte mich aber trotzdem nicht auf das Urteil dieses Rechtspolitikers für alle Zukunft verlassen. Wegen des Schlußabsatzes würde vielleicht eine Verständigung möglich sein: die Opposition soll ohne Rücksicht auf bürgerliche Parteien im Geiste des proletarischen Klassenkampfes mit allen geeigneten parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln geführt werden. Wer hat zu bestimmen, was geeignete Mittel sind? Wenn Sie das dem Parteivorstand und Parteiausschuß überlassen, sind wir ganz einig. Dann könnten wir uns über den letzten Absatz verständigen.

Es ist so dargestellt worden, als ob unsere Politik oft von der Rücksicht auf das Zentrum diktiert gewesen wäre. Wir haben gehört, daß unsere Opposition reformiert werden solle, daß Severing und Löbe die Zellenbildung in der

Fraktion organisieren wollen, damit wir wahrhaft oppositionell sind. Ich will mit Severing in der Opposition stets soweit gehen, wie er es mit der preußischen Koalition für verträglich halten wird.

Wenn Herold uns gelobt hat, weil wir den Etat nur wenige Tage nach dem 31. März fertiggestellt haben, so hat er damit in erster Linie meinen Freund Löbe gelobt. Wir verlangen gerade die rechtzeitige Fertigstellung des Etats, damit die Bürokratie nicht freie Hand hat. Wenn Aufhäuser meinte, daß hier Parteigenossen wären, die scharfe Resolutionen über Klassenkampf und Klassengegensätze nicht angenommen haben wollten, weil es das Zentrum abschrecken könnte, so ist er im Irrtum. Das Zentrum ist gar nicht so. Ich glaube, ich kenne es besser. Das Zentrum wird sich nicht durch starke Worte abhalten lassen, Politik zu machen.

Als Begründung für die Entstehung der Bürgerblockregierung tritt hier vielfach eine vulgär-marxistische Auffassung hervor, die mir unverständlich ist. Die Bildung der Bürgerblockregierung offenbare die Verschärfung der Klassengegensätze, heißt es in der Resolution Aufhäuser. Was hat den Anlaß zur Bildung dieser Regierung gegeben? Der Sturz des Kabinetts Marx durch die sozialdemokratische Fraktion. Daß unsere Fraktion dadurch die Klassengegensätze hat verschärfen wollen, davon war gar keine Rede. Eine Menge politischer Gründe hat zu dieser Regierungsbildung geführt. Es ist nicht damit getan, daß man sagt: im Zentrum hat der rechte Flügel gesiegt. Das Zentrum hat ursprünglich kein Interesse an einer Rechtsregierung gehabt. Es ist von Eckstein so dargestellt worden, als ob eine Gärung in der Zentrumsarbeiterschaft wäre, seitdem wir die Bürgerblockregierung haben. Diese Gärung ist viel länger da, nämlich seit der Revolution, und ist am meisten gefördert worden durch die Kooperation der sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter im gewerkschaftlichen und politischen Kampfe, durch die gemeinsame Tätigkeit im Reichsbanner und durch anderes mehr. Das Zentrum wollte es nicht zur Auflösung kommen lassen. Deshalb blieb ihm nichts anderes übrig, als eine Mehrheitsregierung gegen uns zu bilden, weil mit uns infolge des Verhaltens der Deutschen Volkspartei eine Mehrheitsbildung nicht möglich war.

Hilferding hat mit Recht davor gewarnt, daß wir uns auf Formelkram einlassen. Alle die Thesen und Antithesen, die hier fortwährend geprägt werden, sind nicht richtig. Sie treffen nur den reinen Fall, während die Wirklichkeit viel komplizierter ist. Was heißt Stellungnahme zur Frage der Gewalt? Als der Kapp-Putsch kam, wußten wir, was wir zu tun hatten. Ich nehme an, daß die Sozialdemokratie dafür sorgen wird, daß in jeder ähnlichen historischen Situation in höchstem Maße aus der Arbeitermasse herausgeholt wird, was an Kraft möglich ist, und denen entgegengeworfen wird, die uns die Errungenschaften der Revolution rauben wollen. Wenn wir uns dagegen wenden, daß die andern Gewalt anwenden, und erklären, daß, wenn die andern sich illegal betätigen, wir nicht auf die Gewalt verzichten, so braucht man dennoch keine Richtlinien für die gewaltsamen Auseinandersetzungen aufzustellen. Revolutionen vollziehen sich nicht nach Richtlinien. (Sehr richtig!) Das sollten alle Parteigenossen wissen.

Dann noch einige Bemerkungen zu dem Wehretat, auf den Hilferding schon eingegangen ist. Er hat erklärt, daß eine grundsätzliche Ablehnung des Wehretats für uns nicht in Frage kommen kann. Es wird aber in neuerer Zeit von der Friedensgesellschaft durch Flugblätter eine Agitation gegen uns veranstaltet, die mir unverständlich ist. Die Friedensgesellschaft hat Richtlinien herausgegeben, wonach im März eine Antiwehrwoche im Reich veranstaltet werden sollte. Wir wissen, wie wenig hinter dieser Gesellschaft steht, wobei ich ihren ideellen Wert nicht verkennen will. Wenn aber heute in dieser Weise

gegen uns vorgegangen wird, dann muß sich das vor allem gegen die Friedenspolitik auswirken. Die Friedensgesellschaft weist gerade auf die Zuspitzung der Verhältnisse im Osten hin, wo eines Tages ein Wirtschaftskrieg in eine kriegerische Auseinandersetzung umschlagen könnte. Wer solche Konflikte in Zukunft vermeiden will, muß vor allem dafür sorgen, daß Hergt möglichst bald aus der Reichsregierung verschwindet, der Mann, der in Beuthen und anderwärts sich als Treiber der polenfeindlichen Außenpolitik gezeigt hat.

Wenn die Sozialdemokratische Partei erklärt: Wir treten überhaupt nicht mehr in eine Reichsregierung ein, und dazu müßte die grundsätzliche Ablehnung des Etats führen — im selben Augenblick haben die Deutschnationalen dauernd freie Hand für ihre außenpolitischen Pläne. Deshalb verstehe ich vom Standpunkt der Friedensgesellschaft aus diese, ihre Politik nicht im geringsten. Es gibt Parteigenossen, die der falschen Auffassung sind, man könne den Reichswehretat allein ablehnen. Ueber die Kapitel wird aber nicht abgestimmt. Einzelne Positionen haben wir massenhaft abgelehnt, vor allem dann, wenn unsere Aenderungsvorschläge nicht angenommen worden waren.

Zum Schluß noch ein paar Worte zu dem, was Genosse Eckstein über die Agitationspolitik gesagt hat. So selbstverständlich es ist, daß wir zu agitieren haben, ebenso selbstverständlich ist, daß wir keine Agitationspolitik zu treiben haben, denn das ist meiner Auffassung nach Politik um der Agitation willen. Das würde uns im Volksstaat nicht das geringste nützen. Wenn Stegerwald und die anderen christlichen Arbeiterführer zu den Zentrumsarbeitern sagen könnten: die Sozialdemokratie versagt sich grundsätzlich jeder Mitarbeit — in demselben Augenblick würde unsere Werbekraft unter den christlichen Arbeitern im Volksstaat nicht erhöht, sondern stark geschwächt werden. Deswegen können wir solche Politik nicht verantworten.

Ich glaube trotz allem, daß die Gegensätze an sich gar nicht so stark sind. Die Genossin Sender hat erklärt, daß sie auf dem Boden der Demokratie ohne Beiwort steht. Wenn das der Fall ist, können wir uns bei gutem Willen auf diesem Boden vereinigen zu einer Arbeit, die der Arbeiterbewegung zugute kommen und uns letzten Endes hinaufführen soll zu den Höhen des Sozialismus. (Lebhafter Beifall.)

Dietrich, Erfurt: Die Frage der großen Koalition stößt auf eine Opposition; es stellt sich ihr der Gedanke, im jetzigen Stadium der Entwicklung Oppositionsstellung zu beziehen, selbst gegenüber. Wenn nun in der Diskussion gesagt wird: Beides, Koalition und Opposition, ist zu verbinden, dann glaube ich, daß bei der Begrenzung auf die derzeitige Situation diese Schlußfolgerungen falsch sind. Wenn sich eine Fraktion Mühe gegeben hat, die große Koalition zu erreichen, so ist es die sozialdemokratische Fraktion gewesen. Es schien einmal aus Aeußerungen der politischen Vertretung der Wirtschaftsinteressenten hervorzugehen, daß man in Wirtschaftskreisen bereit sei, die große Koalition im Reich nicht nur zu dulden, sondern sie zu begrüßen. Aber ich habe den Eindruck gehabt, daß jene Kreise der Auffassung waren, sie brauchten bei der Rationalisierung der Wirtschaft mit den für die Arbeiterschaft so verhängnisvollen Folgen, wie damals bei der Liquidierung des Ruhrkrieges, Rückendeckung durch die politische Vertretung der Arbeiterschaft. Die Teilnahme der Sozialdemokratie an der Regierung sollte die empörten Massen von den Sünden ablenken, die auf das Konto der bürgerlichen Parteien kommen. Es ist auf die Dauer nicht tragbar, wenn unter dem Gesichtspunkt, daß Schlimmeres verhütet werden muß, immer wieder die große Koalition verlangt wird. Die Frage der Regierungsbeteiligung muß vielmehr unter dem Gesichtspunkt der Stärke der Arbeiterklasse und ihres Einflusses entschieden werden.

Hilferding sprach davon, daß bei der Bildung von Länderkoalitionen Reichsfragen nicht behandelt werden sollen. Es betrifft mich, was er inbezug auf das Land Thüringen sagte. Es handelte sich um das Arbeitszeitgesetz und den Zollschutz. Für uns war maßgebend, wie sich die zu bildende Regierung zu diesen beiden Fragen stellt, mit Berücksichtigung der Bedeutung und der Gestaltung der beiden Fragen im Reichsrat. Es war keine Verständigung zu erzielen. In der Frage des Arbeitszeitgesetzes hatten die Vertreter der christlichen Gewerkschaften im Zentrum nicht den geringsten Einfluß. Daher und auch wegen anderer ungeklärter Fragen des Landes selbst war für uns die Koalition nicht möglich.

Durch Tatsachen ist bewiesen, daß die Arbeiterschaft und ihre politische und gewerkschaftliche Bewegung zu jeder Stunde bereit war, die republikanische Staatsform zu verteidigen. Darüber hat auch im Laufe der Diskussion und in der Geschichte der deutschen Republik kein Zweifel geherrscht. Wenn im Augenblick in den Reihen der Parteigenossen und der Arbeiterschaft die Frage des sozialen Inhalts des Staates über die Verteidigung der Staatsform, der bürgerlichen Demokratie, hinaus aktuelle Bedeutung gewinnt, dann noch aus dem Zustand heraus, den Hilferding so glänzend analysiert hat. In diesem Zusammenhang hat für uns ein Wort von Dr. Wirth im Reichstag in der Diskussion über die schwarze Reichswehr eine gewisse Bedeutung; er sagte dem Sinne nach, das Vaterland in erster, die Staatsform in zweiter Linie. Zur republikanischen Staatsform und zur Demokratie gehört die Möglichkeit, wirtschaftlich und geistig leben zu können.

In der Periode der Nachrevolution ist das Proletariat seiner Verpflichtung nachgekommen, die von ihm geschaffene und eroberte Staatsform zu verteidigen. Wenn sich Hilferding heute auf das kommunistische Manifest berief, dann berufe ich mich in diesem Zusammenhang auf ein Vorwort zu diesem Manifest, worin von der konservativen Aktion des Proletariats in der nachrevolutionären Epoche gesprochen wird, in dem Sinne, daß das eben Eroberte gegen die alten Mächte zu verteidigen ist, daß aber dabei auch nicht einen Augenblick der Eindruck entstehen darf, als würde die Selbständigkeit der proletarischen Organisationen irgendwie in Frage gestellt. Wenn wir diesen Boden der Diskussion betreten, dann dürfen wir nicht abstrakt Demokratie gleich Demokratie setzen, sondern müssen soziologisch denkend den sozialen Inhalt und die soziale Bedeutung der Demokratie erörtern und dadurch eine Steigerung der Kräfte des Proletariats herbeiführen. Ich glaube, dann ist auch der Genosse Hilferding mit der Bezeichnung dieser Demokratie, als einer bürgerlichen Demokratie, einverstanden. Wenn während der konservativen Aktion die Selbständigkeit und Stärkung des Selbstbewußtseins der Arbeiterklasse, das Klassenbewußtsein des Proletariats, jeden Augenblick im Vordergrund steht, dann werden die Differenzen gar nicht so stark sein, wie sie hier und da in Erscheinung treten. Wir müssen es aber ablehnen, nur das Fußvolk für „den geistigen Generalstab der deutschen Republik“ zu sein. Wenn wir von der Reichstagstribüne haben hören müssen, daß unsere Genossen in Preußen nur die Möglichkeit der Wirksamkeit haben, weil das Zentrum es gnädig gestattet, und im Reichstag selbst eine energische Zurückweisung unterbleibt, dann ist das keine Stärkung der Position der preußischen Genossen und unserer Partei. Deshalb muß bei der Schlußfolgerung aus dieser Situation und bei allen diesen Kämpfen die Selbständigkeit der proletarischen Bewegung auch bei der Frage der Verteidigung der republikanischen Staatsform im Bewußtsein der Massen so deutlich vorhanden sein, daß keinen Augenblik darüber ein Zweifel entstehen kann. Dann kommen wir in der Klärung der Verhältnisse ein gut Stück vorwärts.

Noch ein Wort zur Frage des Mutes zur Verantwortung! Die Frage ist nicht mehr zu stellen: Wie sag' ich's meinen Funktionären, sondern: Sind die Funktionäre in den Betrieben imstande, das, was die politische Leitung getan hat, zu verteidigen? Können sie in den Betrieben die indifferenten und anstürmenden Massen beeinflussen, daß sie sich in unsere Reihen als sozialistische Kämpfer eingliedern? Nur wenn das die Politik der Partei ermöglicht, ist es eine Politik, die vom großen Vertrauen der arbeitenden Funktionäre draußen im Reich getragen wird. (Bravo! und Händeklatschen.)

Edel, Dresden: Hilferding hat ausgesprochen, daß die Grundlage der Demokratie starke Organisationen sind. Mit diesem Satz und vielen Teilen seiner Rede bin ich einverstanden. Damit ist aber zu gleicher Zeit gesagt, daß die Verteidigung der Republik und die Erringung des Sozialismus eine starke psychologische Seite haben, die kein geringerer als Wels in einer Versammlung vor den sächsischen Landtagswahlen in Dresden auf die Formel brachte: Es ist besser, wenn wir m i t den Massen irren, als g e g e n sie eine gute Politik machen. Das wütende Echo aus dem gegnerischen Lager hat die Richtigkeit dieses Wortes und die Verbundenheit der sächsischen Organisation mit der gesamten Partei bestätigt. Angesichts des Eindrucks, als hielten einzelne Delegierte Sachsen sozusagen für feindliches Ausland, habe ich das starke Bedürfnis, zu unterstreichen, daß in den sächsischen Organisationen der Kampf für die Erhaltung der Republik und für die Einheit der Partei genau so stark pulsiert wie überall im Reiche. (Sehr richtig!)

Ich betone, daß in Sachsen zur Preußenfrage keine Entschließung gefaßt ist. Ich stehe allerdings auch nicht an, zu erklären, daß mir das Format des Genossen Severing besser gefallen hat als das unseres Müller-Max. (Sehr richtig!) Das entbindet uns aber nicht von der Verpflichtung, offensichtliche Schwächen jeder Regierung im Interesse der Partei hervorzuheben, und dieses Recht haben auch die sächsischen Organisationen angesichts der großen Bedeutung der P r e u ß e n f r a g e. Die preußische Regierung, so wertvoll sie sein mag, ist kein Heiligtum, an dem nicht gerüttelt werden dürfte.

Genosse Paul Hirsch betonte in der kommunalpolitischen Tagung, daß eine Sache deswegen noch nicht gut oder schlecht sei, weil sie von den Kommunisten oder Bürgerlichen vertreten oder bekämpft wird. Betrachten wir das Problem der Beteiligung an Regierungen als taktisches, dann fragt es sich um so mehr, welche Bedingungen werden dabei gestellt? Es ist doch selbstverständlich für uns, diese Frage nicht der Reichstagsfraktion zur Beantwortung zu überlassen, sondern der Parteitag muß dazu Stellung nehmen. Es ist noch jedes Mal berichtet worden, daß eine starke Minderheit für eine Beteiligung an einer Regierung im Reich vorhanden war, wenn diese Frage aktut war. Die Reichstagsfraktion muß sich aber doch in ihrer Mehrheit auch überlegt haben, daß das, was sie tat, das Richtige gewesen ist. Infolgedessen kann die taktische Beweglichkeit der Partei den Grundsatz nicht ausschalten, daß die Grenze der Konzessionen, die gemacht werden dürfen, scharf abgegrenzt wird. Darauf legen wir den allergrößten Wert nach dem Anschauungsunterricht, den gerade wir in Sachsen genommen haben. Es stellte sich heraus, daß der sächsische Minister Heldt die „K a m p f stellung“ halten wollte, um seine Stellung zu halten. Die Tatsache, daß nun in Sachsen das Zusammenarbeiten mit den D e u t s c h n a t i o n a l e n nahe bevorsteht, und nur vorläufig von den Demokraten abgelehnt wird, beweist, daß hier vorgelegen hat, was Otto Bauer als parlamentarischen Kretinismus bezeichnet hat. Ihn abzulehnen, ist unsere Pflicht und die Voraussetzung, die Grenze der Konzessionen gegenüber den Bürgerlichen zu ziehen. In letzter Zeit ist erfreulicherweise das Vertrauen zur Partei erstarkt. Das führt zu einer klaren Herausstellung

des sozialistischen Zieles gegenüber allen andern Aufgaben der Partei, nicht nur zur Einigkeit in unserm eigenen Lager, sondern der gesamten Arbeiterschaft unter dem Banner der sozialdemokratischen Partei. (Bravo! und Händeklatschen.)

Heilmann, Berlin: Wenn diese Debatte auch hochsteht und für jeden Hörer ein Genuß ist, so fragt es sich doch, wozu wir eigentliche diese Debatte über Opposition oder Koalition führen, denn sehr aktuell ist die Frage gerade nicht. Im Reich wird sie so rasch nicht an uns gestellt werden, und die preußische Koalition bleibt auch bis zu den Neuwahlen. Ich war auf einen großen Ansturm auf dem Parteitag für den Austritt aus der preußischen Koalition gefaßt; aber diese Anregung ist gar nicht an uns herangetreten. Ich stelle also fest, daß der Parteitag denselben Standpunkt wie unsere preußische Fraktion vertritt: Es gibt Grenzen in der Koalitionspolitik. Aber solange diese Grenzen nicht zwingend erreicht sind, solange uns nichts Unerträgliches zugemutet wird, daß wir lieber aus der Regierung hinausgehen als mitmachen, wäre es vollkommener Unsinn, die Machtposition in Preußen mutwillig aufzugeben, die wir nicht durch die Gnade des Herrn Stegerwald innehaben, sondern weil das Zentrum ebenso wie wir glaubt, in dieser Koalition einen Vorteil zu finden. (Sehr richtig!) Das ist ein klares Geschäft und kein Gnadenakt.

Es ist von Preußen an die Reichstagsfraktion nie mit dem Wunsch herangetreten worden, die Opposition im Reich mit Rücksicht auf uns und unsere Koalition zu dämpfen. Einige Mitglieder der Landtagsfraktion bewundern die Taktik der Reichstagsfraktion nicht unbedingt und grenzenlos, aber dasselbe gilt für die preußische Zentrumsfraktion gegenüber der Zentrumsfraktion des Reichstages. Schon deshalb braucht von uns aus die Kritik der Reichstagsfraktion des Zentrums nicht zimperlich zu sein.

Von der Kritik der Preußenkoalition bleibt nur, daß Preußen im Reichsrat bei einigen Gesetzen nicht Einspruch erhoben hat, der bei der Stimmenverteilung durch die Provinzvertreter aussichtslos gewesen wäre. Wo eine Aussicht war, wie gestern bei dem Jugendschutzgesetz, hat der Reichsrat unter Preußens Führung gegen die Gesetzgebung des Bürgerblocks Einspruch erhoben.

Der Schutz der Republik soll im Augenblick gesichert sein. Ich will nicht wiederholen, was Severing darüber gesagt hat. Wir haben aber auch dafür zu sorgen, daß dem Arbeiter die Republik nicht verekelt wird, und das müßte geschehen, wenn in ihr dauernd die Monarchisten regierten. (Sehr richtig!) Regierte in der deutschen Republik dauernd nur der Bürgerblock, wie wollten Sie die Begeisterung der Arbeiter für die Verteidigung der Republik wecken! (Sehr gut!) Wenn Sie diese Begeisterung wollen und brauchen, bejahen Sie die Notwendigkeit sozialdemokratischer Regierungsteilnahme.

Im übrigen gilt es, die Republik auch von innen zu sichern, nicht nur gegen den Putsch, sondern auch gegen die Sabotage der Bürokratie. (Sehr richtig!) Das kann nur durch eine Personalpolitik geschehen, die sozialdemokratische Minister machen. (Sehr gut!) Hilferding hat uns sehr klar auseinandergesetzt, daß in dieser Aera Löhne und Preise politische Kategorien geworden sind. Das hat viel früher der Landbund begriffen, der die Deutschnationalen in die Regierung hineingezwungen hat. Ich kann mir nicht denken, daß die Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten, besonders aber auch die freien Beamtengewerkschaften, Freude an einer Sozialdemokratie hätten, die dauernd außerhalb der Regierung stünde. (Sehr richtig!) Man mag über die Errungenschaften der Koalitionspolitik denken wie immer. Wer wird leugnen, daß in einer Regierung mit sozialdemokratischer Teilnahme das

Arbeitszeitgesetz für die Arbeiter hätte günstiger ausfallen müssen, als es jetzt unter dem Bürgerblock ausgefallen ist? (Sehr richtig!) War der Sieg des 10-Stundentags in England nach Marx ein Sieg des sozialistischen Wirtschaftsprinzips über das kapitalistische Wirtschaftsprinzip, so ist jeder Fortschritt in Lohn und Arbeitszeit ein Sieg des Sozialismus selbst. Gerade wegen dieser wirtschaftlichen Bedeutung unserer Regierungsteilnahme für alle großen Wirtschaftsfragen halte ich die Festlegung auf die Formel: Opposition statt Koalition und ihre Begründung mit wirtschaftlichen Gesichtspunkten für völlig verfehlt. Genosse Breitscheid hat recht, wenn er uns an das englische Sprichwort erinnert hat: Nothing succeeds like success. Es ist nichts so erfolgreich, auch agitatorisch, wie der praktisch errungene Erfolg. Darum lassen Sie mich Ihnen ein altes Wort Lassalles aus Franz von Sickingen wiedergeben, das vielleicht alles sagt, was über das Problem sozialdemokratischer Regierungsteilnahme überhaupt gesagt werden kann:

> Gestalten könnt ihr, könnt nicht unterdrücken,
> beschleunigen könnt ihr, könnt verhindern nicht. . . .
> Gestalten, sagt' ich, könnt ihr. Alles liegt
> In dieses Wortes Zauberring verschlossen.
> Die Zeit vollbringt sich, doch vollbringt sie sich
> anders mit euch und anders ohne euch.
> Weh' euch, wenn sie sich gegen euch vollbringt!

(Bravo! und Händeklatschen.)

Inzwischen sind drei Anträge auf Schluß der Debatte eingelaufen.

Dr. Knack, Hamburg, begründet den Schlußantrag. In der bisherigen Debatte seien die verschiedensten Meinungen ausreichend zu Wort gekommen.

Der Parteitag beschließt darauf gegen wenige Stimmen Schluß der Debatte.

Dr. Hilferding (Schlußwort): Parteigenossinnen und -Genossen! Lassen Sie mich mit einem Wort des Dankes an alle diejenigen beginnen, die heute in der Diskussion gesprochen haben. Betrachten Sie es nicht als Anmaßung, wenn ich sage: ich habe heute immer wieder daran denken müssen, ob denn nicht alle Debatten unserer Parteitage in dieser Weise verlaufen könnten und ob wir uns nicht vornehmen müßten, daß diese Art der Debatte vorherrschend werden sollte, nicht aber Debatten, wie wir sie am ersten Tage gehabt haben. (Lebhafte Zustimmung.)

Bevor ich auf die politischen Probleme eingehe, möchte ich meinem Freunde Nölting einiges sagen. Seine Ausführungen sind sehr interessant gewesen; aber in einem scheinen sie mir doch nicht das Richtige getroffen zu haben. Er hat gemeint, im wissenschaftlichen Bewußtsein habe gewiß der Marxismus nie Fatalismus bedeutet; aber bei den breiten Massen sei es doch so, daß sie von dem Noraglauben an das Wunderbare beherrscht seien, daß sie „auf den Tag" warteten. Ein gewisses Gefühl der Erwartung lebt ständig in unserer Bewegung; aber es ist in keiner Weise identisch mit Fatalismus. Denken wir doch zurück an die schweren Zeiten des Sozialistengesetzes, der Verfolgung, als Woche für Woche an der schweizerischen Grenze die Vertrauensmänner waren, die den „Sozialdemokraten" nach Deutschland herüberbrachten unter der Gefahr, auf Jahre ins Gefängnis zu wandern. Denken wir daran zurück, wie diese Blätter verbreitet worden sind, obschon jeder einzelne, der die Blätter übernahm, unter Umständen gewärtig sein mußte, von Weib und Kind gerissen zu werden und in die Verbannung zu wandern. War das Fatalismus? Denken wir weiter an die ungeheuere Arbeit der Tausende und Hundert-

tausende Ungenannter, die in den Betrieben für die Ziele des Sozialismus eintraten! War das Fatalismus? Nein, sowohl in unserem Bewußtsein als in unserer Tat, in der Aktion der Massen war der Marxismus, war die Arbeiterbewegung immer zugleich gesteigerter Aktivismus, gesteigerte Tatkraft. Das war ja das Große am Marxismus, daß er gezeigt hat, daß diese Tat schließlich erfolgreich sein muß, weil die ökonomische Entwicklung selbst dahin führt, immer mehr das Proletariat zu sammeln, zu organisieren, ihm die Möglichkeit zu geben, sich in den Besitz der Staatsmacht zu setzen, die Wirtschaft zu beherrschen, den Kapitalismus zu beseitigen und an die Stelle der Gesellschaft der Klassengegensätze die Gesellschaft der Solidarität zu setzen.

Lassen Sie mich nun ein paar Worte über die politischen Probleme sagen. Ich knüpfe an ein ganz beiläufig von dem Gen. Eckstein ausgesprochenes Wort an, das für mich ungeheuer bezeichnend war. Gen. Eckstein hat gesagt: Millerandismus ist das, was wir heute Koalitionspolitik nennen. Läßt sich so etwas sagen? Dazwischen liegt doch nichts weniger als der Weltkrieg, die Revolution, die totale Verschiebung in dem Machtverhältnis der Klassen, der ganze Machtzuwachs, den das Proletariat nach der Revolution erreichen konnte. Für das historisch-politische Denken ist es einfach eine unvollziehbare Vorstellung, Millerandismus und Koalitionspolitik gleich zu stellen. Aber ich verstehe diese Gleichstellung für das formal-juristische Denken. Gewiß, sowohl bei Millerand als etwa bei dem Genossen Hermann Müller mußte das Staatsoberhaupt das Dekret unterschreiben, das den Betreffenden zum Minister ernannte. Es ist derselbe Akt, dieselbe juristische Form. Aber das ist eben der Unterschied, daß wir in der Tat nicht formal-juristisch denken dürfen, sondern immer wieder aufs neue die wirkliche Realität analysieren müssen und erst auf Grund dieser Analyse die politischen Konsequenzen ziehen dürfen.

Ich glaube, daß diese Analyse auch notwendig ist, wenn man über die Zukunft der Demokratie spricht. Ich habe gesagt — die Genossen Hermann Müller und Severing haben sich dem durchaus angeschlossen —, daß, wenn uns gewaltsam die Grundlage der Demokratie zerstört wird, wir alle Mittel, die zweckentsprechend sind und dem Proletariat zur Verfügung stehen, anwenden können und müssen, um die Demokratie zu behaupten. Aber auf der anderen Seite möchte ich doch davor warnen, die Aufhebung der Demokratie als einen notwendigen Entwicklungsprozeß, als eine vorauszusehende, unabwendbare politische Tatsache hinzustellen. Es ist die große Kraft der Demokratie, daß sie unter Umständen dort, wo sie historische Tradition geworden ist, und wo vor allen Dingen das Proletariat zu ihrem Schutz bereit ist, zu einer Selbstverständlichkeit wird. Wo hat denn der Faschismus siegen können? Nur dort, wo es vorher nur unwesentliche Ansätze der Demokratie gegeben hat, wo analphabetische Massen noch keine politische Tradition und politische Erziehung gehabt haben? Es ist eine Kraftquelle der Demokratie, daß sie zur Selbstverständlichkeit wird. Es wird gar nicht so einfach sein, die Grundlagen der Demokratie wegzunehmen, wenn selbst die Bourgeoisie es wollte, falls die Volksmassen hinter der Demokratie stehen. In den etwa 200 Jahren der parlamentarischen Entwicklung Englands hat die englische herrschende Klasse sehr häufig vor schweren und ihre Herrschaft erschütternden Problemen gestanden. Gewiß, auch im parlamentarischen System und sogar im demokratischen System kann in schweren sozialen Krisen unter Umständen zu Ausnahmemaßnahmen gegriffen, können vorübergehend demokratische Rechte suspendiert werden. Aber die Grundlage der Demokratie ist in England niemals aufgehoben und auch in Frankreich seit 1870 niemals in Frage gestellt worden. Wir müssen m. E. auch in Deutschland die Tradition schaffen, daß der Angriff auf die Demokratie ein Hochverrat am Volke ist; mit

allen Mitteln abgewehrt wird, und deswegen von vornherein den Herrschenden als eine Unmöglichkeit erscheint. (Sehr richtig!) Auch das ist ein Stück demokratischer Erziehungsaufgabe. Ich halte es auch in der Politik für falsch, den Teufel unaufhörlich an die Wand zu malen (Sehr gut!), schon deswegen, weil sonst die Vorstellung der Gefahr sich abstumpft, das Volk nicht mehr an die Gefahr glaubt und unter Umständen, wenn es darauf ankommt, zu spät zu Abwehrmaßnahmen greift.

Gen. Aufhäuser hat meine ökonomische Analyse anerkannt, aber die Konsequenzen bestritten. Es gibt Parteigenossen — der Gen. Aufhäuser ist viel zu klug, um zu ihnen zu gehören —, für die die Konsequenzen vor der Analyse feststehen. Gen. Aufhäuser begeht aber meiner Ansicht nach einen anderen Fehler. Für ihn ist der Uebergang von der theoretischen Betrachtung zur Politik ein viel zu einfacher. Ich gehöre gewiß zu denjenigen, die der Auffassung sind, daß es für den Politiker sehr nützlich, sogar notwendig ist, theoretische Einsicht zu besitzen. Es ist gerade Aufgabe der sozialistischen Intellektuellen im weiteren Sinne des Wortes also jedes Sozialisten, der dazu imstande ist, sich theoretische Einsicht anzueignen und dadurch ein besserer politischer Ratgeber zu werden. Gerade für den sozialistischen Akademiker — das möchte ich unserem akademischen Nachwuchs von dieser Stelle aus einmal sagen — ist es Pflicht, sich diese theoretische Einsicht anzueignen. Jeder sozialistische Akademiker muß sich bewußt sein, daß er an das Proletariat eine Schuld abzutragen hat. Er ist im Besitz des Bildungsprivilegs, ist Nutznießer dieses Privilegs, das sozial ungerechtfertigt und nicht zu verteidigen ist. (Zustimmung.) Er kann diese Schuld nur dadurch wett machen, daß er immer wieder bestrebt ist, das Bildungsprivileg, das er nun einmal genießt, auszunutzen, um alles, was er lernen kann, zu lernen und für die Arbeiterbewegung fruchtbar zu machen. (Sehr gut!) Aber gerade, weil ich stets bemüht war, mir diese theoretische Einsicht zu erwerben, glaube ich, auch sagen zu können, daß der Weg von der Theorie zur Politik nicht so einfach ist, daß mit theoretischen Sätzen allein noch nicht Politik gemacht werden kann, daß das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik genau so kompliziert ist, wie etwa das Verhältnis der theoretischen Physik zur Technik. Gegenüber dem Gen. Aufhäuser möchte ich mich auf eine sehr weise Stelle berufen, die Kautsky in der „Agrarfrage" geschrieben hat. Er sagt dort, daß es schwierig ist, da Rudimente von Klassen aus einer früheren Zeit in die kapitalistische Struktur hineinragen, bei dem fortwährenden Auf und Ab von untergehenden und aufsteigenden Klassen immer die richtige Orientierung zu finden. Er sagt weiter:

> „Der Theoretiker, der die Grundgesetze erforschen will, die das Leben der heutigen Gesellschaft beherrschen, darf sich von dieser Fülle der Erscheinungen nicht beirren lassen. Er muß die kapitalistische Produktionsweise in ihrer Eigenart, in ihrer klassischen Form gänzlich losgelöst von den sie umgebenden Resten und Keimen anderer Produktionsformen erforschen. Der praktische Politiker dagegen beginge einen gewaltigen Fehler, wollte er Kapitalisten und Proletarier als alleinwirkende Faktoren der heutigen Gesellschaft betrachten und von allen anderen Klassen absehen."

(Sehr richtig!) Was hier von der Klassenstruktur gesagt wird, gilt in gesteigertem Maße von der politischen Struktur. Ich habe schon in meinem Referat darauf hingewiesen, wie kompliziert, gesellschaftlich betrachtet, im Grunde genommen das ist, was wir bürgerliche Parteien nennen. Denken Sie an das Zentrum, das in sich ein Mikrokosmos, ein Ausschnitt aus der gesamten bürgerlichen Gesellschaft ist, das Proletarier, Bauern, Großgrund-

besitzer, Industrielle, Kleinbürger aller Art in sich aufgenommen hat und bis jetzt hat zusammenhalten können. Es ist ganz klar, daß wir bei der Behandlung einer solchen Partei zum Teil eine andere Sprache führen müssen, gerade wenn wir die klassenmäßig zu uns gehörenden Anhänger dieser Partei von ihr loslösen wollen, als wir etwa sprechen, wenn wir gegen die Deutsche Volkspartei polemisieren wollen, die die Inkarnation der großkapitalistischen Interessen in Deutschland darstellt.

Wenn ich mich deshalb gegen einige Anträge gewandt habe, so deswegen, weil ich vor einem warnen möchte. Ich möchte nicht, daß auf diesem Parteitag der Eindruck entsteht und sich nach außen fortpflanzen könnte, als ob es bei unserer Opposition im Reich sozusagen Oppositionelle erster Güte und Oppositionelle zweiter Güte gäbe. Ich möchte nicht, daß wir von vornherein die Opposition vor den Massen diskreditieren, indem der Eindruck erweckt wird, wir führten diese Opposition nicht mit voller Kraft. Ich möchte nicht, daß hier ein Richtungskampf um die Palme der Opposition entsteht. Mein Freund Severing hat die Geschichte des Gesprächs mit Löbe erzählt. Vielleicht erinnert er sich an ein Gespräch, das vorangegangen ist, ein Gespräch mit nahezu demselben Wortlaut, das ich mit ihm geführt habe und in dem wir beide uns vorgenommen haben, die Opposition zu verstärken. (Heiterkeit.) Ich habe absolut den Eindruck gehabt, daß bei dieser Verabredung zwischen Severing und Löbe ich als Dritter unbedingt notwendig bin; denn es sind ja schon gewisse Differenzen zwischen Löbe und Severing aufgetaucht. (Erneute Heiterkeit.) Es sei mir also gestattet, in diesem Bunde der Dritte zu sein. Gen. Hermann Müller hat sich ja schon als vierter gemeldet. Aber gerade die Genossen Aufhäuser und Sender möchte ich fragen, ob sie mir seit Bildung der Rechtsregierung eine Gelegenheit nennen können, wo irgendein Vorschlag der Bekämpfung dieser Regierung, der von ihnen oder von ihnen Nahestehenden beantragt wurde, von uns abgelehnt worden ist. Ich kann ruhig sagen, daß die gesamte Fraktion einmütig in der Führung dieser Opposition gewesen ist und daß wir uns alle bemüht haben, Anregungen für diese Kämpfe zu geben. Niemand im Fraktionsvorstand oder in der Fraktion hat jemals erklärt, wir müßten auf irgend eine Partei besondere Rücksicht nehmen.

Wenn Sie in Sachsen und Berlin spezielle Anträge angenommen haben, uns aufzufordern, keine Rücksicht auf das Zentrum zu nehmen, so gestatten Sie mir wieder einmal eine unbescheidene Bemerkung. Wenn die Berliner und die Sachsen uns bei den nächsten Wahlen gezeigt haben, daß sie den Deutschnationalen, den Völkischen und Kommunisten die hunderttausend Stimmen von Klassengenossen, die zu uns gehören, weggenommen haben, dann werden wir die Opposition gegen das Zentrum so führen, wie sie es haben wollen. Aber der Unterschied in der Führung des Kampfes gegen das Zentrum läßt sich nicht zum Richtungsunterschied machen. Es kommt nur darauf an: wie führen wir diesen Kampf am wirksamsten und wie ringen wir am besten mit dem Zentrum um die Seele des christlichen Arbeiters? Nichts ist für uns in der Vorkriegszeit schwerer gewesen, als an die christliche Arbeiterschaft heranzukommen, und zwar wegen der großen Kluft, die damals gesellschaftlich im Betriebe zwischen den Sozialdemokraten und allen anderen bestand. Nichts hat uns mehr die Möglichkeit gegeben, mit den christlichen Arbeitern zu sprechen, an ihr Klassenbewußtsein zu appellieren, ihnen zu zeigen, daß wir infolge der Klassenbestimmtheit des proletarischen Willens im Grunde genommen dasselbe Ziel verfolgen müssen, als die Tatsache, daß wir zeitweise mit dem Zentrum zusammengearbeitet und es ihm dadurch unmöglich gemacht haben, die Sozialdemokratie als einen Popanz vor den christlichen Arbeitern hinzustellen. Deswegen werden Sie verstehen, daß die

Anträge, die eine besondere Verschärfung des Kampfes gegen das Zentrum verlangen, nicht aus dem Rheinland gekommen sind. Hierin liegt die Differenz. Es ist die Differenz in bezug auf das wirkungsvollste Ringen um die Seelen der christlichen Arbeiter.

Ueber den Hauptantrag, der die Unterschriften der Gen. Aufhäuser, Tony Sender, Seydewitz usw. trägt, brauche ich im einzelnen nicht mehr zu sprechen, da ja die Interpretation, die die Gen. Sender und Aufhäuser dem Antrag gegeben haben, viel besser ist als der Wortlaut des Antrages. Nach dem, was Severing und Hermann Müller über den Antrag gesagt haben, werden Sie verstehen, daß auch für mich dieser Antrag in seiner Formulierung unannehmbar ist. Ueber die Interpretation hätte sich reden lassen, und ich bedaure, daß die Gen. Aufhäuser und Sender nicht lieber ihre Interpretation formuliert haben.

Im übrigen sind wir uns, glaube ich, in folgendem einig: Derjenige, der die Koalition unter allen Umständen will, und derjenige, der die Koalition unter keinen Umständen will, scheiden im Grunde als unpolitisch aus. Die Frage des Eintritts in die Regierung ist überhaupt eine der schwierigsten taktischen Fragen, und es ist ganz selbstverständlich, daß diese Frage nur in einer ganz konkreten Situation gelöst werden kann. Voraussetzung für die Lösung dieser Frage ist eine sichere Machtstellung der Sozialdemokratie nicht nur im Parlament, sondern auch außerhalb des Parlaments. Aber wir sollten aufhören, die Koalitionspolitik als eine Art Suspendierung des Klassenkampfes, als eine Art politischen Friedens zu betrachten. (Zustimmung.) Ich war in der allerschwersten Zeit Mitglied einer Koalitionsregierung. Aber wenn Sie glauben, daß das der Friede für mich gewesen ist, sind Sie sehr im Irrtum. (Heiterkeit.) Es gab nichts Schwereres, als das tägliche Ringen in dieser Regierung um das Durchsetzen des sozialistischen Standpunktes. Sehr vieles ist damals von den Massen nicht verstanden worden und konnte nicht verstanden werden. Es war damals auch eine ganz besondere Situation, von der ich nicht glaube, daß sie wiederkehren wird; in der wir uns sagen mußten: es steht die Rettung aus der Inflation auf dem Spiel, und nur die Sozialdemokratie kann diese Rettung bringen. Ich bedaure, daß es nicht möglich war, wie Vandervelde in Belgien, auszuhalten, bis dieser Prozeß der Rettung aus der Inflation wirklich vollendet war. (Sehr richtig!) Weiter galt es, die Ruhrpolitik zu liquidieren. Aber ich habe das Gefühl, daß noch mehr auf dem Spiele stand, daß es die letzte Minute war, um diese Dinge durchzuführen, sollte nicht ein politisches und soziales Chaos über Deutschland hereinbrechen. (Lebh. Zustimmung.) Da habe ich mir allerdings gesagt, und ich bekenne mich heute noch dazu: es ist notwendig, diese Politik zu machen, so schwere Opfer sie uns auch kosten wird, weil diese Opfer der Partei in späterer Zeit zum Segen gereichen werden. Es war eine schwere taktische Entscheidung, und ich denke, diese Art von Koalitionspolitik wird nicht wiederkehren. Aber festlegen für alle Zeiten können wir uns nicht, wenn wir nicht unsere ganze Beweglichkeit aufgeben und geradezu das Spiel unserer gefährlichsten Gegner erleichtern wollen. Aber die Suspendierung des Klassenkampfes und der politische Friede ist auch in den deutschen Koalitionsregierungen in keinem Stadium unser Ziel gewesen.

Genosse Aufhäuser hat davon gesprochen, daß er von mir den Unterschied zwischen bürgerlicher und sozialer Demokratie kennengelernt habe. Ich habe mich schon darauf berufen, daß Marx in einer seiner Jugendschriften bereits diesen Unterschied, wenn auch in anderer Form, formuliert hat. Aber sollen wir an einem Wort festhalten — ich weiß gar nicht, ob ich es gebraucht habe —, wenn wir sehen, daß dieses Wort unter Umständen politische Verwirrung

schafft? Marx und Engels haben sich im Kommunistischen Manifest Kommunisten genannt, und Engels speziell hat an dieser Bezeichnung ziemlich lange festgehalten. Wird es einem von uns heute einfallen, sich etwa Kommunist zu nennen und, um ein Scherzwort von Friedrich Adler nachzubilden, in einem Wahlaufruf zu sagen: „Parteigenossen und Parteigenossinnen, geht jetzt alle zur Urne! Wählt kommunistisch im Sinne des Kommunistischen Manifests vom Jahre 1847!" Genau so, wie wir uns heute nicht mehr Kommunisten nennen und nicht mehr das Wort „Diktatur" in dem Sinne verwenden können, in dem es Engels gebraucht hat, als er sagte, daß die demokratische Republik die Form der Diktatur des Proletariats sei, so halte ich es auch für falsch, heute von bürgerlicher Demokratie zu sprechen. Genossin Sender sagte ganz richtig: sprechen wir von Demokratie ohne Zusatz. Warum? Weil dadurch das andere nicht verwischt wird, daß soziale Demokratie gar nichts anderes ist als Sozialismus, und daß wir politische und soziale Kategorien in unserem Sprachgebrauch nicht durcheinanderwerfen dürfen. Was ich meine, ist, daß auch in der Uebergangszeit, in der das Proletariat den Staat beherrschen wird, die Demokratie die politische Form bleibt, daß der soziale Inhalt, die gesellschaftlichen Verhältnisse mittels der demokratischen Staatsmacht im Sinne des Sozialismus umgeändert werden. Vor allem müssen wir uns davor hüten, daß wir die Demokratie als etwas Bürgerliches hinstellen und dadurch den hohen Wert der Demokratie für das Proletariat in Frage stellen.

Lassen Sie mich den heutigen Abend beschließen ohne Polemik, zunächst mit einem Appell an unsere Jugend. Ich glaube im Namen des Parteitags sprechen zu können, wenn ich der Kieler Organisation den Dank dafür ausspreche, daß sie es uns ermöglicht hat, in diese Kinderaugen zu sehen und damit zu sehen die Zukunft der Arbeiterbewegung und des Sozialismus. (Lebhafter Beifall.) Ich glaube aber darüber hinaus, daß die Kieler Organisation uns eine wichtige Lehre gegeben hat, daß es keinen unter uns gibt, der nicht den Wunsch hat, es dieser Organisation nachzumachen, der nicht den Wunsch hat, daß in Berlin, Hamburg und allen Industriezentren die Roten Falken mit uns marschieren. Das ist die Lehre, die wir dem heutigen Tag entnommen haben. Wenn man von der Jugend spricht, wird man sentimental, wenn man an die eigene Jugend denkt, und meine war schön, weil ich in der Jugend Sozialist geworden bin. Das ist das Große, daß wir der Jugend sagen müssen, daß es ein neues Reich ist, das sich vor ihr erschließt, ein Reich, das ihr die großen Ziele zeigt, ein unermeßliches Reich der Zukunft, das sie betritt. Wenn die Jungen den ersten Schritt getan haben, dann mögen sie weiter gehen auf dem Wege und tüchtige Weggenossen für uns alle werden. Das bedeutet natürlich, daß wir Verständnis haben müssen für die Jugend und sie nicht einengen dürfen in ihrer Bewegungsfreiheit. Auch wir haben als jugendliche Leute sehr viel über Sozialismus diskutiert, über die theoretischen Probleme und die Politik. Aber wir waren stets erfüllt von dem großen Respekt vor der Bewegung. Nicht der Respekt vor der Führung, vor den einzelnen Leuten, sondern vor der Gesamtbewegung muß in diesen Jugendherzen lebendig werden, in ihre Köpfe dringen, damit sie verstehen, daß sie mit Liebe und Achtung von der Bewegung reden müssen. Wir zweifeln nicht daran, daß man der Jugend, ihren eigenen Trieben und Bestrebungen, Freiheit lassen soll. Aber man darf nicht von außen her, vom Alter her, die Richtung hineintragen und die Jugend zu Zwecken ausnutzen, zu denen sie nicht da ist, zu Festlegungen, für die diese Jugend noch nicht den Blick haben kann. Das ist das einzige, wogegen wir uns wehren.

Ich habe neulich in Nürnberg gegenüber den ethischen Sozialisten auf dem Akademikertag gesagt: wir haben nichts gegen eure Weltanschauung; in

unserm Hause sind viele Wohnungen, wir haben auch für euch Platz, aber eins verlangen wir von euch: daß ihr erkennt, was der Sozialismus gerade vom ethischen Gesichtspunkt geleistet hat. Ihr müßt begreifen, daß die Arbeiterbewegung, daß der Kampf der Sozialdemokratie die Verwirklichung der Humanität, der Sittlichkeit, die Eroberung der Kultur für das Volksganze ist.

Als ich vorhin die jungen Mädel und Buben gesehen habe, fiel mir wieder die berühmte Schilderung von Marx aus der Frühzeit des Kapitalismus ein. Damals konnten diese jungen Burschen und Mädel nicht auf die Straße, konnten nicht mit roten Fahnen defilieren. Damals mußten sie 10 bis 14 Stunden an der Maschine als Wärter stehen. (Sehr wahr!) Wir sind es gewesen, diese Arbeiterbewegung, diese Generationenfolge, die in einem unaufhörlichen Kampf es ermöglicht hat, daß wir heute die Roten Falken sehen konnten. (Lebhafter Beifall.)

Parteigenossen, nun ein letzter Appell an unsere Vertrauensmänner! Vergegenwärtigen wir uns einmal, was unsere Vertrauensmänner haben leisten müssen in der Zeit seit 1918, im Eintreten für die Partei in den Betrieben, als alles drunter und drüber ging, als in jeder Werkstatt gerungen wurde um die Seele des sozialistischen Arbeiters von Rechtssozialisten, Unabhängigen und Kommunisten! Denken wir an die fürchterliche Zeit der Inflation, wo der Arbeitslohn entwertet war, wenn der Mann ihn seiner Frau übergab, wo jeder häusliche Herd ein Herd des Aufruhrs geworden war! Was da unsere Vertrauensleute leisten mußten, um die Arbeiterschaft der Organisation und der Partei zu erhalten! Denken wir daran, was wir ihnen an Dank schulden! Aber, Parteigenossen, wir dürfen ihnen sagen: heute ist eure Arbeit leichter geworden, heute braucht ihr nicht mehr in einer gespaltenen Bewegung zu kämpfen! Was vom Kommunismus noch da ist, das zu beseitigen wird eurer Arbeit, eurem Pflichtbewußtsein, eurer Energie gelingen. Aber darum bitten wir euch: sorgt jetzt dafür — wir stehen bald vor großen Kämpfen, wir haben gerüstet zu sein in Preußen und im Reich auf Wahlen —, sorgt jetzt für die Geschlossenheit der Partei!

Wir haben uns auf diesem Parteitag ausgesprochen. Wir haben erlebt, daß die Differenzen lange nicht so groß sind, wie es vielleicht vorher erschien. Jetzt schließt die Reihen! Jetzt gilt es nicht, Kritik zu üben an einzelnen Maßnahmen, Fehler — wirkliche oder scheinbare — den Parteigenossen auseinanderzusetzen. Jetzt gilt es, geschlossen für die Partei einzutreten, damit die Partei, die stolz darauf ist, daß zu ihr die Jugend gehört, daß sie solche Vertrauensmänner gehabt hat, daß in dieser schweren Zeit ihr Zusammenhang immer fester geworden ist, siegen kann, wie die Partei es erwartet, und wie die Arbeiterklasse es von uns erwartet! (Stürmischer Beifall.)

Vors. **Wels:** Wir kommen zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge. Zur Geschäftsordnung hat das Wort

Dr. **Rosenfeld,** Berlin: Namens der Antragsteller der Resolution 202 beantrage ich, zunächst über diese Resolution abstimmen zu lassen, und zwar durch Auszählung. Auf namentliche Abstimmung verzichten wir, um die Zeit des Parteitages nicht zu lange in Anspruch zu nehmen. Wir beantragen ferner getrennte Abstimmung über II der Vorstandsresolution, da wir die Absicht haben, gegen diesen Teil der Resolution zu stimmen. Sollte unser Antrag 202 abgelehnt werden, werden wir uns bei der Gesamtabstimmung der Abstimmung enthalten.

Vors. **Wels:** Es liegt geschäftsordnungsmäßig keine Möglichkeit vor, dem Bureau die Art der Abstimmung vorzuschreiben, außer bei einem Antrag auf

namentliche Abstimmung. Ich habe den Rat gegeben, so zu verfahren; um feststellen zu können, ob auch wirklich nur stimmberechtigte Delegierte abstimmen, bitte ich, die Abstimmung so vorzunehmen, daß mit den roten Karten abgestimmt wird. (Die Abstimmung erfolgt.) Es sind abgegeben worden für die Resolution 83 Stimmen, gegen die Resolution 255 Stimmen. Die Resolution 202 ist also abgelehnt.

Zur Geschäftsordnung bemerkt ein Delegierter, daß an einem Tisch 39 Delegierte statt der angegebenen 30 für die Resolution gestimmt haben.

Klupsch, Dortmund: Ich habe nicht mehr als 30 gezählt.

Vors. **Wels:** Wir kommen zur Abstimmung über die Resolution 197 des Parteivorstandes. Es ist getrennte Abstimmung beantragt. Ich will zunächst über Absatz II abstimmen lassen, dessen Streichung beantragt ist. (Abs. II wird angenommen. Die Resolution 197 wird in der Gesamtabstimmung angenommen.)

Löbe, Berlin: Genosse Rosenfeld hat von einer großen Anzahl Delegierter keinen Auftrag gehabt, eine Erklärung abzugeben.

Vors. **Wels:** Ich hätte gewünscht, daß Genosse Löbe diesen Widerspruch erhoben hätte, als Genosse Rosenfeld die Erklärung abgab.

Abstimmung über die übrigen Anträge.

Hilferding (Parteivorstand): Den Antrag 172 bitte ich möglichst einmütig anzunehmen und die Einberufung der Kommission dem Parteivorstand zu überlassen. Wir bitten aber jetzt schon die verschiedenen Bezirksorganisationen, uns Vorschläge dafür zu machen. (Antrag 172 wird einstimmig angenommen.)

Antrag 16 ist meiner Auffassung nach durch die Abstimmung über die Resolution des Parteivorstandes erledigt. (Der Antrag wird für erledigt erklärt.)

Zu IV, Bericht der Reichstagsfraktion, werden die Anträge 117, 118, 119, 120 an die Fraktion überwiesen.

Antrag 126 wird ebenfalls der Fraktion überwiesen.

Antrag 127 spricht ein Vertrauensvotum für die Reichstagsfraktion und den Landtag aus. Der Antrag hat nur das eine Bedenken, daß er nicht gut formuliert ist. Es müßte statt Landesversammlung heißen Parteitag, und der Landtag müßte heraus, da es sich um den Württembergischen Landtag handelt. Ich überlasse die Entscheidung darüber dem Parteitag. (Antrag 127 wird einstimmig angenommen.)

Die Anträge 128, 129, 130 werden durch die vorhin erfolgte Abstimmung für erledigt erklärt.

Die Anträge 131, 133, 165 und 166 werden durch die vorhergehende Abstimmung für erledigt erklärt.

Antrag 168 wird der Fraktion überwiesen.

Antrag 171, der sich mit dem angenommenen Antrag 172 deckt, wird für erledigt erklärt, die Anträge 173, 174, 175, 176 werden ebenfalls für erledigt erklärt und der Kommission als Material überwiesen.

Vors. **Wels:** Den Antrag 192, der eigentlich schon hätte zur Erledigung kommen müssen, bitte ich, anzunehmen. (Der Antrag wird angenommen.)

Schluß der Sitzung 7¼ Uhr.

Fünfter Verhandlungstag

Freitag, den 27. Mai 1927, vormittags 9 Uhr

Vors. **Eggerstedt:** Ich eröffne die Sitzung.

Wir kommen zunächst zum Bericht der Beschwerde- und Mandatprüfungskommission über das Wahlergebnis für den Parteivorstand und die Kontrollkommission sowie die der Beschwerdekommission vorgelegten Einsprüche.

Grotewohl, Braunschweig: Es wurden für die Wahl zum Parteivorstand wie für die Kontrollkommission insgesamt je 378 Stimmzettel abgegeben. Gewählt sind in den Parteivorstand als Vorsitzende die Genossen Wels mit 298, Hermann Müller mit 332, Crispien mit 285 Stimmen. Außerdem erhielten Löbe 2, Levi 1 und Rosenfeld 1 Stimme. Als Kassierer sind gewählt die Genossen Bartels mit 352 und Ludwig mit 318 Stimmen. Als Sekretäre sind gewählt die Genossin Juchacz mit 342, die Genossen Stelling mit 347, Dittmann mit 306, Vogel mit 371 und Westphal mit 272 Stimmen. Außerdem entfiel je 1 Stimme auf die Genossinnen Stegmann und Fabian und den Genossen Seydewitz. Als Beisitzer sind in den Parteivorstand gewählt die Genossen Molkenbuhr mit 284, Adolf Braun mit 294, Hilferding mit 305, Moses mit 257, Nemitz mit 256, Ryneck mit 241, Frank mit 247, Hildenbrand mit 260, Schulz mit 271, Stahl mit 244, Stampfer mit 263 Stimmen. Außerdem erhielten die Genossen Frölich 178, Aufhäuser 135, Fleißner 106, Löwenstein 130, Ströbel 123, Wurm 123 Stimmen. Ungültig waren 27 Stimmzettel.

Die Wahl zur Kontrollkommission hat folgendes Ergebnis gezeitigt: Lore Agnes 248, Wilhelm Bock 338, August Brey 305, Friedrich Brühne 311, Clemens Hengsbach 313, Paul Löbe 322, Hermann Müller, Lichtenberg, 307, Adolf Schönfelder 289, Martin Treu 275 und die Genossin Schroeder 178 Stimmen. Ungültig sind 23 Stimmen. Die zuerst genannten 9 Genossen sind also gewählt.

Außerdem hat mich die Beschwerdekommission beauftragt, den Bericht über die erfolgten Einsprüche gegen Ausschlüsse zu erstatten. Das Parteistatut kennt einmal Ausschlüsse aus der Partei nach § 28 Ziff. 1 bis 4 wegen beharrlichen Zuwiderhandelns gegen Beschlüsse der Parteiorganisationen oder Schädigung des Parteiinteresses durch die Bezirksorganisation, und nach § 28 Ziff. 5 wegen der Zugehörigkeit zu anderen politischen Parteien und deren finanzielle Unterstützung oder Wirken gegen die Sozialdemokratische Partei durch den Vorstand der Partei. Es haben von jeder Gruppe 5 Einsprüche der Kommission vorgelegen. Der Parteivorstand legt Wert darauf, seine Auffassung hier zum Vortrag zu bringen, daß der Ausschluß nach § 28 Ziff. 5 nur bei dringenden und unbedingt zu erwartenden Schädigungen der Organisation angewandt werden soll, während die Genossen im Lande versuchen müssen, nach Möglichkeit alle Ausschlußanträge in den Bezirken durchzuführen, damit der Parteivorstand nur in den seltensten Ausnahmefällen einzugreifen braucht.

Von den Einsprüchen gegen das Ausschlußverfahren nach § 28 Ziff. 5 betrifft der erste den eines früheren Mitgliedes Adolf Bobsien in München, der auf Antrag des Bezirksvorstandes München am 25. 6. 1926 vom Parteivorstand ausgeschlossen wurde. Bobsien hat sich als Vorsitzender der Roten Hilfe in München mit den Bestimmungen des Parteistatuts insbesondere durch Unterzeichnung eines Plakates und andere Maßnahmen in Gegensatz gesetzt. Bobsien, zur Verteidigung aufgefordert, erklärt die Anschuldigungen für zutreffend, hält aber die Rote Hilfe für eine neutrale Organisation. Der Ein-

spruch ist am 11. 11. 1926 eingelegt. Nach Auffassung der Kommission kann davon keine Rede sein, daß die Rote Hilfe eine neutrale Organisation sei, daß vielmehr nach dem Beschluß des Berliner Parteitags die Mitgliedschaft bei der Roten Hilfe mit der Mitgliedschaft in unserer Partei unvereinbar ist. Die Kommission beantragt, den Einspruch Bobsiens zurückzuweisen. (Der Parteitag beschließt demgemäß.)

Gegen das frühere Mitglied Rühle, Feuerbach, hat der Bezirksvorstand Württemberg den Antrag auf Ausschluß gestellt, weil dieser Genosse über seine Reiseeindrücke als Rußlanddelegierter in parteischädigender Weise auf dem Marktplatz in Stuttgart und sonst Bericht erstattet hat, wie aus den bei den Akten befindlichen Berichten der kommunistischen Presse ersichtlich ist. Außerdem ist dieser Rühle Vorsitzender von Erwerbslosenausschüssen, die angeblich neutral sein sollen, in Wirklichkeit Vorspanndienste für die Kommunistische Partei leisten. Die Kommission beantragt, den Einspruch gegen den vom Parteivorstand am 9. 12. beschlossenen Ausschluß zurückzuweisen. (Der Parteitag beschließt demgemäß.)

Ein ähnlicher Fall liegt beim Ausschluß Fritze, Hamburg, vor, der als Rußlanddelegierter bei der Berichterstattung dieselbe Stellung eingenommen hat. Dieser Genosse hat außerdem am 25. Mai 1927 in Kiel in der „Waldwiese" mit andern Rednern eine öffentliche Versammlung veranstaltet, bei deren Einberufung er sich ausdrücklich als aus der SPD. ausgeschlossen bezeichnet. Die KPD. scheint die bei uns Ausgeschlossenen als willkommenes Propagandamittel zu benutzen. Auch hier beantragt die Kommission, den Einspruch zurückzuweisen. (Der Parteitag beschließt demgemäß.)

Die früheren Genossen Walter Otto und Julius Utermann haben als Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend durch Herausgabe von Sonderflugblättern und die Vorbereitung von Sonderkonferenzen organisatorische Schwierigkeiten und Spaltungsgefahren in der Sozialistischen Arbeiterjugend hervorgerufen. Sie wollten diese Wirkung auch auf Sachsen übertragen, wurden daran aber durch den Antrag des Bezirksvorstandes Leipzig auf Ausschluß gehindert. Die Kommission beantragt, die Einsprüche zurückzuweisen. Der Einspruch Utermanns, der erst am 19. 5. bei der Beschwerdekommission einlief, wird durch ein Schreiben der Ortsgruppe Schwelm unterstützt, das sich gegen den Ausschluß wendet, weil dieser junge Genosse sicherlich nach längeren Irrfahrten den Weg zur Partei finden werde. Die Kommission hat dieser Anregung nach Prüfung nicht stattgegeben, weil der Student Utermann der geistige Inspirator der ganzen Störungsversuche gewesen ist und es ihm im übrigen völlig unbenommen ist, wenn er wirklich eine innere Verbundenheit mit der Partei fühlt, in späteren Jahren seine Aufnahme nachzusuchen. Die Kommission beantragt also die Zurückweisung der beiden Einsprüche. (Der Parteitag beschließt demgemäß.)

Bei den Einsprüchen gegen Ausschlüsse nach § 28 Ziff. 1 bis 4 handelt es sich zunächst um die Einsprüche der früheren Genossen Albert Winter und Richard Kämpfer aus München. Beide Genossen haben bei der Reichstagswahl 1924 angeblich empört über ein Flugblatt der dortigen Parteileitung eine Broschüre „Der Fall Auer" herausgegeben und in Massenauflagen unter die Wählerschaft geworfen, worin sehr starke Angriffe und Verleumdungen gegen den Spitzenkandidaten Auer enthalten waren. Alle bürgerlichen Parteien und Zeitungen haben diesen fetten Propagandahappen für ihre Propaganda in Anspruch genommen. An dem parteischädigenden Verhalten kann kaum ein Zweifel bestehen. Der Fall wird dadurch verschärft, daß trotz mehrmaliger Aufforderung der Parteiinstanz München Kämpfer und Winter das angebliche Material im Falle Auer den zuständigen Instanzen nicht

vorher zur Prüfung unterbreitet haben. Nach eingehender Prüfung beantragt die Kommission, beide Einsprüche zurückzuweisen. (Der Parteitag beschließt demgemäß.)

Bei dem Einspruch Vogel, Liebenwerda, handelt es sich um den Landrat a. D. Vogel, der vom Ortsverein Liebenwerda ausgeschlossen wurde. Dieses Verfahren ist gegen einen Mann durchgeführt, der überhaupt nicht Mitglied der Sozialdemokratischen Partei war. Am 5. 6. 1925 beantragte der Ortsverein den Ausschluß und am 22. 6. 1925 stimmte der Bezirksvorstand Halle diesem Beschluß zu. Vogel war indessen, wie einwandfrei aus seiner eigenen Darstellung und den Akten hervorgeht, bereits am 20. 6. aus der Partei ausgetreten. Die Parteiinstanzen haben dennoch das Ausschlußverfahren durchgeführt, weil sie glaubten, man müsse sich gegen Vogel für spätere Zeiten sichern. Die Kommission steht auf dem Standpunkt, daß die Durchführung dieses Verfahrens formal nicht möglich war, weil Vogel im Zeitpunkt der Eröffnung des Verfahrens nicht mehr Mitglied der Partei gewesen ist. Die Kommission beantragt, den Einspruch des Ortsvereins Liebenwerda vom 15. 2. 1927 durch Uebergang zur Tagesordnung für erledigt zu erklären. (Der Parteitag beschließt demgemäß.)

Der frühere Genosse Castan wurde mit anderen Mitgliedern der sächsischen Landtagsfraktion aus der Partei ausgeschlossen. Gegen diesen Ausschluß infolge der bekannten Kämpfe in Sachsen legten die Mitglieder Hagen und Castan Berufung beim Parteivorstand ein. Zur Erledigung der beiden Einsprüche wurde ein Schiedsgericht eingesetzt. Hagen zog seinen Einspruch zurück. Obwohl der Vorsitzende des Schiedsgerichts, Zörgiebel, Berlin, vor Beginn der Sitzung an die Beisitzer die Frage richtete, ob sie Mitglied der Partei seien, und diese Frage bejaht wurde, stellte sich bei der späteren Prüfung heraus, daß einer der Beisitzer Castans, ein früherer Genosse namens Buhl, zur Zeit der Tagung des Schiedsgerichts am 29. 8. 1926 infolge seines Austritts Anfang Juli 1926 nicht mehr Mitglied der Partei war. Der Bezirksvorstand Leipzig hat das einwandfrei festgestellt. Castan legte, als der Parteivorstand das Verfahren dadurch für nichtig erklärte, Beschwerde ein. Die Kommission beantragt, die Beschwerde Castans als unbegründet zurückzuweisen. Castan hat in einer neuerlichen Eingabe vom 25. Mai den Beweis führen wollen, daß der Beisitzer Buhl bei der Tagung des Schiedsgerichts noch Mitglied der Partei gewesen sei und eine Bescheinigung vom 21. 5. beigebracht, worin gesagt ist, daß Genosse Karl Buhl in Leipzig am 1. 9. 1926 Mitglied der Alten Sozialdemokratischen Partei geworden ist. Das schließt aber keinesfalls aus, daß er bereits Anfang Juli aus der Partei ausgetreten war. Die Kommission beantragt, die Beschwerde zurückzuweisen. (Der Parteitag beschließt demgemäß.)

Der letzte Einspruch ist von dem früheren Genossen Ader, Sommerfeld, eingelegt. Sein Ausschluß wurde durch den Bezirksvorstand Brandenburg am 7. 9. 1926 vollzogen, weil er gegen führende Parteigenossen in Sommerfeld die schwersten ehrenrührigen Angriffe erhoben hatte. Das Schiedsverfahren unter dem Vorsitz Kröger, Rostock, versuchte eine Vermittlung durch Rücknahme der Vorwürfe. Die Beisitzer Aders wehrten sich in seinem Auftrag gegen jede Vermittlung, unterstrichen vielmehr die nach den Feststellungen der Kommission unberechtigten Angriffe. Es war kein anderer Weg, als daß das Schiedsgericht den Ausschluß bestätigte. Die Nachprüfung der Kommission hat dasselbe Ergebnis gehabt. Die Kommission beantragt, den Einspruch des früheren Parteimitgliedes G. Ader in Sommerfeld gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts vom 13. 2. 1926 als unbegründet zurückzuweisen. (Der Parteitag beschließt demgemäß.)

Vors. **Wels:** Von der Beschwerdekommission liegt außerdem der Antrag 204 vor. Der Parteiausschuß beantragt dazu, dem Antrag 204 ohne Debatte beizutreten.

Schaumburg, Halle, beantragt zur Geschäftsordnung, den Antrag 204 zur Debatte zu stellen. Die Delegierten müßten wissen, wie die Angelegenheit Halle liege.

Vors. **Wels** erklärt, Parteiausschuß und Beschwerdekommission seien der Meinung, daß eine Klarheit auf dem Parteitag nicht geschaffen werden könne, und daß es nicht der Partei diene, wenn über den Antrag 204 verhandelt werde.

Löbe, Berlin: Das Material, das dieser Streitfrage zugrunde liegt, füllt zwei große Broschüren. Die Kontrollkommission, der Parteiausschuß und die Beschwerdekommission haben sich eingehend mit der Streitfrage beschäftigt. Alle drei sind zu dem gleichen Resultat gekommen. Ich kann mir nicht versprechen, daß, wenn jetzt ein großes Gremium diese Angelegenheit behandelt, ein sachkundiges Urteil abgegeben werden könnte. Sinn hat eine Untersuchung nur, wenn sie gründlicher und genauer erfolgen kann. Das ist aber auf dem Parteitag heute nicht möglich. Es liegt im beiderseitigen Interesse, wenn wir davon Abstand nehmen.

Der Parteitag beschließt mit großer Mehrheit, den Antrag 204 ohne Debatte zu erledigen.

Der Antrag 204 wird darauf gleichfalls mit großer Mehrheit angenommen.

Gen. **Ludwig** als Referent des Parteivorstandes gibt folgende Erklärung ab:

„Ich habe einen Auftrag des Parteivorstandes, in meiner Schlußrede auf den Angriff des Gen. Liebmann, Leipzig, gegenüber dem Buche des Gen. Lipinski zu antworten, nicht erfüllt.

Gen. Liebmann sagt nach dem unkorrigierten Stenogramm: „Sehen Sie sich vor allem das Buch des Gen. Lipinski an, das Gen. Ludwig heute früh so lebhaft empfohlen hat und das ein Lehrbuch für Lehrende sein sollte — das ist ein Abstieg vom Marxismus". Gen. Liebmann sagte weiter: „Es ist jämmerlich, daß die Partei sich so etwas gefallen läßt. Das ist bezeichnend für den Parteivorstand".

Der Parteivorstand stellt fest: Gen. Lipinski hatte den Auftrag, zwei kleine Bände über die Geschichte der Sozialdemokratie von ihren Anfängen bis zur Gegenwart zu schreiben. Es war vereinbart worden, daß es eine kurze, gedrängte, im Telegrammstil geschriebene Geschichte sein sollte, um zu einem gründlichen Studium anregend auf die Leser zu wirken. Der Gen. Lipinski hat sämtliche Stellen, die er aus anderen Geschichtswerken zitieren mußte, durch besondere Auszeichnungen kenntlich gemacht. Der Parteivorstand hat durch den Gen. Adolf Braun den Gen. Lipinski dazu bestimmt, diese Anmerkungen wegfallen zu lassen, und summarisch am Schlusse anzuführen. Das ist geschehen.

Gegen die völlig unberechtigte Kritik des Gen. Liebmann erhebe ich auf das Schärfste Einspruch."

Es folgt Punkt 6 der Tagesordnung:

Bericht über die sozialistische Arbeiter-Internationale.

Berichterstatter **Crispien:** Parteigenossinnen und -Genossen! Wenn wir dem Bericht über die sozialistische Arbeiter-Internationale gerecht werden

wollen, dann müssen wir uns über die Wirkungsmöglichkeit unserer Internationale klar sein.

Es darf nicht übersehen werden, daß wir noch keine allumfassende Internationale und noch keine zu direkten umfassenden Aktionen fähige Internationale haben.

Organisatorisch sind wir in der Hauptsache immer noch auf Europa beschränkt. Ideell sind uns Grenzen durch die Zerrissenheit des Proletariats gezogen.

Gewiß, diese großen Hemmnisse gegen die volle Entfaltung unseres internationalen Wirkens müssen und werden beseitigt werden. Doch sind sie vorhanden und können leider nicht von heute auf morgen zum Verschwinden gebracht werden.

Die organisatorische Ausdehnung der Internationale hängt nicht nur, nicht einmal in erster Linie, von den Fähigkeiten und der Rührigkeit ihrer Führung ab. Sie wird zunächst bestimmt von der ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Entwicklung der Völker und insbesondere der Arbeiter Amerikas, Asiens, Afrikas und Australiens. Von Vortrupps auf anderen Kontinenten abgesehen, kann sich unsere Internationale nur dort voll entfalten, wo sie das moderne Massenproletariat schon auf einer bestimmten Entwicklungsstufe des Klassenkampfes vorfindet. Erst wenn das Proletariat in den einzelnen Ländern stark genug ist, seinen heimischen Unterdrückern erfolgreich entgegenzutreten, wird es imstande sein, auch international zu kämpfen.

Die internationale sozialistische Organisation des Proletariats kann nur die Frucht seiner nationalen Organisations- und seiner sozialistischen Erziehungsarbeit sein.

Daß dem so ist, das bestätigte der Verlauf des Weltwanderungskongresses. Er war ein Unternehmen über den organisatorischen Rahmen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes hinaus. Die Frage der Ein- und Auswanderung erlangt durch die anhaltende allgemeine Erwerbslosigkeit in allen alten Industriestaaten erhöhte aktuelle Bedeutung. Der Marseiller Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale wies in seiner Resolution über die Arbeitslosigkeit darauf hin, daß „eine ernstliche Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit nicht möglich ist, wenn man die notwendige Abwanderung des Bevölkerungsüberschusses aus armen, verarmten, von der Krise betroffenen Gegenden in reiche und gute Arbeitsgelegenheiten bietende Gegenden verhindern wollte. Der Anspruch der Bevölkerung geringer Zahl auf den ausschließlichen Besitz weiter und reicher Gebiete ist unvereinbar mit der Aufrichtung jener internationalen Ordnung, auf welche alle Anstrengungen unserer Organisation abzielen."

Auf dem ersten proletarischen Weltwanderungskongreß, Juni 1926, waren Arbeitervertreter aus Europa, Amerika, Asien und Australien anwesend. Wie groß war die Verschiedenheit der Auffassungen über das Wanderungsproblem!

Die Vertreter der Arbeiterpartei Australiens sprachen sich ohne Vorbehalt für das absolute Verbot der Einwanderung farbiger Arbeiter aus. Australien soll ein weißes Land sein. Die australischen Arbeiter machen aus der Wanderungsfrage ein Rassenproblem. Die Vertreter der Arbeiterpartei Neuseelands, mit ihnen die der anderen Einwanderungsländer, verlangten Sicherungen dafür, daß die Einwandernden nicht die Lebensbedingungen der einheimischen Arbeiter herabdrücken dürfen. Das Mittel der organisatorischen Zusammenfassung, der gewerkschaftlichen und politischen Schulung der Eingewanderten schien den Arbeitervertretern der Einwanderungsländer nicht ausreichend genug zu sein, um ihnen die Monopolstellung zu sichern, die sie

einnehmen. Sie sind für weitgehendste Beschränkung der Einwanderung mit Rücksicht auf ihre errungenen sozialen Besserungen, ohne sich um die Proletarier der übrigen Länder zu kümmern. Gegen diese Ansichten der vom Schicksal bevorzugten Arbeiter wandten sich die Vertreter der Arbeiter Polens und Indiens. In diesen Ländern ist ein großer Ueberschuß von Menschen vorhanden, der nach anderen Ländern mit unendlich besseren Arbeitsgelegenheiten abfluten will.

Die Gegensätze auf dem Weltwanderungskongreß waren so stark, daß an die Lösung der großen grundsätzlichen Fragen der Ein- und Auswanderung nicht gedacht werden konnte. Nicht einmal das Prinzip der Freizügigkeit konnte zur einmütigen Anerkennung gebracht werden (Hört, hört!), wenn auch in der Kommission eine Mehrheit für die Freizügigkeit vorhanden war.

Der Kongreß beschränkte sich auf eine Verständigung über verschiedene aktuelle praktische Fragen, durch die das Los der Wandernden im gegenwärtigen Umfang der Wanderungsmöglichkeiten erleichtert werden soll.

Der Weltwanderungskongreß war für die proletarische Bewegung Europas von großem Interesse. Er zeigte auf, daß es auf anderen Erdteilen noch ganz andere Probleme als in Europa gibt, mit denen sich die Arbeiter auseinandersetzen müssen. Der Kongreß war auch ein Fortschritt. Er führte die Vertreter der verschiedenen Kontinente zu einer ersten Aussprache zusammen und schuf so, trotz aller inneren Meinungsverschiedenheiten, die Anfänge einer internationalen Verständigung der Proletarier aller Länder über wichtige Gegenwartsfragen. Der Wanderungskongreß zeigte aber auch die Schwierigkeiten auf, die wir bei der organisatorischen Ausdehnung unserer Internationale zu überwinden haben.

Es ist die Idee aufgetaucht, ich glaube, zuerst bei den amerikanischen Genossen, zwischen die Exekutive und den Kongreß eine Internationale Sozialistische Konferenz zu schieben. Diese Konferenz soll die zwei- bis dreifache Mitgliederzahl der Exekutive haben und etwa einmal im Jahre öffentlich tagen. Dadurch würde die Nötigung, den Kongreß öfter als alle drei Jahre zusammentreten zu lassen, wesentlich vermindert werden.

Gegen diese Idee haben eine Reihe von Parteien ernste Bedenken. Die Exekutive ist eine Körperschaft von mehr als 40 Mitgliedern. Die Internationale Konferenz würde demnach mehr als 80 oder 120 Delegierte haben. Das wäre schon ein Kongreß mit allen seinen großen finanziellen Belastungen und Ansprüchen an Zeit und Kraft.

Von der Exekutive sind eine ganze Anzahl von Kommissionen eingesetzt für Völkerbundsfragen, Abrüstungsfragen, Minderheitenschutz, politische Gefangene usw. Dazu kommen internationale Konferenzen mit den Vertretern des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Länderkonferenzen, Wanderungskonferenzen, Wirtschaftskonferenzen und andere Tagungen, Delegationen zu ausländischen Parteitagen, zu internationalen Bruderorganisationen, Jugend, Gewerkschaften, Sport.

Alle diese Veranstaltungen nehmen die Parteien stark in Anspruch. Ständig besteht die Gefahr eines Zuviels.

Die internationale Konferenz könnte obendrein nicht mehr tun, als heute schon von der Exekutive getan wird.

Die Idee der Internationalen Sozialisten-Konferenz soll zunächst von den einzelnen Parteien vorgeprüft werden.

Angeschlossen haben sich der Sozialistische Arbeiter-Internationale seit dem Heidelberger Parteitag die Schweizerische Sozialdemokratie und die Sozialistische Arbeiterpartei Islands. Auf Island sind 4540 organisierte Sozialdemokraten vorhanden. (Bravo!)

Die Frage der internationalen Einigung des Proletariats gehört ebenfalls zum Kapitel über die Aktionsfähigkeit der Internationale.

Die Parole der Einheitsfront muß dem ehrlichen Willen zur Einigung entspringen, wenn sie verwirklicht werden soll. Wird sie zur Ausführung eines Manövers gegen den anderen Teil des Proletariats benutzt, dann ist sie eine Verhöhnung des Proletariats, ein ruchloses Attentat auf die Lebensinteressen der gesamten Arbeiterklasse.

Mit der Frage der Einigung beschäftigte sich die Exekutive in ihrer Aprilsitzung 1926.

Die Unabhängige Arbeiterpartei Englands hatte beantragt, „es möge die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale der Kommunistischen Internationale eine gemeinsame Konferenz vorschlagen, mit der Aufgabe, die Möglichkeit der Bildung einer allumfassenden Internationale klarzustellen."

Die Antragstellerin meinte, daß die Entwicklung der Gegensätze in der russischen kommunistischen Partei und in der Kommunistischen Internationale von der höchsten Bedeutung ist und der genauesten Beachtung bedarf. „Die Kommunistische Partei Rußlands hat wiederholt ihre Bereitwilligkeit gezeigt, ihre Politik gemäß den geänderten Umständen zu ändern, z. B. NEP . . . Sinowjew und der extreme Flügel, der Führer der Dritten Internationale, haben in letzter Zeit in Rußland an Einfluß verloren."

Es zeigte sich aber bald, daß die Kommunisten desto agressiver gegen die Sozialisten auftreten, je mehr sie von der Wirklichkeit gezwungen werden, sich politisch anzupassen. (Sehr richtig!) Ihren Rechtskurs suchen die Kommunisten vor ihren Anhängern durch wütendere Angriffe und Verfolgungen gegen Sozialisten und durch wildere Phrasen zu verschleiern. (Zustimmung.)

Bevor die Exekutive unserer Internationale über den Antrag der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands beraten konnte, hatten die Kommunisten schon die Einigungshoffnungen radikal vernichtet.

Am 20 Februar 1926 erklärte Sinowjew in dem Erweiterten Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale: „Wir können auf die Selbständigkeit, auf die Existenz der Komintern und der kommunistischen Parteien selbstverständlich nicht verzichten. Die Schaffung der Komintern und der kommunistischen Parteien ist die größte historische Tatsache. Deshalb lautet die Antwort (auf die Einigungsvorschläge der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands): Nein, tausendmal nein!"

Die Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale lehnte den Einigungsvorschlag rundweg ab.

Wem wäre das überraschend gekommen?

Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale mußte feststellen, daß der Vorschlag der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands völlig aussichtslos ist. Nach eingehender Debatte wurde der Antrag der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands mit 247 gegen 3 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten die Antragstellerin mit zwei Stimmen und die Unabhängige Sozialdemokratie Polens mit einer Stimme. Die englische Arbeiterpartei, mit 38 Stimmen, gehörte zu den ablehnenden Parteien.

Den Weg zur Einigung haben die Sozialdemokraten der proletarischen Welt gezeigt, als sie 1923 in Hamburg die Sozialistische Internationale wiedererstehen ließen. Daß diese geschichtliche Tat schon neun Jahre nach dem Ausbruch des Krieges, 1914, und fünf Jahre nach seinem Ende, 1918, möglich war, zeugt für die Unsterblichkeit der Ideen des internationalen Sozialismus. Bis zur Gründung der Sozialistischen Inter-

nationale von 1889 waren 18 Jahre seit dem Ende der Internationalen Arbeiterassoziation vergangen. Die doppelte Zeit!

Die einmütige Annahme des Organisationsstatuts der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Hamburg löste bei allen stürmischen Beifallsjubel aus. So froh war jeder, obgleich niemand darüber im Unklaren gelassen worden war, daß wir nur einen der ersten Schritte auf dem Wege getan hatten, der uns zu der aktionsfähigen, allumfassenden Internationale führt.

Wir betonen so nachdrücklich wie möglich, daß wir nicht neue Illusionen bei den Arbeitern erzeugen wollen. Daß wir durch die Wiedererweckung der Internationale zunächst nicht mehr, allerdings *auch nicht weniger*, erreichen können, als „*die Tätigkeit der angeschlossenen Parteien zu vereinheitlichen und in gemeinsamen Aktionen zusammenzufassen*."

Wir sind nicht den Weg der Kommunisten gegangen, 21 Bedingungen zu diktieren und die blinde Unterwerfung zu fordern. Wir haben die sozialistischen Parteien organisatorisch zusammengefaßt, die einig sind in ihrem Ziel, Ersetzung der kapitalistischen Produktionsweise durch die sozialistische, und einig sind in ihren Methoden, im Klassenkampf das Mittel der Befreiung der Arbeiterklasse zu erkennen.

Die *Kommunistische Internationale* ist ein Hilfsorgan der russischen Regierung. In sinnlosen Putschen hat sie ihre Anhänger von Niederlage zu Niederlage geführt und in ihnen Gefühle der Ohnmacht und der Verzweiflung erzeugt. (Sehr wahr!) Die kommunistische Bewegung ist ein Haufen von Sekten und Führercliquen, die sich wild bekämpfen und die unheilvoll zerrüttend und demoralisierend auf Teile des Proletariats einwirken. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale hat zähe Tagesarbeit geleistet. Ohne Geschrei. Desto mehr mit Erfolg. Die aktuellen Nöte der Zeit bestimmen *unsere internationale Politik*.

Zunächst mußten die verderblichen Wirkungen der ganz Europa gefährdenden Gewaltfrieden beseitigt werden. Es kam darauf an, die Staaten auf den Boden der wirtschaftlichen Verständigung unter Anerkennung der Gleichberechtigung zu führen und die Brandherde zu vernichten, die in Europa überall vorhanden waren.

Zwischen Frankreich und Deutschland mußte, als Voraussetzung des Friedens in Europa, ein friedliches Verhältnis angebahnt werden. Und immer hat hier die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in vollkommener Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale erfolgreich gearbeitet.

Zu beachten ist, daß es sich nicht um Erfolge einer reinen sozialistischen Friedenspolitik handelt. Eine solche Politik durchzusetzen, liegt noch nicht in unserer Macht. Dazu wären vor allem sozialistische Regierungen nötig. (Zustimmung.) Es handelt sich um eine Politik bürgerlicher Regierungen, bei der wir oft für Fortschritte zum Bessern die Entscheidung herbeiführten.

Gegenwärtig, wo wir in Deutschland eine Rechtsregierung haben, wo in Frankreich die Linksregierung ebenfalls nicht mehr besteht, wo in England die Konservativen regieren und in Polen Pilsudski sein Unwesen treibt, erleben wir, wie in der internationalen Politik überall Stockungen und Wendungen zum Schlechteren hervortreten.

Die Arbeit zur Behebung der Nöte des Tages ist nicht nur ein Nutzen für das Proletariat, sie führt die unserer Internationale angeschlossenen Parteien auch immer mehr zusammen und bereitet so die Erörterungen größerer, bisher zurückgestellter, Probleme vor.

Die *Demokratisierung des Völkerbunds* ist eine unserer Forderungen, die in ihren Einzelheiten noch der Klärung und der Erläuterung bedarf. Dabei wäre wohl von dem Grundsatz auszugehen, daß die Demokratisierung des Völkerbundes die Demokratisierung der angeschlossenen Staaten zur Voraussetzung hat.

In ihrer Augustsitzung 1926 hat sich die Exekutive mit diesen Fragen schäftigt. Soll es ein Bund der Regierungen, ein Bund der Völker oder ein internationales Parlament sein? Sollen die Regierungen die Vertreter in den Völkerbund entsenden? Sollen die Delegierten von den Völkern gewählt werden, wie Brailsford meinte, der auf 5 Millionen der Bevölkerung einen Delegierten rechnete? Sollen die Parlamente Delegationen entsenden?

Je nach der Regelung dieser Vorfragen regeln sich die Fragen der Verantwortlichkeit gegenüber den Auftraggebern, der Anerkennung und Durchführung der Beschlüsse, der Machtinstrumente und der Finanzierung.

Wie der Völkerbund heute ist, ist er ja auch etwas historisch Gewordenes. Sein Zustandekommen war das Resultat einer ganz bestimmten internationalen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung. Sie wird für die weitere Entwicklung des Völkerbundes ebenfalls bestimmend sein. Seine Gestaltung im einzelnen und seine Fruchtbarmachung für die Interessen des internationalen Proletariats, der Mehrheit der Menschen, das sind Dinge, die von der politischen Entwicklung in den einzelnen Ländern und von der Betätigung der Arbeiter-Internationale abhängen.

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale nimmt zu allen Fragen selbständig Stellung. Sie läßt sich dabei von nichts anderem als von den internationalen sozialistischen Ideen leiten. Sie ist bemüht, ihre Politik auch im Völkerbund zur Geltung zu bringen.

Unser Einfluß im Völkerbund hängt ab von den Machtverhältnissen in den einzelnen Ländern. Er war bisher am stärksten zur Zeit der Arbeiterregierung in England, der Herriot-Regierung in Frankreich, der sozialistischen Regierungen in den nordischen Staaten, als das Genfer Protokoll auf der Tagesordnung stand. Nach dem Scheitern des Protokolls machte der Völkerbund eine ernste Krise durch. Die wieder völlig von den Bürgerlichen beherrschten Regierungen wären den Völkerbund am liebsten wieder losgeworden. Das läge nicht mehr im Interesse der Völker, so unvollkommen der Völkerbund auch noch ist, und so berechtigt auch die sozialistische Kritik bei verschiedenen seiner Handlungen oder Unterlassungen ist.

Wie sehr die Völker einer ständigen internationalen Institution bedürfen, darüber belehrte uns inzwischen auch Sowjetrußland, das den Weg nach Genf gefunden hat.

Neben den Fragen der Demokratisierung des Völkerbunds, die von unseren internationalen Kongressen beantwortet werden müssen, gibt es andere aktuelle Völkerbundsfragen.

So die Frage der *Teilnahme von Sozialisten an Völkerbundsdelegationen*. Solange die Delegationen von den Regierungen ernannt werden, ist die Position von Sozialisten innerhalb der Delegationen besonders schwierig. Ferner die Frage der Bildung sozialistischer Fraktionen in den Völkerbundsinstanzen.

Die Exekutive „betrachtet es als Aufgabe des nächsten Kongresses der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, die Grundsätze der Aktion der Internationale gegenüber dem Völkerbund und seine Auffassung über dessen Demokratisierung eingehender festzulegen".

„Die Exekutive erkennt die Dienste, die Sozialisten als Vertreter ihrer Länder in Genf durch gemeinsame Arbeit für die Annäherung der Völker und

durch eine Politik der Solidarität und des Friedens gemäß den Grundsätzen der Internationale leisten können.

Um die Arbeit der Sozialisten im Völkerbund so erfolgreich wie möglich zu machen, erklärt die Exekutive es für notwendig, daß die einzelnen Parteien die Voraussetzungen festsetzen, unter denen sie eines ihrer Mitglieder ermächtigen, ein Mandat zur Versammlung oder im Rat des Völkerbundes anzunehmen oder zu behalten, und daß sie jederzeit prüfen, ob die Umstände und die von der Regierung ausgehenden Weisungen die Ausübung des Mandats unter Bedingungen gestatten, die mit den Grundsätzen des internationalen Sozialismus, den allgemeinen Interessen der Arbeiterbewegung und den Beschlüssen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale vereinbar sind."

Für die Abrüstungsfragen ist von der Exekutive eine Kommission eingesetzt.

Die Kommission hielt am 26. August 1926 ihre erste Sitzung ab. Sie beschloß nach eingehender Beratung, sich vorerst mit den unmittelbar aktuellen Fragen der Abrüstung zu beschäftigen, „deren Lösung geeignet ist, unter den gegebenen Verhältnissen die praktische Verwirklichung der Abrüstung zu beschleunigen."

Den unserer Internationale angeschlossenen Parteien wurden fünf Fragen vorgelegt:

1. Sollen sobald wie möglich die an der Abrüstungskonferenz vertretenen Länder eingeladen werden, sich darüber zu äußern, welchen Abrüstungsmaßnahmen sie für ihren Teil zuzustimmen bereit sind? Der Zweck der Konferenz wäre der, die Abrüstungsangebote der einzelnen Länder zu diskutieren, um sie miteinander in Uebereinstimmung zu bringen und ihren Umfang so weit wie möglich auszudehnen.

2. Falls es nicht gelänge, zu einer allgemeinen Abrüstungskonvention zu gelangen, sollen Anstrengungen gemacht werden, um gebietsweise (regionale) Abrüstungsvereinbarungen herbeizuführen?

3. Auf welche Weise sollen die von einzelnen Ländern freiwillig durchgeführten Abrüstungsmaßnahmen gefördert werden?

4. Soll, um eine Vereinbarung über die Abrüstung wirksam zu gestalten, eine internationale Kontrolle der Rüstungen und der Produktion zu Kriegszwecken eingerichtet werden, und auf welche Weise kann diese Kontrolle wirksam gemacht werden?

5. Inwieweit haben die angeschlossenen Arbeiterparteien die Möglichkeit, in ihrem eigenen Lande das Ausmaß der Kriegsvorbereitungen festzustellen und wirksam zu kontrollieren?

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erklärt sich mit jeder Besprechung einverstanden, welche die internationale Abrüstung fördert. Regionale Abrüstungsvereinbarungen können als Vorläufer allgemeiner Abrüstung bahnbrechend wirken. Von einzelnen Ländern freiwillig durchgeführte Abrüstungsmaßnahmen können am besten dadurch gefördert werden, daß die geistige Bewegung zu stärkster Durchführung der Abrüstung in jedem Lande in Fluß bleibt. Mit jeder internationalen Kontrolle der Rüstung und der Produktion von Kriegsgerät können wir einverstanden sein. Eine wirksame Kontrolle durch den Völkerbund kann aber erst einsetzen, wenn der Völkerbund sich in Abrüstungsfragen mehr Autorität verschafft hat, als bis jetzt zu verspüren war. Die Stärke der deutschen sozialdemokratischen Bewegung, die ihre Verbindungen über das ganze Land hat, läßt es unmöglich erscheinen, daß heimliche Kriegsvorbereitungen in Deutschland sich auch nur auf kurze Zeit vor der Partei verbergen lassen. Daß die Sozialdemokratische Partei bereit ist, gegebenenfalls mit Nachdruck vorzugehen, hat ihr Kampf gegen die Be-

ziehungen gewisser Reichswehrstellen zu Sowjetinstanzen im Dezember vorigen Jahres der Oeffentlichkeit zur Genüge bewiesen. Wir haben wiederholt eine weitere Sitzung der Abrüstungskommission gefordert, um die Arbeiten in Fluß zu bringen und werden das auch ferner tun. Leider sind solche internationale Arbeiten zeitraubender, als uns allen lieb ist.

Vom 21. März bis zum 26. April 1927 beschäftigten sich in Genf Vertreter der Völkerbundsregierungen mit dem Abrüstungsproblem. Es handelte sich um die Tagung einer vorbereitenden Abrüstungskommission.

Diese Kommission hatte die Aufgabe, das Programm der für 1928 in Aussicht genommenen Sitzung der Abrüstungskommission des Völkerbundes aufzustellen.

Im Artikel 8 der Satzungen des Völkerbundes wird den Staaten die Herabsetzung der Rüstungen auf das mit der Sicherheit jedes Staates zu vereinbarende Minimum zur Pflicht gemacht. Die Herabsetzung der Heeresstärke in Deutschland auf 100 000 Mann durch den Versailler Vertrag wurde als der praktische Anfang einer allgemeinen Abrüstung angesprochen.

Jetzt sollte eine internationale Vereinbarung über die Begrenzung und Beschränkung der Rüstungen zustandegekommen.

Also nicht eine Abrüstung war das nächste Ziel, sondern nur eine Beschränkung der weiteren Rüstungen. Dabei sollten nicht einmal Zahlen für die Rüstungsstärke der einzelnen Staaten festgesetzt, sondern nur allgemeine Grundsätze proklamiert werden.

In der Schlußsitzung teilte der Vorsitzende der Vorbereitenden Abrüstungskommission, Loudon, mit, daß ein einheitlicher Text für einen vorläufigen Abrüstungsentwurf nicht hergestellt werden konnte. Im Bericht ist angeführt, über welche Punkte man einig ist, worin die Gegensätze bestehen und wo Vorbehalte gemacht worden sind. Die einzelnen Regierungen mögen nun alles prüfen und im weiteren Meinungsaustausch versuchen, zu einem einheitlichen Entwurf zu kommen.

Der Mißerfolg der Genfer Abrüstungsverhandlungen entspricht dem gegenwärtigen Erstarken der internationalen Reaktion. Die Regierungen verehren die Abrüstung platonisch oder verlangen sie von — den anderen.

Damit ist der wirkliche Stand der Dinge aufgezeigt. Ihm gegenüber wirken die Friedensbeteuerungen der bürgerlichen Regierungsvertreter nur komisch.

Genosse de Brouckère, neben Boncour der einzige Sozialist auf der Genfer Abrüstungskonferenz, sagte, durch ihre negativen Ergebnisse werde die Abrüstungskonferenz nicht eine Konferenz für die Abrüstung, sondern eine für die Regelung militärischer Fragen. Und Boncour kam zu dem Schlusse: „Keine Abrüstung ohne neue Sicherheitsverträge."

Darauf scheint es in der Tat anzukommen. Der Kampf gegen Kriegsgefahren, das Eintreten für Friedens- und Schiedsgerichtsverträge, für wirtschaftliche Abkommen und internationale Vereinbarungen, mit einem Wort, die positive sozialistische Friedenspolitik ist das erfolgreichste Mittel, die Kriegsrüstungen überflüssig zu machen.

Die Abrüstungskommission der Sozialistischen Arbeiter-Internationale will sich nicht nur mit den aktuellen Abrüstungsfragen beschäftigen, sie will auch die prinzipielle Stellung der Sozialistischen Arbeiter-Internationale zu den Fragen der Heeresorganisation vorbereiten.

Damit kommen wir zu einem jener großen Probleme, das mit den Fragen über Krieg und Frieden und die Stellung der Sozialisten zum Krieg zusammenhängt.

In den Statuten der Arbeiter-Internationale lautet Absatz 4:

„Die SAI. ist nicht nur ein Instrument für die Aufgaben im Frieden, sondern ebenso ein unentbehrliches Instrument während jedes Krieges.

Bei Konflikten zwischen Nationen wird die SAI. von den angeschlossenen Parteien für sich als höchste Instanz anerkannt."

Daß die Arbeiter-Internationale ein Instrument auch während jedes Krieges sein muß —, mit diesem allgemeinen Grundsatz sind alle einverstanden. Die Frage, in welcher Weise das Instrument während eines Krieges benutzt werden soll, ist dagegen noch nicht geklärt.

Wir bekämpfen die Kriegsgefahren, wo wir auf sie stoßen. Kriegsgefahren werden auch durch militärische Rüstungen heraufbeschworen. Darum fordern wir die militärische Abrüstung.

Dabei stoßen wir auf die Fragenkomplexe der Wehrhaftmachung und des Pazifismus, über die Genosse Hilferding in seinem Referat im Sinne unserer internationalen Betätigung gesprochen hat. Ich darf also dies Kapitel in meinem Bericht überspringen.

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale fordert in ihren Beschlüssen, Hamburger Kongreß 1923, die Arbeiterparteien aller Länder zum Kampf gegen den zum Krieg treibenden Kapitalismus auf. „Erstes Erfordernis dieses Kampfes ist es, daß die Arbeiterparteien aller Länder jede Unterstützung eines imperialistischen Krieges ablehnen und daß sie ihren parlamentarischen Vertretern die Zustimmung zu den imperialistischen Zwecken dienenden Militär- und Kriegskrediten verweigern."

Nun gibt es Genossen, die für die Drohung mit einem Generalstreik gegen den imperialistischen Krieg eintreten. Ich glaube, daß man auch dem imperialistischen Krieg gegenüber über diese grundsätzliche Ablehnung, wie sie in dem zitierten Beschluß unserer Internationale enthalten ist, nicht hinausgehen kann. (Sehr richtig!) Es wäre bedenklich für etwaige kommende Situationen, unsere Taktik im einzelnen vorherzubestimmen. Wird man gezwungen, doch anders zu handeln, dann gibt es Verwirrungen, Anklagen, Widerlegungen, Auseinandersetzungen, Schwankungen und schließlich eine zerbrochene Front, anstatt daß die ganze Kraft gegen den gemeinsamen Feind gerichtet wird. Niemand wird den Generalstreik als Kampfmittel ablehnen. Er ist aber nicht das Mittel um jeden Preis und in jeder Situation.

Warum sollen wir aus gemachten Erfahrungen nicht lernen? Der Kongreß des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Rom 1922, erklärte: „daß die organisierten Arbeiter die Pflicht haben, allen in Zukunft drohenden Kriegen mit allen der Arbeiterbewegung zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzuwirken und den tatsächlichen Ausbruch eines Krieges durch Proklamierung und Durchführung eines internationalen Generalstreiks zu verhindern". Der Kongreß sprach im Namen von 24 Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter.

Konnte dieser Beschluß zur Verhinderung des Marokkokrieges durchgeführt werden? War es möglich, durch die Proklamierung eines internationalen Generalstreiks die kriegerischen Aktionen der kapitalistischen Großmächte gegen das um seine Selbständigkeit ringende China zu verhindern?

Dürfen wir, weil wir, in dem fast entwaffneten Deutschland, als nicht direkt Beteiligte uns das leisten können, auf unseren Tagungen Mehrheiten gegen die Genossen in den direkt beteiligten Ländern zustandebringen helfen?

Und was wäre mit einem Beschluß erreicht, den auszuführen diejenigen beim besten Willen nicht imstande wären, auf die es in erster Linie ankäme? Man denke sich in die Lage der englischen Arbeiter nach ihrem eben zu Ende

gegangenen Bergarbeiterstreik. So leicht wie die Kommunisten es sich machen, ist die Sache nicht für uns. Die Kommunisten beschließen in der Regel, was die Sozialisten machen sollen. Wir müssen in unserer Internationale in wichtigen Dingen Verständigung und Vereinbarungen herbeiführen, und nicht rücksichtslos Beschlüsse durchsetzen, wenn wir nicht das zerschlagen wollen, was wir international immerhin bereits ausgebaut haben.

Beschlüsse, die nicht durchgeführt werden können, schaffen Enttäuschungen und Verbitterungen bei allen, die an uns und unsere Sache glauben. Sie bedeuten Niederlagen und erzeugen Gefühle der Ohnmacht bei unseren Anhängern. Wir setzen uns dem Vorwurf der Doppelzüngigkeit und dem Hohn und Spott unserer Gegner aus. Gewöhnen wir uns endlich alle daran, nie mehr zu versprechen, als wir halten können. Dann bleibt unsere Bewegung gesund und leistungsfähig. (Sehr richtig!)

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale hat in Hamburg ehrlich genug ausgesprochen, daß sie in Uebereinstimmung mit dem Haager Weltfriedenskongreß 1922 die Notwendigkeit anerkennt, „zur vollständigen Klärung des Verhaltens der proletarischen Parteien während eines Krieges zu gelangen. Das Studium dieser Frage wird Pflicht der Internationale sein."

Denn über die Frage, was soll getan werden, wenn ein Krieg trotz alledem ausbricht, liegen noch keine Entscheidungen vor.

Daß die Entwicklung auf dem Gebiet des politischen Kampfes neue Erscheinungen und Bedingungen schafft, beweist auch der Faschismus. Er ist eine neue Erscheinung, eine internationale Erscheinung. Er herrscht gegenwärtig in Italien und bedroht die Demokratie. Sein Entstehen und seine Betätigung sind überaus lehrreich für die sozialistische Bewegung.

Nach 1918 hatte die sozialistische Bewegung in Italien 160 Wahlkreise und etwa 3000 Gemeinden erobert. Die Massen waren ihr zugeströmt, stark waren die Gewerkschaften, kräftig die Genossenschaften. Keine Regierung war möglich gegen die Sozialdemokraten. Die Arbeiter standen auf dem bisherigen Höhepunkt ihrer Macht. Wie konnte diese stolze Macht niedergeworfen werden?

Bis ins letzte Jahrzehnt hinein überwogen in der italienischen Arbeiterbewegung die Landarbeiter, die sogenannten geistigen Arbeiter und die Angehörigen der freien Berufe. Die Zahl der Industriearbeiter war am kleinsten. Erst in der jüngsten Zeit erlebte Italien seine industrielle Entwicklung.

Durch den Krieg und durch die Revolutionen in Rußland, Deutschland und Oesterreich-Ungarn waren die proletarischen Massen in Italien radikalisiert worden. Sie drängten zu revolutionären Aktionen mit dem Ziel der „Sozialisierung". Landarbeiter und Bauern besetzten Gutshöfe und Land. Arbeiter besetzten Betriebe. Im Gebiet Mailand-Turin hatten 500 000 Arbeiter in einem Monat 600 Betriebe in Besitz genommen. Es wurden bewaffnete Arbeiterwehren zur Bewachung der „sozialisierten" Betriebe gebildet.

Die Regierung fühlte sich nicht stark genug, sie hielt sich zurück und versuchte, nicht ohne Erfolge, zu vermitteln.

Im Bürgertum stiegen die Furcht und die Erbitterung gegen die Arbeiter. Es fühlte sich beunruhigt durch die fortwährenden Streiks und bedroht durch die syndikalistische Methode der Lösung der Eigentumsfrage. Das Bürgertum fühlte sich in seinen Nöten von der Regierung im Stich gelassen. Da entstanden in den faschistischen Gewalthaufen die Retter. Mussolini war ihr Führer.

Wir wissen, daß Mussolini während des Krieges aus der sozialistischen Partei ausgeschlossen wurde, weil er, im Gegensatz zur Partei, für die Beteiligung Italiens am Krieg eingetreten war.

1919 hatte sich der Bund der Kriegsteilnehmer gebildet. An seiner Spitze stand Mussolini. Der Bund forderte die Enteignung von Grund und Boden, von Fabriken und Bergwerken und von kirchlichen Besitztümern.

Bürgerliche, Intellektuelle, Offiziere, die nach dem Kriege wieder ins zivile Leben zurückkehren sollten, arbeitslos gewordene Angestellte und Beamte aus Handel, Gewerbe und Industrie folgten in immer größeren Massen Mussolinis Fahnen.

Die faschistische Organisation stieg von 17 000 im Jahre 1919 auf rund 500 000 im Jahre 1922. Offiziere der regulären Armee fraternisierten mit den Faschisten. Die faschistischen Haufen waren bewaffnet, ihnen standen Kasernen offen. Unternehmer und Grundbesitzer gaben den Faschisten Geld. Uniformiert, mit klingendem Spiel und fliegenden Fahnen zogen die Faschisten durch die Straßen. Gewalttaten wurden von ihnen verübt.

Die Regierung stand auch dieser Bewegung hilflos gegenüber. Die Faschisten wurden die Landsknechte der Kapitalisten gegen die Arbeiterbewegung.

Der Marsch der Faschisten nach Rom, Oktober 1922, fand keine Gegenwehr.

Nach der Ergreifung der Macht wurden auch die letzten sozialrevolutionären Forderungen aufgegeben. Mit dem Faschismus hatten die besitzenden Klassen über die Arbeiter gesiegt. Von 13 direkten Steuern wurden 10 beseitigt und dafür die indirekten Steuern verschärft. Staatsmonopole wurden aufgelöst, Telephon und Versicherungswesen dem Privatkapital übergeben, der Mieterschutz fiel, die Demokratie wurde vernichtet.

Die unerhörten Verbrechen und Bluttaten des Schurken Mussolini und seiner schuftigen Kreaturen werden ewige Schandflecke in der Geschichte des Kapitalismus sein.

Aehnlich wie in Italien ist die faschistische Bewegung auch in anderen Ländern entstanden. In Ungarn, in Oesterreich, in Frankreich, in Belgien, in England, in Deutschland.

Die faschistische Pest wütet dort am ärgsten, wo die Arbeiter über ihre Kraft hinaus vorgestoßen sind. Sie ist dort eine ernste Gefahr, wo die Arbeiter sich in unsinnigen Bruderkämpfen aufreiben, sie gedeiht dort, wo die Arbeiter ihre Rechte und Errungenschaften gering achten, gar herabsetzen oder sie nicht zu handhaben verstehen. Möge jeder jene ergreifende Mahnung Turatis beherzigen, die er auf dem Marseiller Kongreß an die Arbeiter richtete: „Ihr Genossen der freien Länder, die ihr das größte Gut genießt, das uns die Zivilisation gegeben hat, ihr wißt vielleicht manchmal nicht genug zu schätzen, wie gewaltig dieses Gut ist, das ihr besitzt."

Der Faschismus stellt dem Kapitalismus in entscheidenden Auseinandersetzungen die bewaffneten Henker gegen die Arbeiterbewegung, wenn der staatliche Machtapparat zu schwach oder wenn er infolge der demokratischen Entwicklung schon nicht mehr zuverlässig genug ist, um für die Reaktion erfolgreich zu funktionieren. Der Kapitalismus schafft sich im Faschismus, bei fortschreitender Demokratisierung des politischen Lebens, seine Hausmacht. Entschlossen, wenn sein Bestand gefährdet scheint, sich durch brutale Gewalt gegen alle und alles zu behaupten. Der Faschismus ist ein blindes Werkzeug des Kapitalismus.

Die Faschisten kommen in der Hauptsache aus dem Nachwuchs der besitzenden Klassen, dem es infolge der kapitalistischen Entwicklung immer schwieriger und unmöglicher wird, eine sichere „standesgemäße" Existenz im

Heer, in öffentlichen und privaten Amtsstellen zu finden. Ferner aus jenen Schichten der sogenannten geistigen und freien Berufe, die, wenn auch wirtschaftlich proletarisiert, ideell noch in bürgerlichen Traditionen befangen sind. Dazu gesellen sich wirtschaftlich entwurzelte Angehörige der Mittelschichten, nichtaufgeklärte Proletarier und allerlei Entgleiste mit mehr oder weniger geistigen und sittlichen Defekten.

Die Ideologie des Faschismus ist verworren, wie die Buntschichtigkeit seiner Zusammensetzung. Sie hat alle Spielarten und nascht von den revolutionärsten Ansichten ebenso gern, wie von den reaktionärsten. Sie ändert sich in diesem Rahmen oft fabelhaft schnell. Nur gewisse Grundtendenzen klingen überall durch: Rassenhaß, Diktaturgelüste, Haß gegen die moderne Arbeiterbewegung und deren Errungenschaften.

Eine geistige Auseinandersetzung mit dem Faschismus ist, wegen der Untauglichkeit des Objekts, nicht möglich. Seine Gewalt- und Machtgelüste lassen sich von einer geschlossenen und entschlossenen Abwehrorganisation meist schon durch ihre bloße Existenz unschädlich machen. Kann der Faschismus in absehbarer Zeit nicht auf seine Rechnung kommen, dann verfault er geistig und zerfällt organisatorisch.

Abwehrorganisationen gegen die faschistischen Gefahren entstanden in verschiedenen Ländern. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale hat ebenfalls Maßnahmen gegen den Faschismus getroffen.

Für die Länder ohne Demokratie gilt gewiß das Wort unseres gemordeten Genossen Matteotti: „Jedes Volk muß selbst mit eigener Kraft seine Freiheit erringen und wiedererobern, wenn sie ihm entrissen wurde."

Dazu aber muß kommen die Hilfe der Internationale. Der Hamburger Kongreß sprach aus, „daß in der Aufklärung der öffentlichen Meinung der Welt der Internationale eine äußerst wichtige Waffe zur Verfügung steht, um die Genossen in jenen Ländern zu verteidigen, in denen die gewalttätige Reaktion herrscht." Genosse Bauer fügte hinzu: „Wir müssen wissen, was in Italien vorgeht, müssen es der Welt erzählen und müssen das Gewissen aller zivilisierten Völker mobilisieren, als den stärksten Bundesgenossen des italienischen Proletariats." Die Mauer der faschistischen Zensur ist durchbrochen. Zur weiteren Unterstützung der Parteien der Länder ohne Demokratie ist der Matteotti-Fonds gebildet worden, den zu stärken wir alle noch mehr als bisher tun müssen.

Weiter ist unsere Internationale dabei, eine Kommission für die politischen Gefangenen einzusetzen. Es gilt den Genossen Hilfe zu bringen, die vom Faschismus und, was wir nicht vergessen wollen, vom Bolschewismus verfolgt und gemartert werden.

Wir mußten feststellen, daß „der Kampf gegen die Verfolgungen der Reaktion aufs schwerste beeinträchtigt wird durch die Tatsache, daß das Systems des Terrors in der Sowjetunion, insbesondere in Georgien, noch unverändert weiterbesteht und zu einer dauernden Einrichtung wird. . . . Die Exekutive verurteilt aufs schärfste dieses unsinnige Terrorsystem, das die Interessen des Proletariats der Sowjetunion und des internationalen Sozialismus aufs schwerste schädigt und fordert alle angeschlossenen Parteien auf, insbesondere die sozialistische Presse, jede Gelegenheit auszunutzen, um den gefangenen Genossen zu helfen und für eine allgemeine Amnestie und Abschaffung des Terrors in der Sowjetunion zu wirken." (Bravo! und Händeklatschen.)

Im Juli 1926 tagte in Wien eine internationale Konferenz der Kampforganisationen gegen den Faschismus. Es wurde eine ständige Kommission

zur Abwehr des Faschismus mit dem Sitz in Wien eingesetzt, die in engster Verbindung mit dem Sekretariat der Arbeiter-Internationale arbeitet.

Unsere Zeit wird von den gewaltigen weltgeschichtlichen Ereignissen stark beeinflußt, die sich in China abspielen. Seit 1923 gehört die Sozialdemokratische Partei Chinas der Sozialistischen Arbeiter-Internationale an. Unsere Genossen in China unterstützen die nationale Revolution mit allen Mitteln und verzichten in der klaren Erkenntnis der dortigen Lage zunächst darauf, eigene sozialistische Ideen zu vertreten. Es kommt ihnen vor allen Dingen darauf an, daß China seine nationale Selbständigkeit erringt. Erst dann kann der Kampf der chinesischen Sozialisten gegen die chinesischen Kapitalisten für die sozialistischen Ideen der Arbeiter-Internationale beginnen. Um so mehr sind die Methoden Sowjet-Rußlands zu verurteilen. Es könnte dem chinesischen Befreiungskampf außerordentlich dienen, wenn es diesen Kampf mit guten Methoden unterstützen würde. Sie alle kennen aber den Zerfall der Kuomintang. Die Bolschewisten haben versucht, die chinesische Revolution über ihre eigenen, zunächst erreichbaren Ziele hinauszutreiben. Die Folge war eine schwere blutige Niederlage des Bolschewismus in China, eine Schwächung des dortigen Proletariats, eine Gefährdung der sozial-revolutionären Bestrebungen der chinesischen Arbeiterschaft überhaupt. Nach der schweren Niederlage der Bolschewisten in China, die mit ihrer Methode England in China treffen und den europäischen Kapitalismus bedrohen wollten, hat die konservative Regierung von England in London zu einem neuen Schlag nicht nur gegen den Bolschewismus, sondern gegen die englische Arbeiterklasse überhaupt ausgeholt. Sie hat die Beziehungen mit Sowjet-Rußland abgebrochen und beruft sich dafür auf angebliche Dokumente, die nachweisen sollen, daß die Sowjetregierung versucht habe, die englische Regierung in ihrer Machtposition zu untergraben und dem Bolschewismus die Wege zu bereiten. Wir wissen, daß die bolschewistische Regierung diese Methode überall anwendet. Wir aber haben immer erklärt und tun es auch auf diesem Parteitag, daß die Auseinandersetzung der Sozialisten mit den Bolschewisten eine Angelegenheit ist, die wir mit ihnen abzumachen haben. (Sehr richtig!) Wir haben es immer abgelehnt, uns im Kampf gegen den Bolschewismus mit irgendwelchen kapitalistisch-bürgerlichen Bewegungen zu solidarisieren. (Sehr richtig!) Wir verurteilen die Handlungen der konservativen Regierung Englands in Uebereinstimmung mit der englischen Arbeiterpartei. (Bravo! und Händeklatschen.) Wir erkennen durchaus, daß die konservative Regierung Englands die Bolschewistenhetze Englands entfacht, um die englische Arbeiterbewegung im Grunde zu treffen. Das Antistreikgesetz, die bevorstehenden Wahlen — es soll Stimmung gegen die englische Arbeiterpartei gemacht werden. Deshalb gehört unsere volle Sympathie dem englischen Proletariat. Wir werden von Deutschland aus auf die Regierungen einwirken, damit eine etwa beabsichtigte Einkreisungspolitik, eine Politik der Blockade nicht wieder Oberhand gewinnen kann. Wir werden alle politischen Bestrebungen bekämpfen, die nur mit neuen wirtschaftlichen Zerstörungen enden können und die Völker wieder auseinandertreiben müssen. In diesem Sinne unterstützen wir den Kampf des chinesischen Proletariats und der englischen Arbeiterklasse, wie auch den Kampf der italienischen und russischen Sozialisten gegen die Methode ihrer Regierungen, die sich auf hemmungslosester Reaktion aufbaut.

Aus dieser gedrängten Darlegung ersehen Sie, daß der Bericht über die Tätigkeit der sozialistischen Arbeiterinternationale alle Probleme, die international dem Sozialismus gestellt sind, in ihrer ganzen Fülle umfaßt. Wir können mit Genugtuung feststellen, daß wir uns mit diesen großen Problemen

ernst und sachlich auseinandersetzen. Wir tun das in dem unerschütterlichen Glauben an die Sieghaftigkeit des internationalen Sozialismus. Die Begeisterung, die wir für diesen Kampf brauchen, gewinnen wir aus der Ueberzeugung, daß wir Sozialdemokraten national und international im Dienst der Menschheit für die Wohlfahrt der Menschheit arbeiten. (Bravo! und Händeklatschen.)

Vors. **Eggerstedt:** Wir erbitten die Zustimmung des Parteitags zu folgender Kundgebung an den Botschafter der Vereinigten Staaten Dr. Shurmann in Berlin:

„Der Sozialdemokratische Parteitag in Kiel, die Vertretung von über 820 000 politisch organisierten deutschen Sozialdemokraten, richtet an Euer Exzellenz die Bitte, dem Herrn Gouverneur von Massachussetes das Gesuch nach einer nochmaligen gründlichen Untersuchung der Beschuldigungen gegen Sacco und Vanzetti zu unterbreiten. Alle uns zugänglichen Berichte lassen die Möglichkeit eines bedenklichen Justizirrtums offen. Wir rufen im Namen der Menschlichkeit die amerikanischen Behörden an, damit um der furchtbaren Folgen willen diese Möglichkeit vermieden wird." (Bravo!)

Ich nehme an, daß der Parteitag damit einverstanden ist, daß wir im Namen der Menschlichkeit diese Kundgebung dem Botschafter zustellen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Dann übermittelt uns die Arbeiterpartei Luxemburgs Glückwünsche zum Parteitag. Ebenso entbietet der Parteiausschuß des Saargebiets sozialistischen Gruß.

Ich erteile nun dem Genossen Pikard als Vertreter des besetzten Gebiets das Wort zu einer Erklärung.

Pikard, Koblenz: Im Namen der Delegierten der noch besetzten rheinischen Gebiete habe ich folgende Erklärung abzugeben:

„Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in ihrer Gesamtheit hat vom ersten Tage der Besetzung der Rheinlande ab in kameradschaftlicher Uebereinstimmung mit der sozialistischen Arbeiter-Internationale mit ganzer Kraft gegen diese Fortführung des Krieges in anderer Form gewirkt.

Die Bevölkerung des besetzten Gebietes empfindet mit großer Befriedigung die in den letzten Jahren als Folge internationaler diplomatischer Unterhandlungen durchgeführten Erleichterungen. Wir stellen mit Genugtuung fest, daß diese Besserungen nicht nur in den Kreisen der sozialdemokratischen Anhänger, sondern fast von der gesamten Einwohnerschaft des Rheinlandes als ein Erfolg sozialdemokratischer Initiative gewürdigt werden. Auch der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund entsprach einer Forderung der sozialdemokratischen Politik.

Deshalb haben wir auch ein besonderes Recht, zu verlangen, daß die deutsche Republik im Völkerbund als völlig gleichberechtigt behandelt und daß jede Ausnahmebehandlung Deutschlands oder eines seiner Gebietsteile beseitigt wird. Wir bedauern tief, feststellen zu müssen, daß die an die Namen Locarno und Thoiry geknüpften Hoffnungen bisher bitter enttäuscht wurden. Es gibt heute keine Rechtfertigung mehr dafür, daß immer noch fremde Truppen mit allen für die Bevölkerung drückenden und das Wirtschaftsleben störenden Begleiterscheinungen im rheinischen Lande unterhalten werden. Starke militärische Verbände in einem friedlichen Lande schaffen immer wieder Konfliktstoff und stören die Bemühung auf Schaffung einer Atmosphäre, in der allein zwei große Kulturnationen wie Frankreich und Deutschland in Frieden und Freundschaft zu leben vermögen. Deshalb

fordern wir in Uebereinstimmung mit der sozialistischen Arbeiter-Internationale und insbesondere mit unseren französischen Genossen, in deren Namen auf diesem Parteitag Bracke, wie dankbar anerkannt werden soll, ein starkes Bekenntnis zu unserer Friedenspolitik und insbesondere für die Räumung des Rheinlandes abgelegt hat, die baldige uneingeschränkte Zurücknahme der Besetzung ohne die Auferlegung neuer wirtschaftlicher Lasten und ohne daß die Hoheitsrechte der deutschen Republik durch neue, wie auch immer geartete, Kontrollmaßnahmen eine Einschränkung erfahren.

Die Delegierten des besetzten Gebietes wissen sich in allen das Rheinland betreffenden Fragen einig mit der großen Sozialdemokratischen Partei. Sie bekennen sich rückhaltlos zu der außenpolitischen Linie, die die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion und die die Gesamtpartei ganz unabhängig von der jeweiligen Regierung verfolgt haben. Wir fordern Vertrauen! Vertrauen der Friedensfreunde der ganzen Welt." (Bravo! und Händeklatschen.)

Gerhardt, Saargebiet: Gestatten Sie mir als Gast, jedoch deutschen Landes, einige Worte! Das Saargebiet sollte im Jahre 1919 Frankreich einverleibt werden. Im Saargebiet herrschte ehemals König Stumm als Vertreter der Großindustrie. Clemenceau erklärte damals, 150 000 Saarfranken wünschten zur Mutter Frankreich zurückzukehren. Es gab damals keine 150 Saareinwohner, die diesen Wunsch hatten, und neben einigen Sendlingen aus Innerfrankreich auch heute noch nicht. Wir sollen nach dem Friedensdiktat im Jahre 1935 abstimmen, ob wir zu Deutschland zurückkehren, französisch werden, einen eigenen Staat oder unter der Regierungskommission des Völkerbundes einen eigenen Laden aufmachen wollen. Diese Abstimmung ist längst entschieden. In Frankreich glaubt kein Politiker mehr, daß das Saargebiet in irgendwelcher Form Frankreich einverleibt werden will. Das Saargebiet ist deutsch, will deutsch bleiben und wird, mag kommen, was da will, deutsch sein. (Bravo! und Händeklatschen.) Gelegentliche Besucher — Genosse Severing mag als Zeuge dienen — können sich überzeugen, daß bei allen Festlichkeiten in Saarbrücken die Fahne schwarz-rot-gold vorherrscht. (Bravo!)

Im Reich ist nicht immer bei Regierung, Parteien und auch Privaten das notwendige Verständnis für das Saargebiet vorhanden.

Wir sind ein Liliputstaat. Ein Staat in wirklichem Sinne sind wir nicht, sondern nur ein auf 15 Jahre aus der deutschen Republik herausgeschnittenes Gebiet, das die allerteuerste Verwaltung hat. Seine Bewohner sind, wenn auch deutsch, doch international eingestellt, aus Realpolitik heraus pazifistisch. Es gibt kein Dutzend Einwohner im Saargebiet, die nicht den Frieden wollen. Das kleine Gebiet kann ohne Frieden nicht leben.

Das Saarvolk ist wohl das fleißigste Volk Europas. Das Proletariat dort ist nicht mehr das versklavte Volk wie zu der Zeit, als König Stumm und die Bergräte Hilger usw. dort herrschten. Der neue Geist hat auch das Saarvolk erfaßt. Es hat eine gut geleitete Presse, der nur eins fehlt: viele Kumpels und Hüttenarbeiter als Leser. Aber unsere Presse ist das führende Organ der Politik im Saargebiet und wird von den Kapitalisten deshalb begeifert. Wir haben im Saargebiet eine sehr beachtenswerte Parteiorganisation. Zehntausende von Proletariern demonstrieren heute dort zum Schrecken der Industrie. Das Reichsbanner zwingt die gesamten Massen in seinen Bann. (Bravo!) Die Arbeiterwohlfahrt ist von der Regierungskommission und den Gemeinden anerkannt und vom Proletariat behütet und geliebt. (Bravo!) Die Vertreter unserer Partei im Saargebiet haben seit Jahren die Völkerbundspolitik bejaht. Wir waren die ersten, die, als es noch gefährlich war, Friedenspolitik zu machen, diese Politik einleiteten. Wir

sind nach Genf gegangen und waren dort im Völkerbundsrat führend in der Friedenspolitik. Wir sind manchmal als frankophil verschrieen worden. Das ist aber auch führenden Genossen im Reiche so ergangen und hat uns nicht getroffen. Wir sind zwar nicht nur dann deutsch, wenn wir mit dem Deutschen Reich gute Geschäfte machen können, sondern wir sind deutsch aus dem Herzen heraus. (Bravo!)

Wir haben keine Ursache, der heutigen deutschen Regierung unser Vertrauen auszusprechen. Sie hat sämtlichen Beamten des Saargebiets, und zwar nicht nur den deutschen, sondern auch den französischen, eine Betreuungszulage von 1840 Francs gegeben. Aber den Arbeitern in irgendeiner Weise entgegenzukommen, hat sie bisher abgelehnt. Nur den Knappschaftskassen hat sie auf Grund der zukünftigen Aufwertung ihrer ehemaligen Kapitalien einen Vorschuß gewährt.

Wir haben im Saargebiet längst nicht die Sozialgesetzgebung, die im Reichsgebiet vorhanden ist, kein Betriebsrätegesetz und kein Schlichtungswesen. Gewiß ist auch die Sozialgesetzgebung des Reiches noch verbesserungsbedürftig, aber wir wären heilfroh, wenn wir das Betriebsrätegesetz und das Schlichtungswesen erhalten könnten.

In steuerlicher Hinsicht sind wir bedeutend stärker belastet als die Genossen im Reich. Während bei Ihnen auf die Person 140 Mark kommen, beträgt bei uns die steuerliche Belastung 172 Mark, obschon wir keine Reparationskosten haben. Dazu kommen kommunale Belastungen.

Wir haben auch im Saargebiet ein sogen. Parlament, den Landesrat, der aber keine Rechte hat. 90 Prozent seiner Beschlüsse werden nicht beachtet, weil er nur gutachtlich arbeiten kann. Es besteht keine Immunität, kein Antragsrecht, kein Etatsrecht. Das Ganze ist eigentlich nur eine Komödie des Parlamentarismus.

Zum Schlusse möchte ich unseren Brüdern jenseits der Vogesen einen Gruß zurufen. Es darf keinen Krieg mehr zwischen Deutschland und Frankreich geben. Wir wissen im Saargebiet, daß 99 Prozent unserer Brüder in Frankreich keinen Krieg mehr wollen. Wir haben ein sehr feines Gefühl für den Pendelschlag der auswärtigen Politik im Reich. Jeder amtliche Schwätzer der deutschen Regierung schmeißt uns um Monate zurück. (Hört, hört!) Wir danken dem Parteivorstand für seine Völkerbundspolitik. Nur diese Außenpolitik kann es ermöglichen, daß wir recht bald wieder mit unserer herrlichen deutschen Republik unter den Fahnen schwarz-rot-gold vereinigt werden. (Bravo!)

Der Parteitag tritt nunmehr in die Aussprache ein.

Dr. **Haubach,** Hamburg: Ich möchte auf eine Angelegenheit eingehen, die uns als Sozialisten und Mitgliedern der Internationale besonders am Herzen liegt, auf die Angelegenheit China. Was wir dieser Tage erleben mußten, ist nichts mehr und nichts weniger als der vorläufige Zusammenbruch der chinesischen Revolution. Gerade in diesem Augenblick ist es für uns oberste Pflicht, festzustellen, daß ein hervorragender Anteil an dieser Niederlage des kämpfenden chinesischen Volkes der Kommunistischen Partei zufällt. (Sehr richtig!) Falls es uns mit der internationalen Gesinnung ernst ist, haben wir nunmehr die Aufgabe, dem chinesischen Volk in seinem Freiheitskampf besser zu helfen, als es Moskau getan hat. Gerade der Umstand, daß wir keine starke Sozialdemokratie in China haben, hat viel zur Niederlage der chinesischen Revolution beigetragen. Gen. Crispien hat mit Recht darauf hingewiesen, wie schwer es ist, in den außereuropäischen Ländern eine sozialdemokratische Partei aufzubauen. Aber nachdem das chinesische Proletariat diese furchtbaren Erfahrungen mit Moskau gemacht hat, wäre es vielleicht

doch möglich, mit Energie an die Sache heranzugehen und die sozialdemokratische Bewegung in China zu stärken.

Gen. Crispien hat mit großem Nachdruck darauf verwiesen, welche ungeheure Bedrohung des europäischen Friedens durch den Abbruch der Beziehungen zwischen London und Moskau entstanden ist. Wir als deutsche Sozialisten sollten einmal prüfen, ob zu dieser ganzen Verschärfung der Lage die Außenpolitik des deutschen Bürgerblocks nicht auch beigetragen hat. Seit Thoiry im Herbst des vorigen Jahres hat sich Frankreich von England gelöst, und seitdem wuchs die Isolation der französischen Politik. Die Regierungskrise in Deutschland, die aus dem Streit um die Reichswehr entstand, hat in Wirklichkeit tiefere Ursachen, zum großen Teil außenpolitische Motive gehabt. Mir ist es nicht zweifelhaft, daß Dr. Scholz von der Volkspartei, der mit seiner Insterburger Rede die große Regierungskrise eingeleitet hat, im Auftrage seiner deutschnationalen Freunde besonders darauf hingearbeitet hat, den sozialdemokratischen Einfluß auf die deutsche Außenpolitik abzuschütteln. Was seit dieser Zeit in der deutschen Außenpolitik geschehen ist, läßt sich in die Worte fassen: Herbeiführung einer antifranzösischen Koalition um jeden Preis. Das ist nicht gelungen. Aber die deutsche Außenpolitik hat zum mindesten durch Passivität und Nichtausnutzung der gegebenen Chancen Frankreich in die Arme Englands getrieben und damit der konservativen Regierung Englands die Möglichkeit gegeben, heute mit solcher Frechheit den Weltfrieden zu bedrohen. Wir werden infolgedessen ungeachtet aller Verdienste des Herrn Stresemann in der Außenpolitik sehr scharf aufpassen müssen, damit nicht im Namen der Verständigungspolitik eine Verständigung mit Leuten erfolgt, die den Krieg wollen. (Sehr gut!)

Ein Wort über das große Problem der Kriegsverhinderung. Gerade jetzt müssen wir uns darüber klar sein, daß durch einen Generalstreikbeschluß der Gang der Ereignisse nicht aufgehalten werden kann. Kein Geringerer als Lenin hat in seiner Instruktion an die Delegierten des Prager Kongresses erklärt: „Ist einmal der Krieg ausgebrochen, dann haben es die Kommunisten nicht mehr in der Hand, das rollende Rad der Ereignisse aufzuhalten". Lenin hat dabei sonderbarerweise vor der Hilferding—Kautskyschen Illusion des Generalstreiks gewarnt. Gen. Hilferding, der gestern andere Ansichten vertrat, würde es sehr sonderbar finden, daß sein Name im Zusammenhang mit einer Illusion genannt wird, die heute immer noch von den Kommunisten den Arbeitern vorgemacht wird. Streik, Kriegsdienstverweigerung usw. können gutgemeinte Mittel sein; aber das Problem wird durch diese Mittel nicht gelöst. Auch bei einfacheren Mitteln ist Vorsicht geboten, so z. B. bei der Transportverweigerung. In Hamburg kam die kommunistische Presse vor einiger Zeit mit der Parole eines Streiks der Transportarbeiter. Die Waffenhandelsschiffe nach China sollten nicht mehr verladen werden. Wir mußten feststellen, daß der größte Teil der in Hamburg verladenen Waffen an die Kantonregierung gegangen ist. (Hört, hört!) Was wir tun müssen, ist in jedem Falle, das Proletariat zu einer großen Bestimmtheit und Klarheit zu erziehen. Der Weg zur Verhinderung des Krieges heißt: Eroberung der politischen Staatsgewalt. (Beifall.)

Dr. **Breitscheid**, Berlin: Ich hatte mich eigentlich zum Wort gemeldet in der Hoffnung, den Begründungen des Großthüringer und des Leipziger Antrags entgegentreten zu können. Leider habe ich mich zu früh gemeldet und muß meine Abwehr den Angriffen der anderen Seite vorwegnehmen. Aus den Anträgen 177 und 178 will ich nur das Allerwesentlichste herausnehmen. In dem Antrag Groß-Thüringens liegt eine Kritik an der auswärtigen Politik der Reichstagsfraktion, indem festgestellt wird, daß die

Außenpolitik Stresemanns faktisch zu einer Angelegenheit der kapitalistischen Bourgeoisie geworden sei, daß Stresemann offen für den Faschismus Partei ergreife und daß das, was jetzt geschehe, die planmäßige Vorbereitung eines künftigen Imperialismus sei. Da wir nicht leugnen, daß wir in den letzten Jahren in großem Umfange hinter der Außenpolitik Stresemanns gestanden haben, ist diese Kritik an Stresemann zugleich eine Kritik an unserer Haltung. Wenn in dem Antrag gesagt wird, daß die Außenpolitik Stresemanns in ihrer ersten Periode scheinbar auch die Außenpolitik der Arbeiter gewesen sei, faktisch aber jetzt zu einer Angelegenheit der kapitalistischen Bourgeoisie geworden sei, so erkenne ich für meinen Teil diese Differenzierung nicht an. Stresemanns Politik ist weder in Wirklichkeit noch dem Scheine nach eine Politik der Arbeiterklasse gewesen, auch nicht in ihrer ersten Periode. Sie ist die Politik gewesen, die von den auch im Kapitalismus nach dem Kriege lebenden Verständigungstendenzen diktiert war. Diese Verständigungstendenzen sind vorhanden, nachdem die Bourgeoisie eingesehen hat, daß der Krieg weder für die Sieger noch für die Besiegten ein Geschäft gewesen ist. (Sehr richtig!) Diese wirtschaftlichen Verständigungstendenzen sind auf die Idee der Vereinigten Staaten von Europa gerichtet. Stresemann hat sie niemals im Interesse der Arbeiterklasse aufgenommen, sondern immer im Interesse derjenigen Schichten, die er und seine Partei vertritt. Wir haben sie unterstützt, weil wir genötigt sind, jede Bestrebung zu fördern, die geeignet ist, blutige Konflikte zu verhindern und an ihre Stelle eine friedliche Verständigung zu setzen. Unbeschadet unseres letzten Zieles, unbeschadet der Ueberzeugung, daß nur die Verwirklichung des Sozialismus die Garantie für den dauernden Frieden ist, haben wir diese Politik unterstützt. (Zustimmung.) Wir haben die Aufgabe, in dieser Richtung auch weiterzugehen, mit all dem Mißtrauen und der Wachsamkeit, die selbstverständlich gegenüber einer bürgerlichen Außenpolitik geboten ist. Aber wir dürfen uns niemals auf den Standpunkt stellen, daß wir von vornherein jede Außenpolitik abzulehnen haben, die von der bürgerlichen Seite vorgeschlagen und durchgeführt wird.

Wenn in dem Antrag weiter gesagt wird, daß Stresemann offen für den Faschismus Partei ergriffen habe, so warte ich die Ausführungen des Genossen Petrich ab, der uns zweifellos sagen wird, wann das geschehen ist. Ich kann mich nur an den einen Fall erinnern, daß nach Angriffen, die ich in der Frage des albanischen Konflikts gegen Mussolini gerichtet hatte, Stresemann aufgestanden ist, um als Minister diese Angriffe einigermaßen abzudämpfen. Meiner Meinung nach muß er als bürgerlicher Außenminister diese Form wahren. Von einer Parteinahme zugunsten des Faschismus ist nach meiner Erinnerung keine Rede gewesen. Stresemann ist, wie jeder Außenminister, verpflichtet, mit den Regierungen der anderen Staaten, auf deren korrekte Beziehungen wir angewiesen sind, nicht zu einem persönlichen Bruch kommen zu lassen. Der Außenminister der deutschen Republik kann sich als solcher in die internen Verhältnisse eines anderen Staates nicht einmischen, ebenso wenig in die Moskauer Angelegenheiten wie in die römischen Angelegenheiten Mussolinis. Ich glaube nicht, daß die Politik, die wir bisher unterstützt haben, die Vorbereitung des künftigen Imperialismus ist.

Nun hat Gen. Haubach gemeint, daß Scholz, der Führer der Deutschen Volkspartei, wohl außenpolitische Aufträge seiner deutschnationalen Freunde ausgeführt habe, als er den Bürgerblock vorbereitete. Ich glaube, daß unser Freund Haubach die Tragweite der politischen Ideen des Herrn Scholz stark überschätzt. (Sehr richtig!) Ich bin nicht geneigt, bei Herrn Scholz große, weitausschauende innen- oder außenpolitische Pläne vorauszusetzen. (Sehr

gut!) Ich sehe nichts weiter, als daß Herr Scholz ein Herr ist, der aus gesellschaftlichen vielleicht noch mehr als aus politischen Gründen den Wunsch hat, mit den vornehmen Herren der Deutschnationalen Partei in einer Linie zu marschieren. (Sehr wahr!) Irgendwelche Machiavellischen Absichten wird man bei dem Führer der Deutschen Volkspartei nicht voraussetzen dürfen, da auch, um machiavellistische Absichten zu hegen, politischer Verstand, politische Weitsicht notwendig sind, wie wir sie bei dem Führer der Deutschen Volkspartei vergeblich suchen würden. (Zustimmung.) Ich bin auch der Meinung, daß die Deutschnationalen im Augenblick nicht den Wunsch und das Interesse haben, auf die Außenpolitik einen nennenswerten Einfluß auszuüben. Sie sind bereit, jedes Opfer auf außenpolitischem Gebiet zu bringen, wenn sie dafür nur ihre Zölle und Steuern erhalten. Genau so wie sie Locarno mitgemacht und damals Elsaß-Lothringen für 5 Mk. Getreidezoll preisgegeben haben, sind sie heute bereit, alles zu verbrennen, was sie angebetet haben, wenn nur ihre wirtschaftlichen Ansprüche befriedigt werden.

Zwei Worte zu der Hauptfrage des Tages, die sowohl Gen. Crispien wie Gen. Haubach berührt haben. Auf China will ich nicht weiter eingehen. Ich glaube, daß unsere Politik gegenüber China richtig war. Sie erinnern sich, mit welchem Geheul die Kommunisten über uns hergefallen sind, als wir es seinerzeit ablehnten, die Regierung aufzufordern, die südchinesische Regierung anzuerkennen. Ich habe damals gesagt: wir müssen die Dinge erst abwarten. Ich habe darauf hingewiesen, daß Rußland selbst die nordchinesische Regierung anerkannt hat (Sehr richtig!); denn in Peking war die russische Gesandtschaft. Inzwischen hat sich herausgestellt, welchen Irrtum wir begangen haben würden, wenn wir seinerzeit eine Regierung anerkannt hätten, die heute schon gar nicht mehr existiert.

Brennend ist die Frage des Verhältnisses zwischen Rußland und England. Die Gefahr ist da. In dem Abbruch der Beziehungen liegt eine Gefahr, mit der sich auch die Exekutive der Internationale in der nächsten Zeit eingehend zu beschäftigen haben wird. Wir können nichts weiteres tun, als unter Betonung unserer Sympathien für den Bestand der Sowjetrepublik politisch die Neutralität zu wahren. Die „Deutsche Zeitung“ und andere deutschnationale Organe haben erklärt, es sei nötig, daß Deutschland mit England gehe. Allerdings müsse sich Deutschland dafür einen hohen Preis zahlen lassen, und dieser Preis könne nur in der Befreiung der Rheinlande bestehen, indem England einen Druck auf Frankreich ausübe, die Rheinlande zu räumen. Ich stehe auf dem Standpunkt: es gibt keinen Preis, um den wir bereit wären, in eine Koalition gegen Sowjetrußland einzutreten. (Beifall.) Kein Preis ist hoch genug, um uns von der Linie abzubringen, die darin besteht, daß wir soweit als möglich freundschaftliche Verständigung mit Rußland aufrechterhalten wollen, ohne uns allerdings zu einem politischen Anhängsel des bolschewistischen Imperialismus machen zu lassen. Unsere Parole ist Neutralität in diesem Konflikt. Ich glaube, daß keiner der Vertreter des Saargebiets oder der Rheinlande uns auffordern würde, uns mit England zusammenzutun, wenn dadurch die Möglichkeit bestände, die Besatzungszeit an Saar und Rhein zu verkürzen oder sofort zu beseitigen. Wir als Sozialisten haben ein weit größeres Recht, die Beseitigung der Besatzung zu fordern als die nationalistischen Elemente, denn wir haben immer in den guten Beziehungen zu Frankreich und England das Kernstück unserer auswärtigen Politik gesehen.

Warum die Befreiung noch nicht gekommen ist, das auszuführen, würde zuviel Zeit in Anspruch nehmen. Ich glaube, daß bei dem letzten Schritt der deutschen Regierung auf diesem Gebiete Fehler gemacht worden sind, indem

man in Paris zu deutlich hat erkennen lassen: Stresemann muß die Räumung haben um der Opposition willen, die ihm von seinen deutschnationalen Bundesgenossen sonst gemacht wird. Kein Franzose ist bereit, die Rheinlandräumung etwa als ein Zugeständnis an eine deutschnationale Forderung herzugeben. Die Deutschnationalen werden mit ihrer Forderung die Situation nur verschlimmern. Wir stellen die Forderung von einem ganz andern Standpunkt aus. Wir wissen nicht, ob sie bald erfüllt wird. Wir wissen nur, daß der Westen sehr eng mit dem Osten verbunden ist, daß die Rheinlande dann nicht geräumt werden, wenn die Deutschnationalen gen Osten reiten wollen, wenn Hergt und andere den Anschein erwecken, als wollten wir im Rheinland freie Hand bekommen, um uns gegen Polen zu wenden und die Grenzen, die uns allen nicht gefallen, mit Waffengewalt modifizieren.

Wir müssen zu einer Verständigung mit Polen gelangen, das ist eine Voraussetzung für die Räumung des Rheingebiets. Wir müssen den Polen sagen: wie ihr es macht, mit der Politik der Nadelstiche und der Brutalität in Ostoberschlesien, geht es nicht. Aber wir wissen auch, daß zwischen uns und Polen eine Kluft des Mißtrauens liegt, die nicht zuletzt hergestellt worden ist durch die 100 Jahre verfehlte Polenpolitik der preußischen Regierung. (Sehr richtig!) Wir wenden uns von diesem Nationalismus ab und hoffen, daß unsere sozialistischen Freunde in Polen den Nationalismus in ihrem Lande bekämpfen.

Auf die Frage des Generalstreiks gehe ich nicht weiter ein. Wir sind dabei bisher immer zu dem Ergebnis gelangt, daß eine Generalstreikparole nicht eine Parole ist, von der wir uns einen Erfolg zur Abwehr des Krieges versprechen.

Noch ein Wort zu dem Antrag, in dem gesagt wird, daß die Teilnahme an kapitalistischen Kriegen der Sozialdemokratie verboten sein soll. Ich wundere mich nur, daß nicht hineingeschrieben worden ist: Polizeilich verboten. So kann man es wirklich nicht machen. Gewiß, wir sind Pazifisten und sollen es aussprechen, daß wir es sind. Wir sind nicht Pazifisten im Sinne eines Tolstoianismus, nicht Pazifisten, die erklären: komme, was wolle — wir verzichten auf die Verteidigung der Rechte und der nationalen Ansprüche, die auch die Arbeiterschaft zu den ihrigen gemacht hat. Wir sind Pazifisten in dem Sinne, daß wir unsere ganze Kraft anstrengen, um auf dem Boden des jetzt Bestehenden, um mit Hilfe der Organisationen, die — mögen sie sozialistisch sein oder nicht — international geschaffen sind und eine Möglichkeit zur Kriegsverhütung bieten, alles zu tun auf dem Weg über Völkerbund und Schiedsgerichte, über Abrüstung und Sicherheitsverträge, was die Möglichkeit des Kriegsausbruchs hintanzuhalten geeignet ist. Wir können nicht erst in Aktion treten, wenn der Krieg ausgebrochen ist, wenn der Säbel seine Herrschaft angetreten hat, wenn der Blutrausch über die Massen gekommen ist, wenn die Gehirne durch die Lügen verkleistert sind. Wir haben vorher mitzuarbeiten an der technischen Grundlegung der Friedensmöglichkeiten, immer in dem Bewußtsein: das sind alles nur vorläufige und vorbereitende Maßregeln, erst der Triumph des internationalen Sozialismus über den Kapitalismus wird die Grundlagen dauernden Friedens legen. (Lebhafter Beifall.)

Petrich, Gera: Die Großthüringer Entschließung hat in den Auseinandersetzungen eine beträchtliche Rolle gespielt, und ich glaube, daß die ganze Thüringer Delegation, die diese Entschließung einstimmig gefaßt hat, sich darüber freut, daß die Dinge, die in der Resolution behandelt werden, hier zur Aussprache kommen. Die Entschließung übt im ersten Teil Kritik an der Außenpolitik Stresemanns und behandelt im zweiten Teil die Aufgaben

der Internationale. Genosse Crispien hat versucht, die Tätigkeit der Internationale in möglichst günstigem Licht erscheinen zu lassen. Ich glaube, wir wären zu bescheiden, wenn wir uns mit dem zufrieden geben würden, was die Internationale bisher geleistet hat. Wir sind uns der Schwierigkeiten, die zu überwinden sind, vollkommen bewußt. Vom Genossen Friedrich Adler stammt das Wort, daß die Marxisten in der Internationale eine Minderheit darstellen, und daß es darauf ankommt, die Internationale mit marxistischem Geist zu erfüllen. In diesem Sinne hat Adler seine Sekretärtätigkeit in der Internationale aufgefaßt. Wir müssen heute feststellen, daß die Ergebnisse wenig zufriedenstellend sind.

Ich teile nicht die Auffassung von Breitscheid, daß die Internationale erst dann praktische Bedeutung haben wird, wenn der internationale Sozialismus triumphiert, sondern die einzelnen sozialistischen Parteien in den Ländern haben die Pflicht, ihren internationalen Verpflichtungen nachzukommen. In dem Maße, wie das geschieht, wird die Internationale aktionsfähig. Wir müssen dahin kommen, daß die Arbeitermassen wirklich für internationale Aufgaben aktionsfähig gemacht werden.

Einige Worte zu der Resolution 203! Wir haben davon abgesehen, eine eigene Resolution einzubringen. Wir möchten aber nicht verfehlen, hier auszusprechen, in welchen Punkten uns diese Resolution nicht genügt. Das ist im zweiten Teil der Fall, wo von der Rüstungsbeschränkung gesprochen wird, während an einer andern Stelle gesagt wird, daß wir eine wirklich ernst zu nehmende Einschränkung der Rüstungen anstreben. Was heißt denn Einschränkung der Rüstungen? Das ist noch weniger als Abrüstung. Abrüstung ist schon sehr wenig, und eine Einschränkung der Abrüstung ist ziemlich gleich null. Also in diesem Punkt versagt die Entschließung des Genossen Crispien vollkommen.

Noch einige Worte zu den Ausführungen des Genossen Breitscheid über die Politik Stresemanns! Es ist in entscheidenden Situationen immer gesagt worden, die Außenpolitik Stresemanns sei die unsrige. (Breitscheid: Das habe ich niemals gesagt!) Niemals ist eine wirklich grundsätzliche Abgrenzung unserer außenpolitischen Auffassungen gegenüber denen Stresemanns erfolgt. Am allerwenigsten, Genosse Breitscheid, ist das in der letzten Reichstagsrede zum Ausdruck gekommen, die wohl im ganzen Lande sehr unbefriedigt gelassen hat. Wir halten es deswegen für notwendig, das hierzu auszusprechen, was tatsächlich ist. Ich bin der Meinung, daß nicht genug vor der Auffassung gewarnt werden kann, daß die Außenpolitik Stresemanns geeignet wäre, den Frieden zu sichern, und ich glaube auch, daß wir, wenn es darauf ankommt, nicht mehr den Einfluß haben, die Außenpolitik so zu beeinflussen, daß sie wirklich den Frieden sichern kann. Die Außenpolitik Stresemanns ist mit den Absichten und Plänen der Deutschnationalen so eng verbunden, daß ein ernsthafter Gegensatz nicht mehr besteht.

Einige Worte möchte ich noch zu dem englisch-russischen Konflikt sprechen und die Frage aufwerfen, welche Pflichten die Internationale in dieser Beziehung hat. Genosse Breitscheid hat gesagt, daß die deutsche Regierungspolitik in diesem Augenblick neutral sein müsse. Das ist richtig. Aber die Internationale hat in dieser Situation ihre ganz bestimmten Aufgaben, die in den Entschließungen von Marseille festgelegt sind. Die Auffassung von den friedlichen Entwicklungstendenzen des Imperialismus, die seit einiger Zeit in unserer Partei Platz gegriffen hat, ist durch den Gang der Dinge endgültig widerlegt. Der Imperialismus ist nicht friedlich, sondern da, wo er zu entscheidenden Auseinandersetzungen ausholt, kriegerisch gerichtet. Die alte Auffassung, daß der Imperialismus und Kapitalismus der Krieg sei, und der

Sozialismus der Friede, hat heute noch genau so Geltung wie vor 20 Jahren. Indem wir für den Sozialismus kämpfen und dem internationalen Proletariat internationale Aufgaben stellen, kämpfen wir für den Frieden. (Beifall.)

Crispien (Parteivorstand, Schlußwort): Ich habe nur einige Bemerkungen gegenüber dem Genossen Petrich zu machen. Er sagte, er sei mit der Arbeit der sozialistischen Arbeiter-Internationale nicht zufrieden. Ich kann ihm erklären, daß es in der Internationale nicht einen Genossen gibt, der nicht ebenfalls unzufrieden wäre mit dem, was wir international bisher leisten konnten. Das ist aber nicht auf irgendwelche Unterlassungen der Internationale zurückzuführen, sondern auf rein objektive Dinge. Es ist unmöglich, mehr zu tun, als gegenwärtig getan wird, und zwar aus den Gründen, die ich in meinem Bericht ausführlich dargelegt habe. Es ist die Unzufriedenheit eines echten Sozialdemokraten mit der Bewegung, um sie immer stärker und leistungsfähiger zu machen. Insofern ist ein Gegensatz zwischen uns und dem Genossen Petrich nicht vorhanden. Ich halte es aber für unklug, wenn jemand erklärt, unsere Internationale sei vollständig ohnmächtig, und ich verwahre mich gegen die Unterstellung, als hätte ich den Nachweis geführt, daß die Internationale ohnmächtig sei. Ich habe nur gesagt, die Internationale könne im Augenblick Handlungen über eine bestimmte Grenze nicht durchführen, weil dazu die Vorbedingungen noch nicht gegeben sind, die vom Stand der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der Arbeiterbewegung in den verschiedenen Ländern bestimmt werden. Ich habe nachgewiesen, daß wir nicht ohnmächtig sind, sondern eine sehr erfolgreiche internationale Politik treiben konnten. Wie kann man eine solche Behauptung aufstellen, wenn man doch wissen mußte, daß es uns möglich gewesen ist, die Reparationsleistungen im Londoner Abkommen herunterzusetzen, daß es möglich gewesen ist, die Schaffung einer Atempause für die deutsche Wirtschaft zu erreichen und weiter die Einführung wirtschaftlicher Methoden zur Ermittlung der deutschen Leistungsfähigkeit zu erlangen, die Befreiung des Ruhrgebiets und Kölns, die Verminderung der Rheinlandbesetzung, die Wiederherstellung der handelspolitischen Freiheit Deutschlands, die Beseitigung der Fesseln für die zivile Luftfahrt, die Sicherung des Friedens in Europa durch den Rheinlandpakt und die Schiedsgerichtsverträge mit Frankreich, Belgien, Polen und der Tschechoslowakei, der endgültige Friedensschluß durch Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, die Anbahnung der Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich und der völligen Räumung der besetzten Gebiete vor Ablauf der vorgesehenen Frist, die Anerkennung Deutschlands als gleichberechtigte Großmacht, die Beendigung der Militärkontrolle, der Abzug der französischen Truppen aus dem Saargebiet bis spätestens Juni 1927 und die Verminderung des Bahnschutzes auf 800 Mann. Wenn man diese Erfolge feststellen kann, kann man nicht behaupten, daß wir vollständig ohnmächtig in unserer internationalen Politik seien. Ich habe mich nur dagegen gewandt, daß man uns im Augenblick mehr Aufgaben zusprechen will, als wir erfüllen können, um bei den Arbeitern keine Illusionen aufkommen zu lassen.

Ich habe mich gewundert, daß Petrich den marxistischen Geist in der Internationale vermißt. Ich empfehle ihm, die Grundsätze der Internationale zu lesen, in denen steht: es dürfen sich nur Parteien anschließen, die die marxistischen Grundsätze anerkennen, die Ueberwindung des Kapitalismus durch den Sozialismus, wozu das Mittel des Klassenkampfs der Arbeiter gegen die Kapitalisten angewendet werden soll. Die Kritik des Genossen Petrich ist also ohne jede Unterlage. Es kann auch nicht gesagt werden, daß Stresemann unsere Politik betreibt. Wir haben die politischen Handlungen der Regierung in jedem Falle kritisch gewürdigt, und zwar gerade in der

letzten Zeit, weil Stresemann in der Schulfrage Oberschlesiens und in der Frage der Besatzung des Saargebiets Zugeständnisse gemacht hat, die über die Verpflichtungen der deutschen Republik hinausgehen.

Wenn Petrich gemeint hat, in unserer Entschließung würde nicht von einer vollkommenen Abrüstung, sondern nur von Rüstungsbeschränkung gesprochen, so mache ich darauf aufmerksam, daß wir im Augenblick keine Veranlassung haben, eine vollständige Abrüstung in allen Ländern zu fordern. Darüber sind wir uns einig, daß wie jede imperialistische Rüstung, jeden Militarismus bekämpfen. Aber wir können nicht verlangen, daß z. B. die österreichischen Genossen die Wehrmacht beseitigen, damit die ungarischen Monarchisten über dieses Land herfallen können. (Sehr richtig!) Wir fordern in unsern Programmen in Deutschland, Oesterreich, Frankreich und überall, daß die Wehr, die in diesen Ländern vorhanden ist, unbedingt republikanisch zuverlässig ist, also ein Instrument der Verteidigung gegen reaktionäre Anschläge von innen und außen. Was Rußland anbetrifft, so möchte ich ausdrücklich hervorheben, daß ich von den russischen Genossen beauftragt bin, zu erklären, daß auch sie jede Koalierung mit einer bürgerlichen Regierung gegen Sowjetrußland ablehnen, und ich möchte weiter sagen, daß wir mit ihnen entschlossen sind, gegen jede bürgerliche Regierung anzukämpfen, die aus diesem neuen Streitfall kriegerische Verwicklungen zu machen gedenkt.

Noch ein Wort über die Frage, wie es möglich sei, daß Sozialisten von einer friedlichen Tendenz im Kapitalismus sprechen können. Ich kann mich hierbei auf Marx berufen, der in seinen Schriften dargelegt hat, daß es auch für den Kapitalismus Zeiten gibt, wo er auf eine friedliche Entwicklung in seinem eigenen Interesse angewiesen ist. Wenn der Kapitalismus Warenabnehmer und Arbeitskräfte braucht, wenn er Goldkapital in produktives Kapital umwandeln will, dann braucht er friedliche Verhältnisse. Man kann nicht mit Kanonen und Giftgasen Waren absetzen und Arbeitskräfte gewinnen. Es ist so, daß dem Kapitalismus Tendenzen zu Krieg und zu Frieden innewohnen, die je nach der Situation, bald die eine, bald die andere stärker auftreten. Als Sozialisten müssen wir friedliche Tendenzen, die im Kapitalismus vorhanden sind, fördern und versuchen, den widerspruchsvollen Kapitalismus durch die sozialistische Gesellschaft zu überwinden. Wenn man fragt, was wir tun können, um unsere Genossen in China, England, Italien, Sowjetrußland zu unterstützen, dann antworte ich: die beste Unterstützung der unterdrückten Völker und Arbeitermassen ist der geschlossene Klassenkampf des europäischen Proletariats gegen die Reaktion in den einzelnen Ländern. (Lebhafter Beifall.)

Der Parteitag nimmt einstimmig den Antrag 203 an und erklärt die Anträge 177 und 178 dadurch für erledigt, ebenso Antrag 68.

Antrag 179 wird der Internationale überwiesen.

Antrag 180 ist beim ersten Punkt der Tagesordnung erledigt worden.

Zum Bericht der Agrarkommission erhält das Wort Georg Schmidt, Berlin.

Georg **Schmidt,** Berlin: Ihnen liegt der neugefaßte Entwurf eines Agrarprogramms vor.

Im Abschnitt IV muß es nicht heißen: „die Sozialpolitik", sondern die „Steuerpolitik". Ich bitte, diesen Druckfehler zu berichtigen. Dann bitte ich, den Redakteuren des Entwurfs die Vollmacht zu geben, einige Fremdwörter ohne sachliche Aenderung zu verdeutschen.

Erfreulicherweise kann ich berichten, daß die Agrarkommission nach einer längeren Rede und weiteren Ausführungen des Genossen Kretzen sich einstimmig auf den vorliegenden Entwurf geeinigt hat. (Bravo!) Nicht alle

Wünsche des Genossen Kretzen haben dabei Aufnahme gefunden wie z. B. bezüglich der Monopolfrage. Aber andererseits sind auch die Wünsche des einen oder anderen Kommissionsmitgliedes nicht befriedigt worden. Trotzdem ist die Einigung zustandegekommen.

Unter I Ziffer 2 ist der Satz hinzugefügt worden: „Der nicht staatliche Waldbesitz ist einer wirksamen Staatsaufsicht zu unterwerfen." Dies gilt sowohl für Privatbetriebe und solche in öffentlicher Hand (Gemeinde- und Kirchenwaldungen). Wir müssen im großen und kleinen Forstbetrieb zu einer rationalen Wirtschaft kommen.

Unter I Ziffer 3 ist der Satz hinzugefügt: „die bisherigen bäuerlichen Wirtschaften sind d a b e i in ihrem Bestande zu schützen."

Sehr wesentlich ist die Einfügung eines neuen Absatzes an derselben Stelle: „Die auf dem enteigneten Boden beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten sind bei der Besiedlung bevorzugt zu berücksichtigen." Wenn wir die Landflucht bekämpfen wollen, die im wesentlichen nichts anderes ist als die Abwanderung der Landarbeiter aus den landwirtschaftlichen Betrieben, müssen wir in erster Linie dafür eintreten, das auf dem Land arbeitende Volk in seiner Gesamtheit auch dem Lande zu erhalten. (Bravo!)

In einer Ihnen zugegangenen Drucksache des Landarbeiterverbandes ist in einem Artikel „Agrarreform und Landarbeiterschicksal in der Tschecho-Slowakei" die Entwicklung dargelegt, wie die Landarbeiter infolge der nationalen Einstellung bei der Siedlung der enteigneten deutschen Güter in die Städte und Industriebezirke abwanderten. Das wollen wir nicht, und deshalb ist dieser Zusatz aufgenommen. Auch in Deutschland sind bei der Aufteilung von Gütern manchmal Schwierigkeiten entstanden, weil die Landarbeiter nicht untergebracht wurden. Eine geldliche Entschädigung nützt nicht viel, sondern wir müssen dahin wirken, daß sie angesiedelt werden. Es muß aber bei jeder Gelegenheit ausgesprochen werden, daß die Erfüllung des Wunsches, das Landarbeitervolk, Kleinbauern und Kleinbauernsöhne auf dem Lande anzusiedeln, nur möglich ist, wenn die politische Macht der Sozialdemokratie verstärkt wird. (Sehr richtig!) Wir werden hierbei von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen auf Widerstand stoßen.

Durch Einfügung des dritten Absatzes an dieser Stelle soll einem Wunsche der Opposition Rechnung getragen werden, Großbetriebe in allgemeine Bewirtschaftung zu nehmen. Dazu gehört allerdings auch eine entsprechende Erziehung des Landvolkes, eine geistige Umstellung der Landarbeiterschaft und eine andere Einstellung der Kleinbauernschaft. (Sehr richtig!)

Unter I Ziffer 5 sind die Worte „nach Möglichkeit" gestrichen worden. In der Industrie und dem Gewerbe kann ein Betriebswechsel viel eher erfolgen. In der Landwirtschaft muß der Bauer und auch der Großlandwirt in seinem Betrieb gesichert sein. Aber Betrieb und Besitz, Betrieb und Eigentum sind grundverschiedene Dinge. (Sehr richtig!) Die Domänenpächter in Deutschland die im allgemeinen nicht zu den schlechtesten Landwirten gehören, wirtschaften auch nicht auf ihrem Eigentum, sondern auf Land, das dem Staat gehört.

Eine sehr wichtige Ergänzung ist bei den Forderungen für die Land- und Forstarbeiter erfolgt, nämlich der Hinweis auf den Lohnkampf der Landarbeiterschaft. Die Land- und Forstarbeiter müssen mehr als bisher in ihrem Freiheitskampf dieselben Wege betreten wie die industriellen Arbeiter. Wir unterstreichen es nochmals, daß eine Befreiung des Landproletariats um so mehr von Erfolg begleitet sein wird, wenn die politische Macht der Arbeiterklasse stärker wird. Der gewerkschaftliche Kampf hat bisher erheblich zur Verbesserung der Lage der Landarbeiter beigetragen.

Wenn in dem Antrag 109 die Genossen aus Osterode in Ostpreußen eine Befürchtung aussprechen (siehe Absatz c ihres Antrags), so glaube ich, braucht man nicht noch zu unterstreichen, daß wir ganz genau wissen, daß dieses Programm noch nicht der Weisheit letzter Schluß ist. Wer aber den Entwurf gelesen hat, muß sich sagen, dieses Programm beschränkt sich im wesentlichen auf Gegenwartsforderungen und ist sachlich ausgearbeitet. Im Namen aller Kommissionsmitglieder betone ich, daß sie auf die sozialistischen Forderungen zugunsten der Landarbeiterschaft in der Gegenwart den größten Wert legen. Wir unterscheiden uns darin grundsätzlich von der liberalen Einstellung, daß die soziale Frage des Landarbeiters gelöst sei, wenn man ihm Haus und Land gibt.

Wenn der Großgrundbesitz und die Inhaber der Großbetriebe sich einbilden, daß nur auf der Grundlage niedriger Landarbeiterlöhne ihre Existenz gesichert werden soll wie bisher, so werden sie darin bei der Sozialdemokratie den schärfsten Gegner finden. Ich unterstreiche, daß der deutsche Landarbeiterverband erfreulicherweise immer mit der Partei Hand in Hand gegangen ist, weil man eingesehen hat, daß die Landarbeiterforderungen zu einem wesentlichen Teil eine politische Frage sind. Die Landwirte müssen durch höhere Löhne und bessere Behandlung der Landarbeiterschaft, was natürlich mit einem Mehraufwand verbunden ist, gezwungen werden, ihre Betriebe rationell zu bewirtschaften. Können sie dabei nicht bestehen, dann müssen sie zurücktreten und anderen Kräften Platz machen, die in die neue Zeit passen. Wenn dabei die Abwanderung des Bodens vom schlechten zum guten Landwirt erfolgt, dann entspricht das vollkommen unserer Einstellung. Wird dadurch gleichzeitig Siedlungsland frei, dann können auf diesem Land, was wir ebenfalls begrüßen, Landarbeiter und Kleinbauern angesiedelt werden. Wie auch Professor Aereboe in seiner Schrift über die landwirtschaftliche Betriebslehre treffend über die Lohnfrage diese Verhältnisse schildert, wird die Steigerung der Löhne die Landwirte zwingen, rationell zu wirtschaften und unsere Vorschläge für die Produktionssteigerung verwirklichen. Ostelbien muß mit Bauerngemeinden durchsetzt werden. Die Landarbeiter wissen, was Abhängigkeit bedeutet. Darum wollen sie Wohnverhältnisse haben, durch die sie unabhängig werden. Auch bezüglich des Eigenheims müssen wir diese Frage je nach den Verhältnissen in den betreffenden Gebieten beurteilen. Es handelt sich vor allen Dingen darum, die Landarbeiterschaft aus dem Werkwohnungsverhältnis zu befreien.

Die in diesem Programm aufgestellten Forderungen sind zu einem wesentlichen Teile der landarbeitenden Bevölkerung auch heute noch nicht geläufig. Die Sozialdemokratie muß aber auch Forderungen vertreten, die scheinbar unpopulär sind. Wir müssen den Arbeitern gegenüber auf die Grundursache ihrer schlechten Lage, nämlich die Abhängigkeit, eingehen und ihnen sagen, daß sie denselben Kampf mit denselben Zielen wie die industrielle Arbeiterschaft zu führen haben. Die organisierten Landarbeiter erkennen die Grundsätze dieses Programms an, wie auf den Konferenzen des Deutschen Landarbeiterverbandes bestätigt wurde. Gewiß wird es Landarbeiter, Bauern und viele andere geben, die das nicht für richtig halten. Es gilt aber für eine Partei, die die Zukunft gewinnen will, daß sie sich an die Intelligenz unter der Arbeiterschaft zu wenden hat, um sie aufzuklären, damit diese als Pioniere auf dem Land draußen neue Gedanken verbreiten. Einen großen Erfolg haben wir erzielt, daß nun ein Stamm von bewährten Vertrauensmännern auf dem flachen Lande vorhanden ist, die bei dem künftigen Wahlkampf und jeder andern Gelegenheit mit uns wirken werden. (Bravo!)

Wollen wir das Landvolk gewinnen, so müssen wir für die nötige Freizeit sorgen und dem Landarbeiter sagen, daß er sich und seine Familienmitglieder von übermäßiger Arbeit auf dem Deputatland, der sogenannten Eigenwirtschaft, befreien muß. Ich sehe ein Ziel darin, den Landarbeiter in Wohnungen unterzubringen, in denen er nicht mehr vom Unternehmer abhängig ist, die nur mit dem nötigen Gartenland ausgestattet sind.

Sozialdemokratie und Gewerkschaft sind niemals für eine schematische Anwendung des Achtstundentages in der Landwirtschaft eingetreten. Wir fordern das ja auch nicht für bestimmte Betriebe in der Wirtschaft. Es ist eine dumme, einfältige Behauptung unserer Gegner, wir beachteten die Eigentümlichkeiten des landwirtschaftlichen Betriebes nicht. Um es zum Ueberfluß zu sagen: wir wissen, daß die landwirtschaftliche Arbeit von Klima, Witterung, Lichtverhältnissen usw. abhängig ist. Ich sage mit ausdrücklicher Betonung von dieser Stelle aus, daß die Gegner, die etwas anderes behaupten, bewußt lügen. (Sehr richtig!) Ganz besonders gilt dies gegenüber den landwirtschaftlichen Unternehmern, die derartige unwahre Behauptungen aussprechen, weil die Landarbeitertarife, die es erst gibt, seitdem Sozialdemokraten die Landarbeiter politisch befreit haben, das Gegenteil aktenmäßig nachweisen. (Sehr richtig!)

Dieses Programm ist unseren Gegnern sehr unbequem. Das merkt der Landbund schon jetzt sehr fühlbar. (Sehr richtig!) Genossen! Sorgt dafür, daß er es noch mehr merkt, wenn wir auf Grund dieses Agrarprogramms auf dem platten Lande noch intensiver als bisher arbeiten. (Bravo!) Unser Kampf wird sich hauptsächlich gegen die Großbetriebe richten. Auch in der Landwirtschaft haben wir die Rationalisierung. Die Berufsstatistik von 1925 weist gegenüber 1907 einen Rückgang der Arbeitskräfte, auch auf den Hektar berechnet, auf. Leider muß ich es mir versagen, darauf näher einzugehen. Damit ist aber auch die Behauptung des angeblichen Rückganges der Arbeitsleistung widerlegt, wenn heute weniger Arbeiter dieselbe Fläche Landes rationell bewirtschaften.

Alle Fortschritte müssen dazu dienen, die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft einzuschränken. Darum gilt auch für die Landwirtschaft unser Streben, die Arbeitszeit weitestgehend zu verkürzen. Aber auch der Klein- und Mittelbetriebsinhaber muß sich im Interesse aller in diesem Betrieb Arbeitenden, also auch seiner selbst und seiner Familienangehörigen, aller fortschrittlichen Methoden bedienen, um eine Ersparnis an menschlicher Arbeitskraft zu erzielen. (Sehr gut!) Die Inhaber der bäuerlichen Betriebe müssen dieser Frage die größte Bedeutung beilegen, sonst wird der Mangel an Arbeitskräften für diese Betrieb, der sogenannten Knechte und Mägde — ich gebrauche diesen Ausdruck nicht gern —, noch größer werden, als er heute schon ist. Aus allen Arbeitsnachweisberichten über den Stand des Arbeitsmarktes geht ein Mangel an sogenanntem Gesinde in allen Teilen Deutschlands hervor. Die Klein- und Mittelbauern müssen daher für diese fremden Arbeitskräfte vorbildliche Verhältnisse schaffen, damit dieselben auf dem Lande bleiben.

Ich unterstreiche unsere Forderungen bezüglich der Frauen und Jugendlichen. Hier ergibt sich ein dankbares Feld agitatorischer Betätigung auf dem Lande. Die Wohnungsfrage, Mutterschutz, Schutz und Pflege der heranwachsenden Jugend, Kinderschutz sind Kulturfragen, mit denen wir an Herz und Gemüt der Landarbeiter- und Kleinbauernfrau appellieren können. Die Genossin Schroeder hat das in diesen Tagen schon sehr gut getan. Wir müssen zu Tausenden hinausziehen und diesen Frauen sagen, daß wir ihnen helfen wollen; dann werden wir sie auch für unsere Ziele gewinnen. (Bravo!)

Die Hofgängerfrage ist ein spezifisch ostelbisches Problem. Schenken Sie dieser Frage Beachtung! Es ist ein kulturunwürdiger Zustand, daß in Ein- oder Zweizimmerwohnungen 6, 7 und 8 Menschen und dazu noch die fremden Arbeitskräfte zusammenhausen müssen.

Zur Steuerfrage will ich nur kurz darauf hinweisen, daß die Steuerleistungen des Großgrundbesitzes dem Staate lange nicht das einbringen, was die Kleinbauern zahlen. (Sehr richtig!) Ich könnte Beispiele dafür anführen, daß in manchen Bezirken Besitzer von großen Gütern noch nicht so viel Steuern bezahlen als die auf den Gütern beschäftigte Arbeiterschaft (Hört, hört!), wobei zu bedenken ist, daß der größte Teil der Arbeiterschaft durch Heraufsetzung der Grenze des steuerfreien Lohnanteils steuerfrei ist und nur die paar Verwalter und Administratoren also mehr Steuern als der Besitzer zahlen. (Hört, hört!) Diese Leute haben aber auch kein großes Lohneinkommen.

Zur Zollfrage mache ich darauf aufmerksam, daß bei der Wirtschaftskonferenz in Genf unsere deutschen Agrarier den Satz geschluckt haben, daß an den Abbau der landwirtschaftlichen Zölle zu denken ist. (Hört, hört!) Wir werden in Deutschland die Schiele und Genossen immer wieder daran erinnern. (Sehr richtig!)

Das Landvolk müssen und werden wir gewinnen. Der Kampf um die Landarbeiter- und Bauernseele steht in allen Parteien im Vordergrund. Wir wollen und müssen die politische Macht erobern. Unterschätzen wir aber nicht, daß wir dazu wesentliche Teile des Landvolks erst gewinnen müssen. (Sehr richtig!) Dazu soll dieses Programm dienen.

Ueber die Bekämpfung des Zwischenhandels wird von denen von rechts sehr viel geredet und geschrieben —, getan wird gar nichts. Lassen wir uns doch durch den antisemitischen Radau des Landbundes nicht verblüffen! Alle unsere Vorschläge im Reichstag und in den Landtagen, den überflüssigen Zwischenhandel weitgehend auszuschalten, wurden abgelehnt, und zwar mit oberflächlichen Redensarten und Verlegenheitsausreden. Vergessen wir nicht, daß die Rechtsparteien heute in den Städten noch einen sehr beachtenswerten Anhang haben. Wählerrücksichten halten besonders die Deutschnationalen davon ab, den großen Verdiensten des Zwischenhandels zu Leibe zu gehen.

Wir werden zu den einzelnen Kapiteln des Programms Kommentare herausgeben. Der Parteivorstand wird sicher dazu beitragen, daß das, was wir hier beschließen, sich praktisch auswirkt. Das ist unbedingt notwendig, besonders im Hinblick auf das kommende Wahljahr. Der Antrag der Agrarkommission geht dahin, das Agrarprogramm einstimmig anzunehmen und mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Parteitages auf jede Debatte zu verzichten. (Bravo!)

Lassen Sie mich zum Schluß noch einige Worte sagen, die vielleicht eine persönliche Note haben. Es müssen Mitarbeiter auf das Land hinaus. Landversammlungen brachten mir fast immer eine innere Befriedigung. Man plagt sich da draußen nicht so sehr ab mit wohlgemeinten Erörterungen über fernliegende Probleme; man schmiedet auch nicht so viel Resolutionen. (Hört, hört! und Heiterkeit.) Die Landagitation kostet zwar Schweiß, aber sie bringt dauernden Erfolg. Lassen Sie sich gesagt sein, daß auf dem Lande das gesprochene Wort des Referenten viel länger nachwirkt als in den Städten. (Sehr richtig!) Gehen wir also an die Gewinnung des platten Landes für den Sozialismus mit dem Agrarprogramm des Kieler Parteitages. (Beifall.)

Das von der Agrarkommission vorgelegte Agrarprogramm wird darauf unter Ablehnung aller übrigen Anträge einstimmig mit großem Beifall angenommen.

Die zu Punkt 7 der Tagesordnung noch vorliegenden Anträge, die sich auf die Tagesordnung und den Tagungsort des kommenden Parteitages beziehen, werden auf Vorschlag des Vorsitzenden Wels dem Parteivorstand und dem Parteiausschuß für die Beschlußfassung überwiesen.

Inzwischen hat sich die Kontrollkommission konstituiert und zum ersten Vorsitzenden den Gen. Friedrich Brühne, zum zweiten Vorsitzenden den Gen. Wilhelm Bock und zum Schriftführer den Gen. Hengsbach gewählt. Anschreiben und Beschwerden sind an die Adresse des Gen. Friedrich Brühne, Frankfurt a. M., Oppenheimer Landstraße 46, zu richten.

Löbe, Berlin: Genossinnen und Genossen! Es wird uns Gelegenheit geboten, die frohe Begrüßung der Kinder von gestern zu vergelten. Draußen steht ein Tisch und über ihm ein leider viel zu klein gehaltenes Schild, auf dem steht: „Wenn jeder Delegierte 1 Mk. bezahlt, können wir 30 Kinder in unser Zeltlager aufnehmen". (Bravo!) Ich befürchte, daß das kleine Schild von manchem übersehen wird. Es wäre aber schmerzlich für die Leitung der Kinderfreunde und nicht sehr ehrenvoll für den Parteitag, wenn nur ein kleiner Teil der Delegierten diesem Wunsch nachkäme. Deshalb erlaube ich mir, darauf aufmerksam zu machen, und Sie gleichzeitig zu bitten, wenn Sie einen leeren Stuhl neben sich haben, für den Betreffenden mitzubezahlen und den Flüchtigen haftbar zu machen. (Zustimmung und Heiterkeit.)

Vors. **Wels:** Ich hoffe, daß dieser Anregung von allen Folge geleistet wird.

Parteigenossen und -Genossinnen! Damit wären wir am Schlusse des Parteitages angelangt. Ich handle sicher im Sinne aller Parteigenossen, die die Gastfreundschaft der Kieler Partei in dieser Woche in Anspruch genommen haben, wenn ich sage: habt Dank, Ihr Genossen von Kiel, habt Dank, Ihr Genossen des Bezirks Schleswig-Holstein, für all das Schöne, für all das Herrliche, das Ihr uns in diesen Tagen gegeben habt! (Lebh. Bravo!) Es war ein Parteitag, der in seiner Gestaltung alles übertraf, was wir jemals auf Parteitagen erlebt haben. (Sehr richtig!) Aus allem sprach die tiefe Liebe zur Partei, sprach die innere Verbundenheit mit unserer Bewegung. Vom Kinderempfang vor dem Bahnhof am Freitag der verflossenen Woche an erlebten wir Stunde für Stunde Dinge, die sich tief in unsere Herzen eingruben und auch bestimmt einen tiefen, für das ganze Leben haftenden Eindruck in den Herzen derer hervorgerufen haben, die als Kinder, als Jugendliche, als Erwachsene der Provinz Schleswig-Holstein an den Veranstaltungen teilnahmen. (Zustimmung.)

Gestern war der Tag des Mysteriums von der Himmelfahrt, der Tag der immerwährenden Sehnsucht, der Wanderung in ein ewiges Leben des Glücks und der Freude. Gestern stand in der Jugend von Kiel die immer wiederkehrende Erneuerung als der Begriff des ewigen Lebens vor uns, und wir alle fühlten: aus der Jugend und in der Jugend erwächst die Arbeiterbewegung zu einer Kraft von gigantischer Größe, die sie haben wird und haben muß, um ihr Ziel zu erreichen.

Unvergeßlich wird uns allen in dieser harten Arbeitswoche der Ausflug bleiben, den wir nach Eckernförde unternehmen konnten. Die Stunden in frischer und starker Seeluft werden bei vielen tief haften und sich mit dem dankbaren Erinnern an die freundliche Aufnahme durch unsere braven und wackeren Eckernförder Genossen verbinden. Ich habe den Dank des Parteitages dann auch für das grandiose Schauspiel der Uferbeleuchtung bei dem Empfang durch das Reichsbanner zum Ausdruck zu bringen. Das war nicht das Werk eines Pyrotechnikers, sondern das war etwas anderes. Jede glühende Flamme, die sich da am Ufer mit den anderen zu einem einheit-

lichen Bilde gestaltete, war eine Feuersäule der Liebe und Begeisterung für die Partei. Jeder Mann am Ufer, der eine Fackel trug, war sich bewußt, nur ein Punkt zu sein in dem gewaltigen Gemälde, das da geschaffen wurde; aber jeder Einzelne war sich auch bewußt, daß er in dem Gemälde nicht fehlen dürfe, wenn nicht eine Lücke entstehen solle. Jeder war von dem Gefühl seiner Unersetzbarkeit durchdrungen und nahm so die Strapazen auf sich, die mit diesem einzigartigen Gruß verbunden waren. Es war eine symbolische Darstellung des Heldentums der vielen Ungenannten, die die Größe der Partei geschaffen haben, die ihre Grundlage bilden. Trotz des glänzenden Rahmens an klingenden Namen, an denen die Partei in ihrer Geschichte so reich ist, will ich zwei der leuchtendsten Namen noch einmal nennen: Molkenbuhr und Adolf Braun. Ihnen jetzt noch einmal zu danken, ist mir Herzensbedürfnis. (Bravo!) Es war ein Glück, sie beide zu kennen, es war ein höheres Glück, mit ihnen zusammenarbeiten zu dürfen, mit diesen beiden Menschen von so hoher Selbstlosigkeit, von so glühendem Idealismus, von so flammender Begeisterung, die draußen wirbt, jener Begeisterung, die zum stillen Studium nach harter Arbeit treibt, um das Höchste für die Sache zu leisten, der sie ihr Leben geweiht haben. Was Molkenbuhr in der deutschen Sozialpolitik, was Adolf Braun als Journalist, als Politiker, als Schriftsteller uns gegeben haben, ist unvergänglich in der Geschichte der Partei. Dafür sage ich den beiden im Namen des Parteitages, im Namen der Massen draußen noch einmal herzlichen Dank. (Lebh. Bravo!)

Die Kieler Woche war ein Erlebnis für die Partei, ein Erlebnis für jeden von uns, und das Lob der Schleswig-Holsteinischen Parteiorganisation und ihrer Jugend wird klingen durch Tausende von Versammlungen, in denen der Bericht über diesen Parteitag erstattet wird. Hochverdient ist dieses Lob, und der Kieler Parteitag ist bestimmt, als Vorbild zu dienen.

Wir haben auf diesem Parteitag auch den Genossen zu danken, die der Arbeit des Parteitages selbst durch ihre Tätigkeit in den Kommissionen entzogen wurden. Es ist ihnen manches entgangen, während sie sich mühen mußten, dem Wohle der Partei dienend, die unangenehmen Dinge, die in einem so großen Rahmen nun einmal unausbleiblich sind, zu prüfen und zu erledigen.

Wir haben auf diesem Parteitag lebhafte Diskussionen gehabt. Ich will von dem Bericht des Parteivorstandes und der Aussprache, die sich daran schloß, nicht mehr reden. Was darüber zu sagen war, haben andere im Laufe des Parteitags bereits zum Ausdruck gebracht. Aber auch in dieser Debatte trat das starke, in der Partei pulsierende Leben in die Erscheinung, das uns vor allem am gestrigen Tage, dem großen Tage des Parteitages, erfüllte. Das Pfingstfest, das seine Strahlen auf unsere Tagung wirft, das Fest der Ausgießung des Heiligen Geistes, der die Jünger Christi einstmals beflügelt hat, in die Welt hinauszugehen und in tausend Zungen zu predigen, es lebte für uns in der großen Rede unseres Gen. Hilferding und in ihrem gewaltigen Hymnus auf unsere sozialistische Weltanschauung auf. Niemand vermochte sich der Wucht seiner Sprache, der Tiefe seiner Argumentation zu entziehen; jeder war durchbebt von der Leidenschaft und von der glühenden Liebe zur Sache des Proletariats, von der diese Rede Zeugnis ablegte. Diese Rede und die im Anschluß daran geführte Aussprache werden Zehntausende von Arbeitern aus Gleichgültigkeit erwecken und zu Klassenkämpfern erstehen lassen, wenn wir diese Rede als Werbeschrift in der geeigneten Weise verarbeiten und verwerten. (Zustimmung.)

Wir brauchen uns nicht zu schämen, daß auf diesem Parteitag in Abweisung des trivialen Schlagworts vom Personenkult auch einigen Personen

gehuldigt wurde, die als Sinnbild der aufbauenden Kraft unseres organisatorischen Lebens an besonderer Stelle der Republik ihre Arbeit widmen mußten und sich dort unvergängliche Verdienste erworben haben. (Lebh. Bravo!) Wir bekennen uns stolz dazu, eine Kämpfernatur wie Severing zu feiern, und wir sind stolz darauf, so starke Persönlichkeiten wie Otto Braun zu besitzen. Wir geben von unserer demokratischen Einstellung und Gesinnung nichts auf, wenn wir uns zu ihnen bekennen und sagen: erlahmt nicht in Eurer Arbeit für das allgemeine Wohl. (Lebh. Zustimmung.) Es ist trotz alledem doch so, daß unsere heutige Zeit versinnbildlicht wird durch Persönlichkeiten, die der Sozialismus ihr gegeben hat in der Zeit des Aufstiegs nach unerhörtem Zusammenbruch, in der Zeit der Wüstenwanderung durch die Ruhrbesetzung und die Inflation hindurch zu einer verhältnismäßigen Konsolidierung.

Wir bekennen uns zu dem Staat, weil wir ihn besitzen wollen; wir schützen ihn, weil er ein gastliches Haus werden soll für uns und erst recht für die kommenden Generationen. (Sehr wahr!)

Wir haben uns auf diesem Parteitag mit kulturellen Fragen im Sinne unserer Tradition befaßt, den Glauben an die ewige Kraft des Kapitalismus zu zerstören, nach dem es immer Herren und Knechte geben müsse. In dem Agrarprogramm haben wir eine über dreißig Jahre laufende Debatte einem gewissen Ende zugeführt, aber doch nur, um wiederum zu wissen, daß wir mit der Annahme dieses Programms vor einem neuen Anfang des Kämpfens, der Forschung und der Arbeit stehen. (Sehr richtig!) Wir haben damit unser Waffenarsenal aufgefüllt zu Nutz und Frommen der ländlichen Bevölkerung, der Landarbeiterschaft und der Bauernschaft, denen wir die Auffassung des Sozialismus zum ersten Male in dieser programmatischen Form näherbringen können und wollen. Wir kennen die Schwierigkeiten, die uns auf dem Lande entgegenstehen; aber wir werden um die politische Seele des Landvolkes werben mit der unwiderstehlichen Kraft der inneren Logik, die unserer Weltanschauung innewohnt. In der Nordmark, in dieser rein landwirtschaftlichen Provinz Schleswig-Holstein, haben wir uns ein Agrarprogramm gegeben, das als Dank für die prächtige Aufnahme mit dem Namen der Stadt Kiel ewig verbunden sein wird. (Bravo!)

Die Erziehung des sozialistischen Nachwuchses fand auf unserem Parteitag eingehende Würdigung. Niemand gibt es, der meint, daß Schulmeisterei und Zwangserziehung glückliche Werbemittel in der Jugendbewegung wären. Auch nach der Richtung hin hat der Parteitag die Hoffnungen, die wir auf ihn setzen konnten, in reichstem Maße erfüllt. Er gab uns wertvolle Belehrungen, die unserer Arbeit und unseren Kämpfen neue Kraft geben werden. Wir sind überzeugter denn je, daß wir die Einheitsfront des deutschen kämpfenden Proletariats unter den siegenden Fahnen der deutschen Sozialdemokratie erreichen werden. Wir wissen, wie schwierig der Weg, wie hart der Kampf sein wird; aber gerade dadurch wächst unsere Kraft. Wir wissen, wie groß die Aufgaben sind, die wir im Interesse der leidenden Menschheit zu erfüllen haben, wenn wir sie vor politischer Unterdrückung und wirtschaftlicher Sklaverei schützen wollen. Im Willen zur Macht kämpfen wir für die Wirtschaftsdemokratie bis zu unserem endlichen Siege. In diesem Sinne fordere ich Sie auf, mit mir einzustimmen in den Ruf: „Es lebe der Kampf, es lebe der Sieg! Es lebe die deutsche, es lebe die internationale, die völkerbefreiende Sozialdemokratie! Sie lebe hoch, hoch, hoch!

(Die Delegierten stimmen begeistert in das dreimalige Hoch ein.)

Mit dem Gesang des Sozialistenmarsches schließt der Parteitag.

(Schluß der Sitzung: 1 Uhr 15 Minuten.)

Angenommene Anträge

Zum Bericht des Parteivorstandes

13. Hamburg. Der Parteitag ersucht den Parteivorstand, zu prüfen, wie der „Vorwärts" zum wirklichen Zentralorgan der Partei ausgestaltet werden kann.

62. Hamburg. Der Parteitag beschließt, daß es den organisierten Genossen zur moralischen Pflicht gemacht wird, sich in der Genossenschaftsbewegung zu betätigen.

64. Lichtentanne i. Sa. Mitglieder der SPD. gehören in die der GEG. angeschlossenen Konsumvereine. Jede Ortsgruppe hat die Pflicht, bei jeder Gelegenheit die Mitglieder darauf hinzuweisen, daß sie ihre Waren nur in den zuständigen Konsumvereinen zu entnehmen haben.

86. Bielefeld. Das Eintrittsgeld für männliche und weibliche Mitglieder beträgt mindestens einen Wochenbeitrag.

98. Semd. Alle Mitgliedsbücher der Partei sind jedes Jahr von der Partei zu prüfen.

105. Freiberg i. Sa. In den Abrechnungsbogen sind Rubriken für erwerbslose und invalide Mitglieder einzuführen.

108. Parteivorstand. In § 29 Abs. 2 des Organisationsstatuts ist der vorletzte Satz zu streichen und an dessen Stelle einzufügen:

„Namen und Adressen der Beisitzer sind dem Parteivorstand innerhalb vier Wochen schriftlich zu bezeichnen. Kommt der Beschuldigte dieser Vorschrift nicht nach, so gilt ohne weiteres der Beschluß des Bezirksvorstandes.

Unterläßt es die antragstellende Organisation, innerhalb vier Wochen Schiedsrichter zu ernennen, so gilt der Beschluß des Bezirksvorstandes und das Ausschlußverfahren als aufgehoben."

189. Parteivorstand. Das Verhältnis der Partei zu den Spitzenverbänden der Beamtenorganisationen kann nur im Zusammenhang mit der historischen Entwicklung und ihrer Stellung zu den übrigen Zweigen der Arbeiterbewegung betrachtet werden.

Insbesondere gilt dies von dem Verhältnis zu den freien Gewerkschaften. Von jeher haben die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften die Fortschritts- bzw. Demokratische Partei als ihre politische Vertretung betrachtet. Dasselbe gilt für das Verhältnis der Zentrumspartei zu den christlichen Gewerkschaften. Die freien Gewerkschaften stehen seit ihrer Gründung unter Betonung ihrer politischen Neutralität an der Seite der Sozialdemokratie. Sie wurde die politische Vertretung der freien Gewerkschaften, diese die wirtschaftliche Interessenvertretung besonders der sozialdemokratisch gesinnten Arbeiterschaft.

Eine zentralisierte Beamtenbewegung besteht eigentlich erst seit dem Jahre 1918. Leider hat auch sie sich nicht einheitlich zusammenfassen lassen. So bestehen jetzt als Spitzenorganisationen der „Allgemeine Deutsche Beamtenbund" und der „Deutsche Beamtenbund".

Der „Allgemeine Deutsche Beamtenbund" wird von den freien Gewerkschaften und der AfA. als Spitzenorganisation anerkannt. Er umfaßt eine Reihe gemischter Organisationen, die dem „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund" angehören und besonders neben den im Post- und Eisenbahnwesen beschäftigten Arbeitern auch einen Teil der hierin tätigen Beamten zu Mitgliedern haben.

Aus dieser Tatsache ergibt sich für die Sozialdemokratische Partei automatisch eine gewisse Uebertragung des Verhältnisses zu den freien Gewerkschaften auf den „Allgemeinen Deutschen Beamtenbund". Das führt jedoch nicht zu einem ähnlichen Gegensatz zu dem „Deutschen Beamtenbund", wie er zwischen der Sozialdemokratischen Partei und den Hirsch-Dunckerschen oder christlichen Gewerkschaften durch deren Beziehungen zu bürgerlichen Parteien besteht, da der „Deutsche Beamtenbund" eine so rein politische Prägung wie die genannten Gewerkschaften nicht hat. — In ihm arbeiten zahlreiche Mitglieder der Sozialdemokratie seit langen Jahren für die Interessen der Mitglieder und gegen die Bestrebungen, den „Deutschen Beamtenbund" als Ganzes in das Schlepptau bürgerlicher Parteien zu bringen. Dieser Kampf verdient Anerkennung und Förderung und darf nicht dadurch geschädigt werden, daß die betreffenden Genossen in der Partei benachteiligt werden, trotz der intensiveren Beziehungen, die die Partei mit dem „Allgemeinen Deutschen Beamtenbund" verbinden, bis das erstrebte Ziel einer Zusammenfassung aller Beamtenorganisationen in einem Spitzenverband erreicht ist.

194. Aufhäuser und Genossen. Dazu 194a. Aenderungsantrag Steinkopf. In dem Bestreben der Sozialdemokratischen Partei, den Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu einem einheitlichen und bewußten zu gestalten, gilt es vor allem, Arbeiter, Angestellte und Beamte politisch wie gewerkschaftlich zum gemeinsamen Handeln zu befähigen.

Die Beamten, deren Grundrechte unter führender Mitwirkung der Sozialdemokratie in der Weimarer Verfassung gesichert wurden, bedürfen der Verbindung mit der übrigen werktätigen Bevölkerung in erhöhtem Maße. Der Kaufwert ihrer Besoldung ist davon abhängig, inwieweit es der organisierten Arbeiterschaft gelingt, preissteigernde Zölle, Kartellwucher abzuwehren und zu einer konsumentenfreundlichen Wirtschaftspolitik zu gelangen. Die sozialen Beamtenrechte stehen in innigster Wechselwirkung mit dem übrigen Arbeitsrecht der Arbeiter und Angestellten. Die staatsbürgerlichen Freiheiten der Beamten, die freie Entfaltung ihrer Berufsverbände sind nur im freien Volksstaat gewährleistet, dessen stärkster Schutz wiederum nur durch die Arbeiterschaft gegeben ist.

Diese Gedanken der Solidarität aller Arbeiter, Angestellten und Beamten finden im Zusammenwirken des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes", des „Afabundes" und des „Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes" mit ihren angeschlossenen Verbänden ihren lebendigen Ausdruck.

Diese Entwicklung sollte jeder Sozialdemokrat durch Zugehörigkeit zu einer freien Gewerkschaft fördern. Aufgabe der Parteiorganisationen und der Parteipresse ist es, die freien Gewerkschaften in ihrer Tätigkeit zu unterstützen.

195. Parteivorstand und Parteiausschuß. Der Parteitag hebt, dem Wunsche der sozialistischen Arbeiterjugend entsprechend, den Beschluß des Weimarer Parteitages 1919 über den Zusammenschluß der Arbeiterjugend insoweit auf, als die Altersgrenze für die Zugehörigkeit zur sozialistischen Arbeiterjugend vom 18. auf das 20. Lebensjahr erhöht wird. Er erwartet

aber, daß die Jugendlichen es nach wie vor als ihre Pflicht ansehen, mit der Vollendung des 18. Lebensjahres den Eintritt in die Partei zu vollziehen.

196. Lipinski. Parteigenossen dürfen nicht Mitglieder solcher Vereine sein, die gegen die Sozialdemokratische Partei wirken.

204. Beschwerdekommission. Im Auftrage des Parteiausschusses hat die Beschwerdekommission zu dem Konflikt zwischen dem Parteivorstand und dem Unterbezirk Halle Stellung genommen.

Im Verlauf des Konflikts hat der Parteivorstand die Konzentration mit der Errichtung einer eigenen Druckerei für den Verlag Volksblatt beauftragt, nachdem jahrelange Bemühungen auf Zusammenlegung beider Betriebe: **Verlag Volksblatt G. m. b. H.** und **Genossenschaftsdruckerei** gescheitert waren. Die Versuche auf Zusammenlegung beider Betriebe gehen zurück bis auf das Jahr 1898. Auch 1904 und 1909 hat man sich in Halle mit der Zusammenlegung beschäftigt. 1909 wurde sie durch eine Parteiversammlung beschlossen, wogegen die Genossenschaft aufs heftigste protestierte, sich notgedrungen aber trotzdem für die Zusammenlegung aussprach. Zur Zusammenlegung kam es jedoch nicht.

Nach der Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien 1922 wurde die Zusammenlegung ein dringendes Bedürfnis, da beide Betriebe nicht das Ergebnis zeitigten, das in anderen Betrieben zu verzeichnen war. Ganz besonders trug dazu das Vorhandensein zweier selbständiger Verwaltungen bei.

Als schließlich am 1. Dezember 1926 von allen Beteiligten für die Zusammenlegung unter einer Leitung Neigung bestand, ergaben sich über die Verteilung der Gesellschaftsanteile neue Differenzen. Der Parteivorstand machte den Vorschlag: 50 Prozent Anteile für sich und 50 Prozent Anteile für das Verbreitungsgebiet der dortigen Parteizeitung. Der Unterbezirk Halle sowie die Genossenschaftsdruckerei wollten dem Parteivorstand nur ein Drittel der Anteile einräumen.

Unterbezirk und Genossenschaftsdruckerei sollten sich bis zum 1. Dezember 1926 endgültig entscheiden. Trotzdem wartete der Parteivorstand bis zum 9. April 1927 auf diese Entscheidung. Da bis zu diesem Tage die Zustimmung der Genossen von Halle nicht zu erlangen war, erwarb der Parteivorstand ein für eine eigene Druckerei bestimmtes Grundstück. Die meisten zu einer Druckerei gehörigen Maschinen sind, um den neuen Betrieb am 1. Juli 1927 eröffnen zu können, bereits gekauft. Aus dem gleichen Grunde ist der Parteivorstand gezwungen, täglich weitere Anschaffungen zu machen.

Die Beschwerdekommission hat eine eingehende Verhandlung mit Vertretern des Parteivorstandes, der Druckerei, Parteiorganisation und des Verlages geführt. Eine Verständigung war trotz aller Bemühungen nicht zu erreichen. Die Vertreter der Genossenschaftsdruckerei und des Ortsvereins und Unterbezirks Halle bestanden auf Annahme ihres vorher schon einem Vertreter des Parteivorstandes gegenüber gemachten Vorschlages, der für den Parteivorstand eine 45prozentige Beteiligung vorsah. Auch den Vermittlungsvorschlag der Beschwerdekommission lehnten sie ab, die vom Parteivorstand vorgeschlagene 50prozentige Beteiligung zunächst auf drei Jahre zu beschränken. Den weiteren Vorschlag der Beschwerdekommission, zur Sicherung der politischen Meinungsfreiheit des „Volksblattes" für die Befugnisse der Preßkommission die von der Konzentration herausgegebenen Mustersatzungen als gültig zu erklären, bezeichneten sie als nicht genügende Sicherung. Die Vertreter des Parteivorstandes waren bereit, beiden Vermittlungsvorschlägen der Beschwerdekommission beizutreten, den Vorschlag der Hallenser Genossen lehnten sie ab.

Nachdem so alle Bemühungen der Beschwerdekommission, zu einer Verständigung zu kommen, erfolglos waren, beantragt die Beschwerdekommission:

Der Parteivorstand möge entsprechend dem von ihr gemachten Vermittlungsvorschlag beschließen:

1. Die Vertreter der Organisation und Genossenschaftsdruckerei in Halle sollen so schnell wie möglich mit der Konzentration bindende Verträge abschließen, die im Sinne und Richtung des Parteivorstandsvorschlages — entsprechend dem Vermittlungsvorschlag der Beschwerdekommission — liegen.
2. Die vom Parteivorstand in Halle erworbenen Grundstücke und Maschinen sind anderweitig in geeigneter Weise zu verwenden.
3. Zur Sicherung der politischen Meinungsfreiheit des „Volksblattes" in Halle und für die Zusammenarbeit der einzelnen Organe (Geschäftsführer, Gesellschafter, Preßkommission) dient die Mustergeschäftsordnung der Konzentration A. G. als Grundlage.

Zum Bericht der Reichstagsfraktion

125. Wiesbaden. Die Reichstagsfraktion wird ersucht, unter allen Umständen und mit allen Mitteln gegen etwa auftauchende Pläne zur Verschlechterung des Reichstagswahlrechts zu kämpfen und für weitere Verbesserungen dieses Grundrechtes der Staatsbürger einzutreten, wobei die Neueinteilung des Reichsgebiets in kleinere Wahlkreise mit im Vordergrund stehen soll.

127. Stuttgart. Der Parteitag spricht sein volles Einverständnis mit der Tätigkeit seiner Vertreter im Reichstag aus und hat das Vertrauen zu ihnen, daß sie auch künftig die politischen, sozialen und kulturellen Interessen des schaffenden Volkes allen Widerständen der reaktionären Regierungskoalition zum Trotz mit aller Entschiedenheit verfechten werden. Die Vertreter der Partei aus dem Lande geloben, die gesamte Parteigenossenschaft zu eifrigster Aufklärungsarbeit aufrufen zu wollen, um die Wähler von der Volksfeindlichkeit der Bürgerblockregierungen zu überzeugen und zum siegverheißenden Kampfe bei den kommenden Wahlen zu führen.

160. München. Bei wichtigen Entscheidungen in den Parlamenten des Reiches, der Länder und der Gemeinden sollen zur Entschuldigung der Nichtanwesenheit unserer Vertreter nur Krankheit oder unaufschiebliche Partei- oder Gewerkschaftsangelegenheiten dienen.

181. Semd. Sämtliche Steuererklärungen sind in den einzelnen Gemeinden acht Tage lang zur Einsicht offen zu legen.

190. Parteivorstand. 1. Die Sozialdemokratie erstrebt die Weltlichkeit des gesamten öffentlichen Schul-, Erziehungs- und Forschungswesens unter unbedingter Aufrechterhaltung der staatlichen Schulhoheit. Die Ausschaltung der trennenden religiös-weltanschaulichen Gegensätze ist eine wesentliche Voraussetzung für die Schaffung leistungsfähiger Schulkörper und für die Erzielung pädagogischer Höchstleistungen. Die Erteilung des Religionsunterrichts und die ihm gleichzusetzende Unterweisung weltanschaulicher Art ist für die Sozialdemokratie grundsätzlich keine öffentliche Angelegenheit. Sie überläßt dies unter Anerkennung des Elternrechts den Erziehungsberechtigten und den von diesen zu bestimmenden Religionsgesellschaften und Weltanschauungsgemeinschaften.

2. Solange die allgemeine Weltlichkeit nicht erreicht ist, sieht die Sozialdemokratie in der weltlichen (bekenntnisfreien) Schule der Reichsverfassung

(Art. 146, Abs. 2 und Art. 149) ein wertvolles Teilziel. Wenn die weltliche Schule auch als besondere Schulart innerhalb des heutigen zersplitterten Schulwesens nicht als Erfüllung der sozialistischen Forderung anzusehen ist und ihre Vorzüge nicht wie bei der Weltlichkeit des gesamten Schulwesens voll zu entwickeln vermag, so bedeutet sie doch vom Standpunkt der werdenden sozialistischen Gesellschaft aus gegenüber allen anderen Schularten einen großen Fortschritt. Sie ist daher von sozialistischen Erziehungsberechtigten durch freiwilligen Zusammenschluß und von den Parteimitgliedern allgemein durch Einwirkung auf behördliche Stellen mit allen Mitteln zu erstreben und zu fördern. Vom Reiche ist die von der Reichsverfassung zugesagte gesetzliche Grundlage für die weltliche Schule zu verlangen, und bis dahin Schutz und Förderung behelfsmäßiger Einrichtungen, von den Ländern die Schaffung der erforderlichen schulorganisatorischen und lehrplanmäßigen Einrichtungen sowie die Heranbildung genügender und geeigneter Lehrkräfte; von den Gemeinden bereitwillige materielle und moralische Hilfe bei der Neueinrichtung und Erhaltung weltlicher Schulen. Eine besondere Schulaufsicht für die weltliche Schule wie für die anderen Schularten lehnt sie indes ab bei gleichzeitiger Forderung einer einheitlichen hauptamtlichen Schulaufsicht durch den Staat.

3. Auf Parteimitglieder, die aus Gewissensgründen sich nicht entschließen können, ihre Kinder in die weltliche Schule zu schicken, darf ein Zwang nicht ausgeübt werden. Es muß aber angestrebt werden, die in solchem Verhalten zum Ausdruck kommenden überlieferten oder künstlich erzeugten Vorurteile gegen die weltliche Schule durch ständige Ausgestaltung und hervorragende Leistungen zu überwinden. Ueber Wesen und Geschichte der Religion in ihren verschiedenen Ausdrucksformen hat auch die weltliche Schule die Kinder zu unterweisen, wobei dem Wunsche der Reichsverfassung entsprechend Bedacht zu nehmen ist, daß die Empfindungen Andersdenkender nicht verletzt werden, denn die Sozialdemokratie sieht, unbeschadet der geschichtlichen und gesellschaftlichen Bedingtheit der Religionen und ihrer Ausdrucksformen, in der Stellung des einzelnen Menschen zur Religion nach wie vor eine innere Angelegenheit des einzelnen.

4. Die Sozialdemokratie erhebt ferner mit der größten Entschiedenheit die Forderung an Reich, Länder und Gemeinden, daß sowohl bei der gegenwärtigen Rechtslage als beim Zustandekommen einer gesetzlichen Neuregelung die anderen Schularten, die schon aus äußerem Zwang von zahlreichen Kindern dissidentischer und sozialistischer Eltern besucht werden müssen, gleichfalls zur gewissenhaften Wahrung der erwähnten verfassungsmäßigen Grundsätze angehalten werden und nicht zu Stätten konfessioneller Engherzigkeit und Unduldsamkeit herabsinken dürfen. Grundsätzlich ist auf möglichst weitgehende Einheitlichkeit des deutschen Schulwesens im Aufbau und im inneren Schulbetriebe Wert zu legen und das bedauerliche Auseinandergehen in religiös-weltanschaulicher Beziehung auf ein Mindestmaß zu beschränken.

5. Soweit weltliche Schulen noch nicht oder nicht zu erreichen sind, sowie in Ländern und Gebieten, in denen die Simultanschule gesetzlich oder durch Ueberlieferung die herrschende Schulform ist, ist die Simultanschule im Sinne der Reichsverfassung zu unterstützen und vor der Konfessionalisierung zu schützen. Das kann auch dort geschehen, wo die Simultanschule bis auf weiteres die größere Aussicht hat, den leistungsfähigeren Schulkörper zu bilden.

192. Rottluff (Bez. Chemnitz). Der Reichsparteitag heißt die Haltung der Reichstagsfraktion in der Frage des Finanzausgleichs gut und erwartet von ihr, daß sie für eine grundlegende Steuerreform mit aller Entschiedenheit eintritt. Die Interessen der Gemeinden müssen bei jeglicher Finanz- und Steuerpolitik gebührend berücksichtigt werden.

193. Rosenfeld, Eckstein. Seit Jahrzehnten fordert die Sozialdemokratische Partei eine grundlegende Umgestaltung des gesamten Strafrechts. Sie begrüßt daher, daß die vorbereitenden Arbeiten zur Schaffung eines neuen Strafgesetzbuches endlich zum Abschluß gelangt sind, daß der Entwurf für ein Allgemeines deutsches Strafgesetzbuch jetzt an den Reichstag gelangt ist und dadurch ein Schritt zur Angleichung des in Deutschland und Oesterreich geltenden Strafrechts und so zur politischen Annäherung beider Staaten unternommen wird. Die Sozialdemokratische Partei wird aber gemeinsam mit der österreichischen Sozialdemokratie dafür sorgen müssen, daß der Anschlußgedanke nicht zur Förderung arbeiterfeindlicher Bestrebungen im Strafrecht und zur Vereitelung der Forderungen der Arbeiterklasse an die Strafrechtsreform mißbraucht wird.

Die Sozialdemokratische Partei erkennt an, daß der Strafgesetzentwurf den das geltende Strafrecht beherrschenden Strafzweck der Vergeltung hinter den Strafzweck der Besserung und Erziehung zurücktreten läßt, und daß der Entwurf trotz der durch die Reichstagsbeschlüsse vorgenommenen Verschlechterungen vom rein juristischen Standpunkt aus gegenüber dem jetzigen Strafgesetz erhebliche Fortschritte bringt.

Die Sozialdemokratische Partei muß aber feststellen, daß im Klassenstaat Wesen und Inhalt der Strafrechtsnormen durch die Interessen der wirtschaftlich und politisch herrschenden Klasse entscheidend bestimmt wird, und daß daher der Strafgesetzentwurf diejenigen Rechtsgüter, welche die Existenz und Entwicklungsgrundlage des Proletariats bilden — Freiheit, Arbeitskraft und Gesundheit — nicht hinreichend schützt. Die Ursachen des Verbrechertums sind im wesentlichen in den sozialen Verhältnissen begründet. Deshalb ist die wirksamste Bekämpfung der Verbrechen eine vorbeugende Sozialpolitik, ein der Besserung und Stärkung der Arbeitsfähigkeit dienender Strafvollzug, eine ausgebildete soziale Gerichtshilfe und ein Strafgesetz, das der Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse, aus denen die Tat erwachsen ist, und der Persönlichkeit des Täters Raum läßt.

Die Sozialdemokratie begrüßt daher an sich ein Strafgesetz, welches die Berücksichtigung der die Straftat verursachenden Umstände zuläßt. Angesichts der in Deutschland zutage tretenden zahlreichen Erscheinungen von Klassen- und Parteijustiz besteht aber die Gefahr, daß das freie richterliche Ermessen zur richterlichen Willkür wird, und daß besonders mangels ausreichender Rechtsgarantien in Gerichtsverfassung und Strafverfahren die Justiz noch mehr als bisher zum Kampfmittel der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse wird. Das Vertrauen der deutschen Arbeiterschaft zur Rechtsprechung ist zu sehr erschüttert, als daß die Sozialdemokratische Partei der vom Gesetzentwurf vorgeschlagenen Erweiterung des richterlichen Ermessens zustimmen könnte.

Im einzelnen fordert die Sozialdemokratische Partei zum Strafgesetzentwurf vor allem:

1. Abschaffung der Todesstrafe.
2. Scharfe Präzisierung aller Strafbestimmungen. Garantie gegen den Mißbrauch der Hochverrats- und Landesverratsbestimmungen.
3. Rechtsgarantien gegen die willkürliche Anordnung der Sicherheitsverwahrung. Zeitliche Begrenzung der Sicherheitsverwahrung.
4. Abschaffung aller Ehrenstrafen.
5. Fortfall der Ersatzfreiheitsstrafe bei unverschuldetem Unvermögen zur Zahlung der Geldstrafe.
6. Schutz der Arbeiterbewegung vor Strafbestimmungen, die den Klassenkampf des Proletariats hindern können.
7. Verstärkter Schutz der Arbeitskraft gegen Ausbeutung.

8. Abschaffung der Bestrafung wegen Ehebruchs und widernatürlichen Verkehrs.

Von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird erwartet, daß sie die Forderungen der Sozialdemokratischen Partei bei der Beratung des Strafgesetzentwurfs zur Geltung bringt und ihre Zustimmung zum Gesetzentwurf davon abhängig macht, daß es gelingt, eine gründliche Umgestaltung im Sinne der sozialdemokratischen Forderungen durchzusetzen und gleichzeitig Schwurgerichte wiederherzustellen, ihre Zuständigkeit auf alle politischen Verbrechen auszudehnen, Berufung gegen alle Urteile einzuführen, das Wiederaufnahmeverfahren zu erleichtern und die Rechte des Angeklagten und des Verteidigers wesentlich zu erweitern.

198. Heinrich Schulz, Hermann Müller und Genossen. Die Sozialdemokratie hält die reichsgesetzliche Regelung des deutschen Schulwesens als Erfüllung der in Art. 146 Abs. 2 der Reichsverfassung ausgesprochenen Verpflichtung für eine unbedingte und dringende Notwendigkeit.

Diese Regelung ist ohne Schädigung der pädagogischen Leistungsfähigkeit der Schule gewissenhaft im Sinne der Weimarer Schulvereinbarung und der entsprechenden Verfassungsbestimmungen durchzuführen, da die bisherigen gesetzgeberischen Versuche gerade daran gescheitert sind, daß entweder von Reichstagsmehrheiten oder von den jeweiligen Reichsregierungen die Weimarer Grundlage verlassen wurde.

Vor allen Dingen verlangt die Sozialdemokratie mit der größten Entschiedenheit, daß die weltliche Schule endlich die ihr bis zur Stunde vorenthaltene gesetzliche Grundlage sowie die selbstverständliche Förderung durch die Schulverwaltungen erfährt. Mit der gleichen Entschiedenheit lehnt sie alle Versuche ab, über die Verfassungsbestimmungen hinaus die Bekenntnisschule unmittelbar oder mittelbar zu bevorzugen, sei es durch Beeinträchtigung der staatlichen Schulhoheit in bezug auf den Religionsunterricht, sei es durch Gefährdung der staatsbürgerlichen Rechte der Lehrer, sei es durch bevorzugte Anerkennung von Bekenntnisschulen, ohne Befragung der Erziehungsberechtigten, sei es insbesondere durch Einbeziehung von Schulangelegenheiten in etwaige Vereinbarungen von Religionsgesellschaften mit dem Reich oder den Ländern (Konkordate). Das Schul- und Erziehungswesen kann weder im ganzen noch im einzelnen seiner Teile durch solche Vereinbarungen geregelt werden, zumal sie überhaupt überflüssig sind, weil sie sich selbstverständlich im Rahmen der Reichsverfassung zu halten haben und verfassungsmäßige Rechte und Freiheiten des Staatsbürgers in keiner Weise beschränken dürfen.

199. E. Sachse, Löwenstein und Genossen. Die in den letzten Jahren außerordentlich gesteigerten Leistungen von Reich, Ländern und Gemeinden an die Religionsgesellschaften stehen im Widerspruch zu der programmatischen Forderung der Trennung von Staat und Kirche und der Bestimmung des Artikels 137 der Reichsverfassung.

Auf Grund des Artikels 138 der Reichsverfassung verlangt der Parteitag die Ablösung der auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften.

Der Parteitag fordert die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auf, dahin zu wirken, daß die Grundsätze für die Ablösung der Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften reichsgesetzlich festgelegt werden. Er fordert von den sozialdemokratischen Landtagsfraktionen, sich für die erforderlichen landesgesetzlichen Regelungen einzusetzen.

Zum Referat:
Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik

197. Hilferding. I. Nachdem die Versuche, die demokratische Republik gewaltsam zu beseitigen, an dem wachsenden Widerstand der arbeitenden Massen gescheitert sind, versucht die politische und soziale Reaktion unter Führung der Deutschnationalen Partei, die alte Herrschaft von Großgrundbesitz und Großkapital durch Ausnützung der Regierungsmacht wieder herzustellen. Die Deutschnationalen verbergen vorübergehend ihre monarchistischen, republik- und demokratiefeindlichen Bestrebungen, um sich die Hilfe anderer bürgerlicher Parteien zur Durchführung der materiellen, sozialreaktionären Ziele des Großbesitzes zu sichern.

Zugleich wächst mit der fortschreitenden Konzentration des Kapitals die Organisierung der Wirtschaft unter der Leitung und zum Nutzen der Kapitalistenklasse. Der Kampf um die Beseitigung des Besitzprivilegs, um die wachsende Anteilnahme der Arbeiter und Angestellten an der Leitung und den Ergebnissen der Wirtschaft, um die fortschreitende Umwandlung der kapitalistisch-oligarchischen in die sozialistisch-demokratische Wirtschaftsorganisation wird damit zur unmittelbaren Aufgabe der Arbeiterbewegung.

Der Kampf um die Behauptung der Republik und die Ausgestaltung der Demokratie, die Abwehr der sozialen Reaktion und die Erringung der Wirtschaftsdemokratie erfordert die Vereinigung aller Arbeitenden in einer politischen Partei, in der Sozialdemokratie.

Als politische Partei lehnt die Sozialdemokratie jede Spaltung der Arbeiterbewegung aus konfessionellen Gründen ab. Die politischen und sozialen Ziele der Arbeiterbewegung sind völlig unabhängig von der religiösen Ueberzeugung und den weltanschaulichen Meinungen ihrer einzelnen Glieder. Der Parteitag erhebt deshalb Protest gegen die Entfesselung eines sogenannten Kulturkampfes. Er erblickt darin nur den Versuch sozialreaktionärer Kreise, die Trennung zwischen den Arbeitern aufrechtzuerhalten und zu erweitern, um über die Getrennten die politische und soziale Herrschaft leichter ausüben zu können; eine Ablenkung der Arbeiterbewegung von ihren wirklichen Aufgaben. Der Kampf um die Schule ist für die Sozialdemokratie ein Teil des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse. Sein Ziel ist die Beseitigung des Bildungsprivilegs, die Aufstiegsmöglichkeit für alle Befähigten ohne Unterschied des Besitzes, die Hebung des Bildungsniveaus und des Kulturgrades der Massen. Die Ueberwindung des Bildungsprivilegs ist aber eine gemeinsame Angelegenheit aller arbeitenden Schichten. Nicht Trennung durch die Religion, sondern gemeinsamer Kampf um Teilnahme an allen Errungenschaften der Kultur ist der wahre Kulturkampf.

II. Der Kampf um die Eroberung der Staatsmacht macht die Erringung und Behauptung möglichst zahlreicher Machtpositionen in Gemeinde, Staat und Reich notwendig. Allein durch die aktive Betätigung in der Verwaltung kann die notwendige Republikanisierung und Demokratisierung der Verwaltung erreicht werden. Schon daraus ergibt sich die hohe Bedeutung der Teilnahme der Sozialdemokratie an der Verwaltung der Gemeinden und Länder. Die Beteiligung der Sozialdemokratie an der Reichsregierung hängt allein von der Prüfung der Frage ab, ob die Stärke der Sozialdemokratie im Volke und im Reichstag die Gewähr gibt, durch Teilnahme an der Regierung in einer gegebenen Situation bestimmte, im Interesse der Arbeiterbewegung gelegene Ziele zu erreichen oder reaktionäre Gefahren abzuwehren. Die Entscheidung über die Teilnahme an der Regierung ist eine taktische Frage,

deren Beantwortung nicht durch bestimmte Formeln ein für allemal festgelegt werden kann.

III. Die Losreißung der ihnen noch verbliebenen Arbeiterschichten aus der Gefolgschaft der bürgerlichen Parteien, die Sprengung der reaktionären Gefolgschaft der bürgerlichen Parteien, die Sprengung der reaktionären Koalition und der Sturz der Rechtsregierung steht bei den kommenden Reichstagswahlen zur Entscheidung. Der Zerfall der Kommunistischen Partei, die Selbstentlarvung der bürgerlichen Reaktion machen den Sieg möglich. Der Parteitag ruft alle Vertrauensmänner der Partei auf, in stärkster Geschlossenheit die Vorbereitung für den Wahlkampf zu betreiben. Es geht um die Stärkung der politischen und sozialen Machtstellung der Arbeiterklasse, um das Ziel, in der demokratischen Republik die sozialistische Arbeiterbewegung zur ausschlaggebenden politischen Macht zu erheben.

Zum Bericht über die sozialistische Arbeiter-Internationale

203. Breitscheid, Crispien, Hermann Müller. Die auswärtige Politik der deutschen Sozialdemokratie strebt wie die aller sozialistischen Parteien der Welt die Aufrechterhaltung des Friedens unter den Nationen und die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit der Völker an.

Nach dem Weltkrieg eine sozialistische Friedenspolitik durchzusetzen, lag nicht in der Macht der sozialistischen Parteien. Sie waren jedoch stark genug, um auf die Politik der bürgerlichen Parteien und Regierungen erfolgreich einzuwirken und sie auf den Weg der Verhandlungen nach dem Grundsatz der Gleichberechtigung und der Verständigung auf wirtschaftlicher Grundlage zu zwingen. Durch provisorische und Teillösungen konnten in den Fragen der Reparationspolitik ständig Verbesserungen erreicht und Deutschland von Versailles über Locarno nach Genf in den Völkerbund geführt werden. In diesem Sinne muß weitergearbeitet werden.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hält mit der Sozialistischen Arbeiter-Internationale an der Ueberzeugung fest, daß die letzte und sicherste Garantie für die Erreichung dieses Zieles die Ueberwindung der schwere Kriegsgefahren in sich bergenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung durch den Sozialismus ist, aber sie setzt — wiederum im Einklang mit den Beschlüssen der Internationale — alle ihre Kraft daran, die Keime friedlicher Verständigung, die auch unter der Herrschaft des Kapitalismus vorhanden sind, zu pflegen und zu fördern, und jene Einrichtungen, die die bürgerlichen Regierungen zur Vermeidung bewaffneter Zusammenstöße getroffen haben, fortzuentwickeln und so viel wie möglich mit ihrem Geist zu erfüllen.

In dem Kampf um den dauernden Frieden ist auch die geistige Bewegung, die Schulung und Erziehung der Jugend im Sinne der sozialistischen Ideale, von größter Bedeutung. Die Jugend wie die gesamte Arbeiterklasse müssen von dem Willen beseelt werden, alles daranzusetzen, um in vollem Bewußtsein der engen Zusammengehörigkeit des Proletariats aller Länder die Keime des Krieges zu vernichten und Aktionen der Diplomatie zu verhindern, die die Völker in ein neues Blutbad hineintreiben könnten.

Die Sozialdemokratie unterstützt daher die Idee der Schiedsgerichtsbarkeit und der Rüstungsbeschränkung, und sie erblickt in dem Völkerbund ein unter den gegebenen Verhältnissen brauchbares Mittel zu einem friedlichen Ausgleich der Streitigkeiten zwischen den Staaten.

Dabei gibt sie in keiner Weise ihre Selbständigkeit auf, und sie behält sich insbesondere das Recht vor, immer wieder die Halbheiten und Unvollkommenheiten der bürgerlich-kapitalistischen Friedensbemühungen aufzuzeigen.

Sie fordert die Ausdehnung der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit auf alle internationalen Konflikte, sie verlangt eine wirklich ernst zu nehmende Einschränkung der Rüstungen, sie will, daß der Völkerbund, der alle Nationen umfassen soll, jedem seiner Mitglieder die volle Gleichberechtigung gewährt, und tatsächlich die Möglichkeit der Kriege ausschaltet.

Die Sozialdemokratie bekämpft, von diesen Grundsätzen ausgehend, die imperialistischen Methoden der Eroberung und Unterdrückung der um ihre Freiheit und Selbständigkeit kämpfenden Völker.

Die Sozialdemokratie sieht in den allenthalben auftretenden faschistischen Tendenzen nicht nur eine nationale, sondern auch eine internationale Gefahr. Ihnen entgegenzutreten und die Demokratie zu verteidigen, betrachtet sie auch um die Erhaltung des Friedenswillens als eine ihrer wesentlichsten Aufgaben.

Dem Parteivorstand überwiesen

7. Stade. In jedem Jahre, möglichst mit dem Reichsparteitag zusammenfallend, findet ein Preußentag der SPD. statt, an dem außer den Delegierten der Bezirksverbände eine Abordnung der preußischen Landtagsfraktion teilzunehmen hat. Auf diesem Preußentage hat die sozialdemokratische Landtagsfraktion einen Bericht über ihre Tätigkeit zu erstatten.

8. Königsberg i. Pr. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, auf Grund des § 4 des Organisationsstatuts einen Preußischen Landesparteitag zur Erledigung landespolitischer Fragen und zur Schaffung einer Landesorganisation, nach Art der früher erfolgreich tätig gewesenen, einzuberufen.

9. Unterbezirk Achim-Verden-Rotenburg-Zeven. Nach jedem Parteitag ist wie in der Vorkriegszeit ein Preußentag abzuhalten.

10. Weißstein in Schlesien. Um zur Arbeit der Landesparlamente und der Landtagsfraktionen Stellung zu nehmen, sollen in allen Freistaaten mindestens alle zwei Jahre Landesparteitage einberufen werden.

22. Chemnitz. Der Parteivorstand wird beauftragt, regelmäßig besonderes Werbe- und Schulungsmaterial für die Frauen herauszugeben oder den Bezirken durch finanzielle Unterstützung eine solche Herausgabe zu ermöglichen.

27. Augsburg. Der Parteivorstand wird beauftragt, bei kommenden Wahlen Wahlplakate herauszugeben, die von den breiten Massen in Stadt und Land auch verstanden werden und deren Schrift leicht leserlich ist.

29. Hamburg. Der Parteitag in Kiel beauftragt den Parteivorstand mit der baldigen Einrichtung einer Reichsparteischule in der Form eines Internats.

30. Hamburg. Der Parteivorstand möge monatliche Uebersichten über die wichtigsten politischen Ereignisse herausgeben.

31. Altenburg (S.-A.) Um die innige Verbindung der Parteimitgliedschaft mit den Parteivertretern in den gesetzgebenden und Parteikörperschaften immer verständlich und laufend zu erhalten, ist vom Parteivorstand über die Bezirksvorstände an die Gesamtmitgliedschaft mindestens vierteljährlich eine aufklärende Schrift ohne Bezahlung zu verteilen. Diese Schriften müssen zusammenfassend wichtige Fragen leicht verständlich behandeln, so daß sie auch an Nichtmitglieder weitergegeben werden können.

32. Berlin. Der Parteivorstand wird beauftragt, regelmäßig mindestens vierteljährlich einmal kleine gemeinverständlich abgefaßte Broschüren für die Agitation herauszugeben. Jede zweite Broschüre soll der Frauenagitation besonders gewidmet sein.

37. Hohen-Neuendorf. Der Parteivorstand wird ersucht, das einschlägige Material über die Justizschande von einem parteigenössischen Fachmann sammeln zu lassen und in Buchform herauszugeben, um es den breiten Massen des Volkes zugänglich zu machen und es den Parlamenten zu unterbreiten.

75. Leipzig. Die Bildbeilage „Volk und Zeit" ist zu einer illustrierten Zeitung umzugestalten, die in Text und Bildern der sozialen Lage sowie dem Denken und Fühlen der Arbeiterschaft mehr Rechnung trägt.

Der Reichstagsfraktion überwiesen

117. Aachen. Die Reichstagsfraktion möge unter den heutigen Verhältnissen den Reichswehretat ablehnen.

118. Ortsvereine der Elbgemeinden. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, den Reichswehretat abzulehnen, bis die Reichswehr von Grund auf republikanisiert und ihre dauernde parlamentarische Kontrolle gesichert ist.

119. Freital i. Sa. Die Reichstagsfraktion hat Mittel für Reichswehr, Reichsmarine und Rüstungszwecke abzulehnen, solange Reichswehr und Marine keine zuverlässigen Instrumente für die demokratische Republik und republikanische Verfassung sind.

120. München. Von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und von der Partei wird erwartet, daß sie den Kampf gegen das ständige Anwachsen des Reichswehretats, das ebenso geeignet ist, neues Mißtrauen zu erwecken, wie die Mittel für kulturelle und soziale Zwecke zu beschränken, mit aller Kraft fortsetzen.

122. Hamburg. Der Parteitag fordert, daß die Reichstagsfraktion alles unternimmt, um den 11. August, den Verfassungstag, zum Nationalfeiertag zu machen.

123. Semd. Der 1. Mai, der 11. August und der 9. November müssen immer wieder als gesetzliche Feiertage gefordert werden.

124. Petershagen. Der Reform eines Reichstagswahlgesetzes ist zuzustimmen. Ihr Ziel soll sein: a) die Einrichtung kleiner Wahlkreise, die es ermöglichen, Abgeordnete und Parteimitglieder in dauernden Kontakt zu bringen und der undemokratischen Art der Kandidatenaufstellung ein Ende zu machen (Einmannwahlkreise); b) die Splitterparteien zu beseitigen.

126. Hamburg. Die Verhandlungen des Reichstages über den Finanzausgleich haben gezeigt, daß der Besitzbürgerblock und die bürgerliche Mehrheit des Reichstages bereit sind, die partikularistischen Strömungen der Länder auf Kosten der Reichsgewalt und Reichseinheit zu stärken.

Der Parteitag ersucht daher die Reichstagsfraktion, alles zu tun, um zu verhindern, daß eine weitere Schwächung der Reichsgewalt durch Aenderung der Steuergesetze, der Verteilungsschlüssel oder Annahme beziehungsweise Aenderung anderer Gesetze geschieht. Der Parteitag verpflichtet die Reichstagsfraktion, den Kampf in der Innenpolitik so zu führen, daß die Reichsgewalt in wachsendem Maße gestärkt wird.

139. Hamburg. Der Parteitag ersucht die Fraktionen des Reichstages, der Länder und Gemeinden, dem Wohnungsbau höchste Aufmerksamkeit zu widmen.

Die ungeheure Wohnungsnot mit ihren unabsehbaren Schäden für Volksgesundheit, Moral und Heimkultur führt zu immer stärkeren sozialen Lasten, die durch den Bau gesunder Wohnungen vermieden werden können.

Die Aufstellung eines wirklich ausreichenden Bauprogramms unter Finanzierung durch die gesamte Hauszinssteuer wird gefordert.

Ferner muß für bessere Ausgestaltung aller Wohnungen, auch der Klein- und Kleinstwohnungen, durch moderne technische und hygienische Einrichtungen gesorgt werden im Interesse der Volksgesundheit und zur Entlastung der Frau des Volkes.

140. Hamburg. Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion, mit allen Mitteln dahin zu streben, daß der Arbeiter-Samariterbund bei der Zuwendung von Reichsmitteln dem Roten Kreuz gleichgestellt wird.

141. München. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die gesetzliche Aenderung der Reichsversicherungsordnung hinsichtlich der Invalidenversicherung dahingehend anzustreben, daß 1. die bisherige Altersgrenze zum Bezug der Altersrente von 65 Jahren auf 60 Jahre herabgesetzt wird; 2. daß die gegenwärtige Altersrente auf das Doppelte erhöht wird.

142. Frankenstein i. Schl. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, im Reichstage den Antrag zu stellen: Sämtliche Länderregierungen sowie die dazugehörigen Landtage sind aufzulösen, damit den Erwerbslosen, Sozialrentnern und den Kriegsopfern eine höhere Unterstützung bzw. Rente gegeben werden kann.

143. Lübeck. Der Parteivorstand wird ersucht, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die Altersgrenze bei der Invaliden- und Angestelltenversicherung von 65 Jahren auf 60 Jahre herabgesetzt wird.

144. Freital i. Sa. Parteivorstand und Reichstagsfraktion haben unverzüglich alle Maßnahmen zu ergreifen, um eine einheitliche Arbeiterversicherungsgesetzgebung herbeizuführen, bei der die Altersgrenze auf 60 Jahre und die Leistungen auf 75 Proz. des Arbeitsverdienstes festgesetzt werden.

145. Harburg. Der Parteitag möge beschließen, auf die Reichstagsfraktion einzuwirken, daß ein Gesetz zur Behebung der Arbeitslosigkeit geschaffen wird. Durch das Gesetz sollen die jüngeren Arbeiter von 18 Jahren an in den produktiven Arbeitsprozeß eingereiht werden, der Abbau der Altersklassen von 65 auf 60 Jahre erfolgen und der Ausbau der Altersversicherung durchgeführt werden.

148. Semd. Bei Beratung der Reichsversicherungsordnung ist von unserer Fraktion zu fordern: Aufheben aller Ersatz- und Sonderkassen, damit die Ortskrankenkassen leistungsfähiger werden. Für die Wochenhilfe muß der Staat mehr beisteuern. Die Altersrente ist zu gewähren vom 60. Lebensjahre ab und muß mindestens 70 Mark pro Monat betragen. Die Unfall- und Kriegs- sowie Invalidenrenten sind zu erhöhen.

149. Pegnitz. Ohne die berechtigten Ansprüche der Beamtenschaft zu verkennen, sollte doch bei Abwägung der wirtschaftlichen Lage der einzelnen Volksschichten der Grundsatz gelten, dem Bedürftigsten die Hilfe zuerst. Nach diesem Gesichtspunkt wären in den Volksvertretungen und in der Presse die Interessen der gesamten Arbeiterschaft, sowie der Arbeits-, Kriegs- und Kleinrentenbezieher mehr als bisher in den Vordergrund zu stellen.

150. München. Bei Aktionen, die von weittragender Bedeutung sind, wie das bei der 20prozentigen Mietsteigerung der Fall war, müssen zu ihrer Durchführung einheitliche Beschlüsse für das ganze Reich gefaßt werden.

151. Berlin. Die geplanten Mietsteigerungen, die Lockerung der Zwangswirtschaft und des Mieterschutzes bedeuten für die erwerbstätige Bevölkerung

eine weitere Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage. Die Reichs- und Landtagsfraktion werden gebeten, dieser Frage ihr ganz besonderes Augenmerk zu schenken, insonderheit aber wird der Parteivorstand ersucht, durch Aufrüttelung der Massen und Entfaltung schärfster Agitation der Mieterschutzgesetzgebung alle Kräfte einzusetzen.

152. **Wiesbaden.** Der Parteitag protestiert gegen die von Reichsregierung und Reichsrat beschlossene Erhöhung der Mieten. Der Parteitag erwartet von der Fraktion, daß sie mit allen parlamentarischen Mitteln zu verhindern sucht, daß die weitere Erhöhung der Mieten am 1. Oktober dem Hausbesitz zufließt, sondern sich dafür einsetzt, daß die weitere Erhöhung dem Wohnungsbau zugeführt wird.

154. **Bremen.** Der Beschluß des Heidelberger Parteitages 1925, daß der Alkoholismus nicht nur indirekt, durch Hebung der sozialen Lage der Arbeiterschaft, zu bekämpfen ist, sondern auch direkt durch eine großzügige Aufklärung und entsprechende Gesetze, wird erneuert.

Die Reichstagsfraktion soll den vorliegenden Gesetzentwurf zu einem Schankstättengesetz derart verbessern, daß durch das neue Gesetz eine wirksame Eindämmung des Alkoholismus möglich ist.

155. **Breslau.** Der Beschluß des Berliner Parteitages von 1924, „. . . die Partei muß daher eine großzügige wissenschaftliche Aufklärungsarbeit durch Wort und Bild über die Alkoholfrage im Rahmen der allgemeinen Bildungsarbeit durchführen. Sie muß gesetzliche Maßnahmen anstreben zur Verminderung der Alkoholproduktion, ferner das Gemeindebestimmungsrecht" wird hiermit erneuert und den Organen der Partei sowie der Presse zur genauen Beachtung empfohlen.

Die Reichstagsfraktion wolle darauf achten, daß das zur Beratung kommende Schankstättengesetz eine wirksame Eindämmung des Alkoholismus möglich macht.

156. **Rüstringen.** Der Beschluß des Berliner Parteitages 1924, daß eine großzügige wissenschaftliche Aufklärungsarbeit durch Wort und Bild über die Alkoholfrage durchgeführt werden soll, wird erneuert und zur genauen Beachtung empfohlen. Der Reichstagsfraktion wird anheimgegeben, den vorliegenden Entwurf zu einem Schankstättengesetz derart zu verbessern, daß eine wirksame Bekämpfung des Alkoholismus ermöglicht wird.

158. **Aachen.** Die Reichstagsfraktion möge im Reichstag einen Antrag dahin stellen, die öffentlichen Sitzungen des Reichstags dem deutschen Rundfunk anzuschließen.

167. **Leipzig.** Angesichts der dauernden großen Arbeitslosigkeit in Deutschland und des hohen technischen Standes, der für die Industrie heute möglich ist, hält der Kieler Parteitag der SPD. den Achtstundentag für eine Mindestforderung, die bereits in vielen Fällen hinter den tatsächlichen wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten der Gegenwart zurückbleibt, so daß sich die Propaganda für den sechsstündigen Arbeitstag durchaus rechtfertigt. Da sich ferner zeigt, daß die Reallöhne hinter der durch die Rationalisierung hervorgerufenen ständigen Steigerung der Arbeitsleistung immer weiter zurückbleiben, die Kaufkraft der breiten Massen der Arbeiterschaft aber unter allen Umständen gehoben werden muß, beschließt der Parteitag, den gewerkschaftlichen Kampf um die Steigerung der Reallöhne mit allen politischen Mitteln zu unterstützen.

168. **Semd.** Die Gesetze zum Schutz der Republik sind zu verschärfen und müssen mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln unterstützt werden.

169. **München.** Der Parteivorstand wird beauftragt, mit dem Bundesvorstand des ADGB. in eine Erwägung darüber einzutreten, ob nicht wegen Rationalisierung der Wirtschaft und der fortgeschrittenen Technik eine Herabsetzung der Arbeitszeit mit dem Ziele der Vierzigstundenwoche zu fordern ist.

172. **Hamburg.** Der Parteitag hält die rasche und verfassungsmäßige Herstellung der deutschen Einheitsrepublik, unter Beseitigung der Landesgrenzen, Landesregierungen und Landesparlamente, für die wichtigste innerdeutsche Aufgabe.

Die notwendige Gliederung des Reiches in Provinzen, deren zweckmäßigste Abgrenzung nach wirtschaftlichen, kulturellen und bevölkerungspolitischen Grundsätzen geschehen müßte, kann erst nach Herstellung des Einheitsstaates und Aufhebung der gegenwärtigen Grenz- und Verfassungsbehinderungen durchgeführt werden.

Der Parteitag beschließt darum die Einsetzung einer Kommission, die für die notwendige Erörterung dieser wichtigen Frage schnellstens grundlegende Richtlinien aufzustellen hat.

173. **Frankfurt a. M.** Die Reichstagsfraktion wird ersucht, darauf hinzuwirken, daß in sinngemäßer Auslegung bzw. Ergänzung des Artikels 18 der Reichsverfassung die Verwaltung einzelner Länder unmittelbar vom Reich übernommen werden kann, um so die Entwicklung Deutschlands zum Einheitsstaat zu fördern.

174. **Meiningen.** Der Reichsparteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, dem Reichstag ein Gesetz vorzulegen, wonach ein lebensunfähiger Bundesstaat gezwungen werden kann, sich einem größeren Bundesstaat anzuschließen.

175. **Ockershausen.** Um die inneren zerrissenen Verhältnisse des Reiches einer Gesundung entgegenzuführen, wird das Reich in 17 Regierungsbezirke eingeteilt. Die Partei soll Orientierungskarten als Propagandamittel gegen die Kleinstaaterei und den Partikularismus herausgeben, als Beweismittel, in welcher Form das umständliche, teure Verwaltungssystem in Deutschland zugunsten des Volkes verbessert werden kann.

176. **Fechenheim.** Die Schaffung des deutschen Einheitsstaates ist die einzige Möglichkeit zur Besserung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage des deutschen Volkes. Die Schaffung des deutschen Einheitsstaates ist deshalb mit allen Mitteln (ev. Volksentscheid) herbeizuführen.

(Die Anträge Nr. 172—176 sind einer einzusetzenden Kommission zu überweisen.)

Sonstige Anträge

170. **Ruppin.** Die Auflösung der Gutsbezirke ist eine zwingende Notwendigkeit. Der Parteitag möge die in Frage kommenden Instanzen — Landtag und Landesregierung —erneut bewegen, durch Gesetz die Auflösung der Gutsbezirke zu veranlassen.

(Der Preußischen Landtagsfraktion überwiesen.)

179. **Breslau.** Auf die Tagesordnung des nächsten Internationalen Kongresses ist das Problem der Kriegsverhinderung zu setzen.

(Der Internationale überwiesen.)

Von den **abgelehnten Anträgen** wird nur der nachstehende aufgeführt, da über ihn Abstimmung durch Stimmenauszählung erfolgte:

202. **Aufhäuser, Tony Sender und Genossen.** Die Bildung der Bürgerblockregierung im Reiche offenbart die Verschärfung der Klassengegensätze in der Deutschen Republik. Die bisherigen Versuche, im Reiche durch Koalitionen mit bürgerlichen Parteien die Interessen der Arbeiterklasse in der Republik zu vertreten, haben zu keinem Erfolge geführt.

Die Aufgabe der Sozialdemokratie in der deutschen Republik ist die Vertretung der proletarischen Klasseninteressen gegenüber der Klassenherrschaft des Kapitalismus, der Kampf für soziale Forderungen und für den Sozialismus. Gegenüber dieser Aufgabe tritt der Kampf für die Erhaltung der Republik, mit der sich die Bourgeoisie abgefunden hat, an Bedeutung zurück.

Die Kampffront in der deutschen Republik bildet sich nicht mehr unter der Parole: hie republikanisch — hie monarchistisch, sondern hie sozialistisch — hie kapitalistisch.

Angesichts dieser Konstellation muß die Taktik der Sozialdemokratie sein: Opposition statt Koalition.

Der Parteitag beschließt, diese Opposition ohne Rücksicht auf bürgerliche Parteien im Geiste des proletarischen Klassenkampfes mit allen geeigneten parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln zu führen.

(Mit 255 gegen 83 Stimmen abgelehnt.)

Agrarprogramm

Die Steigerung des Ertrages der menschlichen Arbeit durch stets gesteigerte Anwendung von Wissenschaft und Technik ist das gemeinsame Interesse des arbeitenden Volkes in Stadt und Land. In der Industrie hat der Kapitalismus durch die Vergesellschaftung des Arbeitsprozesses im Großbetrieb und die Ausschaltung rückständiger Betriebsformen ein ständiges und rasches Wachstum der Produktionskräfte bewirkt. Auch in der Landwirtschaft hat der Kapitalismus die ländlichen Verhältnisse von Grund aus revolutioniert. Er hat die Bindungen und Fesseln des Feudalismus größtenteils beseitigt. Er hat den alten Zusammenhang zwischen gewerblicher und landwirtschaftlicher Arbeit zerrissen und die ländlichen Betriebe in den Marktzusammenhang verflochten. Durch die Erschließung des Bodenreichtums in den entferntesten überseeischen Gebieten und durch die Entwicklung wachsender Märkte für die Produktion der intensiven Landwirtschaft in den europäischen Industriestaaten hat die landwirtschaftliche Veredelungsproduktion eine wachsende Bedeutung gewonnen. Das Handels- und Bankkapital haben einen großen Teil des landwirtschaftlichen Ertrages an sich gerissen. Technik und Wissenschaft haben Jahrhunderte alte Betriebsweisen der Landwirtschaft umgewälzt.

Aber der Kapitalismus läßt anders wie in der Industrie die Eigentumsverhältnisse und Unternehmungsgrößen in der Landwirtschaft bestehen. Die natürliche Begrenzung des fruchtbaren Bodens und die Unmöglichkeit, die landwirtschaftliche Erzeugung auf gegebener Fläche unbegrenzt zu steigern, erklärt es, daß in der Landwirtschaft im Gegensatz zur Industrie auch rückständige Betriebe neben vorgeschrittenen erhalten bleiben können. In viel geringerem Maße als in den industriellen Betrieben erzwingen die kapitalistischen Marktgesetze den technischen und organisatorischen Fortschritt der landwirtschaftlichen Produktion. So muß an Stelle der Marktregelung die bewußte Einwirkung der Gesellschaft und ihrer Organe auf die Steigerung und Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion treten.

I. Bodenreform

Die Gewalt des Eroberers und die politische Macht der Herrenklasse haben die Grundeigentumsverhältnisse gestaltet. Namentlich im Osten und Norden Deutschlands haben die Grundherren unter Führung ihrer Herrscherhäuser sich durch Raub am Bauernland für die Aufhebung der Hörigkeit schadlos gehalten. Während in den Gegenden überwiegend bäuerlichen Besitzes die bäuerlichen Produzenten an Bodenmangel leiden und Parzellenbetriebe nicht bis zur Größe einer ausreichenden Ackernahrung ausgestaltet werden können, läßt der Latifundien- und Großgrundbesitz andere Teile Deutschlands entvölkert. Sein Monopol sperrt den ländlichen Produzenten, den Bauernsöhnen und Landarbeitern den freien Zutritt zum Grund und Boden.

Aus Gründen der Produktions- wie der Bevölkerungspolitik fordert deshalb die Sozialdemokratie eine grundlegende Aenderung der Grundeigentumsverhältnisse, eine planmäßige Bodenreform. Diese muß die heute bestehenden Abhängigkeitsverhältnisse von Grund auf beseitigen, die sich auf dem Lande durch die jahrhundertelang andauernde Unterwerfung der Landbevölkerung unter das Joch des Großgrundeigentums entwickelt haben. Wir fordern daher die Beseitigung des auf Raub und Rechtsbruch zurückgehenden Herreneigentums, das weite und fruchtbare Strecken des deutschen Bodens mit Beschlag belegt hat. Wir verlangen eine Boden- und Wirtschaftspolitik, die die schädlichen Wirkungen dieses privaten Bodenmonopols beseitigt, und die auch den kleinen und mittelbäuerlichen Betrieben genügende Lebensbedingungen sichert.

1. Zu diesem Zweck verlangen wir nicht nur die formelle, sondern auch die tatsächliche Beseitigung der Fideikommisse und ähnlicher Landansammlungen in der Hand einzelner Familien. Wir fordern weiter, daß die landwirtschaftlichen Großbesitzungen, welche eine nach den örtlichen Verhältnissen zu bemessende optimale, d. h. die volkswirtschaftlich angemessene Betriebsgröße überschreiten — für den deutschen Osten etwa 750 Hektar —, den überschießenden Teil an die öffentliche Hand (Reich, Länder) gegen eine Entschädigung abzutreten haben, welche nach dem Steuerwert der Grundstücke zu berechnen ist.

2. Waldbestände über 100 Hektar sind nach denselben Grundsätzen zu enteignen. Der nicht staatliche Waldbesitz ist einer wirksamen Staatsaufsicht zu unterwerfen.

3. Bei der Verwertung der dem Reich nach Nr. 1 zufallenden Ländereien sind in erster Linie die Bedürfnisse der Siedlung in ihren verschiedenen Formen zu berücksichtigen: Landwirtschaftliche Neusiedlung, Anliegersiedlung, Gartensiedlung, Heimstätten- und Pachtland für landwirtschaftliche Arbeiter und landlose Gemeindeangehörige. Die bisherigen bäuerlichen Wirtschaften sind dabei in ihrem Bestande zu schützen.

Die auf dem enteigneten Boden beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten sind bei der Besiedelung bevorzugt zu berücksichtigen.

Enteignete Großbetriebe können auch in öffentliche Regie oder genossenschaftliche Bewirtschaftung übernommen werden, wenn eine sachgemäße Bewirtschaftung gewährleistet ist.

4. Auch außerhalb der Enteignung des Großgrundbesitzes ist die Siedlung in allen diesen Formen unter Schaffung lebensfähiger Betriebsgrößen überall mit Nachdruck zu fördern, wo die Voraussetzungen für eine Steigerung der Produktivität gegeben sind.

Die Siedlung ist besonders in den Gebieten des überwiegenden Großgrundbesitzes durchzuführen.

5. Bei der Verwertung des enteigneten Bodens (Nr. 3) und bei der sonstigen Siedlung (Nr. 4) sind die Rechtsformen der Erbpacht, des Erbbaurechtes, des Rentengutes und der Reichsheimstätte anzuwenden, um der Gesamtheit die Grundrente zu sichern.

6. An Stelle der bestehenden vorläufigen Pachtschutzbestimmungen ist ein endgültiges Pachtschutzrecht als Bestandteil des bürgerlichen Rechts zu schaffen, das die Interessen der kleinen und mittleren Pächter gegenüber den privaten Grundherren nachhaltig sichert.

Das neue Pachtschutzrecht muß bestimmen:

a) daß Pachtverträge über landwirtschaftlich und gärtnerisch genutzte Grundstücke für einen Zeitraum abgeschlossen werden müssen, der dem Pächter eine wirtschaftliche Betriebsführung ermöglicht,

b) daß bei Beendigung des Pachtverhältnisses dem weichenden Pächter für diejenigen Aufwendungen, die den Wert des Pachtobjektes dauernd erhöhen, eine angemessene Entschädigung für seine Aufwendungen gewährt werden muß,

c) daß die Pacht nicht höher sein darf, als einer angemessenen Verzinsung des Steuerwertes der verpachteten Grundstücke entspricht,

d) daß bäuerlichen Pächtern, insbesondere den Generationspächtern, die ohne ihr Pachtland ihren Betrieb nicht aufrechterhalten können, und die es ordnungsmäßig bewirtschaften, sichere Gewähr gegen Entziehung des Landes gegeben wird.

7. Zur Versorgung der städtischen und ländlichen Bevölkerung mit Gartenland ist ein Kleingartengesetz für das ganze Reich zu erlassen.

8. Das Grundeigentum von Reich, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden muß planmäßig vermehrt werden. Zu diesem Zwecke ist ihnen ein gesetzliches Vorkaufsrecht beim Verkauf von unbebauten Grundstücken unter Schonung des klein- und mittelbäuerlichen Besitzes einzuräumen.

9. Besitzern, die sich hartnäckig weigern, ihren Boden richtig zu bestellen, kulturfähige Oedländereien zu kultivieren oder forstfähige Oedländereien aufzuforsten, soll die Bewirtschaftung des Betriebes zeitweise oder dauernd entzogen werden. Auch ist in solchen Fällen die Enteignung auf Grundlage des Steuerwertes ohne Rücksicht auf die Betriebsgröße zulässig.

II. Die Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung

Bei der Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung vereinigen sich die Lebensinteressen der städtischen Massen mit denen der schaffenden Landbevölkerung.

Es ist für die soziale Lage der Industriearbeiterschaft von entscheidender Bedeutung, daß die unausgeschöpften Möglichkeiten einer Steigerung und gleichzeitigen Rationalisierung und Verbilligung der landwirtschaftlichen Produktion für die Massenernährung und für die Erweiterung des Absatzes von Industrieprodukten erschlossen werden.

Gleichzeitig ist die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung, die Nutzbarmachung des technischen Fortschritts, auch das wirksamste Mittel, um die Lage der arbeitenden Landbevölkerung, der Landarbeiter, der kleinen Pächter und der selbständigen Bauern zu heben. Die ungeheuren Fortschritte, die die moderne Wissenschaft auf dem Gebiete der Landbautechnik gemacht hat, vor allem die rationelle Verwendung von Kunstdünger und Kraftfuttermitteln, der Gebrauch von hochwertigem Saatgut und die Haltung leistungsfähiger Tierrassen, die Anwendung arbeitsparender und produktionssteigernder Maschinen, sind noch lange nicht zur allgemeinen Einführung gelangt. Namentlich fehlt noch Millionen kleiner Landwirte die Möglichkeit, sich die dafür nötige fachwissenschaftliche Bildung und praktische Anleitung zu erwerben. Wenn den schwer arbeitenden Bauern ein angemessener Ertrag ihrer Arbeit zuteil werden soll, so muß ihnen vor allem die Anwendung aller von der Wissenschaft und Technik gebotenen Mittel zur Steigerung der Produktion ermöglicht werden. Zugleich ist den kleinen Betrieben der Uebergang zu Kulturen hoher und höchster Intensität zu erleichtern.

Die soziale Lage der kleinen und mittleren Bauern, die in vielen Teilen Deutschlands eine sehr gedrückte ist und keineswegs ihrer unermüdlichen Arbeit

entspricht, kann nicht durch das Emportreiben der Lebensmittelpreise auf Kosten der Konsumenten, sondern nur durch Steigerung der Produktion im gemeinsamen Interesse von Konsumenten und Produzenten gebessert werden.

Deshalb fordern wir:

1. Umfassende Ausgestaltung aller Einrichtungen, die der Ausbildung des ländlichen Nachwuchses dienen, und zwar unter maßgebender Leitung durch den Staat.

a) Ausbau des ländlichen Volksschulwesens.

b) Obligatorischen Fortbildungsschulunterricht für Knaben und Mädchen auch auf dem Lande vom 14. bis zum 18. Lebensjahr. Der Lehrplan der Fortbildungsschule hat vor allen Dingen die Bürgerkunde und die naturwissenschaftliche und technische Grundlage der landwirtschaftlichen Erzeugung zu umfassen. Die Schüler haben Anrecht auf freie Lehrmittel. Besondere Sorgfalt ist auch der weiblichen hauswirtschaftlichen Fortbildung und Ausbildung in der Gesundheitslehre und Säuglingspflege zuzuwenden.

c) Vervielfachung der heutigen Aufwendungen für das niedere landwirtschaftliche Schulwesen. Ausstattung eines jeden ländlichen Kreises (Amtsbezirk usw.) mit mindestens einer, in größeren Kreisen mit mehreren landwirtschaftlichen Fachschulen für die bäuerliche Bevölkerung. Beseitigung aller wirtschaftlichen Hindernisse, durch die die Kinder von Kleinbauern und Landarbeitern heute vom Besuch dieser Schulen ausgeschlossen sind. Gewährung von Stipendien aus öffentlichen Mitteln.

d) Förderung der Volkshochschulen und aller sonstigen Bildungsgelegenheiten auch auf dem Lande.

2. Schaffung einer engmaschigen Organisation zur Betriebsberatung im engsten Anschluß an das Schulwesen zur Ausbreitung der modernen Technik unter den ausübenden Landwirten aller Betriebsgrößenklassen.

a) Heranbildung einer ausreichenden Zahl geeigneter Persönlichkeiten für die Aufgaben des landwirtschaftlichen Beratungswesens. Dabei sind die aufstrebenden Elemente unter dem Nachwuchs der bäuerlichen Bevölkerung in erster Linie zu berücksichtigen, und ist insbesondere den befähigten Schülern der niederen landwirtschaftlichen Schulen der Uebergang in diesen Berufszweig zu erleichtern.

b) Ausbau des landwirtschaftlichen Versuchswesens, besonders in der Form von Beispielswirtschaften und Versuchsfeldern. Es ist dahin zu streben, daß möglichst in jedem Dorfe aus den Mitteln des landwirtschaftlichen Aufklärungsdienstes ein Versuchsfeld unterhalten wird, das vor allem zu Demonstrationsversuchen zu dienen hat.

c) Förderung aller Selbsthilfeaktionen der bäuerlichen Bevölkerung, die eine Ausbreitung rationeller Technik und Betriebsführung zum Ziele haben, insbesondere Förderung des bäuerlichen Versuchsringwesens.

d) Förderung des auf Selbsthilfe, Selbstverwaltung beruhenden landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, besonders der Viehzucht- und Molkereigenossenschaften, Maschinengenossenschaften, Saatbauvereine, Milchkontrollvereine und ähnlicher Einrichtungen.

3. Bereitstellung von Staatsmitteln für diejenigen Maßnahmen, die die Leistungsfähigkeit der einzelnen Landwirte und der Genossenschaften übersteigen, insbesondere Ausbau des Wege-, Straßen- und Eisenbahnnetzes. Anpassung der Frachttarife an die Bedürfnisse der landwirtschaft-

lichen Produktion. Einheitlicher Ausbau und Elektrizitätsversorgung, Schaffung einer ausreichenden Wasserversorgung in wasserarmen Gebieten. Umfassende Vorkehrungen gegen Hochwasserschäden. Billige Kredite für Meliorationen und Flurbereinigungen.

4. Förderndes Eingreifen des Staates überall dort, wo die persönliche Initiative der Landbesitzer sich als unzureichend erweist, um die bestmögliche Ausnutzung aller Produktionsmöglichkeiten zu gewährleisten. Insbesondere müssen der Staat oder die von ihm beauftragten öffentlich-rechtlichen Körperschaften das Recht haben, auch gegen den Willen der Besitzer Flurbereinigungen durchzuführen, Meliorationen, insbesondere Wasserregulierungen, ins Werk zu setzen, Vorschriften über die Bekämpfung tierischer und pflanzlicher Schädlinge zu erlassen und durchzuführen.

5. Oeffentliche Kontrolle über die Erzeugung und den Vertrieb landwirtschaftlicher Produktionsmittel. Insbesondere sind die öffentlich-rechtlichen Kontrollbefugnisse bei der Preisfestsetzung des Kunstdüngers auszugestalten und energisch zur weitestgehenden Verbilligung dieses wichtigen Produktionsmittels einzusetzen. Der Handelsverkehr mit Saatgut, Kunstdünger und Kraftfuttermitteln ist durch Gesetz zu regeln und durch öffentliche Organe zu überwachen, um die Landwirte vor betrügerischen Machenschaften zu schützen, solange die Genossenschaften diese Aufgabe noch nicht voll übernehmen können. Die Bestrebungen zur Vereinheitlichung und Verbilligung im Bau landwirtschaftlicher Maschinen sind mit öffentlichen Mitteln zu fördern und nötigenfalls durch Eingreifen des Staates zu beschleunigen.

6. Schaffung günstiger Kreditbedingungen für Kleinpächter und Bauern, Förderung der ländlichen Kreditgenossenschaften, Ueberführung der privaten landwirtschaftlichen Kreditinstitute in die Genossenschaftsform oder in das Eigentum von Reich, Staat oder Gemeinden. Verbindung der Kreditgewährung mit der Betriebsberatung.

7. Demokratischer Ausbau der landwirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper. Durch Reichsgesetz ist zu sichern, daß in den Landwirtschaftskammern und ihnen gleichstehenden Berufsvertretungen auch die kleinen und mittleren Besitzer und die Landarbeiter, sowie die landwirtschaftlichen Beamten und Angestellten ihrer besonderen Bedeutung entsprechend vertreten sind.

III. Die Regelung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse

Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion erfordert als unentbehrliche Ergänzung eine weitgehende Fürsorge für einen geregelten Absatz. Bereits bei der heutigen unvollständigen Entfaltung der Produktivkräfte treten auf Teilgebieten der landwirtschaftlichen Produktion zuweilen Störungen der Märkte ein. Solche Störungen äußern sich bald in Preisstürzen, die die Produzenten um die Früchte ihrer Arbeit bringen, ohne daß die Konsumenten einen Nutzen davon haben, bald in einer katastrophalen Verteuerung der Lebensmittelversorgung, wobei wiederum die Produzenten durchaus nicht immer die Gewinnenden sind. Die landwirtschaftliche Produktion ist auf eine weitgehende Stabilität der Betriebsführung und der sie bedingenden Verhältnisse angewiesen. Das wilde Auf und Ab der Preise, in das die kapitalistische Anarchie der Märkte die landwirtschaftliche Produktion gestürzt hat, steht im Widerspruch zu der inneren Natur des landwirtschaftlichen Betriebes. Darüber hinaus leiden Erzeuger und Verbraucher

in gleicher Weise unter der unnatürlich vergrößerten Preisspanne, mit der ein aufgeblähter und parasitärer Handelsapparat die heutige Volkswirtschaft belastet.

Des weiteren ist für die Schaffung eines immer größeren kaufkräftigen Marktes für die Produkte der intensiven bäuerlichen Wirtschaft zu sorgen. Das kann nur durch die Hebung der Konsumkraft der städtischen Arbeiterschaft geschehen. Die Ansammlung von Riesenvermögen, verbunden mit der Niederhaltung des Einkommens des größten Teils der Bevölkerung auf einer Stufe, die sie zur äußersten Einschränkung ihres Konsums an besseren Nahrungsmitteln zwingt, ist ein Krebsschaden für die bäuerliche Wirtschaft.

Wir fordern daher:

1. Förderung aller Maßnahmen, die geeignet sind, unsere Kenntnisse von dem Umfang der Produktion, von dem Versorgungsstand der Märkte und von den Bedingungen der Preisbildung zu verbessern. In enger Verbindung mit den Organisationen der landwirtschaftlichen Erzeuger auf der einen und den Organisationen der städtischen Verbraucher auf der anderen Seite, ist die Statistik der Marktbewegungen und das Studium des Absatzes auszubauen und zu vertiefen. Es ist ein ständiger Ausschuß einzusetzen, der, mit weitgehendsten Vollmachten ausgestattet, die Absatzbedingungen fortlaufend zu prüfen hat. Dieser Ausschuß muß verpflichtet sein, über festgestellte Mißstände in der Absatzorganisation an das Parlament und an die Oeffentlichkeit zu berichten.

2. Unterstützung des direkten Warenaustausches zwischen Erzeuger- und Verbrauchergenossenschaften.

Zu diesem Zweck fordern wir die umfassende Weiterentwicklung der genossenschaftlichen Organisation der Erzeuger und Verbraucher, damit ein erheblicher Teil der landwirtschaftlichen Produktion genossenschaftlich erfaßt und von den städtischen Verbraucherorganisationen übernommen werden kann.

Reich, Staat und Gemeinden sind verpflichtet, die Genossenschaftsbewegung zu fördern durch

a) Eingliederung eines Lehrfaches für Genossenschaftswesen in den Lehrplan aller öffentlichen Unterrichtsanstalten,

b) ein dem Wesen des Genossenschaftswesens entsprechendes Steuersystem.

3. Regulierende Eingriffe in die Preisgestaltung. An Stelle der Getreidezölle ist ein Reichsmonopol für die Einfuhr und Ausfuhr von Getreide- und Mühlenprodukten zu schaffen. Für die Preispolitik des Monopols sind durch ein Reichsgesetz bindende Richtlinien aufzustellen, dergestalt, daß dem Erzeuger ein angemessener Ertrag seiner Arbeit und ein Ersatz seiner Aufwendungen gesichert ist, ohne daß dem Verbraucher unnötige Lasten auferlegt werden. Die Monopolverwaltung soll berechtigt sein, ausländisches Getreide zollfrei einzuführen, sie soll verpflichtet sein, auch inländisches Getreide zu erwerben, soweit dies zur Sicherung der inländischen Erntebewegung und zur Stabilisierung der Inlandspreise erforderlich ist. Reichsmittel, die zur Sicherung der inländischen Erntebewegung bisher privaten Stellen gegeben worden sind, werden auf die Monopolverwaltung übertragen. Die Monopolverwaltung hat ausländisches und inländisches Getreide und Mehl zu den Selbstkosten an den Konsum zu Mischpreisen abzugeben.

4. Auf Grund der bei der Preisstabilisierung des Getreides gemachten Erfahrungen sind schrittweise auch die übrigen landwirtschaftlichen Produkte in die Preisstabilisierung mit einzubeziehen. Vor allem

wird der Ausbau des Genossenschaftswesens bei den Erzeugern und bei den Verbrauchern die Grundlage für eine gemeinschaftliche Regelung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse liefern.

5. Förderung der Bestrebungen, welche die Qualitätsverbesserung und Standardisierung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse bezwecken.

IV. Besteuerung

Die Steuerpolitik muß den sozialen Zweck erfüllen, das Arbeitseinkommen des Landvolkes zu schonen, und den produktionspolitischen Zweck, den Uebergang des Bodens an den besten Wirt, zu fördern.

Deshalb fordern wir, daß das Arbeitseinkommen fortschreitend durch Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums entlastet wird. Die Grundsteuer ist in eine einheitliche Grundwertsteuer für die gesamte Landwirtschaft zu verwandeln. Sie richtet sich nach dem Wert des nackten Grund und Bodens ohne Berücksichtigung des Wertes des Inventars, der Gebäude und der Bodenverbesserungen. Der Grundwert ist nach dem normalen Reinertrag festzustellen, den das Grundstück bei ordnungsmäßiger landwirtschaftlicher Bewirtschaftung nachhaltig zu gewähren vermag. Die Steuerlisten sind bei der Gemeindebehörde offen zu legen. Der zum Zweck der Besteuerung festgesetzte Wert des Bodens ist maßgebend für die Wertberechnung bei der Verpachtung sowie bei der Ausübung eines gesetzlichen Vorkaufs- und Enteignungsrechtes.

V. Forderungen für Land- und Forstarbeiter

Die Sozialdemokratie tritt mit gleicher Entschiedenheit für die Land- und Forstarbeiter ein, wie sie seit Jahrzehnten für die Verbesserung der Lage der Industriearbeiter kämpft. Wie in der Industrie die Steigerung der Produktivität auf das wirksamste gefördert worden ist durch den erfolgreichen Kampf der Arbeiterschaft um die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen und um die Hebung ihres gesamten Kulturstandes, so ist auch in der Landwirtschaft der gewerkschaftliche Kampf der Arbeiter das wirksamste Mittel, um die Steigerung der Produktivität zu erzwingen.

Die Sozialdemokratie fordert daher vor allem, daß die drückende Abhängigkeit beseitigt wird, unter der bei der jetzigen Arbeitsverfassung, insbesondere durch das System der Werkwohnungen, die Landarbeiter leiden. Die Landarbeiter sind in sozialpolitischer Hinsicht den industriellen Arbeitern gleichzustellen. Auch ihnen soll der freie Zutritt zum Grund und Boden wieder möglich gemacht werden, von dem sie durch die jahrhundertlang betriebene Klassenherrschaft und Klassenpolitik ihrer Herren ausgesperrt sind. Denen, die fähig und gewillt sind, eine Kleinbauernstelle zu erwerben, soll der Weg dazu erschlossen werden.

1. Für die Landarbeiter müssen Wohnungen bereitgestellt werden, in denen sie nicht dem Einfluß des Arbeitgebers unterworfen sind. Je nach den örtlichen Verhältnissen sind Mietwohnungen durch öffentlichrechtliche oder gemeinnützige Stellen oder Eigenheime — in der Rechtsform des Erbbaurechts oder der Reichsheimstätte — zu schaffen. Dabei ist Vorsorge zu treffen, daß derartige Eigenheime bei Stellenwechsel des Landarbeiters von der ausgebenden Stelle wieder übernommen werden, um den Landarbeiter vor Verlusten zu schützen. Alle diese neuen Wohnungen müssen von jeder Verpflichtung zur Arbeit bei bestimmten Arbeitgebern frei sein. Verheirateten ständigen Landarbeitern, die sich in ihrem Beruf bewährt haben

und ein Eigenheim erwerben wollen, soll ein gesetzlicher Anspruch auf eine Landarbeiterheimstätte gegeben werden. Die zum Erwerb der Stelle — einschließlich der Baukosten und des lebenden und toten Inventars — notwendigen Mittel sind bis zu 90 Prozent vom Reich und den Ländern darlehnsweise gegen eine Tilgungsrate zu gewähren.

2. Arbeiterwohnungen und -wohnräume, die im Eigentum des Arbeitgebers stehen, sind strengen Bestimmungen über die Beschaffenheit, den Luftraum, die Einrichtung und Beheizung zu unterwerfen.

3. Deputatlohn und Deputatland sind möglichst zu beseitigen. Soweit irgend möglich, ist der reine Barlohn einzuführen.

4. Die zurzeit noch bestehenden Heuerlingsverträge sind als solche zu beseitigen. An ihre Stelle treten freie Pacht- und freie Arbeitsverträge.

5. Arbeitszeit und Sonntagsruhe sind durch Reichsgesetz für die Landarbeiter zu regeln. Die tägliche Arbeitszeit darf im Durchschnitt acht Stunden nicht übersteigen. In diesem Rahmen kann durch Tarifvertrag für den Sommer eine längere, für den Winter eine kürzere Arbeitszeit festgelegt werden.

Die Sonntagsruhe muß im Sommer 36 Stunden, im Winter 42 Stunden betragen. Für die bei der Viehwartung und Haushaltungsarbeit am Sonntag Beschäftigten muß zum Ersatz eine entsprechende Freizeit in der Woche gewährt werden.

Ueberstunden und außergewöhnliche Sonntagsarbeit sind nur bei Gefährdung der Ernte oder des Viehes gegen entsprechende Aufschläge zuzulassen.

6. Die Verpflichtung für den Landarbeiter, noch eine weitere Arbeitskraft, einen sogenannten Hofgänger oder Scharwerker, zu stellen, ist völlig zu beseitigen.

7. Dem landwirtschaftlichen Arbeiter muß die Errichtung eines eigenen Hausstandes erleichtert werden. Insbesondere ist bei der Schaffung von Wohngelegenheiten auf dem Lande auch auf die Wohnbedürfnisse dieser Arbeiterschaft Rücksicht zu nehmen.

8. Die schulpflichtigen und die aus der Schule entlassenen jüngeren Arbeiter und Arbeiterinnen sind durch Gesetz unter besonderen Schutz zu stellen. Die Schutzbestimmungen zugunsten der in der Landwirtschaft tätigen Frauen, insbesondere der Schwangeren und Wöchnerinnen, sind auszubauen.

9. Die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter sind den industriellen Arbeitern hinsichtlich der Pflichten und Leistungen in der Sozialversicherung, auch hinsichtlich der Verhütung von Betriebsunfällen gleichzustellen.

10. Das Koalitionsrecht und die Freizügigkeit sind nicht nur rechtlich, sondern auch tatsächlich von jeder Beschränkung frei zu halten.

11. Alle ländlichen Wohlfahrtseinrichtungen sind weitestgehend zu unterstützen.

12. Bei dem Abschluß von Lohnvereinbarungen und bei der Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis sind die Land- und Forstarbeiter den Industriearbeitern nicht nur gesetzlich, sondern auch tatsächlich gleichzustellen.

13. Das Betriebsrätegesetz ist auch für die Landwirtschaft tatsächlich durchzuführen.

14. Die Vermittlung von Land- und Forstarbeitern darf nur durch öffentliche Arbeitsnachweise erfolgen, an deren Verwaltung Arbeitnehmer und Arbeitgeber paritätisch zu beteiligen sind.

15. Alle zum Schutz der Land- und Forstarbeiter erlassenen Bestimmungen sind auch auf die ausländischen Wanderarbeiter anzuwenden. Es muß verboten werden, daß Wanderarbeiter zu niedrigeren als den für die hiesigen Arbeiter festgesetzten Löhnen beschäftigt werden.

16. Die von der internationalen Arbeitsorganisation angeregten Uebereinkommen über den Schutz und die Versicherung der Land- und Forstarbeiter sind zu ratifizieren.

17. Die Durchführung aller zum Schutz der Land- und Forstarbeiter erlassenen Bestimmungen ist durch staatliche Kontrollbeamte (Landarbeiterinspektoren) unter Mitwirkung der Arbeitnehmerschaft zu übernehmen.

VI. Bäuerliche Sozialpolitik

Durch Familien-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge ist der Verelendung einer landwirtschaftlichen Familie im Falle der Erkrankung eines Familienmitgliedes vorzubeugen.

Für die kleinen Landwirte ist eine Krankenversicherung zu schaffen, die Zahnbehandlung, Wochenhilfe und Sterbegeld mit umfaßt. Diese Krankenversicherung hat jedoch bei der Berechnung der Beiträge und bei der Regelung der Leistungen den besonderen Verhältnissen der Landwirtschaft Rechnung zu tragen. Für einen schnellen kostenfreien Krankentransport zum nächsten Krankenhaus ist in allen ländlichen Bezirken Sorge zu tragen.

Um die Ueberlastung der bäuerlichen Betriebe mit Besitzwechsel-Hypotheken und mit Ausgedingelasten zu verhindern, ist eine obligatorische Lebens-, Invaliditäts- und Altersversicherung zu schaffen, die auf die besonderen Bedürfnisse der kleinbäuerlichen Kreise Rücksicht nimmt.

Die Ueberlastung des Bodens mit Notstands-Hypotheken ist durch genossenschaftliche oder staatliche Feuer-, Hagel- und Viehversicherung zu verhüten. Die hohen Gebühren bei der Tilgung und Aufnahme von Hypotheken sind zu ermäßigen.

Zur Beratung der ländlichen Bevölkerung in allen Rechtsangelegenheiten sind für alle Landbezirke öffentliche unentgeltliche Rechtsberatungsstellen zu schaffen.

* * *

Zum Kampf um diese Forderungen ruft die Sozialdemokratische Partei alle Arbeitenden auf dem Lande auf, um im Verein mit den arbeitenden Massen der Städte die Fesseln zu sprengen, in die sie Feudalismus und Kapitalismus (Großgrundbesitz und Großkapital) geschlagen haben. Eine tiefe Interessensolidarität verbindet die Arbeiterschaft mit den selbst arbeitenden Bauern. Innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft bedeutet der Kampf um die Demokratie für die Bauernschaft die Selbstverwaltung des Dorfes, die Beseitigung der Gutsbezirke, die Verwandlung des Herrschaftsstaates der Grundherren und Kapitalisten in den Wohlfahrts- und Kulturstaat der Arbeiter und Bauern. Durch die Hebung der Lebenshaltung der industriellen Arbeiter und ihre Sicherung gegen Verelendung durch Krankheit und Alter wird auch eine Verbesserung der nur allzu gedrückten Lage der kleinbäuerlichen Bevölkerung

erzielt. Die Steigerung der Kaufkraft der Industriearbeiter erhöht die Nachfrage nach den wichtigsten Produkten der bäuerlichen Betriebe und sichert ihnen Absatz und besseren Ertrag. Der Sieg der arbeitenden Massen in Stadt und Land unterwirft Großgrundbesitz und Großkapital der Herrschaft der Gesellschaft und befreit die Landwirtschaft von der Unsicherheit und den Wechselfällen des Marktes und der Spekulation. Weit entfernt davon, den Bauern von seiner Scholle zu verdrängen oder sein Eigentum konfiszieren zu wollen, sichert die sozialistische Gesellschaft den bäuerlichen Massen ihr Eigentum und ihre Arbeitsstätte. Ihr Kampf gilt dem Herreneigentum der Großgrundbesitzer, nicht dem Arbeitseigentum der Bauern und Landarbeiter. Sie beseitigt die Ausbeutung durch das Handels- und Bankkapital und stellt die ungeheure Macht der Gesellschaft bewußt und planmäßig in den Dienst der Steigerung der materiellen und geistigen Bedürfnisse der arbeitenden Masse in Stadt und Land.

Durchdrungen von dieser Erkenntnis der Interessengemeinschaft, die alle Arbeitenden im Kampfe gegen die Profitwirtschaft verbindet, erblickt die Sozialdemokratie in der Eingliederung der ländlichen Massen in ihre Reihen eine ihrer dringendsten Aufgaben; denn diese Vereinigung beschleunigt den Sieg und macht ihn zur unumstößlichen Gewißheit.

Liste der Delegierten

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Adams, Dr. Kurt	Hamburg	Bez. Hamburg
Agnes, Lore	Düsseldorf	Kontrollkommission
Altermann, Heinrich	Chemnitz	Bez. Chemnitz
Altvater, Karl	Stuttgart	Bez. Württemberg
Amann, Josef	Heidelberg	Bez. Baden
Andresen, Margarete	Hamburg	Bez. Hamburg
Anker, Willy	Meißen (Elbe)	Bez. Ostsachsen
Arning, Marie	Magdeburg	Parteiausschuß (Magdeburg)
Arzt, Arthur	Dresden-A.	Parteiausschuß (Ostsachsen)
Auer, Erhardt	München	Parteiausschuß (Oberbayern)
Aufhäuser, Siegfried	Berlin	Reichstagsfraktion
Baade, Dr.	Berlin	Agrarkommission
Bayerer, Alfons	Regensburg	Parteiausschuß (Oberpfalz)
Bartels, Friedrich	Berlin	Parteivorstand
Bartelt, August	Wilhelmsburg	Bez. Hannover
Barth, Dr. Arno	Gera	Bez. Thüringen
Barth, Erwin	Altona	Bez. Schleswig-Holstein
Bartosch, Karl	Neustrelitz	Bez. Mecklenburg
Bauer, Ida	Leipzig-Taunsdorf	Bez. Leipzig
Becker, Paul	Berlin	Bez. Berlin
Bergdolt Hans	Schweinfurt	Bez. Franken
Bergholz, Albert	Zeitz	Bez. Halle
Bergmann, Paul	Hamburg	Bez. Hamburg
Bernick, Gustav	Magdeburg	Bez. Magdeburg-Anhalt
Biedermann, Adolf	Hamburg	Bez. Hamburg
Blume, August	Altona	Bez. Schleswig-Holstein
Böchel, Karl	Chemnitz	Parteiausschuß (Chemnitz)
Bock, Wilhelm	Gotha	Kontrollkommission
Bock, Wilhelm	Bernburg a. d. S.	Bez. Magdeburg-Anhalt
Bollmann, Minna	Halberstadt	Bez. Magdeburg-Anhalt
Borstel, Nikolaus v.	Stade-U. E.	Bez. Hamburg
Brandes, Wilhelm	Wesermünde-G.	Bez. Hamburg
Braun, Dr. Adolf	Berlin	Parteivorstand
Braun, Otto	Berlin	Agrarkommission
Brehmer, Karl	Rostock	Bez. Mecklenburg
Breitscheid, Dr. Rudolf	Berlin	Reichstagsfraktion
Brey, August	Hannover	Kontrollkommission
Brocke, Richard	O.-Salzbrunn	Bez. Breslau

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Broßwitz, Konrad	Frankfurt a. M.	Bez. Hessen-Nassau
Brück, Wilhelm	Hartha i. S.	Bez. Leipzig
Brückner, Eugen	Berlin	Bez. Brandenburg
Brühne, Fr.	Frankfurt a. M.	Kontrollkommission
Büchling, Georg	Martinhagen	Bez. Hessen-Kassel
Buchmann, Georg	Berlin	Bez. Berlin
Buchrucker, Käthe	Berlin	Arbeiterwohlfahrt
Buchwitz, Otto	Görlitz	Bez. Görlitz
Caspar, J.	Nürnberg	Bez. Franken
Chemnitzer, Guido	Grimma	Bez. Leipzig
Christmann, Sophie	Barmen	Bez. Niederrhein
Crispien, Artur	Berlin	Parteivorstand
David, Dr. Eduard	Darmstadt	Agrarkommission
Deppe, Marie	Altona	Bez. Schleswig-Holstein
Dies, Willi	Magdeburg	Bez. Magdeburg-Anhalt
Dietrich, Anton	Ulm a. D.	Bez. Württemberg
Dietrich, Georg	Erfurt	Reichstagsfraktion
Dietrich, Otto	Falkenberg	Bez. Halle
Dittmann, Wilhelm	Berlin	Parteivorstand
Dölitzsch, Clemens	Dresden-Leuben	Bez. Ostsachsen
Dölz, Paul	Tönning	Bez. Schleswig-Holstein
Donalis, Franz	Königsberg i. Pr.	Bez. Ostpreußen
Dornbach, Erwin	Zwickau i. S.	Bez. Zwickau
Drey, Theodor	Würzburg	Bez. Franken
Eberhard, Konrad	Fürth i. B.	Bez. Franken
Eberle, Hugo	Görlitz	Parteiausschuß (Görlitz)
Ebert, Emil	Dresden-N.	Bez. Ostsachsen
Ebner, Ludwig	Eggenfelden (N.-Bayern)	Bez. Oberpfalz
Eckstein, Ernst	Breslau	Bez. Breslau
Edel, Oskar	Dresden-N.	Bez. Ostsachsen
Eggerstedt, Otto	Kiel	Bez. Schleswig-Holstein
Fabian, Dr. Dora	Chemnitz	Bez. Chemnitz
Fauth, Gottlob	Hamburg	Bez. Hamburg
Fechner, Max	Berlin	Kommunalpol. Zentralstelle
Fehlisch, Bruno	Liegnitz	Bez. Görlitz
Felgenträbe, Max	Cassel	Parteiausschuß (Hess.-Cassel)
Ferl, Gustav	Magdeburg	Parteiausschuß (Magdeburg)
Fielitz, Gustav	Velten	Bez. Brandenburg
Finke, Julius	Herford i. W.	Bez. Oestl. Westfalen
Fischer, Emil	Nürnberg	Bez. Franken
Fischer, Theodor	Berlin	Parteiausschuß (Berlin)
Flügge, Wilhelm	Gr.-Rhüden	Bez. Hannover
Frank, Otto	Berlin	Parteivorstand
Frantag, Walter	Leipzig	Bez. Leipzig

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Freitag, Alfred	Mainz	Bez. Hessen-Offenbach
Frenzel, Ernst	Leipzig	Bez. Leipzig
Frerichs, Elisabeth	Rüstringen i. O.	Bez. Oldenburg-Ostfriesland
Frey, Hugo	Breslau	Bez. Breslau
Fritzsche, Franz	Oelsnitz (Vogtl.)	Bez. Zwickau
Fröbisch, Frieda	Plauen i. V.	Bez. Zwickau
Genthner	Pegnitz (Oberfranken)	Agrarkommission
Gerhardt, Aug.	Saarbrücken	Bez. Oberrhein
Glocke, Theodor	Berlin	„Vorwärts"
Göpffarth, Oswald	Cassel	Bez. Hessen-Cassel
Görke, Arno	Borna b. Leipzig	Bez. Leipzig
Grotewohl, Otto	Braunschweig	Bez. Braunschweig
Güttler, Oswald	Neugersdorf i. S.	Bez. Dresden
Haberland, Karl	Barmen	Parteiausschuß (Niederrhein)
Hagemann, Dr.	Osnabrück	Agrarkommission
Hammer, Paul	Berlin	Bez. Berlin
Hansen, Fritz	Kiel	Bez. Schleswig-Holstein
Hansen, Richard	Kiel	Bez. Schleswig-Holstein
Harnisch, Hermann	Berlin	Bez. Berlin
Harth, Jean	Darmstadt	Bez. Hessen-Offenbach
Hartwig, Theodor	Stettin	Parteiausschuß (Pommern)
Haubach, Dr. Theodor	Hamburg	Bez. Hamburg
Hauke, Frida	Ratibor (O.-Schl.)	Bez. Breslau
Hauschild,	Elberfeld	Bez. Niederrhein
Häußer, Heinrich	Gießen	Bez. Hessen-Offenbach
Haut, August	Lübeck	Bez. Mecklenburg
Hawellek, Paul	Hindenburg (O.-Schl.)	Bez. Breslau
Hege, Karl	Offenburg	Bez. Baden
Heidsieck, Wilhelm	Cuxhaven	Bez. Hamburg
Heilmann, Ernst	Berlin	Bez. Brandenburg
Heiser, Else	Mannheim	Bez. Baden
Hennig, Paul	Berlin	Bez. Berlin
Hengsbach, Clemens	Köln-Dünnwald	Kontrollkommission
Henßler, Fritz	Dortmund	Bez. Westliches Westfalen
Herbold, Marie	Staßfurt	Bez. Magdeburg-Anhalt
Herrmann, Fritz	Jena	Bez. Thüringen
Herrmann, Paul	Tainsdorf b. Zwickau	Bez. Zwickau
Hertz, Dr. Paul	Berlin	Reichstagsfraktion
Heyn, Richard	Luckenwalde	Bez. Brandenburg
Hildenbrand, Karl	Berlin	Parteivorstand
Hilferding, Dr. Rudolf	Berlin	Parteivorstand
Hofmann, Wilhelm	Kaiserslautern	Bez. Pfalz
Hoffmann sen., Adolph	Berlin	Bez. Berlin
Högg, Clemens	Augsburg	Bez. Oberbayern-Schwaben
Hölkeskamp, Karl	Herne	Bez. Westliches Westfalen
Homberg, Heinrich	Emden (Ostfriesland)	Bez. Oldenburg/Ostfriesland
Hug, Paul	Wilhelmshaven-Rüstr.	Bez Oldenburg/Ostfriesland
Hünlich, Oskar	Wilhelmshaven-Rüstr.	Parteiausschuß (Oldenburg)
Huschke, Karl	Duisburg	Bez Niederrhein
Husemann, Friedrich	Bochum	Reichstagsfraktion

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Jacobs, Heinrich	Büdelsdorf	Bez. Schleswig-Holstein
Jacobshagen Susanna	Ludwigshafen a. Rh.	Bez. Pfalz
Jäger, Hugo	Berlin	Vorsitzender des Aufsichtsrats der Konzentration
Janotta, Erhard	Oppeln	Parteiausschuß (Breslau)
Jasper, Dr. jur. H.	Braunschweig	Bez. Braunschweig
Jensen, Toni	Kiel	Parteiausschuß (Schl.-Holst.)
Joppich, Rudolf	Merschwitz	Bez. Ostsachsen
Juchacz, Marie	Berlin	Parteivorstand
Junke, Paul	Braunschweig	Parteiausschuß (Braunschw.)
Kahn, Jakob	Singen a. H.	Bez. Baden
Kaisen, Wilhelm	Bremen	Bez. Hamburg
Kaiser, Paul	Kamenz	Bez. Sachsen
Kanzler, Oswald	Harburg	Bez. Hannover
Karmann, Josef	Haar b. München	Bez. Oberb.-Schwaben
Keil, Wilhelm	Ludwigsburg	Reichstagsfraktion
Kiefer, Fritz	Berlin	Bez. Berlin
Kieß, Dr. Paul	Jena	Bez. Thüringen
Kirchmann, Karl	Stralsund	Bez. Pommern
Klasen, Heinrich	Stavenhagen	Bez. Mecklenburg
Klauder, Karl	Saalfeld (Saale)	Bez. Thüringen
Klingler, Franz	Koburg	Bez. Franken
Klose, Otto	Berlin	Bez. Berlin
Kloß, Oswald	Zittau	Bez. Dresden
Klupsch, Franz	Dortmund	Parteiausschuß (Westf.-Süd)
Klütz, Franz	Stettin	Bez. Pommern
Knack, Dr. A.	Hamburg	Bez. Hamburg
Knothe, Wilhelm	Wetzlar a. d. Lahn	Bez. Hessen-Nassau
Köpke, Anne	Lübeck	Bez. Mecklenburg
Korspeter, Wilhelm	Bielefeld	Bez. Oestliches Westfalen
Körting, Otto	Bobbau i. Anhalt	Bez. Magdeburg-Anhalt
Kotzke,	Berlin	Reichstagsfraktion
Kraemer, Johann	Ohligs	Bez. Niederrhein
Kranz, Paul	Aue i. Sa.	Bez. Zwickau
Krenzer, Alfred	Uslar	Bez. Hannover
Kretzen, Johannes	Leipzig-Cl.	Bez. Leipzig
Krill, Camil	Pforzheim	Bez. Baden
Kröger, Berta	Wilhelmsburg	Bez. Hannover
Kröger, Wilhelm	Rostock	Parteiausschuß (Mecklenburg-Lübeck)
Krüger	Lüneburg	Agrarkommission
Krüger, Wilhelm	Berlin	Parteiausschuß (Brandenb.)
Kuhnt, Bernhard	Chemnitz	Reichstagsfraktion
Künstler, Franz	Berlin	Bez. Berlin
Kurfürst, Nanny	Kiel	Bez. Schleswig-Holstein
Lampl, Walter	Altona	Bez. Schleswig-Holstein
Lang, Josef	O.-Langenbielau	Bez. Breslau
Lange, Willy	Annaberg i. Erzg.	Bez. Chemnitz
Lassen, Wilhelm	Gröhnwold	Bez. Schleswig-Holstein
Lau, Johannes	Hannover	Parteiausschuß (Hannover)
Leber, Hermann	Weimar	Parteiausschuß (Gr.-Thür.)
Leber, Dr. Julius	Lübeck	Reichstagsfraktion

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Lehnemann, Heinz	Bergkamen	Bez. Westliches Westfalen
Legler, Gustav	Lößnitz i. Erzg.	Bez. Chemnitz
Lempfert, Friedrich	Elmshorn	Bez. Schleswig-Holstein
Lepinski, Franz	Berlin	Jungsozialisten
Leuteritz, Max	Hamburg	Parteiausschuß (Hamburg-Nordwest)
Leverentz, Paul	Crefeld	Bez. Niederrhein
Liebmann, Hermann	Leipzig	Bez. Leipzig
Lipinski, Richard	Mark Ottendorf	Parteiausschuß (Leipzig)
Lippschütz, Dr. A.	Hannover	Agrarkommission
Litke, Karl	Berlin	Bez. Berlin
Löbe, Paul	Berlin	Kontrollkommission
Lohmann, Dr. Richard	Berlin	Redaktion der „Frauenwelt"
Löper, Wilhelm	Blankenese	Bez. Schleswig-Holstein
Loßmann, Julius	Nürnberg	Bez. Franken
Loß, Erich	Aschersleben	Bez. Magdeburg-Anhalt
Löwenstein, Dr. Kurt	Berlin	Reichstagsfraktion
Ludwig, Adolf	Pirmasens	Bez. Pfalz
Ludwig, Konrad	Berlin	Parteivorstand
Lührs, Frida	Hannover	Bez. Hannover
Lutz, Wunibald	Worms	Bez. Hessen-Offenbach
Mache, Karl	Breslau	Bez. Breslau
Maderholz, Georg	Berlin	Bez. Berlin
Mäder, Erich	Altenburg	Bez. Thüringen
Mayer, Peter	Freiburg i. Br.	Bez. Baden
Maly, Frl.	Landeshut i. Schl.	Bez. Görlitz
Matschke, Anna	Berlin	Parteiausschuß (Brandenb.)
Maurer,	Lauterbach i. Oberhessen	Bez. Hessen-Offenbach
Mayworm, Josef	Attendorn i. W.	Bez. Westliches Westfalen
Meier, Otto	Berlin	Vorsitzender der Pressekommission des „Vorwärts"
Meier, Wilhelm	Detmold i. L.	Bez. Oestliches Westfalen
Meitmann, Karl	Altona	Bez. Schleswig-Holstein
Menke, Bernhard	Dresden-A.	Bez. Ostsachsen
Mester, Hermann	Bremen	Bez. Hamburg
Mette, Dr. Alfred	Hamburg	Bez. Hamburg
Metzger, Gottlieb	Nellingen, O.-A. Eßling.	Bez. Württemberg
Mitz, Konrad	Köln	Parteiausschuß (Ob. Rheinprovinz)
Molkenbuhr, Hermann	Berlin	Parteivorstand
Moltmann, Karl	Schwerin	Bez. Mecklenburg
Moses, Dr. Julius	Berlin	Parteivorstand
Mössinger, Karl	Aachen	Bez. Oberrhein
Müller, Gustav Adolf	Leipzig-Connewitz	Bez. Leipzig
Müller, Hermann	Berlin	Parteivorstand
Müller, Karl	Stendal	Bez. Magdeburg-Anhalt
Mündel, Mathilde	Hannover	Parteiausschuß (Hannover)
Nebrig, Otto	Quesnitz b. Lützschena	Bez. Leipzig
Nemitz, Anna	Berlin	Parteivorstand
Noack, Klara	Dresden-N.	Bez. Ostsachsen
Nölting, Prof. Erik	Frankfurt a. M.	Bez. Hessen-Nassau
Neunkirch, Hermann	Wittenberge, Bz. Potsd.	Bez. Brandenburg

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Odenthal, Matthias	Troisdorf	Bez. Oberrhein
Oettinghaus, Walter	Milspe	Bez. Westliches Westfalen
Ohland, Max	Cöthen i. Anhalt	Bez. Magdeburg-Anhalt
Oppel, Georg	Berlin	Bez. Berlin
Ostmann, Fritz	Nordhausen a. Harz	Bez. Thüringen
Otto, Max	Marbach (Flöhatal)	Bez. Chemnitz
Pagels, Alex	Berlin	Bez. Berlin
Panzer, Hans	Bayreuth	Bez. Franken
Pascheka, Gottfried	Neustadt (O.-Schl.)	Bez. Breslau
Pätzold, Ludwig	Schkeuditz	Bez. Halle
Peine, Hermine	Hamburg	Bez. Hamburg
Perner, Richard	Hamburg	Bez. Hamburg
Peter, Emma	Guben	Bez. Brandenburg
Peters, Franz	Halle a. d. S.	Parteiausschuß (Halle)
Peters, Hermann	Hochdonn (Schl.-Holst.)	Agrarkommission
Peters, Wilhelm	Magdeburg	Bez. Magdeburg-Anhalt
Petrich, Franz	Gera	Bez. Thüringen
Peus, Heinrich	Dessau	Bez. Magdeburg-Anhalt
Pieper, Heinrich	Dortmund	Bez. Westliches Westfalen
Pikard, Emil	Koblenz	Bez. Oberrhein
Pfeiffenbring, Wilhelm	Recklinghausen	Bez. Westliches Westfalen
Pfülf, Antonie	München	Reichstagsfraktion
Platz, Wilhelm	Hannover	Bez. Hannover
Podeyn, Hans	Altengamme	Bez. Hamburg
Pöhler, Wilhelm	Bückeburg (Sch.-L.)	Bez. Oestliches Westfalen
Portune, Andreas	Frankfurt a. M.	Bez. Hessen-Nassau
Quessel, Dr. Ludwig	Darmstadt	Reichstagsfraktion
Raloff, Karl	Hannover	Bez. Hannover
Reiche, Adele	Hamburg	Bez. Hamburg
Reichelt, Gertrud	Breslau	Bez. Breslau
Reifferscheid, Hans	Trier	Bez. Oberrhein
Reinbold, Georg	Mannheim	Parteiausschuß (Baden)
Reinboth, Kurt	Oelsa b. Rabenau	Bez. Dresden
Remy, Fritz	Offenbach a. M.	Bez. Hessen-Offenbach
Reitz, Karl	Nürnberg	Bez. Franken
Reitze, Johanna	Hamburg	Parteiausschuß (Hamburg-Nordwest)
Richter, Frida	Zerbst i. Anhalt	Bez. Magdeburg-Anhalt
Richter, Georg	Düsseldorf	Bez. Niederrhein
Richter, Max	Neumünster	Reichstagsfraktion
Riedmüller, Lorenz	Köln	Oberrhein
Ritter, Ewald	Reichenbach i. V.	Bez. Zwickau
Röhle, Paul	Frankfurt a. M.	Parteiausschuß (Hess.-Nassau)
Rohloff, Albert	Holzminden	Bez. Braunschweig
Rokahr, Heinrich	Hannover	Bez. Hannover
Rommel, Fritz	Essen a. d. Ruhr	Bez. Niederrhein
Rösch, Richard	Dresden-A.	Bez. Ostsachsen
Rosenfeld, Kurt	Berlin	Reichstagsfraktion
Roß, Rudolf	Hamburg	Bezirk Hamburg

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Roth, Bruno	Werdau i. Sa.	Bez. Zwickau
Roth, Karl	Wertheim a. M.	Bez. Baden
Ruf, Fritz	Mönchsroth b. Dinkelsb.	Bez. Franken
Rupprecht, Adolf	Berlin	Konzentration A.-G.
Ryneck, Elfriede	Berlin	Parteivorstand
Sachse, Emma	Altenburg	Bez. Thüringen
Saßnick, Walter	Minden i. Westf.	Bez. Oestliches Westfalen
Saupe, Otto	Wurzen	Bez. Leipzig
Schadow, Wilhelm	Kolkwitz b. Cottbus	Bez. Brandenburg
Schäfer, Hermann	Leipzig	Bez. Leipzig
Schäfer, Leonhard	Aschaffenburg a. M.	Bez. Franken
Schamberger, Gregor	Nürnberg	Bez. Franken
Schaub, Käte	Lütgendortmund	Bez. Westliches Westfalen
Schaumburg, Konrad	Halle	Bez. Halle
Scheidemann, Philipp	Berlin	Reichstagsfraktion
Schepperle, Christian	Göppingen	Bez. Württemberg
Schewe, Ludwig	Eisenach	Bez. Thüringen
Schiffer, Gustav	Breslau	Bez. Breslau
Schiller, A.	Landeshut i. Schl.	Bez. Görlitz
Schilling, Martha	Borsdorf b. Leipzig	Bez. Leipzig
Schirmer, Johannes	Freital	Bez. Dresden
Schlichtinger, Rudolf	Regensburg	Bez. Oberpfalz
Schmeißer, Otto	Erfurt	Bez. Thüringen
Schmidt,	Langendiebach	Bez. Hessen-Nassau
Schmidt, Georg	Berlin	Agrarkommission
Schmidt, Louis	Leipzig-Lindenau	Bez. Leipzig
Schmidt, Richard	Berlin	Bez. Brandenburg
Schmidt, Robert	Berlin	Berichterstatter der Reichstagsfraktion
Schmitt, Franz	München	Oberbayern-Schwaben
Schöberlein, Richard	Birkenhügel, Kr. Schleiz	Bez. Thüringen
Schönfelder, Adolf	Hamburg	Kontrollkommission
Schöpflin, Georg Joh.	Karlsruhe	Reichstagsfraktion
Schrader, Gustav	Hannover	Bez. Hannover
Schreck, Karl	Bielefeld	Parteiausschuß (Oestl. Westfalen
Schroeder, Louise	Altona-Ottensen	Reichstagsfraktion
Schuler, Emil	Zuffenhausen	Bez. Württemberg
Schulz, Berta	Herne i. W.	Parteiausschuß (Westf.-Süd)
Schulz, Gustav	Glogau	Bez. Görlitz
Schulz, Heinrich	Berlin	Parteivorstand
Schulz, Hermann	Königsberg	Parteiausschuß (Ostpreußen)
Schulz, Adolf	Berlin	Verlag J. H. W. Dietz Nachf.
Schuhmacher, Ernst	Magdeburg	Bez. Magdeburg-Anhalt
Schütte, Fritz	Halberstadt	Bez. Magdeburg-Anhalt
Schweig, Fritz	Oberursel i. T.	Bez. Hessen-Nassau
Schweikardt, Hermann	Berlin	Bez. Berlin
Schweizer, Wilhelm	Kiel	Bez. Schleswig-Holstein
Seering, Martha	Mainz	Bez. Hessen-Offenbach
Seidel, Hans	Hof i. B.	Bez. Franken
Seifert, Oswin	Rochlitz	Bez. Leipzig
Seifert, Willi	Pirna	Bez. Dresden
Sender, Tony	Dresden-Laubegast	Parteiausschuß (Ostsachsen)

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Setzer, Georg	Ludwigshafen a. Rh.	Parteiausschuß (Pfalz)
Severing, Karl	Bielefeld	Reichstagsfraktion
Seydewitz, Max	Zwickau	Parteiausschuß (Zwickau)
Silberschmidt, Hermann	Cöpenick	Reichstagsfraktion
Simon, Georg	Augsburg	Bez. Oberbayern-Schwaben
Simon, Helene	Königsberg i. Pr.	Agrarkommission
Simon, Joseph	Nürnberg	Reichstagsfraktion
Sommer, Jakob	Ludwigshafen a. Rh.	Bez. Pfalz
Späth, Heinrich	Letter	Bez. Hannover
Spiegel, Georg	Tuttlingen	Bez. Württemberg
Stahl, Emil	Berlin	Parteivorstand
Stampfer, Friedrich	Berlin	Parteivorstand
Stegmann, Dr. Anna M.	Dresden-A.	Reichstagsfraktion
Steinbrecher, Georg	Meseritz-Grenzm.	Bez. Brandenburg
Steinert, Otto	Chemnitz	Bez. Chemnitz
Steinkopf, Willy	Berlin	Reichstagsfraktion
Steinmetz, Käthe	Nürnberg	Bez. Franken
Steinmeyer, Otto	Stuttgart	Parteiausschuß (Württemb.)
Stelling, Johannes	Berlin	Parteivorstand
Stiegler, Anna	Bremen	Bez. Hamburg
Strauß, Wilhelm	Hemelingen	Bez. Hamburg
Stricker, Sebastian	München	Bez. Oberbayern-Schwaben
Stücklen, Daniel	Berlin	Reichstagsfraktion
Suhrhoff, Heinrich	Lorstedt, Kr. Geestem.	Bez. Hamburg
Süß, Anna	Burg b. Magdeburg	Bez. Magdeburg-Anhalt
Sydow, Emma	Rathenow	Bez. Brandenburg
Szimbowski, Ferdinand	Hannover	Bez. Hannover
Tacke, Ernst	Bad Nehburg	Bez. Hannover
Tangermann, Wilhelm	Hannover	Bez. Hannover
Taubadel, Paul	Görlitz	Reichstagsfraktion
Taubert, Otto	Meerane i. Sa.	Bez. Chemnitz
Tempel, Hermann	Freiberg	Bez. Dresden
Teßloff, Ernst	Mannheim	Bez. Baden
Theil, Emil	Bremen	Bez. Hamburg
Thesing, Math.	Rheine i. Westf.	Bez. Westliches Westfalen
Thiel, Berta	Leipzig	Parteiausschuß (Leipzig)
Thümmel, Elise	Dresden-A.	Bez. Ostsachsen
Thurm, Fritz	Berlin	Bez. Berlin
Todenhagen, Minna	Berlin	Parteiausschuß (Berlin)
Tolksdorf, Max	Berlin	Bez. Berlin
Traber, Richard	Winkel/Rheingau	Bez. Hessen-Nassau
Treu,	Nürnberg	Kontrollkommission
Trinks, Oskar	Karlsruhe	Bez. Baden
Trippel,	Oberzwehren	Bez. Hessen-Cassel
Uhlig, Kurt	Chemnitz	Bez. Chemnitz
Ulrich, Fritz	Heilbronn a. N	Bez. Württemberg
Unterleitner, Hans	München	Bez. Oberbayern-Schwaben
Verdieck, Paul	Wandsbek	Bez. Schleswig-Holstein
Verdieck, Willi	Kiel	Parteiausschuß (Schleswig-Holstein)

Name	Wohnung	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Vogel, Hans	Nürnberg	Parteiausschuß (Franken)
Vogel, Heinrich	Hamburg	Bez. Hamburg
Vogel, Oskar	Harthau b. Chemnitz	Bez. Chemnitz
Voigt, Paul	Meiningen	Bez. Thüringen
Vorreiter,	Gelsenkirchen	Bez. Westliches Westfalen
Wäger, Hermann	Berlin	Beamtenzentrale
Walslebe, Wilhelm	Milow a. d. Havel	Bez. Magdeburg-Anhalt
Walter, Auguste	Bielefeld	Bez. Oestliches Westfalen
Wardin, Max	Königsberg i. Pr.	Bez. Ostpreußen
Weckel, Kurt	Dresden-A.	Bez. Ostsachsen
Wegner, Kurt	Sommerfeld	Bez. Brandenburg
Weich, Klara	München	Bez. Oberbayern-Schwaben
Weimann, Richard	Berlin	Reichsbildungsausschuß
Weiß, Alfred	Lübeck	Bez. Mecklenburg
Wels, Otto	Berlin	Parteivorstand
Wendt, Georg	Berlin	Bez. Berlin
Westphal, Max	Berlin	Sozialistische Arbeiterjugend
Westphälinger, Karl	Osnabrück	Bez. Oldenburg-Ostfriesland
Widmann, Wilhelm	Offenbach a. M.	Parteiausschuß (Hess.-Offenb.)
Wilke, Hermann	Stettin	Bez. Pommern
Wimmer, Thomas	München	Bez. Oberbayern-Schwaben
Winzer, Otto	Magdeburg	Bez. Magdeburg-Anhalt
Winzer, Wilhelm	Breslau	Bez. Breslau
Wissell, Rudolf	Berlin	Reichstagsfraktion
Wittig, Bruno	Friedberg	Bez. Hessen-Offenbach
Wittich, Heinrich	Frankfurt a. M.	Agrarkommission
Wohlers, Dr.	Boizenburg a. d. Elbe	Bez. Mecklenburg
Wolff, Felix	Neurode i. Schl.	Bez. Breslau
Wolff, Philipp	Speyer a. Rh.	Bez. Pfalz
Wurm, Mathilde	Berlin	Bez. Berlin
Zabe, Grete	Hamburg-Langenhorn	Bez. Hamburg
Zappay, D.	Niesky O.-L.	Bez. Görlitz
Zelck, Max	Hamburg-Gr. Borstel	Bez. Hamburg
Zellner, Andreas	Strehlen i. Schl.	Bez. Breslau
Zils-Eckstein, Klara	Breslau	Parteiausschuß (Breslau)
Zöllig, Wilhelm	Aumund-Vegesack	Bez. Hamburg

Sprechregister des Parteitages

Abramowitsch 22—23.
Adams 158—159.
Aufhäuser 76—79, 198—200.

Baade 114—127.
Bracke 15—16.
Braun, Adolf 162—163.
Braun, Otto 74—76, 98—100.
Breitscheid 206—209, 244—247.
Broßwitz 70—72.
Brühne 60—61.

Crispien 228—241, 249—250.
Czapinski 23.

Dietrich 136, 213—215.
Donalies 69—70.

Eckstein 189—190.
Edel 215—216.
Eggerstedt 5—6, 27—28, 41, 53, 61, 114, 160, 163, 184, 225, 241.

Fabian 85—86.
Ferl 188—189.
Frenzel 84—85.

Gerhardt 242—243.
Göpffahrt 80—81.
Grotewohl 225—227.

Haubach 243—244.
Heilmann 216—217.
Hilferding 136, 165—184, 217—223, 224.
Hoffmann 101.

Juchacz 57—60.

Kalnin 17—18.
Karmann 154—155.
Klupsch 224.
Knack 217.
Kowoll 23—24.
Krüger 127—136.
Künstler 65—67, 101.

Lange 88—89.
Lehnemann 193—194.
Leuteritz 63—65.
Liebmann 72—74, 100—101.
Lipinski 136.
Litke 82—83.
Löbe 164, 196—198, 224, 228, 255.
Löwenstein 155—157, 163.
Ludwig 41—53, 102—104, 228.

Mäder 67—69.
Modigliani 18—19.
Möller 16—17.
Moltmann 160—161.
Müller, G. A. 89—90.
Müller-Franken 6—12, 211—213.

Nießner 25—26.
Nölting 194—196.

Petrich 247—249.
Peus 204—206.
Pfülf 90—92.
Pikard 241—242.

Renner 20—21, 101—102.
Rosenfeld 61—63, 94—97, 97—98, 150—153, 223.

Schaumburg 228
Scheidemann 190—192.
Schilling 90.
Schlichtinger 161—162.
Schmidt, Georg 136, 250—254.
Schmidt, Robert 137 bis 148, 164.
Schreck 162.
Schroeder 157—158.
Schulz 53—57, 148—150.

Sender 184—188.
Severing 200—204.

Stampfer 86—88.
Stauning 19—20.
Steinkopf 83—84.
Stelling 92—94.

Tomaschek 24—25.

Ulrich 209—211.

Vogel 113—114.

Wels 12, 13—15, 21, 22, 26—27, 28—41, 79, 97, 104—113, 136, 162, 163, 196, 223, 224, 228, 255—257.
Widmann 163.
Wilke 79—80.
Wimmer 153—154.

Zils-Eckstein 161.

Sachregister des Parteitages

Abonnentenversicherung 49.
Abrüstung 234—235, 248—250.
Abrüstungskommission 234.
Abrüstungsverhandlungen, Genfer 235.
Absatzregelung 125.
Achtstundentag in d. Landwirtsch. 253.
Agitationsbroschüren 82.
Agitationspolitik 209, 213.
Agrarprogramm 114—127, 127—136, 250—254, 273—282.
Agrarprogramm, bürgerliches 124.
Altersgrenze d. Jugendlichen 36—37, 56—57, 110.
Altersgrenze, Herabsetzung der 145.
Altersversicherung 205.
Alte Sozialdem. Partei 31, 73.
Angestelltenversicherung 144.
Anschluß 7, 21.
Anträge 258—272.
Anträge, Abstimmung über 108—113, 164—165, 223—224, 228, 250, 255.
Arbeiterbank 49, 89, 112.
Arbeiterjugend 36.
Arbeitersport 34, 43—44.
Arbeiterwohlfahrt 58.
Arbeitsgerichtsgesetz 145.
Arbeitslosigkeit 137, 140.
Arbeitsmarkt 169—170.
Arbeitszeitgesetz 140—141.
Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik 165—184, 217—223.
Ausgleichsgesetz 144.
Außenpolitik 244, 245, 247—248, 249.
Ausschlüsse 41, 51, 69, 225—227.
Ausschlußbestimmungen 51.

Beamtenfrage 37—39, 63, 67, 76—79, 80—81, 82, 83—84, 93—94, 110—111, 136.
Begrüßung 5—6, 15—21, 22—26, 27—28, 79.
Beiträge der Parteigeschäfte 73, 113.
Beitragsfrage 46, 50, 88, 113.
Beitragsleistung 42, 47.
Bericht der Kontrollkommission 60—61.
Bericht der Mandatprüfungskommission 113—114, 225—227.
Bericht des Parteivorstandes 28—41, 104—108.
Bericht über Agitation, Organisation und Kasse 41—53, 102—104.
Bericht über die Frauenbewegung 57—60.
Bericht über die Sozialistische Arbeiter-Internationale 228—241, 249—250.
Bericht über die sozialistische Kulturpolitik 53—57.
Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokr. Reichstagsfraktion 137—148.
Berliner Lokalblatt 65—66, 67, 68.
Berufsausbildungsgesetz 159.
Besetztes Gebiet 241—242.
Besoldungsordnung 155.
Beteiligung an Parteigeschäften 73, 103.
Betriebsdemokratie 171.
Betriebsformen der Landwirtschaft 130—131.
Betriebsgrößen in der Landwirtschaft 114—115, 117—119.
Bevölkerungszuwachs 120.
Bildungsprivileg 219.
Bildungswesen 42.
Bodenreform 127.
Bolschewismus 240.
Braun, Dr. Adolf 162, 163.
Bürgerblock 7—8, 9, 10, 137—138, 148, 175, 212.
Bürgerliche Parteien 183.
Bureau des Parteitages 3.

China 240, 243, 246.

Dank der Partei 255.
Darlehen 60.
Delegiertenliste 273—291.
Delegiertenstimmrecht 50.
Demokratie 172—174, 200, 218, 221—222.
Demokratie, „bürgerliche", 172—173.
Demokratie, „formale", 173—174.
Desillusionierung 194.
Deutschnationale 192.
Diätenabzüge 50, 89, 104.
Diktatur 206, 207, 208.
Doppelmandate 110.

Einheitsfront 231.
Einheitssoldat 194.
Einheitsstaat 177.
Einigungskongreß 12.

Einigungsvorschlag der Internationale 231.
Eintrittsgeld 50, 113.
Einwanderungsfragen 229—230.
Enteignung in der Landwirtschaft 134.
Entlastung des Parteivorstandes 113.
Entschuldungsgesetz 160.
Entwicklung der landwirtschaftl. Betriebe 127—129.
Eröffnungsrede 6—12.
Erwerbslosenfürsorge, produktive 138 139—140.
Erwerbslosenunterstützung 140, 143.
Erzeugergenossenschaften, landwirtschaftliche, 126.
Esperanto 112.
Etatsfertigstellung 204, 212.

Faschismus 175, 202, 237—239, 245.
Finanzausgleich 144.
Finanzausgleichsgesetz 160.
Frauenbewegung 47, 48, 57—60, 90.
Frauenweltabende 59.
Friedensgesellschaft 33.
Friedenspolitik 232.
Fürsorgekasse 46—47, 52, 84—85, 102, 112.
Fürstenabfindung 62—63, 67, 74—75, 79, 82, 84, 90—91, 94—97, 98—100, 101, 158.

Gemeinden, Selbstverwaltung der 178.
Generalstreik 236, 247.
„Genossin" 48.
Gesetz gegen Schund und Schmutz 146.
Gesetz zum Schutz der Jugend bei Lustbarkeiten 147.
Getreidemonopol 125.
Getreidezoll 141.
Gewaltanwendung 173, 187, 204, 207, 218.
Gewerkschaften 171.
Gewerkschaften, christliche, 171—172.
Gewerkschaften, Spaltung der 183.
„Gleichheit" 47—48.
Großgrundbesitz 131—132, 252.
Grundwertsteuer 205.
Grzesinski 32.

Halle 228.
Handelspolitik 167.
Handelsverträge 142.
Heidelberger-Programm-Broschüre 43.
Hilfsfonds 46—47.
Hitler 154, 164.
Hochverrat 152—153.
Hofgängerfrage 254.
Hölz 160, 161, 165.

Internationale 248, 249.
Internationale Frauenbewegung 58 bis 59.
Internationaler Gewerkschaftsbund, Beschluß 236.
Internationale Sozialistische Konferenz 230.
Internationalisierung der kapitalistischen Industrie 167.
Invalidenversicherung 144—145.
Invaliden- und Altersrente 145.
Italien 237—239.

Jahrbuch 29.
Jugend 222.
Jugendbewegung 59, 195.
Jungsozialisten 35—36, 67, 85, 91—92.

Kartelle 167.
Kinderausbeutung 157.
Kinderfreunde-Zeltlager 255.
Knappschaftsgesetz 145.
Koalition 208.
Koalitionspolitik 188, 189, 203, 210, 211, 213, 216, 218, 221.
Koalitionsproblem 181—182.
Kommunalpolitik 108—109.
Kommunisten 9, 40—41, 145, 147, 184—185.
Kommunistische Internationale 232.
Kommunistischen Internationale, Beschluß der 231.
Konkordat 149—150, 155—156, 161, 163, 164.
Konkurrenz, freie 168.
Konkurse 137.
Kontrollkommission 255.
Konzentration 44, 51—53, 102—104.
Konzernbildung 138.
Krankenpflegepersonal 154—155, 157.
Kreditgewährung 138.
Krieg 247.
Krieg, Imperialistischer 236.
Krieg, Stellung der Sozialisten zum 235—236.
Kriegsverhinderung 244.
Kündigungsfristen d. Angestellten 146.
Kulturbund, Sozialistischer 54.
Kulturkampf 108, 158, 176.
Kulturkartelle 35.
Kulturpolitik 53—57, 146—147.

Länderverwaltungen 179—180.
Landagitation 254.
Landarbeiter 134.
Landflucht 131—132, 158, 251.
Latifundienbesitz 132—133, 135.
Legien, Carl 5, 6—7.
Levi-Korrespondenz 32—33, 62, 72, 79, 105, 106.
Lipinski-Broschüren 43, 73—74, 228.
Lohnkampf der Landarbeiter 251.

Mandatsniederlegung 50, 112.
Marxismus in der Internationale 248, 249—250.
Meinungsfreiheit 33, 61—62, 72, 73, 75, 76, 84, 86, 87, 92—93, 100, 105.
Mieterschutzgesetz 154.
Mietfestsetzung 146.
Mietzinssteuer 154.
Milizsystem 182.
Mitarbeit an bürgerlicher Presse 73, 80, 82, 110.
Mitgliederbewegung 42.
Molkenbuhr 162—163.
Monarchie und Republik 174—175.
Monatsübersichten 48—49.
Monopolindustrie 166—167.
Musterstatut 45.

Nachwuchsfrage 196, 257.
Nahrungsmittelproduktion 120—121.
Nelsonbund 35, 85, 92, 107.
Nichtisch 31, 85—86.

Offiziersstand 193.
Opposition 33, 61, 66, 71, 72, 90, 101, 107.
Opposition gegen die Regierung 186, 194, 195, 197, 203, 204, 208, 220.

Pachtwirtschaft 135.
Parlamenten, Vertretung in 44.
Parteigeschäften, Sanierung von 52 bis 53, 102—103.
Parteikorrespondenz 104.
Parteischule 42, 48, 55—56.
Parteitagsbureau 3.
Pazifisten 182.
Personenkult 89, 100, 256—257.
Polen 8, 247.
Pressedienst 63.
Preußen 11, 177, 180, 189, 200—201, 215.
Preußen-Parteitag 40, 69—70, 109.
Produktionsförderung 125.

Rationalisierung 122, 138.
Realsteuer 160.
Rechtsregierung 175.
Redeverbot Hitler 154, 164.
Reformismus 184.
Reichsausschuß der in soz. Betrieben besch. Arbeiter 51—52, 85, 104.
Reichsbanner 34, 173, 188.
Reichsfrauenausschuß 48.
Reichsfrauenkonferenz 47, 90.
Reichsgewalt 179.
Reichsrat 177—178.
Reichsschulgesetz 54, 149, 158—159, 161, 176—177.
Reichsversicherungsanstalt 144.
Reichswehr 147, 182, 193, 212.
Religion 68—69.
Republik, Aufgaben der Sozialdemokratie in der 165—184, 217—223.
Republikschutzgesetz 147—148.
Republiksicherung 185, 200, 201, 209 bis 210, 216.
Revolution 7.
Revolutionismus 184—185.
Rheinland 246—247.
Richterlichen Ermessen, Erweiterung des 151.
Rüstungsbeschränkung 248, 250.
Rußland 147, 239, 240, 246, 248.
Rußland-England, Konflikt 246, 248.

Saargebiet 242—243.
Sacco u. Vanzetti, Kundgebung für 241.
Sachsenkonflikt 31, 32, 84.
Sachsenwahlen 74, 79, 84, 100.
Sächsische Parteibewegung 90.
Sanierung von Parteigeschäften 52—53, 102—103.

Schiedsgericht 60—61.
Scholz 245—246.
Schulgesetz 54, 149, 158—159, 161, 176—177.
Schulkampf 176—177.
Schulkompromiß 161.
Schulreaktion 158.
Schulwesen 148.
Schutzzoll 167.
Schwangerenschutz 157.
Selbstverwaltung der Gemeinden 178.
Sexualstrafrecht 153.
Siedlungspolitik 127.
Simultanschule 149, 163.
Sozialdemokratie, Aufgaben der, in der Republik 165—184, 217—223.
Sozialismus, praktischer, 205—206.
Sozialistischer Kulturbund 54.
Sozialpolitik, bäuerliche 135.
Sozialversicherung 144—146.
Spätkapitalismus 166.

Staat, Stellung zum 170.
Stagnation 40.
Stahlhelm 9.
Stahlhelmtag 202.
Statistik der Parteimitglieder 43, 44.
Sterbekassen 49.
Steuereinheitsgesetz 143.
Steuergesetzgebung 142—143.

Steuerpolitik 142—144.
Steuerreform 143.
Strafgesetzbuch 150.
Strafrechtsreform 150—151.
Strafvollzug 151.
Stresemann 245, 248.

Tagesordnung 4.
Technik in der Landwirtschaft 123—124.
Terror in Rußland 239.
Todesstrafe 152.
Totengedächtnis 13—14.

Ueberorganisation 34, 71, 88, 110.
Unterstützungskasse 46.
Unterstützungssätze der Erwerbslosen 140, 143.
Urwahlen 50.

Vermögen der Partei 45.
Versicherungsanstalt 144.
Vertretung in Parlamenten 44.
Verwaltungsmaterial 45.
Völkerbund 233—234.
Völkerbund, Beteiligung von Sozialisten am 233.
Völkerbund, Demokratisierung des 233.
Volksentscheid 29—30, 62.
„Volk und Zeit" 89.
Vorstandsbericht 28—41, 104—108.

„Vorwärts" 39—40, 61—62, 63—65, 66, 67, 86—87, 109, 159.

Waffenlieferungen aus Rußland 147.
Wahl der Kontrollkommission 196, 225.
Wahl der Mandatprüfungskommission 13.
Wahl der Parteitagsschriftführer 12 bis 13.
Wahl der Parteitagsvorsitzenden 12.
Wahl des Parteivorstandes 162, 225.
Wahlplakate 48.
Wehretat 212.
Weltliche Schulen 148—149, 161.
Weltwanderungskongreß 229—230.
Werbematerial für Frauen 48.
Werbewoche 30—31, 45.
Wirtschaft, organisierte, 166.
Wirtschaftsdemokratie 171.
Wirtschaftspolitik 137—139.
Wohnungsnot 153—154.
Wohnungszwangswirtschaft 146.

Zentrum 10, 175, 209, 220.
Zentrumsarbeiter 175—176, 190.
Zolltarif 141—142.
Zollvorlagen 141.
Zuchthausstrafe 152.
Zwischenhandel 254.

Reichsfrauenkonferenz

Begrüßungsabend

Freitag, den 27. Mai, abends 8 Uhr

Frau **Juchacz**, Berlin: Genossinnen und Genossen! Ich glaube die heutige Frauenkonferenz nicht besser begrüßen zu können als mit dem Hinweis auf den eben zu Ende gegangenen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Viele der anwesenden Delegiertinnen der Frauenkonferenz sind auch schon Teilnehmerinnen dieses Parteitages gewesen. Sie haben schon an den Verhandlungen und Beschlüssen mitgewirkt und stehen wohl mit mir unter demselben erhebenden Gefühl, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands auf eine erfolgreiche Wegstrecke zurückschauen kann und daß wir auf unserem Parteitag neue Kraft für fernere Arbeit und Kampf schöpfen konnten.

Ich begrüße in unserer Mitte Vertreter des Parteivorstandes. Ich begrüße mit ganz besonderer Freude die Vertreterin der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen Deutschlands, ebenso herzlich die Vertreterin der arbeitenden Jugend Deutschlands, sowie die Vertreterin der Arbeiterwohlfahrt, die deshalb einen Teil unserer Frauenbewegung darstellt, weil sie es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Frauen zur Teilnahme am staatsbürgerlichen Leben — soweit die Wohlfahrtspflege in Frage kommt — erziehen zu helfen.

Ich begrüße weiter die Genossin Kalnin aus Lettland, die schon als Vertreterin der lettländischen Sozialdemokratie am Parteitag teilgenommen hat. Wir freuen uns ihrer Anwesenheit und auch über die Teilnahme einer lieben Genossin, die heute dänische Staatsangehörige ist, die aus persönlichem Interesse an der deutschen Frauenbewegung, in der sie Jahrzehnte mitgearbeitet hat, gekommen ist.

Möge die Frauenkonferenz fruchtbare Arbeit leisten! Die Genossinnen, die aus allen Gauen Deutschlands zusammengeeilt sind, haben sich die Aufgabe gestellt, die Frauen der Arbeiterklasse politisch zu schulen und sie in dem großen Emanzipationskampf zu stützen, den die Frauen Deutschlands und der ganzen Welt jetzt zu führen haben. Nachdem die Frauen das Wahlrecht erhalten haben, ist ihr Kampf in noch stärkerem Maße notwendig als zu der Zeit, da sie rechtlose Staatsbürger waren. Unsere Genossinnen nehmen leidenschaftlichen Anteil an diesem Emanzipationskampf der Frau. Er ist nicht erfolglos. Die Frauen dringen in immer stärkerem Maße in das politische Leben, aber auch in das Wirtschaftsleben und in die Verwaltung unseres ganzen Staatslebens ein. Wir beobachten, wie — langsam zwar, aber sicher — der Aufstieg der Frauen zum vollen Staatsbürgertum sich vollzieht. — Wir sehen das auch in den anderen Ländern, in denen die Demokratie Eingang gefunden hat. Wo die Frauen das Wahlrecht

bekommen haben, zeigt sich die Weiterentwicklung der Demokratie. In den Ländern, in denen die Frauen noch nicht gleichberechtigt sind, sehen wir einen verstärkten Kampf der Frauen, ein Erwachen zu dem Willen, sich politische Rechte zu erwerben. Das zu beobachten, muß uns Freude und Genugtuung bereiten. Nicht nur von außen her kommt die Gleichberechtigung mit ihrer ganzen Entwicklungskonsequenz an die Frau heran. Aus innerem Antrieb schließen sich die Frauen den großen Bewegungen an, die ihrer Befreiung dienen. Die Frauen lernen in verstärktem Maße ihre großen Kulturaufgaben erkennen. Für diese Konferenz haben wir eine der großen Kulturfragen herausgegriffen, die für das weibliche Geschlecht von ganz besonderer Wichtigkeit ist: die Wohnungsfrage. Die Wohnung, die Werkstatt der Frau, selbst dann, wenn sie beruflich tätig ist, die Wohnung, die die Familie umschließt, in der sich das ureigenste Leben der Familie abspielt, die Wohnung, von deren Helligkeit oder Dunkelheit es abhängt, wie das Menschengeschlecht — das zu neuen Kämpfen, zu neuer Arbeit und zur Erfüllung neuer Aufgaben heranwachsen soll — gedeihen wird. Wir haben die Wohnungsfrage deshalb aus der Fülle der Probleme herausgegriffen, um die Frauen der arbeitenden Klasse darüber zu hören, wie es möglich gemacht werden kann, daß auf diesem Teilgebiet des menschlichen Lebens die arbeitende Frau aktiv mitwirken kann. Mitwirken in der Erziehung ihrer eigenen Geschlechtsgenossinnen zur bewußten Mitarbeit bei der Lösung der Wohnungsfrage.

Im Zeichen des Parteitags mit seinen guten Erfolgsaussichten für die Zukunft eröffne ich unsere Frauenkonferenz. (Lebhafter Beifall.)

Hermann **Müller** (Parteivorstand): Werte Genossinnen und Genossen! Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie hat mir den ehrenvollen Auftrag erteilt, Sie heute zu begrüßen. Das Meiste, was ich Ihnen sagen könnte und wollte, hat die Kollegin Juchacz schon gesagt. Sie sehen daraus, wie homogen wir im Parteivorstand sind, sie war die reinste Gedankenleserin. (Heiterkeit.)

Die Genossin Juchacz hat schon gesagt, daß diese Frauenkonferenz eine Spezialfrage erörtern soll: die Wohnungsfrage. Als ich heute sah, wie am Rathaus die Dekorationen für die Ankunft des Reichspräsidenten angebracht wurden, da fiel mir ein, daß der Reichspräsident, als er noch Feldmarschall draußen war, einmal an Damaschke einen Brief geschrieben hat, in dem er sagte, daß nach diesem Kriege jeder Feldgraue sein Eigenheim bekäme. (Hört, hört!) Wir haben nach dem Kriege immer wieder die Parole ausgegeben, daß wegen der Verelendung der Bevölkerung durch den Krieg mehr Sozialpolitik getrieben werden müßte. Es ist auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung auch gelungen, große Fortschritte — gemessen an der Vorkriegszeit — zu erreichen. Aber das wichtige Gebiet der Wohnungsfürsorge ist am meisten vernachlässigt worden. (Sehr richtig!) Deshalb ist es dringend geboten, daß gerade die Frauen sich mit der Wohnungsfrage befassen. Ich glaube — ich sage das, weil der Parteivorstand in diesem Punkt vielfach kritisiert worden ist —, daß das die Frauenkonferenz auch nach dem Parteitag tun kann. Wir müssen den Parteiausschuß stets vor dem Parteitag einberufen, und wir legen den größten Wert darauf, daß die Frauen, die im Parteiausschuß mitarbeiten, an der Tagung des Parteiausschusses und der Frauenkonferenz teilnehmen. Schließlich hat auch die Frauenkonferenz nicht die Aufgabe, Eier zu legen, die nachher mit Hilfe der Männer auf dem Parteitage erst ausgebrütet werden müssen. (Heiterkeit.) Ich glaube daher, daß diese Konferenz auch nach dem Parteitag ihre Wirkung haben wird. Sie soll zur Verständigung dienen über die speziellen Aufgaben,

die für die Agitation unter den Frauen in Betracht kommen. Wir werden immer gern neue Anregungen hören, die sich dann in den Bezirken auswirken müssen — wobei ich nicht für jede neue Anregung eintreten möchte. Ich glaube, es sind hier alle Frauen damit einverstanden, daß der Parteitag den Antrag 36 ohne Sang und Klang abgelehnt hat, der verlangte, daß die sozialdemokratischen Pfarrer mit Hilfe anderer Genossen die Frauenbewegung fördern sollen, weil sie den größten Einfluß hätten. Ich glaube, es ist keine Veranlassung dazu, die Methode unserer Agitation unter den Frauen zu ändern. Worauf es ankommt, ist, die große Arbeit zu leisten, die bis Ende 1928 zu den Wahlen geleistet werden muß. Im Jahre 1928 müssen die Frauen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gegen den Besitzbürgerblock aufgeboten werden. (Sehr wahr!) Der Besitzbürgerblock ist volksfeindlich. Er ist insbesondere frauenfeindlich. Er ist dabei, gegen die Schule ein Attentat auszuüben. Aber vor allen Dingen hat er sich am stärksten ausgewirkt — ich möchte beinahe sagen, auf dem Küchenzettel. Die Bestrebungen zur Erhöhung des Mehlzolls, Zuckerzolls usw. treffen die Frau viel mehr als den Mann. Das müssen bis zur nächsten Wahl die breiten Massen der weiblichen Bevölkerung erkennen. Sie müssen wissen, wo sie Hilfe zu erwarten haben. Denken Sie an die Arbeit, die Sie zu leisten haben und die Ihnen, Ihren Kindern und dem ganzen deutschen Volke zugute kommen soll.

Mir wird soeben ein Telegramm an den Sozialdemokratischen Parteitag zu Kiel heraufgereicht, das zu spät gekommen ist, und das ich deswegen hier verlese: „Republikanischer Tag in München von der Regierung verboten." (Lebhafte Pfuirufe.) Sie sehen also, daß dort, wo wir nicht erst seit diesem Jahre, sondern bereits seit 1920 einen Bürgerblock haben, die Regierung es wagen kann, einen Reichsbannertag, einen republikanischen Tag in der Republik zu verbieten, trotzdem dort die Weißblauen, die Stahlhelmer, die Völkischen und wie sie alle heißen, vor den Propyläen fortwährend ihre Demonstrationen veranstalten können. Das zeigt uns, wieviel wir noch leisten müssen. Wir sind so stark, wie wir sein wollen. (Sehr richtig!) Wenn wir stärker sein sollen, brauchen wir nicht nur die Jugend, sondern auch die Frauen. In diesem Sinne wünsche ich Ihren Verhandlungen den besten Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Frau **Kurfürst**, Kiel: Genossinnen und Genossen! Im Namen der Frauengruppe Groß-Kiel heiße ich alle Delegierten und Delegiertinnen sowie Gäste herzlich willkommen. Wir Kieler Frauen freuen uns, daß mit dem Parteitag zusammen in diesem Jahre die Reichsfrauenkonferenz in Kiel stattfindet, und wir wünschen den Verhandlungen vollen Erfolg. Wir hoffen, daß es den Verhandlungsteilnehmern ermöglicht wird, ihr Wissen zu erweitern und zu vertiefen, damit sie, von der Frauenkonferenz mit neuem Rüstzeug ausgerüstet, um so besser und tatkräftiger ihre Arbeit wieder aufnehmen können, damit wir auf künftigen Konferenzen feststellen können, daß die Arbeit in Kiel von Erfolg gekrönt war.

Wir wünschen aber nicht nur vollen Erfolg für die Arbeit. Wir hoffen auch, daß die Kieler Frauenkonferenz ein gemeinsames Erlebnis der Genossinnen sein wird, an das sie gern zurückdenken, indem wir das, was wir alle wohl ahnen, in den Verhandlungen zum Ausdruck bringen, daß wir in allen Orten und Bezirken, eine jede in ihrem Wirkungskreis, gleich schwer zu arbeiten und zu kämpfen haben, und daß wir sagen: trotz alledem, ja gerade, weil es so schwer ist, wollen wir arbeiten und niemals müde werden.

In diesem Sinne heiße ich alle Teilnehmer der Reichsfrauenkonferenz nochmals herzlichst willkommen und wünsche den Verhandlungen vollen Erfolg.

Frau **Hanna,** Vertreterin des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes: Sehr geehrte Versammlung! Ich habe die Ehre und die Freude, die Reichsfrauenkonferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands als Delegierte des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßen zu können. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Sozialdemokratische Partei verfolgen bis zu einem gewissen Grade die gleichen Ziele, nämlich bessere Lebensbedingungen allen Menschen zu schaffen. Deshalb gehen auch die Sozialdemokratische Partei und der ADGB. diesen Weg eine große Strecke gemeinsam. Beide Organisationen haben erkannt, daß sie zur Erreichung ihrer Ziele auch der Frau bedürfen, der Frau als Wählerin und als wichtigen Faktor im Wirtschaftsleben, sowie als Erzieherin der Jugend. Deshalb finden alle Bemühungen, die von der Sozialdemokratischen Partei darauf gerichtet sind, das Interesse und die Anteilnahme der Frauen an der Arbeiterbewegung zu wecken und zu vertiefen, bei den Gewerkschaften den größten Beifall und Anerkennung. Als äußeres Zeichen hierfür hat der ADGB. eine Vertretung zu dieser Konferenz entsandt und mich beauftragt, die Grüße der freien Gewerkschaften zu überbringen. Ich wünsche deshalb als Beauftragte der Gewerkschaftsbewegung Ihrer Tagung den besten Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Käte **Fröhbrodt,** Vertreterin der Sozialistischen Arbeiterjugend: Liebe Genossinnen! Auch die Sozialistische Arbeiterjugend Deutschlands, besonders aber die Mädel der Arbeiterjugend, bieten Ihrer Tagung ebenfalls die besten Grüße und wünschen ihr den besten Erfolg. Wir wissen, daß unsere Arbeit nur ein Stückwerk ist, wenn sie nicht einmündet in den großen Strom der Arbeiterbewegung. Darum unsere innige Verbundenheit mit der Sozialdemokratischen Partei, und wir Mädel wieder im besonderen mit der sozialistischen Frauenbewegung. Wir erziehen und schulen die jungen Kämpfer, die einstmals am großen Werk des Sozialismus weiterbauen sollen bis zu seiner Vollendung. Möge auch Ihre Arbeitstagung ein Markstein auf diesem Wege sein! Frei Heil! (Lebhafter Beifall.)

Frau **Kalnin,** Lettland: Genossinnen und Genossen! Ich habe die angenehme Pflicht, die deutsche Frauenkonferenz im Namen des Frauenkomitees der Sozialdemokratischen Partei Lettlands zu begrüßen. Ich spreche nicht im Namen einer alten und starken Frauenbewegung, sondern unsere Frauenbewegung ist erst nach dem Kriege entstanden. Wir haben in unsern Organisationen noch gegen den Gedanken anzukämpfen, daß die Frauenbewegung überflüssig ist, daß die Frauenmassen auch ebenso gut von der Gesamtpartei erfaßt werden können. Hier haben wir uns sehr oft auf das begeisternde Beispiel der deutschen, österreichischen und englischen Frauenbewegung berufen.

Wir haben in Lettland wohl das aktive und passive Wahlrecht, leider ist aber das passive Wahlrecht nur auf dem Papier stehen geblieben, weil wir das Wahlrecht der ungebundenen Listen haben, wobei jeder Wähler den Kandidaten wegstreicht, den er nicht wünscht; wenn die Frauen zehnmal, die Männer aber nur neunmal weggestrichen werden, dann fallen die Frauen aus, obwohl sie 90 000 oder 100 000 Stimmen erlangt hätten. Das ist natürlich ein großes Hindernis für das Reifwerden der Frau in der Politik. Ich kann hier aber auch auf die angenehme Erscheinung hinweisen, daß die Frauenmassen bei der Ausübung ihres aktiven Wahlrechts bewiesen haben, daß sie auf der Höhe sind. Die Frauen haben nämlich 5 Proz. mehr für die Sozialdemokratie gestimmt, als die Männer. (Bravo!)

Ich kenne die deutsche Frauenbewegung seit 20 Jahren. Ich habe sie in dieser Zeit beobachten können, und kann zu meiner aufrichtigen Freude sagen,

daß die deutsche Frauenbewegung vorwärts marschiert. Ich glaube, es wird nicht mehr lange dauern, daß die deutsche Frauenbewegung auch die Mehrheit der deutschen Proletarierinnen erfaßt hat. Was ich heute der deutschen Frauenbewegung wünsche, ist, daß sie bei den nächsten Wahlen beweist, daß sie durch ihre Arbeit die Mehrzahl der deutschen Frauen für die Partei gewinnt. Das ist mein herzlichster Wunsch, und ich hoffe, daß sich die deutsche Frauenbewegung in diesem Sinne weiter entwickelt. Ich wünsche der Frauenkonferenz, daß sie für diese Arbeit die Richtlinien trifft zum Nutzen und zum Wohle der ganzen internationalen Frauenbewegung. (Bravo! und Händeklatschen.)

Frau **Juchacz:** Ich handle bestimmt in Ihrem Sinne, wenn ich für die guten Worte und Wünsche unsern herzlichsten Dank ausspreche.

Es sind uns Schreiben und Depeschen aus der internationalen Frauenbewegung zugegangen. Seit der Internationalen Frauen-Konferenz in Hamburg hat sich ein lebhafter Gedankenaustausch zwischen den führenden Genossinnen aller Länder angebahnt. Unsere Genossin Adelheid Popp aus Wien bedauert, aus Gesundheitsrücksichten an unserer Tagung nicht teilnehmen zu können. Es grüßen uns die deutschen Genossinnen der Tschecho-Slowakei und der tschechischen Sozialdemokratie. Die Vertreterin der polnischen Genossinnen hat ihre Reise zu uns wegen bevorstehender Wahlen aufgeben müssen. Auch sie wünscht unserer Tagung den besten Verlauf. Die belgischen Genossinnen übermitteln uns ebenfalls ihre herzlichsten Grüße. Die englischen Genossinnen beschäftigen sich in diesem Jahre u. a. ebenfalls mit der Wohnungsfrage und freuen sich, deutsche Genossinnen im nächsten Jahre auf der internationalen Frauenkonferenz in London begrüßen zu können.

Ich schlage vor, daß sich die Frauenkonferenz heute schon konstituiert.

Auf Vorschlag aus der Mitte der Versammlung werden gewählt:

als Vorsitzende Frau Kurfürst, Kiel, und Frau Juchacz, Berlin,

als Schriftführerinnen die Genossinnen Hauke, Oberschlesien; Schulz, Herne, Bauer, Leipzig, und Todenhagen, Berlin;

als Mandatprüfungskommision Bollmann, Halberstadt; Schilling, Döbeln; Hartung, Ostpreußen; Andresen, Hamburg und Heiser, Mannheim.

Damit schließt der Begrüßungsabend.

Es folgt ein Lichtbildervortrag des Stadtbaurats Wagner über neuzeitliches Bauen, der mit großem Beifall aufgenommen wird.

Zum Schluß läuft der Film vom Parteitag.

Schluß des offiziellen Teiles 9 Uhr 15 Minuten.

Erster Verhandlungstag

Sonnabend, den 28. Mai 1927, vormittags 9 Uhr

Vors. Frau **Kurfürst:** Ich eröffne hiermit unsern heutigen Verhandlungstag der Reichsfrauenkonferenz und bitte die Genossin Juchacz, das Wort zu ihrem Vortrag zu nehmen über den

Jahresbericht.

Frau **Juchacz,** Berlin: Genossinnen und Genossen! Ich habe Ihnen allen geschrieben, daß sich die drei Frauen im Parteivorstand dahin verständigt haben, Sie zu bitten, daß in diesem Jahre über unsern schriftlichen Bericht

eine recht ausgiebige Debatte einsetzen soll. Bei einigermaßen gründlichem Studium können Sie sich ein gutes Bild über die Frauenbewegung in den 1¾ Jahren seit dem Heidelberger Parteitag machen. Ich richte aber nochmals an die Genossinnen, die als Funktionärinnen tätig sind, besonders aber an die Genossinnen, die durch das Vertrauen der Parteigenossenschaft in die Bezirksleitungen gekommen sind, den Appell, in Zusammenarbeit mit den Bezirksvorständen und Bezirkssekretären der jährlichen Berichterstattung ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Wir haben erst wenig Sekretärinnen, es ist noch viel ehrenamtliche Mitarbeit notwendig. Bitte versetzen Sie sich in die Lage der Genossinnen im Parteivorstand! Wir können unmöglich sehen, wie sich im Laufe eines Jahres im ganzen Reich die Frauenbewegung abspielt. Wohl sehen wir, ob die Frauenbewegung lebhafter und inhaltsreicher geworden ist. Aber zur gewissenhaften und umfassenden Berichterstattung brauchen wir die Unterstützung der im ganzen Land in der Bewegung arbeitenden Genossen und Genossinnen. Es genügt nicht, daß Sie die Sitzungen besuchen, es ist nötig, daß Sie die Frauenbewegung, **die Sie führen sollen,** so beobachten, daß sich Ihnen beim Ablauf eines Jahres die Frauenbewegung Ihres Bezirks so lebendig darstellt, daß Sie leicht eine solche lebendige Uebersicht geben können.

Die Aufgaben der Frauenkonferenz! Wir sind in erster Linie Mitglieder einer großen Partei. Die Frauenbewegung ist nur ein Bestandteil dieser großen Partei. Zahlen und Beobachtung des politischen Lebens zeigen uns, daß die Frauen zu Staatsbürgerinnen in sozialistischem Sinne besonders geschult werden müssen. Diese Aufgabe ist sehr vielseitig. Aus ihr ergeben sich auch die Aufgaben für unsere Frauenkonferenzen. Wir wollen eine große Frauen-Arbeitsgemeinschaft bilden, die die sozialistischen Ideen in den weiten, noch abseits stehenden Frauenkreisen verbreitet. Die Frauenkonferenzen sind im Laufe der Zeit in ihrer Ausstrahlung auf die Mitarbeiterinnen aktiver und fruchtbarer geworden.

Es sind in der Berichtszeit vom Frauenbureau des Parteivorstandes in die Bezirke, die im vorigen Jahresbericht kein sehr gutes Entwicklungsbild gegeben haben, sehr viele Anregungen hinausgegangen. Erfreulich ist, daß gerade in diesen Bezirken die Bewegung besser geworden ist. Das läßt sich zahlenmäßig beweisen. Aber auch in der Vermehrung der bildenden Veranstaltungen, der Frauenkonferenzen und Kurse, der behandelten Probleme, der vermehrten Agitation drückt sich das aus.

Ich habe in Heidelberg kritisiert, daß wir in manchen Bezirken öfter einen Anlauf zur Arbeit erleben, dann folgt ein Stillstand, bis man sich plötzlich vor einer Wahl wieder auf die Arbeitsnotwendigkeit besinnt. Wir dürften uns keine Ruhe gönnen oder vom Ziele abirren, sondern müßten dauernd das Ziel der politischen Schulung und Aktivierung der Frau verfolgen. Für die Berichtzeit ist eine erfreuliche Stetigkeit der Arbeit zu verzeichnen. Es geht, wenn auch nicht mit Siebenmeilenstiefeln, vorwärts. Wir wollen uns diese Stetigkeit auch für unsere weitere Arbeit zur Richtschnur machen. Wir wollen neben den Frauenkonferenzen, die sich sowohl in den Orten wie in den Bezirken als ständige Einrichtung vorzüglich bewähren, auch regelmäßig Frauenkurse abhalten, in denen systematische Fortbildung getrieben wird. Wo es angeht, empfehle ich die beliebte Form der Arbeitsgemeinschaften. Diese Versuche, die Frauen politisch zu aktivieren, haben sich glänzend bewährt.

Die Frauenabende — früher Frauenleseabende genannt — verfolgen im wesentlichen denselben Zweck. Diese Arbeit ist nicht so systematisch wie in den Kursen und Arbeitsgemeinschaften. Die Frauenabende sind aber Vorstufe für Kurse. Ich empfehle den Genossinnen, die mit der

Leitung der Frauenabende betraut sind, sich ein bestimmtes Vortrags- und Arbeitsprogramm für die neun bis zehn Monate zu machen, in denen Frauenabende vierzehntägig oder monatlich stattfinden können. Es ist ein buntes Bild der verschiedensten Frauenfragen, die auf diesen Frauenabenden behandelt werden, natürlich Frauenfragen nur in einem bedingten Sinne; denn es sind ja eigentlich alles Menschheitsfragen. Auf den Frauenabenden bekommt der Verhandlungsstoff aber doch eine andere Note, er wird von einer Seite besprochen, die das Interesse der Frauen und Mütter stärker erregt. Auch in den Frauenkonferenzen behandeln wir alle Fragen in detaillierter Art.

Die Probleme, die auf Reichsfrauenkonferenzen behandelt werden, haben stets ihre Wirkung bis in die kleinsten Frauengruppen ausgeübt. Ich erinnere nur an das Referat, das uns in Heidelberg Gen. Saenger über den Reichsstrafgesetzentwurf gehalten hat. Dieser Vortrag wäre doch in dieser Form in der Partei nirgends gehalten worden, wenn sich nicht die Reichsfrauenkonferenz eine solche Aufgabe gestellt hätte. Der Abdruck des Referats in der „Genossin“ hat in unzähligen Ortsgruppen die eingehende Erläuterung des Themas ermöglicht.

Es wäre zweckmäßig, einmal in unserem Kreis über das Problem der Frauenerwerbsarbeit, wie sie sich im heutigen technischen Rationalisierungsprozeß entwickelt hat, zu sprechen. In diesem Jahr war das deshalb nicht gut möglich, weil vielleicht schon über die Rationalisierung, nicht aber über den Umfang der Frauenerwerbsarbeit und über die Gruppierung der Frauen innerhalb der Wirtschaftsentwicklung ein klares Bild zu bekommen ist. Die statistischen Erhebungen sind noch nicht so weit durchgearbeitet, daß man die notwendigen Schlußfolgerungen daraus ziehen könnte. Es wird aber für die nächste Zukunft zu empfehlen sein, uns mit dieser Frage zu beschäftigen. Nicht, weil wir damit in ein den Gewerkschaften vorbehaltenes Gebiet eindringen wollen, sondern weil wir aus den wirtschaftlichen Tatsachen Schlüsse für die Politisierung und Emanzipierung der Frauen ziehen können und müssen. Erst mit der Umwandlung unseres Wirtschaftslebens hat für die Masse der Frauen der innere und äußere Umwandlungsprozeß und damit die Entwicklung der Demokratie und die bewußte Teilnahme der Frau am staatsbürgerlichen Leben begonnen. Erst, nachdem das Wirtschaftsleben die Frau in seinen Bannkreis gezogen hat, hat eine wirklich bewußte Frauenbewegung und der Kampf um die Staatsbürgerrechte begonnen.

1925 hatten wir eine Durchschnittsziffer von 17,4 Prozent Frauen in der Gesamtmitgliederzahl der deutschen Partei. Aus dem vorliegenden Bericht geht hervor, daß es jetzt zirka 20 Prozent im Durchschnitt sind. Wir haben also zahlenmäßig einen um ein weniges gesteigerten Anteil in der Sozialdemokratischen Partei. Wenn Sie sich aber die Ziffern in den einzelnen Bezirken ansehen, so finden Sie doch große Unterschiede. Prozentsätze von 27,6 in Schleswig-Holstein, 15,17 in Ostpreußen, von 14,71 in Braunschweig, von 30,82 in Magdeburg (einem Bezirk, in dem auch die Männerbewegung zahlenmäßig stark ist) stehen sich gegenüber. Wir werden unsere ganze Kraft daran setzen müssen, in allen Bezirken die Frauenbewegung zahlenmäßig und in ihrem lebendigen Impuls zu steigern. Die Zahlen allein machen es nicht; die politische Aktivität muß zusammen mit der zahlenmäßigen Stärke das Bild der Frauenbewegung geben.

Wir müssen unsere Kraft zielbewußt darauf konzentrieren, die Frauen in die allgemeinen Parteiveranstaltungen hineinzubringen. Wir dürfen nicht den Anschein erwecken, als wäre das politische Interesse der Frauen nur auf die Fragen gerichtet, die sie scheinbar als Frauen persönlich

angehen. Auf dem Parteitag ist mit Recht gesagt worden, daß wir Frauen unsere Aufmerksamkeit auf die Ernährungspolitik des Reiches zu richten haben, auf die Zoll- und Steuerpolitik. Wollen wir, daß die Frauen an diesen Lebensfragen des deutschen Volkes teilnehmen, dann müssen wir sie doch in unsere Parteiveranstaltungen hineinbringen, müssen hierfür eine intensive Agitation entfalten. Frauenveranstaltungen mit öffentlichem Charakter, wie wir sie bei den Wahlen gehabt haben, sind hierfür nur bedingt geeignet. Ueber den Wert öffentlicher Frauenversammlungen ist man auch in den Bezirken geteilter Meinung. Nicht, daß öffentliche Frauenversammlungen überhaupt überflüssig sind. Gewiß, in normalen Zeiten sind sie selten nötig. Aber daß man die Frauen zu besonderen Frauenwählerversammlungen aufrufen muß, wird uns immer wieder versichert. Weil es auch heute noch zutrifft, daß ein größerer Frauenbesuch zu verzeichnen ist, wenn der Ruf besonders an die Frauen ergeht. (Sehr wahr!) Deshalb sollten wir von Fall zu Fall entscheiden, ob wir bei besonderen politischen Anlässen auch besondere Frauenversammlungen abhalten wollen.

Ebenso ist es zweckmäßig, die Frauen von Zeit zu Zeit zur Besprechung irgendeiner Gesetzesvorlage, irgendeiner großen, sie besonders interessierenden, Frage zu rufen und sie zur Stellungnahme aufzufordern. Ich denke z. B. an das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, an das Jugendwohlfahrtsgesetz, an das Gesetz zum Schutz der Jugendlichen bei Lustbarkeiten u. a. Namentlich, was das Letztere anlangt, müssen wir jede Gelegenheit benutzen, um die breiten Massen der Frauen über unsere Haltung zu informieren, damit nicht die Meinung genährt wird, als wäre die Sozialdemokratie gegen den Schutz der Kinder. So gibt es eine ganze Reihe von schwebenden Fragen, die die Frauen aufgreifen und erörtern müssen. Ich hätte es z. B. sehr gern gesehen, wenn schon im Laufe der letzten Jahre die Frauen mit Hilfe der kommunalen Organe versucht hätten, in die Verwaltung des kommunalpolitischen, gemeinwirtschaftlichen Wohnungsbaues einzudringen. Wenn man bürgerliche Frauenflugblätter oder demokratische Tagesblätter liest und sieht, wie die Frauen dort zu allen Fragen des täglichen Lebens Stellung nehmen, zur Wohnungsfrage, Ehefrage, Erziehungsfrage, zur Frage der Staatsangehörigkeit der Frau, zur Frage der Umgestaltung des bürgerlichen Rechts, so zeigt das doch ein lebhaftes geistiges Leben. Ich wünsche, daß die sozialdemokratische Frauenbewegung im gleichen oder noch stärkeren Maße aktiv wird. .

Genossinnen! Verlassen Sie sich auch nicht auf die Weisheit der Redner und Rednerinnen, die aus den Großstädten zu Ihnen kommen sollen und dann, ausgerüstet mit Wissen und Material, zu Ihnen sprechen sollen; verschaffen Sie sich selbst die einschlägige Literatur, zu der Sie dann kritisch Stellung nehmen können. Durch Uebung kommt man zum Können. Sprechen Sie den Inhalt der Bücher und Zeitungen unter sich durch! Sie müssen in jeder Zusammenkunft eine Frau oder einen Mann haben, die Zeit und Gabe haben, sich vorbereitend mit den Fragen des Tages und der Zukunft zu beschäftigen. Es braucht bei der Durcharbeit nicht immer ein Abschluß erzielt zu werden. Es kommt mehr darauf an, den Frauen Anregungen zu geben, damit sie an sich arbeiten.

Gestatten Sir mir noch, auf den sachlichen Inhalt der Anträge einzugehen, die vom Parteitag dem Parteivorstand überwiesen oder abgelehnt worden sind. Ich tue das, weil ich weiß, daß sich die Debatte mit ihrem Inhalt beschäftigen wird. Auch zu den wenigen Anträgen, die direkt an die Frauenkonferenz gerichtet wurden, einige Worte. Alle diese Anträge sind geboren aus dem Willen der Frauen, unserer Sache zu nützen.

Einen gerechten Delegationsmodus entsprechend der Zahl der weiblichen Mitglieder haben wir heute schon. Im Organisationsstatut der Partei steht, daß wir auf Grund unserer Mitgliederzahl an allen Vertretungen und Aemtern beteiligt sein sollen. Der Parteiausschuß hat 32 Männer und 10 Frauen — der Prozentsatz ist gut, ist stärker, als wir verlangen könnten. Bei den Mandaten aus den Bezirken zum Parteitag ist das Zahlenverhältnis nicht so gut. Bezirke mit vier und sechs Delegierten haben keine Frau geschickt, solche mit 13 bis 18 Delegierten nur eine Frau. Das kann man nicht durch einen Antrag ändern, man muß in den Bezirken dafür sorgen, daß die Zahl der zum Parteitag entsandten Frauen der Zahl der organisierten Genossinnen entspricht.

Daß Frauenkonferenzen unbedingt vor dem Parteitag stattzufinden haben, kann ich nicht zugeben. Es wurde gesagt, daß die Genossinnen, wenn sie am Parteitag teilnehmen, für die Frauenkonferenz zu müde sind. Ich schätze die Kraft der Frau nicht so gering ein. Aber selbst, wenn es so wäre, halte ich den Parteitag doch für die wichtigere Veranstaltung und wünsche, daß die Kraft der Genossinnen lieber dem Parteitag gewidmet ist. Die Genossinnen sollen in ihren Bezirken Bericht über den Parteitag und die dort gefaßten Beschlüsse erstatten. Es ist gleichgültig, wann und wo eine Frauenkonferenz stattfindet, wenn sie nur ihre Aufgaben erfüllt. Wenn der Parteivorstand einmal eine Frauenkonferenz zu einer ganz anderen Zeit und an einem ganz andern Ort einberufen würde, würde das die Aufgaben und den Zweck der Frauenkonferenz auch nicht beeinträchtigen.

Der Antrag, wieder eine Frauenzeitschrift unter dem Namen „Gleichheit“ erscheinen zu lassen, gibt mir Veranlassung zu der Frage: Wie halten Sie es mit dem jetzt vorhandenen Material, das den Frauen zur Verfügung gestellt wird? Wir hatten früher „Die Gleichheit“, die über die Frauenprobleme hinaus in jeder Nummer einen politischen Leitartikel brachte, den ich immer mit dem größten Genuß gelesen habe. Was aber zu einer Zeit notwendig war, als die Frauen noch rechtlos waren, braucht nicht notwendig zu sein, wenn die Frauen gleichberechtigte Staatsbürgerinnen sind. Wenn ich sechsmal in der Woche den politischen Leitartikel meiner sozialdemokratischen Tageszeitung lese, muß ich über die politischen Tagesfragen unterrichtet sein. Dann brauche ich nicht noch in einer Frauenzeitung einen Abklatsch der Tagespolitik der letzten 14 Tage zu erhalten. Alles, was Sie sonst in der „Gleichheit“ gefunden haben, finden Sie heute in der „Genossin“, die als Informationsorgan der Funktionärinnen der Partei bezeichnet wird, aber doch diesen Begriff nicht eng auffaßt. Der Parteivorstand ist aber auch nach der andern Seite großzügig in der Auslegung dieses Begriffs. Während die Auflage zu Anfang erst 10 000 betrug, hat sie sich jetzt auf 33 000 gesteigert und zeigt dauernd eine Tendenz, zu steigen. Die Genossinnen Nemitz, Ryneck und ich sind doch sehr viel draußen bei größeren Frauenveranstaltungen und haben stets ein lebhaftes Interesse daran, zu erfahren, ob Sie die „Genossin“ für Ihre Arbeit gebrauchen können oder an dieser Zeitung etwas auszusetzen haben. Ich habe zwar viele Anregungen bekommen, die ich dankbar aufgenommen und verwendet habe, aber eine wirkliche Kritik ist unserer kleinen Zeitschrift nicht zuteil geworden. Daß unser Informationsorgan eine fortlaufende Ausgestaltung erfahren muß, halte ich für selbstverständlich. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie auch in diesem Kreis uns Anregungen geben würden, wie wir einen größeren Kreis von Frauen für die Bewegung erschließen können, wie wir die Frage des Nachwuchses in erschöpfender und befriedigender Weise lösen können,

wie wir zu einer guten Arbeitsgemeinschaft mit den jungen Mädchen kommen können, die aus der Arbeiterjugend in die Frauenbewegung hinüberwechseln sollen. Diese jungen Menschenkinder, die kulturelle Pionierarbeit in der SAJ. geleistet haben, sollen später das sich fortentwickelnde und die Bewegung befruchtende Element in der Frauenbewegung und damit in der Partei bilden. Wir sind uns doch bewußt, daß der ältere, in seiner Aufnahmefähigkeit abgeschlossene Mensch die uns bewegenden Fragen nur zu seinem Teil lösen kann, daß eine junge Generation mit neuem Freiheits- und Kulturwillen in unsere Bewegung hineinkommen muß.

Ich muß Sie auch um Aeußerung darüber bitten, wie man an die nicht durch die SAJ. erfaßte weibliche Jugend herankommt. Ich meine nicht die unter 20 Jahren, sondern die älteren Frauen und Mädchen, die in Fabriken, Warenhäusern, Büros usw. arbeiten. Wenn man vor einem Warenhaus steht und sieht, wie nach Schluß des Geschäfts die jungen, hübsch angezogenen Mädchen auf die Straße strömen, mit welchem jungen Mann sie sich da treffen, dann weiß man Bescheid. Es sind selten junge Männer, die zur Arbeiterbewegung gehören. Die jungen Mädchen aber sind meistens Töchter von Arbeitern, von z. T. organisierten Arbeitern. Die jungen Arbeitertöchter sind durch solche Bekanntschaften mehr gefährdet als die jungen Männer, besonders dann, wenn die Eltern etwas „Besseres" aus ihnen machen wollen. Verstehen Sie nicht falsch. Ich habe nichts dagegen, daß die Frauen alle, auch die qualifizierten, Berufe ergreifen. Aber in dem jungen Proletariat darf sich nicht das Vorurteil herausbilden, daß sie etwas „Besseres" sind. Jede Arbeit adelt, und jede Arbeit hat volkswirtschaftlichen Wert, jede Arbeit wird getan, damit die Menschen aus dem Ertrag ihren Lebensunterhalt bestreiten.

Aber auch an die Fabrikarbeiterinnen kommen wir schwer heran. Ich wollte einmal in Spandau in den Deutschen Werken zu den Arbeiterinnen sprechen. Die Versammlung sollte unmittelbar nach Schluß der Arbeitszeit stattfinden, damit die eingeladenen Frauen nicht noch Extrazeit für den Weg zu opfern brauchten. Tausende von Männern und viele Hunderte von Frauen sind an dem Lokal vorbeigegangen, aber nur 12 oder 15 hereingekommen. Bitte, lösen wir doch einmal die Frage: Wie kommen wir an die Millionen von Fabrikarbeiterinnen heran? Wie können wir sie politisch erfassen? Sie werden sagen: die Frauen waren müde, hungrig, unruhig um ihrer Kinder willen. Es sind tausende Gründe vorhanden. Aber doch muß es eine Möglichkeit geben, um diese erwerbstätigen Frauen zu erfassen. Daß uns dabei keine „Gleichheit" hilft, daß wir diesen Frauen nicht schwere Themen vorsetzen, sie nicht gleich mit den schwierigsten Problemen der sozialistischen Weltanschauung beglücken können, ist doch wohl klar. Dazu bedürfen wir anderer Mittel. Ich hoffe, daß wir hier sehr viel darüber hören werden.

Daß Agitationsbroschüren notwendig sind, darüber ist kein Zweifel. Aber, Genossinnen, warum schicken denn Sie uns nicht etwas an Entwürfen zu Agitationsbroschüren? Es ist fast so, als könnten wir alle heute nur für Funktionärinnen und geschulte Frauen schreiben, nur nicht die einfache, klare, flüssige Agitationsbroschüre. Sie werden vielleicht aus dem ausgestellten Material manche Anregung entnehmen. Daß wir eine größere Anzahl von populär, aber trotzdem gut geschriebenen Agitationsbroschüren für Frauen brauchen, stimmt. Aber bitte, wo ist der Stamm von Genossinnen, die mit diesen Broschüren treppauf, treppab laufen, die mit den indifferenten Frauen sprechen und ihnen sagen: ich besuche Sie nochmal und noch einmal.

In Oesterreich haben die Genossinnen ein Organ für die Agitation, die „Unzufriedene". Ich weiß nicht, ob sich dieses Blatt für deutsche Verhältnisse eignen würde. Aber eins imponiert mir an Oesterreich: Dort hat man Tausende von Kolporteurinnen, die jede Woche mit diesem Blättchen von Tür zu Tür gehen und es für 5 Pfennig verkaufen. Wieviel begeisterte Opferwilligkeit gehört dazu, ein solches Blatt in einer Auflage von weit mehr als 100 000 Exemplaren — und das bedeutet für Oesterreich sehr viel — zu verbreiten. Danach müßten wir in Deutschland eine Millionenauflage haben, und der zehnte Teil aller organisierten Frauen müßte bereit sein, in jeder Woche mit diesen Blättchen von Tür zu Tür zu gehen, um so eine große Zahl von Frauen dauernd zu beeinflussen. Das ist Agitation, mühevoll, aber auch erfolgreich.

Die Internationale Frauenbewegung. In Hamburg kamen die Frauen nach dem Kriege zum ersten Male, und zwar als inoffizielle Konferenz, zusammen — in Marseille war diese Frauenkonferenz von der internationalen Exekutive einberufen —, ein Schritt vorwärts zum internationalen Zusammenschluß der Frauen! Nach Marseille hat eine außerordentliche Frauenkonferenz in Brüssel stattgefunden. Es war die Fortsetzung der Frauenkonferenz von Marseille, weil sich die Exekutive Klarheit darüber verschaffen wollte, wie die Frauen ihren in Marseille gefaßten Beschluß zur Schaffung eines internationalen Frauenkomitees ausgelegt wissen wollten. Zu dieser Konferenz in Brüssel hatte der Parteivorstand die Genossin Gertrud Hanna und mich delegiert. In Brüssel ist von den Frauen der Beschluß gefaßt, ein kleines und ein großes internationales Frauenkomitee zu bilden. Das große Komitee soll in größeren Zeitabständen zusammentreten. Ich will nicht verhehlen, daß uns Deutschen nach unseren internationalen und nationalen Erfahrungen ein kleines, kontinuierlich arbeitendes Frauenkomitee genügt hätte. Aber als gute Demokraten fügen wir uns selbstverständlich den Beschlüssen der Mehrheit. Das kleine Komitee hat sich gleich in Brüssel aus fünf Genossinnen von Oesterreich, Holland, Polen, England und Deutschland gebildet. In dem großen Komitee ist Deutschland mit drei Genossinnen vertreten.

Zu den Anträgen. Hamburg hat einen Antrag zur „Frauenwelt" gestellt. Die „Frauenwelt" ist kein Ersatz für die „Gleichheit", sondern soll ein Organ sein, das die Frauen für die Aufnahme sozialistischer Ideen vorbereitet. In diesem Sinne bitte ich die Diskussion zu pflegen. Wir dürfen nicht die „Frauenwelt" zur „Gleichheit" oder „Genossin" in Gegensatz stellen. Die eine Zeitung hat einstmals ihre Aufgabe erfüllt, die anderen Zeitschriften sollen ihre Aufgabe noch erfüllen.

Ein Antrag Stettin ist in diesem Jahre wiederholt worden, die Frauenkonferenzen nicht mehr abzuhalten. Wenn die Frauenbewegung im Bezirk Pommern so lebhaft wäre, daß sie keiner Anregung mehr bedürfte, wäre mir dieser Antrag verständlich. Die Frauenkonferenz muß nicht unbedingt anläßlich eines jeden Parteitags stattfinden, aber sie kann doch nicht für überflüssig angesehen werden. Bisher hat noch jede Frauenkonferenz ihre Bedeutung für die Frauenbewegung des ganzen Reiches ergeben.

Ein Antrag des Bezirks Halle-Merseburg befaßt sich mit dem Republikanischen Frauenbund und empfiehlt den Parteigenossinnen, sich ihm nicht anzuschließen bzw. den Austritt zu vollziehen. Der Parteivorstand hat sich hiermit mehrfach beschäftigt. Es gibt keinen Republikanischen Frauenbund für das ganze Reich, sondern nur lokale Gründungen, die der Parteivorstand für überflüssig hält. Sie sind dazu angetan, die Frauenkräfte

zu zersplittern. (Sehr richtig!) Die sozialdemokratischen Frauen haben genügend Gelegenheit, sich in der sozialdemokratischen Frauengruppe und in der Arbeiterwohlfahrt zu betätigen. Ich weiß, daß in manchen Bezirken die Konkurrenz des Luisenbundes schwer zu ertragen ist. Nach unserem Dafürhalten ist es nicht angängig, neben der Frauengruppe und der Arbeiterwohlfahrt, die viele Frauen als Helferinnen und Mitarbeiterinnen umschließt, noch weitere Gründungen von Ortsgruppen des Republikanischen Frauenbundes vorzunehmen, wie ich auch nicht wünsche, daß neben dem Reichsbanner besondere Frauengruppen entstehen. (Lebhafte Zustimmung.) Es entspricht überhaupt nicht mehr der Stellung der Frau im staatsbürgerlichen Leben, daß zu jeder allgemeinen Gründung noch eine besondere Frauengründung hinzukommt, so verlockend einzelnen manchmal der Gedanke mit Rücksicht auf Konkurrenzorganisationen erscheinen mag. Die dagegen sprechenden Zweckmäßigkeitsgründe haben sich in jedem Falle bei der Prüfung als stärker erwiesen.

Bitte, Genossinnen, sprechen Sie sich über diese Organisationsfragen eingehend aus, denn es ergibt sich in jedem Jahr höchstens einmal die Gelegenheit dazu. Diese angeschnittenen Fragen sind deshalb so wichtig, weil sie für uns Hilfsmittel unserer Arbeit sind. (Bravo! und Händeklatschen.)

Vors. Frau **Kurfürst:** Wir kommen zur Aussprache. Bisher sind 31 Rednerinnen gemeldet, ich bitte, sich im Interesse der Sache kurz zu fassen.

Frau **Stiegler,** Bremen: Aus fast allen Bezirken wird eine Zunahme der weiblichen Mitgliederzahl gemeldet, die in manchen Bezirken sogar die Abnahme an männlichen Mitgliedern wieder wett gemacht hat. Das können wir auch für den Bezirk Hamburg-Nordwest sagen, und zwar beträgt der Zuwachs in Berichtigung eines Irrtums unserer Zentrale nicht 101, sondern 1521 weibliche Mitglieder (Bravo!), wodurch sich der Prozentsatz der weiblichen Mitglieder zur gesamten Mitgliedschaft von 21 auf 23 Prozent erhöht. Wir sind mit der Genossin Juchacz der Meinung, daß der Parteitag für uns die Hauptsache ist. Wir befürchten aber, daß Frauenfragen solange auf dem allgemeinen Parteitag nicht zur Geltung kommen, als wir regelmäßige Frauenkonferenzen haben. Der ganze Bezirk glaubt, daß diese regelmäßigen Frauenkonferenzen sich überlebt haben. Wir wünschen Reichsfrauenkonferenzen nur dann und losgelöst vom Parteitag, wenn eine große Frage zu lösen ist, damit sie den Auftakt zu der Aktion für das ganze Land gibt.

Ich fühle der Genossin Juchacz den Schmerz nach, den wir tagtäglich in der eigenen Sache verspüren darüber, daß die bürgerlichen Frauen in mancher Beziehung, z. B. bei der Lösung der Wohnungs- und Erziehungsfragen, aktiver sind als wir und besser und intensiver Stellung nehmen können. Woran liegt das? Man muß doch die Verhältnisse nehmen, wie sie sind. Die Genossin Juchacz meinte, unsere tätigen Genossinnen in Bezirks- und Ortsvereinen müßten sich die einschlägigen Schriften besorgen und sich das Rüstzeug beschaffen, um womöglich die bürgerlichen Frauen noch an Intensität zu übertreffen. Wir, die wir aus der täglichen Kleinarbeit kommen, wissen allzu gut, wie furchtbar schwer es für die einfache Arbeiterfrau ist, sich auch nur die kleinste Broschüre zu verschaffen. Daß es oft genug großes Opfer für sie ist, die Beiträge aufzubringen. Die Genossinnen, die es können, tun es heute schon und versuchen, sich weiter zu bilden. Wir haben uns in meinem Arbeitsgebiet die Reformierung des Haushalts als Arbeitsgebiet für die nächste Zeit gestellt. Durch freiwillige Spenden konnte die einschlägige Literatur besorgt werden. Jetzt kursieren die Schriften in den einzelnen Distrikten unter

den Vertrauensgenossinnen zur Vorbereitung, damit für die späteren Vorträge eine Grundlage geschaffen ist. Wir sind der Ansicht, daß uns in dieser Hinsicht von der Zentrale geholfen werden müßte, daß wir bisher hierin nicht die nötige Stütze bekommen haben. Uns fehlt ein Organ, das diese Aufgabe den Leiterinnen und Führerinnen leichter macht, das einschlägige Material zu sammeln. Wir denken uns das in Gestalt einer Frauenzeitschrift, wie es die „Gleichheit" war, und sind dafür, daß ein solches Organ geschaffen wird. (Sehr richtig!) Wir erkennen gern an, daß die „Genossin" ein viel begehrtes und auch beliebtes Bindeglied zwischen den Genossinnen geworden ist und sich die Redaktion Mühe gibt, zu den Problemen des Tages vom Frauenstandpunkt aus Stellung zu nehmen. Wir haben aber auch den Eindruck, daß das nur im Vorübergehen geschieht; wie das in einem Organ, das nur Informationsorgan sein soll, kaum anders sein kann. Besonders die jungen Genossinnen, die aus der Arbeiterjugendbewegung herausgewachsen sind, bedürfen eines solchen Organs, zumal sie die „Gleichheit" und ihre Erziehungsarbeit noch nicht gekannt haben; gerade diese jungen Genossinnen beklagen immer wieder das Fehlen einer regelmäßig erscheinenden Zeitschrift, durch deren Studium sie in die Arbeit der sozialdemokratischen Frauenbewegung hineinwachsen können.

Zu dem Problem: Wie gewinnen wir die erwerbstätigen Frauen, darf ich sagen, daß uns die Erfahrung gezeigt hat, daß Betriebsversammlungen die Einleitung der Propaganda sein müssen. Wir versuchen darüber hinaus mit den gewerkschaftlich organisierten Frauen, die in diesem oder jenem Betrieb vorhanden sind, in Fühlung zu bleiben. Wir dürfen aber auch die Hausagitation nicht außer acht lassen, wobei man der Arbeiterin, dem jungen Mädchen, in den eigenen vier Wänden viel eindringlicher ihre Lage vor Augen führen kann.

Auf dem Gebiet der Internationale bitten wir, noch engere Beziehungen zu schaffen. Wir sind sehr wenig über die Frauenbewegung der übrigen der Internationale angeschlossenen Länder orientiert. Auch auf diesem Gebiet könnte noch mehr Informationsmaterial herausgegeben werden.

Ich bitte, unsere Kritik dahin aufzufassen, daß sie aus dem Bemühen hervorgegangen ist, unsere Frauenbewegung noch stärker als bisher vorwärts zu treiben und sie so stark zu machen wie z. B. die Wiener Frauenbewegung. Das soll der Ehrgeiz unserer Genossinnen im Lande sein. Wir glauben, daß die Vorschläge und die Kritik, die wir vorgetragen haben, in diesem Sinne aufbauend wirken können. (Bravo! und Händeklatschen.)

Wackwitz, Weißenfels: Unser Bezirk hat aus ganz besonderen Gründen eine Entschließung eingebracht, in der ausgesprochen wird, daß jede Sonderorganisation innerhalb der sozialistisch-proletarischen Frauenbewegung unmöglich ist. Als ich im Halleschen Bezirk die Arbeit für die Frauenbewegung und die Arbeiterwohlfahrt übernahm, stieß ich in einer ganzen Reihe von Ortsgruppen auf Widerstand. Wir mußten feststellen, daß ein Teil der Frauengruppen völlig verschwunden und in den Vaterländisch-Republikanischen Frauenbund übergeleitet waren. (Hört, hört!) Unsere Arbeit war nicht leicht. Die demokratische Führerin des Vaterländisch-Republikanischen Frauenbundes hat uns die Arbeit sehr erschwert. In einer Reihe von Frauenversammlungen benahmen sich die Mitglieder des Vaterländisch-Republikanischen Frauenbundes geradezu ungezogen. Es ist uns gelungen, in den Orten Hettstedt, Eisleben, Halle und Bitterfeld unsere Genossinnen zum Teil aus dem Republikanischen Frauenbund herauszubekommen. In Eisleben stellte sich heraus, daß die Führerin die Frau Bürgermeisterin ist, eine Zentrumsfrau, und daß dort auf die Männer der Genossinnen, die aus dem Republikanischen

Frauenbund ausgeschieden sind, ein wirtschaftlicher Druck ausgeübt wird. Es ist mir mit Hilfe der Zustimmung der Genossin Juchacz gelungen, in Bitterfeld den Republikanischen Frauenbund aufzulösen und die Gruppe in die Arbeiterwohlfahrt überzuführen. Aber in Halle besteht neben der sozialistischen Frauengruppe, Arbeiterwohlfahrtsgruppe auch die Gruppe des Republikanischen Frauenbundes, die gegeneinander arbeiten. Aus diesem Grunde haben wir unsere Entschließung an die Reichsfrauenkonferenz gerichtet.

Ich möchte weiter darauf aufmerksam machen, daß die Führerinnen des Republikanischen Frauenbundes das Bestreben haben, für sich Mandate zu sichern. Da habe ich mir gesagt: wenn die Dinge so liegen, dann muß dieser Frauenbund genau so bekämpft werden, wie jede bürgerliche Frauenbewegung. (Lebhafte Zustimmung.) Nachdem die Genossin Juchacz sich auf den Boden unserer Entschließung gestellt, und nachdem auch der Parteivorstand erklärt hat, daß der Vaterländisch-Republikanische Frauenbund mit uns nichts gemein hat, erübrigen sich weitere Ausführungen. Im Namen des Halle-Merseburger Bezirks spreche ich dem Parteivorstand im voraus unseren Dank für sein Entgegenkommen und seine Unterstützung aus. (Bravo!)

Käte **Fröhbrodt:** Liebe Genossinnen! Gestatten Sie mir als Vertreterin der Arbeiterjugend einige Worte zur Nachwuchsfrage. Für keine Partei ist wohl die Nachwuchsfrage so brennend wie für die Sozialdemokratie, weil ihr Endziel in der Zukunft liegt. Wir wissen, daß nur eine starke sozialistische Jugendbewegung uns den Glauben an die siegreiche Durchführung unseres Kampfes um die Befreiung der Menschheit geben kann. Wir dürfen nicht warten, bis die Alten kampfesmüde geworden sind; sondern schon heute muß ein enges Band Alte und Junge umschließen. (Sehr richtig!) Das ist ja gerade das Hauptunterscheidungsmerkmal zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Frauenbewegung. Die bürgerliche Jugendbewegung ist entstanden im Kampf der jungen Generation gegen die alte, während die proletarische Jugendbewegung, die aus wirtschaftlichen Ursachen heraus gegründet wurde, mit der alten Generation für die Menschenrechte kämpft.

Es ist unsere Aufgabe, hier über die Zusammenarbeit der weiblichen Arbeiterjugend und der Frauenbewegung zu sprechen. Sie wissen, daß unsere Hauptagitationsarbeit bei den vierzehnjährigen schulentlassenen Jungen und Mädel liegt. Leider haben wir hier mit einem Uebelstand zu kämpfen; unsere Parteigenossinnen meinen: die Jungens können wohl zur Arbeiterjugend gehen, aber nicht die Mädel. Den Mädeln muß aber in jeder Beziehung die gleiche Erziehung zu teil werden wie den Jungen. (Sehr richtig!) Wir vertreten in der Arbeiterjugend die gemeinsame Erziehung der Geschlechter, wir wissen, daß dadurch am besten die unnatürlichen Anschauungen von der Minderwertigkeit des weiblichen Geschlechts beseitigt werden. Ich bitte Sie dringend, hämmern Sie diese Gedanken in die Herzen und Hirne aller derer ein, die es angeht.

Was ist nun das Ziel unserer Arbeit in der Arbeiterjugend? —: Erziehung zur sozialistischen Weltanschauung. Diese Arbeit wäre natürlich überflüssig, wenn sie nicht ihre Fortsetzung fände in der großen Arbeiterbewegung, wenn nicht alle Jugendlichen, die durch unsere Bewegung gehen, in die Partei übergingen.

Wie steht es da mit den Mädeln? Wir wissen, daß gerade die 18—20jährigen Mädel sehr schwer für die aktive politische Arbeit zu gewinnen sind. Hier spielen vor allem psychologische Momente mit. Das Mädel, das gerade in diesen Jahren dem Jungen geistig voraus ist, fühlt sich eben in der Gemeinschaft dieser Jungen von 14—15 Jahren nicht mehr wohl; es zieht sich zurück. Viele Mädel haben auch in diesen Jahren gerade ihr erstes Liebeserlebnis,

das ihnen jedes Interesse für die Allgemeinheit raubt. Von unseren Genossinnen wird es ja sehr ungern gesehen, wenn sich in der Jugendbewegung zwei Menschen zu dauernder Lebenskameradschaft zusammenfinden. Aber gibt es denn etwas Wertvolleres für das Leben, als wenn sich zwei Menschen in der gleichen Arbeit zu dauernder Kameradschaft zusammenfinden? (Sehr richtig!) Ein solches Mädel wird auch später dauernd im Organisationsleben stehen, und wir haben dann nicht das Uebel, das wir heute beklagen müssen, daß gerade unsere politisch aktivsten Genossen völlig uninteressierte Frauen haben. (Sehr wahr!) Viele von unseren Mädeln, die nicht diese oder jene Bindung eingehen, gehen der Arbeiterbewegung überhaupt verloren; sie sehen ihre größte Freude im Nachäffen der bürgerlichen Kultur. Hier klafft ein Riß zwischen der alten und der jungen Generation des Sozialismus.

Der Gegensatz zwischen Jung und Alt ist unverwischbar und wir können ihn nicht künstlich verwischen. Sie werden wissen, daß das Leben in der Jugendbewegung ganz anders ist als in der Partei. Unser Gemeinschaftsleben, unsere Feste und Feiern, überhaupt unser Streben nach einer neuen Kultur finden wir in dieser Form nicht in der Partei, und die Mädel gehen genau wie die Jungen den Weg zur Partei nicht von selbst, es muß ein Führer vorhanden sein. Aber auch unsere älteren Genossinnen dürfen nicht die jungen Mädel als ungern gesehene Gäste betrachten, die nur hinkommen, um Kritik zu üben und den Alten etwas vorzumachen.

Wir haben die Ueberführung der jungen Genossen und Genossinnen zu einer Feierstunde, einer Parteiweihe ausgestaltet.

Wir haben bei der Veranstaltung dieser Parteiweihen in diesem Jahr zum ersten Male tausend junge Menschen zur Partei überführt, und das ist immerhin ein guter Anfang. Die Jungkämpferinnen, die in der Jugendbewegung geschult werden, bedeuten nachher für die Frauengruppen eine wertvolle Auffrischung. Es ist zweckmäßig, daß die Mädel schon während ihrer Mitgliedschaft in der Arbeiterjugend ständig zu den Veranstaltungen der Frauengruppe herangezogen werden. Geben Sie auch den in der Arbeiterjugendgruppe tätigen Mädel die „Genossin" in die Hand; wir haben damit in Berlin gute Erfolge erzielt.

Wenn wir erreichen, daß die Mädel in die Partei übergehen, wird damit auch ein zahlenmäßiger Aufstieg der Frauenbewegung erreicht. Der Anteil der Frauen in der Gesamtpartei beträgt 20 Proz., der der Mädel in der Arbeiterjugend 37 Proz. (Bravo!) Das ist aber noch lange nicht genug, dieser Prozentsatz muß noch weiter gesteigert werden. Im Bezirk Hessen-Offenbach haben wir den niedrigsten prozentualen Anteil der Frauen, er beträgt 8,71 Proz., der der Mädel in der Arbeiterjugend 33 Proz. In Magdeburg-Anhalt haben wir den höchsten prozentualen Anteil der Frauen, 30,82, auch hier beträgt der Anteil der Mädel in der S. A. J. 35 Proz. (Hört, hört!)

Wie erfassen wir nun die unorganisierte weibliche Jugend? Ein Weg dafür wird sich schwer finden lassen. Viele dieser Mädel sehen ihre Freude darin, wenn sie nach 6 Tagen Arbeitsfron des Sonntags an Hand eines finanzstarken Kavaliers die Freuden des Lebens auf ihre höchst verderbliche Art genießen können. Vor allem kommt es darauf an, den arbeitenden Mädeln einen ausreichenden Lohn zu verschaffen, damit sie ihren Lebensunterhalt fristen und ihren kulturellen Bedürfnissen Rechnung tragen können. Da ist es wohl am zweckmäßigsten, wenn wir mit Ihrer tatkräftigen Hilfe alle diese Mädel für die Arbeiterjugend gewinnen, um sie dann in die Partei zu überführen. Wir wollen nicht etwa eine Auslesebewegung sein von besonders intelligenten Mädeln und Burschen, sondern eine Massenbewegung. (Bravo!) Es darf auch nicht heißen: hie Parteibewegung, hie Jugend-

bewegung! Sondern wir müssen uns alle die Hände reichen zu unserer großen gemeinsamen Arbeit. (Lebh. Beifall.)

Fröbisch, Plauen: Die Genossin Juchacz hat in ihrem Bericht eine größere Aktivität der Frauen in bezug auf die Wohnungsfrage gefordert. Wie steht es nun aber mit der Beteiligung der weiblichen Mitglieder in den Parlamenten? Im Reichstag haben wir nur 16 Frauen, also 12.2 Proz. In den Landtagen haben wir unter 468 Abgeordneten nur 49 Frauen, also 10.5 Prozent, im preußischen Staatsrat unter 24 Abgeordneten überhaupt keine Frau, in den Provinziallandtagen unter 482 Abgeordneten 20 Frauen, also 1.04 Proz. Wir haben in 1122 Städten mit 6373 Stadtverordneten 295 Frauen; das sind 4.3 Proz. In 6969 Gemeinden mit 2990 Abgeordneten haben wir 452 Frauen, also 1.5 Proz. (Hört, hört!) In der Statistik finden wir keine Frau als Gemeindevertreterin, als Bürgermeisterin, als Gemeindevorsteherin oder als besoldete Stadträtin. Bei den unbesoldeten Stadträten sind die Frauen überhaupt nicht aufgeführt.

Sehr häufig wird den Frauen vorgeworfen, daß sie nicht die Fähigkeit besäßen, in den Parlamenten tätig zu sein. Aber sind denn unsere Genossen, die in die Landtage oder Gemeindevertretungen hineingewählt werden, von vornherein mit allen Fähigkeiten ausgerüstet? Müssen sie sich nicht auch in diesen Parlamenten die Fähigkeiten erst aneignen? (Lebh. Zustimmung.) Wenn wir den Wohnungsbau fördern sollen, so müssen wir auch mehr Frauen in den Gemeindeparlamenten, vor allem in den Wohnungsausschüssen haben, müssen die Frauen an der Verabschiedung des Wohnungsbauprogramms mitarbeiten. Erst dann wird es auch möglich sein, die Gesetzgebung der Lage der Arbeiterfrauen mehr anzupassen.

Einiges zur organisatorischen und agitatorischen Arbeit in den Bezirken! Ich komme aus dem Bezirk Vogtland-Erzgebirge. Die Heimarbeiterinnen der Textilindustrie im Erzgebirge und im Vogtland sind viel schwerer zu organisieren als die Arbeiterinnen in den großen Industriebezirken. Die Arbeiterinnen sind in erster Linie diejenigen, die unter den tariflichen Löhnen arbeiten. (Sehr richtig!) Wir im Vogtland können keine politische Agitation treiben, wenn wir nicht mit den gewerkschaftlichen Frauengruppen gemeinsam arbeiten. Deshalb wollen wir die Agitation unter den Genossen und Genossinnen fördern und das, was wir auf der Frauenkonferenz hören, zum Besten der Gesamtpartei lebendig werden lassen. (Beifall.)

Klara Zils-Eckstein: Die Bedeutung, die eine Zeitschrift auf die geistige Verfassung der Massen der Parteimitglieder ausübt, ist nicht zu diskutieren. Die Berechtigung der Tendenzen, die von der „Frauenwelt" vertreten und gepflegt werden sollen, kann anerkannt werden. Es ist darüber geredet worden, ob die „Gleichheit" wieder aufleben soll. Man kann der Ansicht sein, daß bestimmte Methoden der politischen Erziehung, wie sie die „Gleichheit" gepflegt hat, sich überlebt haben. Der Sozialismus soll mit einer unauffälligen Tendenz an die Frau herangebracht werden, das tut die „Frauenwelt" aber nicht. Es ist nichts davon zu sehen, daß sie eine Erziehung zur Empörung, zum Kampf, zum Klassenbewußtsein, zur Revolutionierung der Frauen leistet. Beim Modeteil kann man glauben, daß von der Existenz eines proletarischen Massenelends in die Redaktion der „Frauenwelt" noch keine Kunde gedrungen sei. Der literarische Inhalt der „Frauenwelt" genügt unsern Ansprüchen in keiner Weise. Ich bin nicht der Meinung, daß wir in diesem Organ die schwersten Probleme erörtern oder einen schwer faßbaren, für ungenügend oder gar nicht geschulte Genossinnen nicht geeigneten Stoff bringen sollten, aber es muß für die Redaktion dieser Zeitschrift gelten, daß für unsere Frauen das

Beste gerade gut genug ist. Es gibt wertvolle Literatur, die dort eine Stelle finden muß. Es erscheinen fortgesetzt Romane, die sich kein Mensch von einigem literarischen Geschmack kauft. Das ist eine Versündigung gegen die Frauen.

Wir sind in der steigenden Gefahr, daß wir über aller berechtigten Anerkennung des Wertes der praktischen Arbeit vergessen, daß wir dafür eine theoretische Grundlage unbedingt brauchen. Man kann die uns gestellten Aufgaben nicht nur mit dem gesunden Menschenverstand und dem guten Herzen lösen. Die Gefahr besteht, daß das Wort von Max Adler für uns Geltung gewinnt, wonach Materielles ohne Ideelles richtungslos ist.

Für die Erfassung der Frau und ihre Gewinnung für unsere Organisation kommt es darauf an, in möglichst vielen Orten kleine, feste Kerne zu haben, um die sich ein weiterer Kreis kristallisieren kann. Es müssen regelmäßige monatliche Zusammenkünfte stattfinden. Das ist aber nicht möglich, wenn nicht wenigstens ein Mensch da ist, der eine geistige Führung in noch so bescheidenem Umfang üben kann. Darum ist der Erziehung zu Rednerinnen und Führerinnen eine besondere Bedeutung zuzuerkennen. Die Männer sollen nicht meinen, daß sie genug tun, wenn sie den immer wiederholten Wünschen nach Kursen Rechnung tragen. Ich habe Anerkennung für die Einsicht und weitreichende Unterstützung der Frauenbildungsarbeit durch die Genossen in meinen Bezirk, aber ich bin der Auffassung, als sei die Notwendigkeit einer systematischen Frauenbildungs- und Schulungsarbeit noch längst nicht anerkannt. Wir brauchen die Verbindung mit den Gewerkschaften. Wir haben versucht, die arbeitslosen Frauen zu besonderen Veranstaltungen zusammenzubekommen; die Sportorganisationen mit ihren vielen weiblichen Mitgliedern sind zu erfassen, ein Eindringen in alle in Betracht kommenden Verbände mit großem Frauenanteil unerläßlich. Auf diese Weise werden wir vielleicht nicht so sehr die Mitgliederziffern steigern, weil da die Belastung mit einem weiteren Beitrag ein Hindernis ist, aber wir werden bestimmt die Frau politisch aktivieren und unsere Wählerinnenzahl erhöhen, und das ist von der größten Bedeutung. (Beifall.)

Vors. Frau **Kurfürst:** Die Genossin Zils hat das, was sie vorgebracht hat, in einem Antrag (Antrag Nr. 2) niedergelegt, den ich mit zur Debatte stelle.

Minna **Todenhagen,** Berlin: Eine große Zahl der auf dem Parteitag gestellten Anträge behandelt den künstlich wieder angefachten Kulturkampf. Es müßte möglich sein, in den von Zeit zu Zeit zu unternehmenden Agitationswochen nicht nur eine Tagesfrage durch Flugblätter, Hausagitation usw. zu behandeln, sondern eine ganze Woche hindurch unser Programm vor der breiten Oeffentlichkeit zu entwickeln. Als im Herbst vorigen Jahres in Berlin eine sogenannte evangelische Woche stattfand, erwartete ich, daß diese Woche erfolglos sein müßte. Ich stellte dann aber fest, daß die Kirche, in die ich zur Ueberprüfung meiner Annahme gegangen bin, gefüllt war, insbesondere von Frauen. Man hatte für jeden Tag ein besonderes Thema, das sich besonders an die Frauen wandte, und zwar in ganz anderen Formen als sie sonst von der Kanzel her üblich sind. Bei dieser Gelegenheit ist mir der Gedanke gekommen, ob wir nicht in ähnlicher Weise unsere Weltanschauung vor der Oeffentlichkeit in ganz bestimmten Perioden entwickeln und uns dabei besonders an die Frauen wenden sollten. Dabei können uns kleine Broschüren gute Dienste leisten.

Ich spreche dem Parteivorstand meine volle Anerkennung für die „Genossin" aus. Sie ist ein sehr gutes Blatt. (Sehr richtig!) In Berlin brauchen wir die „Genossin" in einer Anzahl von 1000 Exemplaren. Es ist

uns einmal empfohlen worden, wir sollten die „Genossin“ für alle Genossinnen aus der Bezirkskasse beziehen, das ist aber wegen der Kosten kaum möglich. Wir bitten wiederholt darum, die „Genossin“ einseitig zu bedrucken. Das Material kann man sich dann nach einzelnen Stoffgebieten sammeln und so besser verwerten.

Es ist angeregt worden, es möge wieder eine Frauenzeitung nach Art der „Gleichheit“ erscheinen. Ich fürchte, daß das vorhandene Lesematerial manchmal kaum bewältigt wird (Sehr richtig!), und daß wir schließlich nur ein Blatt ins Leben rufen, das sich nicht halten kann. Wichtiger scheint mir eine allgemeine politische Wochenzeitung zu sein, die die Frauenbewegung ausreichend berücksichtigen müßte.

Dem Antrag der Genossin Zils bezüglich der „Frauenwelt“ stimme ich durchaus bei. Ich will nicht sagen, daß die „Frauenwelt“ niemals, wie es verschiedentlich behauptet wird, auch nur ein Fünkchen Sozialismus verbreitet — ich muß aber sagen: es muß das letzte Mal gewesen sein, daß ein solcher Schund in der „Frauenwelt“ erscheint wie „Die vier Tage der Johanna Werth“. Das ist nicht nur von den Parteigenossinnen in Berlin verurteilt worden, sondern auch ausländische Genossinnen haben ihre Glossen darüber gemacht.

Zu dem Problem Jugend und Frauenbewegung kann ich sagen, daß wir besonders im letzten Jahr eine wesentliche Besserung der Beziehungen feststellen können. Die Jugendgenossen, die auf unseren Frauenwelt-Veranstaltungen mitgewirkt haben, haben sich durchaus nicht von den abfälligen Ausführungen der Genossin Fabian über „Frauenwelt“-Veranstaltungen in den „Jungsozialistischen Blättern“ beirren lassen.

Die Frage, wie wir die außenstehende arbeitende Jugend für uns gewinnen, ist eine Frage der Erziehung durch Vater und Mutter. Diese Erziehung ist aber wieder eine Frage der Verbesserung der Lebensbedingungen, besonders die der Frau. Als Drittes kommt die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften in Betracht. Je mehr wir Frauen es fertig bringen, unser Wissen so zu steigern, daß wir es ebenso wie die Bürgerlichen verstehen, in den einfachsten, aber wohldurchdachtesten Formen an die Arbeiterjugend heranzukommen, desto erfolgreicher wird die Agitation sein. In Berlin wird jeden Monat einmal ein Blatt in die Fabriken hineingegeben: „Der Kämpfer“. Auch durch dieses Blatt treten wir an die Frauen heran. Eine größere Organisation kann sich und soll sich solcher Mittel bedienen. Ich möchte empfehlen, daß auch Sie in den Bezirken dafür sorgen, daß in dieser Beziehung das Möglichste geschieht. (Beifall.)

Vors. Frau **Kurfürst:** Es ist eine weitere Entschließung (Nr. 5) eingegangen, die fordert, daß in den einzelnen Parteibibliotheken auch wichtige Literatur für die Frauenagitation angeschafft wird. Ich stelle die Entschließung mit zur Debatte.

Frau **Kirschmann-Röhl:** Es erscheint wie ein Widerspruch, wenn in der Debatte gesagt wurde, Frauenkonferenzen seien nicht mehr notwendig, und zugleich behauptet wird, daß von der bürgerlichen Frauenbewegung eine größere Aktivität ausgeht und besondere Spezialgebiete, die man als Frauenprobleme bezeichnen kann, eingehender und gründlicher als bei uns behandelt werden. Wir können uns vielleicht auf die Formel einigen, daß wir sagen: Frauenkonferenzen sind zurzeit noch notwendig, weil a) die Beschickung des Parteitags durch Frauen noch nicht so möglich ist, wie wir es wünschen und b), weil die großen innen- und außenpolitischen Probleme im Vordergrund stehen, und die Aufgaben, die uns als Frauen besonders am Herzen liegen,

nicht so behandelt werden können. Wir sehnen alle den Augenblick herbei, wo es möglich sein wird, Frauenkonferenzen in der heutigen Form auszuschalten. Die Aussprache über den Nachwuchs ist sehr wichtig; wir wünschen, daß in viel größerem Umfange in bezug auf die Zahl der Kurse Spitzenkurse weiter durchgeführt werden. Der Spitzenkursus in Friedrichroda hat sehr gute Erfolge gezeitigt. Ich bin auch der Meinung, daß diese Kurse von den Bezirken gepflegt werden müßten. Die Kurse, die auch in Form von Arbeitsgemeinschaften in den großen Städten eingeführt werden müssen, werden eine große Lücke ausfüllen.

Ein Wort zur Referentenfrage! Es ist zu einer Gewohnheit, und zwar zu einer schlechten Gewohnheit geworden, daß die Bezirke heute fast ausschließlich Abgeordnete zu Referaten heranziehen. (Sehr richtig!) Das geschieht nicht aus einem idealen Grunde, sondern ist meist eine Geldfrage, nämlich die Fahrkarte ist so bequem, die wir als Abgeordnete haben. Wenn wir daran denken, wie wir in die Bewegung gekommen sind als junge Menschen — da haben Genossinnen wie Ottilie Baader, Luise Zietz und Klara Zetkin gesagt: Ihr müßt in den Strom geworfen werden, dann lernt ihr auch schwimmen. Man hat uns mit 21 Jahren hinausgeschickt. Wir haben manchmal nicht sehr gescheite Sachen gesagt, aber wir haben sie leidenschaftlicher und begeisterter gesagt, als wir sie heute vielleicht vortragen. Wir müssen unsere Bezirkssekretäre dazu erziehen, daß die jungen Genossinnen zu Agitationstouren hinausgeschickt werden. Draußen lernen sie es am besten.

Die „Frauenwelt“ hat eine kurze Blütezeit gehabt. Sie ist nicht besser geworden. Vielleicht ist es das Schicksal, daß Zeitschriften, die eine vorbereitende Erziehungsarbeit leisten — wie man so schön sagt — herabgedrückt werden. Die „Frauenwelt“ ist in der Qualität nicht gesteigert, sondern herabgedrückt worden. Es wäre sehr interessant, zu erfahren, ob die Auflage gestiegen oder auf eine Zahl gesunken ist, die uns nicht mehr sehr imponieren kann. Die „Frauenwelt“ ist im Vergleich mit bürgerlichen Zeitschriften ähnlicher Struktur zu teuer und qualitativ auch in der äußeren Aufmachung nicht schöner geworden.

Emma **Sachse,** Altenburg: In den Berichten der „Genossin“ über die Wahlbeteiligung der Frauen wird gern Thüringen als Beispiel dafür genommen, wie schlecht die Frauen heute im Verhältnis zu den bürgerlichen Frauen wählen. Diese Behauptung ist irreführend, wenn man nicht auch zugleich das Verhältnis zu den organisierten Frauen mitteilt, sowie der Wahlberechtigten im allgemeinen. Es spricht auch etwas Psychologisches dabei mit. Wir sollten den Männern auch die Stärke der Frauen zeigen. Man sollte also auch die Orte mitteilen, wo wir gute Erfolge aufzuweisen haben, wie im Wahlkreis Altenburg-Gera, wo bei den Sozialdemokraten 1600 Frauenstimmen mehr abgegeben sind als bei den Bürgerlichen.

Das Problem, wie wir an die erwerbstätigen Frauen herankommen, muß in Zukunft das A und O unserer ganzen Arbeit sein. (Sehr richtig!) Mir scheint, daß hier ein Fehler insofern gemacht wird, als man verschiedene Frauengruppen nebeneinander aufkommen läßt. Ich stimme der Genossin Fröbisch zu, wenn sie sagte, wir müssen die gewerkschaftlichen und politischen Frauengruppen mehr zusammenführen. Ich gehe sogar weiter und sage: wir sollten sie gar nicht erst aufkommen lassen. Wir sollten nur eine Frauenorganisation haben, nämlich die politische. Es sind wiederholt Genossen aus der Genossenschaftsbewegung an mich herangetreten und wollten eine Genossenschaftsgruppe ins Leben rufen. Ich habe sie gebeten, davon Abstand zu nehmen.

Mit den Frauenkonferenzen haben wir uns in Heidelberg schon einmal beschäftigt. Es wird auch heute wieder dazu kommen, die weitere Verfolgung des Gedankens, die Frauenkonferenzen unabhängig von den Parteitagen einzuberufen, dem Frauenausschuß zu überlassen. Wir brauchen die Frauenkonferenzen. Man sollte aber auch einmal einer Genossin ein Referat auf dem Parteitag anvertrauen. (Sehr richtig!) Wir müssen es unsern eigenen Genossen selbst noch unbedingt in die Hirne einpflanzen, wie notwendig die Frauenbewegung für die Partei ist. (Sehr richtig!) Sollte nicht auch eine Frau z. B. den Bericht über die Reichstagsfraktion geben oder ein anderes Thema behandeln können? Ich bin fest überzeugt, das würde dazu dienen, den Genossen zu zeigen, daß die Frauen auch wirklich zu etwas fähig sind, (Sehr richtig!) Wir müssen die Männer davon überzeugen — deshalb braucht uns vor der Gründung weiterer Frauengruppen nicht bange zu werden —, da zunächst einmal der Kern geschaffen werden muß, wo wir arbeiten können. Dann wird es auch vorwärts gehen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Mathilde **Wurm**, Berlin: Der Bericht der Genossin Juchacz über die internationale Frauenbewegung scheint mir etwas zu kurz gekommen zu sein. Ich vermisse eine Mitteilung darüber, warum die deutschen Mitglieder der Exekutive sich bei dem Beschluß über die Gründung des internationalen Frauenkomitees der Stimme enthalten haben. Die Frauen in Deutschland haben ein Recht darauf, den Grund dieser Haltung zu erfahren. Ich bedaure, daß sich auf der Brüsseler Konferenz die deutschen Genossinnen aus einem Land mit einer so gut disziplinierten Frauenbewegung nicht ohne weiteres ebenfalls für die Schaffung dieser Komitees eingesetzt haben. — Weiter berichteten ausländische Frauenblätter über die Absicht, internationale Informationen für die Genossinnen aller Länder herauszugeben. Wie ist dies gedacht? Im Jahre 1910 wurde in Kopenhagen beschlossen, die „Gleichheit“ zum internationalen Frauenorgan zu machen. Es wäre uns eine aufrichtige Freude, wenn in diesem Falle die „Genossin“ dieses internationale Organ würde. Wir erfahren außerordentlich wenig über die Frauenbewegung im Ausland. Ich verkenne nicht, daß die Berichte in der „Genossin“ aus allen Teilen Deutschlands sowie die Mitteilungen aus den Parlamenten ein außerordentlich nützliches Material für unsere agitatorische Tätigkeit bilden. Aber wir sollen auch aus den Vorgängen im Ausland Anregung und Förderung erfahren.

Auch möchte ich fragen, ob für das geplante intern. Frauenkomitee eine Sekretärin im internationalen Bureau in Zürich angestellt wird, und wann es in Aktion zu treten gedenkt.

In Verbindung mit diesen neueren intern. Beschlüssen erinnere ich daran, daß in Marseille einstimmig vom internationalen Kongreß beschlossen worden ist, daß die Frauenerwerbsarbeit das gute Recht der Frau ist, ohne Rücksicht auf Erwerbsbedürftigkeit, Geschlecht und Familienstand. Diese Gleichberechtigung der Frau auf Erwerbsarbeit ist im Heidelberger Programm ausdrücklich anerkannt. In weiten Kreisen — nicht nur unserer Genossen, sondern auch Genossinnen — ist aber leider die Meinung verbreitet, daß man nur aus Hunger erwerbstätig sein dürfe. (Sehr richtig!) Wir müssen immer wieder betonen, daß bei jeder Betätigung nicht nach Geschlecht, sondern nach Eignung, Leistung und Tüchtigkeit entschieden werden soll. Alle Genossinnen müssen in ihrem Kreis dahin wirken, diesem Grundsatz wieder mehr Geltung zu verschaffen. (Zuruf: Unsere Parteizeitungen auch!) — Das muß von den Bezirken aus geschehen. Ihr seid bei diesen Beschlüssen mitbeteiligt und habt alle an der Durchführung mitzuarbeiten und nicht darauf zu warten, daß von oben her eine Anregung kommt.

Ueber die uns als Beispiel hingestellte größere Mitarbeit der bürgerlichen Frauen in ihrer Presse möchte ich Folgendes sagen. Erstens sind wir Funktionärinnen mit Arbeit weit mehr überhäuft als die bürgerlichen Frauen. Warum ist aber nicht längst eine ständige weibliche Mitarbeiterin an unserem Pressedienst tätig? Warum ist unter 24 Redakteuren im „Vorwärts“ nicht eine einzige Redakteurin? (Sehr gut!) Würde die Parteipresse auf die ständige Mitarbeit von Genossinnen mehr Wert legen, würde auch den Genossinnen der Mut wachsen, an der Parteipresse mitzuarbeiten.

Wenn gefragt wurde, warum wir nicht Broschüren schreiben, so sehe ich von der Beantwortung der Frage ab, wie weit solche Broschüren gekauft würden. Aber wer von uns kann es sich leisten, sich hinzusetzen und eine Broschüre schreiben, sie der Genossin Juchacz einreichen und sie mit einem „Danke schön“ zurückzubekommen. Das wäre doch verlorene Arbeit! (Sehr richtig!) Um eine solche Broschüre mit Erfolg schreiben zu können, muß das Thema angegeben und Richtlinien dafür aufgestellt werden. Wir haben sicher genügend Genossinnen, die Broschüren zu schreiben fähig und bereit sind, aber dazu bedarf es einer bestimmten Aufforderung.

Zur Kritik an der „Frauenwelt“ habe ich nur wenig hinzuzufügen. Die „Frauenwelt“ hat eine Rubrik: Schmalhans mit Geschmack. Solange die Sozialdemokratie besteht, bekämpft sie die Irreführung der Bevölkerung durch Anpreisung von Nahrungsmitteln, die nur Geschmackswerte besitzen. An sich werden die billigen Nahrungsmittel leider vom Proletariat am stärksten konsumiert, weil sie für die Kasse des proletarischen Haushalts gerade noch erreichbar sind. Nun wird uns aber im sozialdemokratischen Frauenblatt ein Küchenzettel präsentiert, der nichts anderes ist als der Triumph der Täuschung des proletarischen Magens, wenn statt ausreichender und bekömmlicher Ernährung nur Sättigung empfohlen wird.

Zum Schluß noch einen Wunsch: Wenn wieder eine Genossin aufgefordert wird, im Radio über Vorkämpferinnen der sozialistischen Frauenbewegung zu sprechen, dann möge sie nicht vergessen, von den Genossinnen Zietz und Ihrer zu sprechen, die uns sehr viel näher stehen als Hedwig Dohm und Ellen Key, ohne daß ich deren Bedeutung für die Frauenwelt verkleinern will. Wir brauchen wirklich nicht nach jenen zu greifen, die niemals auf unserer Seite gestanden und gekämpft haben, sondern können Vorkämpferinnen der Menschheit und des Sozialismus anführen — auch wenn sie, wie Klara Zetkin, leider nicht mehr in unserm Lager stehen —, die sich unsterbliches Verdienst um Aufklärung und Befreiung der Frau erworben haben. (Bravo! und Händeklatschen.)

Marie **Arning**, Magdeburg: Nach dem Jahresbericht ist die Frauenbewegung im letzten Jahre nicht nur zahlenmäßig erfreulicherweise vorwärtsgegangen, sondern es hat auch eine wesentliche Vertiefung Platz gegriffen. Wir haben für die Partei unter den Frauen ein großes Kraftreservoir zu erschließen. Ich möchte Ihnen auf diesem Gebiet einen Fingerzeig geben. Aus den Kreisen des Reichsbanners kommt sehr oft die Anregung, einen Zusammenschluß der Frauen herbeizuführen. Wir haben diesen Zusammenschluß abgelehnt. Wir sollten aber diese Möglichkeit nicht ungenutzt lassen. Wir haben damit in unserm Bezirk einen Anfang gemacht. Das Reichsbanner hat eine Referentin angefordert, die über die Aufgaben der Frau in der Republik sprechen sollte. Im Rahmen eines solchen Vortrags kann man den Frauen sagen, was ihre Pflicht ist. Die Referentin versucht den Frauen klar zu machen, daß sie sich politisch organisieren müssen. Wenn wir die Frauen auch nicht sofort für die Sozialdemokratische Partei gewinnen können, so müssen wir den Frauen raten, sich einer der drei republikanischen Parteien anzuschließen.

Wir bereiten dann einen Boden vor, der nicht zuletzt einen Zustrom von Frauen für die Partei bringt.

Es ist soviel vom Nachwuchs gesprochen worden. Wir haben in unserm Bezirk mit Bedauern festgestellt, daß in den „Jungsozialistischen Blättern" ein Artikel in Heft 9 vom September 1926 erschienen ist, der die sozialistische Frauenorganisation ganz einseitig und wenig objektiv behandelt. Ich weise die Behauptung zurück, daß die Frauenweltabende nur Klatsch über die Nachbarin ohne jeden sozialistischen Gedanken sind. (Sehr richtig!) Die Verfasserin braucht nur in unsere Frauenweltabende in meinen Bezirk Magdeburg-Anhalt zu kommen, so wird sie sich vom Gegenteil sofort überzeugen. Ich empfehle ihr, sich einmal in das Milieu der ganz einfachen Arbeiterfrau zu versetzen oder 14 Tage lang mit Arbeiterfrauen umzugehen, dann kommt sie zu einem ganz anderen Schluß, und wird dieses ernste Streben und diesen vielen guten Willen unserer Genossinnen in ihren einfachen Frauenveranstaltungen nicht in dieser Weise kennzeichnen. (Sehr richtig!)

Der Artikel befaßt sich dann weiter mit einem Beschluß des Parteiausschusses und -Vorstandes zur Förderung der Frauenbewegung. Da heißt es: „Es handelt sich also um eine zentralisierte Organisation bis hinauf zur Konzessionsschulzin im Parteivorstand". Das ist denn doch ein starkes Stück. Ich glaube: die Genossinnen, die im Parteivorstand und Parteiausschuß arbeiten, haben eine eigene Meinung, und der Fortschritt unserer Bewegung zeigt, daß sie diese Meinung auch durchzusetzen verstehen. Die Jugend hat gewiß das Recht zur Kritik; aber die Kritik soll gesund und sachlich sein, dann ist sie auch immer fördernd. (Zustimmung.) Ich lehne den Artikel ab, und ich glaube, mit mir viele andere Genossinnen.

Die Nachwuchsfrage hat uns in unserem Bezirk auch sehr stark beschäftigt. Wir haben seit zwei Jahren Mädelkurse eingerichtet, die sich mit allen aktuellen Fragen befassen. Es ist so unendlich schön, sich um die jungen Menschen zu kümmern; man muß es nur verstehen, mit ihnen umzugehen; dann werden wir sie auch für die Partei gewinnen.

Der Internationale Frauentag, wie er in Deutschland abgehalten wird, kommt immer noch nicht zu der Geltung, die er eigentlich haben müßte. Ich möchte dringend bitten, im nächsten Jahr, wenn wieder ein Internationaler Frauentag abgehalten werden soll, die Propaganda dafür ganz anders zu machen. Denn der Internationale Frauentag muß in Deutschland zu einer gewaltigen Kundgebung werden; wir müssen den Gedanken der internationalen Verbundenheit der sozialistischen Frauen überall stark in die Erscheinung treten lassen.

Ein paar Worte zu den Frauenbeilagen! Ich möchte anregen, mit dem Pressedienst eine bessere Verbindung aufzunehmen, der dann durch seine Organisation gute Frauenartikel in die Frauenbeilagen hineinbringen kann. Wir werden auf diese Weise auch dem Mangel, der in der „Frauenwelt" kritisiert worden ist, abhelfen können.

Alles in allem genommen glaube ich: auch diese Frauenkonferenz wird ein erheblicher Erfolg für die Frauenbewegung sein. (Beifall.)

Dr. **Lohmann**, Berlin: Genossinnen und Genossen! Gestatten Sie dem „Frauenwelt"-Redakteur, den Sie eben totgeschlagen haben, ein paar lebendige Worte! (Heiterkeit.) Ich schicke voraus, daß ich nicht für meine Person spreche. Ich habe die Redaktion seinerzeit auf Wunsch des Parteivorstandes als Provisorium zunächst auf zwei Monate übernommen und habe vor etwas über eineinhalb Jahren, vor Beginn der Wirtschaftsdepression, als die „Frauenwelt"-Auflage die Rekordziffer von 100 000 überschritten hatte, als

also der Erfolg die Richtigkeit des Weges bewiesen hatte, dem Verlage vorgeschlagen, den Redakteur zu wechseln. Diesen Vorschlag habe ich Anfang dieses Jahres wiederholt. Der Parteivorstand hat ihn abgelehnt. Ich habe die Gründe anerkannt und habe Parteidisziplin genug, um auf einem vorgeschobenen Posten solange zu bleiben, bis ich abgerufen werde.

Ich spreche auch insofern nicht für meine Person, als ob ich persönlich nicht geneigt oder nicht befähigt wäre, ein Blatt eines anderen Typs zu machen. Aber glauben Sie mir aus einer vieljährigen journalistischen Erfahrung heraus: es gibt keine schwierigere und keine undankbarere Aufgabe, als die Redaktion eines solchen Kompromißtyps, wie ihn die „Frauenwelt" nach dem Willen ihrer Schöpfer und Schöpferinnen darstellen soll. Es ist leicht, von irgendeiner grundsätzlichen Einstellung aus Kritik zu üben und einen kompromißlosen oder jedenfalls kompromißärmeren Idealtyp zu konstruieren. Aber die Kritikerinnen vergessen, daß der hier geübten Kritik eine andere gegenübersteht, die wir im Verlage und in der Redaktion in vielen Tausenden von Zuschriften erhalten haben und in denen zum Ausdruck kommt, daß die „Frauenwelt" sich noch viel mehr an die bürgerlichen Mode- und Familienblätter angleichen müsse, daß die sozialistische Aufklärung auf das denkbar geringste Maß zu beschränken sei. (Unruhe.) Diese Kritik wird gerade von unseren Buchhandlungen und Kolporteuren aufgenommen, weil sie wissen, daß bei einer solchen Umgestaltung der „Frauenwelt" der Absatz automatisch steigen würde.

Wir haben es in der Frauenpresse mit einer übermächtigen kapitalistischen Konkurrenz zu tun; die bürgerliche Frauenpresse wird von unseren Frauen nicht nur gelesen, sondern verschlungen. Die großen bürgerlichen Frauenblätter haben zusammen eine Auflage von mindestens einer Million. Das bedeutet, daß jeder 15. Haushalt in Deutschland, daß die Hälfte der Frauen, deren Männer sozialdemokratisch stimmen, diese Blätter lesen.

Alle diese Blätter haben einen einheitlichen Typ, der dem augenblicklichen Bedürfnis des Durchschnittshaushalts in Deutschland entspricht und auch der augenblicklichen Einstellung der Mütter, die diesen Haushaltungen vorstehen. Wir haben mit vollem Bewußtsein Konzessionen an diesen Typ gemacht, ohne alle seine Kleinbürgerlichkeiten zu kopieren.

Glauben Sie nicht auch, daß es für die Partei von entscheidender Bedeutung ist, wenn wir ein Blatt — meinetwegen genau desselben Typs — haben, das nur einmal im Jahr vor den entscheidenden Wahlen und Abstimmungen die Frauen aufruft, ihre Stimme für die Sozialdemokratie abzugeben? Es kommt nicht in erster Linie darauf an, wie eine solche Zeitschrift gemacht wird, sondern darauf, daß sie wirklich an die Massen herankommt. Ich stehe nicht an, zu erklären: wenn eine Genossin ein Blatt machen könnte, das hundertmal mehr an die Leserinnen herankäme, auch wenn es literarisch hundertmal schlechter wäre, so würden wir gern dieser Genossin die Redaktion überlassen.

Die Frage des Umfanges und des Preises der „Frauenwelt" ist lediglich eine Frage des Buchhändlerrabatts und des Betriebskapitals, bezw. der Auflage. Die Genossin Zils-Eckstein hat insbesondere auf die Moden hingewiesen. Leider hat sie die Korrespondenz, die wir beide vor einem Vierteljahr gehabt haben, nicht zitiert. Sie erregte sich damals darüber, daß wir zur Jugendweihe Kleider aus Seide gebracht hätten, und meinte, das sei eine Provokation der Erwerbslosen. Ich habe sie darauf hingewiesen, daß nach meiner Erfahrung zu unserer Jugendweihe Tausende von Mädchen in seidenen

Kleidern gehen, auch in dieser schweren Zeit, und daß, wenn unsere Zeitung diese Kleider nicht bringt, die Genossinnen eben andere Zeitungen abonnieren und die Modelle daraus entnehmen.

In der Frage der Romane kann man geteilter Ansicht sein. Ich weiß nicht, was die Genossin Todenhagen unter einem Schundroman versteht. Ich bilde mir ein, auch ein ganz klein wenig literarisches Urteilsvermögen zu haben. Oesterreich hat den Mut gehabt, im vorigen Jahr als ersten Roman der „Unzufriedenen" das „Geheimnis der alten Mamsell" von der Marlitt zu bringen. Max Winter, mit dem ich darüber gesprochen habe, hat mir erzählt, er sei vor sechs Parteitribunale geschleppt worden und habe sich deswegen verteidigen sollen. Er hätte gesagt: es ist immer besser, wir kommen mit diesen Romanen wirklich an die Massen heran, als daß wir in einer Oberschicht schwimmen bleiben.

Wenn die grundsätzliche Einstellung richtig ist, so soll alle berechtigte Kritik durchaus berücksichtigt werden. Aber eines ist nötig: Wir müssen unseren Apparat wirklich mit Begeisterung auch für eine solche Zeitschrift einspannen.

Nun ein offenes Wort zu dem, was wir im letzten halben Jahr erlebt haben. Ist es richtig, daß unsere Funktionärinnen sagen: der Meinungsaustausch paßt uns nicht, der Roman paßt uns nicht, die Mode paßt uns nicht; wir können deshalb nicht für die „Frauenwelt" werben? (Zurufe: Das hat keiner gesagt!) Bitte, ich kann die Namen nennen, wenn Sie wollen! — Ich habe hier in meiner Mappe Schreiben von Kolporteurinnen, in denen zum Ausdruck gebracht wird: wir können nicht mehr für die „Frauenwelt" arbeiten, weil gewisse Funktionärinnen auf jedem Frauenabend gegen die „Frauenwelt" sprechen. Bedenken Sie doch: Sie jagen damit nicht etwa nur eine — meinetwegen unvollkommene — sozialistische Frauenzeitung aus unseren Frauenhaushalten heraus, sondern Sie treiben die kapitalistische Presse hinein!

Unsere Kolporteurinnen jammern: die Funktionärinnen unseres Bezirks agitieren gegen die „Frauenwelt" — kein Wunder, daß Abbestellungen kommen!

Genossinnen! So geht es nicht! So kann es nicht gehen! So darf es nicht gehen!

Richten Sie Ihre Beschwerden an die Redaktion oder den Verlag, an das Frauenbureau oder an den Parteivorstand! Verlangen Sie einen Redakteur oder eine Redaktrice, welche Sie wollen! Aber agitieren Sie in der Partei und unter den Frauen nicht gegen unsere, gegen Ihre eigene Zeitschrift! Sie schädigen damit die materiellen und die ideellen Interessen unserer Partei. Sie stärken damit ganz unmittelbar die Macht kapitalistischer Frauenzeitungs-Verleger.

Ja, ich gehe darüber hinaus: Was in der allgemeinen Agitation, was in der Wahlbewegung Allgemeingut aller Parteigenossen, was dort Selbstverständlichkeit ist, darf hier nicht zur Ausnahme werden. Auch wenn Sie etliches, auch wenn Sie meinetwegen vieles zu kritisieren haben, auch wenn Ihnen die „ganze Richtung" nicht paßt, ist es die verdammte Pflicht und Schuldigkeit jedes Genossen und jeder Genossin, alle Kraft für die Werbung einzusetzen. Sie dienen damit nicht irgendeinem Redakteur oder einem Verlag, sondern den Lebensinteressen unserer Partei. (Vereinzelter Beifall.)

(Mittagspause.)

Nachmittagssitzung

Den Vorsitz führt **Nanny Kurfürst**, Kiel.

Den Bericht der Mandatprüfungskommission erstattet **Minna Schilling**, Leipzig: Unsere Frauenkonferenz ist von 127 Delegierten und Delegiertinnen besucht, die sich auf die einzelnen Bezirke wie folgt verteilen: Ostpreußen 2, Berlin 3, Brandenburg 3, Pommern 2, Breslau 9, Görlitz 1, Magdeburg-Anhalt 4, Halle 2, Thüringen 2, Schleswig-Holstein 9, Oldenburg 1, Hannover 6, Braunschweig 2, östliches Westfalen 1, westliches Westfalen 4, Hessen-Nassau 3, Hessen-Cassel 2, Oberrhein 2, Niederrhein 2, Oberbayern-Schwaben 1, Franken 4, Pfalz 3, Dresden 3, Leipzig 4, Chemnitz 2, Zwickau 2, Württemberg 2, Baden 2, Hessen-Offenbach 5, Hamburg 9, Mecklenburg 3. Weiter können wir eine lettländische Genossin begrüßen. Der Parteivorstand ist vertreten mit 3 Mitgliedern, der Parteiausschuß mit 10, die Kontrollkommission mit 1 Delegierten; von den weiblichen Reichstagsabgeordneten sind 5 anwesend, von den weiblichen Abgeordneten des Preußischen Landtags 1, vom Sächsischen Landtag 1, vom Hauptausschuß der Arbeiterwohlfahrt 2, von der „Frauenwelt" 1 Delegierter, vom Gewerkschaftsbund die Genossin Hanna, von der Arbeiterjugend 1 Vertreterin.

Wir haben die Mandate geprüft und beantragen, sie für gültig zu erklären.

Die Konferenz beschließt gemäß dem Antrage der Mandatprüfungskommission.

Inzwischen ist die Entschließung Nr. 6 eingelaufen, die die „Frauenwelt" in ihrer heutigen Form ablehnt. Die Resolution steht mit zur Debatte.

In der weiteren Aussprache erhält dann das Wort

Elise **Thümmel**, Dresden: Der Gen. Lohmann ist in der Abwehr der Kritik, die an der „Frauenwelt" geübt ist, entschieden zu weit gegangen. (Sehr richtig!) Dem Gen. Lohmann wird es sehr schwer fallen, den Nachweis dafür zu erbringen, daß irgendeine Funktionärin der Partei gegen die „Frauenwelt" gearbeitet hätte. (Sehr wahr!) Die Kritik kommt lediglich aus dem Bestreben, die „Frauenwelt" zu verbessern. (Zustimmung.) Im Auftrage der Genossinnen von Ost-Sachsen kann ich erklären, daß wir alles unterstreichen, was an Kritik an der „Frauenwelt" vorgebracht wurde, vor allem das, was die Gen. Zils und andere Rednerinnen gesagt haben. Der Gen. Lohmann wird wissen, daß wir einen sehr lebhaften Schriftwechsel mit der Redaktion geführt haben, immer in dem Bestreben, der „Frauenwelt" ein anderes Gesicht zu geben. Die „Frauenwelt" muß ein sozialistisches Unterhaltungsblatt werden. Wenn Sie die Protokolle früherer Parteitage nachschlagen, dann werden Sie finden, daß kein Parteitag vorüberging, ohne daß an der „Gleichheit" lebhafteste Kritik geübt wurde. (Sehr wahr!) Aber wie hat damals Klara Zetkin als verantwortliche Herausgeberin diese Kritik aufgenommen? Sie war dankbar für jede Anregung. Lohmann sagte: es ist ein Parteiblatt, folglich müßt Ihr es so schlucken, wie es aussieht. Dieser Argumentation können wir nicht folgen; gerade weil es ein Parteiblatt ist, müssen wir Kritik üben.

Zur Frauenagitation lag ein Antrag von Dresden dem Parteitag vor, wonach zur Belebung der Frauenbewegung im Reiche und zur besseren Verbindung der Bezirksvertrauenspersonen ein Reichsfrauenarbeitsausschuß eingesetzt werden soll. Der Antrag ist dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen worden. Ich wünschte, daß das nicht ein Begräbnis erster Klasse bedeutet, sondern, daß auch die Frauenkonferenz diese bessere Verbindung der

Genossinnen im Reich fordert. Die Funktionärinnen müßten als Arbeitsausschüsse wirken. Es kann erwidert werden, daß ja der Parteiausschuß da ist, d. h. die Vertreterinnen der Bezirke, die die Zahl von 7500 Genossinnen aufweisen können. Von 30 Bezirken sind aber heute nur 10 Vertreterinnen im Parteiausschuß, das heißt nur von den starken Bezirken, die von sich aus schon agitatorische Arbeit leisten können, sind die Vertreterinnen da. Die Bezirksvertrauenspersonen müßten mit den weiblichen Mitgliedern des Parteivorstandes von Zeit zu Zeit zusammenkommen, um wichtige Dinge zu beraten. In meinem Bezirk, in Ostsachsen, haben wir eine Werbeaktion durchgeführt, durch die 1500 neue weibliche Mitglieder in einem Monat gewonnen wurden. (Bravo!) Wir haben jetzt wieder die Zahl von 10 000 erreicht, die wir früher schon einmal hatten. Bei uns finden auch regelmäßige Kurse vom Bezirk aus statt. Wir würden den Erfolg bei der Werbeaktion und der Abhaltung von Kursen nicht zu verzeichnen haben, wenn nicht eine gründliche Vorbereitung durch den Frauenarbeitsausschuß des Bezirks erfolgt wäre. Im Reich müßte ebenso verfahren werden, dann würde die Frauenbewegung einen gewaltigen Anstoß bekommen. (Beifall.)

Vors. Frau **Kurfürst:** Es ist noch folgender Antrag eingegangen:

„Ein Vergleich zwischen den Zahlen der in der Partei organisierten Frauen und ihrem Anteil an den öffentlichen Aemtern ergibt ein bedauerliches Mißverhältnis. Die Frauenkonferenz erhebt deshalb die Forderung, daß in den Wahlvorschlägen für alle gewählten Körperschaften — Reichstag, Landtag, Kollegien der Gemeinden und Gemeindeverbände — sowie bei der Besetzung der Verwaltungsämter aller Art die Genossinnen durch unsere Partei entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtzahl der Parteimitglieder berücksichtigt werden."

Toni **Pfülf,** München: Im Prinzip stimme ich diesem Antrag zu, aber meine ganze Einstellung zur Frauenbewegung in der Partei weicht in manchem von dem ab, was hier gesagt ist. Der Einfluß der Frau in der Partei, namentlich in Fragen der Politik, kann nicht allein dadurch zum Ausdruck gebracht werden, daß die Frauen besonders diejenigen Dinge beraten, die sie am nächsten betreffen. Wenn wir in den öffentlichen Körperschaften der Zahl unserer Mitglieder entsprechend vertreten zu sein wünschen, so ist Voraussetzung dafür, daß in den Generalversammlungen der Partei, wo es sich um die großen allgemeinen Fragen sozialistischer Politik handelt, die Frauen nicht schweigen. Wir müssen das bisher vorhandene Minderwertigkeitsgefühl überwinden und alle Mühe und allen Fleiß aufwenden, um uns in die großen politischen und wirtschaftlichen Fragen einzuarbeiten, die in der Arbeiterbewegung eine Rolle spielen. Im Reichstag werden allerdings zu allen großen politischen Fragen auch Frauen vorgeschickt, aber wir müssen auch in unsern Orts- und Bezirksorganisationen unsern Einfluß auf die allgemeinen politischen Fragen ganz anders geltend machen. Dazu erscheint es nicht notwendig, daß wir neben der „Genossin" noch ein zweites Blatt bekommen, das die Frauenfragen behandelt; sondern, daß wir in die publizistischen Organe innerhalb der Partei ganz anders eindringen, als es heute der Fall ist. Ich glaube, daß es für die Frauenfragen nicht erforderlich ist, daß sie in den Tageszeitungen nur in der Frauenbeilage behandelt werden. (Sehr gut!) Wenn der Mann die Frauenbeilage in die Hand bekommt, sagt er, das sei Angelegenheit der Frau, das ginge ihn nichts an. Auch diese Fragen müssen im allgemeinen Teil behandelt werden und dort muß auch für Frauen Platz sein, wo es sich um Angelegenheiten der Gesamtpolitik handelt. Dasselbe gilt auch für unsere periodischen Schriften: für die „Arbeiterwohlfahrt", für die

„Gemeinde" und auch für das wissenschaftliche Organ der Partei, die „Gesellschaft", die fast ausschließlich in der Hand der männlichen Genossen ist. Wir müssen unsere Forderung durchsetzen, weil wir im Gesamtorganismus der Partei auch etwas eigenes hinzuzufügen haben. Wir wünschen ferner ein Unterhaltungsblatt, das an Qualität uns das gibt, was wir wirklich fordern können, die wir den Kulturfortschritt wollen und das die Frauen durch gute Lektüre für diese Aufgabe vorbereitet.

Wir haben auf dem Parteitag uns zum ersten Male eingehend mit den Kulturfragen im Reiche beschäftigt und einstimmig eine Resolution angenommen, die die Partei in den großen Kampf um die Weltlichkeit des Schulwesens einstellt. Wir bekommen in diesem Jahr das Reichsschulgesetz, und da muß die Partei bei diesem Kampf im Reichstag stark hinter uns stehen. Hier brauchen wir die Frauen in ganz besonderem Maße. Aber um eins möchte ich Sie bitten: machen Sie nicht in diesem öden Freidenkertum, das uns in diesen Fragen unendlich viel schaden kann. (Sehr richtig!) Wir müssen die Frage mit der ganzen Offenheit und Energie betreiben, die sie verdient, aber auch mit dem ganzen Takt, den wir bei der proletarischen Frau in diesen Fragen nötig haben, weil sie noch ganz eingebettet ist in das religiös-dogmatische Denken und Fühlen der Vergangenheit.

Zur Nachwuchsfrage möchte ich sagen, daß es da zwei Bruchstellen gibt. Es gibt heute keine Schicht in der deutschen Bevölkerung, die einen so großen Opfermut hat, wenn es sich um die Erziehung und den Aufstieg der Kinder handelt, als das Proletariat. Der Wunsch, die Kinder eine bessere Schule besuchen und mehr lernen zu lassen, als man selbst gekonnt hat, ist sehr groß. Aber übersehen wir nicht die große Gefahr, die für unsere Jugend, die in die höhere bürgerliche Schule eintritt, besteht: die Gefahr der Entfremdung von der Klasse, aus der sie herauswächst! Die Eltern müssen ihr ganzes Augenmerk darauf lenken, daß diese Kinder nicht für das Proletariat verloren gehen. Die andere Bruchstelle ist folgende. Marie Juchacz hat schon darauf hingewiesen, daß man beobachten kann, wie das junge Mädchen aus den Warenhäusern und Bureaus von dem Hakenkreuzjüngling erwartet wird, der mit ihr abzieht. Nun liegt ja die Liebe nicht auf der gleichen Ebene wie die Politik. Aber 99 Proz. aller Frauen, die lieben, erliegen der Gefahr, jeden Sinn für die allgemeinen Zusammenhänge zu verlieren und ganz im individuellen Leben aufzugehen. Darum habe ich mich gefreut, daß unsere Jugendgenossin hier auf eine wunde Stelle den Finger gelegt hat. Die Genossen draußen sind vielfach der Meinung, daß man die Mädel allein halten muß, sie wollen jene Konzession an die bürgerlichen Sittlichkeitsbegriffe machen, die wir ablehnen sollten. Es ist sehr wichtig für das Mädchen, daß es seinen Kameraden innerhalb der Menschen findet, die mit ihm aus gleichem Boden herausgewachsen sind. Die Jugend von heute faßt die Ehe anders auf und will eine Gesinnungsgemeinschaft darin haben. Aber auch zu dieser Auffassung muß der Mensch erzogen werden. Wollen Sie sich da wundern, wenn das Mädchen, das in den Schulen und in der Jugendbewegung bedrängt wird, schließlich abströmt, wie es die Genossin Juchacz als große Gefahr angedeutet hat? Das wenige, was man dazu tun kann, diese Bruchstelle zu überwinden, sollte wenigstens geschehen. (Beifall.)

Anna **Matschke,** Berlin: Der eben verlesene Antrag findet auch meine Unterstützung. In der Organisation werden wir bei den Stellungen, die wir als Frau beanspruchen dürfen, noch nicht in dem entsprechenden Maße beteiligt. Zum Teil liegt es auch an den Frauen selbst, wenn sie in den Sitzungen den Mund zu wenig aufmachen und alles den Männern überlassen. Das beste Beispiel dafür bietet uns Berlin. Berlin hat 18 Dele-

gierte zum Parteitag entsandt, darunter nur eine Genossin. (Hört, hört!) Da hätte die Genossin Wurm ihren Einfluß aufwenden können, damit die Frauen auf Grund der Mitgliederzahl besser an der Tagung des Parteitages interessiert worden wären. Wenn man ein prominentes Mitglied einer großen Bezirksorganisation ist, muß man auch den Mut haben, für die Genossinnen einzutreten. (Bravo!) Dann hat die Genossin Juchacz auch zum Ausdruck gebracht, daß wir sozialistischen Frauen zu wenig Aktivität bei den politischen Problemen zeigen und daß die bürgerlichen Frauen viel aktiver wären. Das geben wir zu. Aber aus welchem Grunde sind die bürgerlichen Frauen aktiver? Zunächst sind sie losgelöster von den Tagesarbeiten, die eine proletarische Frau hat. Sie können diese Arbeiten andern überlassen und ihre freie Zeit dazu verwenden, sich mit diesen wichtigen Problemen zu beschäftigen. Sodann haben sie auch das Geld dazu. Den wenigen Frauen bei uns, die sich mit den wichtigsten politischen Problemen beschäftigen können, wird ihre Arbeit noch dadurch erschwert, daß sie mit Organisationsarbeiten überlastet sind. (Sehr richtig!) Dazu kommen auch die Arbeiten für die Arbeiterwohlfahrt, und niemand wird sagen können, daß diese Arbeit nicht den größten Teil der Zeit in Anspruch nimmt.

Was in bezug auf die Werbearbeit unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen zum Ausdruck gekommen ist, ist richtig. Die Zersplitterung der Arbeiterschaft ist mit schuld daran, daß wir nicht in dem Maße Organisationsarbeit leisten können, wie wir es wünschten. Wir haben uns früher mit den Vertrauensleuten in Verbindung gesetzt und sind dann in die Arbeiterinnenversammlungen gegangen und haben versucht, sie zu organisieren. Wir haben damit sehr gute Erfolge gehabt. Wir können uns auch jetzt mit den Betriebsräten in Verbindung setzen. Man muß aber vorsichtig sein, daß man nicht einem Kommunisten in die Hand fällt. In dieser Beziehung sind die Kommunisten viel rührriger, denn sie nehmen heute die Betriebsversammlungen der Arbeiterinnen für ihre politische Organisation in Anspruch. Diesem Beispiel sollten auch wir folgen! (Beifall.)

Martha Schilling, Leipzig: Ich möchte den Antrag über die Verlegung der Frauenkonferenz nochmals empfehlen. Der Parteitag hat den Antrag leider abgelehnt. Auch die Genossin Juchacz hat sich heute dagegen ausgesprochen, weil die Frauen durch die achttägige Tagung des Parteitages nicht zu erschöpft seien. Das trifft auf die Genossin Juchacz zu. Wir haben aber eine ganze Anzahl abgearbeiteter Frauen unter uns, die die geistige Arbeit nicht gewohnt sind und nach einer achttägigen Tagung mit ihren Kräften bestimmt zu Ende sind. Auch den Einwand der Genossin Juchacz kann ich nicht gelten lassen, wir sollten unsere Kräfte voll dem Parteitag widmen. Es ist zu beachten, daß, wenn die Frauenkonferenz vorher stattfindet, einige Genossinnen, die zur Frauenkonferenz kommen, noch am Parteitag teilnehmen können. Beachtenswert ist für mich allerdings das Argument, daß die Genossinnen, die im Parteiausschuß und Parteivorstand sind, bei der Verlegung der Frauenkonferenz vor den Parteitag an der Frauentagung nicht teilnehmen können. Dieser Einwand veranlaßt mich, heute zu empfehlen, daß wir nicht streng daran festhalten, die Frauentagung vor dem Parteitag stattfinden zu lassen, sondern dem Parteivorstand zur Ueberlegung vorzuschlagen, die Frauenkonferenz losgelöst vom Parteitag abzuhalten.

Der Parteivorstand hat gestern durch den Genossen Müller erklärt, daß der Parteitag keine Lust habe, die Eier auszubrüten, die die Frauenkonferenz lege. Dieser Ausspruch ist gestern mit Humor aufgenommen worden. Darin liegt aber doch, daß es der Parteivorstand unter seiner Würde hält, die Beschlüsse der Frauenkonferenz zu beachten. (Unruhe und Zurufe.)

Ich lege Ihnen daher heute einen Antrag (Nr. 4) vor, der die Verlegung der Frauenkonferenz auf einen anderen Zeitpunkt, als direkt nach dem Parteitag fordert. Ich bitte, ihn anzunehmen.

Den Wunsch, von einer Genossin ein besonderes Referat auf dem Parteitag halten zu lassen, empfehlen wir warm, und bitten die Genossinnen, die in dem Parteiausschuß sind, ihn als Anregung mit auf den Weg zu nehmen. Wir haben es bitter notwendig, auch unter unseren Genossen die Ideologie der Gleichberechtigung der Frau stärker zu betonen. Die „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung" brachte vor einigen Tagen Glossen über Parteigenossen, die witzige Karikaturen sein sollten, unter anderem auch eine solche unserer Genossin Pfülf. Das war nichts anderes als die spießbürgerliche Auffassung von Männern, wie wir sie vor Jahrhunderten hatten. (Lebhafter Widerspruch und lebhafte Zustimmung.) Wer das nicht empfindet, dem ist nicht zu helfen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Louise **Schroeder,** Altona: Solange wir diese separaten Frauenkonferenzen haben wollen und für notwendig halten, ist es das einzig richtige, sie losgelöst vom Parteitag abzuhalten. Die große politische Bedeutung des Parteitages lenkt naturgemäß von der Bedeutung der Frauenkonferenz ab. Die Frauenkonferenz müßte also nach meiner Meinung einige Wochen vor dem Parteitag stattfinden, um ihr die nötige Bedeutung zu sichern. Dabei wollen wir nicht übersehen, daß dann vielleicht noch weniger Genossen an der Frauentagung teilnehmen, als jetzt, was wir bedauern; trotzdem sehe ich keinen anderen Weg, da die Frauenkonferenz in gewissem Sinne unter der Auswirkung des Parteitages leidet.

Den Antrag, die Frauen im Verhältnis ihrer Zahl zur Gesamtzahl der Parteimitglieder bei den verschiedenen Körperschaften und den Verwaltungsämtern zu berücksichtigen, kann ich in dieser Form nicht annehmen. Es steht schon etwas ähnliches in unserm Parteistatut, und erreicht haben wir trotzdem nicht viel. Wir dürfen hier auch nicht mit starken Zahlen arbeiten wollen. Bei der Aussprache über die Erwerbslosenfürsorge im Reichstag habe ich zu dem Wettstreit, ob in den verschiedenen Ausschüssen 1—2 oder, wie die Kommunisten wollten, fünf Frauen sitzen sollten, gesagt, daß damit die Angelegenheit auf ein falsches Gleis geschoben wird. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir Frauen die politischen Rechte noch nicht solange haben, wie die Männer, und sie auch nicht so ausnutzen. Wenn wir für unsere eigene Sache wirksam eintreten wollen, dürfen wir nicht eine tüchtige Genossin durch einen Genossen verdrängen lassen, nur deshalb, weil dieser ein Mann ist, dürfen aber umgekehrt nicht verlangen, daß ein tüchtiger Mann von einer Genossin verdrängt wird, nur deshalb, weil wir an dem zahlenmäßigen Verhältnis festhalten. Ich würde es andererseits für bedauerlich halten, wenn der Antrag abgelehnt würde, da ich mit den Antragstellern in der Tendenz und der Einleitung des Antrages vollkommen einig bin, und würde deshalb bitten, den Antrag anders zu formulieren.

Ich halte das Problem der Erfassung der jugendlichen und der erwerbstätigen Arbeiterinnen für das im Augenblick wichtigste, und möchte es auf den Begriff der unverheirateten Frau erweitern. Die bürgerliche Frauenbewegung ist eine solche der unverheirateten Frau (Sehr richtig!), unsere Frauenbewegung ist in erster Reihe eine solche der verheirateten Frau. Beides ist falsch. Der Frauenüberschuß von zwei Millionen in Deutschland umfaßt nicht mehr wie vor dem Kriege, hauptsächlich die ältere Generation, sondern die Lebensalter zwischen 25 und 45 Jahren. In diesem Lebensalter kommen auf 1000 verheiratete Frauen 446 unver-

heiratete. Daraus entstehen ganz große Probleme für unsere Zeit, die wir nicht übersehen dürfen. Dieser Zustand ist nicht nur auf den Frauenüberschuß zurückzuführen, sondern auch auf die Krise des Eheproblems, in der wir uns heute befinden. Das alte, starre System der Ehe, von dem wir wissen, daß es heute nicht mehr unbedingt die sittliche Grundlage des Familienlebens ist (Sehr richtig!), wird abgelehnt, das neue, bessere aber ist noch nicht gefunden. Diese große Zahl von alleinstehenden Frauen im lebenskräftigsten und lebensbejahendsten Alter ist für uns ein bevölkerungspolitisches, soziales und ethisches Problem. Wir müssen an diese Frauen heran, und zwar teilweise in anderer Weise als bisher. Ich weiß heute kein Rezept dafür. Als ich neulich diese Ziffern las, bin ich mir darüber klar geworden, daß wir uns diese Frage zu stellen und sie zu lösen haben. Es handelt sich um die Frauen, die wir brauchen, die aber auch uns am allermeisten brauchen. Es sind teilweise einsame Menschen ohne Lebensinhalt, mit der großen inneren Leere. Wenn wir uns mit Recht darauf eingestellt haben, die Mütter durch ihre Kinder und umgekehrt über die Mütter die Jugend zu erfassen, dann ist jetzt die Zeit gekommen, uns ganz besonders mit der Frage zu beschäftigen, wie wir diese große Zahl von unverheirateten Frauen erfassen. Wir müssen an sie herantreten und müssen in ihren Gedankengängen mit ihnen reden, müssen uns vergegenwärtigen, wie diese Frauen leben, für die die Wohnungsfrage in der allgemeinen Form nicht das Problem ist, sondern die Frage: Wie finde ich, wenn ich von meiner Arbeitsstätte nach Hause komme, mein Heim, in dem ich mich heimisch fühle? Wir müssen mit ihnen über die Frage der Heime für Alleinstehende, der Kameradschaft zwischen Mann und Frau, über die Frage des Aufbaues des eigenen Lebens sprechen. Den Weg der Genossin Sachse, durch die Gewerkschaften die Frage des Herankommens an diese Frauen zu lösen, halte ich nicht für den allein richtigen. (Zuruf: Nicht nur Gewerkschaften!) Wir kennen die Schwierigkeiten der Gewerkschaft auf diesem Gebiet. Wir müssen versuchen, überall, wo Frauen tätig sind, Vertrauenspersonen zu finden, die diese Frauen an uns heranbringen, und dann müssen wir mehr als bisher versuchen, in ihrem Sinne zu denken und mit ihnen zu sprechen, um sie gerade durch Besprechung der Fragen zu gewinnen, die in ihrem Leben die schwersten sind, und ihnen so klar zu machen, daß es gerade für sie nur eine Hilfe durch den Sozialismus gibt. (Bravo! und Händeklatschen.)

Susanna **Jacobshagen**, Ludwigshafen: In dem Bezirk Rheinpfalz war die Frauenagitation bis vor kurzem außerordentlich schwer, weil das allmächtige Zentrum große Teile der Frauen hypnotisiert hatte. Seit der Heidelberger Konferenz haben wir aber eine große Anzahl von Frauen gewinnen können; davon an den Werbetagen 1000 neue Mitglieder, d. h. 90 Proz. der Frauen, die wir bereits hatten. Aber das Hauptproblem ist bis heute noch nicht gelöst. Wir bitten um Rat, wie wir diese Genossinnen an unsere Bewegung fesseln können. Hier scheint es notwendig zu sein, auf die starke Beanspruchung der Frauenwelt bei uns durch die Arbeiterwohlfahrt hinzuweisen. Ich verkenne nicht, was die Arbeiterwohlfahrt geleistet hat, daß Frauen in Zeiten der wirtschaftlichen Nöte hier unbedingt intensiv mitarbeiten müssen. Aber die prozentuale Beteiligung der Frauen an der politischen Betätigung scheint mir demgegenüber zu schwach zu sein. Wenn die Genossin Juchacz von dem plötzlichen Stillstand mancher Bewegung nach einem vielversprechenden Anlauf sprach, so ist diese Erscheinung nach unseren Erfahrungen leicht erklärt. Wir können es unserer großen Bewegung gegenüber gar nicht verantworten, ihr 100 oder 1000 Mitglieder zuzuführen, wenn wir sie nicht in unsere Gedanken- und Ideenwelt einführen können.

Wenn ich mir die Friedrichsrodaer Tagung, die erste arbeitsgemeinschaftliche sozialdemokratische Tagung, betrachte, so meine ich, daß auch hierüber eine Aussprache erforderlich ist. Nicht, daß man Tagungen abhält, scheint mir die Hauptsache zu sein, sondern wie man sie aufzieht. In Friedrichsroda hatte man oft das Gefühl, mit Theorien überfüttert zu werden. Notwendiger wäre es gewesen, wenn man uns mehr praktische Vorschläge zur Schulung der Genossinnen mit auf den Weg gegeben hätte. Wenn in Friedrichsroda von der Aktivität der Frau in der Partei gesprochen wurde, hieß es immer, allgemeingültige Regeln könnten nicht aufgestellt werden, wie man arbeite, müsse in den Bezirken in Zusammenarbeit mit den Sekretären geregelt werden. Die Sekretäre sind so mit Arbeit überhäuft, daß sie uns keine Unterstützung geben. Uns fehlt nicht nur die Zeit, um uns ganz der Bewegung hingeben zu können, sondern in erster Linie das Geld, um die einschlägige Literatur zu kaufen. Wir Sozialistinnen sind hier mehr denn je auf unsere Führerinnen angewiesen. Darum müssen wir verlangen, daß unsere Führerinnen uns mehr praktische Vorschläge und Winke geben.

Ich habe es sehr bedauert, daß durch den Parteitag der Antrag auf Einsetzung eines Reichsfrauenausschusses abgelehnt worden ist. Bleibt es bei diesem Beschluß, dann kann Süddeutschland in Zukunft nicht in inniger Verbindung mit dem Frauenbureau stehen. Uns wird es in den kleinen Ländern da unten nie gelingen, 7500 Frauen zusammenzubringen. Unbedingt muß ein Reichsfrauenausschuß gebildet werden, der uns für unsere Arbeit Richtlinien gibt; von dem wir in jedem Falle Instruktionen bekommen können. Es ist unbedingt notwendig, die Frauen mehr als bisher politisch reif zu machen. Arbeiterwohlfahrt darf in Zukunft nur in zweiter Linie stehen. Die Arbeiterwohlfahrt hilft uns, wie ich anerkannt habe, aus der augenblicklichen Not, aber mit politischer Erziehung schafft man ein Geschlecht, durch Mitarbeit zur Erringung der politischen Macht den Staat zu schaffen, der Wohlfahrtsarbeit, wie wir sie heute leider noch auffassen müssen, unnötig macht. (Bravo! und Händeklatschen.)

Emma **Sydow**, Rathenow: Daß die Frauen noch mehr bürgerlich wählen als die Männer, liegt lediglich daran, daß die Deutschnationalen es viel besser verstehen, in den Wählerversammlungen die Frauen zu kapern. Die deutschnationalen Versammlungen sind von Frauen überfüllt, weil die Frauen gezwungen sind, hinzugehen. Sie wissen, sie bekommen die Stunde mehr Lohn und eine Stunde eher Feierabend. Dann fängt der deutschnationale Redner nicht damit an, daß er auf die Sozialdemokraten schimpft, sondern er macht uns sogar Konzessionen. Aber zum Schluß sagt er: „Liebe Frauen, ihr dürft niemals einen Sozialdemokraten wählen, weil diese Leute keine Religion wollen." Gerade daran stoßen sich die Frauen in den Kleinstädten und auf dem Lande. Wir haben auch als Diskussionsredner meist keine Genossen oder Genossinnen, die dieses Thema geschickt behandeln können. Sind wir aber in der Lage, einen geschickten Redner vorzuschicken, dann gewinnen wir auch die Frauen.

Von der Genossin Wurm wurde gesagt, daß die Sozialdemokraten gegen die Frauenarbeit sind. Ich möchte erklären, daß das nicht wahr ist. Wir sind nicht gegen die Frauenarbeit, aber wir halten es für unsere Pflicht, in dieser wirtschaftlichen Lage, in der Tausende von Arbeitslosen auf der Straße liegen, als verheiratete Frauen den Arbeitslosen Platz zu machen. (Sehr richtig!)

Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß das Eintrittsgeld auf einen Wochenbeitrag festgesetzt ist. Wir werden mit Hilfe dieses Beschlusses mehr Frauen gewinnen.

Dann möchte ich einen Appell an unsere Genossinnen richten, sich mehr auf sich selbst zu besinnen. Wir müssen uns Ellenbogenfreiheit verschaffen und wissen, was wir wollen. Das Schimpfen auf die Genossen nützt nichts; wenn wir den Genossen zeigen, daß wir arbeiten können, wird uns kein Genosse zurückweisen. Wir Frauen dürfen allerdings nirgends die beleidigte Leberwurst spielen. Wir sind immer noch zu feinfühlig.

Ich verweise im übrigen auf das, was der Gen. Otto Wels auf dem Parteitag gesagt hat. Wir wollen uns untereinander einig sein. Dann werden wir es auch so weit bringen, wie unsere Genossen. Es muß doch herrlich sein, wenn wir erst einmal mit den Männern Schulter an Schulter arbeiten können. Genossin Juchacz hat mit Recht gesagt, wir schreiten nicht mit Siebenmeilenstiefeln, sondern langsam, aber sicher voran. Wenn die Genossen den Sozialismus erreichen wollen, so können sie das nicht ohne uns Frauen, und wenn wir in Zukunft tüchtige Männer haben wollen, müssen wir auch tüchtige Mütter erziehen. Wenn wir so mitarbeiten, braucht es uns um die Zukunft des Sozialismus nicht bange zu sein. (Bravo!)

Johanna **Reitze**, Hamburg: Der Frauenausschuß des Bezirks Nordwest hat in eingehenden Beratungen über den Internationalen Frauentag den Beschluß gefaßt, die Zentrale zu bitten, künftig eine andere Zeit für den Frauentag zu wählen. Wir alle standen unter dem Eindruck, daß eine Zeit, in der Hacke und Spaten gebraucht werden, für eine internationale Frauentagung nicht günstig ist. Wenn wir einmal im Jahr unserer internationalen Verbundenheit Ausdruck geben wollen, ist es selbstverständlich, daß wir die günstigsten Vorbedingungen für eine eindrucksvolle Kundgebung schaffen müssen.

Dann kann ich es mir nicht versagen, dem Gen. Lohmann in aller Freundschaft den guten Rat zu geben, nicht gar so hart gesotten zu sein. (Heiterkeit.) Ich habe den Gen. Lohmann heute absolut nicht verstehen können. (Sehr richtig!) Lieber Gen. Lohmann, ich weiß, Sie haben eine große Verantwortung übernommen; aber die Rücksichtnahme auf geschäftliche Ueberschüsse darf die Redaktion unter keinen Umständen so beeinflussen, daß unsere Aufgabe, Sozialisten zu erziehen, darunter leidet. (Zustimmung.) Den Frauen, die wir gewinnen wollen, müssen wir die beste Kost vorsetzen, wenn sie auch in leichter Aufmachung serviert wird.

Sodann weise ich auf die Wichtigkeit der Arbeitsteilung hin; wir müssen aktiv sein, aber hüten wir uns, anderen die Möglichkeit zu nehmen, eine Aktivität zu entfalten. Wir haben die Pflicht, auch anderen Genossinnen Raum für Betätigung zu lassen.

Gen. Juchacz hat bezüglich der Aktivität die bürgerlichen Frauen als Beispiel angeführt. Als Tatsache lasse ich das gelten, aber als Beispiel unter keinen Umständen. Die bürgerlichen Frauen haben mir einen zu starken Einschlag von Frauenrechtlerei. (Sehr gut!) In den bürgerlichen Kreisen kämpft noch viel zu sehr der Mann gegen die Frau und die Frau gegen den Mann. (Zustimmung.) Das lehnen wir bewußt ab. (Erneute Zustimmung.) Der Bildungsgang der bürgerlichen Frauen ist auch durchweg geschlossener und abgerundeter. (Sehr wahr!) Für unsere Frauen ist der Weg in die Oeffentlichkeit viel schwerer; wir haben viel größere innere und äußere Hemmungen zu überwinden als die bürgerlichen Frauen. (Zustimmung.)

Unsere Frauenbewegung wird in der Hauptsache von den Hausfrauen getragen. Der Kraftverbrauch für den Haushalt ist sicher auch für die in der Parteiorganisation tätigen Frauen nicht gering. Dazu kommt, daß der größte Teil unserer tätigen Frauenmitglieder Mütter sind. Wenn schon zwischen Beruf und Mutterschaft ein Konflikt besteht, so ist dieser Konflikt auch vor-

handen zwischen Hausfrau, Mutter und Aktivität in der Partei. Hat nun eine kluge Hausfrau und Mutter den Weg zur Lösung dieses Konflikts gefunden, dann müssen wir ihr dabei helfen, sich betätigen zu können. Dann haben diejenigen, die Grund unter den Füßen haben, zurückzustehen. Das bedeutet noch längst nicht, daß sie als Spezialisten besonders hervortreten können. Der Aufstieg unserer Bewegung hängt doch erheblich von der Kräfteverteilung ab, davon, daß wir anderen die Möglichkeit geben, auch einmal eine größere Leistung zu vollbringen. (Sehr richtig!)

Nun ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß der Kieler Parteitag der hervorragendste der Nachkriegszeit war. Ich bin überzeugt, daß er für alle ein nie verlöschendes Erlebnis sein wird. Aber dazu muß ein stärkerer innerer Gehalt kommen. Gen. Hilferding hat auf dem Parteitag das Richtige getroffen. Wir müssen ganz besonders die Arbeiterfrauen mit Wissen erfüllen. Die Arbeiterfrauen müssen danach erkennen, daß sie mit dem Stimmzettel die Lohnhöhe, den Brotpreis und den Preis des Fleisches bestimmen. (Sehr richtig!) Das können wir am besten, wenn wir die Arbeit spezialisieren. Ich werde Gelegenheit nehmen, in einem Artikel das weiter auszuführen, was ich heute wegen der kurzen Redezeit nicht darlegen kann. (Bravo!)

Ida **Bauer**, Leipzig: Von der Gen. Juchacz ist gesagt worden, daß wir uns in Kursen die nötigen Fähigkeiten aneignen können; aber in den Kursen wird doch immer nur ein Teil der Frauen erfaßt. Durch die Kurse kommen wir gerade an die Frauen nicht heran, die wir vor allem gewinnen wollen. Deshalb müssen wir unsere Frauenabende abhalten. Allerdings dürfen wir uns dabei nicht damit begnügen, an den Frauenabenden Referate halten zu lassen und dann höchstens noch die Kleinarbeit zu behandeln, um dann nach Hause zu gehen. Wir müssen vielmehr das Gesagte verwerten. Die Leiterin soll, soweit es möglich ist, an den Frauenabenden die aktuellen politischen Ereignisse diskutieren. Das fehlt unseren Leiterinnen heute zum großen Teil, ist aber unbedingt notwendig. Die Frauen befassen sich sehr wenig mit den politischen Artikeln in der Presse, sie stützen sich höchstens auf die „Genossin“. Wir haben in Leipzig mit der Schulung der Leiterinnen begonnen. Natürlich darf man das nicht auf eine kurze Zeit beschränken, sondern die Bildung der Leiterinnen muß laufend erfolgen. Ich möchte alle die Genossinnen, die in den Städten die Führung in Händen haben, bitten, die Leiterinnen von Zeit zu Zeit zu Redeübungsabenden zusammenzunehmen und ein bestimmtes Thema mit ihnen zu besprechen.

Ueber den Internationalen Frauentag hat Gen. Reitze gesagt, der Zeitpunkt, März, sei nicht der richtige; aber sie hat nicht angegeben, welche Zeit geeigneter wäre.

Wir in Leipzig hatten im Herbst eine Agitation in den ländlichen Orten vorgesehen, aber von den Genossen dort den Bescheid bekommen, daß wir uns gedulden sollten, jetzt sei nicht die richtige Zeit dafür. Vielleicht sagt uns eine Genossin, welcher Zeitpunkt der gegebene ist, damit wir uns auf die Agitation einstellen können. (Beifall.)

Wolff, Bocholt: Als die Genossin Juchacz sagte, daß wir unter der Konkurrenz des Luisenordens sehr zu leiden hätten, habe ich empfunden, daß dieser Gedanke sich mehr darauf erstreckte, den Luisenorden als eine Wohlfahrtsorganisation bürgerlicher Art zu betrachten, denn als das, was er wirklich ist. Der Luisenorden entfaltet unter dem Deckmantel verschiedener Namen seine antirepublikanische Tätigkeit. In den Statuten heißt es, daß der Königin-Luise-Orden seinen Sitz im Halle-Merseburger Bezirk hat. Er nennt sich an manchen Plätzen auch der weibliche Stahlhelm. Damit ergibt

sich Zweck und Ziel seiner Tätigkeit. Wenn wir erkennen wollen, welche Gefahr der Luisenorden für unsere Frauenorganisation ist, müssen wir uns kurz mit der neuen Taktik der vaterländischen Verbände beschäftigen.

Ein Führer der Nationalsozialisten hat gesagt: Unsere Bewegung ist solange ein totgeborenes Kind, solange wir nicht in der Arbeiterschaft festen Fuß fassen können. So haben sie nun ihre Taktik vollständig auf die Arbeiterbewegung eingestellt. Die Unternehmer sind jetzt teilweise gern bereit, diesen Organisationen gewisse Vorteile einzuräumen. In der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" ist gesagt worden, daß die Unternehmer der nationalsozialistischen Bewegung ihre Aufmerksamkeit zuwenden sollten, da sie die einzige Bewegung sei, die es ermögliche, an die marxistisch infizierten Arbeitermassen heranzukommen.

Was verbindet Stahlhelm und Luisenorden miteinander? Dr. Göbbels, der berüchtigte Nationalsozialist, wollte in einer öffentlichen Versammlung des Luisenordens in Berlin am Stahlhelmtage sprechen. Da die nationalsozialistische Arbeiterpartei verboten war, hat der Polizeipräsident von Berlin auch die Versammlung des Luisenordens unterbunden. In den Satzungen des Königin-Luise-Ordens, der angeblich politisch neutral ist, heißt es: Erziehung des weiblichen Geschlechts zur Mithilfe an den Vorbereitungen des großen Befreiungswerkes Deutschlands von seinen Feinden. Der Bund verlangt von seinen Mitgliedern das Bekenntnis zum vaterländischen Deutschtum. Diese Vereine haben sich in der Arbeiterbewegung breit gemacht und haben in fast allen größeren Städten ihre Ortsgruppen, die rein nationalistisch sind. Als die Kolonialtagung in Gelsenkirchen vor kurzem stattfand, war der Luisenorden mit die Triebfeder zu dieser Tagung. Ich bitte festzustellen, ob nicht eine Personalunion zwischen den Ortsgruppen der vaterländischen Frauenvereine, die bekanntlich ihre Gelder aus dem Wohlfahrtsministerium beziehen, vorhanden ist, so daß somit evtl. Gelder des Staates, die für die Allgemeinheit bestimmt sind, politischen Organisationen zufließen, die gegen den Staat arbeiten.

Wenn wir also zu den bürgerlichen Frauenorganisationen Stellung nehmen, müssen wir unser Augenmerk besonders jener Organisation zuwenden, die antirepublikanisch ist und unter den Arbeiterfrauen Fuß fassen will. Wenn wir mit der republikanischen Staatsbürgerpflichterfüllung Ernst machen wollen, müssen wir Aufklärung über den Luisenorden schaffen. Wir müssen zeigen, daß hinter der gleißenden Larve der Wohltätigkeit und des Schwesterntums die gräßliche Fratze des Krieges steckt, und daß diese Organisation nicht nur die Arbeiterbewegung, sondern auch den Frieden der Völker unterminieren will. (Beifall.)

Elisabeth **Frerichs,** Rüstringen: Immer wieder hört man das Wort: wir müssen die Frauen haben, wenn wir die politische Macht erobern wollen. Aber wenn davon geredet wird, wie wir sie gewinnen wollen, kommt häufig der Ausspruch, daß das Niveau der Debatte herabgedrückt wird, wenn wir solche Auslassungen von uns geben. Wir wollen zugeben, daß eine Debatte über die großen weltpolitischen Probleme für unsere Führer anregend ist. Aber die Genossen müssen sich vor Augen halten, daß wir organisatorisch Tätigen für ihre parlamentarische Tätigkeit erst das Arbeitsfeld vorbereiten müssen. Ich möchte daher die Genossinnen bitten, daß sie sich das Bewußtsein des Wertes ihrer organisatorischen Tätigkeit durch solche Aussprüche nicht rauben lassen.

Ich kann der Genossin Jacobshagen nicht folgen, wenn sie bemängelt, daß Frau Juchacz keine Generalrichtlinien für unsere Arbeit geben kann. Die Aussprache hat bewiesen, daß man sich an so verschiedenartige Frauenkreise zu wenden hat, daß es ein allgemeines Rezept dafür nicht geben kann.

Ich muß dem Genossen Lohmann in seinen Feststellungen über die Ullsteinblätter und dergl. mehr recht geben. Ich weiß, daß es Arbeiterfrauen gibt, die keinen Groschen für eine Broschüre haben; für bürgerliche, z. T. sehr minderwertige, Unterhaltungsschriften aber Geld ausgeben. Wir müssen uns auch diese Kaffeestunden und Hackebeilveranstaltungen zu eigen machen, selbst wenn wir das Gefühl haben, daß es unserer nicht würdig ist. Wir müssen an diese unpolitischen Frauen herankommen. Die Hausfrauenvereine sind nicht zu unterschätzen. Sie haben die Frauen, die ganz andern sozialen Schichten angehören, in sich aufgenommen, und damit auch die Kinder dieser Frauen uns abgewendet.

Ich habe mich gefreut, daß die Jugendgenossin die Zusammenarbeit zwischen den Frauen und den Jugendgenossinnen forderte. Man hat früher immer die Freiheit der Jugend schlechthin proklamiert und vielleicht unterlassen, zu sagen, daß es eine disziplinierte Freiheit innerhalb der Arbeiterbewegung für die Arbeiterjugend geben muß. Es wäre wünschenswert, wenn im Zentralblatt der Arbeiterjugend dieser Wunsch in die Ortsgruppen weitergeleitet würde.

Was die Frage der Doppelverdiener betrifft, so kann man es verstehen, daß die Genossin Sydow heute den Doppelverdienst von Mann und Frau nicht wünscht. Man muß aber die Frage nicht verallgemeinern. Wir haben in der Textilbranche und sonstwo Arbeitsgebiete, wo man nur die Frau brauchen kann. Auch der geistig schaffenden Frau, der Aerztin, Lehrerin usw., sollte man ihr Arbeitsgebiet durch solche Aussprüche nicht noch schwerer machen.

Ich bitte um Achtung vor der Kleinarbeit, denn sie ist das beste Werbe- und Bindemittel nicht nur für die Frauenbewegung, sondern auch für die Gesamtpartei. (Beifall.)

Minna **Bollmann,** Halberstadt: Ich möchte erklären, daß wir den Antrag über die Vertretung der Frauen in seiner Tendenz unterstützen, aber ihn nicht so, wie er gestellt ist, annehmen können. Wenn wir in jeder Beziehung Gleichberechtigung verlangen, müssen wir auch die Persönlichkeiten stellen können. Die Klage, daß die Frauen nicht genügend gleichberechtigt erachtet werden in den Bezirken, ertönt auf allen Frauenkonferenzen. Wir in Magdeburg können uns nicht beklagen, wir sind auf dem Parteitag nach unserer zahlenmäßigen Stärke vertreten gewesen.

Einen Reichsausschuß für Frauen fordern wir nicht. Wir haben den Parteiausschuß, in dem auch Frauen vertreten sind. Wir müssen in unsern Bezirken arbeiten, damit wir die nötige Mitgliederzahl bekommen, dann sind wir dort auch genügend vertreten. Wenn wir so arbeiten, daß wir nicht ein Fremdkörper in der Parteiorganisation sind, wird auch alles berücksichtigt werden, was für uns als Frauen in der Agitation notwendig ist.

Die Jugendbewegung ist auch etwas, was uns immer wieder ans Herz gelegt werden muß. Auch da können wir aus unserm Bezirk nur Erfolge mitteilen. Besonders hat es mich gefreut, zu sehen, wie wißbegierig die Jugend ist, und wie sie, wenn etwas angeregt wird in einem Thema, sofort Ergänzungen haben will. Aber eine gewisse Disziplin muß der Jugend beigebracht werden.

Wenn wir feststellen müssen, daß wir in der Internationalen Frauenbewegung erst an neunter Stelle stehen, müssen wir unsern Ehrgeiz anspornen, um mehr zu erreichen. Wir nehmen in der Internationalen Arbeiterbewegung bisher eine geachtete Stellung ein. Sorgen wir dafür, daß dies auch zahlenmäßig zum Ausdruck kommt. Man kann aber an der prozentualen Gegenüberstellung in dem Bericht über die Fraueninternationale nicht die wirkliche Stärke der Organisation feststellen, sondern muß auch die Bevölkerungszahl

und manches andere vergleichen. An den österreichischen Genossinnen können wir einen Maßstab anlegen. Das zeigt uns, daß wir in Deutschland noch viel arbeiten müssen, um vorwärts zu kommen. Wir müssen uns praktisch einstellen und nach den wirklichen Bedürfnissen der Bevölkerung unsere Agitation treiben. (Beifall.)

M. **Kaploneck**, Hindenburg: Es ist wiederholt darauf hingewiesen, daß wir den verschiedenen neuen Organisationen, die sich jetzt bilden, entgegenarbeiten müssen. Es ist auch gesagt worden, wir sollen gegen den Luisenorden und den Republikanischen Frauenbund kämpfen. Noch wichtiger ist der Kampf gegen den Frauenkampfbund, der sich gegen den § 218 bildet. Unsere Partei kämpft immer für die Beseitigung dieses Paragraphen. Man kann es aber nicht gutheißen, wenn sich solche Organisationen bilden und unsere Frauen dort hineingehen. Der Frauenkampfbund will sogar bei den nächsten Wahlen mit eigenen Listen aufmarschieren. Das ist ein Zeichen dafür, daß es nur Leute sind, die ein Mandat für Reichstag oder Landtag erobern wollen. Aber noch schlimmer ist, daß auch Geschäftsinteresse dahinter steckt. Ein Mann aus Oberschlesien, der sich an uns wandte, daß wir ihm bei der Gründung des Bundes behilflich sein sollten, teilte uns mit, daß die Frauen eine Vergünstigung beim Ankauf von gewissen Schutzmitteln haben sollten. Damit fangen sie die Frauen. (Beifall.)

Dora **Fabian**, Chemnitz: Die Genossin Arning hat einen Artikel in den „Jungsozialistischen Blättern" erwähnt, der zur heutigen Form unserer sozialistischen Frauenarbeit kritisch Stellung nimmt. Ich gebe zu, daß ich diesen Artikel geschrieben habe und ihn in seinem Inhalt voll aufrecht erhalten und verantworten kann. (Lebhafte Zurufe.) Das einzige, was ich bedaure, ist die Form, in der die Genossin Arning hier gegen mich vorgegangen ist. (Zurufe.) Die Genossin hat mir den Rat gegeben, ich sollte mich zunächst 14 Tage in das Milieu der Arbeiter vertiefen. Ich komme drei- bis viermal in der Woche bei der Versammlungstätigkeit in meinem Bezirk in sehr enge Berührung mit proletarischen Frauen, und bin so zu der Auffassung gekommen, die ich in diesem Artikel vertreten habe. Ich muß mich entschieden dagegen verwahren, daß ich nur auf Grund der Tatsache, daß ich noch nicht so alt wie die Genossin Arning bin, hier angegriffen werde. (Zurufe.) Der Mangel, auf den ich hingewiesen habe, ist der, daß es mir auf Grund meiner bisherigen Erfahrung so scheint, als ob wir zwar sehr viel tun, um die Frauen zu gewinnen, und sehr viel Wert auf die Werbearbeit legen, aber nicht den gleichen Wert darauf, die Frauen auch sozialistisch zu schulen. Wir müssen ebenso erkennen, wie es Viktor Adler getan hat, daß es nicht nur darauf ankommt, die Wähler und Wählerinnen zu haben, sondern auch darauf, Sozialisten und Sozialistinnen zu erziehen. (Zuruf: Tun Sie das in Ihren Vorträgen nicht?) Man hört aber leider immer wieder, daß auf den Frauenabenden auch heute die persönlichen Angelegenheiten einen breiten Raum einnehmen (lebhafte Unruhe), daß aber die wahrhafte Vertiefung in die sozialistischen Probleme noch nicht überall so durchgedrungen ist, wie es nötig wäre. Wir haben gestern und heute viel von dem staatsbürgerlichen Bewußtsein gehört, zu dem die Frauen erzogen werden müßten. Wir haben aber leider sehr wenig von einem andern Bewußtsein gehört, zu dem die Frauen erzogen werden müssen, nämlich von dem Klassenbewußtsein. Wir haben wenig davon gehört, daß die proletarische Frau in erster Linie nicht Staatsbürgerin, sondern proletarische Klassenkämpferin zu sein hat. Dasselbe, was einige Genossinnen hier vermißt haben, vermissen auch wir in den Anregungen, die wir von Berlin her für unsere Arbeit in den Frauengruppen erhalten. Wie wäre es sonst möglich, daß sich Sozialistinnen hergeben

für so etwas, wie es der Republikanische Frauenbund ist? Es wäre nicht möglich, hätten sie das nötige Klassenbewußtsein, wären sie nicht in erster Linie zu Republikanerinnen, sondern zu sozialistischen Klassenkämpferinnen erzogen worden! (Beifall.)

Von verschiedenen Seiten ist erklärt worden, daß die „Frauenwelt" nicht unseren politischen Anforderungen entspricht, daß die Frauen politische Literatur haben wollen. Das beweist doch, daß ein solches politisches Bedürfnis herrscht. Die Genossin Arning hat gesagt, man dürfe eine solche Kritik nicht üben, weil sie uns hindere, die Frauen für unsere Gruppen zu gewinnen. Demgegenüber möchte ich ausführen, was uns die Vertreterin der Sozialistischen Arbeiterjugend heute gesagt hat, daß die Partei leider nicht immer die Fortsetzung jener Gemeinschaft ist, die die Arbeiterjugend bildet. Daraus folgt, daß wir durch eine solche Kritik die Frauen nicht von uns fernhalten, sondern im Gegenteil, daß wir die jungen Genossinnen, vor allem diejenigen, die in der Partei noch nicht das sehen, was sie in der Arbeiterjugend gesehen haben, gerade dadurch gewinnen können, daß wir offen die Mängel aussprechen und darauf hinarbeiten, daß unsere Frauenorganisation wirklich eine proletarische Kampforganisation wird. (Bravo! und Händeklatschen.)

Ein Schlußantrag Seegern wird hierauf angenommen.

Emma **Sachse**, Altenburg (zur Richtigstellung): Die Genossin Pfülf hat im Zusammenhang mit dem kommenden Reichskonkordat den Ausdruck eines „öden Freidenkertums" geprägt. Dieser Ausspruch geht doch um deswillen zu weit, als wir auch das Gute der Freidenkerbewegung anerkennen sollten, insofern, als die Freidenkerbewegung die Frauen von der geistigen Beeinflussung der Kirche freizumachen versucht. Diesen Ausspruch dürfen wir deshalb nicht unwidersprochen hinausgehen lassen.

Marie **Juchacz**, Berlin (Schlußwort): Wenn ich von einem gesunden Ehrgeiz gesprochen habe, so habe ich damit nicht die Ueberschätzung eigener Leistungen gemeint, sondern jenen Ehrgeiz, der, gepaart mit Optimismus, zur größten Leistungsfähigkeit in einer Bewegung befähigt. Dieser gesunde Ehrgeiz soll aber nicht seinen Ausdruck in einer nörgelnden Unzufriedenheit finden.

Wenn Sie aufmerksame Leserinnen der „Genossin" sind, werden Sie gefunden haben, daß ich alle kritischen Bemerkungen zum Internationalen Frauentag getreulich zum Abdruck gebracht habe. Ich wollte diese kritischen Genossinnen davon überzeugen, daß ihre Kritik beachtet ist, wollte sie aber auch für das nächste Jahr mobil machen, damit rechtzeitig die brieflichen Anregungen an das Frauenbüro kommen.

Heute hat eigentlich nur die Genossin Fabian darüber geklagt, daß nicht genügend Anregungen vom Frauenbüro des Parteivorstandes kommen. Wenn solche Klagen kommen, schäme ich mich, nicht meinetwegen, denn ich weiß, daß weder von mir noch von meinen beiden Vorstandskolleginnen zu verlangen ist, daß wir alle Tage einen Segen von Anregungen über das ganze Reich verstreuen, sondern für die Genossinnen, die das dauernd erwarten. Wir sollen doch eine Arbeitsgemeinschaft sein, die geistiges Leben in sich trägt und entwickeln soll. Die Anregung muß gegenseitig sein. (Sehr richtig!) Der Genossinnen, die solche Anregungen verlangen, sind auch nur ganz wenige. Diesmal war es eigentlich nur eine Genossin, die einmal, als meine engste Mitarbeiterin, mir in einem meiner Arbeit angegliederten Büro politische Mitarbeit geleistet hat. (Hört, hört!) Ich glaube nicht, daß Sie in dieser Zeit mehr Anregungen bekommen haben, als es jetzt der

Fall ist, wo eine andere, ebenfalls junge, Genossin mir für diese Arbeit zur Seite steht.

Die Form der Kritik der Genossin Arning an der Genossin Fabian unterschied sich doch vorteilhaft von der Form, in der die Genossin Fabian die Genossin Arning angegriffen hat. (Sehr richtig!) Beide Rednerinnen ließen an scharfer Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Man soll aber nicht die Form bei anderen kritisieren, wenn man sie so gut zu beherrschen vermag, wie die Genossin Fabian es zweifellos kann. (Sehr gut!) Die Form der Kritik in den „Jungsozialistischen Blättern" ist auch nicht sympathisch, und gerade darauf hat die Genossin Arning hingewiesen. Ich unterwerfe aber Ihrer objektiven Beurteilung den Artikel selbst. Es heißt da:

> „Sieht man sich den letzten Bericht der Frauenorganisation an den Parteitag an — gemeint ist Heidelberg —, so findet man in der überwältigenden Mehrzahl aller Veranstaltungen die „sogenannten" Frauenweltabende mit geselligem Beisammensein, auf Deutsch Klatsch über die Nachbarin (Hört, hört!), ohne jedes ernste Wort, ohne jeden sozialistischen Gedanken."

(Hört, hört! und Unruhe.) Die Genossin Arning, die hier an diesem Artikel Kritik geübt hat, ist Sekretärin für die Frauenbewegung in einem Bezirk, in dem bei guter Allgemeinbewegung die größten Frauenziffern — relativ und absolut — zu verzeichnen sind. Die Genossin Arning muß angesichts dieser Ziffern sagen können, ob sie mit Frauenweltabenden Erfolg gehabt hat oder nicht.

Es ist vorhin von der Genossin Jacobshagen etwas sehr Richtiges gesagt worden, nämlich, daß man die Verantwortung für Hunderte neuer weiblicher Mitglieder nicht übernehmen könne, wenn man diese neuen Mitglieder nicht gleichzeitig sozialistisch schulen könne. Ich unterstreiche diese Ausführung. Aber diese Kunst ist in unsern besten Bezirken mit Erfolg geübt worden. Man hat mit dem einen Mittel versucht, an die indifferenten oder wenig interessierten Frauen heranzukommen, und mit den anderen Mitteln den glücklichen Versuch gemacht, die Genossinnen für die Sozialdemokratische Partei zu schulen. Ich erkenne sehr gern an, daß nicht alle Bezirke in derselben glücklichen Lage sind. Nicht überall ist die Bevölkerung den Ideen des Sozialismus gleich leicht zugänglich. Das hängt mit der kirchlichen Struktur der einzelnen Länderstriche und mit wirtschaftlichen Gründen zusammen. Diesen Organisationen ist es nicht möglich, für besondere Zweige der Arbeiterbewegung hauptamtliche Sekretärinnen oder Sekretäre zu bestellen. Ich sage das, um Ihnen zu beweisen, daß ich die Verhältnisse in den einzelnen Bezirken sehr wohl verstehe und weiß, daß es bei einem Erfolg unserer Arbeit nicht nur auf die Tüchtigkeit des einzelnen ankommt, sondern auch auf das Vorliegen ganz bestimmter Vorbedingungen für unsere Arbeiten.

An einer anderen Stelle schreibt die Genossin Fabian in dem Artikel:

> „Und schließlich haben wir ja noch das Organ für die Funktionärinnen, die „Genossin", die monatlich einmal erscheint und das, was in anderen, namentlich in bürgerlichen Blättern erschienen ist und sich ganz besonders auf Frauen bezieht, zusammenstellt. Den breitesten Raum nehmen hier die Frage der Wohlfahrt und der Fürsorge ein, und daneben werden die Gesetze behandelt, die Fragen betreffen, die die Frauen in erster Reihe angehen. Aus keinem dieser Blätter, die natürlich von Zeit zu Zeit auch einmal einen guten Artikel enthalten, können die Frauen wirklich politische Schulung erhalten. Alle Fragen der großen Politik werden ängstlich von den Frauen fern gehalten, insbesondere fehlt ihnen jede Möglichkeit, die besondere Lage der Frauen innerhalb des Klassenstaates einmal zu erkennen."

Wie ist es, wenn das zutrifft, möglich geworden, daß doch immerhin eine so große Zahl von Frauen in der Partei organisiert und zur politischen Mitarbeit erzogen werden konnten? Ist das nur eine willkürliche Verkennung der Tatsachen oder Engstirnigkeit, die die Tatsachen einfach nicht erkennen läßt! Aus dem Bericht an den Parteitag in Heidelberg ging nirgends hervor, daß die Frauenweltabende und Feierstunden das A und O unserer ganzen Bewegung sind. Es ist mündlich und schriftlich dargelegt worden, daß diese Veranstaltungen nur Mittel zum Zweck sein sollen. Was Tausende unserer Genossinnen schon begriffen haben, das sollten auch die wenigen Genossinnen begreifen: daß solche Veranstaltungen überhaupt erst den Boden für die Aufnahme unserer Ideen vorbereiten. Die armen Frauen, die in die Fabrik gehen, um dort für wenige Pfennige bei langer Arbeitszeit zu fronden, müssen daneben ihren Haushalt und die Kinder betreuen. So übermüdet von der Arbeit und auch vom Dienst an der Familie können sie doch nicht sofort theoretische Klassenkampfideen übernehmen. Sie müssen erst langsam dafür vorbereitet werden. Ich empfehle Ihnen ausdrücklich, die Frauen zu Feierstunden zusammenzuführen, um die armen gequälten Frauen mit den Freuden und der Schönheit des Daseins bekannt zu machen (Sehr richtig!), um ihnen zu zeigen, daß im Leben gequälter Menschen auch mit ganz geringen Mitteln lichte, freudige Augenblicke geschaffen werden können. Wir fördern dadurch die kulturelle Aufnahmefähigkeit der Frauen und bilden dabei auch unser eigenes Können und unsern Geschmack weiter, weil wir doch unserer eigenen Arbeit kritisch gegenüberstehen und immer bestrebt sein werden, es das nächste Mal besser zu machen. Außerdem ist es doch viel besser, die Frauen kommen in unsere Frauenfeierstunden, als wenn sie sich statt dessen einen Kinokitsch ansehen. (Sehr gut!)

Genossin Fabian, ist es Ihnen gar nicht klar, daß es töricht ist, wenn Sie sagen, daß der Republikanische Frauenbund einfach nicht möglich wäre, wenn eine andere politische Erziehung von uns geübt würde? (Fabian, Chemnitz: Habe ich nicht gesagt! Wenn die Frauen alle von Klassenbewußtsein erfüllt wären!) Ihr Schlußfolgerung ist aber gewesen, daß die Partei darin versagt hat, daß sie die Frauen nicht mit Klassenbewußtsein erfüllt hat. Es ist doch erfreulich, daß die Frauen von der republikanischen Idee erfaßt werden, und wenn sie in ihren Wegen dahin organisatorisch irregeleitet werden, dann ist es unsere Aufgabe, diesen Frauen zu sagen: „Schenkt eure Arbeitskraft lieber der Sozialdemokratischen Partei, dann arbeitet ihr republikanisch, zu gleicher Zeit aber auch im Sinne der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Ziele." Dazu sind wir doch da, um auf das Entstehen von Bewegungen aufzupassen, die unsere eigene Kraft zersplittern können! (Sehr richtig!) Wir wollen uns auch nicht die Köpfe heiß reden, sondern wollen uns kameradschaftlich darüber unterhalten, welche Mittel wir einer solchen Bewegung gegenüber gebrauchen wollen. Uns ist nicht mit kritischen Artikeln dieser Art gedient, sondern dadurch, daß aus den Reihen der schreibenden Genossinnen recht viel fruchtbare Anregungen kommen, wobei selbstverständlich auch gesagt werden muß, was falsch gemacht worden ist. (Sehr richtig!) Aber erst die Vielseitigkeit unseres Tuns ergibt in ihrer Gesamtheit ein Ganzes.

Von der bürgerlichen Aktivität im Zusammenhang mit Frauenrechtelei habe ich nicht gesprochen. Was wir an dieser bürgerlichen Frauenbewegung

nicht richtig finden, wollen wir nicht als Beispiel hinstellen. In ihrer geistigen Aktivität soll sie uns Beispiel sein. Wir müssen vom Gegner lernen, müssen auch verstehen, Anregungen von anderer Seite in unsere sozialistischen Gedankengänge zu übersetzen. Selbstverständlich gebe ich zu, daß die Mehrzahl der bürgerlichen Frauen einen anderen Bildungsgang hat. Aber, wollen wir uns nicht auch ein klein wenig zur Duldsamkeit gegenüber den Frauen in unseren Reihen erziehen, die, mit einem anderen Bildungsgang ausgestattet, zu uns kommen? (Sehr richtig!) Wir könnten für unsere Arbeit eine Menge gewinnen, wenn wir uns in noch verstärkterem Maße der Kräfte bedienen, die aus innerer Ueberzeugung aus jenen Kreisen zu uns kommen. Nicht dadurch, daß wir uns gegen andere Kreise abschließen, sondern dadurch, daß wir unsere Gedanken miteinander austauschen und jeden an dem Platz arbeiten lassen, auf dem er etwas leisten kann, dienen wir der Bewegung.

Wenn gesagt worden ist, die Arbeiterwohlfahrt nehme der Partei zu viel Kräfte fort, so trifft auch das nach meiner Erfahrung nicht zu. Gewiß, wir mußten organisatorische und schulende Kräfte für einen Zweig unserer Bewegung abgeben, der noch jung ist, der aber auch die Tendenz hat, Kräfte zu entwickeln, die dann der Parteibewegung wieder zugute kommen. Ich behaupte, daß wir jetzt bereits in diesem Prozeß sind, daß dieses Zurückgeben an Kräften schon begonnen hat. Natürlich geht uns das allen zu langsam, Genossin Jacobshagen. Wir müssen uns aber ein klein wenig mit Geduld wappnen, und darüber nicht das Ziel aus den Augen verlieren, nämlich die Schulung der Kräfte.

Der Genossin Todenhagen muß ich noch etwas erwidern. Sie will die „Genossin" einseitig drucken, um sie besser als Material verwenden zu können. Das hat sehr viel für, aber auch gegen sich. Heute ist es möglich, sich einen Jahrgang der „Genossin" nebst Inhaltsverzeichnis zusammenzuheften, so daß man ein kleines Nachschlagebuch hat. Dieses Verfahren wird von einer Reihe von Genossinnen schon angewendet. Ein einseitiges Bedrucken wäre bedeutend teuerer an Druck, Papier und Versand. Demgegenüber würde der dafür eingetauschte Wert nicht groß genug sein. Ich halte die Anregung vorläufig nicht für akzeptabel. (Die Konferenz schließt sich dieser Ansicht an.)

Ein Wort zur internationalen Frauenbewegung. Zur Genossin Wurm: Die Haltung unserer Genossen in Paris war dieselbe, die die Genossin Gertrud Hanna und ich zusammen mit den dänischen und schwedischen Genossinnen in Brüssel eingenommen haben. Ich glaube auch, daß wir in der Linie Ihres Denkens gehandelt haben. Erinnern Sie sich an die Debatten in Hamburg! Wir waren damals einmütig der Meinung, daß die dort vertretenen Forderungen der Ausdruck eines starken frauenrechtlerischen Zuges waren. Ich gebe zu, daß, nachdem die in Marseille gefaßte Resolution in Brüssel nochmals einer eingehenden Durchberatung unterzogen wurde, sehr viel von dem, was unser Bedenken erregt hat, ausgemerzt ist. Ich habe das Vertrauen, daß durch die Bindungen, die wir uns in Brüssel auferlegt haben, das, was uns deutschen Frauen Unbehagen machte, ausgeschaltet werden kann.

Der Internationale Nachrichtendienst wird vom internationalen Büro in Zürich von Zeit zu Zeit zusammengestellt und an die politischen Zentralen der Arbeiterbewegung geschickt. Soweit das bisher geschehen ist, habe ich diese Nachrichten in der „Genossin" aufgenommen. Die Meinung, daß nicht genügend internationale Nachrichten aus der sozialistischen Frauenbewegung veröffentlicht würden, ist m. E. doch ein klein wenig über das Ziel hinausgeschossen. Was erschienen ist, und noch mehr, was ich direkt bekommen habe, ist aufgenommen worden. Die Nummer der „Ge-

nossin", die morgen hier verteilt wird, bringt eine ganze Reihe internationaler Nachrichten, die mir nach Redaktionsschluß der vorigen Nummer zugegangen sind.

Selbstverständlich wünsche auch ich, daß die Frauen im sozialistischen Zeitungsdienst in stärkerem Maße zur Geltung kommen. Es entbehrt nicht einer gewissen Berechtigung, wenn Kritik daran geübt wird, daß der Redaktionsstab unserer großen Blätter keine weiblichen Mitarbeiter hat. Aber diese Frage hängt doch noch sehr stark mit dem noch immer etwas zu langsamen Hineinwachsen der Frauen in die politische Arbeit zusammen. Gewiß sollen Frauen überall fordern, aber sie sollen zugleich auch geeignete Kräfte präsentieren. Der Konkurrenzkampf zwischen Mann und Weib, der in dem Entwicklungsprozeß der ganzen Welt eine Rolle spielt, der natürlich auch in der Sozialdemokratischen Partei vorhanden ist, und die Entwicklungshemmungen der Frauen müssen in Betracht gezogen werden, um das zu erklären. (Tony Sender: Wir haben doch genug Kräfte!) Gewiß, wir haben Frauenkräfte. Ich gebe es auch nicht zu, daß wir für die journalistische Arbeit keine Frauenkräfte haben. Aber wenn die Debatterednerinnen uns zu erklären suchen, weshalb wir uns noch nicht genügend mit den schwebenden Problemen beschäftigen, warum wir nicht so aktiv und beweglich sind wie es uns bei den bürgerlichen Frauen manchmal scheint, dann habe ich doch unter Würdigung aller von diesen Rednerinnen angeführten Gründe auch das Recht, darauf hinzuweisen. Es ist doch der Mangel an politischer Aktivität schuld, daß im Zeitungsdienst und bei den öffentlichen Aemtern immer noch nicht genügend Frauen vorhanden sind. Wir sind Pionierinnen; wir müssen als Frauen viel mehr arbeiten als die Männer es heute nötig haben. Gen. Pfülf hat treffend ausgeführt: wenn die Frauen sich nur auf bestimmte Frauenfragen beschränken, dann werden sie auch von den Männern auf diese Frauenfragen beschränkt. Deshalb müssen die Frauen stärker in die politische Arbeit hinein; aber sie dürfen darüber nicht ihre Aufgabe der Erziehung der indifferenten Frauen vernachlässigen, weil die Zukunft der Partei abhängig ist von der Anteilnahme der Frauen der Arbeiterklasse am politischen Leben überhaupt. Darum noch einmal der Appell zum Zusammenraffen aller Kräfte zur doppelten Arbeitsleistung für die Sozialdemokratische Partei! —

Wir haben nun die Anträge zu erledigen. Ein Antrag Hamburg (Antrag Nr. 1) besagt, daß die Schnittmusterbogen in der „Frauenwelt" vereinfacht werden sollen, so daß die Leserinnen, die nicht Schneiderinnen sind, sie ohne Schwierigkeiten verwerten können; ferner wird der Rat gegeben, die Möglichkeit zu schaffen, daß die Hamburger Genossinnen sich diese Schnittmusterbogen in Hamburg in der „Produktion" kaufen können. Ich empfehle, diesen Antrag dem Parteivorstand resp. dem Verlag zur Erwägung zu überweisen, da es sich um eine technische Frage handelt. (Die Konferenz beschließt demgemäß.)

Ein zweiter Antrag, der sich auf die „Frauenwelt" bezieht, fordert „die Ausgestaltung des Blattes zu einem wirklichen sozialistischen Unterhaltungsorgan". Der Antrag trägt sehr viele Unterschriften; ich empfehle, auch ihn dem Parteivorstand zur Erwägung und Berücksichtigung zu überweisen. (Die Konferenz tritt diesem Vorschlage bei.)

Der Antrag über die Beteiligung der Frauen in öffentlichen Aemtern ist zurückgezogen zugunsten des Antrags Fröbisch, Schroeder (Nr. 3), der die Forderung nach größerer Berücksichtigung der Genossinnen „ihrer Stärke und Befähigung entsprechend" erhebt. Ich persönlich hätte ja den Wunsch gehabt, daß noch hinzugefügt worden wäre: die Genossinnen sind verpflichtet, für die geeigneten Kandidaten zu sorgen. (Zustimmung und Widerspruch.) Nachdem

die Debatte abgeschlossen ist, bestehe ich natürlich auf eine solche Ergänzung des Antrages nicht. (Tony Sender: Das ist doch die Voraussetzung!) — Es ist die Voraussetzung; aber nach meiner Erfahrung erheben die Genossinnen oft Anspruch auf soundsoviel Sitze, ohne die geeigneten Kandidaten bereit zu haben. Ich empfehle, den Antrag dem Parteivorstand zu überweisen. (Die Ueberweisung an den Parteivorstand wird einstimmig beschlossen.)

Weiter liegt der Antrag Nr. 4 (Schilling und Gen.) vor, der fordert, die Frauenkonferenz *vor* dem Parteitag, oder aber an einem anderen Zeitpunkt stattfinden zu lassen. Ich ersuche Sie, diesen Antrag abzulehnen. Es ist wirklich genügend darüber gesprochen worden. Lassen Sie doch die Reichsfrauenkonferenz je nach Zweckmäßigkeit stattfinden. Unsere Frauentagung verliert sicherlich deshalb nicht an Bedeutung, weil sie *nach* dem Parteitag stattfindet; sie würde nicht gewinnen, wenn sie vorher stattfände, und Sie würden den Gedanken der Frauenkonferenz totschlagen, wenn Sie vom Parteivorstand verlangten, die Frauenkonferenz u. a. Umständen zu einer ganz anderen Zeit stattfinden zu lassen. Ob sie dann soviel mehr Bedeutung haben wird, möchte ich bezweifeln. Aber das eine bezweifele ich nicht, daß eine Frauenkonferenz, die zu einer anderen Zeit stattfindet, bedeutend mehr Kosten verursacht. Nicht zu unterschätzen ist auch der Vorteil, der dadurch entsteht, daß die Frauen am Parteitag, wenn auch nur als Gäste, teilnehmen können. Wenn die Frauenkonferenz zu einer anderen Zeit stattfindet als der Parteitag, sind die Delegiertinnen wieder nur auf die Frauenfragen beschränkt. Ich empfehle deshalb den Antrag zur Ablehnung. (Der Antrag wird mit 66 gegen 33 Stimmen abgelehnt. Ebenso wird der Antrag 4a, Stettin, abgelehnt.)

Dann liegt noch eine Entschließung (Nr. 5) vor, dafür zu sorgen, daß in einzelnen Parteibibliotheken wichtige Literatur für die Frauenagitation angeschafft werden soll. Ich empfehle diesen Antrag zur Annahme. (Der Antrag wird angenommen.) Ich empfehle Ihnen persönlich darüber hinaus, kleine Frauenbibliotheken in den Ortsgruppen anzulegen. Ich weiß, daß es in einzelnen Ortsgruppen ganz nette kleine Bibliotheken gibt, die Ihnen dann noch viel leichter zur Verfügung stehen. Es gibt besonders Broschüren, die nur wenige Groschen kosten, die oft in den Papierkorb wandern, während sie in der Frauengruppe noch gute Dienste leisten könnten.

Es liegt dann noch der Antrag (Nr. 6) vor, den ich übersehen hatte, worin die „Frauenwelt" in ihrer heutigen Form abgelehnt und eine völlige Umstellung der Zeitschrift verlangt wird. Für diese Umstellung soll eine Pressekommission eingesetzt werden. Ich empfehle Ihnen, den Antrag an den Parteivorstand zu überweisen.

Toni **Jensen**, Kiel: Wir sind damit einverstanden, daß der Antrag dem Parteivorstand überwiesen wird, möchten aber zunächst eine positive Abstimmung, um die Stimmung in der Konferenz kennen zu lernen. (Der Antrag wird einstimmig angenommen.)

Marie **Juchacz**, Berlin: Dann liegt die Entschließung Halle—Merseburg (Nr. 7) betreffend den Republikanischen Frauenbund vor. Ich empfehle Ihnen, *diese als angenommen zu betrachten*. Wir werden in der „Genossin" ganz besonders darauf hinweisen, und es wird auch ein Zirkular mit dem Abdruck dieses Antrags an die Bezirksorganisationen als Wunsch der Frauenkonferenz geschickt werden.

Minna **Todenhagen**, Berlin (persönliche Bemerkung): Der Genosse Lohmann hat in seiner Zurückweisung unserer Kritik an der „Frauenwelt" unterstellt, daß von Funktionärinnen auf Frauenabenden gegen die „Frauenwelt"

agitiert werde. Das könnte den Eindruck erwecken, als ob diese Agitation gegen die „Frauenwelt" von den Kritikerinnen dieser Konferenz ausgeübt werde. Ich stelle fest, daß weder von mir noch von anderen Berliner Funktionärinnen eine solche Agitation getrieben worden ist. Wenn an den Frauenabenden von der „Frauenwelt" gesprochen wird, so geschieht das aus der Mitte der weiblichen Parteimitglieder heraus, die Leserinnen der „Frauenwelt" sind. Damit passiert der „Frauenwelt" dasselbe, was dem „Vorwärts" und anderen Blättern der Partei an Zahlabenden oder Mitgliederversammlungen passiert. Ich habe noch nie bei Auseinandersetzungen mit der Pressekommission des „Vorwärts" über Beschwerden gegen den „Vorwärts" erlebt, daß eine Kritik in einer so unduldsamen Weise abgefertigt worden wäre, wie das heute durch den Genossen Lohmann geschehen ist, indem er uns diese Unterstellung macht. Ich weise das also entschieden zurück.

Dann habe ich im Auftrag der Genossin Wurm gegenüber der Genossin Matschke mitzuteilen, daß bei uns der Bezirkstag durch Stimmzettel über die Delegation zu dem Parteitag entschieden hat. Vorgeschlagen waren von uns vier Frauen.

(Schluß der Sitzung 6½ Uhr.)

Zweiter Verhandlungstag

Sonntag, den 29. Mai, vormittags 7 Uhr

Vors. Frau **Juchacz**: Die Sitzung ist eröffnet. Bevor ich der Genossin Dr. Hertha Krauß das Wort gebe, möchte ich Sie auf die Blumen aufmerksam machen, die dort auf dem Tisch stehen. Vor diesen Blumen sitzt eine Genossin, es ist die Genossin Minna Schilling, Mitglied des Reichstags, unsere treue Mitarbeiterin, die die meisten von uns schon sehr lange kennen. Sie ist heute — — (Zurufe und Heiterkeit) — jedenfalls gratulieren wir der Genossin Minna Schilling heute alle recht herzlichst zu ihrem 50. Geburtstag. (Lebh. Beifall.)

Nunmehr hat das Wort die Genossin Dr. Hertha Krauß zu ihrem Vortrag über

Wohnungsnot und Wohnungsreform.

Genossin Dr. Hertha **Krauß**, Köln: Werte Versammlung, Sie kennen alle die verlegenen Eingangsworte des Redners, dem von seinen verehrten Vorrednern bereits alles vorweggenommen ist. Ich bin in einer ähnlichen Lage. Es sind aber nicht die verehrten Vorredner, sondern Vorschreiber. Ihre, Ihnen zur Frauenkonferenz überreichte Mappe enthält schon soviel wichtige und gute Gedanken zur Frage der Wohnungsnot und Wohnungsreform, daß mir kaum noch irgendetwas Gescheites zu sagen übrig bleibt. Sie müssen darum verzeihen, wenn ich Ihnen nicht noch einmal alles sage, was Sie schon lesen können, sondern wenn ich versuche, noch einige wenige abrundende Gedanken dazu zu tun, die mir bei meiner praktischen Arbeit als wichtig eingefallen sind, und die vielleicht nicht immer in den Aufsätzen berücksichtigt werden, die vorwiegend von unsern männlichen Genossen in der Frage der Wohnungsnot und Wohnungsreform Ihnen vorgelegt werden.

Unser Genosse Wagner hat uns bereits vorgestern abend in eindringlichen Worten darauf hingewiesen, wie unendlich groß die Wohnungsnot heute in Deutschland trotz der zahlreichen Bauvorhaben ist, und wie unendlich brennend diese Frage für uns alle und für uns Frauen ganz besonders sein sollte. Der Genosse Wagner hat als Wohnungsbedarf die Zahl von 1.5 Millionen für das Deutsche Reich angegeben, eine Zahl, wie sie von den Gewerkschaften aufgestellt

worden ist, allerdings ziemlich beträchtlich abweichend von Schätzungen anderer Stellen. Es gibt Schätzungen, die den Wohnungsmangel auf 400 000 Wohnungen beziffern, andere auf 600 000, bis hinaufgehend zu 1.6 Millionen. Einig sind sich die meisten darin, daß zu diesem Fehlbetrag von, sagen wir 1.5 Millionen, jedes Jahr ein neuer Bedarf in Höhe von mindestens 150 000 Wohnungen hinzutritt, entsprechend dem Zuwachs an Haushaltungen. Nur ein ganz umfassendes, großzügiges Bauprogramm kann in absehbarer Zeit diese ungeheure Lücke schließen, die Krieg und Nachkriegszeit gerissen haben. Daß ein solches Bauprogramm zustande kommen und auch durchgeführt wird — das scheint mir die größere Sorge zu sein —, das wird allerdings weniger von unsern persönlichen Wünschen und Anregungen abhängen als von unserer politischen Macht, von dem Einfluß, den wir innerhalb der beschließenden Körperschaften haben.

Ich möchte etwas ausführlicher auf die Frage eingehen, was denn eigentlich an wirklicher Not und an wirklichen Aufgaben hinter dieser ungeheuren Zahl, die ich genannt habe, steckt. Was bedeutet der Fehlbetrag von 1.5 Millionen Wohnungen? Diese Zahlen beruhen wohl zum großen Teil auf den Mitteilungen der Wohnungsämter der Städte, und sind ergänzt durch Schätzungen, die man auf Grund der Eheschließungsziffern, Geburtenziffern, Zuwanderungsziffern usw. vorgenommen hat. Wenn Sie sich einmal die Karteien der Wohnungsämter ansehen und dann den Familien nachgehen, die dort als dringend wohnungssuchend gemeldet sind, dann werden Sie allerdings zu dem Eindruck kommen, daß nicht alles, was heute eine Wohnung sucht, gleichermaßen dringend ist und gleichermaßen notwendig in unser Bauprogramm der nächsten Zeit einbezogen werden muß. Aus der berechtigten Sorge heraus, daß es sehr schwer ist, zum richtigen Zeitpunkt eine eigene Wohnung zu finden, haben sich vorsorglicherweise — das ist wenigstens mein Eindruck aus Feststellungen bei verschiedenen städtischen Wohnungsämtern — eine ganze Reihe von Familien als wohnungssuchend angemeldet, deren heutige Wohnverhältnisse nicht gerade unzureichend sind. Andererseits haben sich eine ganz große Zahl von Familien seit langem nicht mehr gemeldet als dringend einer Wohnung bedürfend, weil sie so hoffnungslos, so absolut skeptisch der Aussicht gegenüberstehen, auf diesem legalen Wege zu einer Wohnung zu kommen, daß sie den vierwöchentlichen Bittgang zum Wohnungsamt längst aufgegeben haben und sich in ihren vier Wänden so trostlos und schlecht behelfen, wie das nur denkbar ist. Dieser Wohnbedarf wird voraussichtlich auch durch die pessimistischen Schätzungen nicht restlos erfaßt. Wir kennen ihn zum vielleicht geringeren Teil auf dem Wege über die Wohlfahrtsämter und die Fürsorgerinnen, die täglich in Haushalte hineinkommen, bei denen es absolut klar ist, daß sie in einer vollkommen unzureichenden Weise wohnen, und die sich doch nicht als wohnungssuchend beim Wohnungsamt eingetragen haben.

Wenn wir versuchen, die Gruppen der Familien, die dringend auf Wohnungen warten, etwas zu gliedern, um uns ein etwas plastischeres Bild zu machen, was hinter diesem Schrei der Wohnungsnot steht, so kommen wir auf fünf Gruppen, deren Verhältnisse etwas auseinandergehalten werden sollten. Die eine ist die Gruppe der Haushaltungen, die bisher *keine eigene Wohnung gehabt haben*, sondern ein Einzel- oder mehrere Zimmer bei *Angehörigen* bewohnen, teils in ganz enger Küchen- und Wohngemeinschaft mit den Angehörigen, teils unter strengster Scheidung von ihnen. Denken Sie an das junge Mädchen, das sich verheiratet und mit ihrem Gatten im Haus der Mutter wohnen bleibt. Das mag zunächst gutgehen; aber wenn erst Kinder kommen, und kleinere Geschwister heranwachsen, die auch eine

Wohnung bei der Mutter haben wollen, bildet sich ein Zustand, in dem beiden Familien ein Unrecht geschieht in der Form, wie sie zusammengeschweißt sind. Schlimm wird die Sache aber erst dann, wenn die beiden Familien sich nicht ergänzen bei der gemeinsamen Küchenbenutzung, gemeinsamem Waschen usw., sondern wenn sie sich befeinden. Leider ist das eine der unglückseligen Folgen der Wohnungsnot, daß unter den Menschen, die oft viel zu dicht in einem Raum zusammengepreßt sind, eine solche Zahl von Unannehmlichkeiten und Reibungen entstehen, daß ihr ehemals freundschaftliches oder wenigstens gleichgültiges Verhältnis allmählich in Zwist, Nervosität, vielleicht Bitterkeit und Feindschaft umschlägt.

Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse bei den Haushaltungen, die als *möbliert Wohnende in fremdem Haushalt* untergebracht sind. Wir wissen, daß es eine ganze Anzahl von Familien gibt, insbesondere auch von alleinstehenden, verwitweten Frauen, die ihre zu großen Wohnungen nicht selbständig halten können und einen Teil ihres Lebensunterhalts durch Abvermieten zu verdienen suchen. Das Abvermieten gehört nicht immer zu den Annehmlichkeiten des Lebens, weil ein neuer Mensch in einem in sich geschlossenen Haushalt eigene Anforderungen stellt. Das Abvermieten führt zu Reibungen, die sich in jeder Beziehung ungünstig auswirken: der zweite Haushalt, der Gasthaushalt, fühlt sich als der geduldete, ist immer nur auf Bitten angewiesen, und zwar um so mehr, je weniger zahlkräftig er ist. Das Wohnen dieser Gasthaushalte in der möblierten Wohnung verschlingt einen so großen Teil ihres Einkommens, daß sie auf der andern Seite sich furchtbar einschränken müssen und trotzdem und trotz der hohen Miete nicht den Wünschen des Vermieters ganz gerecht werden. Ich brauche nur auf die Nebenleistungen hinzuweisen: der ewige Streit um das Gas, den Küchenbrand, die Reinigung der Nebenräume, Bezahlung von Haushaltsrechnungen, die von beiden Seiten getragen werden müssen, über deren Abgrenzung man sich niemals ganz einig werden kann.

Ich komme dann weiter zu den Familien, deren Wohnungsnot darauf beruht, daß sie zwar eine eigene Wohnung, aber in vollkommen ungesunden Verhältnissen haben. Denken Sie an die Kellerwohnungen, die vor dem Kriege längst nicht mehr für Wohnzwecke freigegeben waren, und heute wieder bewohnt sind, und zwar nicht nur von kleinen Familien, nicht nur von alleinstehenden oder kinderlosen Familien, sondern in sehr großer Zahl von kinderreichen Familien, weil es billige Wohnungen sind. Denken Sie an die Abschläge auf den Speichern, wo man von einer Wohnung überhaupt nicht mehr reden kann, wo auf einem Trockenspeicher, auf dem das ganze Haus die Wäsche trocknet, ein Raum abgeschlagen wird, in dem Mann, Frau und Kinder hausen, ein Raum, der im Sommer zu heiß und im Winter zu kalt, ständig zugig und in keiner Weise den menschlichen Anforderungen entsprechend ist. Denken Sie an die Familien, die in Ladengeschäften und Werkstätten wohnen. Es sind sehr viele Familien, die entweder, weil sie die Miete nicht mehr bezahlen konnten oder überhaupt keine Wohnung hatten, in die Arbeitsräume des Mannes zusammenzogen. Ich kenne Familien, da wohnen Mann, Frau und zwei Kinder unter dem Ladentisch, denn der Mann ist Faktotum in einem Laden, gleichzeitig Nachtwächter und Mädchen für alles, und der Ladeninhaber hat die große Freundlichkeit, der Frau und den Kindern zu erlauben, sich Nachts dort aufzuhalten, und zwar haben sie ihr Bett unter dem Ladentisch aufgeschlagen. Denken Sie an die Familien, die eine Schusterwerkstatt, Schreinerwerkstatt, Drechslerwerkstatt haben, die aber keine einwandfreie, sondern eine recht behelfsmäßige Werkstatt ist. Wenn das Material zusammengeräumt ist, die ganzen Ueberreste der Arbeit in eine Ecke gekehrt sind, dann

entfaltet sich das Familienleben. Dann wird der Strohsack aus einer Ecke hervorgezogen, ein paar Kissen auf die Erde geworfen, der Ofen in einen Kochherd verwandelt, dann kommen die Kinder von der Straße herein, die Frau kriecht aus einem Winkel hervor, und die Familie beginnt zu „wohnen".

Noch eine vierte Gruppe möchte ich erwähnen, das sind die Familien, deren Wohnungsnot uns wohl am bekanntesten ist, und die in der Oeffentlichkeit am meisten von sich reden macht, die armen Menschenkinder, die mit dem Heranwachsen der Familie nicht die Zahl der Räume vermehren können, wo bei anfänglich ausreichenden Räumen sich später eine solche Kopfzahl vorfindet, daß von einer menschlichen Behausung nicht mehr die Rede ist. Die Zwei- und Dreizimmerwohnung, in die das junge Ehepaar oder das Ehepaar mit einem oder zwei Kindern hineingezogen ist, ist keine Wohnung mehr, wenn sechs, acht oder zehn Kinder herumspringen, Kinder jeden Alters, Mädchen und Jungen, gesunde und kranke Kinder, die wie die Tiere zusammengepfercht sind, und deren Gesundheit und Erziehung vollkommen unmöglich ist, wenn man ihnen keinen anderen Lebensraum schaffen kann. Diese übervölkerten Wohnungen sind es, die noch am meisten Eindruck auf die Einstellung derer machen, von deren gutem Willen die Schnelligkeit des Wohnungsbaues abhängt. Weil mit dieser Uebervölkerung ins Auge springende gesundheitliche und erzieherische Schäden verknüpft sind, findet ein Appell an den Geldsack und das kommunale Gewissen noch am ehesten Gehör, wenn sich die trüben Bilder dieser übervölkerten Wohnungen in der Oeffentlichkeit aufrollen.

Ich komme zur letzten Gruppe, deren Verhältnisse hier besonders hervorgehoben zu werden verdienen. Das ist die Gruppe der getrennt lebenden Familien, die entweder, weil sie aus einer der vier geschilderten Gruppen kommen und es dort nicht mehr aushalten konnten, sich zur Auflösung der Familie entschlossen haben oder durch Räumungsurteil ihre bisherige Wohnung verloren haben. Was geschieht, wenn eine Familie ihre Wohnung verliert? Außerhalb der Fürsorgekreise, der Wohnungsämter und Polizei können sich nur wenige eine Vorstellung machen, in welchem Umfange heute Familien obdachlos sind, und was aus diesen eigentlich wird. Obdachlos im engsten Sinn, auf der Straße, sind die wenigsten Familien. Dazu funktioniert der Polizei- und Fürsorgeapparat zu gut. Die allermeisten, die plötzlich der Gerichtsvollzieher auf die Straße setzt, finden den Weg zum nächsten Fürsorgeamt recht schnell. Aber was können Fürsorgeamt und Polizei tun? Nach dem Gesetz können solche obdachlos gewordenen Familien in die Wohnung zurückverwiesen werden, die sie eben geräumt haben, aber nur in ein oder höchstens zwei Räume davon, und zwar befristet bis zum Finden einer andern Unterkunft. Das ist nur ein alleräußerster Wohnbehelf, denn die geräumte Wohnung ist inzwischen wieder bezogen worden durch andere, die sich in vollem Recht glauben, die ganze Wohnung zu nutzen, und es sehr selten an Schikane fehlen lassen, die zurückverwiesene Familie mit allen möglichen Mitteln wieder aus dieser Wohnung hinauszutreiben. Kann diese Zurückverweisung nicht erfolgen, wird sich die Familie selbst einen Unterschlupf suchen, d. h. mit Sack und Pack zu Freunden, zur verheirateten Schwester, zur Mutter oder Bruder ziehen. Dort wird sie hören: Du kannst hier bleiben, aber den Fritz gib dorthin, das Mädchen tu ins Waisenhaus, der Mann kann auch nicht hier schlafen, nur ab und zu kommen, — verteilt euch. Das ist wohl das Schicksal der meisten durch Räumungsurteil obdachlos gewordenen Familien. Diese Zahl beträgt in jedem Monat Tausende in Deutschland. Sie verteilen sich; die Familie löst sich auf. Wir stehen nicht alle auf dem lapidaren Satz in einer der letzten Nummern der „Genossin", daß die Familie eine kapitalistische Einrichtung ist und eigentlich nicht mehr besteht. Die meisten von

uns halten noch etwas von der Notwendigkeit, und ich kann wohl auch sagen, Zweckmäßigkeit der Familie. (Sehr richtig!) Die Trennung, die Auflösung einer so naturgegebenen Gemeinschaft wie Mutter, Vater und Kinder ist ein ganz verhängnisvoller Einschnitt in das menschliche Leben. Die Mutter zieht zur eigenen Mutter, der Vater in Schlafstelle oder zu Kameraden oder treibt sich im Asyl herum oder hat überhaupt keine feste Bleibe. Die Kinder kommen ins Waisenhaus, aufs Land, in eine fremde Stadt zu Verwandten. So bleibt es. Dieser Zustand wird nicht nach ein, zwei, drei Wochen überwunden — dann ließe er sich aushalten — sondern wird dauernd. Bei Hausbesuchen finden Sie eine ganz nennenswerte Anzahl von Familien, die seit Jahr und Tag aufgelöst sind, nur deshalb, weil sie keine gemeinsame Wohnung haben. Von dem Unsinn dieser Auflösung brauche ich nicht lange zu sprechen, auch nicht von der Kostspieligkeit. Was die Versorgung der Kinder im Kinderheim, der Männer im Männerheim, der Verlust der Arbeitskraft der Frau für die Familie, die sonst für Mann und Kind sorgen könnte, an Unterhalt aus öffentlichen Mitteln in ganz kurzer Zeit kostet, ist weit mehr als ein Genossenschaftsanteil oder ein Zuschuß zur Siedlungswohnung, um wieder in menschenwürdige Zustände zu kommen. Gerade diese getrennten Familien beschäftigen die Oeffentlichkeit wenig. Man findet sich ab, sie kriechen unter, sie sind eigentlich keine „Familien" mehr. Es tritt bei nicht allzu wenigen bald der Zustand ein, daß sie sich selbst nicht mehr als Familie empfinden. Der Mann sieht ein, daß er schließlich ohne Frau und Kinder ganz glücklich sein kann und mehr Geld zur Verfügung hat, als wenn er den Haushalt aufrechterhält. Aus diesen erst künstlich und zwangsläufig getrennten Familien werden allmählich freiwillig getrennte, wo jeder seinen eigenen Weg geht und kein Zusammenhalt mehr besteht.

Ich möchte Sie nicht länger damit beschäftigen, sich genauer auszumalen, was diese Lebensform, wie sie sich in den fünf geschilderten Gruppen zwangsläufig entwickelt, für Volksgesundheit, Volkskraft, Volkserziehung, Werden und Entwicklung dieser Menschen bedeutet.

Wir wissen das und müssen es wissen, oder wir wären gegenüber dieser ungeheuren Not blind, die sich seit Jahren in unserm Volk abspielt. Was nützen alle Fürsorgemittel, die wir zur Gesundheitspflege, Jugendpflege und Wohlfahrt teilweise unter politischem Druck, teilweise aus freiwillig innerer Ueberzeugung zu geben bereit sind? Ein großer Teil der Mittel ist sinnlos vertan, wenn wir nicht gleichzeitig diesen Familien Wohnung geben. Was nützt es, wenn wir die Menschen in Lungenheilstätten zu flicken versuchen oder ihnen durch langwierige Kuren einen Teil Gesundheit wieder verschaffen und schicken sie dann in die Wohnung zurück, wo der Mann sicher kein eigenes Bett hat, mit Frau und Kindern zusammenschläft, und keine Möglichkeit zur Isolierung, Körperpflege, ordentlicher Nahrung und ordentlichem Verbringen des Tages besteht! Was nützt es, wenn wir Tausende von Kindern und Jugendliche in Schutzaufsicht nehmen, sie in Kindergärten hineinstecken, ihnen Vormünder geben, mit allen möglichen Finessen auf ihre geistige Entwicklung einzuwirken versuchen —, wenn wir sie in diese dunklen, häßlichen, ungesunden und trüben Löcher zurückschicken, die nicht nur rein physisch gesehen eine ungesunde Atmosphäre darstellen, sondern den ganzen Lebensinhalt ihrer Eltern in ein dunkles ungesundes Etwas verwandelt haben. Schlechte Wohnungen schaffen schlechte Menschen, kranke Menschen, hassende, gequälte Menschen, die ihr Leben nicht gemeinsam tragen können, keinen Willen zum Vorwärts haben, diesen Zustand irgendwie zu ändern. Schlechte Wohnungen zehren an dem Mark der Gesündesten. Die Frau unseres englischen Genossen Macdonald, Margaret Macdonald, hat gesagt: eine Wohnung tötet einen

Menschen wie eine Axt. Dieses Wort sollten wir oft sagen und beherzigen, wenn wir unsere politischen Kräfte einsetzen, um irgendeine Besserung in diesen Verhältnissen zu schaffen.

Ich will die tragischen Nöte, die mit der Wohnungsnot verbunden sind, nicht weiter auszuführen versuchen, sondern mich den Dingen zuwenden, die eine kleine Besserung, ein klein Stückchen Weges vorwärts aufzuzeigen vermögen. Ich betone absichtlich, daß ich nicht vollständig alle die Aufgaben aufzuzeigen versuche, die zur Linderung und Besserung der Wohnungsnot in Angriff zu nehmen sind. Das müssen berufenere Kräfte tun. Es ist auch vor und auf dem Parteitag in unserm Kreise schon ausführlich geschehen. Ich möchte die Fragen herausstellen, die uns als Frauen besonders nahestehen sollten, die als Grundlage der Debatte in unseren eigenen Kreisen dienen könnten, die wir selbst einmal erst zu einer gründlicheren Klärung bringen sollten.

Es scheinen mir fünf Aufgabengebiete zu sein, deren Beschäftigung für uns ganz besonders zweckdienlich wäre. Als eine dringlichste Aufgabe im Bereich der Wohnungsnot und Wohnungsreform scheint mir eine gründlichere Klärung der Lage zu sein. Wir operieren mit Zahlen und Zahlen schlagen uns tot. 1.5 Millionen Fehlbedarf an Wohnungen ist eine ungeheure Zahl. Vorstellen kann sich darunter niemand etwas. Gleichzeitig nimmt uns diese Zahl den Mut und vielleicht auch die Initiative, zu unserm Teil irgend etwas zu tun, damit die Wohnungsnot, deren Ausdruck diese Zahl ist, beseitigt wird. Mir scheint es darum notwendig, den verschiedenen Formen der Wohnungsnot und ihrer Verteilung auf Grund gründlicher Erhebungen örtlich nachzugehen. Ich wünschte, daß sich Frauengruppen — in den allergrößten Städten wird das vielleicht nicht möglich sein, aber in den kleineren und Mittelstädten — fänden, die sich das Material vom Wohnungsamt beschaffen und Fall für Fall den Familien nachgehen, die als dringlich Wohnungsuchende gemeldet sind. Dann wird sich erst eine Wertung herausstellen, ein Maßstab des dringlichsten Wohnbedarfs. Es wird sich dabei aber auch herausstellen, was wir eigentlich tun müßten, um die Wohnungsnot zu beheben. Denn nicht aller Wohnungsnot kann mit Neubau begegnet werden und mit einem Bauprogramm, das sich grundsätzlich auf ein oder zwei Typen, z. B. drei oder vier Zimmer festlegt. Die Wohnungsnot der Alleinstehenden ist damit sicher nicht zu beheben, auch nicht die der älteren Familien, deren wirtschaftliche Fähigkeiten nicht mehr zur Pflege der Familienmitglieder ausreicht, auch nicht die Wohnungsnot der Menschen, die kein Einkommen haben, die aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge leben. (Sehr richtig!) Es wird sich weiter herausstellen, daß die Wohnungsnot eines Teils der Familien mit anderen Mitteln als denen der Umpflanzung in andere Wohnungen entgegenzutreten ist, wenn wir planmäßig und zweckmäßig diese Mittel zusammenstellen. Als erste Forderung erscheint mir also eine gründliche Klärung der Form der Wohnungsnot notwendig, wenn nicht durch eingehende Erhebungen für die ganze Stadt, dann für einen Stadtteil, eine Straße, einen Vorort. Wir werden durch die klare Erkenntnis der jetzigen Unterbringung der einzelnen Familien erst zu den richtigen Forderungen kommen, die durch unsere Fraktionen zu vertreten sind.

Die Altwohnungen erscheinen mir weiter einer besonderen Beachtung notwendig. Wenn wir auch 1.5 Millionen neue Wohnungen in den nächsten 6 bis 8 Jahren bauen sollten und dazu noch den Mehrbedarf von 150 000 Wohungen, die durch Bevölkerungs- und Haushaltszuwachs notwendig werden, so bedeutet das nicht, daß unsere Bevölkerung von 60 Millionen nun ihre alten Buden zuschließt und geschlossen in die neuen wunderschönen

Siedlungen hinausmarschiert, sondern daß die zahlkräftigsten die schönen neuen Wohnungen beziehen und ihre verlassenen Wohnungen zu niedrigem Preis für die Menschen offen bleiben, die nicht zahlkräftig sind, deren Leben und Schicksal uns wohl am meisten interessieren müßte. Das bedeutet, daß die von uns als übervölkert, als ungesund, als menschenunwürdig gekennzeichnete Wohnung, deren heutige Bewohner vielleicht in eine bessere Wohnung verpflanzt werden, noch auf lange Zeit hinaus die Wohnung eines großen Teils derer bleiben wird, die heute noch unverheiratet oder mit ganz wenigen Kindern sich in einer noch kleineren, noch weniger günstigen Wohnung behelfen. Ich will damit sagen, daß über aller Aktivität, die sich dem Neubau zuwendet, die Pflege, Erhaltung und Ergänzung der Altwohnungen nicht vergessen werden darf. (Sehr richtig!)

Ich denke da ganz besonders an die Aufgaben der Pflege, Erhaltung und Ergänzung, die sich nicht mit der technischen Seite beschäftigen. Wir haben in einigen fortschrittlichen Gemeinden öffentliche Mittel zur Erhaltung des Altwohnraums, die auch den renitenten Hausbesitzer zwingen, die dringlichsten Schäden der Altwohnungen auszubessern. Aber damit ist es lange nicht getan. Wenn die großen Wohnquartiere, deren Anordnung heute nicht mehr unseren Anschauungen von Wohnkultur entspricht, deren innere Beschaffenheit und Einteilung allem Hohn spricht, was wir an rationeller Wirtschaftsführung und menschenwürdiger Wohnung verlangen, bestehen bleiben, ist es unsere Aufgabe, diese Wohnviertel allmählich umzugestalten. Diese Umgestaltung scheint mir nicht so kostspielig zu sein wie ein vollständiges Niederreißen oder Neuaufbauen, was zweifellos wesentlich idealer wäre, aber letzten Endes eine Utopie bleiben muß. Denken Sie an die ungeheuren Mietskasernenviertel Berlins und aller Großstädte! Welche Stadtverordnetenmehrheit wird sich finden, diese ungeheuren Blocks von dem privaten Hausbesitz zu kaufen, um sie abzureißen. Ich kann nicht glauben, daß in absehbarer Zeit in nennenswertem Umfange eine Sanierung dieser Viertel durch Abbruch eintritt, es sei denn, daß sie aus Rücksicht auf die Verkehrsverhältnisse abgebrochen werden, sicher nicht aus Rücksicht auf die Menschen und Familien, die in diesen Wohnungen hausen müssen. Wenn wir also nicht mit Abbruch rechnen können — es ist letzten Endes eine Frage des Optimismus, ob man damit rechnet oder nicht —, ist es dringend nötig, sich darum zu kümmern, was aus diesen Wohnquartieren wird. Wir müssen diese Frage jetzt aufnehmen, nicht erst dann, wenn die öffentliche Meinung von dem Eindruck gesättigt ist, daß so unendlich viel für den Neubau getan ist, daß alle „vernünftigen" Forderungen auf diesem Gebiete längst erfüllt sind. Heute muß gesagt werden, daß die Wohnungsnot auch in den Quartieren bekämpft werden muß, die bewohnt, aber übervölkert sind, deren Raumausnutzung durch unzweckmäßige Einteilung unmöglich gemacht wird, und denen jede menschenwürdige Wohnungsergänzung fehlt.

In diesem Zusammenhang will ich von der „kleinen" Wohnungsreform sprechen, die den Hausfrauen am nächsten stehen sollte, und die in einigermaßen vernünftigem Umfang wohl auch in den Wohnungen durchgeführt werden könnte, die wir zu den Altwohnungen und gerade zu den unzureichenden Altwohnungen rechnen. Wer viel mit Familien in mehr oder minder hilfsbedürftiger sozialer Lage zu tun hat, kann sich des Eindrucks nicht verschließen, daß leider eine ganze Menge Not und Unglück durch die, ich möchte fast sagen, reaktionäre Einstellung vieler Frauen in bezug auf alles das bedingt ist, was ihren Haushalt und ihre eigene Wirtschaftsführung angeht. (Sehr richtig!) Sie wehren sich mit Händen und Füßen gegen eine kleine billige oder kostenlose Neuerung, die nichts anderes verlangt als eine innere

Umstellung oder ein Abgehen von irgend einer Gewohnheit, so daß man manchmal recht optimistisch sein muß, um überhaupt daran zu glauben, daß nach und nach auf dem Wege einer planmäßigen Aufklärung, einer ganz intensiven Gemeinschaftsbeziehung hier doch noch Wandel geschaffen werden kann. Ich will Ihnen ein krasses Beispiel nennen. In Tausenden von Wohnungen schlafen die Bewohner zu dritt oder viert in einem Bett, kranke, schwache oder schlaflose Menschen mit Kindern. Selbstverständlich ist das ungesund und wir wünschen, daß jeder nach Möglichkeit sein eigenes Bett hat oder höchstens zwei Menschen in einem Bett schlafen, wenn es gar nicht anders geht. Dann kommt die Erwiderung: wir haben keinen Platz für ein weiteres Bett. Ich habe diese Antwort in Familien gehört, wo ein Wocheneinkommen von 70 und 80 Mk. vorhanden ist, die Beschaffung also durchaus keine Geldfrage war und die Frau keine verlegene Antwort gebraucht hätte, weil sie sich etwa scheute, zuzugeben, daß das weitere Bett nicht angeschafft werden kann; auch dort, wo aus Mitteln der Wohlfahrtspflege kostenlos Betten zur Verfügung gestellt werden sollten, um z. B. die Isolierung eines lungenkranken Menschen durchzuführen oder aus anderen fürsorgerischen Gründen. Warum wird diese Antwort gegeben? Weil das Ledersofa in der Wohnküche wichtiger ist. Dort kann man aber als Erwachsener nur krumm wie ein Fiedelbogen liegen. Das Sofa ist viel zu schmal und das Kind fällt dauernd herunter. Die Antwort hören wir, weil das Vertikow unbedingt nötig ist. Wir können es ruhig aufmachen, es liegt keine Wäsche darin, auch kein notwendiges Geschirr, sondern allerhand Pappkartons mit Dingen, die man gern in der Wohnung hat. Das ist noch nicht das Schlimmste, man kann vielleicht auf solche Gefühlsmomente noch Rücksicht nehmen. Schlimm ist es aber, wenn für die kleinen Kinder oder den kranken Mann kein zweites Bett aufgestellt werden kann, weil eine Frau es häßlich findet, wenn Betten übereinanderstehen. „Das gibt es nur bei den Soldaten, unsere Wohnung ist keine Kaserne", heißt es dann. „Das ist menschenunwürdig" — folglich schlafen wir lieber zu viert in einem Bett! Gegen eine solche sentimentallächerliche Auffassung scheint es mir notwendig, mit allen Mitteln der Vernunft und schließlich auch des Spotts und der Ironie vorzugehen, wenn durch sie die Gesundheit und schließlich auch das Leben gefährdet ist. Das ist das erste Stückchen konkreter „kleiner Wohnungsreform", das wir als Frauen vielleicht durchsetzen könnten, indem wir diese lächerliche Angst vor dem Uebereinanderstellen der Betten beseitigen, die auf einer vollkommenen Verkennung der wirklichen Notwendigkeit beruht.

Was gibt es noch an kleiner Wohnungsreform? Wir hören sehr oft, daß für viele Mitglieder der Familie keine Stühle vorhanden sind. Sie sitzen auf dem Tisch, auf dem Bett beim Essen, weil kein Platz für ihre Stühle vorhanden ist. Sie hocken den ganzen Tag zusammen auf dem Bett und können sich nicht rühren. Ganz abgesehen davon, daß es für das Bett sehr unhygienisch ist, sprechen noch andere Gesichtspunkte dagegen. Warum keine ordentliche Sitzgelegenheit? Nur deshalb, weil sie sich nicht entschließen können, den Hocker anzuschaffen, den Stuhl ohne Lehne, den man unter den Tisch schieben kann, unter das Bett, wenn man etwas Platz braucht, die man bequem übereinanderstellen kann, ohne daß sie viel Platz wegnehmen

Dann die ewige Klage nach Schränken. Die übervölkerten kleinen Wohnräume, die zum Kochen, Wohnen, Schlafen, Waschen dienen, leiden so sehr unter dem Aufstapeln der notwendigen Vorräte Da liegen die Kohlen, Zwiebeln, Kartoffeln, in einer Ecke die schmutzige Wäsche, die Schuhe. Für nichts ist Raum zur Aufbewahrung vorhanden. Gewiß hat die Proletarierfrau recht, wenn sie sagt, sie kann sich keinen Schrank anschaffen, wenn er

heute 60—80 Mark kostet. Sie kann sich aber ein paar kleine Kisten, Obst- oder Margarinekisten beschaffen, oder sogar vom nächsten Milchhändler oder Gemüsemann schenken lassen. Sie bekommt kleine Kisten für 10 und größere für 50 und 60 Pfennig. Wer wirklich versuchen möchte, den kleinen Raum nach besten Kräften auszunutzen, sollte auch diese kleinen Mittel nicht verschmähen, um etwas Ordnung und Raum zu schaffen — darauf kommt es an —, damit die Kinder nicht zwischen all den unhygienischen Dingen herumkriechen, damit reingemacht werden kann; denn wo die ganze Erde belegt ist mit allen möglichen Dingen, die erst zusammengelesen werden müssen, kann nicht so leicht Sauberkeit herrschen. Viel Arbeitsaufwand muß hineingesteckt werden, um die gründliche Reinigung zu vollziehen, die doppelt notwendig ist, wo viele Menschen in einem oder zwei Räumen hausen.

Eine dritte Möglichkeit, etwas mehr Raum zu schaffen, scheint mir eine bessere Ausnutzung der Decke. Wir haben gerade in unsern alten Häusern unverhältnismäßig hohe Zimmer im Vergleich zu den Siedlungswohnungen. In den Siedlungen wird weniger hoch gebaut, weil nach der ehrlichen Ueberzeugung der Architekten und Hygieniker über 3 oder 4 Meter Höhe der Luftraum keinen Wert hat. Wir können in den alten Wohnungen diesen Raum dadurch ausnutzen, indem wir eine Art künstlichen Hängeboden schaffen. Mißverstehen Sie mich nicht, ich denke nicht an jene furchtbaren Schwalbenkästen, in die man in Berlin die Hausgehilfinnen hineinpreßt, was absolut unwürdig ist. Ich denke an einen Hängeschrank, an eine Aufbewahrungsmöglichkeit für Kleider, Schuhe; Dinge, die seltener gebraucht werden. Ich habe das selbst ausprobiert. Es ist mit ganz billigen einfachen Mitteln möglich, am Ende eines schmalen Raumes durch Anbringen von eisernen rechtwinkligen Haken zwei oder drei Bretter so quer durch das Zimmer zu legen, 3 Meter über dem Fußboden, daß niemand dadurch belästigt wird, um so eine Ablagefläche und Stellfläche von mehreren Quadratmetern entstehen zu lassen, deren gesamte Kosten ein paar Bretter sind. Da haben wir den Raum, in dem die Dinge aufbewahrt werden können, die sonst dauernd auf der Erde liegen und mit denen niemand etwas anzufangen weiß, an denen die Kinder sich dauernd stoßen oder mit denen sie Unfug anrichten. Ich will, um ein paar weitere Fingerzeige zu geben, nur noch hinweisen auf die Ausnützung der Türfüllungen zwischen zwei Räumen, deren Türen nicht benutzt werden. Wieviele Regale lassen sich da anbringen! Wie gut läßt sich anstatt eines neuen Sofas, wie wir es heute leider noch in sehr vielen Familien finden, ein Liegebett hinstellen, das zum Schlafen wie auch zum Sitzen benutzt werden kann.

Lassen Sie mich aber weiter zu radikaleren Maßnahmen übergehen, die in ihrer praktischen Nutzanwendung durchaus möglich wären, wenn sie auch für uns als Sozialisten nicht das Ziel bedeuten. In vielen Häusern tritt die Uebervölkerung dadurch in die Erscheinung, daß erwachsene Kinder mit kleineren Kindern oder mit den Eltern im selben Raum schlafen müssen. Wir halten es selbstverständlich für ungünstig, daß 15-, 18- und 20jährige Burschen mitten zwischen den kleineren Geschwistern schlafen. Was läge näher, als daß mehrere Familien desselben Hauses oder alle Familien eines nicht zu großen Hauses sich verständigen und alle ihre großen Burschen zusammen in einem Zimmer unterbringen, in dem sie schlafen! Dasselbe wäre für die Mädchen möglich. Das große Kind ist dann nachts von der Familie entfernt, ohne daß die Gemeinschaft mit der Familie aufgehoben wird; denn es kommt zum Essen, hat seine Wäsche, seine Kleidung und seine sonstige Wohnung bei der Familie. Die Schattenseiten einer solchen Einrichtung sind mir gewiß nicht unbekannt; aber sie sind nicht so gewichtig, daß der jetzige

Zustand, der noch viel mehr Schattenseiten aufweist, erhalten bleiben müßte. Es ist auf die Dauer unhaltbar, daß der kleine Junge mit dem großen Bruder im selben Bett oder der 18jährige Junge mit der zwölfjährigen Schwester zusammenschlafen muß. Der große Bruder hat eine bestimmte Arbeitszeit, er kommt spät nach Hause, er steht früh auf, so daß die Kinder dauernd gestört werden. Das Zusammenschlafen von verschiedenen Burschen verschiedener Familien ist nicht so unmöglich. Beim Militär hat man das ja auch gemacht. Es geschieht in den Ledigenheimen, in den Ferien der Burschen, auf ihren Wanderfahrten usw. Es gibt Mittel und Wege, um das Zusammenschlafen einer größeren Gruppe von jungen Menschen auch in gesunden Formen zu halten.

Diese kleinen Anregungen zur genossenschaftlichen Wohnungssanierung innerhalb der Altwohnungen möchte ich ergänzen durch den Hinweis darauf, daß kein Mensch den überbürdeten Hausfrauen, die alle keine Waschküche haben, verboten hat, sich zusammenzutun, um einen Raum des Hauses für die Wäsche frei zu machen. Gerade in den übervölkerten Altwohnungen, die keine Waschgelegenheit außerhalb der Wohnungen haben, hängt ein großer Teil der hygienischen Mängel mit dem ständigen Waschbetrieb zusammen, mit der Tatsache, daß dauernd Wäsche gekocht wird, die feuchte Wäsche in demselben Raum hängt, wo gekocht, geschlafen und gelebt wird. Wir wissen, daß gerade in diesen Häusern Räume vorhanden sind, die für eine Menschenwohnung vollkommen ungeeignet sind. Ich denke an die Räume unmittelbar an der Straße, an die Kellerräume oder an die Räume, die zum Hof hinausgehen und ungenügend belichtet sind. Hier ließe sich sehr oft eine gemeinsame Waschküche freimachen. Natürlich müßte die Miete für diesen Raum gemeinsam getragen werden, was bei einer Beteiligung von vielleicht 15 bis 20 Familien nicht unmöglich sein dürfte.

Auf derselben Linie liegt die Möglichkeit der Schaffung gemeinsamer Kinderstuben, gemeinsamer Aufenthaltsräume für Kinder, ohne daß ein eigentlicher Kindergarten vorhanden ist. Es scheint mir durchaus möglich zu sein, daß ein größerer Raum, der vielleicht ehemals Werkstatt oder Laden war, instand gesetzt wird, der dann unter Aufsicht einer Mutter oder unter wechselnder Aufsicht der Mütter als genossenschaftliche Kinderstube des Hauses dient, die dringend notwendig ist.

Dieser ganze Gedankengang führt weiter zu der genossenschaftlichen oder öffentlichen Wohnungs*ergänzung* in den alten Stadtquartieren. Im Rahmen unseres Wohnungsbauprogramms vergessen wir immer wieder die Schaffung neuer Kindergärten, neuer Kinderhorte, neuer Krippen, die Schaffung von Jugend- und Volksheimen, die in den Wohnquartieren, in wenigen Minuten erreichbar, sein müssen. Ich weiß, daß Kindergärten, Krippen, Horte usw. zum Programm unserer Siedlungen gehören. Ich weiß, daß in den neuen Stadtteilen alle diese notwendigen Einrichtungen gebaut werden; aber wir dürfen darüber nicht vergessen, daß diese Einrichtungen der Wohnungsergänzung doppelt notwendig sind in den alten und übervölkerten Stadtteilen, die die Mehrheit der ärmeren und kinderreichen Bevölkerung bergen. Es ist sehr viel billiger, ein Haus im Sinne des Volksheims in der Altstadt einzurichten, das Kindergarten, Kinderhort, Krippe, Bastelstube, Vereinszimmer, Jugendheimzimmer, Tanzraum usw. umfaßt, als einen Häuserblock niederzureißen und hundert neue Wohnungen zu bauen. Und doch kann man Hunderten von Familien durch eine solche Einrichtung eine wesentliche Erweiterung ihres Lebensraumes schaffen. Wir haben vielleicht zu sehr verlernt, diese Frage unter dem Gesichtspunkt der Wohnungsnot anzusehen; wir sehen sie unter dem Gesichtspunkt der Jugendfürsorge an. Auch das ist

richtig, aber mir scheint, daß es viel leichter ist, im Rahmen der Wohnungsforderungen darauf hinzuweisen, daß diese Wohnungsergänzung das *Mindestmaß* ist, was wir zu fordern haben, vor allen Dingen, wenn die Schaffung ausreichender Neuwohnungen zu niedrigem Preise nicht in absehbarer Zeit durchführbar ist.

Vom Standpunkte der Wirtschaftlichkeit und Benutzung erscheint es mir richtig, die Wohnungsergänzungen der verschiedenen Arten in einem Heim zu konzentrieren, nicht einen Kindergarten hier, einen Kinderhort dort, in einer dritten Straße die Krippe, wieder wo anders das Jugendheim, das Volksheim usw. zu errichten. Es ist auch baulich günstiger, die Dinge zu konzentrieren. Die Familie, die sich daran gewöhnt, durch irgendein Mitglied in Beziehung zum Volksheim zu treten, wird sich auch eher daran gewöhnen, die anderen Einrichtungen als selbstverständlich mit zu benutzen. Offen bleibt natürlich die Frage, wer Träger dieser Volksheime sein soll, und ob es möglich ist, Volksheime in dem Sinne zu führen, daß sie von jeder Beeinflussung, die unserer Weltanschauung zuwider läuft, frei sind. Ich glaube, bei einigem Optimismus darf man die letztere Frage bejahen. Ich halte es für denkbar, daß die Arbeiterwohlfahrt sich zur Trägerin des einen oder anderen Volksheimes in solchen Gegenden macht, wo sie eine große Menge der Bevölkerung zu ihren Mitgliedern zählt. Ich halte es für besser, wenn die Kommune Trägerin solcher Volksheime ist und gleichzeitig die Bürgschaft dafür übernimmt, daß nicht irgendeine einseitig weltanschaulich eingestellte Gruppe nun die geistige Leitung eines solchen Volksheimes erhält.

Das Wesen des Volksheimes scheint mir darin zu bestehen, daß *Räume* zur Verfügung gestellt werden, nicht daß eine Führung zur Verfügung gestellt wird, und nun irgend jemand hervortritt, der alle möglichen Veranstaltungen macht. Es kommt darauf an, daß die Mutter mit ihren Kindern in die gemeinschaftliche Kinderstube gehen kann und weiß, daß sie dort auch andere Mütter mit ihren Kindern findet. Es ist von großer Wichtigkeit, daß der Säugling in der heißen Jahreszeit, wenn die Dachwohnung völlig menschenunmöglich ist, in die gesunde Krippe gebracht werden kann, auch wenn die Mutter nicht auf Arbeit geht und die Zeit hätte, den Säugling zu pflegen.

Dasselbe gilt für die Benutzung durch die Erwachsenen und durch die Jugendlichen. Selbstverständlich ist es sehr viel hübscher, seine Freunde in seine Wohnung einzuladen, oder die Freunde der Burschen und der Mädchen, des Mannes. Aber wo die eigene Wohnung keine Wohnung ist, sondern ein Spott und ein Hohn auf Menschenwürde, muß es möglich sein, mit den Freunden an irgendeiner Stelle zusammenzutreffen, wo nicht der Gastwirt darauf wartet, daß nun gleich das Glas Bier bestellt wird. Die Gemeinschaftsräume des Volkshauses sollten eben unsere Festräume sein, die Räume, in die man jederzeit mit seinen Freunden gehen kann, ohne daß man von irgendjemand bevormundet wird.

Für die alten Wohnquartiere brauchen wir weiter die Ergänzung durch Spielflächen und Grünflächen. In den dicht zugebauten Stadtteilen ist allerdings heute kein Platz mehr für großzügige Parkanlagen, für das, was um die Städte herum heute in großem Ausmaße als Grünfläche geschaffen werden sollte. Trotzdem müssen wir irgendetwas tun, damit auch in den dicht zugebauten Stadtteilen Raum zum Atmen und zum Spielen bleibt. Ich möchte Sie da hinweisen auf die kleinen Grundstücke, die besser sind als überhaupt keine Grundstücke, die durch Abbruch frei werden. Wir wollen aufpassen, daß Grundstücke, die durch Abbruch frei, und einige Zeit nicht bebaut werden, für alle Kinder der Straße geöffnet bleiben, daß ein durchsichtiger Drahtzaun angebracht wird mit einer Tür, damit solche Grundstücke als

Kinderspielplätze verwandt werden. Sehr schön ist es natürlich, wenn dann dieser Kinderspielplatz überwacht wird, und noch besser ist es, wenn wir als Helferinnen der Arbeiterwohlfahrt oder als Mitglieder der Stadtverwaltungen unseren Einfluß dahin geltend machen, daß die Kinder der übervölkerten Stadtteile regelmäßig ins Grüne gebracht werden, daß sie Tag für Tag an bestimmten Sammelpunkten zu einem Spaziergang abgeholt werden, den die eigenen Mütter mit ihnen nicht machen können, weil sie mehrere Kinder haben oder auf Arbeit gehen müssen. Damit wäre wiederum ein kleines Stück Wohnungsnot beseitigt.

Ich weiß, daß vielen Genossinnen und Genossen diese Vorschläge etwas kläglich erscheinen, daß sie viel mehr wollen und diese Vorschläge als kleine Behelfsmittel verachten. Trotzdem bitte ich Sie, auch diese kleinen Behelfsmittel in Anwendung zu bringen; denn unsere Kinder, die heute in licht- und luftlosen Höfen verkümmern, die heute in den übervölkerten, heißen und feuchten Wohnungen dahinwelken, haben nicht Zeit, zu warten, bis der Zukunftsstaat da ist. Wir brauchen auch diese Menschenkinder, ihre Mütter und Väter, wir brauchen den ganzen lebendigen Volkswillen, wenn wir überhaupt weiterkommen wollen, und wir dürfen an ihrer heutigen Not nicht vorübergehen, indem wir sie mit Zukunftsträumen trösten. Sie lassen sich nicht trösten, sie werden nur bitter und krank. Warum können wir nicht für die Zukunft mit aller Begeisterung arbeiten, und gleichzeitig der Not der Gegenwart zu begegnen versuchen mit Gegenwartsmitteln und Gegenwartskräften!

Auf Grund des bisher Gesagten kommen wir zwangsläufig zu dem dritten Aufgabenkomplex. Das ist die Klarlegung der Ziele, die wir bei den Neubauten verwirklichen wollen. Wir sind uns in unseren eigenen Reihen durchaus noch nicht klar darüber, was wir eigentlich für eine menschenwürdige Wohnung halten, und was wir für die Mehrheit unserer Volksgenossen wünschen. Wir brauchen nur die paar letzten Nummern der „Genossin" durchzulesen, um das zu erkennen. Da heißt es in einer Nummer, daß es nichts Schöneres gäbe als das Einfamilienhaus mit dem eigenen Garten, daß das erst die menschenwürdige Wohnung wäre. In einer anderen Nummer steht, daß das Einfamilienhaus mit dem eigenen Garten den Menschen vom Sozialismus abzieht, ihn dem Klassenkampf entfremdet, ihn zum untüchtigen Mitkämpfer macht, und daß wir deshalb unbedingt auf den Großhaushalt, den zentralisierten Haushalt, etwa in der Wiener Form, hinaus müssen. Es ist nicht meine Aufgabe, die Frage zu klären, welche Vorteile und Nachteile beiden angedeuteten Wohnformen entsprechen. Ich möchte nur ein paar Gesichtspunkte herausstellen, über die man sich leichter einigen kann. Selbstverständlich müssen wir bessere Wohnungen haben, müssen mehr Raum für die Menschen in den neuen Wohnungen schaffen. Wir müssen aber auch Wohnungen haben, die im Rahmen der üblichen Löhne und Gehälter bezahlt werden können (Sehr richtig!), und wir müssen deshalb so bauen, daß die Mieten ungefähr auf der heutigen Höhe der Altwohnungen gehalten werden oder noch darunter gehen. Wir können es uns nicht leisten, darauf zu spekulieren, daß Löhne und Gehälter in absehbarer Zeit wesentlich erhöht werden. Wenn wir darum neue und bessere Wohnungen fordern, so muß das gleichzeitig bedeuten, daß die Wohnungen mit wirtschaftlichen Mitteln in wirtschaftlicher Bauweise geschaffen und in wirtschaftlich bester Weise betrieben werden können. Von der wirtschaftlichen Bauweise will ich nicht sprechen; ich bin nicht Fachmann. Vom Genossen Wagner haben wir gehört, daß eine durchgreifende Normung und Typisierung, eine große Vereinfachung des Bauverfahrens selbst uns wesentliche Ersparnisse bringen kann. Wir wissen darüber hinaus, daß eine Konzentrierung der Baumittel auf große Baukomplexe rationeller ist als

die heutige übliche Zersplitterung auf hundert und tausend kleine Bauvorhaben. Wenn wir da gelegentlich unseren persönlichen Einfluß geltend machen können und verhindern, daß noch eine neue Genossenschaft gegründet wird, obschon bereits zwei Dutzend am Werke sind, werden wir ein Stück positiver Arbeit leisten.

Näher liegt es uns als Frauen, zu bestimmen, wie eigentlich die wirtschaftlich zu betreibende Wohnung, die Werkstatt der Frau, ausschauen soll, damit sie wirtschaftlich betrieben werden kann. Sie wissen, daß von seiten der bürgerlichen Frauenbewegung ernsthaft daran gearbeitet wird, praktische Küchen zu schaffen und einen praktischen Wohnungsgrundriß auszuarbeiten, einen Wohnungsgrundriß, der die Arbeit der Frau auf das möglichst geringste Maß reduziert. Ich glaube, daß wir von diesen Anregungen, die im übrigen zum großen Teil auf amerikanische Vorbilder zurückgehen, sehr viel verwenden können; denn heute liegt die Fragestellung für die bürgerliche Frau im großen und ganzen ähnlich wie für die proletarische Frau, da auch die bürgerliche Frau heute ohne Hausgehilfin den Haushalt bewirtschaftet, so daß sie genau das gleiche Interesse daran hat, mit möglichst wenig Arbeitsaufwand und möglichster Freistellung der Kraft für bessere Dinge den Haushalt zu erledigen. Wir müssen eine Küche haben, in der man arbeiten kann, in der die einzelnen Dinge so eingebaut sind, daß sie möglichst Wege sparen und gut erreichbar sind. Dazu gehört, daß die Wasserleitung nicht in der Ecke versteckt liegt, sondern in der Mitte einer Wand. Rechts und links von der Wasserleitung muß ein Tisch sein. Es gehört ferner dazu, daß der Herd nicht in der dunkelsten Ecke, sondern dort steht, wo er richtig belichtet ist. Wenn es irgend durchführbar ist, soll jede Küche einen Fensterplatz, bezw. einen Balkon haben, damit ein Teil der Küchendinge auf diesem Balkon erledigt werden kann und gleichzeitig der Arbeitsplatz der Frau so gesund ist, wie es nur geht. Weiter gehört dazu, daß die Müllabfuhr besser geregelt wird, so daß Müllschlucker in jedem Hause sind. Ferner ist erforderlich, daß die künstliche Beleuchtung der Küche mehr mit den Arbeitserfordernissen in Einklang gebracht wird, daß die Beleuchtung dort angebracht wird, wo gearbeitet werden muß und nicht dort, wo sie dekorativ wirkt.

Hierzu gehören eine Reihe weiterer Dinge, die ich nicht behandeln möchte. Nur auf die Frage der eingebauten Möbel will ich noch eingehen. Ueber diese Frage gibt es ungefähr so viel Meinungen wie Köpfe. Man kann aber im wesentlichen zwei Ansichten auseinanderhalten. Die eine Gruppe sagt: wir müssen möglichst viele Möbel einbauen, weil damit Material und Raum gespart und eine bessere Ausnutzung der Räume ermöglicht wird, weil Kosten gespart und schließlich auch die Reinhaltung verbessert wird. Die andere Richtung erklärt: was tun wir mit unseren guten und schönen, mit saurem Schweiß erworbenen Möbeln, wenn wir jetzt in eine Siedlung ziehen, in der alles eingebaut ist? Wir können sie nicht verkaufen, und es tut uns wehe, sie abzugeben; baut also Neuwohnungen ohne eingebaute Möbel. Zwischen diesen beiden Meinungen gibt es kein Kompromiß. Man muß dann eben Wohnungen mit eingebauten Möbeln und Wohnungen ohne eingebaute Möbel bauen.

Die Grundrisse der neuen Wohnungen sind darauf eingerichtet, daß wir mit vernünftigen Möbeln in sie hineinziehen. Was vernünftige Möbel sind, darüber sind die Ansichten geteilt. Diese Frage muß geklärt werden, und zwar von den Frauen. Wir sind zu sehr beirrt durch die scheußlichen Vorbilder, die uns das Bürgertum der 80er und 90er Jahre gegeben hat, und die heute noch als die Höhe der Kultur von den Möbelgeschäften angeboten werden. Leider gibt es heute noch Hunderte und Tausende von Proletarier-

mädchen, deren Ziel es ist, ein komplettes Schlafzimmer oder eine komplette Küche zu kaufen. Wenn sie es zusammengespart haben, ziehen sie vielleicht in eine Siedlungswohnung und finden, daß die Ausstattung sehr schlecht dahin paßt. Wir werden hoffentlich dahin kommen, daß wir uns die Einzelmöbel so bauen lassen, wie sie praktisch und billig sind. Heute sind sie nicht billig. Sie gelten als Luxus, als die Zugabe der Wohlhabenden, die sich neben der kompletten Ausstattung noch Einzelmöbel kaufen können. Die Typenmöbel, die einwandfrei und ehrlich aussehen, ohne Stuck und Verzierungen, sind Erzeugnisse, für die heute nur eine kleine Nachfrage vorhanden, und die infolgedessen zu teuer sind. Vielleicht liegt eine Aufgabe unserer Konsumgenossenschaften in der Richtung, daß sie in den großen Bereich der lebensnotwendigen Dinge, die sie bereits vertreiben, auch diesen neuen Bedarf aufnehmen, indem sie einige wenige Möbel, die wirklich *jeder* braucht, zu einem niedrigen Preis den breiten Massen abgeben. Unsere Aufgabe wird darin liegen, die uns nahestehenden Produzenten anzuregen, diese Dinge vorweg zu nehmen mit dem damit verbundenen Risiko, damit man sich an ihren Anblick gewöhnt, und daß wir die unzähligen Vorurteile bekämpfen, die gegen solche Ausstattungen sprechen. Wir müssen uns eben klar werden, daß nicht der dreiteilige Schrank mit dem Spiegel in der Mitte das schönste Möbel ist, sondern der einteilige Schrank, der als Wäscheschrank, Kleiderschrank, Besenschrank, Spielschrank usw. gebraucht werden kann; daß es besser ist, eine richtige Liege zu haben, auf der man liegen kann, als ein Sofa, auf dem man sich verkrümmt, daß wir halbhohe Schränke brauchen, die als Vorratsschränke dienen können, für Wäsche oder Lebensmittel, und daß wir kleine Tische brauchen, die durch Aneinanderstellen zu einem großen erweitert werden können, oder Klapptische oder solche, die keine Beine haben, sondern an der Wand angeschraubt sind. Es ließe sich viel sparen an Raum und Arbeitskraft, an Material und damit an Kosten, wenn unsere Geschmacksrichtung auch bei der inneren Ausstattung von den prunkhaften Vorbildern einer überwundenen Zeit abkäme und sich zu dem Echten und Nützlichen hinwendete, wie es unserer Einstellung entspricht.

Die Frage der Wohnungsergänzung der Neubauten will ich nur kurz streifen. Die Wohnungsergänzung liegt in derselben Richtung wie für die alte Wohnung. Wir brauchen in den Siedlungen Volksheime als Mittelpunkt des geselligen Lebens, für Jugendliche und Erwachsene. Ich schließe mich da der Genossin Wegscheider an, die im „Vorwärts" darauf hinweist, daß die Schulen die gegebenen Volksheime und geistig seelische Mittelpunkte jeder Wohnsiedelung sein könnten und sollten. Das schließt in sich, daß die Schulen von vornherein darauf eingestellt sind, mehr zu sein als nur Schule, daß sie Räume für gemeinschaftliche Veranstaltungen, Jugendklubs, Kindergarten und Krippen haben, mit eigenem Eingang versehen, daß sie ein Volksbad, das auch als Ergänzung der Siedlung wünschenswert ist, in sich schließen und daß sie vor allem eine Verwaltung haben, die nicht nach schulmeisterlichen, sondern menschlichen Gesichtspunkten diesen Mittelpunkt auch der Bevölkerung erschließt.

Als weitere Wohnungsergänzung sind wünschenswert Ledigenheime in Verbindung mit Volksküchen, die nicht nur den Ledigen den Mittagstisch geben, sondern auch anderen Menschen oder Familien, die in der Siedlung wohnen, wenn die Hausfrau erkrankt oder verreist ist usw. Ebenso wünschenswert ist es, daß die Jugendlichen, die dem Familienverband entwachsen sind, nicht in die innere Stadt zurückziehen müßten, sondern daß schöne, gesunde, lichte Ledigenheime in der Siedlung für sie bereitstehen.

Daß Sport- und Spielplätze nötig sind, brauche ich nicht zu betonen, ebenso Schwimmbad oder Planschbecken. Gestritten wird über die Zentralwäscherei und die ganze zentrale Wirtschaftseinrichtung, welche die einen als das Allheilmittel anpreisen, die andern als den Todesstoß gegen die Familie verdammen. Wir haben in Wien in den Großbauten der sozialistischen Gemeinde ein Beispiel, an dem wir uns unterrichten lassen können, ob diese Form des Großhaushalts wünschenswert und praktisch ist. Darüber hinaus gibt es Formen, die stärker zentralisiert sind, die Großküchen haben, aus denen die fertigen Speisen allen zur Verfügung gestellt werden. Die Erfahrungen des Krieges haben die alte Erfahrung bestätigt, daß der deutsche Ehemann im großen und ganzen mit dem Volksküchenessen sehr unzufrieden ist, und daß die deutsche Hausfrau bei der besten Volksküche immer noch das Empfinden hat, daß sie es eigentlich mit denselben Mitteln noch besser machen würde. Ob sich dieses Empfinden ändert, wenn die Küchen Genossenschaftsküchen heißen, wenn sie ein Teil der Siedlung sind, die wir selbst gestalten, scheint mir nicht sicher zu sein. Unbestreitbar ist, daß es rationeller wäre, die Kochtöpfe in gewissem Maß zu zentralisieren. Es ist wirtschaftlich zweifellos ein Unsinn, daß bei 10 Familien desselben Hauses 10 Gasflammen brennen, um 10 Töpfe Kartoffeln zu kochen usw. Ob die Zentralisation psychologisch tragbar ist, nach unsern heutigen Anschauungen, scheint mir eine ungeklärte Frage zu sein, die man erst in kleinem Kreise klären müßte, bevor jemand diese Versuche praktisch und im großen macht. Es ist denkbar, daß in manchen Gruppen der genossenschaftliche Geist so stark entwickelt ist, daß mit diesem Großhaushalt eine neue Lebensform gefunden wird, die deshalb zu begrüßen wäre, weil sie eine wesentliche Entlastung der Hausfrau mit sich bringt, die dann ihre Kraft für andere Dinge frei haben würde.

Als letzte Form der Ergänzung möchte ich die genossenschaftliche Bereitstellung gewisser Dienstleistungen hinstellen. Was läge näher, als daß eine Siedlung z. B. eine Krankenpflegerin gemeinsam einstellte. Die Mutter oder Großmutter ist krank, Kinder sind zu pflegen usw., warum sollen wir warten, daß die Pfarrschwester kommt? Warum sollen wir Dienste annehmen von einer Gruppe, der wir uns fremd fühlen? Eine Krankenpflegerin, die von 200 oder mehr Familien angestellt ist, wird zweifellos volle Beschäftigung finden, und die Bezahlung ihrer Dienste wird eine unwesentliche Belastung für die einzelnen Familien sein. Dasselbe gilt für die gemeinschaftliche Einstellung von Kindergärtnerinnen. In Gegenden, wo die industrielle Frauenarbeit vorherrscht, würde das eine Entlastung und Sicherung der Familie bedeuten. Ich denke an eine Kindergärtnerin, die nicht streng an den öffentlichen Kindergarten gebunden ist, sondern die Kinder einer großen Anzahl von Familien versorgt in zwangloser Form als Vertretung der Mutter. Auch in hauswirtschaftlicher Beziehung gibt es noch eine ganze Reihe von Möglichkeiten. Warum kaufen sich die Frauen nicht die Staubsauger und elektrischen Apparate gemeinsam? Man wird sagen, der Staubsauger erleidet einen Schaden, niemand will es gewesen sein, wer bezahlt es? Dasselbe gilt für Waschmaschinen. Wenn aber unser genossenschaftlicher Geist an diesen kleinen Prüfsteinen scheitern sollte, dann kann ihm nicht viel Gutes vorausgesagt werden.

Wenn wir uns über alle diese Forderungen klar sind, wenn wir dafür gesorgt haben, daß die Miete für diese neuen Wohnungen in dem Rahmen bleibt, der für die Massen der Bevölkerung erschwinglich ist, bleibt noch ein wesentlicher Punkt übrig. Wichtig ist, daß wir bei der *Vergebung* der Wohnungen mitwirken. Was nützt es, wenn Leute eine Wohnung bekommen, deren Not nicht dringlich ist, und diejenigen, deren Not dringlich

ist, Jahre um Jahre warten müssen? Heute erfolgt die Vergebung meistens durch einen Ausschuß. Da werden verschiedene Familien vorgeschlagen, es wird aus den Akten etwas dazu gemurmelt, und nach irgendeinem Gesichtspunkt wird eine der vorgeschlagenen Familien bevorzugt. Wer bürgt dafür, daß die vorgeschlagene Familie zu denen gehört, deren Not am dringendsten ist? Wer prüft nach, welche Familien von vornherein ausgeschieden werden, weil sie als unerwünschte Mieter gelten, die grundsätzlich für neue Wohnungen nicht in Frage kommen? Zu diesen unerwünschten Mietern gehört in absehbarer Zeit die Hälfte der Bevölkerung. Nach der heutigen Rechtsprechung kann der Hauswirt bei einmonatigem Verzug die Räumungsklage einreichen. Bei den Gerichten schwebt eine Fülle von Räumungsklagen. Da ergibt sich dann ein scheußliches Bild des Unfriedens, Hasses, ständiger häuslicher Streitigkeiten zwischen Hauswirt und Mieter. Ein großer Teil der Familien, die das Unglück haben, ein bis zwei Monate mit ihrer Miete im Verzug zu bleiben, wird mit dem Odium des unerwünschten Mieters belastet. Es gibt schwarze Listen der unerwünschten Mieter, und es gibt Genossenschaften, die es grundsätzlich ablehnen, diese unerwünschten Mieter aufzunehmen. Hier bleibt nur der Weg übrig, die Machthaber der Genossenschaften und die Mitglieder des Vergebungsausschusses zu überzeugen, was für Verhältnisse es sind, die „unerwünschte Mieter" entstehen lassen. Wenn Mann, Frau und drei bis vier Kinder in einem Raume hausen, wo sich das ganze Familienleben abspielt, dann ist es selbstverständlich, daß Gefühlswerte sich abstumpfen, die unter normalen Wohnverhältnissen erhalten bleiben, daß jede Krankheit und jedes Mißbehagen sich in Explosionen entlädt, die über das Maß des Normalen hinausgehen, daß die Nervosität der Kinder zu Szenen und Auftritten führt, die die ganze Nachbarschaft beschäftigen, und daß die Kinder auf die Straße gehen und da verwildern. Was soll aus solchen Mietern werden, wenn sie für die neue Wohnung nicht in Frage kommen? Wollen wir Verbrecherkolonien züchten und diese Familien dazu verurteilen, endgültig in menschenunwürdigen Verhältnissen zu bleiben, die wir ihnen nicht rechtzeitig abgenommen haben? Diese Frage kann kein Mensch, sicher kein Sozialist bejahen. Aber die Praxis der Wohnungsvergebung steht leider diesen Gedankengängen sehr entgegen. Wir verurteilen tatsächlich viele Familien, da zu bleiben, wo sie hingesteckt sind, und tun wenig dazu, aus unerwünschten Mietern gute zu machen im Sinne des Hausbesitzers, dessen Einstellung wir sonst nicht zu teilen pflegen. Arbeiten wir also mit an der Vergebung der neuen Wohnungen, damit die schönen Siedlungen, die mit unsern Ideen geschaffen sind, auch denen zugute kommen, deren Entwicklung uns dringend am Herzen liegen soll.

Ich habe selbstverständlich nicht versucht, das gewaltige Gebiet der Wohnungsnot und Wohnungsreform erschöpfend zu umschreiben. Ich habe versucht, einige Fragen herauszustellen, die mir gerade den Frauen gegenüber als dringlich erscheinen, und in denen unsere Mitarbeit, unser Nachdenken und unser Gefühl besonders wichtig sein sollte. Die Grundlage für meine Darstellung ist allerdings eine Auffassung gewesen, die noch nicht eine Gegebenheit ist, sondern ein Ziel, die aber sicher unser aller Ziel ist, an dessen Verwirklichung wir alle mitarbeiten sollten. Die Wohnung bedeutet uns nicht nur eine Aeußerlichkeit für das menschliche Leben, das sich dort abspielen soll, sondern uns ist die Wohnung der Lebensraum, der stark mitbestimmend ist für die Gestaltung des Lebens und der Persönlichkeit. Wenn wir den sozialistischen Menschen, den freien, aufrechten und verantwortungsbewußten Menschen wollen, der die Ziele der Gemeinschaft über seine eigenen Ziele stellt, dann müssen wir heute schon brechen mit dem Egoismus in der kleinsten Wirtschaftseinheit, die uns am nächsten steht und auf deren Richtung wir persönlich Einfluß haben, mit dem Wirtschaftsegoismus im Haushalt, in dem Betrieb der Frau, in dem sie selbst Unternehmer und vielleicht Arbeitgeber ist.

Dieser Kampf gegen den Wirtschaftsegoismus in der kleinsten Einheit ist ein wenig der Kampf gegen uns selbst, gegen die eigene Bürgerlichkeit in der eigenen Seele und ein klein wenig auch der Kampf gegen die Bürgerlichkeit unserer Männer, Väter, Brüder, Kinder, der wir mit unserer heutigen Einstellung leider noch zu oft Vorschub leisten. Wenn wir die Verwirklichung des sozialistischen Ideals auf dem Wege der Genossenschaftlichkeit sehen, ist es nicht zu früh, daß wir heute mit Genossenschaftlichkeit bei uns selbst anfangen, und zwar da, wo wir selbst die uns umgebenden Menschen zu Genossen heranbilden und unser Leben im Geist der Genossenschaft aufbauen können. Dazu gehört die Genossenschaftlichkeit der Familie, das gemeinsame Tragen der Haushaltsaufgaben von Mann, Frau und Kindern, und zwar Töchtern und Söhnen. Wir unterschätzen Hausfrauenarbeit recht häufig und stellen sie der Berufsarbeit anderer Art hintan. Wir stellen häufig die Arbeit der Frau der Arbeit des Mannes hintan. Wenn die berufstätige Tochter nach Hause kommt, wird sie in den Haushalt mit eingespannt, während der Sohn bedient wird. Den Söhnen und Männern, die wir nur bedienen, und denen wir niemals die Freude des Helfens vermitteln, verleiden wir gleichzeitig, Genossen im Haushalt zu werden. Wir sind selber schuld daran, daß sie die Arbeit des Haushalts nicht in genossenschaftlichem oder sozialistischem Sinne auffassen.

Wenn wir also Wohnungsreform — und dahinter steht letzten Endes Lebensreform — treiben wollen, müssen wir ganz bescheiden mit der kleinsten, bescheidensten Reform in unserm eigenen kleinen Haushalt anfangen. Ich schließe mit dem Wunsch, daß wir die Wohnungsreform auch an diesem Punkt beginnen, und daß wir auch diesen Punkt als vordringlich erachten, ihn nicht vergessen neben dem großen Wohn- und Bauprogramm, an dem wir uns in unserem politischen Leben beteiligen. Mögen wir Frauen stark genug, klug genug und verantwortungsfreudig genug sein, uns aus der alten materiellen Gebundenheit gerade auf dem Gebiete der Wirtschaft und Hauswirtschaft herauszulösen, um unsere Kraft frei zu machen zu nicht materiellen Zielen. (Lebhafter Beifall.)

Vors. Nanny **Kurfürst:** Ich glaube, in Ihrer aller Sinne zu sprechen, wenn ich der Genossin Krauß für ihren vorzüglichen Vortrag recht herzlich danke.

Wir kommen jetzt zur Aussprache.

Berta **Thiel,** Leipzig: Das Wohnungsproblem, das ebenso schwer ist wie das Steuer- und Zollproblem, wird unter dem heutigen kapitalistischen Regime in Gemeinden, Ländern und Reich nicht vollständig gelöst werden. Unsere Aufgabe ist es nun, den Wohnungsbau vorwärts zu treiben und den Familien beizustehen, die heute noch in trostlosen Verhältnissen leben. Wir haben Neuwohnungsbau und Altwohnung zu unterscheiden, kommunalen Wohnungsbau und privaten Wohnungsbau. Der neue Wohnungsbau soll die alten Wohnungen verdrängen, an Stelle des privaten Wohnungsbaues soll der kommunale sozialisierte Wohnungsbau treten.

In vielen Beziehungen kann man der Genossin Krauß hinsichtlich der Ausgestaltung der Altwohnungen beistimmen, in anderen wieder nicht. Ich bin sehr überrascht, daß eine solche Aus- oder Umgestaltung der Altwohnungen in bezug auf den schon beschränkten Luftraum vor sich gehen soll. Die in primitivster Weise unter der privatkapitalistischen Einstellung

gebauten Altwohnungen sind für jede Arbeiterfamilie unzureichend. Wir haben im Lichtbild diese hohen Häuser mit den engen Höfen gesehen. Wenn diese Wohnhäuser kleine Wohnungen haben, in denen durch irgendwelche primitiven Einbauten in Zimmern oder Küchen Ablegeflächen geschaffen werden sollen, so kann ich das nur als Bazillenherde bezeichnen. Der Luftraum wird durch solchen Einbau beengt. Das Zeug, das aus den Ecken hervorgenommen und auf diese Böden gestellt wird, wirkt als Staubfänger, denn nicht jede Hausfrau will jeden Tag drei Meter zum Staubwischen hochklettern. Ich kann mich dafür nicht erwärmen. Wir müssen verlangen, daß neue Wohnungen gebaut werden für die Familien, deren Räumlichkeiten jetzt viel zu klein und zu primitiv sind. Man soll die Altwohnungen entweder abbrechen oder andern Zwecken nutzbar machen.

Wir in Leipzig haben eine riesige Wohnungsnot und haben es uns in den letzten drei Jahren ganz besonders zur Aufgabe gemacht, den Wohnungsbau zu fördern und zu verbessern. Unsere neuen Wohnungen haben heute wie in Berlin schöne Spielplätze, von Grünflächen umgeben, schöne Blumen- und Baumanlagen. Jede Wohnung weist einen Balkon auf. Die Kinder tummeln sich nach Herzenslust, weil dafür die notwendigen Einrichtungen geschaffen sind. Der Leipziger Wohnbesitz beträgt 1435 Häuser, worauf die Privatgesellschaft außerordentlich neidisch ist. Dieser Wohnbesitz bringt eine Friedensmiete von 5 Millionen und der Stadt einen Reingewinn von 900 000 Mk., der anderen Einrichtungen, wie Pflege der Altersheime, Versorgungshäuser, Säuglingsheime, Kindertagesheime und Kindergärten, zufließt. Wir haben auch die Jugendherbergen und Jugendheime ausgestaltet. Vorläufig ist es eine unbedingte Notwendigkeit, daß sich die Kommunen dem Neuwohnungsbau ganz besonders widmen.

Nach dem Jahrbuch hat die Reichstagsfraktion einen zähen Kampf um die Bereitstellung von Mitteln für den Wohnungsbau geführt. Die Reichsregierung hat aber wohl für die Reichswehr 700 Millionen übrig gehabt, aber nicht so viel für den Wohnungsbau. Deshalb müssen sich die Kommunen immer wieder des Wohnungsbaues annehmen, weil sie am besten über die Wohnungsnot unterrichtet sind.

Der Genossin Krauß stimme ich nicht zu, daß es eine dringendere Aufgabe ist, die Wohnungen so zweckmäßig wie möglich zu gestalten. Zu dem Genossenschaftssystem werden wir nicht so bald kommen. Wir werden uns vorläufig mit den Familienwohnungen noch begnügen müssen. Deshalb müssen die Wohnungen so bequem wie möglich ausgestaltet werden. Wir müssen neben den sonstigen Bequemlichkeiten auch in der kleinsten Wohnung ein Bad haben, was die Arbeiterfamilie dringend braucht, was wir aber in den neuen Wohnungen noch sehr wenig finden.

Unter den jetzigen Einrichtungen kann ich mich nicht dafür erwärmen, daß die jungen Leute in einen Schlafraum zusammengelegt werden sollen. Bei den engen Verhältnissen können die jungen Leute nicht in einem Stübchen schlafen, wo die Bazillenherde so weit verbreitet sind. Es müßte ununterbrochen eine ärztliche Beobachtung stattfinden, um Krankheitskeime nicht auch noch auf diese jungen Menschen zu übertragen. Man muß einen Umtausch der Wohnungen vornehmen. Wenn wir einen Einfluß in der Kommune auf die Wohnungsvermietung oder die Abgabe der Wohnungen haben, so wird es uns auch gelingen, das durchzusetzen.

Neben dem Wohnungsbau, dessen Förderung wir unbedingt wünschen, müssen Einrichtungen von weittragender Bedeutung geschaffen werden. Durch das heutige Wohnungssystem haben wir ein Millionenheer nicht nur geschlechtskranker, sondern auch tuberkulöser Menschen. Alle Aerzte

behaupten, daß der Säugling gesund geboren wird, aber schon in den ersten Wochen den Keim der Tuberkulose in sich aufnimmt infolge der unhygienischen Zustände der Wohnungen oder der Ueberfüllung der Wohnungen.

Der Reichstagsfraktion ist anheimzugeben, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln auf die Reichsregierung einzuwirken, den Ländern und Kommunen Mittel zur Förderung des Wohnungsbaues zur Verfügung zu stellen. Wir müssen weiter dafür sorgen, damit mehr Wohnungen gebaut werden, die Wohnungsmieterhöhung voll dem Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Wollen wir eine gute produktionsfähige Nachkommenschaft haben, so müssen wir für gute, helle und geräumige Wohnungen eintreten. Die Kommunen sollen dabei Wegweiser sein und Reichs- und Landtagsfraktionen müssen sie darin kräftig unterstützen. Wenn wir an die Frauen draußen herangehen und ihnen dieses Wohnungsproblem aufrollen, werden wir auch die Frauen für unsere Ideen gewinnen und im nächsten Jahre der Reichstagsfraktion genügend Mandate zuführen, damit sie dann anders zusammen kann, als es ihr bisher infolge ihrer Schwäche möglich war. (Bravo! und Händeklatschen.)

Adele **Reiche**, Hamburg: Es gibt ein Haus, an dem stehen dem Sinne nach folgende Worte: Ich vermiete an kinderreiche Familien, mit jedem Kind mehr setze ich die Miete herab. Eheleute ohne Kinder oder mit Hunden bekommen keine Wohnung. Dieses Haus steht nicht in Hamburg, Berlin, Frankfurt oder Dresden, sondern es steht im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten, in Newyork. Dort hat auch ein Millionär 5 Millionen Dollar zur Sanierung des dunkelsten Stadtteils von Newyork zur Verfügung gestellt. In Deutschland gibt es auch Millionäre; diese haben sich nicht zu ähnlichen sozialen Taten bereit gefunden. Für die kinderreichen Familien ist nach dem Kriege am wenigsten getan worden. Im Jahre 1914 waren diese Familien klein, klein auch die Kinder. Heute sind die Familien groß und die Kinder herangewachsen. Wir alle wissen, daß für die sittliche Entwicklung eines Menschen seine Umgebung, d. h. die Wohnung, in der er aufwächst, maßgebend ist.

In Hamburg haben die kinderreichen Familien zur Selbsthilfe gegriffen und eine Baugenossenschaft gegründet. Der Staat hat ihnen höhere Beleihungsmittel zu einem niedrigen Amortisationssatz gegeben. Der Genossenschaftsanteil beträgt 50 Mk. und kann in Raten gezahlt werden. Die ersten 41 Wohnungen sind am 1. Januar bezogen worden. Es sind durchweg 4-Zimmerwohnungen, ein Wohnzimmer, ein Elternschlafzimmer, ein Mädel- und ein Jungenschlafzimmer enthaltend. Die Miete beträgt per Quadratmeter 6 Mk., d. h. die größte Wohnung kostet monatlich 41 Mk., die kleinere Wohnung, in der der Korridor kleiner ist, 39 Mk. Die Miete ist also billig. Es trifft durchaus nicht immer zu, daß die Mieten in den neuen Wohnungen höher sind als in den alten. Die Mieten erscheinen dort hoch, weil die Ansprüche besonders der Arbeiterklasse an eine Wohnung recht niedrig sind. Wenn wir den Quadratmeter, oder noch mehr, wenn wir den Kubikmeter umbauten Raumes zugrunde legen, sind die Altwohnungen teurer als die Neuwohnungen.

In den Genossenschaftswohnungen für kinderreiche Familien in Hamburg haben wir eine Zentralwaschküche eingerichtet mit elektrischem Betrieb und elektrischer Trockenmangel; denn die Mutter einer kinderreichen Familie ist viel mehr belastet als die Hausfrau in einer kleineren Familie. Sie muß entlastet werden. Bei Inangriffnahme des Baues hatte ich Zentralheizung, Heizung von der Küche aus, vorgeschlagen. Ich bin die einzige Frau im Vorstand und Aufsichtsrat. Die Männer schätzen die Arbeit der Frauen nicht so, wie sie geschätzt werden muß, und wußten tausend Gründe gegen die Zentral-

heizung, die ungesund, teuer, schmutzig sein sollte. Die Baufirma hat erklärt, daß die Zentralheizung in der Anlage nicht teurer ist, als das Versehen der einzelnen Zimmer mit Oefen. Es sollten dann zwei Wohnungen versuchsweise solche Heizungen erhalten. Bei der Richtfeier stellte sich heraus, daß die Männer hinter meinem Rücken diese Einrichtung wieder abgestellt hatten. Bei dieser Richtfeier kam ich zum ersten Male mit den Frauen zusammen, die darüber empört waren. Ich sagte ihnen: Warum laßt ihr euch das gefallen, daß in dieser wichtigen Frage nur eure Männer entscheiden? (Sehr richtig!) Im dritten Bauabschnitt wird die Zentralheizung von der Küche aus eingebaut, im vierten Bauabschnitt Sammelheizung. Es wäre natürlich viel rentabler gewesen, sämtliche 148 Wohnungen an die Sammelheizung anzuschließen. Es wird auch ein Kindergarten und ein Kinderhort gebaut.

Die Mitarbeit der Frauen in der Wohnungswirtschaft halte ich für die allerdringendste Aufgabe der Frau. Am vergangenen Sonnabend haben die Mitglieder der Beleihungskasse und der Finanzdeputation eine Besichtigung der nach der Inflation entstandenen Bauten vorgenommen. Wir haben die Häuser, mit Ausnahme eines einzigen Baues, aber nur von außen angesehen. Es war ein sogenanntes Laubenganghaus, das von zwei Architekten Frank gebaut ist. Sie wollen möglichst viel Raum sparen, um billig zu bauen, und haben zu diesem Zweck möglichst viele Wohnungen an ein Treppenhaus angeschlossen. Man kommt also vom Treppenhaus nicht in die Wohnung, sondern auf einen sogenannten Laubengang, einen durchgehenden Balkon. Von diesem Balkon aus geht man in die einzelnen Wohnungen. Alle Wohnungen sind also gewissermaßen Parterrewohnungen. Auf diesen Laubengang geht die Küche. Die Küche ist vor den Zimmern quergelagert, dahinter liegen die beiden Zimmer, bei einigen Wohnungen auch drei Zimmer. In diesem Laubenganghaus und auch in dem Baublock der kinderreichen Familien sind die Baderäume für eine Reihe von Familien gemeinsam. Vier Familien benutzen bei den kinderreichen Familien einen Baderaum, der im Keller liegt und ganz modern eingerichtet ist.

Die Forderung der Frauen müßte darauf hinausgehen, daß in den Kommunen beim Wohnungsbau die Frauen mehr herangezogen werden, als das in den meisten Kommunen geschieht. Es wird immer gesagt, vom Bauen versteht die Frau nichts. Wir wollen gar nicht das Mauern und das Zimmern begutachten, sondern nur darauf Einfluß gewinnen, daß die Wohnungen innen hygienisch und wirtschaftlich eingerichtet sind. Da können die Frauen sehr wohl mitreden und müssen es, wenn wir zu einer besseren Wohnungs- und Wohnkultur kommen wollen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Frau Nanny **Kurfürst**, Kiel: Genosse Wagner hat am Freitagabend ganz zutreffend festgestellt, daß sich mit dem Wohnungsbau bisher nur Fachleute beschäftigt haben. Dasselbe müssen wir von der Ausgestaltung der Wohnungen sagen. Die Ausgestaltung der Wohnung ist heute so rückständig, die Frau ist dadurch sehr gehemmt und gehindert, sich im öffentlichen Leben so zu betätigen, wie wir es wünschen. Wir wollen die Hausfrau mit ihrem reichen Erfahrungsschatz im öffentlichen Leben haben, um alle Dinge besser und vollkommener zu gestalten. Wir kommen dazu dadurch, daß wir die Wohnungen rationalisieren, um ein Schlagwort anzuwenden. Alle technischen Neuerungen müssen angewandt werden, um der Hausfrau die Arbeit zu erleichtern, damit sie für die Aufgaben frei wird, mit denen wir sie beschäftigen wollen. Wenn wir mit unsern Vorschlägen kommen, daß dieses oder jenes besser sei, werden wir von den Hausfrauen oft nicht verstanden. Das liegt meiner Meinung daran, daß die Hausfrau jahrhundertelang in ihrem kleinen

Betrieb eingeschlossen war und mit der Wirklichkeit und dem Fortschritt der Technik nicht in Berührung gekommen ist. Alle diese technischen Neuerungen müssen in die neuen Wohnungen eingebaut werden, weiter muß alles so sehr wie möglich vereinfacht werden. Dazu gehört all das, was die Genossin Krauß aufgezählt hat. Wir fordern von den Kommunen zum mindesten in den städtischen Wohnungen Kindergärten, Waschküchen usw. Wir bekommen aber immer wieder die Antwort, daß dazu die gesetzlichen Unterlagen fehlen. Es fehlt uns ein großes Wohnungsbaugesetz, es fehlen sämtliche Unterlagen, um auf lange Sicht bauen zu können. Das hat uns Kieler Genossinnen veranlaßt, einen entsprechenden Antrag zu stellen. Wir haben die Entschließung der Frauenkonferenz unterbreitet, um die Grundlage dafür zu schaffen, daß wir in den Kommunen arbeiten können, damit die Genossen, die in den Baukommissionen sitzen, uns nicht sagen können: eure Forderungen sind nicht durchführbar, weil uns die gesetzliche Grundlage fehlt.

Dann hat die Genossin Krauß treffende Ausführungen über die Verbilligung usw. gemacht. Wir sind heute noch viel zu bescheiden. Wir sagen immer: nicht so große Wohnungen bauen, denn der Arbeiter kann sie nicht bezahlen. Das ist nicht richtig. Wir sollten vielmehr die Forderung aufstellen, daß große Wohnungen gebaut werden, daß praktisch und wirtschaftlich gebaut wird; dann sind die Wohnungen auch nicht zu teuer.

Aber wenn auch heute Mittel gefunden werden, um billiger zu bauen, so wird trotzdem nicht billig gebaut, weil die Baustoffindustrie Gewinne machen will. Wir müssen also entweder in Genossenschaften die Baustoffe selbst erzeugen, oder müssen die Kartelle und Trusts zwingen, ihre Erzeugnisse billiger abzugeben. Daher unsere Forderung nach einer Reichsverordnung, die den Kartellen und Trusts diese Pflicht auferlegt.

Wir müssen den Haushalt einfacher gestalten, wir müssen ihn rationalisieren, damit die Hausfrau Zeit bekommt, sich dem öffentlichen Leben zu widmen, damit sie ein anderer Mensch wird und uns auf Grund ihrer großen Erfahrung hilft. Wenn sie abgeschlossen ist, versteht sie das alles nicht so, wie sie es verstehen soll. Sie soll im öffentlichen Leben stehen, damit sie mit der Zeit und mit der Jugend vorwärts schreitet. (Bravo!)

Fürth, Frankfurt am Main: Während Gen. Krauß in weiser Selbstbeschränkung sich daran hat genügen lassen, in der Hauptsache die Verbesserungsmöglichkeiten zur Linderung des unsagbaren Wohnungselends aufzuzeigen, hat meine Vorrednerin die politischen Gesichtspunkte dargelegt, denen wir uns nicht entziehen können. Wir müssen uns dazu entschließen, die Wurzel des Uebels zu beseitigen und große politische Aktionen nicht anzuregen, sondern zu fordern. (Sehr richtig!) Ich weiß nicht, welche der zwischen 400 000 und 1½ Millionen benötigten Wohnungen schwankenden Versionen richtig ist. Die kürzlich stattgehabte Wohnungszählung wird uns ja näheren Aufschluß über den Mangel an Wohnungen geben. Aber soviel ist sicher, daß heute nicht so sehr der Wohnungsmangel, als die Unmöglichkeit, die Wohnungen zu bezahlen, das Entscheidende ist.

Nun fragt es sich: wie kann man das Bauen verbilligen? Wir haben von der Rationalisierung des Bauens, von der Plattenherstellung, von der Normung und Typisierung gehört. Alles das wird helfen, wenn gleichzeitig die politischen Mittel angewandt werden. Denn es mag noch so billig gebaut werden, die Wohnung wird immer so teuer sein, daß der kinderreiche Minderbemittelte die Miete nicht erschwingen kann. Die Baukosten stehen heute auf 175—200 Prozent der Kosten der Vorkriegszeit. Die Herstellung einer kleinen Wohnung kostet heute ungefähr 12—15 000 Mark. Wir müssen also

zusehen, auf andere Weise die Mieten zu verbilligen. Das Mittel liegt so nahe; es ist die Hauszinssteuer. Die Hauszinssteuer wurde seinerzeit mit der Begründung aufoktroyiert, daß die Altwohnungen mithelfen sollen, neue Wohnungen zu bauen. Die Hälfte der Hauszinssteuer wird aber heute zu anderen Zwecken verwandt. (Sehr richtig!) Wir müssen verlangen, daß die Hauszinssteuer restlos ihrem eigenen Zweck zugeführt wird.

Wir können dann aus den 1½ Milliarden Mark, die die Hauszinssteuer mindestens bringt, jährlich 125 000 Wohnungen völlig, oder bei Hergabe von 6000 Mark je Wohnung 250 000 Wohnungen erstellen und in höchstens zwei Jahren den Wohnungsmangel beheben. (Sehr gut!) Man muß das Aufkommen aus der Hauszinssteuer gemeinnützigen Baugenossenschaften oder, soweit die Städte selbst bauen, den Regiebauten als zinslose Darlehen zur Verfügung stellen. Ferner müßten die Mieten nicht nach der Größe der Wohnungen, sondern nach dem Einkommen und der Kinderzahl abgestuft werden. (Zustimmung.) Die kinderreichen Familien sollen in diesen gemeinnützigen Bauten die größten Wohnungen billig, oder, wenn möglich, umsonst bekommen. Es ist heute schon so, daß die Wohlfahrtsämter Gelder für diesen Zweck zur Verfügung stellen. Aber was sie tun, genügt nicht, und sehr viele ehrliche Arbeiter lehnen es auch ab, diese Hilfe in Anspruch zu nehmen, weil ein gewisses Odium auf ihr lastet. Wir haben in der Aktienbaugenossenschaft für Kleinwohnungen in Frankfurt die Abstufung der Mieten schon lange.

Dann ist die Frage, ob Eigenheim oder Mietskaserne, erörtert worden. Selbst aus politischen Gründen kann ich mich niemals für die Mietskaserne erklären. Es ist nicht so, daß wir den Eigentumsinstinkt im Proletariat stärken, wenn wir dem Arbeiter ein Eigenheim geben, in dem er für sich, seine Frau und seine Kinder Licht und Luft und eine größere Bewegungsmöglichkeit hat. Er wird deswegen sein Klassenbewußtsein nicht verlieren. Gerade in der Siedlung, die weit entfernt vom Zentrum der Stadt liegt, werden sich die Familien zusammenfinden, und werden eine viel bessere Einwirkungsmöglichkeit haben als im Zentrum der Städte mit ihren seichten Kino- und sonstigen Lockungen.

Noch etwas ist zu berücksichtigen. Bei der heutigen Citybildung ist im Kern der Städte der Grund und Boden unerschwinglich; wir werden deshalb Veranlassung nehmen müssen, die Siedlungen an die Peripherie der Städte und in die Vororte zu verlegen. Zu diesen Siedlungen müssen dann rasche Verbindungen führen. Alle diese Dinge sind schon vor Jahrzehnten von unserem Genossen Kampffmeyer und Friedrich Naumann propagiert worden. Wir haben eine Fülle von Möglichkeiten, um billige und menschenwürdige Wohnungen in frischer Luft zu schaffen. Ein Wort zu der Frage: Großhaushalt oder Einzelküche. Solange die Frauen noch nicht in der Lage sind, die Arbeit, die sie neben ihrer sonstigen Arbeit unbezahlt in der Wirtschaft leisten, von bezahlten Kräften leisten zu lassen, müssen wir auf den Großhaushalt verzichten, der auch sonstige Unannehmlichkeiten im Gefolge hat. Wohl aber müssen wir unsere Konsumgenossenschaften veranlassen, wie das in Amerika geschieht, Vorgerichte, Gemüse, Kartoffeln usw. den Frauen so bereitzuhalten, daß sie zu Hause nur die Endzubereitung zu übernehmen brauchen.

Die Hauptsache jedoch ist, daß wir an die zuständigen Instanzen nachdrücklichst die Anregung ergehen lassen, große politische Aktionen zu unternehmen; denn hier handelt es sich wirklich um die Zukunft unserer Kinder. Friedrich Naumann hat schon vor 25 Jahren auf dem Wohnungskongreß in Frankfurt gesagt: schafft Raum für die Kinder, damit sie Menschen werden

können, und schafft Raum für die Mütter, damit sie sich zu freien Persönlichkeiten entfalten können. (Bravo!)

Dr. Anna **Stegmann**, Dresden: Es ist Allgemeingut aller Anwesenden, daß die Durchführung eines Wohnungsbauprogramms, wie wir es wollen, eine Frage der politischen Machtverhältnisse ist. (Zustimmung.) Es ist aber sehr bedeutungsvoll, wenn der Redner des vorgestrigen Abends sagen konnte, daß die Wohnungsfrage eine Frauenfrage ist. Bisher hat man als Frauenfragen behandelt die Fragen des seelischen Lebens der Frau, ihre besonderen Probleme, die Frage, daß sie als Frau in eine Welt hineingestellt ist, die der Mann geschaffen hat und daß sie sich in dieser Welt zurechtfinden muß, ferner Liebes- und Ehefragen. Heute gehen wir weiter und sagen: Wohnungsfragen sind Frauenfragen. Das bedeutet, daß die Frau in die allgemeinen Probleme hinein- und über ihre persönlichen inneren Angelegenheiten hinauswächst.

Die Wohnungsfrage ist vor allem eine Gesundheitsfrage. Wir hören so oft, daß Volksgesundheit gleich Volksvermögen sei. Leider ist das bei den meisten nur eine Phrase; denn sonst könnten wir gar nicht die heutigen Zustände auf dem Gebiete der Wohnungsfrage haben. Die heutige Wohnungswirtschaft ist ein drastischer Beweis für die Verdrehtheit der kapitalistischen Welteinrichtung. Zu den Elementen der Alten gehörten: Wasser, Luft, Feuer und Erde. Erde und Luft waren ohne weiteres Dinge, die mit dem Leben gegeben waren, die keiner geschaffen hatte und keiner jemals schaffen würde, auf die keiner ein besonderes Anrecht hatte. Heute sind diese Dinge im Privatbesitz. Der Boden und damit die Luft, die sozusagen eine Begleiterscheinung des Bodens ist, sind verteilt und müssen gekauft werden. Der Zusammenhang der Wohnungsfrage mit der Gesundheitsfrage ist, kurz gesagt, der, daß in den ärmsten Vierteln die schlechtesten Wohnungen, die schlechtesten Gesundheitsverhältnisse sind, daß dort die Ansteckungsfälle am zahlreichsten sind, namentlich auf dem Gebiete der Geschlechtskrankheiten, weil die Leute sich gar nicht sondern können. Nicht nur absolut, sondern auch relativ auf die Kopfzahl der Bevölkerung berechnet, kommen in diesen Vierteln die meisten Krankheits- und Sterbefälle vor. In einer guten Wohnung kann man atmen; die Atmung ist eigentlich das Leben; mit der Atmung sind wir dem Leben verbunden, nehmen wir von außen immer neue Lebenskraft auf. Wir zivilisierten Menschen haben uns sozusagen das Atmen etwas abgewöhnt, und weil wir damit nicht mehr auskommen, machen wir gewaltsame Atmungsübungen. Hätten wir Wohnungen mit Raum, Licht und Luft, würden wir ganz von selbst atmen.

In einem sehr engen Zusammenhang stehen die Wohnungsverhältnisse mit der Bevölkerungspolitik, wie die Gen. Schreiber in einem Artikel, den ich in der Kieler „Volks-Zeitung" gelesen habe, mit Recht ausgeführt hat. Dort, wo die Krankheits- und Sterblichkeitsfälle am zahlreichsten sind, werden sonderbarerweise und wieder nicht sonderbarerweise die meisten Kinder geboren. Man sagt ganz trivial so: die Leute leben zu eng miteinander. Das ist auch richtig. Die sämtlichen Probleme der Bevölkerungspolitik müssen eigentlich in erster Linie von der Wohnungsfrage her gelöst werden. (Sehr richtig!) Wie unendlich viel Ehe- und Lebensglück geht daran zugrunde, daß die jungen Eheleute keine eigene Wohnung haben!

Ich möchte im übrigen nicht soweit gehen, wie die Vortragende, die an einer Stelle gesagt hat: in schlechten Wohnungen entstehen schlechte Menschen. Da müssen wir doch vorsichtig sein; denn das würde bedeuten, daß sämtliche Proletarier schlechte Menschen sind; sie leben ja fast alle in schlechten Wohnungen. Ich will auch nicht so weit gehen, ohne weiteres die sexuelle

Frühreife, die unbedingt in schlechten Wohnungen entstehen muß, als unsittlich zu bezeichnen. Die sexuelle Frühreife ist ein Uebel. Von einem der führenden Genossen der Jugend ist an anderer Stelle vollkommen richtig gesagt worden, daß diese sexuelle Frühreife die geistige Entwicklung unserer Jugend hindert.

In Anknüpfung an das vorgestern behandelte Thema möchte ich zum Schluß nur noch darauf hinweisen, welche ungeheure Werbekraft in der Behandlung solcher Fragen liegt. (Sehr richtig!) Wenn man von der Partei spricht, fühlen sich die Frauen, die noch nicht in der Partei sind, unwillkürlich zurückgestoßen. Partei und Parteifragen sind ihnen viel zu abstrakte Dinge. Aber wenn die Partei sich für die Lösung der Wohnungsfrage und anderer Fragen, die die Frauen angehen, einsetzt, so liegt darin eine ungeheure Werbekraft für die Partei.

Wenn man jetzt endlich dazu kommt, die Möbel zu vereinfachen und zu typisieren, so möchte ich dazu noch bemerken, daß man das schon längst hätte tun können und tun müssen; denn die Wohnungsnot war für die Proletarier, für die Massen schon lange vorhanden. Man kommt aber zu dieser Vereinfachung erst in dem Augenblick, wo der Wohnungsmangel allgemein geworden ist. Auch das können wir für unsere Bewegung ausnutzen. (Beifall.)

Grete **Zabe**, Hamburg: Mit feinem Verständnis und auf Grund reicher Erfahrungen hat die Genossin Krauß uns ihren Vortrag gehalten. Wir wissen aus der Vergangenheit, daß, als die Lebensmittel- und Warenknappheit einsetzte, viele Menschen sich bereicherten und unehrlich wurden. Mit der Wohnungswirtschaft befinden wir uns heute noch in derselben Situation, wir sind noch im allertiefsten Krieg. Nichts ist so grauenhaft, als das gegenwärtige Wohnungselend in Deutschland. Die Behelfsmittel, die die Referentin anführte, werden ja hier und da eine Linderung bringen; aber wir werden noch auf Jahre hinaus dieses Wohnungselend behalten.

In solchen Nöten wird manchmal zu Mitteln gegriffen, die nicht schön sind. So hat man gesagt: alle Menschen, die Geld haben, sollen ihr Geld hergeben, damit sie sich ein Heim schaffen und ihre bisherige Wohnung verlassen können; aber sie verkaufen meist ihre alte Wohnung wieder an jemand, der wirtschaftlich in der Lage ist, sie zu bezahlen. Infolgedessen müssen viele Familien viele Jahre auf eine Wohnung warten. Die Wohnungsämter können heute beim besten Willen nicht schematisch die Wohnungen verteilen. Wenn jemand offene Tuberkulose hat oder wenn die sittliche Gefährdung stark ist, so erheben die Behörden schon Einspruch gegen diese Zustände.

Ich bin nicht der Auffassung, daß die Verteilungsausschüsse in großen Städten leichtsinnig mit Wohnungen umgehen können, denn sie müssen sich von sozialen Gesichtspunkten leiten lassen. Man darf aber nicht in den Fehler verfallen, daß man kinderreiche Familien, Kriegerwaisen, Kriegsopfer in bestimmte Häuser oder Kolonien zusammenbringt. Es ist zweckmäßiger, solchen Familien eine Beihilfe durch einen bestimmten Fonds im Haushaltetat zu geben.

Wie können wir uns nun helfen? Wir wissen, daß jeder, der Geld hat, in jeder Stadt eine Wohnung bekommt. In Hamburg legen wir kein Gewicht mehr auf große Wohnungen. Da kann jeder hineinziehen, wer will. Es ist unbedingt nötig, die Beihilfen zum Wohnungsbau auf kleine Wohnungen zu beschränken, die dringend notwendig sind. Es ist nicht unsozial, wenn man beabsichtigt, die Beihilfen auf Zwei- und Dreizimmerwohnungen zu beschränken und eine Sperre auf zwei bis drei Jahre zu verhängen, damit wir endlich mehr Kleinwohnungen bekommen. Ueberall wird mit Baukostenzuschuß gebaut. Selbst unsere Genossenschaften verlangen 300 bis 400 Mark Baukostenzuschuß. Wie soll eine Familie, die ein Wocheneinkommen von 40 Mark hat und im Jahre noch ein paar Wochen erwerbslos ist, dieses Geld aufbringen? Diese Familien sinken wirtschaftlich, sozial und gesundheitlich immer tiefer herab. Dadurch wird unsere Arbeit gründlich illusorisch gemacht. Wir müssen für mehr Klein- und Kleinstwohnungen mit allen technischen Neuerungen sorgen. Wenn wir die Frau entlasten wollen, müssen wir dafür sorgen, daß in jede Kleinwohnung ein Bad hineinkommt und Zentralheizung, entweder für das ganze Haus oder von der Küche aus für die Wohnung. Die Vorschläge, die die Genossin Krauß gemacht hat in bezug auf Kindergarten, Gemeindehäuser, Sportanlagen usw. dürfen nicht vernachlässigt werden. Ich möchte daher die Anregung geben, daß die Bauzuschüsse nur für die kleineren Wohnungen gegeben werden. (Beifall.)

Frau **Hoffmann**, Chemnitz: Aus dem Referat der Genossin Krauß und dem Vortrag des Genossen Wagner ergeben sich für uns zwei Hauptforderungen, erstens die Erringung und der Wille zur politischen Macht, und zweitens die Revolutionierung des eigenen Ichs. Dazu gehört auch, daß wir die Größe der Wohnung nicht mehr nach dem Maß der Quadratmeter bemessen, sondern nach dem Wohnwert, der sich in der möglichsten Größe der freien Bewegung darstellt und in der Ausnutzung der Technik, Hygiene und Kultur. Denken Sie daran, wieviel unnützer Kram zu Hause herumsteht, wieviel Arbeit und Schmutz die Besorgung dieser Kleinigkeiten mit sich bringt! Vielleicht müssen wir uns auch daran gewöhnen, eine Neuordnung der Räume einzuführen. Der Raum, in dem die Familie den ganzen Tag wohnt, muß der größte sein, der Schlafraum kann auf das nötigste beschränkt werden, sofern er Lüftungs- und Lichtmöglichkeiten hat. Ebenso ist es mit der Küche. Die Zentralheizung besteht seit vielen Jahrzehnten. Wer von uns hat sie denn? Niemand. Ist die Bequemlichkeit und Sauberkeit nicht recht eine Forderung für die Arbeiterfrau? Ebenso ist es mit der Elektrizität. Der Generalvertreter der Siemens-Schuckertwerke hat erklärt, daß es möglich wäre, den Strompreis auf 10 Pfennig herabzudrücken, wenn die Elektrizitätswerke die modernsten Maschinen einführen würden, wodurch der Verbrauch ungeheuer gesteigert würde. Dann werden wir auch elektrisch heizen können. Jetzt sind diese Einrichtungen für uns noch unerschwinglich. Die Mittel zum Wohnungsbau bringt die Allgemeinheit auf, die bringen auch Sie, Genossinnen, von Ihrem wenigen Geld auf. Aber Sie sind diejenigen, die nicht Nutznießer der Technik und Fortschritte sind. Das Bürgertum ruft bereits nach dem Einküchenhaus, in Paris wird von einem Speiselaboratorium gesprochen usw. Wir wollen nicht diejenigen sein, die zuletzt kommen.

Ich möchte noch etwas zur Miete sagen. In Dessau gibt es eine Wohnungsbaugesellschaft, das frühere Bauhaus. Da werden Einfamilienhäuser hergestellt; das Haus steht auf 450 Quadratmeter Land und erfordert einen monatlichen Mietpreis von 27 Mark. Die Möbel sind eingebaut. Das ist ein Beweis, daß für denselben Preis, den wir jetzt haben, auch die neuen Wohnungen eingerichtet werden können.

Ich würde es sehr begrüßen, wenn die Konferenz die Entschließung annimmt, worin wir restlose Ueberführung der Mietzinssteuer zum Wohnungsbau und Bekämpfung des Boden- und Baustoffwuchers fordern. Dazu möchte ich noch eins bemerken. Um arbeiten zu können, brauchen wir die Frauen in der Kommune. Es geht aber nicht an, daß wir uns über ein Thema unterhalten und nicht die praktischen Wege auswerten. Das können wir nur, wenn wir die Frauen systematisch für das kommunale Gebiet schulen, indem wir die Frauen, die sich dafür interessieren, in Arbeitsgemeinschaften zusammen-

bringen. Wir sind diejenigen, die fordern können und fordern müssen. Das Volk ist bisher stets die schöpferischste Kraft in einem Staat gewesen. (Beifall.)

Frau **Kirschmann-Röhl:** Wir sind uns sicher alle darüber ganz klar und einig, daß die Wohnungsfrage eine politische Angelegenheit ist. Die Hauszinssteuerfrage ist eine Reichssache. Das kommt wohl am deutlichsten zum Bewußtsein, daß es nicht nur eine politische, sondern auch eine Machtfrage ist, wenn wir den Kampf betrachten, den die Parteien in den Länderparlamenten um die Verwendung der Hauszinssteuer führen. (Sehr richtig!) Wenn es uns in Preußen gelungen ist, über 40 Proz. des Aufkommens für den Wohnungsbau zu verwenden, so ist uns das nicht genug, aber doch ein Beweis, daß die Sozialdemokratie alles, was im Bereich des Möglichen lag, in ihrem Kampf verwendet hat.

Ebenso wichtig ist es aber, daß in den neuen Siedlungen nicht mehr so unrationell gebaut wird, das liegt zum großen Teil daran, daß die Frau sich immer noch ausschalten läßt. Wenn man sieht, daß Siedlungen, die 1919 entstanden sind, so bebaut wurden, daß die Bewirtschaftung der Häuser eine Tortur für die Hausfrauen bedeutet, dann liegt es an der Frau, die nicht erkennt, daß es sich um eine Frage der Wirtschaft und der Kultur handelt, bei der sie unbedingt mitwirken muß.

Wichtig und möglich erscheint es mir, daß Frauenwohnungskommissionen eingerichtet werden, die nicht rein politisch arbeiten, sondern so fürsorgerisch, wie es die Genossin Krauß angeführt hat. Es ist ein großes Problem, den Wohnungsbedarf und die Anforderungen, die wir an eine gute Wohnung stellen, zu einem Teil mit den vorhandenen alten Wohnungen zu decken. Mir ist es sehr wichtig erschienen, daß die Genossin Krauß darauf hinwies, daß wir den Wohnungsbedarf, wenn wir auch noch soviel siedeln, in absehbarer Zeit nicht decken können. Man soll das eine tun und das andere nicht lassen, und soll der Modernisierung und der pfleglichen Behandlung der alten Wohnung die nötige Beachtung widmen. Das Prinzip: alles oder nichts, ist nicht das richtige. Man muß immer wieder auf die unerhörte Not hinweisen, die man nicht mit einem Programm bekämpfen kann, für das man sich politisch einsetzt, für das man aber vorbereitend arbeiten muß, indem man die Menschen aus dem Elend herausnimmt und für den Kampf bereit macht, für den sie bei ihrem Elend kein Bewußtsein haben.

Sehr wichtig erschien mir auch die Berührung der Frage, die sich im sozialistischen Gedanken ausdrückt: mehr Pflege des Gemeinschaftssinns, für den wir uns erwärmen müssen. Es ist ein Zurückfallen in egoistische und bürgerliche Gewohnheiten, wenn wir uns das Ideal eines kleinen Häuschens mit dem trauten Herd und dem trauten Heim, das allein Glück bringt, vorstellen und vergessen, daß das in den Großstädten einfach nicht möglich ist. Diese Dinge mit der Frage der Rationalisierung des Haushalts sind für uns von so großer Wichtigkeit, daß wir in der Erziehungsarbeit an uns selbst und an der Jugend immer wieder darauf zurückkommen müssen. Ich glaube, wir müssen in allen diesen Fragen auf die Jugend hoffen, die auch den neuen Lebensstil in der neuen Wohnung formen wird. (Beifall.)

Frau **Schlag,** Sachsen: Daß die Wohnungsfrage eine Frauenfrage ist, hat sich zur Genüge aus dem Referat, der Aussprache und unsern eigenen Erfahrungen ergeben. Es erübrigt sich, etwas über das Referat zu sagen, wenn wir auch wahrscheinlich nicht alles, was gesagt ist, in derselben Form draußen sagen dürfen, weil wir uns dann die Sympathien verscherzen würden. Meine Vorrednerin hat in dankenswerter Weise auf die politische Bedeutung der Wohnungsfrage hingewiesen. Leider haben wir diese Frage bisher den

bürgerlichen Frauen überlassen. Eine Entschließung, wie sie hier vorliegt, die Mietzinssteuer ganz zum Wohnungsbau zu verwenden, ist auf allen bürgerlichen Frauentagungen angenommen worden. Das hindert die Bürgerlichen aber nicht, wenn von uns solche Anträge in den Parlamenten gestellt werden, dagegen zu stimmen. Es ist richtig, daß die Erhebung der Hauszinssteuer eine Reichsangelegenheit ist, aber in den Länderparlamenten haben wir die Möglichkeit, darauf hinzuwirken, daß sie so verteilt wird, daß die Mehrheit dem Wohnungsbau zukommt. In Sachsen sind alle unsere diesbezüglichen Anträge abgelehnt worden. Nicht allein von den Hausbesitzerparteien, sondern auch von der demokratischen Frau Dr. Bein, die in Wohnungsfragen öffentlich tätig ist, ebenso von der Partei für Volksrechte und Aufwertung, die sich gegen die Hausbesitzerinteressen wendet, aber leider auch von unseren früheren Genossen, den Altsozialisten. Das hat zur Folge gehabt, daß wir bei der Verteilung der Mietssteuer den Hausbesitzern ein Geschenk von 54 Millionen gemacht haben, anstatt das Geld dem gemeinnützigen Wohnungsbau zuzuführen. Bei der Agitation in den Mieterorganisationen muß mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß die bürgerlichen Frauen sehr schöne Referate halten, aber da, wo es gilt, Farbe zu bekennen, nicht zu ihren Ausführungen stehen.

Noch etwas zu der Frage, daß wir Frauen uns mehr um die Ausgestaltung der Wohnung kümmern müssen, und zwar besonders in öffentlichen Körperschaften. In Sachsen ist es uns gelungen, die Genossin Schilling als erste Frau in den Ausschuß der Landessiedlung Sächsisches Heim zu bringen. Es sollte erst der Wirtschaftspartei ein Sitz zugeschoben werden, und deswegen trat der Volksparteiler Dr. Luer aus dem Aufsichtsrat zurück. Wir haben sofort einen Vorschlag gemacht, und unsere Genossen stimmten zu. So wurde die Genossin mit zwei Stimmen Mehrheit gewählt. Sie wird sicher bestrebt sein, alles, was sie hier gehört hat, zur Anwendung zu bringen.

Schließlich ist noch zu sagen, daß die Mittelknappheit dazu führt, daß viele Frauen zu einer Selbsthilfe greifen. Wir haben in Sachsen die Frauenwohnungshilfe, die für das ganze Reich geplant gewesen ist. Es sollte ein Sparverein werden. Jede Frau sollte jeden Tag einen Pfennig zurücklegen und den monatlichen Betrag in eine Sparkasse geben. Dadurch hätte man eine Menge Frauen um sich geschart. Wir haben diese Frauenwohnungshilfe für Sachsen genehmigt bekommen. Es werden Sparmarken ausgegeben, und jede Sparkarte enthält 25 Marken zu 1 Mark. Die Karten werden ausgelost, und jedes 40. Los gewinnt. Wer gewinnt, kann einen Zuschuß zu einem Haus bekommen.

Im übrigen wird man es dem Takt überlassen müssen, zu welchen Frauen man über die einzelnen Gebiete sprechen wird. Es ist festgestellt worden, daß sich ein Widerspruch gegen unsern Versuch, eine neuere Bauweise zu befürworten, geltend macht. Deswegen müssen wir uns mit diesen Dingen vor allem an die Jugend wenden. Ich habe mir solche Fragen zum Gegenstand von Lehrkursen gemacht, weil die jungen Menschen aufnahmefähiger für solche Anregungen sind. Im übrigen habe ich es begrüßt, daß wir endlich dazu gekommen sind, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, und ich hoffe, daß unsere Frauenbewegung dadurch eine große Förderung erfährt. (Beifall.)

Minna **Todenhagen,** Berlin: Ich nehme Ihre Aufmerksamkeit für einen Kreis von Proletariern in Anspruch, der alljährlich einmal wohnungslos wird, die Landarbeiter, die als Saisonarbeiter unter der Bezeichnung Schnitter tätig sind. Dieser Landarbeiter hat für kurze Zeit als Saisonarbeiter eine Wohnung inne, die mit zu seiner Entlohnung gehört. Er wird diese Wohnung in dem Augenblick los, in dem seine Arbeit beendet ist.

Ich will Ihnen kurz den Kreislauf der Fürsorgebedürftigkeit solcher Familien schildern. Die Stadt Berlin hat schon vor dem Kriege alljährlich eine große Zahl solcher Familien aufnehmen und ihnen Obdach gewähren müssen. Sie muß das in der Nachkriegszeit in viel größerem Umfange tun. Die Schnitterfrauen kommen zum Teil in schwangerem Zustand nach Berlin oder kommen bald nach ihrer Ankunft in Schwangerschaft. Wenn die Zeit des Wiederhinausgehens auf das Land näher rückt, kommt in vielen Fällen die schwere Stunde dieser Frauen. Der hilflose Säugling und die hilflose Mutter bleiben in Berlin. Der Familienvater geht aufs Land und knüpft neue Verbindungen an. Der Kreislauf beginnt von vorn. In unseren Berliner Waisenhäusern sind sehr viele Kinder, die aus solchen vorübergehenden Ehen hervorgegangen sind. Die Fürsorge der Stadt Berlin wird dadurch außerordentlich stark belastet. Wir haben auf Landtag und Reichstag einzuwirken versucht, daß durch gesetzliche Maßnahmen der agrarische Unternehmer gehalten wird, den Leuten, die ihm das Vermögen in die Scheuern bringen helfen, auch für die Zeit des Stillstandes des Betriebes Obdach zu gewähren hat, oder eine Form zu finden, in der die Unterbringung dieser Menschen unter Heranziehung der Agrarier zu den Kosten für diese Zeit gewährleistet wird. Wir sind dabei weder beim Wohlfahrtsministerium noch bei Land- und Reichstag auf offene Ohren gestoßen. Ich richte die dringende Bitte an die Parteigenossen und -Genossinnen, sich auch für diese Frage mehr zu interessieren.

Für dieses Jahr haben wir in Berlin für die Obdachsreform eine Million Mark ausgeworfen und werden wir dadurch die Schnitterfamilien besser als bisher unterbringen können. Bei diesen Familien spielt eins eine große Rolle. Sie sind bedürfnislos bis dorthinaus. Sie fühlen sich in den unzulänglichen Unterbringungsmöglichkeiten im Obdach wohl. Man kann bei dieser Kategorie Menschen nicht darauf warten, bis sie sich so weit aus der Bewußtlosigkeit herausgehoben haben, daß sie das Manko ihrer Unterbringung empfinden.

Aehnlich liegt es bei den Flüchtlingen. Als Beweis für die unrationelle Verwendung öffentlicher Mittel führe ich den Fall einer Flüchtlingsfamilie an, die dadurch, daß sie nicht gut untergebracht werden konnte, der Stadt Berlin 10 000 Mark an Krankheitskosten verursacht hat. Das sind doch unglaubliche Verhältnisse. Ich wünschte, daß wir auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens eine spartanische Sparsamkeit einführen möchten, die es uns ermöglicht, jeden Pfennig für diese dringende Kulturaufgabe zurückzulegen.

Die Frage, wie wir die Frau für den Gedanken einer Lebensreform innerhalb der Wohnung gewinnen, ist mit großer Vorsicht aufzufassen. Ich kenne die Genossin Krauß aus ihrer Wirksamkeit zu gut, um etwa anzunehmen, daß sie mit ihren Ausführungen die besonders dürftige Einstellung der Arbeiterfrau selbst hat treffen wollen. Aber, Genossin Krauß, das Vertiko der armen Frau ist eine Anschaffung aus einer Zeit, in der sie berechtigt war zu glauben, daß sie dieses Vertiko immer mit der notwendigen Wäsche würde füllen können. Wenn Sie es heute von seinem Platz nehmen, so würde der Frau die Hoffnung genommen werden, wieder einmal die nötige Wäsche hineintun zu können. Ich warne davor, bei der Agitation, die unter unseren Frauen an sich notwendig ist, den Frauen etwas zu sagen, was in ihnen die Befürchtung erwecken könnte, es sollten ihnen die kleinen Freuden, mit denen sie das Leben zu verschönern suchen, genommen werden. Hier muß eine sehr vorsichtige Form der Agitation gewählt werden, um zu erreichen,

was wir wollen, nämlich die Erziehung zu einer einfachen, schlichten und dabei vornehmen Lebenslinie. (Bravo! und Händeklatschen.)

Hierauf gehen zwei Anträge ein. Der Antrag 8a fordert, daß Gelder aus der Hauszinssteuer nur zur Linderung der Wohnungsnot verwandt werden. Er wünscht weiter die gerechte Verteilung dieser Gelder, den Ausbau von Altwohnungen und die Schaffung von besonders für tuberkulose Familien geeigneten Wohnungen. Der andere Antrag wünscht einen ausführlichen Bericht über die Reichsfrauenkonferenz in der nächsten Nummer der „Genossin".

Ein Antrag auf Schluß der Aussprache wird mit großer Mehrheit angenommen.

Dr. Hertha **Krauß**, Köln (Schlußwort): Die Aussprache hat bewiesen, daß es noch viele Gesichtspunkte gibt, die im Zusammenhang mit Wohnungsnot und Wohnungsreform herausgestellt werden müssen. Um es ausdrücklich zu unterstreichen, hebe ich hervor, daß ein wesentlicher Teil der Frage unerörtert bleibt, wenn nicht die Frage des Grundeigentums und der Bodenreform auch zu einer gründlichen Klärung in unserm Sinne gebracht wird.

Ich versage es mir, auf die einzelnen Anregungen, die heute gegeben worden sind, zurückzukommen, ebenso auch auf die Kritik, die ich mit Selbstverständlichkeit erwartet habe. Es läßt sich weder über die Geschmacksfragen streiten, noch über die Frage des Tempos, in dem wir irgendwelche Aenderungen oder Verbesserungen herbeiführen möchten, erst recht nicht darüber, ob Dinge, die vielleicht eines Versuchs wert sind, auch als Versuch Erfolg haben werden. Wenn wir Versuche vorschlagen — ich bitte Sie, die Anregungen, die ich gegeben habe, nur als Anregungen in der Richtung des Versuchs aufzufassen —, so ist nicht gesagt, daß auch alle Versuche praktisch brauchbare Ergebnisse zeitigen werden. Wir müssen nur den Mut aufbringen, auch Versuche zu machen. Das war wohl überhaupt der Sinn der heutigen Besprechung, daß wir uns gemeinsam von den ungeheuer schwierigen Fragen aufrütteln lassen, die hinter dem Thema des heutigen Tages stehen; Fragen, die wir alle kennen, die aber gerade in ihrem Ausmaß und in ihrer Tragweite so erschreckend gewaltig vor uns stehen, daß wir vielleicht geneigt sind, mutlos zu resignieren. Wenn der heutige Tag nur den Erfolg haben sollte, daß wir draußen im Land überall immer wieder von neuem die Frage der Wohnungsnot und Wohnungsreform zur Sprache bringen in Rede und Gegenrede, in Unterhaltungen und politischer Agitation, so wird das schon dem Sinn der ganzen Veranstaltung genügend entsprechen.

Ein Wort ist hier gefallen, das ich an den Schluß der Ausführungen stellen möchte, weil es mir der Kern der ganzen Sache zu sein scheint. Die ganze Frage der Wohnungsnot und Wohnungsreform ist in ihrem tiefsten Sinne nicht eine Frage der Politik, sondern der Revolutionierung des eigenen Ich. Wenn wir mehr und mehr zum sozialistischen Menschen, zur sozialistischen Familie hinwachsen, werden wir auch die Wohnform finden, in der sich der sozialistische Mensch weiter entfalten kann und die sozialistische Gemeinschaft entstehen wird. Daß jeder von uns zu seinem kleinen Teil an dieser Revolutionierung beizutragen versucht, darin dürfen wir wohl unser aller Aufgabe sehen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Hierauf wird der Antrag der Ortsgruppe Kiel (Nr. 8), sowie der Antrag 8a, der als Anhang zu dem Antrag Kiel betrachtet wird, angenommen.

Die Kieler „Volks-Zeitung" wird den Mitgliedern der Konferenz einen ausführlichen Bericht über die Frauenkonferenz zugehen lassen. Außerdem wird von der Genossin Juchacz eine ausgiebige Berichterstattung in der „Genossin" zugesagt. Damit ist der entsprechende Antrag erledigt.

Frau Nanny **Kurfürst**, Kiel: Gegenüber der Kritik an unserer Wohnungsausstellung, sie sei zu primitiv, stelle ich fest, daß die Ausstellung sich in dem Rahmen dessen hält, was der Arbeiter anschaffen und bezahlen kann, nämlich eine 2-Stuben-Wohnung für 1400 Mark, was der Arbeiter auch im Möbelhaus bezahlen muß.

Vors. **Juchacz**: Am Schlusse einer Tagung ist man versucht, ihr Ergebnis festzustellen. Ich glaube aussprechen zu können, daß diese Frauenkonferenz gezeigt hat, daß das zur Erörterung gestellte Thema eine Frage für die Frauen ist. Vieles, was auf dieser Tagung gesagt ist, wäre sonst nirgends ausgesprochen worden. Von dieser Tagung wird sich eine Bewegung in die sozialistischen Frauenkreise Deutschlands fortsetzen, die sich fruchtbringend auswirken wird. Auch die Genossen und Genossinnen, die sich vorher skeptisch darüber geäußert haben, daß wir gerade die Wohnungsfrage zur Erörterung stellen wollten, werden ihre Meinung beim Anhören der Verhandlungen und beim Nachlesen in der Zeitung revidieren müssen. Nach meinem Eindruck ist es erwiesen, daß die Wohnungsfrage in noch viel stärkerem Maße, als man im allgemeinen zu denken pflegt, für die Familie, besonders aber auch für die Persönlichkeitsentwicklung der Frau, die gegenwärtig vielleicht ihren schwersten Kampf um die Befreiung zu kämpfen hat, von der allergrößten Wichtigkeit ist. Mit unserer, der Arbeiterfrauen, Hilfe, durch unsere Initiative, muß die Wohnungsfrage gelöst werden. Die Anregungen, die von der Referentin gegeben wurden und in der Debatte stark unterstrichen sind, zeigen es auf das deutlichste, daß das Gedeihen der Familie und *die Befreiung der Frau* in allerengstem Zusammenhang mit der Wohnungsfrage steht.

Wir haben am heutigen Tage eine große und schwierige Erziehungsaufgabe übernommen. Sie kehren jetzt in Ihre Ortsgruppen, zu Ihrer Arbeit zurück. Mit Ihren Parteivorständen sollen Sie nun beraten und beschließen, wie Sie diese Erziehungsarbeit an den Frauen der Arbeiterklasse organisieren wollen. Sie müssen den Frauen die Wichtigkeit der Wohnungsfrage und ihre Lösungsmöglichkeiten nahebringen. Sie sollen mit Ihren Arbeitsschwestern draußen im Lande darüber beraten, wie es möglich gemacht werden kann, die Frauen zu dem bewußten Willen zu bringen, die Wohnungsfrage von sich aus zu lösen. Nicht allein durch die Gemeinden, nicht allein durch die Gesetzgebung, nicht allein durch die Bereitstellung öffentlicher Gelder kann die Wohnungsfrage gelöst werden. Es gehört dazu *auch* der bewußte Wille der Frauen, am Wohnungsbau und an der Ausgestaltung der neuen Wohnung mitzuwirken. Aber nicht nur dabei, weil nicht nur durch den Neubau, sondern durch die Umgestaltung der alten, der zahlreichsten, unserer eigenen Wohnungen, die Wohnungsnot in ihrer Totalität bekämpft werden kann. Vor allem aber muß durch die *Revolutionierung des Ich* die beste sozialistische Arbeit geleistet werden. Es ist gesagt worden, daß die Wohnungsfrage, so angesehen, wie es heute hier geschehen, keine eigentlich politische Frage sei. Aber es ist eine sozialistische Arbeit im besten Sinne, diese Revolutionierung des Ich; ist doch dies der Wille zum Sozialismus, der bei uns selbst anfangen muß.

Es gibt noch Millionen von Frauen, die in den eigenen Angelegenheiten noch ganz konservativ denken, die es fast als Beleidigung auffassen, wenn man ihnen zumutet, einmal darüber nachzudenken, wie sie Kraft und Zeit für sich selbst sparen können, wie sie von der Kraft, die ihnen die Natur zur Verfügung gestellt hat, etwas für die Dinge des Lebens, die über die Bedürfnisse des primitiven Daseins hinausgehen, für ihr eigenes Selbst aufsparen können. Es fällt vielen Frauen schwer, dafür Kraft und Zeit zu sparen, weil ihnen das Bewußtsein von ihren kulturellen und menschlichen Rechten an

das Leben noch nicht aufgegangen ist. Wenn wir durch unsere Erziehungsarbeit erreichen können, daß die erwerbstätigen Frauen, aber auch die Frauen, die neben ihrer Hausarbeit keine Erwerbsarbeit auszuüben brauchen, können oder wollen, einmal über diese Dinge zum Nachdenken gebracht werden. Aus dem Nachdenken erwächst dann bald der bewußte Wille, ihr Leben selbst zu gestalten. Dann bleibt ihnen Zeit und Kraft, in eine wirkliche Kultur und in den Sozialismus hineinzuwachsen. Das wollen wir erreichen.

Wir wollen Hunderttausende von Proletarierfrauen zu ihrer eigenen inneren Befreiung führen. Nur die freie Frau wird im Kampf die Kameradin des Mannes sein, die mit ihm zusammen in eine sozialistische Zeit hineinwächst. Nur die freie Frau, die sich selbst zur Freiheit erzogen haben wird — dazu soll auch das heutige Thema als Hilfsmittel dienen —, wird den Beweis dafür erbringen können, daß die Frau kein Hemmnis für sozialistisches Werden ist. Wir wollen einziehen in eine neue Zeit, in ein selbstgebautes Haus, in dem wir und unsere Kinder einmal besser wohnen werden, als heute.

So wollen wir unsere Konferenz schließen, um weiter in kameradschaftlicher Zusammenarbeit im nächsten Jahre neue Erfolge erringen, um uns bei unserem nächsten Zusammentreffen die Hände reichen und sagen zu können: *was wir im vergangenen Jahr getan haben, hat Früchte für den Sozialismus gebracht*, hat Ansporn zu neuem Wachsen und Werden gegeben. (Lebhafter Beifall.)

Die Konferenz schließt mit dem Gesang des Sozialistenmarsches.

(Schluß der Sitzung: 1 Uhr 10 Minuten.)

Anträge zur Frauenkonferenz

1. **Hamburg:** 1. Der Schnittmusterbogen in der „Frauenwelt“ muß so vereinfacht werden, daß auch die Leserinnen, die das Schneidern nicht erlernt haben — und für diese ist doch wohl die „Schaffende Frau“ gedacht —, in der Lage sind, den Schnittmusterbogen ohne große Schwierigkeiten zu verwerten. Wünschenswert ist, die kleinen Hilfslinien, die auf der nebenstehenden Zeichnung angegeben sind, auch auf dem Schnittmusterbogen einzuzeichnen. 2. Um den „Frauenwelt“-Leserinnen nicht noch mehr Unkosten und Umstände zu bereiten, bitten wir, die Möglichkeit zu erwägen, die Schnittmuster beispielsweise in Hamburg durch das Kaufhaus der „Produktion“ beziehen zu können. Es wird dringlichst gefordert, nur wirklich brauchbare Schnitte zu liefern. 3. Wir beantragen, die Unterhaltungslektüre der „Frauenwelt“ entweder einzuschränken und an deren Stelle aufklärende Artikel zu veröffentlichen, oder sie tendenziöser zu gestalten.

(Dem Parteivorstand überwiesen.)

2. **Zils-Eckstein und Gen.:** Die „Frauenwelt“ genügt nicht den an eine sozialistische Werbezeitschrift zu stellenden Anforderungen, dadurch ergeben sich für ihre Verbreitung in manchen Bezirken starke Schwierigkeiten. Die Reichsfrauenkonferenz fordert die Ausgestaltung des Blattes zu einem wirklich sozialistischen Unterhaltungsorgan.

(Dem Parteivorstand überwiesen.)

3. **Fröbisch, Schroeder:** Ein Vergleich zwischen der Zahl der in der Partei organisierten Frauen und ihrem Anteil an den öffentlichen Aemtern ergibt ein bedauerliches Mißverhältnis. Die Frauenkonferenz erhebt deshalb die Forderung, daß in den Wahlvorschlägen für alle gewählten Körperschaften (Reichstag, Landtage, Kollegien der Gemeinden und Gemeindeverbände) sowie bei Besetzung von Verwaltungsämtern die Genossinnen ihrer Stärke und Befähigung entsprechend mehr berücksichtigt werden als bisher.

(Einstimmig dem Parteivorstand überwiesen.)

4. **Schilling u. Gen.:** Nach den bisherigen Gepflogenheiten wurde die Reichsfrauenkonferenz regelmäßig im Anschluß an den Parteitag abgehalten.

Erfahrungsgemäß beherrschen die Verhandlungen des Parteitages die gesamte politische Oeffentlichkeit so vollständig, daß dadurch die Bedeutung der Frauenkonferenz wesentlich herabgemindert wird. Dazu kommt noch, daß mit dem Parteitag eine Reihe anderer Konferenzen verbunden sind, die ebenfalls mit dazu beitragen, den Gesamteindruck der Frauenkonferenz nicht genügend hervortreten zu lassen.

Deshalb ist die Frauenkonferenz von Kiel der Auffassung, daß es für die politische Bedeutung und den praktischen Erfolg der Frauentagung wertvoll ist, die Reichsfrauenkonferenz entweder vor dem Parteitage oder zu einem anderen Zeitpunkt, aber nicht unmittelbar nach dem Parteitage stattfinden zu lassen.

Die Reichsfrauenkonferenz ersucht den Parteivorstand, diesen Antrag durchzuführen.

(Mit 66 gegen 33 Stimmen abgelehnt.)

4 a. **Stettin:** Die Frauenkonferenz möge beschließen, die Frauenkonferenzen anläßlich der Parteitage in Zukunft nicht mehr abzuhalten.

(Abgelehnt.)

5. **F. Franken u. Gen.:** Der Parteivorstand wird gebeten, die Bezirksleitungen aufzufordern, daß in den einzelnen Parteibibliotheken auch wichtige Literatur für die Frauenagitation angeschafft wird.

(Angenommen.)

6. **Jensen u. Gen.:** Die Reichsfrauenkonferenz lehnt die „Frauenwelt“ in ihrer heutigen Form ab. Sie fordert eine völlige Umstellung dieser Zeitschrift. Für diese Umstellung ist die Wahl einer Pressekommission notwendig, die die nötigen Schritte unternehmen muß.

(Einstimmig dem Parteivorstand überwiesen.)

7. **Halle-Merseburg:** Die Frauenkonferenz des Bezirks Halle-Merseburg der SPD. erachtet eine Mitgliedschaft von Parteigenossinnen im Republikanischen Frauenbund nicht für zweckmäßig. Die Konferenz ist der Ansicht, daß für alle Genossinnen in der Sozialdemokratischen Partei, die umfangreiche Aufgaben zu erfüllen hat, in ausreichender Weise Gelegenheit zur positiven Arbeit in jeder Beziehung gegeben ist. Aus diesem Grunde empfiehlt die Konferenz den Parteigenossinnen, sich n i c h t dem Republikanischen Frauenbund anzuschließen und, soweit dies geschehen ist, den Austritt zu vollziehen, zum mindesten aber die dort ausgeübte Tätigkeit einzustellen, um aktiver für die Sozialdemokratie wirken zu können.

(Angenommen.)

8. **Kiel:** Den zur Bekämpfung der heutigen Wohnungsnot angewandten Maßnahmen haften große Mängel an, und zwar: 1. werden — gemessen an der Größe der Wohnungsnot — viel zu wenig Wohnungen gebaut; 2. sind die Wohnungen viel zu teuer und trotzdem im Durchschnitt viel zu klein. Die Reichsfrauenkonferenz der SPD. fordert zur Behebung dieser Mängel: 1. schnellste Verabschiedung eines großzügigen Wohnungsbauprogramms durch den Reichstag, damit gemeinnützige Körperschaften — Gemeinde, Kreise usw. — und Genossenschaften auf lange Sicht bauen, große Bauprogramme aufstellen können; 2. Einsetzung eines Reichsausschusses, der die von Fachleuten zur Verbilligung des Wohnungsbaues vorgeschlagene Rationalisierung und Typisierung auf ihre Durchführbarkeit prüft und das Ergebnis der Allgemeinheit nutzbar macht; 3. eine Reichsverordnung, die die Kartelle und Trusts zwingt, die durch Rationalisierung und Typisierung erreichbare Verbilligung der Allgemeinheit zugute kommen zu lassen.

(Angenommen.)

8 a.: An die Landtagsfraktionen richten wir die Bitte, zu verhindern, daß Gelder aus der Hauszinssteuer für andere Zwecke als zur Linderung der Wohnungsnot verwandt werden. Um so mehr beauftragt die Reichsfrauenkonferenz die Mitglieder der sozialdemokratischen Gemeindevertretungen, mehr als bisher auf die gerechte Verteilung und Verwendung der Gelder aus der Hauszinssteuer zu achten, um nach Möglichkeit auch Altwohnungen davon ausbauen zu lassen, so daß diese Gelder ihren sozialen Zweck, erschwingliche Wohnungen zu schaffen, erfüllen. Ebenso sollen zur Verfügung des Wohlfahrtsamtes resp. des Fürsorgeausschusses besonders geeignete Wohnungen für tuberkulöse Familien geschaffen werden; einesteils, um die Not dieser Familien lindern zu helfen, andernteils auch, um die Ansteckungsgefahr zu begrenzen.

(Angenommen.)

Anwesenheitsliste

Name	Wohnung	Vertretung
Agnes, Lore	Düsseldorf	Kontrollkommission
Andresen, Margarete	Hamburg	Hamburg-Nordwest
Ansorge, Marie	Waldenburg	Breslau
Arning, Marie	Magdeburg	Parteiausschuß (Magdeburg-Anhalt)
Bauer, Ida	Leipzig-Paunsdorf	Leipzig
Becker, Elli	Düsseldorf	Niederrhein
Behrens, Lina	Braunschweig	Braunschweig
Berthold, Emma	Köln-Kalk	Oberrhein
Bollmann, Minna	Halberstadt	Magdeburg-Anhalt
Bohm-Schuch, Klara	Berlin	Reichstagsfraktion
Bormann, Anna	Berlin-Neukölln	Berlin
Brando, Anna	Altona	Schleswig-Holstein
Buchrucker, Käthe	Berlin	Arbeiterwohlfahrt
Christmann, Sophie	Barmen	Niederrhein
Deppe, Marie	Altona	Schleswig-Holstein
Döhring, Sophie	Stuttgart	Württemberg
Drey, Theodor	Würzburg	Franken
Duda, Martha	Hindenburg	Oberschlesien
Eberhard, Konrad	Fürth	Franken
Engel	Cassel	Hessen-Cassel
Fabian, Dr. Dora	Chemnitz	Chemnitz
Feuerstein, Dora	Kiel	Schleswig-Holstein
Franken, Flora	Zeitz	Halle
Freitag, Alfred	Mainz	Hessen
Frerichs, Elisabeth	Rüstringen	Oldenburg
Fröbisch, Frieda	Plauen	Zwickau
Fröhbrodt, Käthe	Berlin	Arbeiterjugend
Fürth, Henriette	Frankfurt a. M.	Hessen-Nassau
Graf, Hulda	Braunschweig	Braunschweig
Häusser, Heinrich	Gießen	Hessen
Haller, Frieda	Schwerin	Mecklenburg-Lübeck
Hanna, Gertrud	Berlin	A. D. G. B.
Harth, Jean	Darmstadt	Hessen
Hartung, Marie	Königsberg	Ostpreußen
Hauke, Frieda	Ratibor	Breslau
Heiner, Hedwig	Greiz	Leipzig
Heiser, Else	Mannheim	Baden
Helfers, Rosa	Hameln	Hannover
Hempel, Emma	Mittweida	Leipzig
Herbold, Marie	Staßfurt	Magdeburg-Anhalt
Heß, Marie	Laatzen	Hannover-Land

Name	Wohnung	Vertretung
Höfs, Else	Stettin	Pommern
Hönicke, Martha	Nortorf	Schleswig-Holstein
Hoffmann, Elisabeth	Lugau	Chemnitz
Holzer, Christine	Nienstedten b. Hamburg	Schleswig-Holstein
Horn, Luise	Riesa a. d. Elbe	Dresden
Jakobshagen, Susanne	Ludwigshafen	Pfalz
Janotta, Erhard	Breslau	Breslau
Jensen, Toni	Kiel	Parteiausschuß (Schleswig-Holstein)
Juchacz, Marie	Berlin	Parteivorstand
Kaczmarsczyk, Alwine	Beuthen	Oberschlesien
Kähler, Luise	Berlin	Preußischer Landtag
Kaisen, Helene	Bremen	Hamburg-Nordwest
Kaisen, Wilhelm	Bremen	Hamburg-Nordwest
Kaploneck, Margarete	Hindenburg	Oberschlesien
Kay, Ella	Berlin	Groß-Berlin
Kettelbohm, Margarete	Rostock	Mecklenburgischer Landtag
Kirschmann, Elisabeth	Köln	Oberrhein
Köpke, Anne	Lübeck	Mecklenburg-Lübeck
Kräutlein	Weisstein	Breslau
Kröger, Bertha	Wilhelmsburg	Hannover
Kurfürst, Nanny	Kiel	Schleswig-Holstein
Lau, Johannes	Hannover	Hannover
Lohmann, Dr. Richard	Berlin	„Frauenwelt"
Lührs, Frieda	Hannover	Hannover
Lutz, Wunibald	Worms	Hessen
Maly	Landeshut in Schlesien	Görlitz
Matschke, Anna	Berlin	Parteiausschuß (Brandenbg.)
Mündel, Mathilde	Hannover	Parteiausschuß (Hannover)
Nemitz, Anna	Berlin	Parteivorstand
Noack, Klara	Dresden	Ostsachsen
Nordmeier, Hilde	Altona	Schleswig-Holstein
Ortlepp, Anna	Ronneburg	Groß-Thüringen
Peine, Hermine	Hamburg	Hamburg-Nordwest
Peter, Emma	Guben	Brandenburg
Pfülf, Toni	München	Oberpfalz
Rauschert, Lina	Ludwigshafen	Pfalz
Reiche, Adele,	Hamburg	Hamburg-Nordwest
Reichelt, Gertrud	Breslau	Breslau
Reitz, Karl	Nürnberg	Franken
Reitze, Johanna	Hamburg	Parteiausschuß (Hamburg-Nordwest)
Richter, Frieda	Zerbst in Anhalt	Magdeburg-Anhalt
Röhle, Paul	Frankfurt a. M.	Hessen-Nassau
Ryneck, Elfriede	Berlin	Parteivorstand
Sachse, Emma	Altenburg	Groß-Thüringen
Schaub, Käthe	Lüttgendortmund	Westliches Westfalen
Scheidt, Klara	Hainichen	Leipzig

Name	Wohnung	Vertretung
Schiffgens, Luise	Aachen	Reichstagsfraktion
Schilling, Martha	Borsdorf	Leipzig
Schilling, Minna	Döbeln	Reichstagsfraktion
Schlag, Martha	Chemnitz	Sächsischer Landtag
Schmidt, Richard	Berlin	Brandenburg
Scholze	Wandsbek	Schleswig-Holstein
Schroeder, Louise	Altona	Reichstagsfraktion
Schulz, Berta	Herne in Westfalen	Parteiausschuß (Westliches Westfalen)
Schumann, Elisabeth	Stettin	Pommern
Seering, Martha	Mainz	Hessen-Offenbach
Seggen, Maria v.	Bremerhaven	Hamburg-Nordwest
Sender, Tony	Dresden	Parteiausschuß (Ostsachsen)
Seydewitz, Max	Zwickau	Zwickau
Solloch, Sophie	Beuthen	Oberschlesien
Stegen, Luise	Göttingen	Hannover
Stegmann, Dr. Anna	Dresden	Reichstagsfraktion
Steinhäuser, Marg.	Offenbach	Hessen-Offenbach
Steinmetz, Käthe	Nürnberg	Franken
Stiegler, Anna	Bremen	Hamburg-Nordwest
Stolten, Olga	Hamburg	Hamburg-Nordwest
Süß, Anna	Burg bei Magdeburg	Magdeburg-Anhalt
Sydow, Emma	Rathenow	Brandenburg
Thiel, Bertha	Leipzig	Parteiausschuß (Leipzig)
Thomsen, Wilhelmine	Flensburg	Schleswig-Holstein
Thümmel, Elise	Dresden	Dresden
Todenhagen, Minna	Berlin	Parteiausschuß (Berlin)
Vorreiter, Wilhelmine	Gelsenkirchen	Westliches Westfalen
Wachenheim, Hedwig	Berlin	Arbeiterwohlfahrt
Wackwitz, Marie	Weißenfeld	Halle
Walter, Auguste	Bielefeld	Oestliches Westfalen
Weich, Klara	München	Oberbayern
Widmann, Wilhelm	Offenbach	Hessen
Wohlgemuth, Tony	Marienburg	Ostpreußen
Wolff, Jeanette	Bocholt	Westliches Westfalen
Wündisch, Amalie	Cassel	Hessen-Cassel
Wurm, Mathilde	Berlin	Berlin
Zabe, Grete	Hamburg	Hamburg-Nordwest
Zils-Eckstein, Klara	Breslau	Parteiausschuß (Breslau)

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Bureau des Parteitages	3
Mandatprüfungs- und Beschwerdekommission	3
Anwesende Gäste	3
Tagesordnung	4
Protokoll des Parteitages	5—257
Angenommene Anträge	258—272
Agrarprogramm	273—282
Delegiertenliste	283—291
Sprechregister des Parteitages	292
Sachregister des Parteitages	293—296
Protokoll der Reichsfrauenkonferenz	297—369
Anträge zur Reichsfrauenkonferenz	370—371
Anwesenheitsliste zur Reichsfrauenkonferenz	372—374
Inhaltsverzeichnis	375

NOCH VOR
WEIHNACHTEN
1927 ✶
ERSCHEINT DAS GROSSE WERK
KARL KAUTSKY'S

MATERIALISTISCHE
GESCHICHTS-
AUFFASSUNG

5 BÜCHER IN 2 BÄNDEN

LADENPREIS PRO BAND 15 RM.
BEI VORAUSBESTELLUNG DURCH
DIE VOLKSBUCHHANDLUNGEN
VORZUGSPREIS

J. H. W. DIETZ NACHFLG. / BERLIN

Druck von Chr. Haase & Co., Kiel